

Vierteljahresschrift  
für Stadtgeschichte,  
Stadtsoziologie, Denkmalpflege  
und Stadtentwicklung



35. Jahrgang

**Heft 1/2008**

BAG - Verlag

Heinz Heineberg  
Altstädte in England zwischen Beharren und Wandel

Harald A. Mieg  
Das „zu große“ Mannheimer Schloss

Tammo Grabbert  
Soziale Segregation in schrumpfenden Städten

Burkhard Hofmeister  
Stadtentwicklung zum Beispiel: Königsberg

Matthias Hardinghaus  
Planungskultur und Architekturpolitik in England

Harald Bodenschatz  
Die Neustädte Mussolinis in Italien

# Die alte Stadt

Vierteljahrszeitschrift für Stadtgeschichte,  
Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt  
in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, August Gebessler,  
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

## Redaktionskollegium:

HANS SCHULTHEISS (Chefredakteur) - PROF.  
DR. AUGUST GEBESSLER (Geschäftsführer der  
AG Die alte Stadt e.V.).  
PROF. DR. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin,  
Institut für Sozialwissenschaften - PROF. DR.  
DIETRICH DENECKE, Universität Göttingen,  
Geographisches Institut - PROF. DR. ANDREAS  
GESTRICH, Deutsches Historisches Institut,  
London - PROF. DR. TILMAN HARLANDER,  
Universität Stuttgart, Institut Wohnen und  
Entwerfen - DR. HELMUT HERBST, Galerie  
Stihl Waiblingen - PROF. DR. JOHANN JESSEN,  
Universität Stuttgart, Städtebau-Institut -  
PROF. DR. URSULA VON PETZ, RWTH Aachen -  
VOLKER ROSCHER, Architektur Centrum  
Hamburg - PROF. DR. JOACHIM SCHULTIS,  
Heidelberg - PROF. DR. DIETER SCHOTT, TU  
Darmstadt, Institut für Geschichte - PROF. DR.  
HOLGER SONNABEND, Universität Stuttgart,  
Historisches Institut.

## Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die  
Redaktionsadresse erbeten:  
Die alte Stadt, Postfach 100355, 73728 Esslingen.  
Tel.: 0711 - 3512 - 3242, Fax: 0711 - 3512 - 2418.  
Email: Hans.Schultheiss@esslingen.de  
Internet: <http://www.alte-stadt.de>

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist zugleich Mit-  
gliederzeitschrift der ca. 110 Städte umfassenden  
Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

## Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je 88 Seiten.

## Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 79,- Einzelheft EUR 24,-  
Vorzugspreis für Studierende EUR 60,- jeweils  
zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,  
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen  
des Abonnements können nur zum Ablauf eines  
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November  
des laufenden Jahres beim Verlag oder der Redak-  
tion der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt einge-  
gangen sein.

## Verlag:

Bernhard Albert Greiner Verlag (BAG-Verlag),  
Olgastraße 13, 73630 Remshalden.  
Tel.: 07151/2766-45, Email: [info@bag-verlag.de](mailto:info@bag-verlag.de)  
Anzeigenleitung: Dr. Claudia Greiner

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Redaktion und Verlag haften nicht für unverlangt  
eingesandte Manuskripte. Die der Redaktion an-  
gebotenen Originalbeiträge dürfen nicht gleich-  
zeitig in anderen Publikationen veröffentlicht  
werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung  
überträgt der Autor der Arbeitsgemeinschaft Die  
alte Stadt und dem Verlag das ausschließliche Ver-  
lagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-  
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das  
Recht zur Herstellung elektronischer Versionen  
und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das  
Recht zu deren Vervielfältigung online und offline.  
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge  
sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil der  
Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des  
Urheberrechts ohne schriftliche Genehmigung des  
Verlags in irgendeiner Form reproduziert oder in  
eine von Maschinen, insbesondere von Datenver-  
arbeitungsanlagen verwendbare Sprache über-  
tragen werden.

Druck: Druckerei Dünnbier, Großschönau

© 2007 BAG-Verlag, Remshalden  
Printed in Germany. ISSN 0170-9364  
ISBN für dieses Heft: 978-3-86705-025-8

## Inhalt

**ABHANDLUNGEN**

- HEINZ HEINEBERG, Altstädte in England zwischen Beharren  
und Wandel ..... 3
- HARALD A. MIEG, Das „zu große“ Mannheimer Schloss -  
eine stadtpsychologische Betrachtung ..... 21
- TAMMO GRABBERT, Soziale und ethnische Segregation in schrumpfen-  
den Städten. Eine empirische Untersuchung in Leipzig und Essen ..... 37

**REIHE STADTENTWICKLUNG**

- BURKHARD HOFMEISTER, Stadtentwicklung zum Beispiel:  
Königsberg ..... 52

**FORUM**

- MATTHIAS HARDINGHAUS, Planungskultur und Architekturpolitik  
in England: das Beispiel „CABE“ ..... 71
- HARALD BODENSCHATZ, Zunehmende Begeisterung für die  
Neustädte Mussolinis in Italien ..... 78

- AUTOREN** ..... 82

**BESPRECHUNGEN**

- WOLFGANG FRONTZEK, Das städtische Braugewerbe und seine Bauten vom  
Mittelalter bis zur frühen Neuzeit (*Immo Eberl*) ..... 83
- ULLA TERLINDEN/ CHRISTINA VON OERTZEN, Die Wohnungsfrage ist  
Frauensache! Frauenbewegung und Wohnungsreform 1870-1933  
(*Marianne Rodenstein*) ..... 84

---

ZSUZSA KÖRNER, Geschichte des Wohnsiedlungsbaus in Ungarn ( <i>János Brenner</i> ) .....	85
DIETER SCHNELL, Bleiben wir sachlich! Deutschschweizer Architekturdiskurs 1919-1939 ( <i>Franziska Puhán-Schulz</i> ) .....	87
JAHRBUCH STADTERNEUERUNG 2006, Schwerpunkt: Stadterneuerung und Landschaft ( <i>Frank Rost</i> ) .....	88
DIRK SCHUMANN, Bauforschung und Archäologie ( <i>Dieter Martin</i> ) .....	90
JOHANNES CRAMER / PETER GORALCYK / DIRK SCHUMANN (Hrsg.), Bau- forschung - eine kritische Revision ( <i>Dieter Martin</i> ) .....	90
AXEL DOSSMANN / JAN WENZEL / KAI WENZEL, Architektur auf Zeit. Baracken, Pavillons, Container ( <i>Jan Volker Wilhelm</i> ) .....	91
UWE ALTROCK / HEIKE HOFFMANN / BARBARA SCHÖNIG (Hrsg.), Hoffnungsträger Zivilgesellschaft? Governance, Nonprofits und Stadt- entwicklung in den Metropolregionen der USA ( <i>Laura Calbet i Elias</i> ) .....	92
BASLER ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTE UND ALTERTURMSKUNDE, Band 106, Migration, Integration, Einbürgerung ( <i>Herbert Glasauer</i> ) .....	94

## Altstädte in England - zwischen Beharren und Wandel<sup>1</sup>

### 1. Altstadtverständnis in England

Mit „Altstadt“ bezeichnet man im Allgemeinen den ältesten – meist im Mittelalter, häufig bereits in römischer Zeit entstanden – Teil einer Stadt. Man spricht auch von Altstadt kern, vom historischen Kern einer Stadt oder von der historisch geprägten Innenstadt. In England reicht die Entstehung zahlreicher Altstädte ebenfalls auf römische oder mittelalterliche Ansiedlungen bzw. Stadtgründungen zurück, so dass auch hier die Bezeichnungen Altstadt kern oder historischer Kern (engl.: historic core)<sup>2</sup> angebracht sind; im funktionalen Sinne ist dieser häufig auch das Stadtzentrum (town centre oder city centre).

Die Übertragung des Begriffes „Innenstadt“ auf englische Verhältnisse kann zu Verwechslungen führen. Denn der ähnliche Terminus „inner city“ ist die Bezeichnung für die älteren, um die historischen Altstadtkerne oder Stadtzentren herum gelegenen Stadtgebiete des 19. Jahrhunderts. Diese lassen sich aber durchaus dem Altstadtbegriff zuordnen. Denn bei den inner cities handelt es sich strukturell zum einen überwiegend um alte Reihenhausquartiere. Diese erwiesen sich spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg als baulich überaltert sowie – bis heute – unter sozialen Aspekten häufig als Problemgebiete der Städte. Ein großer Teil der inner cities ist bereits oftmals der Flächenanierung zum Opfer gefallen, darunter vor allem die älteren, ab ca. 1835 errichteten so genannten „back-to-back-Häuser“.<sup>3</sup> Zum anderen standen bzw. stehen mit den inner cities im räumlichen Zusammenhang auch Altindustrieariale sowie alte Kanal-

1 Ich danke Frau Jane Gosling, Secretary der „Suffolk Historic Buildings Group“ in Lavenham, für ihre schriftliche Auskunfterteilung zur „Conservation Area“ von Lavenham, speziell zur baulichen Entwicklung der „Flemish Weavers Cottages“. Meinem Kollegen Prof. Dr. P.J. Larkham (University of Central England, Birmingham) verdanke ich wertvolle Auskünfte zur jüngeren Stadtplanung sowie auch die Wiedergabe der Abb. 4-6; bei der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. bedanke ich mich für die Vortragseinladung zur Internationalen Städtetagung 2007 in Solothurn/Schweiz, worauf dieser Beitrag basiert.

2 Vgl. J. Burgess, Managing Complex Historic Cities: The Cambridge Historic Core Appraisal, in: Journal of Architectural Conservation (2001), No. 1, S. 42 ff.

3 Zur städtebaulichen Entwicklung im Industriezeitalter vgl. I. Leister, Wachstum und Erneuerung britischer Industrie Großstädte, Wien 1970, S. 25 ff.; H. Heineberg, Großbritannien. Raumstrukturen, Entwicklungsprozesse, Raumplanung, Gotha 1997, S. 269 ff.; H.-W. Wehling, Großbritannien. England, Schottland, Wales, Darmstadt 2007, S. 101 ff.

und Dockhafengebiete aus der Zeit der Industriellen Revolution (ab ca. 1760). Für diese waren bzw. sind – vor allem seit Beginn der 1980er Jahre – staatlich geförderte Abrissmaßnahmen, Industriebrachensanierungen und die Revitalisierung (waterfront development) charakteristisch.

Es zeigt sich also, dass sich in England das Altstadt-Verständnis nicht auf den Altstadtkern beschränkt, sondern durchaus Stadtstrukturen aus dem 19. Jahrhundert mit einbezieht oder sogar Bauzeugnisse aus dem 20. Jahrhundert betreffen kann (z.B. die Garden Cities von Ebenezer Howard).

Im Folgenden sollen sowohl historische Altstadtkerne unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des Denkmalschutzes und der Stadterhaltung als auch jüngere, insbesondere stadtpolitische Einflüsse auf die Altstadtentwicklung in englischen (Groß-)Städten behandelt werden.

## 2. Das Erbe der Altstadtkerne in England – historische Stadtstrukturen zwischen Beharren und Wandel

Die englischen Altstadtkerne sind traditionsreich und vielgestaltig. Sie sind in ihrer Entstehung nicht nur verschiedenen Zeitepochen zuzuordnen, sondern in der Regel auch in späteren Entwicklungsphasen zum Teil unterschiedlichst verändert worden.

Das insgesamt dichte Netz historischer Städte in England wurde in seinen Grundstrukturen und wichtigen Verkehrsbeziehungen bereits in der römischen Epoche angelegt (ab 43 n.Chr.), der ersten entscheidenden Stadtentwicklungsphase Großbritanniens überhaupt. Schon in der römischen Zeit entwickelte sich London (röm.: „Londinium“) zur bedeutendsten Stadt im heutigen Großbritannien; das etwa 130 ha große Stadtgebiet war nahezu identisch mit der Ausdehnung der heutigen City of London. Es folgten in der Städtehierarchie vier relativ große Städte, so genannte „coloniae“, nämlich York und Lincoln im heutigen NO-England, Colchester im Südosten und Gloucester nahe dem jetzigen Wales, sowie zahlreiche weitere Städte, darunter auch Badeorte mit Thermen wie Bath im südwestlichen England.<sup>4</sup>

Wie ausgeprägt die römische Besiedlung im Einzelnen war und durch bauliche Zeugnisse heute auch von stadtprägender oder stadtimagebestimmender Bedeutung für die Altstadt sein kann, zeigt das Beispiel der Stadt York (röm.: „Eboracum“), wenngleich deren römische Siedlungsstrukturen (großes Legionskastell, Gebäude etc.) nur noch in Resten erhalten sind.

Nach Abzug der Römer aus Britannien (ab ca. 410 n.Chr.) verfiel deren Städtesystem zunächst wohl weitgehend zur Zeit der angelsächsischen Besiedlung. Ein gewisser erster Aufschwung des englischen Städtewesens erfolgte im 9. Jahrhundert infolge der dänischen Invasion. Die dänisch-wikingische Periode wurde in York (ehem. „Jorvik“,

4 Vgl. H. Heineberg (s. A 3), S. 254 ff.

dänische Hauptstadt in England) durch Ausgrabungen in der Altstadt archäologisch belegt und von der Stadt York für ihr historisches Stadtimage und den Stadttourismus sehr gut in Wert gesetzt. Letzteres betrifft vor allem das Wikingermuseum „Jorvik Viking Centre“, das die rekonstruierte Siedlungsstruktur und die Lebensbedingungen im wikingschen York veranschaulicht. Das Museum zählte seit seiner Eröffnung im Jahre 1984 bereits mehr als 14 Mio. Besucher. Mit dem Jorvik Viking Centre sowie weiteren älteren Museen – wie dem nationalen Eisenbahnmuseum oder mit anderen Geschichts-, Kunst- und volkswissenschaftlichen Museen – hat die Stadt York bereits früh die Bedeutung von Kultur für die Attraktivität und Aufenthaltsqualität ihrer Altstadt<sup>5</sup> erkannt.

In England entstanden bzw. entwickelten sich die meisten städtischen Siedlungen seit der Zeit des Mittelalters,<sup>6</sup> vor allem ab Ende des 11. Jahrhunderts (normannische Eroberung), als so genannte „gewachsene Städte“ mit einer Reihe von Stadttypen und – in Bezug auf Baumaterial und Baustile – auch regionalen Varianten. Zu deren Merkmalen zählen im Altstadtzentrum u.a. unregelmäßige Straßenführungen, kleinteilige Parzellierungen (vgl. Abb. 1), Kirchenbauten (z.B. in York die stadtbildprägende große gotische Kathedrale York Minster) und Gildehäuser – Stadtbefestigungen allerdings nur teilweise.<sup>7</sup> Planmäßige mittelalterliche Stadtgründungen (Gründungsstädte), unter denen Stratford-upon-Avon eines der bekanntesten Beispiele ist, blieben im Gegensatz zum kontinentalen Europa selten.

Wie das Beispiel York sind britische Altstädte häufig durch eine Mischung unterschiedlicher Architekturstile aus mittelalterlichen und späteren Bauepochen gekennzeichnet, z.B. vornehme Stadthäuser aus der georgianischen Zeit des 18. Jahrhunderts oder des so genannten „Regency-Stils“ aus den 1830er Jahren. Das viktorianische Zeitalter ist in York in Gestalt des eleganten Bahnhofsgebäudes oder gut erhaltener Reihenhäuser des 19. Jahrhunderts vertreten, die zur inner city zählen.

Wie es die Stadt York oder andere Beispiele verdeutlichen (u.a. die historische Stadt Chester mit ebenfalls römischem Ursprung), ist das historische Ambiente englischer Altstadtkerne mit einer Vielzahl baulicher Sehenswürdigkeiten von häufig großer Bedeutung für die Akzeptanz der Altstadt-Geschäftsstraßen. Daher werden in York die Ladenfassaden und -ausstattungen von den traditionsverhafteten Geschäftsleuten oft sehr nostalgisch gestaltet (vgl. Abb. 1).

Eines der Hauptprobleme der Stadtplanung ist die Verknüpfung der historischen, insbesondere für den nationalen und internationalen Stadttourismus bedeutenden Architektur mit den heutigen Anforderungen des Stadtverkehrs, mit der übrigen Stadt-

5 Zur sog. Kulturalisierung in der Stadtentwicklungspolitik vgl. G. Wood, Erneuerung der Stadt durch „Kultur“. Aktuelle Tendenzen der Stadtentwicklung am Beispiel von Newcastle und Gateshead, in: Geographische Rundschau 59 (2007), S. 28 ff.

6 Vgl. H. Heineberg (s. A 3), S. 258 ff.; H.-W. Wehling (s. A 3), S. 90 ff.

7 Die mehr als 5 km lange Stadtmauer (vgl. Abb. 1) aus dem 13. Jahrhundert mit vier erhaltenen Toren in York bildet somit eher eine Ausnahme.



**Abb. 1:** York - Stonegate; mittelalterliche Straße, im Verlauf oberhalb der ehemaligen römischen via praetoria; seit 1971 erste Fußgängerzone der Stadt, heute stark frequentierte Geschäfts- und Touristenstraße (Foto: Heinz Heineberg, 1995).

wirtschaft sowie mit dem Wohnen und Leben der Stadtbürger.<sup>8</sup> Der Durchgangsverkehr, der früher den Altstadtkern Yorks katastrophal belastete, wird heute auf einem Innenstadtring um die City herumgeleitet. Seit der Einführung einer „Pedestrian Strategy“ (1992) ist die Aufenthaltsqualität im Altstadtbereich durch Ausweitung der Fußgängerzone auf inzwischen 34 Fußgängerstraßen deutlich verbessert worden. Dazu zählte auch der Bau der „Millennium Bridge“ südlich des city centre für Fußgänger und Radfahrer. Seit Ende der 1980er Jahre wird der Entwicklung des Fahrradverkehrs eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt, wodurch York unter den englischen Städten eine Art Vorreiterrolle für den Radverkehr einnimmt; davon zeugen etwa tausend neue Fahrradstellplätze im Stadtzentrum. Dem umweltverträglichen „Modal Split“, insbesondere in der Altstadt, wird auch in dem neuesten, ab 2006 bis 2011 gültigen Verkehrsplan der Stadt York (City of York Local Transport Plan) besondere Beachtung geschenkt.

Die vor allem am Beispiel von York herausgestellten Stadtstrukturen mit ihrem bemerkenswerten Reichtum an stadtepochentypischen Bauten sowie dem stadtverträg-

<sup>8</sup> Vgl. H. Heineberg, York. Von der römischen Gründung bis zur Gegenwart. Geschichte, räumliche Entwicklung, touristische Bedeutung und Planungsaspekte, in: A. Mayr/F.-C. Schultze-Rhonhof/K. Temnitz (Hrsg.), Münster und seine Partnerstädte, 2. Aufl. Münster 1993, S. 79 ff.

lichen Verkehr sollten (zunächst) ein positives Bild von einer historisch geprägten englischen Altstadt im Spannungsfeld zwischen Persistenz und Wandel in verschiedenen Epochen vermitteln. Es gibt in England diesbezüglich eine Vielzahl weiterer Beispiele mit allerdings sehr unterschiedlichem historischen Bestand und Erhaltungsgrad. So hat es im Laufe der Stadtgeschichte häufig Zerstörungen der überkommenen Bausubstanz gegeben – vor allem durch verheerende Stadtbrände. Davon besonders stark betroffen waren die historischen Städte Stratford-upon-Avon im Jahre 1610 und London im Jahre 1666. Erhebliche bauliche Umgestaltungen ihrer historisch überlieferten Stadtstrukturen haben insbesondere diejenigen Städte und Gemeinden erfahren, die sich – anders als etwa York – in der Phase der Industriellen Revolution (ab ca. 1760 bis ins 19. Jahrhundert hinein) zu bedeutenden Industrie- und Kohleabbaustandorten sowie Hafenstädten entwickelt hatten. In den Altstadtkernen sind dabei häufig mittelalterliche und frühneuzeitliche Gebäude durch viktorianische ersetzt worden. Eine Reihe von Altstädten, wie in Coventry oder Exeter, haben auch durch Stadtzerstörungen des Zweiten Weltkrieges sehr gelitten.

### 3. Entwicklung der Gesetzgebung für die Stadterhaltung und Probleme der Umsetzung

Die in der Industrialisierungsphase offensichtlich sehr häufigen Veränderungen in der historischen Bausubstanz haben bereits relativ früh zu einer ersten gesetzlichen Staatsaktion in Bezug auf den Erhalt historischer Denkmäler geführt. Damit wurde England schon Ende des 19. Jahrhunderts zu einem der Vorreiter des modernen Denkmalschutzes und der Stadterhaltung. Im Folgenden sollen die Entwicklung der Gesetzgebung und anderer Initiativen für die Stadterhaltung sowie deren Probleme der Umsetzung skizziert werden.

Bereits 1882 wurde ein Gesetz zum Erhalt alter Monumente (Ancient Monuments Act) erlassen. Allerdings war die Wirksamkeit dieses Gesetzes stark eingeschränkt, weil die Erhaltung vom „Goodwill“ und der Kooperation privater Besitzer abhängig war.<sup>9</sup> Von größerer Bedeutung war im Jahre 1908 die Einrichtung so genannter „Royal Commissions on the Historical Monuments“ (für England, Schottland und Wales), die für die erstmalige Erstellung von Inventaren (sog. „ancient monuments“) zuständig wurden. Es folgte in der Zwischenkriegszeit und danach eine Reihe weiterer Gesetzesmaßnahmen und Initiativen.<sup>10</sup> Beispielsweise wurde Ende der 1940er Jahre auf

9 Vgl. B. Cullingworth/V. Nadin, *Town and country planning in the UK*, 13. Aufl. London 2002, S. 231.

10 Z. B. ermöglichte das Wohnbaugesetz von 1923 (Housing Act) die Einführung sog. „town planning schemes“, welche die Fluchtlinien, die Höhe und den Charakter neuer Gebäude vorschreiben konnten. Davon machte eine Reihe historischer Städte Gebrauch, vor allem Oxford, Winchester, Canterbury, Exeter und Stratford (vgl. P.J. Larkham, *Conservation and the city*, London/New York 1996). Aufgrund des „Town and Country Planning Act“ von 1932 war es möglich, sog. „Preservation schemes for buildings and groups of buildings“ einzuführen, d.h. den Erhalt von Gebäuden und Gebäudegruppen zu planen.

der Basis des „Town and Country Planning Act“ von 1944 eine nationale Erfassung (survey) historischer Gebäude ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich um die bis heute bestehende nationale Denkmalschutzliste (Listing of Historic Buildings)<sup>11</sup> mit einem Ranking entsprechend der Bedeutung des jeweiligen Einzelgebäudes.

Einem modernen Denkmalschutz- und Stadterhaltungsgedanken wurden diese Gesetzesmaßnahmen allerdings noch bei Weitem nicht gerecht. So wurden etwa „listed buildings“ meist nicht in ihrem historischen städtebaulichen Kontext gesehen, sondern als „masterpieces in isolation“.<sup>12</sup> Nicht zuletzt deshalb entstand ab den 1950er Jahren vor allem in historischen Städten eine neue Bewegung mit einer wachsenden Zahl von bis heute typischen zivilgesellschaftlichen Gruppen (Civic Amenities Societies oder Local Civic Societies). Diese Bürgerinitiativen setzten sich nicht nur für den Erhalt von Einzelgebäuden, sondern auch von zusammenhängenden städtischen Strukturen von historischem Interesse ein. Im Jahre 1957 wurde als eine Art Dachorganisation der Bürgerbewegungen der „Civic Trust“ gegründet.<sup>13</sup> Diesem kam eine zentrale Rolle bei der Formulierung des „Civic Amenities Act“ von 1967 zu, ein wichtiges Gesetz, das erstmals die Einführung von „Conservation Areas“ als Gebiete speziellen architektonischen und historischen Interesses (Erhaltungsgebiete) ermöglichte.<sup>14</sup> Dies war ein bedeutender Schritt für die Stadterhaltung – in einer Zeit, als die Flächensanierung in England noch eher die Regel war, insbesondere in den inner city-Reihenhausgebieten, aber auch in den Altstadtkernen.

Die damalige Labour-Regierung hatte bereits vor Erlass des Gesetzes vier umfangreiche Studien über die historischen Städte Bath, Chester, Chichester und York in Auftrag gegeben. Die Untersuchungen sollten die finanziellen, rechtlichen, organisatorischen und sozialen Implikationen der Erhaltung historischer Stadtkerne überprüfen und Leitlinien für den Umgang mit Conservation Areas entwickeln.<sup>15</sup> Die 1968 veröffentlichten Untersuchungen belegen, dass Altstädte schon damals als komplexes Problem gesehen wurden, denn die private Belastung des Erhalts zunehmend verfallender historischer Gebäude, die Frage nach neuen, zugleich wirtschaftlich-rentablen Nutzungen, der Druck seitens aktueller Stadtentwicklungstendenzen, z.B. durch den anwachsenden Stadtverkehr, waren nur schwer miteinander in Einklang zu bringen.

Trotz der offensichtlichen komplexen Problematik von Stadterhaltung waren bereits bis 1975 im ganzen Vereinigten Königreich über 4.000 Conservation Areas ausgewiesen

11 Vgl. B. Cullingworth/V. Nadin (s. A 9); vgl. auch P.J. Larkham 1996 (s. A 10), S. 88.

12 Vgl. S. Andrae, From comprehensive development to Conservation Areas, in: M. Hunter (Hrsg.), Preserving the Past. The Rise of Heritage in Modern Britain, Stroud 1996, S. 135 ff.

13 Ebda., S. 138.

14 Vgl. auch die vom Civic Trust veröffentlichte Studie „Preserving the Architectural and Historical Scene“ (1967).

15 S. Andrae (s. A 12), S. 140. Von Bedeutung für die Trendwende von der in der Nachkriegszeit vorherrschenden Flächensanierung (comprehensive development) zur erhaltenden Stadterneuerung war auch das White Paper „Old houses into new homes“ (1968) der Labour-Regierung.

worden. Heute sind es allein in England mehr als 8.000 Erhaltungsgebiete. Beispielsweise gab es 1975 in der Stadt York bereits elf Erhaltungsgebiete, wovon der Altstadt-kern das größte zusammenhängende war und ist. Heute gibt es in York 34 Conservation Areas mit mehr als 1.700 listed buildings.

Mit der Einrichtung von Conservation Areas war allerdings das Problem der Stadterhaltung, insbesondere in Altstadtkernen, noch längst nicht gelöst. Daher wurden nach 1967 weitere Gesetzesmaßnahmen und Richtlinien erlassen, unter anderem zur Verbesserung des Kontrollmechanismus, zur öffentlichen Partizipation (nach Town and Country Planning Act von 1968), zur staatlichen Förderung von Gebäuden in Erhaltungsgebieten (nach Town and Country Amendment Act von 1972) oder zur Ausweisung von „Housing Action Areas“ (nach Housing Act von 1974) für private Gebäuderenovierungen.

Dennoch waren die historischen Gebäude und Gebäudegruppen nicht hinreichend geschützt. So wurden in der Stadt Bath diejenigen historischen Bauten, die nach dem Planungsgesetz Town and Country Planning Act von 1947 als Grade III eingestuft wurden – und davon gab es in Bath ca. 1.000 Gebäude – oft rücksichtslos abgerissen. Dazu zählte ein ganzes Gebäudeensemble in der Calton Road aus der georgianischen Zeit des 18. Jahrhunderts. Hätten diese Gebäude überlebt, wären sie entsprechend späterer Gesetzgebung als listed buildings zweiten Grades eingestuft worden und damit erhalten geblieben. Adam Fergusson hat diese „Plünderung von Bath“ deutlichst angeklagt.<sup>16</sup> Die im Jahre 1975 gegründete neue einflussreiche Organisation „SAVE Britain's Heritage“ stellte in ihrem ersten Jahresbericht fest, dass in Großbritannien durchschnittlich jeden Tag die Erlaubnis für den Abriss eines listed building gegeben wurde. Gängige Begründungen waren „unfit for human habitation“ wegen Feuchtigkeit in den Gebäuden oder fehlender Drainage sowie Unverkäuflichkeit und Verfall der Immobilie.

Ungeklärt blieb bei den Gesetzen über längere Zeit auch die Regelung von Abrissen so genannter „unlisted buildings in Conservation Areas“, wozu erst 1974 ein neues Planungsgesetz (Town and Country Amenities Act) erlassen wurde. Trotz umfangreicher, komplizierter Planungsgesetzgebung – wie zweier neuer Gesetze von 1990 (Town and Country Planning Act und Planning Listed Buildings and Conservation Areas Act) und Regierungsrichtlinien (Planning Policy Guidance Notes; PPG) aus den 1990er Jahren<sup>17</sup> – wurden in jüngerer Zeit und auch wohl heute noch an historischen Gebäuden in Conservation Areas englischer Altstädte offenbar viele, wenn auch häufig kleinere Veränderungen vorgenommen. In der Summe können diese jedoch so erheblich sein, dass

16 A. Fergusson, *The Sack of Bath: a record and an indictment*, Salisbury 1973; vgl. auch P. Borsay, *The Image of Georgian Bath, 1700-2000* (Towns, Heritage, and History), Oxford 2000. Im Jahre 1987 erhielt die gesamte Stadt Bath die Auszeichnung als Weltkulturerbe durch die UNESCO.

17 Von Bedeutung sind bis heute u.a. die PPG 15: „Planning and the historic environment“ von 1994 und PPG 16: „Archaeology and Planning“ von 1990.

der Kontrollmechanismus des Denkmalschutzes und damit die Stadterhaltung infrage gestellt werden müssen.

Zur Veranschaulichung der Probleme beim Erhalt denkmalgeschützter historischer Bausubstanz kann das Beispiel Lavenham in Suffolk/East Anglia dienen. Lavenham gilt in England als die am besten erhaltene mittelalterliche „Kleinstadt“, wenngleich der rund 2.000 Einwohner zählende Ort heute kommunalpolitisch zum Distrikt Barbergh zählt und häufig auch als „village“ bezeichnet wird. Lavenham zeichnet sich im Ortskern durch eine für das Mittelalter und die anschließende Tudorzeit charakteristische, weitgehend vertikal strukturierte Fachwerkbauweise mit einer Geschlossenheit der Bebauung aus sowie durch mittelalterlich geschwungene Straßen und einen zentral gelegenen alten Marktplatz. Conservation Area ist Lavenham seit Ende der 1960er Jahre. Die Gesamtzahl der listed buildings beträgt 321 Gebäude; davon sind als historische Gebäude mit Grade I, d.h. im Sinne des Denkmalschutzes von außergewöhnlichem Interesse, insgesamt acht eingestuft, 15 besonders wichtige Gebäude haben den Grade II\*, der Rest von 298 historischen Gebäuden ist von besonderem Interesse und damit als Grade II in der Denkmalschutzliste aufgeführt. Die Existenz der zahlreichen historischen und teilweise auch sehr repräsentativen Gebäude geht auf den beträchtlichen Wohlstand durch das ehemals bedeutende Lavenhamer Wollgewerbe ab Mitte des 15. Jahrhunderts zurück. Mit dem Aufkommen erheblicher Konkurrenz durch andere Städte verlor das Wollgewerbe in Lavenham jedoch seine Bedeutung und die Stadtentwicklung stagnierte – faktisch für die kommenden 500 Jahre. Die alte Bausubstanz wurde im Ortskern kaum durch Neubauten ersetzt und blieb somit weitgehend erhalten, allerdings mit unterschiedlichem Erhaltungszustand einzelner Gebäude.

Zu den Grade I - Gebäuden zählen in Lavenham die „Wool Hall“ aus dem 15., die „Guildhall“ am Marktplatz aus dem 16. oder die heute von einem Hotel (The Swan Hotel) genutzten Gebäude aus dem 15. Jahrhundert. Durch eigene Fotoaufnahmen seit 1970 lässt sich eine Reihe von jüngeren Veränderungen des Lavenhamer Ortsbildes nachweisen, die den heutigen Eindruck eines guten historischen Erhaltungszustandes der Bausubstanz relativieren. Dies gilt beispielsweise für eine Gebäudegruppe in der Water Street, genannt „Flemish weavers cottages“,<sup>18</sup> die in der Denkmalschutzliste als Grade II - Gebäude aufgeführt sind.

Die Häuser zählen zur ältesten erhaltenen Bausubstanz in Lavenham und entstanden ursprünglich zu Beginn des 15. Jahrhunderts, d.h. aus der Zeit kurz vor dem Boom des mittelalterlichen Wollgewerbes, wodurch sich auch die geringe Größe der Einzelhäuser erklärt. Die Aufnahme dieser Häusergruppe aus dem Jahre 1970 (vgl. Abb. 2) lässt im Vergleich zum Zustand von 1993 (vgl. Abb. 3) auf den ersten Blick jüngere Gebäude restaurierungen vermuten, denn es zeigen sich erhebliche zwischenzeitliche Veränderungen in der Hausgestaltung, obwohl die Gebäude in der Water Street auf der

18 Allerdings sind flämische Weber nicht belegt.



Abb. 2 u. 3: Flemish weavers cottages in der Water Street in Lavenham  
1970 und 1993 (Fotos: H. Heineberg).

Denkmalschutzliste stehen. Abgesehen von der bunten farblichen Erneuerung sind ein zusätzliches viertes Mansardenfenster und vor allem auch deutliche Umgestaltungen im Erdgeschoss erkennbar: beispielsweise Veränderungen in der Durchfensterung, ein fehlendes so genanntes „bay window“ sowie ein neuer Hauseingang durch Zusammenlegung von ehemals drei zu zwei Wohneinheiten.

Die „Flemish weavers cottages“ hatten im Laufe der Geschichte, und zwar lange vor 1970, bereits erhebliche Umgestaltungen erfahren. So waren die Mansardenfenster ursprünglich nicht vorhanden. Sie stammen vermutlich aus dem späten 16. Jahrhundert. Zuvor waren die Gebäude offene Hallen, die sich vom Erdgeschoss bis zum Dach erstreckten. Auch die Fenstergestaltung im Erdgeschoss ist neueren Datums. Dies gilt insbesondere für das größere bay window, das erst um 1850, d.h. in viktorianischer Zeit, in die mittelalterliche Fassade eingefügt wurde. Die deutlichen Veränderungen seit 1970 erklären sich wie folgt: In Lavenham wurde der historische Baubestand im Jahre 1971 zwar erneut denkmalenschutzmäßig erfasst (re-listed), allerdings waren die zuständigen Inspektoren sehr nachlässig, so dass die denkmal-schutzrelevanten Beschreibungen entsprechend häufig nicht exakt sind. Seit 1971 hat zudem kein re-listing der Gebäude in Lavenham mehr stattgefunden; und bis in die frühen 1980er Jahre waren in England die Kommunen, die für den Schutz von Gebäuden des Grades II zuständig sind, nicht konsequent in Bezug auf Änderungen. Die Gesetzgebung war ohnehin so, dass Eigentümer an derartigen denkmalgeschützten Gebäuden Veränderungen vornehmen konnten, vorausgesetzt, diese waren reversibel. Dies war aber bei derartigen baulichen Eingriffen wie beim Einfügen von Mansardenfenstern in die alte Dachkonstruktion nicht der Fall.

Dass die in Lavenham anhand vergleichender Fotoaufnahmen festgestellten Veränderungen in der denkmalgeschützten Bausubstanz in einer Conservation Area häufig vorkommen, belegt etwa der 1992 veröffentlichte Report „Townscape in Trouble“ des „English Historic Towns Forum“. Darin wird erstmals alarmierend die „Erosion von Erhaltungsgebieten“ als gravierendes Problem herausgestellt. Im Jahre 2002 führte die für Erhaltungsmaßnahmen zuständige Behörde „English Heritage“ in ihrem ersten „State of the Historic Environment Report“ (SHER) aus, dass fast nichts bekannt sei über den sehr bedrohlichen Verlust des Charakters von Conservation Areas. English Heritage beauftragte daraufhin im Jahre 2003 das Conservation Studio in Cirencester, um auf der Basis empirischer Bestandsaufnahmen unterschiedlichster baulicher Veränderungen in Erhaltungsgebieten eine Methodik der Messung kumulierter Effekte kleinteiliger Veränderungen der baulichen Gestaltung in Conservation Areas zu entwickeln. Der Forschungsbericht wurde 2004 veröffentlicht.<sup>19</sup>

Wie wichtig nach wie vor das Problem der Stadterhaltung insbesondere in englischen Altstadt-kernen ist, lässt sich auch daran ablesen, dass English Heritage im Jahre 2006 zwei Schriften zur Beurteilung und zum Management von Conservation Areas veröffentlicht hat.<sup>20</sup>

19 *The Conservation Studio* (Hrsg.), *Measuring Change in Conservation Areas: A research report for English Heritage*, Cirencester 2004.

20 *English Heritage* (Hrsg.), *Guidance on conservation area appraisals*, o.O. 2006; *English Heritage* (Hrsg.), *Guidance on the management of conservation areas*, o.O. 2006.

#### 4. Weitere jüngere (insbesondere stadtpolitische) Einflüsse auf die Altstadtentwicklung - vor allem in (Industrie-)Großstädten

Die Entwicklung der Altstädte in England wurde in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur durch die staatliche Gesetzgebung und eine Vielzahl von Initiativen in Bezug auf den Denkmalschutz oder die erhaltende Stadterneuerung beeinflusst. Hinzu kamen zahlreiche weitere stadtpolitisch relevante Strategien mit entsprechenden gesetzlichen Regelungen unter den verschiedenen Regierungen; in den vergangenen rund drei Jahrzehnten von Old-Labour über die Konservativen bis hin zu New-Labour.

##### 4.1. Partnerschaften

Ein wichtiger Aspekt der jüngeren britischen Stadtpolitik war die Einführung eines partizipatorischen Ansatzes in Gestalt von Partnerschaften unterschiedlicher Art. Diese wurden erstmals noch unter der alten Labour-Regierung ab dem Jahre 1978 auf der Basis des „Inner Urban Areas Act“ vorgesehen – einem Gesetz, das der Förderung der inner cities eine hohe Priorität einräumte. Unter der neuen konservativen Regierung von Margret Thatcher (ab 1979) wurde diese Labour-Politik fortgesetzt. Dabei handelte es sich zunächst um „partnership arrangements“ zwischen der Zentralregierung und den Kommunen. Ab Mitte der 1980er Jahre wurde sodann durch Gründung von „City Action Teams“ (ab 1985) und „Task Forces“ (ab 1986) die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Regierung, Gemeinden, Privatwirtschaft und Lokalbevölkerung als neue „public-private partnerships“ vorgesehen, dabei wiederum vorrangig zur Regenerierung von inner city - Gebieten. In Liverpool beispielsweise wurde das im Jahre 1981 durch Rassenunruhen sehr stark in Mitleidenschaft geratene relativ gehobene Wohngebiet der Princess Avenue anschließend in ein derartiges Partnerschaftskonzept (Inner City Partnership) integriert.

Public-private partnerships mit einer Vielzahl öffentlicher und privatwirtschaftlicher lokaler Akteure, z.B. auch im Prozess der Erstellung lokaler Agenden, aber auch mit regionaler Unterstützung durch relativ neue regionale Entwicklungsagenturen (Regional Development Agencies) durch die Zentralregierung sowie mit Hilfe europäischer Strukturfonds (Ziel 1- und Ziel 2-Gebiete), haben sich in Großbritannien bis zur Gegenwart häufig als sehr innovativ und erfolgreich entwickelt. Zu den jüngsten Partnerschaften zählen „Urban Regeneration Companies“ (URCs), die 1999 in England eingeführt wurden und von denen im Jahre 2004 bereits 16 existierten. Ein anderes Programm zur Förderung bedürftigster Gebiete, genannt „New Deal for Communities“, existiert schon seit 1998. Es läuft über zehn Jahre als Partnerschaftsabkommen zwischen Kommunen und anderen Akteuren.

K. Brombach und J. Jessen haben am Beispiel der nordwestenglischen Kleinstadt Whitehaven die Bedeutung derartiger Partnerschaften als „Motor des Stadtumbaus“

in England besonders gewürdigt.<sup>21</sup> Die Partnerschaften gehen inzwischen soweit, dass sich seit einigen Jahren acht große Regionalstädte (Core Regional Cities) Englands, und zwar Birmingham, Bristol, Leeds, Liverpool, Manchester, Newcastle upon Tyne, Nottingham und Sheffield, zu einer „joint working group“ zusammengeschlossen haben, um ihre Stadtentwicklungsstrategien und jüngeren (ökonomischen) Erfolge gemeinsam imagebildend nach außen zu tragen.<sup>22</sup>

#### 4.2. Urban Development Corporations/Enterprise Zones

Die genannten partnerships täuschen jedoch leicht darüber hinweg, dass in England die Einflussmöglichkeiten der Zentralregierung, etwa durch Zuweisungen und Fördermittelvergaben, ungleich größer sind als etwa in Deutschland.<sup>23</sup> Dies zeigte sich vor allem in der frühen Phase der konservativen Regierung unter Thatcher, als ab 1981 nach und nach insgesamt 13 so genannte „Urban Development Corporations“ (UDCs) als neue staatliche Entwicklungsgesellschaften zur städtebaulichen und wirtschaftlichen Erneuerung ausgewählter städtischer Problemräume mit besonderen Entwicklungspotenzialen eingeführt wurden (z.B. aufgelassene alte Dockhäfen- oder größere Industriebrachenareale). Es handelte sich dabei um erhebliche Einschränkungen der kommunalen Selbstverwaltung in den betroffenen, damals ausschließlich Labour regierten Großstadträumen, was für deutsche Verhältnisse undenkbar ist. Dies begann mit der Einrichtung der so genannten „London Docklands Development Corporation“ und der für Liverpool zuständigen „Merseyside Development Corporation“, denen weitere UDCs folgten.<sup>24</sup>

Zur gleichen Zeit wurden als „Enterprise Zones“ (ebenfalls nach Local Government, Planning and Land Act 1980) neue staatliche, lokale Wirtschaftsförderungsgebiete in strukturell besonders benachteiligten städtischen Räumen eingerichtet. Sinn dieser stärker staatlich beeinflussten und zugleich ökonomisch orientierten Stadtentwicklungspolitik war es, durch staatliche Vorleistungen private Investitionen anzuregen.

Die städtebaulichen Veränderungen – z.B. in Liverpool/Merseyside die Revitalisierung eines ehemals völlig verwaehrten alten Dockhafengebietes in Stadtzentrumsnähe mit einer Neu-Inwertsetzung alter Lagerhäuser durch Luxuswohnungen und neue Kultureinrichtungen (Beatles Museum, Tate Gallery, Schifffahrtsmuseum) oder mit einem neuen Marinagebiet mit gehobener Wohnbebauung rundherum – sind positive

21 K. Brombach/J. Jessen, Stadtbau in englischen Kleinstädten. Das Beispiel Whitehaven, in: Die alte Stadt 4/2005, S. 304-316; ausführlicher K. Brombach/J. Jessen/L. Küchel/T. Lang/M. Sonntag, Von England lernen? Vier Fallstudien zum Stadtbau in englischen Städten: Urban Regeneration in Sheffield, Middlesbrough, St. Helens und Whitehaven, Erkner/Stuttgart 2005; vgl. auch I. Strange, Local policies, new agendas and strategies for change in English historic cities, in: Cities 13 (1996), No. 6, S. 431 ff.

22 Office of the Deputy Prime Minister (Hrsg.), Making it happen: Urban renaissance and prosperity in our Core Cities. A Tale of Eight Cities, Wetherby 2004.

23 K. Brombach/J. Jessen (s. A 21), S. 312.

24 Vgl. H. Heineberg (s. A 3).



**Abb. 4:** Neue Apartment-Gebäude an alten, restaurierten Kanälen („canalside apartments“) in Birmingham (Foto: P.J. Larkham, 2007).

Signale für die Stadtentwicklung in der Region Merseyside gewesen, wenngleich die ursprünglich gesetzten ökonomischen Ziele für neue Gewerbe- und Büroansiedlungen nicht erreicht werden konnten.

Als besonders spektakulär und ungleich dynamischer erwies sich bislang trotz einer Reihe von Rückschlägen die städtebauliche und funktionale Erneuerung der unmittelbar östlich der historischen City of London gelegenen „London Docklands“, vor allem im Bereich einer „Enterprise Zone“, der so genannten „Isle of Dogs“. Hier entstand mit dem höchsten Bürohochhaus Großbritanniens und zahlreichen weiteren Büro-Hochhauskomplexen eine inzwischen eindrucksvolle Konzentration hochrangiger, großteils international bedeutender Dienstleistungsfunktionen des Bank- und Versicherungswesens sowie weiterer unternehmensbezogener Dienstleistungen. In diesem Falle waren die jüngeren Einflüsse der wirtschaftlichen Globalisierung,<sup>25</sup> die sich quasi von der Umgestaltung der nahe gelegenen City of London bis zu den Docklands fortsetzen, mitentscheidend für die Erneuerung.

25 H. Heineberg, Die Global City London im Rahmen der Weltwirtschaftsentwicklung, in: Geographie und Schule 29 (2007), H. 165, S. 9 ff.

**Abb. 5:**  
Ehemaliges Lagerhaus,  
umgebaut zu „loft apartments“,  
im Jewellery Quarter  
von Birmingham  
(Foto: P.J. Larkham, 2007).



**Abb. 6:**  
Neuer Hochhausblock  
(der erste von 12 geplanten)  
mit Apartment-Wohnungen  
in der „East Side Regeneration  
Area“ von Birmingham  
(Foto: P.J. Larkham, 2007).



#### 4.3. Wohnungswirtschaft

Der Wohnungswirtschaft kommt bekanntlich eine Schlüsselrolle für die Stadtentwicklung zu. Das gilt auch für England, wo durch eine Vielzahl spezieller Gesetze und Förderprogramme, aber etwa auch durch das jüngere starke Ansteigen der Immobilienpreise, durch einflussreiche große Bau- bzw. Immobilienunternehmen, durch regionale und lokale Unterschiede Angebot und Nachfrage nach Wohnraum gesteuert werden.<sup>26</sup>

26 Während etwa der Wohnungsmarkt in London boomt, sind allerdings in peripheren, de-industri-

Wichtig für den jüngeren Trend der dynamischen wohnungswirtschaftlichen Entwicklung in den Altstädten, insbesondere in den großen Regionalstädten, war u.a. die neue „housing policy“ der Zentralregierung durch die „Planning Policy Guidance Note 3: Housing“ (PPG 3) aus dem Jahre 2000. Diese sieht vor, dass 60% des neuen Hausbaus an städtebaulich integrierten Standorten (brownfield sites in bestehenden urban areas) und nicht auf der Grünen Wiese („greenfield sites“) stattfinden soll. Als Mindestdichten wurden in der Regierungsrichtlinie 30 bis 50 Wohneinheiten je ha festgelegt. Außerdem soll Nutzungsmischung (Wohnen, Geschäfte, local services, öffentlicher Transport) angestrebt werden.

Zusammen mit der Investitionsbereitschaft großer Immobilienunternehmen, jüngeren Förderprogrammen der Zentralregierung<sup>27</sup> und der gewachsenen Nachfrage nach Wohnraum insbesondere in großstädtischen Innen- oder Altstadtbereichen ereignete sich in jüngerer Zeit – nicht nur in London, sondern selbst in (Industrie-)Großstädten wie Birmingham oder Manchester – ein beträchtlicher Hausbau- und Revitalisierungsboom vor allem in Gestalt von Wohnhochhäusern und erneuerten Altbauten aus ehemaligen Lagerhäusern. Dies alles äußert sich bereits in einem deutlichen Stadtumbau: z.B. an restaurierten Kanälen, in ehemaligen Gewerbegebieten der inner city oder auch selbst im Stadtzentrum (vgl. Abb. 4-6). Die Nutzer dieser neuen, meist luxuriös ausgestatteten Apartment-Gebäude sind vor allem Einzelpersonen-, bzw. Kleinhaushalte Gutverdienender (sog. „Gentrifier“), kaum jedoch Familien mit Kindern. Städte wie Birmingham oder Manchester haben mit diesen für großstädtische Innenstädte typischen Gruppen erhebliche Bevölkerungsanteile wieder gewonnen.

#### 4.4. Kommunale „Prestige-Projekte“

Ein weiterer Aspekt der jüngeren Veränderungen in den Stadtzentren Englands betrifft die kommunalen Prestige-Projekte.<sup>28</sup> Heute spricht man von Festivalisierung<sup>29</sup> oder von der Kulturalisierung der Stadtentwicklung. Es handelt sich um jüngere „städtebaulich herausragende Großprojekte und Großereignisse mit überörtlicher Strahlkraft“,<sup>30</sup> die zur Revitalisierung, Attraktivitätssteigerung und Imageverbesserung meist altindustrieller Großstadträume dienen sollen. Dieser Prozess begann in England – nach einigen Vorläufern wie neuen Museen in York oder in Manchester (u.a. Greater Manchester Museum of Science and Industry in dem Erneuerungsgebiet Castle-

sierten Regionen des nördlichen England häufig Leerstandsquoten das Problem.

27 Wichtig für die jüngere Wohnraumentwicklung in zentralen Stadtbereichen, insbesondere einiger Industriegroßstädte, wurde das neue Engagement der Zentralregierung für sog. „Neighbourhood Renewal“ in einem nationalen strategischen Aktionsplan („New Commitment to Neighbourhood Renewal: A National Strategy Action Plan“, 2001). Dies betrifft die Förderung bedürftigster Gebiete durch die Förderfonds „Neighbourhood Renewal Fund“ (NRF) und „New Deal for Communities“.

28 Vgl. auch H. Heineberg (s. A 3), S. 335 f.

29 H. Häußermann/W. Siebel (Hrsg.), Festivalisierung der Stadtpolitik, Opladen 1993.

30 G. Wood (s. A 5), S. 29.

field area am Rande des Stadtzentrums) – erst um 1990 mit einigen aufwändig gestalteten Großprojekten wie im Stadtzentrum von Birmingham mit dem „International Convention Centre“ (ICC) und der neuen „Symphony Hall“. Letztere erbaut als das Nonplusultra an Akustik und Architektur und neue Heimat des führenden britischen Orchesters, des „Birmingham Symphony Orchestra“. In unmittelbarer Nähe des ICC entstand in Birmingham 1991 zudem ein großes Sportzentrum (National Indoor Arena). Und auch Sheffield und Manchester setzten auf große Sport-Bauprojekte mit nationaler und internationaler Bedeutung.

Gerald Wood hat beispielhaft neue Großprojekte in den „Zwillingsstädten“ Newcastle upon Tyne und Gateshead diesem neuen Trend der Kulturalisierung der Stadtentwicklung zugeordnet. Es handelt sich allein bei der Neugestaltung der „Quayside“ des River Tyne um drei Projekte, und zwar um die 2001 fertig gestellte „Millennium Bridge“, das 2002 eröffnete „Baltic Museum“ für zeitgenössische Kunst in einem aufwändig umgestalteten älteren Getreidespeicher (aus den 1950er Jahren) und um die erst 2005 fertig gestellte „Sage“-Konzerthalle. Mit diesen und weiteren Projekten erhoffen sich die Städte ökonomische Entwicklungsimpulse und auch eine symbolische Erneuerung; allerdings wurden derartig kostspielige Schwerpunktsetzungen von Anfang an auch kritisch gesehen – z.B. hinsichtlich einer weiteren sozioökonomischen und sozialräumlichen Polarisierung oder Fragmentierung innerhalb der jeweiligen Städte.<sup>31</sup>

#### 4.5. Stadtpolitik im Globalisierungsprozess

Fraglich ist auch, ob aufgrund der genannten und weiterer Großprojekte die Zentren der altindustriellen Großstädte Englands im Rahmen des Internationalisierungs- und Globalisierungsprozesses mit London konkurrieren können; denn die britische Hauptstadt ist nicht nur im nationalen Städtesystem ganz überragend, sondern in wichtigen Sektoren heute sogar die herausragende Global City weltweit. Dies betrifft wie bereits angedeutet nicht nur die heutigen Londoner Docklands, sondern vor allem auch die sehr viel traditionsreichere City of London.

Der jüngere Globalisierungsprozess dokumentiert sich in diesem Altstadt kern in Gestalt einer neuen, mit der traditionellen Baustruktur brechenden Hochhaus-Skyline (vgl. Abb. 7), deren Entwicklung erst seit jüngerer Zeit von der Corporation der City of London verstärkt stadtpolitisch gestattet und gefördert wird. Diese wird in Zukunft noch ganz erhebliche Ausmaße annehmen, falls die bis zu 300 m hohen Hochhausplanungen realisiert werden. Dabei verlief der Umbau der City of London als ein relativ langsamer und durchaus konfliktreicher Prozess, denn die Planungsbehörde der City of London Corporation hat lange Zeit an dem traditionellen Stadtbild festgehalten und versucht, verdichtete Bürohochhaus-Neubebauungen möglichst zu ver-

31 Vgl. G. Wood (s. A 5).



**Abb. 7: City of London.** Die wachsende Hochhaus-Skyline des Weltfinanzentrums im Kontrast zu der traditionellen Bebauung (Foto: H. Heineberg, 2006).

hindern.<sup>32</sup> Daher entstanden in der City of London bis zu den 1970er und 1980er Jahren nur wenige „Bürotürme“.

## 5. Schluss

Abschließend lässt sich feststellen, dass nicht nur die historischen Altstädte in England sehr vielgestaltig sind, sondern auch die Altstadtspolitik. Generell besitzt die Stadtpolitik in England eine große Spannweite von der seit langem verfolgten, aber nicht konfliktfreien traditionsbewussten Stadterhaltung bis hin zu bereits jahrzehntelangen Stadtumbaumaßnahmen oder jüngeren Anpassungen an Kulturalisierungs- und Internationalisierungs-, bzw. Globalisierungsprozesse. Die Stadtentwicklungspolitik wird, was in diesem Beitrag nur angedeutet werden konnte, durch eine Vielzahl gesetzlicher Regelungen und Initiativen, durch ein „Dickicht“ spezieller Gesetze und häufig recht effektiver, innovativer Förderprogramme, durch unterschiedlichste Ansätze von public-private partnerships sowie nicht zuletzt auch durch potente Wirtschaftsakteure – von der Immobilienbranche bis hin zu Global Players – gesteuert.

<sup>32</sup> Vgl. Chr. Hamnett, *Unequal City. London in the Global Arena*, London 2003 (Reprint 2004) und H. Heineberg (s. A 25).

Im Spannungsfeld von Beharren und Wandel haben die Altstädte in England in jüngerer Zeit ihre Funktion als Wohn- und Lebensraum stärken können, wenngleich in den Großstädten vorwiegend auf besser verdienende Bevölkerungsgruppen bezogen.

„Von England lernen?“ – so lautet der Titel der von K. Brombach und J. Jessen 2005 vorgelegten gemeinsamen Studie des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (Erkner) und des Städtebau-Instituts der Universität Stuttgart, die sich anhand von vier kommunalen Fallbeispielen der Frage des jüngeren Stadtumbaus (urban regeneration) in England widmet; dies in Bezug auf seine Ansätze und (ständigen) strategischen Veränderungen, auf die Vielfalt von Programmen und Akteuren, aber auch bezogen auf grundsätzlich (offene) Fragen hinsichtlich der Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Vergleich zur Situation in Deutschland.<sup>33</sup> Die Übertragbarkeit der englischen Erfahrungen mit dem Stadtumbau auf deutsche Verhältnisse, dabei speziell auch bezüglich der Altstadt- oder Innenstadtentwicklung, wird demnach erheblich dadurch erschwert, dass die „formalen Bedingungen des Stadtumbaus und der Stadtplanung insgesamt [...] kaum unterschiedlicher sein [könnten]“.<sup>34</sup> Dies betrifft in England die weitaus größere strategische Bedeutung der Zentralregierung und die relativ geringe Rolle kommunaler Selbstverwaltung, die zudem durch Übertragung von Planungsaufgaben auf unterschiedlichste und zeitlich befristete public-private partnerships weiter eingeschränkt wird (Gefahr von Demokratiedefiziten, Bedeutungsverluste kommunaler Parlamente, häufig auch der Bürgerbeteiligung).<sup>35</sup> Hinzu kommt – auch das zeigen die erwähnten englischen Fallstudien –, dass die Umsetzung der urban regeneration nicht in allen Städten gleich organisiert ist. Vielmehr sind Strukturen, Zielsetzungen und einbezogene Akteure, beziehungsweise deren Einfluss von Fall zu Fall höchst unterschiedlich.<sup>36</sup>

33 Vgl. K. Brombach/J. Jessen u.a. (s. A 21), besonders S. 13 ff., 115 ff. sowie K. Brombach/J. Jessen (s. A 21), S. 311 ff.

34 K. Brombach/J. Jessen u.a. (s. A 21), S. 18.

35 Ebda., S. 117.

36 Ebda., S. 18.

Harald A. Miegl

## Das „zu große“ Mannheimer Schloss - eine stadtpsychologische Betrachtung<sup>1</sup>

### **Schlösser, die im Wege liegen!**

*Wer, von der Breiten Straße kommend, nach Ludwigshafen, oder von drüben kommend, zur Innenstadt will, muß mit der Kirche ums Dorf herum, das heißt, aller Verkehr muß den nicht unbeträchtlichen Umweg ums Schloß machen. Jetzt, wo das Schloß eine Ruine ist, sollte man die Frage prüfen, ob man nicht den Mittelteil des Schlosses niederlegen soll, die Breite Straße unmittelbar bis zur Rheinbrückenauffahrt verlängert und damit eine direkte, völlig gerade Verbindung Neckarbrücke - Breite Straße - Rheinbrücke schafft. [...] Man überlege weiterhin, ob man nicht beide Flügel des Schlosses im selben Zuge mit niederlegt. [...] Wir weinen dem im doppelten Sinne toten und kalten Gemäuer keine Träne nach. Bleibt es, so wird es für alle Zeiten wie ein düsterer Blick zwischen Mannheim-Ludwigshafen liegen.*

Mannheimer Morgen, 30.12.1948

Dieser Beitrag behandelt das Mannheimer Schloss, das zweitgrößte Barockschloss in Europa, und seine Rolle im Stadterleben. Zuerst erfolgt eine stadtpsychologische Analyse des Wohnens in der Nachbarschaft eines Schlosses. Sodann wird anhand einer Auswertung der Presseberichterstattung seit 1945 die Geschichte der Wahrnehmung des Mannheimer Schlosses untersucht. Dabei zeigt sich, dass das Schloss trotz Größe und historischer Bedeutung keine entsprechende Rolle im Stadterleben gespielt hat. Ein städtebauliches Problem, das sich auch wahrnehmungspsychologisch fassen lässt, ist die Größe des Schlosses im Verhältnis zu seiner innerstädtischen Lage: Das Schloss ist in Mannheim nicht als abgeschlossene Figur oder gar Landmarke erkennbar.

### **1. Vorbemerkungen**

Die Industrie- und Handelsstadt Mannheim beherbergt Europas zweitgrößtes Barockschloss. Vielen Mannheimern ist diese Tatsache nicht bekannt. Bekannt war bislang bestenfalls, dass im Schloss die Mannheimer Universität untergebracht ist. Erst

- 1 Der Artikel beruht auf dem Vortrag „Besser abgerissen? Mannheims Schloss aus dem Blickwinkel der Psychologie der Stadtentwicklung“, den der Autor am 29.11.2006 an der Universität Mannheim gehalten hat.

die 400-Jahr-Feier des Jahres 2007 hat das Schloss wieder ins öffentliche Bewusstsein gerückt. So verwundert ein wenig die Bezeichnung als „identitätsstiftendes Kulturdenkmal“, mit welcher der Historiker Wilhelm Kreutz eine Vortragsreihe zum Wandel des Mannheimer Schlosses eröffnete: Das Schloss sei zwischen den beiden Weltkriegen „längst“ ein „zentraler Bestandteil der Mannheimer Identität“ geworden.<sup>2</sup>

Wenn das Schloss je eine identitätsstiftende Funktion besaß, so scheint diese nach dem Zweiten Weltkrieg verloren gegangen zu sein. Fragt man nach der Bedeutung des Schlosses, so lautet eine typische Antwort eines Mannheimers der Generation nach dem Kriege: „Das Schloss steht halt so da“.<sup>3</sup> Die Antwort fällt jedoch pathetisch aus, wenn wir nicht nach dem Schloss, sondern nach dem Wasserturm fragen. Denn auf den Wasserturm, einen bürgerlichen Funktionsbau aus dem späten 19. Jahrhundert, ist man in Mannheim in einem ungebrochenen Sinne „stolz“.<sup>4</sup>

Wie steht es nun um die identitätsstiftende Funktion des Mannheimer Schlosses? Im Folgenden soll eine Antwort auf der Grundlage einer stadtpsychologischen Analyse gegeben werden. Stadtpsychologie ist die Anwendung der Psychologie auf Probleme der Stadt, ihrer Entwicklung sowie der Stadtplanung. Stadtpsychologie untersucht das Erleben und Verhalten des Menschen im Stadtraum.<sup>5</sup> Beispiele hierfür reichen zurück bis zu den ersten Untersuchungen über Lebensbedingungen für Kinder in Berliner Hinterhöfen der Bismarckzeit.<sup>6</sup>

Die Frage nach der identitätsstiftenden Funktion des Mannheimer Schlosses bietet eine Art Lehrbuchbeispiel für Stadtpsychologie. Im Wesentlichen geht es um Wahrnehmungs- und Zurechnungsprobleme. Kernstück des Befundes wird sein: Das Schloss ist für seine innerstädtische Lage zu groß, es gewinnt keine Gestalt. Von daher ist es offen für Funktionswandel, sei es für Behördenfunktionen oder die Universität. In den letzten zehn Jahren ist jedoch eine Bedeutungsaufwertung zu beobachten. Dies hängt vermutlich mit der gewandelten deutschen Selbstwahrnehmung seit der Wiedervereinigung zusammen. Um den Wandel zu belegen, erfolgt eine Analyse der archivierten Presseberichte des Mannheimer Stadtarchivs. Die Untersuchung der Wahrnehmung

2 W. Kreutz, Vom profanen Behördensitz zum identitätsstiftenden Kulturdenkmal – Das Mannheimer Schloss in der Zwischenkriegszeit, Manuskript des Vortrags im Rahmen der Reihe „Das Mannheimer Schloss, Funktionswandel und Bautradition. Beiträge zur architektonischen Renaissance der barocken Residenz“, 19.11.2001.

3 Vgl. G. Hiltl, Experteninterview zur Wahrnehmung des Mannheimer Schlosses in der Stadtbevölkerung (Durchführung 2002: H.A. Mieg).

4 Ebda.; vgl. auch H. Weckesser, Geliebter Wasserturm. Die Geschichte des Mannheimer Wahrzeichens, Mannheim 1991.

5 H.A. Mieg / C. Hoffmann (Hrsg.), Stadtpsychologie. Umweltpsychologie (Sonderheft), 2/10 (2006); vgl. u.a. auch W. Hellpach, Mensch und Volk der Großstadt, Stuttgart 1952; H. J. Harloff (Hrsg.), Psychologie des Wohnungs- und Siedlungsbaus: Psychologie im Dienste von Architektur und Stadtplanung, Göttingen 1993; P.G. Richter (Hrsg.), Architekturpsychologie. Eine Einführung, Lengerich 2004.

6 D. Görlitz, Es begann in Berlin. Wege einer entwicklungspsychologischen Stadtforschung, in: H.J. Harloff (Hrsg.), Psychologie des Wohnungs- und Siedlungsbaus, Göttingen 1993.

des Schlosses erfolgt im Vergleich mit der Wahrnehmung des Wasserturms, des Mannheimer Wahrzeichens. Die Darlegung erfolgt in drei Schritten:

1. Kurze Darstellung des Mannheimer Schlosses.
2. Psychologische Analyse des Wohnens in der Nachbarschaft eines Schlosses.
3. Die Wahrnehmungsgeschichte des Schlosses nach 1945.

## 2. Das Mannheimer Schloss

Der Bau des Mannheimer Schlosses ist eng mit der Geschichte Mannheims verbunden.<sup>7</sup> Mannheim wurde 1607 als Festungsstadt am Rhein gegründet und in den Kriegswirren des 17. Jahrhunderts fast vollständig zerstört. Mannheim gehörte zur Kurpfalz bzw. zur kurpfälzischen, protestantischen Linie der Wittelsbacher, die in Heidelberg residierten. Diese Linie starb im 17. Jahrhundert aus. Die Nachfolger, die katholische Düsseldorfer Linie, ließen Mannheim wieder aufbauen. Kurfürst Philipp residierte auch einige Zeit in Heidelberg, geriet dort aber in Streit mit dem protestantischen Kirchenrat. 1720 entschied er, seine Residenz nach Mannheim zu verlegen und ein neues Schloss zu errichten. Die Kurfürsten gehörten zu den wichtigsten Machthabern ihrer Zeit; entsprechend groß war ihr Repräsentationsbedürfnis, dem das Schloss Geltung verleihen sollte. Die Bauarbeiten zogen sich über mehrere Jahrzehnte hin. Das entstehende Schloss war eine ganze Stadt für sich, mit rund 1.000 Zimmern, Küchen, Stallungen, einem Opernhaus für mindestens 2.000 Zuschauer, Gemäldegalerien, Bibliothek, Gärten usw. Das Mannheimer Hoforchester, später „Mannheimer Schule“ genannt, erlangte Weltruhm; das klassische Schema der Symphonie wurde hier entwickelt. Mozart bewarb sich in Mannheim als Klaviervirtuose, wurde jedoch nicht genommen. Die höfische Nutzung endete jäh im Jahre 1778, als der regierende Karl Theodor mit seinem Hof nach München zog. Danach stand das Schloss weitgehend leer. Wegen seiner Größe war eine einheitliche Nutzung ausgeschlossen.

Im Zweiten Weltkrieg wurde das Schloss in den Bombennächten des September 1943 fast dem Erdboden gleichgemacht. Was blieb war Ruine. Schaden erlitt auch der Wasserturm. Dessen Dach erhielt einen Volltreffer, ebenso der Sockel. Nach dem Krieg erschien mit Genehmigung der amerikanischen Militärbehörde ein Buch mit Bilddokumenten zu Mannheim „einst“ und „jetzt“.<sup>8</sup> Es war ein Buch der Besinnung und Trauer. Bestand und Verlust an städtischen Gebäuden und Stadträumen wurden aufgezeigt. Wenn also Gebäude für die Mannheimer eine identitätsstiftende Funktion hatten und ihnen am Herzen lagen, so war dieses Buch der rechte Ort, um Trauer und

7 Vgl. u.a. F. Walter, Das Mannheimer Schloß, Karlsruhe 1927; M. Schaab, Das Mannheimer Schloss: Zentrum und Sinnbild der spätbarocken Kurpfalz, Stadtarchiv Mannheim 1996; C.T. Mueller, Schloß Mannheim, Schwetzingen 1997; E. Haas / H. Probst, Die Pfalz am Rhein, Mannheim 2000.

8 Stadtverwaltung Mannheim, Bilddokumente Mannheim 1933 und 1945, Mannheim 1946.

Anteilnahme zu bekunden. Der Bildband ist in die beiden Abschnitte „Mannheim vor dem Krieg“ und „Mannheim nach dem Krieg“ aufgeteilt. Dabei fällt auf, dass auf den ersten zehn Abbildungen vor dem Krieg das Schloss nur einmal zu sehen ist, hingegen der Wasserturm siebenmal; zweimal ist er nur deshalb nicht zu sehen, weil es sich um einen Blick vom Wasserturm auf die Stadt handelt. Auf den ersten zehn Abbildungen nach dem Krieg sehen wir das Schloss zweimal, den Wasserturm hingegen dreimal, wobei er wiederum zweimal als Standpunkt für den Fotografen dient.

Das Schloss schien also auch vor dem Zweiten Weltkrieg der Mannheimer Bevölkerung nicht wirklich ans Herz gewachsen zu sein. Im Dezember 1948 erschien im Mannheimer Morgen ein namentlich gekennzeichnete Kommentar unter dem bissigen Titel „Schlösser, die im Wege liegen“. Ein im Wege liegendes Schloss – so lautete also der nüchterne Befund, der sicher nicht von der Gesamtbevölkerung geteilt wurde, jedoch mit einer gewissen Distanziertheit der Leser zum Schloss rechnen konnte.

Aus Sicht des landesamtlichen Denkmalschutzes hat das Mannheimer Schloss stets eine überragende Bedeutung bewahrt. Im ersten Band der Beschreibung der Kunst- und Kulturdenkmäler im Stadtkreis Mannheim, herausgegeben vom Landesdenkmalamt, sind dem Schloss 300 von 850 Seiten gewidmet – gegenüber gerade einmal sechs Seiten, die der Wasserturm einnimmt.<sup>9</sup>

### 3. Psychologische Analyse des Wohnens in der Nachbarschaft eines Schlosses

#### 3.1. Wohnzufriedenheit

In den letzten Jahrzehnten wurde eine Reihe von Kriterienlisten aufgestellt, um städtische Lebensqualität zu bewerten. Eine der berühmtesten ist die so genannte Rapoport-Liste,<sup>10</sup> die 28 Kriterien enthält: Lage des Gebiets, Vorhandensein von Freiflächen, soziale und ethnische Zusammensetzung der Wohnbevölkerung, aber auch architektonische Kriterien wie Baustil, Baumaterialien, Instandhaltungsgrad sowie Kriterien des subjektiven Wohlempfindens wie Lärm oder Gepflegtheit der Wohnumgebung.

Das Erstaunliche ist der Befund: Bei Befragungen zeigt sich grundsätzlich eine hohe Wohnzufriedenheit.<sup>11</sup> Der Befund ist recht deutlich und psychologische Erklärungen legen nahe, dass Menschen sich und ihre Lage eben bevorzugt horizontal oder „nach unten hin“ vergleichen. Man vergleicht sich mit denen, die sich in einer ähnlichen Lage befinden, oder gar mit solchen, denen es schlechter geht. So gesehen fällt der Vergleich für einen selbst meist zufriedenstellend aus und der eigene Selbstwert wird nicht in Frage gestellt.<sup>12</sup>

9 H. Huth, Die Kunstdenkmäler des Stadtkreises Mannheim (2 Bde.), München 1982.

10 A. Rapoport, Human aspects of urban form, Oxford 1977.

11 Vgl. A. Flade, Wohnen psychologisch betrachtet, Bern 1987.

12 Andere Erklärungsansätze gehen in die Richtung Ortsbindung oder auch Reduktion kognitiver

Um auf das Schloss zurückzukommen: Ob ein Schloss in der Nähe liegt oder nicht, oder ob man gar selber im Schloss wohnt, dies macht sich in der Wohnzufriedenheit sicher nicht bemerkbar. Wäre das Mannheimer Schloss ganz abgetragen worden, würde dies für die Lebensqualität in Mannheim vermutlich keine Rolle spielen. Zeitweilig diente das Schloss sogar als Wohnanlage. Aktenkundig aus dieser Zeit sind Beschwerden über die mangelhafte Heizbarkeit der großen Räume. „Wohnen im Schloss“ hat sich in Mannheim nicht als gesuchte Nutzung erwiesen.

### 3.2. Zur Erlebensperspektive des Schlosses

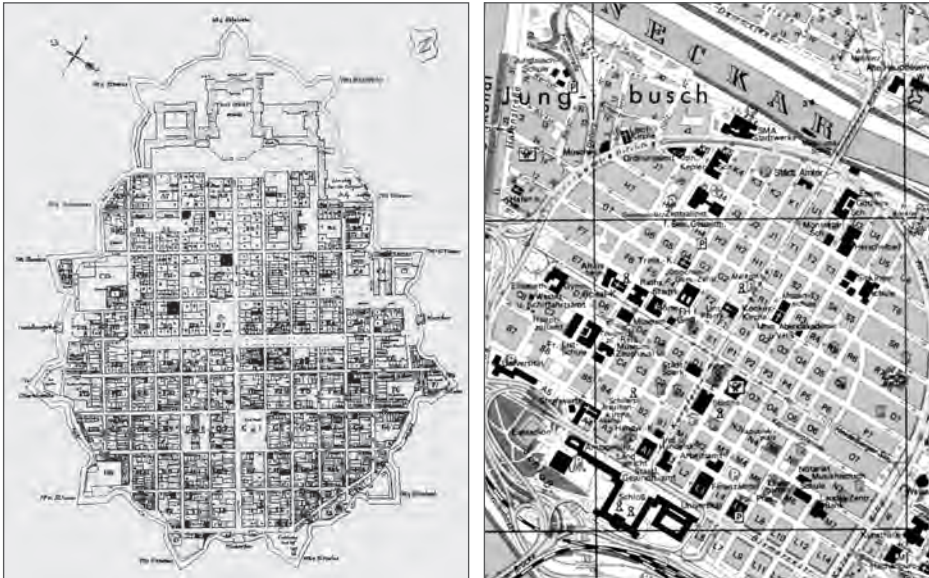
Eine Stadt wird nicht aus der Vogelperspektive erlebt. Darauf hinzuweisen erscheint trivial, wäre die Vogelperspektive nicht die Sichtweise des Stadtplaners, der Richt- und Bebauungspläne sowie der Wettbewerbsmodelle der Architekten. So auch das Bild Mannheims aus der Sicht fürstlich-kurpfälzischer Planung (vgl. Abb. 1): Aus der Vogelperspektive zeigen sich die Symmetrien des Plans, etwa die Sichtachse auf das Schloss oder die Quadrate – weshalb man die Mannheimer Innenstadt kurz auch „die Quadrate“ nennt. Doch nicht jedem gebürtigen Mannheimer – auch nicht den Bewohnern der Quadrate selbst – ist das barock-symmetrische System der Hausnummern bewusst: rechts vom Schloss im Uhrzeigersinn, links vom Schloss gegen den Uhrzeigersinn und stets ansetzend an der innersten Ecke des dem Schloss zugewandten Quadrats. Hingegen weiß jeder Mannheimer, wo die „Fressgass“ oder die „Breite Straße“ ist, auch wenn diese Straßen im offiziellen Stadtplan gar nicht verzeichnet sind.

Nichts formte Städte so sehr wie Handel und Verkehr. Städte gestalteten sich rund um die Personen- und Warenströme, die in und durch die Stadt führten. So wuchs und gedieh auch das Mannheim des beginnenden 19. Jahrhunderts nur Dank des Handels, nachdem der Hof fortgezogen war.

Mit Blick auf die Verkehrsverhältnisse fiel die Größe des Mannheimer Schlosses bald als Verkehrshindernis auf. Verkehrstechnisch gesehen war es ein Riegel, der die Stadt zum Rhein hin abschloss und den Verkehrsfluss nach Ludwigshafen und in die Pfalz behinderte. Bereits im 19. Jahrhundert fiel im Rücken des Schlosses der Schlossgarten dem Eisenbahnbau zum Opfer. Der nächste Schnitt erfolgte mit der Anlage der Bismarckstraße, deren Verkehr heute das Schloss endgültig von den „Quadraten“ trennt.

Als das Schloss nach dem Krieg in Ruinen lag, ergab sich die städte- und verkehrsplanerische Chance, mit einer Brücke eine direkte Verkehrsanbindung nach Ludwigshafen zu schaffen. Dies war auch Hintergrund der Bemerkung „Schlösser, die im Wege liegen“. Damals schien alles möglich: von der völligen Niederlegung des Schlosses bis hin zu einem Tordurchbruch durch das Corps de Logis, den Mittelteil des Schlosses.

Dissonanz: es ist leichter, die Einstellung zur Wohnsituation zu ändern als die Wohnsituation selbst; zur Ortsbindung vgl. P.G. Richter (Hrsg.), *Architekturpsychologie: Eine Einführung*, Lengerich 2004.



**Abb. 1 u. 2:** Die Abbildung links zeigt den barocken Stadtplan Mannheims mit dem Schloss (oben) als Haupt der Stadt, die als Zitadelle angelegt war. Der für Mannheim eigentümliche Aufbau in Quadraten entsprach den Bedürfnissen des damaligen Festungsbaus. Die Abbildung rechts zeigt den aktuellen Plan der Mannheimer Innenstadt. Das Schloss links unten erscheint eingezwängt in die Verkehrsachsen von Bahn und Straßenverkehr, die im 19. und 20. Jahrhundert angelegt wurden. Das Schloss selbst bildet zwischen Innenstadt und dem Rhein eine Barriere, die sich über 440 m in der Breite erstreckt (Quelle: *Tourist-Service Mannheim*).

Bis 1954 wurde ein „Schlossdurchbruch“ ernsthaft diskutiert.<sup>1</sup> Doch auch wenn dieser „Todesstich“ letztendlich ausblieb, prägt heute der Verkehr das Verhältnis von Schloss und Quadraten. Für die Autofahrer liegt das Schloss auf der einen, die Stadt auf der anderen Seite. Und für die Straßenbahnnutzer bildet das Schloss eine lange, dekorative Kulisse am Punkt zwischen Bahnhof und City (vgl. Abb. 2).

### 3.3. Zur Figur/Grund-Unterscheidung im Stadterleben

Architektur hat auch die Aufgabe, Gebäude so zu gestalten, dass sie Identität und Orientierung vermitteln.<sup>2</sup> Eine Voraussetzung hierfür ist, dass ein Gebäude eine identifizierbare Gestalt aufweist, d.h. eine sichtbare Figur, die sich von dem Stadthintergrund abhebt. Eine ähnliche Funktion haben Landmarken, Leucht- und Kirchtürme oder ähnliche Bauwerke, welche dank ihrer guten Sichtbarkeit eine Orientierungsfunktion aufweisen.

1 Vgl. *Mannheimer Morgen* 05.02.1954: Schloßdurchbruch zur internen Verkehrsregelung.

2 Vgl. z.B. C. Fingerhuth, *Die Gestalt der postmodernen Stadt*, Zürich 1996.

Das Mannheimer Schloss ist für diese Funktion zu groß: Es gibt kaum einen Punkt in der Stadt, und nur wenige außerhalb, von dem aus man das Schloss als Ganzes wahrnehmen kann, schon gar nicht von Seiten der Quadrate. Somit ist das Schloss kaum als Wegzeichen nutzbar und kann schwerlich zur Orientierung dienen. Es markiert keinen Stadteingang, es sei denn man kommt mit dem Zug aus Richtung Frankfurt oder Ludwigshafen. Für die Passanten ist das Schloss weniger ein prägnantes Gebäude, sondern eher eine „Wand“. Wer in der Stadtmitte stehend in Richtung Schloss blickt, sieht nicht ein Gebäude, sondern eine Schlossfassade, die den Horizont verdeckt. Man sieht das Schloss als „Hintergrund“ und kaum als Figur.<sup>3</sup> Anders der Wasserturm, den man in seiner Gestalt aus allen vier Himmelsrichtungen sieht.

### 3.4. Zur Funktionsbindung von Gebäuden

Auch Gebäude weisen eine Funktionsbindung auf. Funktionsbindung ist ein wichtiger Befund der Psychologie des Denkens und Problemlösens.<sup>4</sup> Gut untersucht ist die Funktionsbindung etwa bei Werkzeugen. So ist ein Hammer psychologisch gesehen eng mit der Funktion des Hämmerns verbunden. Gebäude behalten oft über ihr Leben lang ihre ursprüngliche Funktionsbezeichnung bei; dies gilt für Schlösser, Wassertürme wie auch für Schlachthäuser und Fabriken. Es handelt sich um gewohnheitsmäßige, eingebürgerte Bezeichnungen, die zur Orientierung in einer Stadt dienen und schwerlich zu ändern sind. Wichtiger für die Wahrnehmung eines Gebäudes ist jedoch seine dominante Nutzung, mit der eine Generation von Anwohnern über eine Zeit hinweg konfrontiert wurde und welche, mag die weitere Nutzung sich auch ändern, für diese eine Generation die Funktion des Gebäudes definiert.

Ein Schloss ist ein herrschaftlicher Sitz. Diese Funktion hat das Mannheimer Schloss bereits 1778 verloren, indem Kurfürst Karl Theodor nach München zog. Wie erwähnt standen Jahrhunderte lang viele Zimmer leer. Von 1819 bis 1860 war das Schloss Altersruhesitz der Großherzogin Stephanie, doch auch sie nutzte nur wenige Räume im Westflügel. Seit Ende des 19. Jahrhunderts diente das Schloss als Museum, als Wohnanlage, Finanzamt, Gefängnis und Gericht, es beherbergte die „Mannheimer Töchter- und Höhere Mädchenschule“ und später die Wirtschaftshochschule und Universität. Die dominante Nutzung war jedoch eindeutig eine Nutzung durch staatliche Behörden: Landgericht, Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei, Domänenamt,

3 Der Unterschied zwischen Figur und Hintergrund gehört zu den Grundgesetzen menschlicher Wahrnehmung und wurde schon früh von der Psychologie untersucht - vgl. u.a. *W. Metzger*, Psychologie, Darmstadt, 5. Aufl. 2005 - und spielt auch in der Architekturpsychologie eine wichtige Rolle. Eines der bekanntesten Illustrations-Beispiele ist die Rubinsche Kippfigur, die entweder als Vase oder als zwei einander zugewandte Gesichter wahrgenommen wird, je nachdem, ob die schwarze oder die weiße Fläche als Hintergrund aufgefasst wird. Es ist jedoch nicht möglich, beide Figuren gleichzeitig wahrzunehmen. In diesem Sinne bleibt das Mannheimer Schloss heute vielfach Hintergrund und nur selten Figur.

4 Vgl. ebda.

Forstamt, Finanzamt, Steuereinnahmerei, Steuerkommissariat und so weiter. Meist „unsympathische Ämter“. Und nicht zu vergessen: Bis 1963 diente das Schloss der amerikanischen Besatzung auch als Militärgefängnis.

Diese Multifunktionalität veranlasste die Behörden zu einer Neubenennungsinitiative. So lesen wir im Mannheimer Morgen vom 4. Mai 1951: „Das Badische Bezirksbauamt, dem der gesamte Schloßausbau untersteht, hat – um der Bevölkerung die einzelnen Teile begrifflich näher zu bringen und vor allem um die ewigen Verwechslungen zwischen linkem und rechtem Schloßflügel auszuschalten – eine Neubenennung aller Bauteile vorgenommen. Der frühere linke Flügel heißt jetzt ‚Stephanien-Flügel‘, und der Eckpavillon gegen Ludwigshafen ‚Finanzpavillon‘. Der mittlere Pavillon mit dem großen Treppenhaus ‚Turmpavillon‘. Der rechte, bisher noch nicht wiederaufgebaute Flügel, erhält die Bezeichnung ‚Behördenflügel‘. An ihn schließt sich zum Rhein hin der jetzt zum Wiederaufbau bestimmte ‚Sonnenpavillon‘ an.“<sup>5</sup>

Diese Neubenennungen haben sich nicht gehalten. Die Behörden sind mittlerweile ausgezogen. Das bedeutete leider auch: Für viele Mannheimer fiel damit der Grund fort, überhaupt ins Schloss zu gehen. Selbst die Verehrung der Stephanie Beauharnais, Napoleons Stieftochter, findet nicht im Schloss statt. Als sie im Mannheimer Schloss ihren Witwenruhesitz bezog, freuten sich die Mannheimer Bürger, dass so etwas wie ein Ersatz- oder Nebenhof zu Karlsruhe entstand. Stephanie genoss hohes Ansehen in Mannheim. Bei ihrem Einzug erhielt sie von der Stadt ein „Landhaus im italienisch-französischen Stil“ an der Schwetzinger Straße als Geschenk.<sup>6</sup> Heute steht die Stephanie-Figur am Eingang zum Waldpark und bekommt „nasse Füße“, wenn der Rhein Hochwasser führt. Im Schloss hat sie zwar gewohnt, ihr Andenken ist jedoch längst von dort ausgezogen.

### 3.5. Identitätsstiftung

Es bleibt die Frage: Ist das Mannheimer Schloss identitätsstiftend? In der psychologischen Literatur, zumindest der neueren, findet sich kein Beitrag zum Leben mit einem Schloss. Es gibt jedoch genügend Forschungen zur Frage personaler Identität und zur Bildung „örtlicher Identität“. In der Psychologie hat sich eingebürgert, Identität mehrdimensional aufzufassen. Nach Haußer beinhaltet Identität: 1. das Selbstbild, das eine Person von sich hat, 2. den Selbstwert, den sie mit dem Selbstbild verbindet, und 3. Kontrollüberzeugungen, d.h. Erfahrungen und Erwartungen dahingehend, ob man in seinem Leben etwas bewegen kann.<sup>7</sup>

Betrachtet man diese drei Kriterien genauer, lässt sich die Eignung des Mannheimer Schlosses für Identitätsstiftung erörtern.

5 *Mannheimer Morgen* 04.05.1951: Mannheimer Schloß soll und darf nicht verkommen: Weitere Teile werden nach und nach ausgebaut.

6 L. Gall, *Bürgertum in Deutschland*, Berlin 1989, S. 223.

7 K. Haußer, *Identitätspsychologie*, Berlin 1995.



**Abb. 3: Schlosszugang mit Wachhäuschen vor 1939 im ursprünglichen Zustand**  
(Stadtarchiv Mannheim).

Das Selbstbild, das erste Element von Identität, enthält eine Antwort auf die Frage: Wer bin ich? Ein Kultur-Redakteur des Mannheimer Morgen nannte das Schloss ein „Relikt aus Zeiten, die unrühmlich endeten“.<sup>8</sup> Er bezog sich ausdrücklich auf das Schloss als kurfürstlichen Herrschaftssitz, der mit dem Auszug des Hofes seine Funktion verlor. Mehr noch, er sah das Schloss als „Trauma“, als eine Wunde, die Mannheim durch den Machtverlust erlitt und die durch die Schlossruine seit 1943 sinnbildlichen Ausdruck erhielt. Diese Sicht ist die Perspektive eines bürgerlichen, durch Handel reich gewordenen Mannheims, wie es zu Beginn des 19. Jahrhunderts bestand. Es ist das Mannheim, das sein Nationaltheater feierte. Doch spätestens seit Ende des 19. Jahrhunderts war Mannheim Industriestadt und im Deutschen Reich als das „rote Mannheim“ bekannt. In einer proletarischen Kultur wirken Schlösser fremd, sie haben nicht einmal Feindstatus. Inwiefern das Schloss im Selbstbild der zahlreichen Mannheimer Immigranten eine Rolle spielt, kann hier nicht behandelt werden und wäre eine eigene Studie wert.

Das zweite Element von Identität, die Selbstbewertung, gibt eine Antwort auf die Frage: Was bin ich wert? Ein Schloss in der Stadt zu haben, kann der Selbstwert-

8 Kulturredaktion Mannheimer Morgen, Telefoninterviews zum Mannheimer Schloss im Dezember 2001 (Durchführung H.A. Mieg).

erhöhung dienlich sein. Voraussetzung dürfte sein, dass das Schloss auch als solches wahrnehmbar ist und sich nicht in einem verwahrlosten Zustand befindet. Beides trifft auf das Mannheimer Schloss zu.

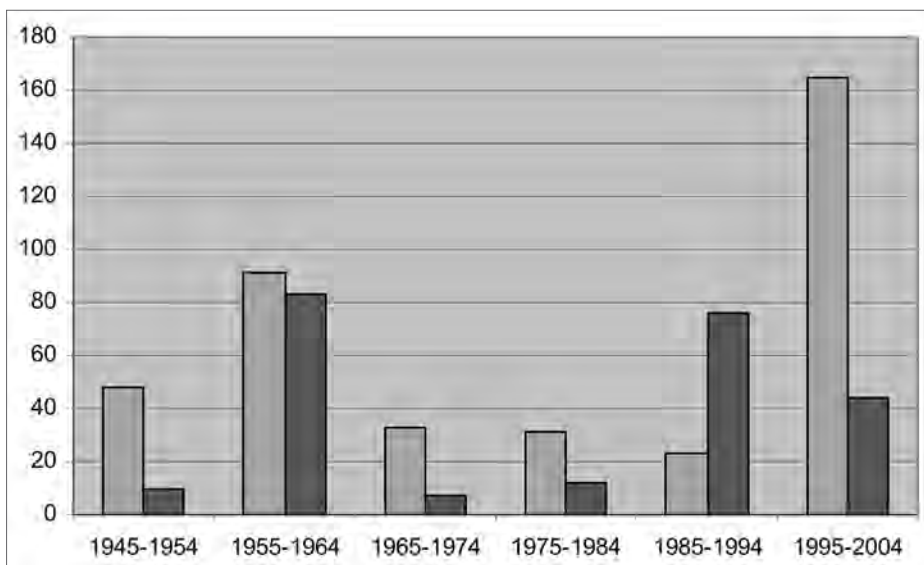
Weniger einfach liegt der Fall beim dritten Element, den Kontrollüberzeugungen, welche wesentlich zur Identität zählen. Die Annahme der eigenen Selbstwirksamkeit kann erfolgsfördernd sein. Das Mannheimer Schloss war jedoch bislang nicht geeignet, den Bürgern ein Gefühl von Selbstwirksamkeit zu vermitteln. Im Gegenteil: Schlossaufbau und Schlossverwaltung waren nach dem Krieg weitgehend Sache des Landes und nicht der Stadt. Das Schloss verkörperte eine Amtsfunktion, der gegenüber die Bürger weitgehend eine Bittsteller- oder Abhängigenrolle einnahmen. Dies war keineswegs eine Entwicklung, die ein ausrangiertes Kurfürstliches Schloss mit Notwendigkeit nehmen musste. Nach 1900 bis zum Zweiten Weltkrieg gab es etliche Initiativen einer städtischen Aneignung. Eine städtische Bibliothek zog ein, hinzu kamen städtische Spezialsammlungen. Doch war das Schloss zu groß, als dass sich daraus eine dominante, funktionsbestimmende Nutzung hätte ergeben können. Der Wasserturm als städtisches Infrastrukturgebäude eignete sich viel besser, das Gefühl von Wirkungsmacht zu vermitteln.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Nach Maßgabe der Wohnzufriedenheit ist das Schloss nicht nötig, dem Verkehr ist es ein Hindernis und für seine Lage in der Stadt ist es zu groß, um als ein Gebäude, als eine Figur, wahrgenommen zu werden. Durch seine staatliche Nutzungsgeschichte ist es den Bürgern etwas verleidet und nur bedingt zur Identitätsstiftung geeignet.

#### 4. Wahrnehmungsgeschichte des Schlosses nach 1945

Als Datengrundlage zur Wahrnehmung des Mannheimer Schlosses dient die im Stadtarchiv dokumentierte Presseberichterstattung. Zum Vergleich lässt sich die Berichterstattung über den Wasserturm heranziehen. Abbildung 4 zeigt die Chronik der Berichterstattung seit 1945 in Abschnitte von zehn Jahren zusammengefasst. Die Balken zeigen an, wieviele Presseberichte in dem jeweiligen Zeitraum archiviert wurden, und zwar links in hellerem Grau für das Schloss und rechts in dunklerem Grau zum Vergleich für den Wasserturm. Grundsätzlich erschienen mehr Beiträge über das Schloss als den Wasserturm: 391 Beiträge zum Schloss und 232 zum Wasserturm. Dies ist nicht verwunderlich, schließlich ist das Schloss entschieden größer und überbaut die Gebäudefläche des Wasserturms um mehr als das 15fache.

Als das Schloss 1945 in Ruinen lag, war der Wiederaufbau durchaus strittig. In der Rhein-Neckar-Zeitung vom 1.12.1945 hieß es unter dem Titel „Kampf den Ruinen“: „Das Mannheimer Schloß ist tot. Es ist ausgebrannt und von seinem lebenswürdigen Glanz stehen nur noch die Fassaden“. Man sprach bereits von einer möglichen „Renaissance als Bau“ und zwar als Wohnanlage für 1.200 Menschen; entsprechende Pläne



**Abb. 4:** Anzahl der Presseberichte über das Mannheimer Schloss (hellgraue Balken) und den Wasserturm (dunkle Balken) gemäß der Dokumentation im Stadtarchiv Mannheim.

des Bezirksbauamtes lagen vor.<sup>9</sup> Dazu kam es jedoch nicht, vielmehr zog 1951 das Finanzamt ein, und 1955 die Wirtschaftshochschule. In einem zeitgenössischen Lied der Mannheimer Bänkelsänger Maurer und Ziegler hieß es in Anspielung darauf, dass im Ostflügel dereinst auch die kurfürstlichen Stallungen untergebracht waren: „Wenn das der Kurfürst wüsst / dass man Studenten züchtet / auf seinem Pferdemist.“<sup>9</sup>

1961 wurden die Renovationsarbeiten am Mittelpavillon beendet. Damit war 16 Jahre nach dem Krieg der Wiederaufbau im Wesentlichen abgeschlossen. Allein im Juli 1961 kamen 3.500 Besucher, neugierig über das wiedereröffnete Schloss. Der Mannheimer Morgen stellte fest: „Schloßführungen sind sehr beliebt“. Drei Jahre später war das Interesse jedoch wieder verebbt. Am 23. November 1964 wurde vom „Vergeblichen Warten auf Schloßbesucher“ berichtet, ja selbst Schulklassen würden ausbleiben. Die Führungen wurden im Winter zeitweilig eingestellt. Die Wiederaufnahme im Frühjahr 1965 kommentierte die Rhein-Neckar-Zeitung mit den Worten: „Eigentlich ist es beschämend, wie wenige Mannheimer erst das kurfürstliche Schloß von innen sahen.“<sup>10</sup>

9 E. Gläser, Kampf den Ruinen: Ein Plan zur Umwandlung des Mannheimer Schlosses, in: *Rhein-Neckar-Zeitung* 01.12.1945.

9 G. Hiltl (s. A 3).

10 *Rhein-Neckar-Zeitung* 05.03.1965: Vom Rittersaal zur Krypta: Schloßbesichtigungen beginnen wieder – Einführungsvortrag am Samstag.

In dieser zweiten Periode von 1955 bis 1964 erwacht die Berichterstattung über den Wasserturm. Allein 56 dieser Beiträge fallen ins Jahr 1956. Damals ging es um die Frage der Renovierung bzw. Neugestaltung des Turms: Sollte der Wasserturm in alter Form restauriert werden oder sollte er nicht zweckmäßiger neu gestaltet werden? Es gab einen Wettbewerb und eine Ausstellung. Was keiner vermutet hatte: Es kam zu einer „Schlacht um den Wasserturm“, in die sich auch Presse und Öffentlichkeit warfen. Im Mai 1956 veranstaltete der Mannheimer Morgen eine Abstimmung über die Gestaltungsvorschläge und berichtete: „Zwischen Historismus und Supermoderne. Wasserturmfrage entzündet den Bürgersinn. Rund 4.000 Mannheimer waren bereits in der Ausstellung. Hunderte teilten dem ‚MM‘ ihre Meinung mit“.<sup>11</sup>

Typische Zuschriften waren: „Als geborene Mannemer möchten wir doch unseren alten Wasserturm wieder haben.“ Oder: „Der Wasserturm soll unverändert wieder aufgebaut werden, andernfalls verliert Mannheim sein schönstes Symbol.“

Bereits am folgenden Tag beschrieb der Mannheimer Morgen die Lage wie folgt: „Wir verraten keine Neuigkeit. [...] Es hat sich inzwischen längst herumgesprochen: Die Mannheimer wollen ihren alten Wasserturm wieder haben. Kein anderes Resultat konnte erwarten, wer die Mannheimer kennt.“<sup>13</sup> Und am 23.05. war die Sache entschieden. Der Mannheimer Morgen titelte: „Eindeutiger als die OB-Wahl: Klare Mehrheit für den alten Wasserturm. Rund 5.000 Bürger äußerten ihre Meinung / Auch Mannheimer, die im Ausland leben, meldeten sich zu Wort“.<sup>14</sup>

Die Zuneigung der Mannheimer zu ihrem Wasserturm offenbarte sich auch 1989 zur Hundertjahrfeier seiner Einweihung. Es gab ein eigenes Wasserturmfest. Für das Jahr 1989 finden sich 36 Berichte im Stadtarchiv. Weniger bekannt – zumal auch weniger eindeutig belegt – ist die Einweihung des Schlosses 1760, zu deren 200-jährigen Wiederkehr man im Jahr 1960 durchaus ein Fest hätte veranstalten können. Der Mannheimer Morgen kommentierte am 27.06.1960 den Schlossgeburtstag lakonisch: „Einst größtes Fürstenschloß, heute Amtssitz. Vor 200 Jahren wurde das Mannheimer Schloß fertiggestellt.“

Bis in die 1980er Jahre nahm die Aufmerksamkeit für das Schloss leicht aber stetig ab. Ein mehrsprachiger Bildband über Mannheim aus dem Jahre 1971 beginnt mit einem Bild vom Hafen, dann folgen nicht etwa Wasserturm oder Schloss, sondern ein Bild von der Auffahrt zur Rheinbrücke mit Jesuitenkirche und Sternwarte. Der Bildband zeigt – ohne es so zu nennen – den Blick eines automobilisierten Touristen, der in eine Stadt fährt, um Sehenswürdigkeiten zu besichtigen. Hafen, Schloss, Markt, Museen. Der Band endet mit einem Blick aufs Heidelberger Schloss: „Krone des Neckartals ist Heidelberg, Krone Heidelbergs aber ist die berühmte Schloß-

11 *Mannheimer Morgen* 17.05.1956: Zwischen Historismus und Supermoderne

13 *Mannheimer Morgen* 18.05.1956: Mannemer hängen am alten Turm.

14 *Mannheimer Morgen* 23.05.1956: Eindeutiger als die OB-Wahl.



Abb. 5 u. 6: Schloss und Wasserturm im Mannheimer Stadtmarketing.  
links: Werbebroschüre des Verkehrsvereins Mannheim 2002; rechts: Bürgerinformation 2002.

ruine“<sup>15</sup>. Mannheims Schloss wurde im eigenen Bildband von der Ruine des Heidelberger Schlosses ausgestochen.

Was beim Blick ins Stadtarchiv verblüfft, ist die Entwicklung der letzten zehn Jahre. Allein für das Jahr 1995 finden sich 30 Beiträge zum Schloss. Woher rührt diese neue Aufmerksamkeit? Ein Großteil ist auf die publikumsträchtigen Konzertveranstaltungen im Ehrenhof des Schlosses zurückzuführen. Zum andern sehen wir hier das Resultat gezielter Stadtmarketings. Wer Ende der 1980er Jahre nach Mannheim kam, den begrüßte die Broschüre „Mannheim Stadt der Quadrate“ mit einer Abbildung des geschmückten Wasserturms. 2002 erschien die Broschüre des Amtes für Wirtschaftsförderung: „Mannheim Stadt im Quadrat“ mit Ehrenhof des Schlosses, Bahnhof, Hightech, Kurfürsten-Passage und Oper (vgl. Abb. 5). Damit wurde das Schloss wieder ein Mittel der Mannheimer Außendarstellung. Gleichwohl zeigte die stadtinterne Bürgerinformation weiterhin als städtischen Identitätspunkt den Wasserturm (Abb. 6).

15 R. Schuler, Mannheim in Farben. Heidelberg 1971, S. 63.

Die Presseberichterstattung zum Mannheimer Schloss bietet einen Überblick über dessen Wahrnehmungsgeschichte. Im Vergleich mit der Berichterstattung zum Wasserturm zeigt sich:

- ▷ 1. Wasserturm wie Schloss erlangten nach dem Krieg Aufmerksamkeit durch die Wiederaufbaumaßnahmen, wobei die Diskussion um den Wasserturm deutlich emotionaler und unter größerer Beteiligung der Mannheimer und Mannheimerinnen geführt wurde.
- ▷ 2. Während die 100-Jahre-Geburtstagsfeier des Wasserturms 1989 zu einem Stadtfest wurde, gab es keine entsprechende 200-Jahre-Geburtstagsfeier des Schlosses. Der Termin fand im Fall des Schlosses offenbar keine öffentliche Beachtung.
- ▷ 3. Die öffentliche Wahrnehmung des Schlosses nahm bis Ende der 1980er Jahre ab. Nach der deutschen Wiedervereinigung trat ein deutlicher Trendwechsel ein. Das Schloss wurde sozusagen wiederentdeckt.

#### 4.1. Zum Schicksal der Schlosswachhäuschen

Eine Aufnahme aus den 1930er Jahren (Abb. 3) zeigt den Zugang zum Ehrenhof mit den Schlosswachhäuschen, die den Zugang zum Schloss markierten. Die Wachhäuschen dienten jedoch nicht nur zur Abgrenzung des Ehrenhofs und der Schlossfreiheit gegenüber der Stadt, sondern waren auch Teil einer gewollten und geplanten Inszenierung des Schlosses. Indem sie die Sicht verdeckten, erzeugten sie auch eine gewisse Spannung des Entdeckens. Erst mit Durchschreiten des durch die Wachhäuschen markierten Zugangs wurde das ganze barocke Ausmaß des Ehrenhofes sichtbar. Dies war umso wichtiger, da das Mannheimer Schloss auf gleicher Ebene wie sein Zugang liegt. Bei anderen bedeutenden Schlössern, etwa in Versailles oder Würzburg, liegt das Schloss auf einer leichten Erhebung, einer Calottenbühne, so dass sich beim Zugang auf das Schloss immer wieder neue Perspektiven ergeben.

Im Krieg brannten die Schlosswachhäuschen aus und erhielten ein Notdach. Danach wurde das Bezirksbauamt erster Nutzer. Die Nähe zum Schloss und die physische Beengtheit im Wachhäuschen mögen dazu geführt haben, dass im Bezirksbauamt der Wiederaufbauwille Platz ergriff. Im August 1955 beschrieb der Mannheimer Morgen den Zustand des westlichen Wachhäuschens als eine „Gefahr für Leib und Leben“<sup>16</sup> aller Besucher des dort untergebrachten Jugendförderungsamts. Eine gründliche Renovierung sei notwendig, Mittel stünden nicht zur Verfügung. Ein Jahr später vermeldeten die Zeitungen die Pläne des Tiefbauamtes zur Verbreiterung der Bismarckstraße. Die Allgemeine Zeitung berichtete Ende August 1956, dass die beiden Schlosswachhäuschen weiter zurückgesetzt werden würden, da diese von Amts wegen als „verkehrsstörend“ empfunden wurden. 1958 war es dann soweit. Die Wachhäuschen wurden vorläufig rückgebaut. Am 22. August schrieb der Mannheimer Morgen:

16 *Mannheimer Morgen* 11.08.1955: Wer wacht über die Wachhäuschen am Schloß?

„Den freien Blick auf das Schloß, der durch keine künstliche Barriere beeinträchtigt wird, kann der aufmerksame Besucher zur Zeit von der Breiten Straße aus genießen, nachdem die vielumkämpften Schloßwachhäuschen säuberlich nummeriert und registriert vorläufig abgetragen worden sind. Was in grauer Vorzeit der Kurfürst von der Pfalz eben durch diese Häuschen anstrebte - nämlich die Isolierung der fürstlichen Residenz von der Stadt - ist jetzt für kurze Zeit ins Gegenteil verkehrt worden: Das Mannheimer Schloß ist eine natürliche Verbindung mit der City eingegangen, und vielen Mannheimern scheint - wie Telefonanrufe und Leserbriefe bei der MM-Lokalredaktion beweisen - diese neue Perspektive wesentlich besser zu gefallen, als das alte Bild, das nach den vorliegenden Plänen wiederhergestellt sein wird, sobald die Wachhäuschen (mit einer Drehung um 180 Grad und einer Rückversetzung um 9,50 Meter) wieder aufgebaut sind.“

Kurz darauf kam es zu einer „Umfrage“ des Verkehrsvereins (!). Sie erbrachte ein eindeutiges Abstimmungsergebnis, das lautete: „Weg mit den Wachhäuschen!“<sup>17</sup> 338 von 457 befragten Mitgliedern des Verkehrsvereins sprachen sich dafür aus, dass die Schlosswachhäuschen völlig verschwinden sollten.

Aus heutiger Sicht mag man den Verlust der Wachhäuschen den Ämtern und einzelnen Bauräten zurechnen. Doch die Entscheidung wurde eher getragen von einer allgemeinen Lieblosigkeit dem Schloss gegenüber sowie einer Begeisterung für Verkehrsplanungen und Ideen des fließenden Verkehrs. Nur wenige kritische Stimmen artikulierten sich laut. So schrieb ein gewisser Adolf Zopf in der Rhein-Neckar-Zeitung am 17.08.1959 einen Artikel unter dem Titel: „In memoriam Schloß-Wachhäuschen: Ketzerische Betrachtungen zu einem viel diskutierten Thema – Haben wir zu früh abgerissen?“ Die Redaktion sah sich zu der Vorbemerkung veranlasst, dass kommende Generationen zweifellos nach dem Verbleib der Wachhäuschen fragen würden und dass man sich nicht dem Vorwurf aussetzen wolle, zu wenig darüber nachgedacht zu haben. Adolf Zopf schrieb: „Ohne Wachhäuschen und Gittermauern ist dieser Ehrenhof nun zum offenen Schloßhof geworden, der ins Verkehrsgebiet zerfließt, in die Breite, ins Uferlose, und all dies ohne Not, denn der Verkehr flutet daran vorbei: man hat das Schloß popularisiert, man hat seine stolze Haltung gemein gemacht, man hat den Bau aus seiner vornehmen Reserviertheit herausgerissen und auf die Gasse gestellt.“

Danach wurde es still um die Wachhäuschen. Wie bei vielen anderen Gebäuden in Mannheim, die nach dem Krieg niedergelegt oder rückgebaut wurden, um dem Verkehr oder der Moderne Platz zu machen, gilt: Einmal aus dem Stadtbild verschwunden, ist auch fast schon die Erinnerung gelöscht. Für die Jahre 1973 und 1974 fanden sich zwei Reminiszenzen im Mannheimer Morgen. Unter dem Titel „Schloßhof zum Parkplatz degradiert“<sup>18</sup> wurde die vollständige Öffnung des Ehrenhofes (Schlosshofes)

17 *Mannheimer Morgen* 01.10.1958: Weg mit den Wachhäuschen!

18 *Mannheimer Morgen* 08.06.1973: Schloßhof zum Parkplatz degradiert.

zur Stadt hin bedauert: „Hier [am Schlosshof] ist eigentlich in den letzten Jahren genug gesündigt worden. Statt die Anlage in die Stadt einzubinden, wurde sie durch den Straßenbau abgeschnürt. Dann fielen die Schloßhäuschen, schließlich die alten Sandsteinsäulen am Eingang. Dann verschwanden die eisernen Schmuckketten und machten Nullachtfünfzehn-Verkehrsleitpfählen Platz. Und nun wird der Anlage ein weiterer Stoß versetzt, indem man ihre Geschlossenheit zerreißt und sie zum Parkplatz degradiert.“

Zwanzig Jahre später verliert sich die Spur der Wachhäuschen. Der Mannheimer Morgen berichtet im November 1998,<sup>19</sup> dass die Steine der verschwundenen Wachhäuschen in Schwetzingen für Renovierungen verwendet wurden. Zusammenfassend lässt sich sagen: Eine Aneignung des Schlosses hat bis Ende der 1980er Jahre definitiv nicht stattgefunden. Mit dem Abriss der Schlosswachhäuschen wurde der Zugang zum Schloss gewaltsam geöffnet, ohne dass die Mannheimer den Zugang tatsächlich gesucht hätten. Das Schloss leistete also nicht nur keinen positiven Beitrag zu den geteilten Kontrollüberzeugungen (als Teil von städtischer Identität), sondern es scheint vielmehr so zu sein, als sei das Schloss selber als eine Art dunkle Stelle oder gar Wunde wahrgenommen worden, als etwas, das potenziell unter Kontrolle gehalten werden musste. Von daher sprach der Kulturredakteur des Mannheimer Morgen vom Schloss als „Trauma“, einem „Relikt aus Zeiten, die unrühmlich endeten“.<sup>20</sup>

## 5. Schluss

Abschließend sei auf zwei Entwicklungen hingewiesen, welche das Mannheimer Schloss den Bürgern und Bürgerinnen der Stadt wieder näher bringt. Wie erwähnt hat seit 1990, d.h. nach der deutschen Wiedervereinigung, das Schloss neue Aufmerksamkeit gewonnen. Der Ehrenhof ist Dank seines Inszenierungspotenzials ein Tor zur Stadt und zu den Herzen der Menschen geworden. Hierzu trug auch die 400-Jahr-Feier Mannheims im Jahre 2007 bei, bei der das Schloss eine maßgebliche Rolle spielte.

Darüber hinaus hat das Schlossgebäude neue Funktionen übernommen, unter anderem als Universitätsgebäude. Mit der Universität wandelt sich auch das Schloss. Die Zivilgesellschaft nimmt neuen Anteil an Universität und Schloss, indem zum Beispiel von privaten Spendern die Renovation einzelner Hörsäle finanziert wurde. Die Hörsäle tragen nun die Namen der Sponsoren. Und über die sich wandelnde Rolle als Universität erfährt auch das Schloss nach einem halben Jahrhundert Missachtung und Dornröschenschlaf wieder erneute Wertschätzung.

<sup>19</sup> *Mannheimer Morgen* 04.11.1998: Steine der Wachhäuschen verschwunden.

<sup>20</sup> (s. A 20).

Tammo Grabbert

## **Soziale und ethnische Segregation in schrumpfenden Städten**

*Eine empirische Untersuchung in Leipzig und Essen*

### **1. Einleitung**

Schrumpfende Städte gibt es in den alten Bundesländern bereits seit den 1960er Jahren. Erst infolge starker Schrumpfungsprozesse ostdeutscher Städte im Anschluss an die politische Wende wurde jedoch die bis dato überwiegend tabuisierte Thematik in den letzten Jahren zunehmend in Politik, Medien und Wissenschaft diskutiert.

Angesichts des demographischen Wandels ist heute bereits vorgezeichnet, dass sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten immer mehr Städte in Deutschland zu schrumpfenden Städten entwickeln werden.<sup>1</sup> Die Schrumpfung von Städten bringt aber spezifische Probleme mit sich, die die Kommunen vor große Herausforderungen stellen. Zu deren Bewältigung sind bisher allerdings nur wenige Konzepte entwickelt worden, auch weil es an wissenschaftlichen Erkenntnissen über das Phänomen mangelt. Neben den Versuchen neuerliches Wachstum zu erzeugen, richten sich diese Strategien in erster Linie auf die Stabilisierung der Wohnungsmärkte beziehungsweise den Erhalt der Wohnungsbaugesellschaften. Deutlichster Ausdruck davon sind die Bund- und Länderprogramme „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“. Nach Häußermann und Siebel hat Schrumpfung jedoch in mindestens sechs Dimensionen Folgen für die Stadt.<sup>2</sup> Abgesehen vom Wohnungsmarkt ist die Entwicklung der Stadtgestalt, der Urbanität, der Infrastruktur, der städtischen Finanzen und der Segregation betroffen.

Die residenzielle Segregation wiederum ist das Hauptthema der Stadtsoziologie. Die Bewertung von Segregation ist allerdings in der Wissenschaft bis heute umstritten. Bezüglich der ethnischen Segregation wird debattiert, ob diese der gesellschaftlichen Integration hilfreich ist oder sie verhindert.<sup>3</sup> In der Politik und in den Medien

- 1 Demgegenüber können langfristige Prognosen über die ökonomische Entwicklung der Städte kaum getroffen werden. Vgl. A. Göschel, Stadtumbau – Zur Zukunft schrumpfender Städte vor allem in den neuen Bundesländern, in: Informationen zur Raumentwicklung (10/11) 2003, S. 606.
- 2 H. Häußermann/W. Siebel, Schrumpfende Städte – schrumpfende Phantasie, in: Merkur (664) 2004, S. 684.
- 3 Vgl. z. B. F. Heckmann, Ethnische Minderheiten, Volk und Nation, Stuttgart 1992; W. Heitmeyer, Versagt die „Integrationsmaschine“ Stadt? in: ders./R. Dollase/O. Backes (Hrsg.), Die Krise der Städte, Frankfurt a.M. 1998.

scheint diese Frage offenbar bereits entschieden zu sein. Im Zuge der Einwanderungsdebatte wird hier die räumliche Konzentration von Migranten<sup>4</sup> immer wieder als Problem herausgestellt. Bezüglich der sozialen Segregation wird hingegen auch in der Soziologie überwiegend von negativen Effekten ausgegangen, welche die sozialen Ausgrenzungsprozesse verstärken können. Zum Beispiel kommen Gestring et al. zu dem Schluss: „Nicht die ethnische, sondern die soziale Segregation und die Stigmatisierung von außen sind Ursachen benachteiligender Effekte.“<sup>5</sup> In letzter Zeit richtet sich in diesem Zusammenhang auch die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Segregation von einkommensschwachen Personen. Beispielsweise wurde im Zuge der Debatte über eine neue Unterschicht in Deutschland häufiger über angebliche „Armenghettos“ in den Großstädten berichtet.

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Entwicklung von Segregationsprozessen unter Schrumpfungsbedingungen: Hat die Stadtschrumpfung einen Einfluss auf den Verlauf der sozialen bzw. ethnischen Segregation? Kommt es unter Schrumpfungsbedingungen zu einer Verstärkung oder einem Rückgang der Segregationserscheinungen?<sup>6</sup>

Im Folgenden wird zunächst kurz in die Schrumpfungsgeschichte der Untersuchungsstädte Leipzig und Essen eingeführt. Es folgt eine Erläuterung des Phänomens Segregation und die Vorstellung der Untersuchungshypothesen. Daran anknüpfend wird über das methodische Vorgehen informiert, bevor schließlich die Ergebnisse der Untersuchung präsentiert werden. Zum Schluss stellt sich die Frage, inwieweit Stadtschrumpfungprozesse Einflüsse auf die gemessenen Segregationserscheinungen hatten.

## 2. Die Untersuchungsstädte

### 2.1. Leipzig als schrumpfende Stadt

Bereits in der Zeit der DDR erfuhr Leipzig einen fast kontinuierlichen Bevölkerungsrückgang. Die sozialistische Wohnungspolitik, nach der gerade in Leipzig dominante gründerzeitliche Altbaubestand durch Desinvestitionen massiv heruntergewirtschaftet wurde und in Teilen verfiel, führte zu einer dauerhaften Verschlechterung der Wohn- und Lebensbedingungen in der Stadt. Hohe Umweltbelastungen durch die ansässigen Industriebetriebe kamen hinzu und veranlassten zahlreiche Einwohner zum Umzug in andere Regionen des Landes.

4 Aus Gründen der Lesbarkeit wird die männliche Form verwendet, gemeint sind aber immer beide Geschlechter.

5 N. Gestring/A. Janßen/A. Polat, Prozesse der Integration und Ausgrenzung, Wiesbaden, S. 128.

6 An dieser Stelle möchte ich allen Mitarbeitern der städtischen Ämter danken, die mir bei der Daten- und Informationsbeschaffung behilflich waren. Insbesondere danke ich Franz Beuels vom Statistikamt Essen und Gabriele Jackisch-Tetzel vom Sozialamt Leipzig.

Nach der Wende beschleunigte sich dieser Prozess. Auf ökonomischer Ebene erlitt die Stadt einen „radikalen Strukturbruch“.<sup>7</sup> Die verschlissenen, altindustriellen Anlagen erwiesen sich als nicht wettbewerbsfähig, die dominierenden Wirtschaftsbereiche Bergbau und chemische Industrie als nicht zukunftsträchtig. Das Resultat war ein dramatischer Arbeitsplatzabbau, der durch massive Gewerbe- und Einzelhandels-suburbanisierung während der 1990er Jahre noch forciert wurde.<sup>8</sup> Zwar verzeichnet Leipzig seit einigen Jahren Beschäftigungszuwächse im tertiären Sektor, diese können aber bis heute die Verluste im sekundären nicht kompensieren. Folglich ging im Zeitraum 1995 bis 2005 die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bezirk Leipzig von 337.444 kontinuierlich auf 257.462 zurück. Dies entspricht einem Verlust von knapp 24 Prozent.<sup>9</sup> Auch die Bevölkerungsverluste der Stadt setzten sich nach 1990 zunächst ungebrochen fort. Die Leipziger Einwohnerzahl ist von 1988 bis 1998 um über 107.000 Einwohner geschrumpft – „das ist der mit weitem Abstand absolut höchste Bevölkerungsverlust in den neuen Ländern“.<sup>10</sup> Die Ursachen dafür liegen in einem massiven Rückgang der Geburtenzahlen sowie weiteren Wanderungsverlusten, insbesondere durch arbeitsmarktorientierte Wanderung in die alten Bundesländer sowie nachgeholter Wohnsuburbanisierung in den 1990er-Jahren. Erst nach der Jahrtausendwende stabilisierten sich die Einwohnerzahlen der Stadt.<sup>11</sup>

## 2.2. Essen als schrumpfende Stadt

Die Kohle- und Industriestadt Essen erfuhr bald nach dem Zweiten Weltkrieg neuerliches ökonomisches Wachstum und einen Anstieg der Bevölkerungszahl.<sup>12</sup> Doch bereits Ende der 1950er Jahre setzte ein tiefgreifender Strukturwandel ein, der die Stadt aufgrund ihrer einseitigen Wirtschaftsstruktur besonders hart traf. Den Beginn machte die dauerhafte Absatzkrise der Kohlewirtschaft; 1986 wurde schließlich mit dem Zollverein die letzte Essener Zeche geschlossen. Ähnlich schwer wirkten sich die Krise der Schwerindustrie und anderer Industriebereiche in den 1970er- und 1980er Jahren aus. Auch hier wurden massiv Arbeitsplätze abgebaut oder ins Umland und Ausland ausgelagert. Zwar erfuhr der tertiäre Sektor in Essen bereits seit den 1960er Jahren ein starkes Wachstum und wurde binnen weniger Jahrzehnte zum dominierenden Wirtschaftszweig in der Stadt, doch konnte diese Entwicklung die Arbeitsplatzverluste im primären und sekundären Sektor nicht ausgleichen. Von 1975 bis 2005 gingen in der

7 D. Rink, Leipzig. Gewinnerin unter den Verlierern? in: M. Vester/M. Hofmann /I. Zierke (Hrsg.), Soziale Milieus in Ostdeutschland, Köln, S. 77.

8 Vgl. *Stadt Leipzig*, Bericht zur Stadtentwicklung, Leipzig 1998, S. 5; G. Herfert/D. Röhl, Leipzig – Region zwischen Boom und Leerstand, in: K. Brake/J. Dangschat/G. Herfert (Hrsg.), Suburbanisierung in Deutschland, Opladen 2001, S. 155ff.

9 Quelle: Bundesagentur für Arbeit Leipzig.

10 G. Herfert/D. Röhl (s. A 9), S. 152.

11 Quelle: Amt für Statistik und Wahlen Leipzig.

12 Vgl. H. Mohaupt, Kleine Geschichte Essens, Essen 2002.

Stadt knapp 40.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren - ein Rückgang um 16,5 Prozent.<sup>13</sup>

Mit dem Verlust an Arbeitsplätzen ging auch ein Schrumpfen der Bevölkerungszahl einher. Seit 1963 verliert Essen kontinuierlich Einwohner. Daran konnte auch die ab 1962 erfolgende Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte nichts ändern. Von etwa 730.000 Einwohnern im Jahr 1963 sank die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2005 auf rund 584.000, also um etwa 20 Prozent, ab.<sup>14</sup> Etwa ein Drittel dieses Rückgangs ist auf arbeitsmarktorientierte bzw. umlandorientierte Wanderungsverluste zurückzuführen.<sup>15</sup> Die Mehrheit der Einwohnerverluste Essens wird hingegen durch einen kontinuierlichen Sterbeüberschuss verursacht. Bereits seit 1968 sterben in Essen mehr Menschen als Kinder geboren werden.<sup>16</sup>

### 3. Segregation

In der Stadtsoziologie wird die ungleichmäßige Verteilung der Wohnstandorte verschiedener sozialer Schichten oder Gruppen über das Stadtgebiet als „residenzielle Segregation“ bezeichnet. Dabei gilt: „Je stärker die Streuung der Wohnstandorte von Angehörigen einer Gruppe von der statistischen Zufallsverteilung dieser Gruppe abweicht, desto höher ist das Maß der Segregation.“<sup>17</sup> Interpretiert wird Segregation als die Abbildung sozialer Ungleichheit im Raum.

Je nach Einteilung der Gruppen anhand bestimmter Merkmale lassen sich verschiedene Arten der residenziellen Segregation unterscheiden. Betrachtet man die Segregation der Wohnbevölkerung einer Stadt nach sozioökonomischen Merkmalen wie Einkommen, Berufsqualifikation oder Bildungsstand, ist von „sozialer Segregation“ die Rede.<sup>18</sup> Die räumliche Verteilung von Gruppen über das Stadtgebiet lässt sich ebenso anhand kultureller Merkmale wie Lebensstil, Religion oder Ethnizität analysieren. Dabei gilt die „ethnische Segregation“, also die Segregation nach ethnischer Zugehörigkeit, neben der sozialen Segregation als wichtigster Mechanismus der sozialräumlichen Differenzierung, wenngleich auch Lebensstile zunehmend eine Rolle spielen.<sup>19</sup>

#### 3.1. Über das Zustandekommen von Segregation

Wie lässt sich die Entstehung einer Ungleichverteilung der Wohnstandorte verschiedener Bevölkerungsgruppen in den Städten erklären? Bezogen auf die Vorstel-

13 Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

14 H. Mohaupt (s. A 13), S. 286; Amt für Statistik, *Stadtforschung und Wahlen Essen*.

15 *Stadt Essen*, Halbjahresbericht, Essen 2004.

16 *Initiativkreis Kommunale Wohnungsmarktbeobachtung*, Wohnungsmarkt Essen, Essen 2000, S. 1.

17 H. Häußermann/W. Siebel, *Stadtsoziologie*, Frankfurt a.M. 2004, S. 140.

18 Ebda., S. 143, 151.

19 Ebda., S. 144, 173.

lung, residenzielle Segregation sei die Projektion sozialer Ungleichheit in den Raum, hat Segregation zwei Voraussetzungen, nämlich die Existenz sozialer und räumlicher Ungleichheit.<sup>20</sup> Letztere wird dabei definiert als ungleiche Verteilung von Wohnqualitäten im Stadtgebiet. Die Mechanismen, durch die Haushalte im Raum verteilt werden, können nach Häußermann und Siebel durch zwei Seiten erklärt werden: der Angebotsseite des Wohnungsmarkts und der Nachfrageseite. Dabei ergibt sich letztendlich aus dem Zusammenspiel eines differenzierten Wohnungsangebots mit der unterschiedlichen Ressourcenausstattung der Haushalte die Verteilung der Wohnstandorte der sozialen Gruppen in der Stadt. Dabei haben die Haushalte mit dem höchsten Anteil an Ressourcen die größte Wahlfreiheit, während diejenigen mit dem niedrigsten Anteil das nehmen müssen, was der Wohnungsmarkt für sie übrig lässt. Außerdem spielen noch die Diskriminierung bestimmter Gruppen durch die „Gatekeeper“ des Wohnungsmarktes sowie die individuellen Präferenzen der Nachfrager eine Rolle.

### 3.2. Entwicklung der sozialen und ethnischen Segregation

Gemäß der sozialistischen Wohnungspolitik, die auf die Aufhebung der Klassenschranken zielte, gab es in der DDR keine Segregation nach Einkommen, sondern nach Alter oder politischen Privilegien.<sup>21</sup> Dabei wohnte die Masse der Bevölkerung sozialräumlich vergleichsweise gering segregiert. Anders sah es bei der ethnischen Segregation aus. Die für die Unterbringung ausländischer Arbeitskräfte verantwortlichen Betriebe verwiesen diese fast ausschließlich in Gemeinschaftsunterkünfte, was zu einer gewissen Isolation von den Deutschen führte.<sup>22</sup>

In der Bundesrepublik waren hingegen die für das Zeitalter des 19. Jahrhunderts typischen Armut- und Elendsviertel weitgehend verschwunden. Doch schon im Verlauf der 1970er Jahre, und verstärkt seit den 1980er Jahren, zeichnet sich offenbar eine erneute Zunahme der sozialen Segregation in den westdeutschen Städten ab, wovon insbesondere die wachsende Zahl der Armen, Arbeitslosen und sozial Schwachen betroffen ist.<sup>23</sup> Inzwischen werden einige Wohnquartiere der Einkommensschwachen als Orte sozialer Ausgrenzung beschrieben. In vielen westdeutschen Städten sind seit den 1970er Jahren Migrantenquartiere entstanden. Das Ausmaß der ethnischen Segregation war dabei relativ hoch. Verschiedene empirische Untersuchungen der Wohnstandorte von Migranten deuten allerdings darauf hin, dass die ethnische Segre-

20 Vgl. H. Häußermann/W. Siebel, Soziale Integration und ethnische Schichtung, Berlin und Oldenburg 2001, S. 30 ff.

21 Vgl. H. Häußermann, Von der Stadt im Sozialismus zur Stadt im Kapitalismus, in: ders./R. Neef (Hrsg.), Stadtentwicklung in Ostdeutschland, Opladen, S. 17 ff.

22 Vgl. M. Krüger-Potratz, Anderssein gab es nicht, Münster und New York 1991, S. 178.

23 Vgl. C. Keller, Armut in der Stadt, Opladen 1999; A. Farwick, Segregierte Armut in der Stadt, Opladen 2001.

gation in westdeutschen Großstädten seit einiger Zeit abnimmt.<sup>24</sup> Insgesamt zeigen in Westdeutschland die Türken als letzte große Einwanderergruppe die stärksten Segregationstendenzen.<sup>25</sup>

#### 4. Untersuchungshypothesen

Zwar sind Segregationsprozesse von der Wissenschaft vielfach erforscht worden, „allerdings – in der Tradition der Chicagoer Schule – also fast ausschließlich in wachsenden Städten mit Engpässen auf dem Wohnungsmarkt [...]. Zu sozial selektiven Prozessen in schrumpfenden Städten sind dagegen derzeit kaum Erkenntnisse in der Literatur aufzufinden“.<sup>26</sup> Im Gegensatz zu den nur sehr rar vorhandenen empirischen Erkenntnissen, wurden in den letzten Jahren zahlreiche Texte mit Annahmen über die mögliche Entwicklung von Segregation unter Schrumpfungbedingungen veröffentlicht, die allesamt von einer Zunahme der sozialen bzw. ethnischen Segregation unter Schrumpfungbedingungen ausgehen. Als Hauptargument kristallisierte sich die Überlegung heraus, dass entspannte Wohnungsmärkte die Optionen der Nachfrager stark vergrößern, weshalb gerade die kapitalstärkeren Haushalte ungeliebte Nachbarschaften verlassen würden. Entsprechend lauteten die ersten beiden Hypothesen der Untersuchung:

- ▷ 1. In schrumpfenden Städten wächst die soziale Segregation.
- ▷ 2. In schrumpfenden Städten wächst die ethnische Segregation.

Es war ebenfalls ein Ziel dieser Arbeit herauszufinden, ob sich aus dem Zusammentreffen von Segregations- und Schrumpfungsprozessen Regelmäßigkeiten für eine Stadtentwicklung ableiten lassen, oder ob stadt- beziehungsweise regional-spezifische Bedingungen verstärkt Einfluss nehmen. Um die Auswirkungen von Schrumpfung auf die Prozesse der sozialen und ethnischen Segregation zu untersuchen, bot sich also ein Vergleich an, der die unterschiedlichen Bedingungen in einer west- und einer ostdeutschen Stadt berücksichtigt. Entsprechend lautet die dritte Hypothese:

- ▷ 3. In schrumpfenden Städten Ostdeutschlands wachsen die soziale und die ethnische Segregation aufgrund der durch den höheren Leerstand verursachten größeren Optionen auf den Wohnungsmärkten schneller als in schrumpfenden Städten West-Westdeutschlands.

24 Vgl. H. Häußermann/W. Siebel (s. A. 18), S. 176.

25 Vgl. B. Hamm/I. Neumann, Siedlungs-, Umwelt- und Planungssoziologie, Opladen 1996, S. 210.

26 ILS (Hrsg.), Demographische Entwicklung – Schrumpfende Stadt, Dortmund 2002, S. 15.

## 5. Methode der Untersuchung

### 5.1. Indizes zur Segregation

Der so genannte Segregationsindex berechnet das Ausmaß der Segregation einer bestimmten Gruppe gegenüber der Restbevölkerung einer Stadt, und der Dissimilaritätsindex berechnet die Segregation zweier unterschiedlicher Gruppen ohne Berücksichtigung der Gesamtbevölkerung. Anhand welcher Merkmale man die Gruppen unterscheidet ist beliebig, richtet sich also nach der Fragestellung. Die Voraussetzung zur Anwendung der Methode ist allerdings eine statistische Erfassung der Wohnstandorte der ausgewählten Merkmalsträger nach einem das Stadtgebiet in mehrere Teileinheiten gliedernden Raster. Da für beide Indizes die gleiche mathematische Formel verwendet wird, ist die formale Berechnung identisch.<sup>27</sup> Die Formel lautet:

$$D = \frac{1}{2} \sum \left| \frac{N_i}{N} - \frac{W_i}{W} \right|$$

Weil die Formel vor dem Hintergrund amerikanischer Verhältnisse entwickelt wurde, bezeichneten Duncan und Duncan mit „N“ die Anzahl der „nonwhites“, also der Minorität, und mit „W“ die Anzahl der „whites“, also der Majorität. Entsprechend bezeichnen „N<sub>i</sub>“ und „W<sub>i</sub>“ die Größe der Bevölkerungsgruppen in der jeweiligen Teileinheit „i“. Bei der Berechnung wird zunächst für alle Teileinheiten „i“ die Differenz der prozentualen Anteile zweier bestimmter Gruppen gebildet. Die einzelnen Beträge werden nun aufaddiert; abschließend wird der daraus resultierende Wert halbiert. Als Ergebnis erhält man einen Wert zwischen 0 und 1. Häufig wird daher der Indexwert in einen Prozentwert umgeformt. Duncan und Duncan haben den Wert interpretiert als Anteil der Minderheit, der umziehen müsste, um eine Gleichverteilung über alle Teileinheiten des Stadtgebietes zu erreichen.

Segregationsindizes eignen sich nur zur Quantifizierung ungleicher Verteilungen von Bevölkerungsgruppen über das Stadtgebiet und nicht zur Messung räumlicher Abstände.<sup>28</sup> Die über die Methode des Segregationsindizes beobachteten Phänomene bilden in erster Linie Strukturen auf der Aggregatebene räumlicher Einheiten ab, die von sich aus noch keine Rückschlüsse auf die Mikroebene der handelnden Akteure zulassen. Jeder Segregationsindex misst Segregation zunächst nur als Zustand. Werden jedoch Zeitreihen zur Entwicklung der Indexwerte in einer Stadt erstellt, lässt sich Segregation auch als Prozess abbilden. Sollen die Indexwerte verschiedener Städte

27 Vgl. O. Duncan/B. Duncan, A methodological Analysis of Segregation Indexes, in: American Sociological Review (20) 1955.

28 Vgl. J. Friedrichs, Stadtanalyse, Reinbek 1977, S. 222; zum Einfluss der statistischen Größen auf den Indexwert vgl. A. Janßen, Segregation in Großstädten: Das Problem von Messung und Interpretation, in: Stadtforschung und Statistik (1) 2004.

miteinander verglichen werden, ist darauf zu achten, dass sich die benötigten statistischen Größen nicht allzu sehr unterscheiden. Ansonsten steigt die Wahrscheinlichkeit statistischer Verzerrungseffekte, die die Signifikanz interstädtischer Segregationsanalysen massiv verringern würden.

## 5.2. Operationalisierung

Bezüglich der sozialen Segregation richtete sich das Interesse dieser Arbeit auf die Wohnstandortverteilung armer Bevölkerungsgruppen. Entsprechende Untersuchungen werden in der Regel über die Gruppe der Sozialhilfeempfänger operationalisiert. Auch diese Arbeit bildet hier keine Ausnahme, zumal kleinräumige Daten über die Wohnstandortverteilung der Sozialhilfeempfänger in beiden Untersuchungsstädten vorlagen.<sup>29</sup> Die Berechnung von Indizes zur ethnischen Segregation lässt sich in Deutschland in der Regel nur über den Status „Ausländer“ operationalisieren, also nicht über ethnische Zugehörigkeit an sich, sondern ausschließlich über eine andere Staatsangehörigkeit. Daten auf kleinräumiger Ebene lagen hierzu in beiden Untersuchungsstädten vor. Allerdings war nur in Essen eine Differenzierung zwischen einzelnen Nationalitäten möglich. Um eine Vergleichbarkeit der Werte zu gewährleisten, wurden Segregationsindizes anhand der Gruppe aller nichtdeutschen Personen berechnet.

Eine Analyse der Segregationserscheinungen in den schrumpfenden Städten Leipzig und Essen erwies sich am geeignetsten zur Überprüfung der Untersuchungshypothesen mit Hilfe der Methode des Segregationsindex. In beiden Städten lagen kleinräumige Daten über die Wohnstandorte von Ausländern und Sozialhilfeempfängern vor. Für die vorliegende Arbeit wurden Indizes auf der Grundlage von zwei verschiedenen großen räumlichen Aggregatsebenen berechnet, deren jeweilige Anzahl und durchschnittliche Einwohnerzahl in beiden Untersuchungsstädten ähnlich groß und damit vergleichbar war. Die größeren Teileinheiten werden in Essen als „Stadtteile“, in Leipzig als „Orts- teile“ bezeichnet. Die kleineren Teileinheiten wiederum bilden in Leipzig die „statistischen Bezirke“ und in Essen die „Stadtteilbereiche“. Darüber hinaus erfüllten beide Städte bei der Gesamteinwohnerzahl sowie dem Anteil der jeweiligen Minorität die zur Anwendung der Methode notwendigen Voraussetzungen der Vergleichbarkeit.

Aufgrund gesetzlicher Änderungen waren die Indexwerte bezüglich der Segregation von Sozialhilfeempfängern nur für den Zeitraum zwischen 1994 und 2005 vergleichbar. Entsprechend wurden für Essen Segregationsindizes für 1994, 1997, 2000 sowie von 2002 bis 2004 berechnet. Die Häufung der Indexberechnungen in den letzten drei Jahren ergab sich zum einen aus dem Umstand, dass in Leipzig nur Daten über die letzten zwei Jahre zur Verfügung standen. Zum anderen wurde zum 1. Januar

29 Genau genommen handelt es sich hier um Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2003 die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eingeführt. Diese Personengruppe wurde nicht mehr in der Sozialhilfestatistik erfasst und erschien dementsprechend nicht in den Zahlen der Stadt Leipzig. In den Zahlen der Stadt Essen ist diese Personengruppe zwar noch erfasst, eine Sonderauswertung ergab aber keinen relevanten Einfluss auf die resultierenden Segregationsindizes. Bei der Berechnung der ethnischen Segregation waren die Indexwerte ab 1994 unmittelbar vergleichbar. Entsprechend wurden Indizes der Segregation von Ausländern für Leipzig und Essen für 1994, 1998, 2002 und 2005 berechnet. Für dieselben Jahre wurden außerdem Dissimilaritätsindizes der Türken in Essen berechnet.

Für die Untersuchungsstadt Leipzig ergaben sich außerdem zwei Besonderheiten. Dies betrifft zum einen die leichte Zunahme der Einwohnerzahlen seit 2002. Aufgrund der in den 1990er Jahren nach wie vor sehr reichhaltigen Optionen auf dem Wohnungsmarkt,<sup>30</sup> konnten die Hypothesen dennoch für den Zeitraum ab 2002 an Leipzig getestet werden. Zum anderen ist es im Verlauf der 1990er Jahre zu mehreren Eingemeindungen gekommen. Um die Ergebnisse der Indexberechnungen über einen längeren Zeitraum vergleichen zu können, wurden die Werte zunächst für den Gebietsstand der Stadt vom 31.12.1992 berechnet.

Zur Beantwortung der Frage, inwieweit die gemessenen Segregationserscheinungen durch Schrumpfungsprozesse verursacht worden sind, wurden in einem zweiten Schritt verschiedene Ansätze zur Erklärung von Segregation diskutiert. Dazu wurden Erkenntnisse aus der Literatur bzw. aus wissenschaftlichen Studien über die Untersuchungsstädte verwendet sowie quantitative Daten und Informationen aus Gesprächen mit Mitarbeitern der städtischen Ämter.

## 6. Ergebnisse

Die Entwicklung der Indexwerte der Essener Sozialhilfeempfänger im Untersuchungszeitraum zeigt ein klares Bild: Bis zum Jahr 2002 steigt die Segregation der Sozialhilfeempfänger sowohl auf der Stadtteilebene als auch auf der Ebene der Stadtteilbereiche beinahe linear an. Danach stagnieren die Werte. Festzuhalten bleibt, dass es im Untersuchungszeitraum zu einem eindeutigen Wachstum der Segregation der Sozialhilfeempfänger in Essen gekommen ist. Und zwar sowohl auf der Ebene der Stadtteile, wo insgesamt eine Steigerung von knapp 2 Prozentpunkten<sup>31</sup> gemessen werden konnte, als auch auf der als aussagekräftiger angesehenen kleinräumigeren Ebene der Stadtteilbereiche, wo das Wachstum etwa 2,5 Prozentpunkte beträgt.

30 2004 standen 16 Prozent der Leipziger Wohnungen leer; *Stadt Leipzig*, Bericht zur Stadtentwicklung, Leipzig 2004.

31 Der Einfachheit halber werden die berechneten Indexwerte gemäß der Interpretation von Duncan und Duncan als Prozentwerte betrachtet, die den Anteil der Minderheit angeben, der umziehen müsste, um eine Gleichverteilung der Wohnstandorte im Stadtgebiet herzustellen.

Jahr	Einwohner	HLU in %	IS ST	IS STB
1994	620.595	6,1	0,242	0,300
1997	609.373	6,4	0,252	0,309
2000	596.270	6,0	0,257	0,318
2002	591.890	6,3	0,262	0,324
2003	586.750	7,4	0,261	0,326
2004	586.318	8,3	0,261	0,324

**Tab. 1: Segregationsindizes der Sozialhilfeempfänger in Essen.**

HLU in % = Anteil der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der Gesamtbevölkerung in Prozent;

IS ST/STB = Index of segregation (Segregationsindex) berechnet auf der Ebene von 50 Stadtteilen (ST) und 312 Stadtteilbereichen (STB).

(Quellen: Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen Essen; eigene Berechnungen).

Einwohner	HLU in %	IS OT
454.299	6,4	0,215
456.047	6,9	0,215

**Tab. 2: Segregationsindizes der Sozialhilfeempfänger ohne Empfänger von Grundsicherung in Leipzig.**

IS OT = Index of segregation (Segregationsindex) berechnet auf der Ebene von 49 Ortsteilen.

(Quellen: Sozialamt Leipzig; eigene Berechnungen).

Für Leipzig ist – unter Berücksichtigung der geringen Ausprägung der sozialen Segregation in der DDR – zum Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung nur von einem sehr geringen Ausmaß der Segregation von Sozialhilfeempfängern auszugehen. Aus dem Umstand, dass der Segregationsindex 13 Jahre nach der Wende angibt, dass für eine Gleichverteilung der Wohnstandorte auf Ortsteilebene in Leipzig 21,5 Prozent der Sozialhilfeempfänger umziehen müssten, kann man zwar nicht auf ein kontinuierliches Wachstum der Segregation schließen. Dennoch ist daraus erstens abzuleiten, dass die soziale Segregation in Leipzig im Untersuchungszeitraum gewachsen ist. Zweitens muss dieses Wachstum in Leipzig bedeutend schneller abgelaufen sein als in Essen.

Insofern wird die erste Untersuchungshypothese, nach der die soziale Segregation in schrumpfenden Städten wächst, durch die vorliegenden Ergebnisse bestätigt. Ebenfalls wird durch die Ergebnisse die Annahme der dritten Untersuchungshypothese

	Essen				Leipzig			
Jahr	Einwohner	Ausländer in %	IS ST	IS STB	Einwohner	Ausländer in %	IS OT	IS STB
1994	620.595	8,9	0,226	0,320	504.822	2,7	0,198	0,357
1998	603.335	9,5	0,246	0,315	453.487	4,1	0,21	0,330
2002	591.890	9,5	0,249	0,312	451.453	5,6	0,243	0,350
2005	584.295	10,0	0,259	0,320	456.644	5,7	0,253	0,328

**Tabelle 3: Segregationsindizes der Ausländer in Essen und Leipzig.**

Ausländer in % = Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung;  
IS STB (Leipzig) = Index of segregation (Segregationsindex) berechnet auf der Ebene von  
263 statistischen Bezirken.

(Quellen: Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen Essen; Amt für Statistik und Wahlen Leipzig;  
eigene Berechnungen).

Jahr	Einwohner	Anteil Türken in %	ID ST	ID STB
1994	620.595	2,8	0,367	0,481
1998	603.335	3	0,377	0,463
2002	591.890	2,7	0,389	0,464
2005	584.295	2,8	0,388	0,450

**Tab. 4: Dissimilaritätsindizes der Türken in Essen.**

Anteil Türken in % = Anteil der Einwohner mit türkischer Staatsbürgerschaft an der Gesamt-  
bevölkerung;

ID ST/STB = Index of dissimilarity (Dissimilaritätsindex) berechnet auf der Ebene der Stadtteile und  
Stadtteilbereiche.

(Quellen: Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen Essen; eigene Berechnungen).

bezüglich einer schnelleren Wachstumsgeschwindigkeit der sozialen Segregation in schrumpfenden ostdeutschen Städten für das Beispiel Essen und Leipzig bestätigt.

Der Blick auf die Entwicklung der Segregation von Ausländern und Türken in Essen sowie von Ausländern in Leipzig auf der Ebene der Stadt- bzw. Ortsteile zeigt ein ziemlich einheitliches Bild. So steigt in beiden Städten die Segregation der Untersuchungsgruppen praktisch kontinuierlich an: Bei den Ausländern in Essen zwischen 1994 und 2005 um insgesamt 3,3 Prozentpunkte, in Leipzig um 5,5 Prozentpunkte. Die Segregation der Türken in Essen weist mit insgesamt etwa 2,1 Prozentpunkten das geringste Wachstum auf, wobei es hier zwischen 2002 und 2005 zu einer Stagnation der Entwicklung gekommen ist. Auf der Ebene der Stadtteilbereiche bzw. statistischen Bezirke zeigt sich in den Untersuchungsstädten hingegen ein anderes und weniger

klares Bild. Hier stagniert der Segregationsindex in Essen zwischen 1994 und 2005 bei 32 Prozent, wobei zwischenzeitlich bis zu 0,8 Prozent weniger Ausländer zum Zwecke der Gleichverteilung hätten umziehen müssen. Bei den Türken kommt es sogar zu einem deutlichen Rückgang der Segregation um 3,1 Prozentpunkte. Keinen erkennbaren Trend weist hingegen die Entwicklung der Segregation der Ausländer in Leipzig auf. Hier folgt zwischen den einzelnen gemessenen Werten auf einen Rückgang eine Steigerung und umgekehrt. Die Schwankungen machen im Maximalfall gut 2,5 Prozentpunkte aus. Möglicherweise überschätzt hier aber der geringe Ausländeranteil von 1994 den für dieses Jahr gemessenen Wert. Andererseits weist der Rückgang des Indexwertes des Jahres 2005 um 2,2 Prozentpunkte gegenüber 2002 darauf hin, dass der Einfluss der Minderheitengröße eher vernachlässigt werden kann, da in diesem Zeitraum der Anteil der Ausländer in Leipzig praktisch unverändert geblieben ist.

Zur Beantwortung der Frage nach der Gültigkeit der zweiten Untersuchungshypothese, nach der auch die ethnische Segregation in schrumpfenden Städten steigt, muss zwischen den zwei verschiedenen großen räumlichen Aggregatsebenen differenziert werden. Während die Untersuchungshypothese für die Entwicklung der ethnischen Segregation auf der Ebene der Stadt- bzw. Ortsteile ohne Zweifel angenommen werden kann, muss sie hinsichtlich der Stadtteilbereiche bzw. statistischen Bezirke abgelehnt werden. Bezüglich der Frage nach einem Zutreffen der dritten Untersuchungshypothese kann im Unterschied zur sozialen Segregation nicht von einem sehr niedrigen Stand der ethnischen Segregation in Leipzig für die Zeit unmittelbar nach der Wende ausgegangen werden, da die ethnische Segregation in der DDR erheblich stärker ausgeprägt war als die soziale. Insofern ist für den Zeitraum 1990 bis 1994 kein sprunghaftes Wachstum der ethnischen Segregation anzunehmen. Im Untersuchungszeitraum lässt sich für Leipzig im Vergleich mit Essen kein signifikant schnelleres Wachstum der ethnischen Segregation feststellen. Der indifferente Verlauf der Indexwerte auf der Ebene der statistischen Bezirke wiederum schließt ein schnelleres Wachstum ohnehin aus. Folglich kann die dritte Untersuchungshypothese bezüglich eines schnelleren Anstiegs der ethnischen Segregation in schrumpfenden ostdeutschen Städten nicht angenommen werden.

Die vorgestellten Ergebnisse nehmen in keinem Fall Extremwerte an. Daher ist weder von einer sehr stark noch von einer sehr schwach ausgeprägten Segregation der Untersuchungsgruppen auf den beiden räumlichen Aggregatsebenen auszugehen. Der Vergleich der Werte der Sozialhilfeempfänger lässt darüber hinaus den Schluss zu, dass sich die Verhältnisse in Leipzig den westdeutschen angepasst haben.

## 7. Erklärungsansätze

Inwieweit sind die beobachteten Segregationserscheinungen in Essen und Leipzig nun auf den Einfluss von Stadtschrumpfung zurückzuführen? Eine Analyse der möglichen Ursachen der sozialen und ethnischen Segregation zeigte, dass kein Erklärungs-

faktor allein ausschlaggebend für die Entwicklung der sozialen und ethnischen Segregation in Essen und Leipzig gewesen sein kann, sondern dass sich die Ergebnisse aus dem Zusammenspiel vieler verschiedener Faktoren ergeben haben müssen. Im Folgenden sollen die wichtigsten Erklärungsansätze kurz dargestellt werden.

Die Folgen von Stadtschrumpfung haben offenbar in beiden Untersuchungsstädten eine wichtige Rolle gespielt. Wie in der Literatur zum Thema angenommen, erhöhten sich durch die wachsenden Leerstände die Optionen der Nachfrager auf dem Wohnungsmarkt, was in einer verstärkten Umzugsmobilität seinen Niederschlag fand. Die Chancen zur Verbesserung der persönlichen Wohnsituation konnten jedoch von Sozialhilfeempfängern und einkommensschwachen Ausländern kaum wahrgenommen werden, da ihnen die Mietpreise trotz entspannter Lage auf den Wohnungsmärkten keinen Zutritt zu den höheren Segmenten gewährten. Insofern verliefen die Umzüge überwiegend sozial selektiv, was zum Anstieg der sozialen Segregation beigetragen hat. Vor allem im Falle Leipzigs ließe sich das relativ schnelle Wachstum der sozialen Segregation anderenfalls kaum erklären.

Ebenfalls dürfte die Verstärkung sozial selektiver Wanderungen unter Schrumpfungsbedingungen eine Ursache für den Anstieg der ethnischen Segregation auf der großräumigeren Aggregatsebene in Essen und Leipzig gewesen sein, zumal ansonsten in Deutschland von einem Rückgang der ethnischen Segregation ausgegangen wird. Da andererseits unter den Bedingungen eines entspannten Wohnungsmarkts wahrscheinlich auch die Optionen weniger einkommensschwacher ausländischer Haushalte wachsen, ließe sich daraus auch ein Teil des Rückgangs bzw. der indifferenten Entwicklung der ethnischen Segregation auf der kleinräumigeren Aggregatsebene erklären, je nachdem, welche Wohnstandortentscheidungen sich aus den Präferenzen ergeben haben. Darüber hinaus können hoher Leerstand und damit einhergehende Desinvestitionen der Vermieter in weniger attraktiven Quartieren die sozial selektive Abwanderung aus diesen Gebieten verstärkt haben.

Abgesehen davon ist der Rückgang von Arbeitsplätzen von Bedeutung. Steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Sozialhilfebedürftigkeit erhöhen den Nachfragedruck im Segment preiswerter Mietwohnungen. Verringert sich hier zeitgleich das Angebot und konzentriert sich zunehmend in bestimmten Gebieten, wie dies für Leipzig und Essen beobachtet werden konnte, so trägt dies einen Teil zum gemessenen Anstieg der Segregationserscheinungen bei, zumal für beide Untersuchungsstädte eine deutliche Überlagerung der ethnischen durch die soziale Segregation festgestellt werden konnte. Für die Arbeiterquartiere in Essen kann außerdem vor dem Hintergrund des De-Industrialisierungsprozesses von einem gewissen Einfluss zeitlich vorgelagerter Segregation ausgegangen werden.

Über Schrumpfungsaspekte alleine lassen sich die gemessenen Segregationserscheinungen jedoch nicht erklären. Von den übrigen Erklärungen sollen die wichtigsten hier kurz angesprochen werden. So ist in Leipzig der nach der Wende erfolgte fundamen-

tale Wandel des Wohnungsmarkts von großer Bedeutung. Ohne die veränderten Rahmenbedingungen und die starke Ausdifferenzierung des Wohnungsangebots und der Mietpreise hätten sich die verschiedenen Nachfragegruppen kaum so deutlich nach ihren ökonomischen Ressourcen und Präferenzen im Stadtgebiet verteilen können. Außerdem spielt in Leipzig die Anpassung an westdeutsche Verhältnisse, sowohl ökonomischer als auch mentaler Art, eine wichtige Rolle, was sich offenbar unter anderem in einer allmählichen Wiederherstellung der vorsozialistischen Wohnstandortmuster ausdrückt.

Von großer Bedeutung ist in Essen das Segment der Sozialwohnungen, auf die einkommensschwache Ausländer und Sozialhilfeempfänger sehr stark angewiesen sind. Hier stellen der Rückgang des Bestands sowie die zunehmende räumliche Konzentration in überwiegend benachteiligten Quartieren die wesentlichen Ursachen für den Anstieg der sozialen bzw. der ethnischen Segregation auf Stadtteilbene dar. Die offenbar in Essen praktizierte Belegungspolitik scheint hingegen die entscheidende Erklärung für die Stagnation der Indexwerte der Ausländer und den Rückgang der Werte für die türkische Bevölkerung auf der Ebene der Stadtteilbereiche zu sein.<sup>32</sup> Nebenbei würde dieses gleichzeitig bedeuten, dass sich Segregationsprozesse auch unter Schrumpfbedingungen steuern lassen. Ebenso könnte die verstärkte Belegung einiger Wohnkomplexe mit Spätaussiedlern in den östlichen Großsiedlungen ein Sinken der Indexwerte auf der kleinräumigeren Aggregatsebene verursacht haben.

Inwieweit die so genannten Belegrechtswohnungen in Leipzig eine Rolle für die gemessenen Erscheinungen gespielt haben, war hingegen nicht eindeutig zu klären. Offenbar verursacht aber auch hier die zunehmende räumliche Konzentration einen Teil des Anstiegs der sozialen und ethnischen Segregation auf Ortsteilebene. Die über das sächsische Belegungsrechtsgesetz verursachte räumliche Fluktuation eines Teils der Belegrechtswohnungen, bei der jede zweite bis dritte frei werdende Wohnung im rotierenden Verfahren gebunden wird, könnte wiederum die indifferente Entwicklungsrichtung der ethnischen Segregation auf der Ebene der statistischen Bezirke mitverursacht haben. Ebenso könnte die Belegungspolitik des kommunalen Wohnungsunternehmens gegenüber Ausländern oder Spätaussiedlern dafür eine Erklärung sein. Einen weiteren Beitrag zu diesem Phänomen könnten das in Leipzig infolge von Modernisierungs- und Neubaumaßnahmen entstandene kleinräumige Nebeneinander sanierter und unsanierter Wohnungen sowie Stadtumbaumaßnahmen geliefert haben. Darüber hinaus könnte sowohl in Leipzig als auch in Essen eine Stadtpolitik, die zur Desintegration benachteiligter Gruppen und Quartiere beiträgt, sozial selektive Abwanderungen aus bestimmten Gebieten verstärkt haben.

32 Vgl. B. Klagge, *Armut in westdeutschen Städten*, Stuttgart 2005, S. 111 f., 172.

## 8. Resümee

Stadtschrumpfungsprozesse befördern – zumindest in den Städten Essen und Leipzig – den Anstieg der sozialen Segregation. Dies trifft offenbar ebenfalls auf die ethnische Segregation zu, sofern keine belegungspolitischen Maßnahmen diese Entwicklung unterbinden. Welche politischen Konsequenzen ergeben sich nun aus den Ergebnissen für schrumpfende Städte? Zunächst sei daran erinnert, dass offenbar nicht die ethnische, sondern die soziale Segregation die Ursache benachteiligender Effekte ist. Entsprechend sollten Maßnahmen ergriffen werden, um die räumliche Konzentration einkommensarmer Gruppen und die sich daraus ergebende Verstärkung sozialer Ausgrenzung zu reduzieren, beispielsweise durch einen weiteren Ausbau des Programms „Soziale Stadt“.

Eine einflussreiche Rolle könnte außerdem das Segment marktferner Wohnungen spielen. Allerdings sollten sich die belegungspolitischen Maßnahmen eben nicht an der ethnischen Zugehörigkeit, sondern an der Einkommenssituation der Haushalte orientieren. Zu diesem Zweck wäre es von großer Bedeutung, weiterhin marktferne Wohnungen vorzuhalten bzw. dem Rückgang derselben mit Neubauinvestitionen entgegenzutreten, die sich bestenfalls gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilen. Dies wäre insofern wichtig, da sich die Wohnraumversorgung einkommensschwacher Haushalte in schrumpfenden Städten verschlechtert, auch weil infolge der Entspannung der Wohnungsmärkte in benachteiligten Quartieren Bestandsinvestitionen unterlassen werden. Der allgemeine politische Trend weist jedoch in eine andere Richtung. Beispielsweise wird in Essen der heute noch relativ hohe Sozialwohnungsanteil im Jahr 2020 mit 0,3 Prozent praktisch nicht mehr existent sein.<sup>33</sup> In Leipzig wird es bereits im Jahr 2013 keine Belegrechtswohnungen mehr geben. Verstärkt wird diese Entwicklung hin zu einer Überlassung des Wohnungsangebots an die freien Kräfte des Markts durch die überall in Deutschland zu verzeichnenden Verkäufe von kommunalen Wohnungen und von gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften an private Finanzinvestoren. Dies aber stellt unter anderem „die europäische Stadt als wohlfahrtsstaatliche Bastion in Frage“.<sup>34</sup>

33 *Stadt Essen*, Halbjahresbericht, Essen 2006, S. 131.

34 *W. Siebel*, Der Wandel der Stadtpolitik, in: *ders.* (Hrsg.), *Die europäische Stadt*, Frankfurt a.M., 2004, S. 179.

## Stadtentwicklung zum Beispiel: Königsberg

### 1. Einführung

Vor 750 Jahren gründete 1255 der Deutsche Ritterorden nach der Niederrichtung der Samländer auf den Trümmern einer pruzzischen Befestigung eine Ordensburg. Die Lokalität war strategisch günstig gewählt, etwa sieben Kilometer oberhalb der Mündung des Flusses Pregel in das Frische Haff, dort wo die samländische diluviale Geschiebelehm- und Mergelplatte dicht an den Fluss heranreicht und wo sich dieser gabelt und eine Insel bildet, die einen leichten Flussübergang ermöglicht. Hier führte ein alter Verkehrsweg zwischen dem nördlich gelegenen Samland und dem südlich gelegenen Natangen entlang.

Es war nicht eigentlich ein Berg, auf dem die Ordensburg errichtet wurde, eher eine kleine Anhöhe, die kaum die Bezeichnung Hügel verdient, aber dennoch gab man dieser Ordensgründung den Namen „Mons Regius“ oder „Regiomontum“, Königsberg, zu Ehren des Böhmerkönigs Ottokars II., der dem Orden bei seiner Bekämpfung der heidnischen Puzzen hilfreich zur Seite gestanden hatte. Die Anhöhe selbst nannte man den Schlossberg.

Nach fast sieben Jahrhunderten fielen große Teile der Stadt infolge zweier britischer Luftangriffe Ende August 1944 und der Kampfhandlungen zwischen den Verteidigern der Festung Königsberg und der Roten Armee im März/April 1945 in Schutt und Asche. Merkwürdigerweise blieben gerade die Wallanlagen und die in sie integrierten, in Backstein ausgeführten Stadttore weitgehend erhalten. Mit den Zeugen dieser deutschen Vergangenheit müssen sich die russischen Einwohner der heutigen Stadt Kaliningrad arrangieren. Diese sowjetisch-russische Stadt ist gerade einmal sechzig Jahre alt, was aber Anlass genug war, 1975 gemeinsam mit den Deutschen das Stadtjubiläum zu begehen.

### 2. Der naturgeographische Rahmen

Von der Natur her erhielt das Areal, auf dem sich die Stadt Königsberg entwickelt hat, seine Gestaltung durch den ost-west fließenden Pregel mit seinen beiden sich unterhalb der Kneiphof-Insel vereinigenden Armen Alter Pregel und Neuer Pregel und mit seiner vor allem nach Süden ausholenden Alluvialebene, begrenzt im Norden durch

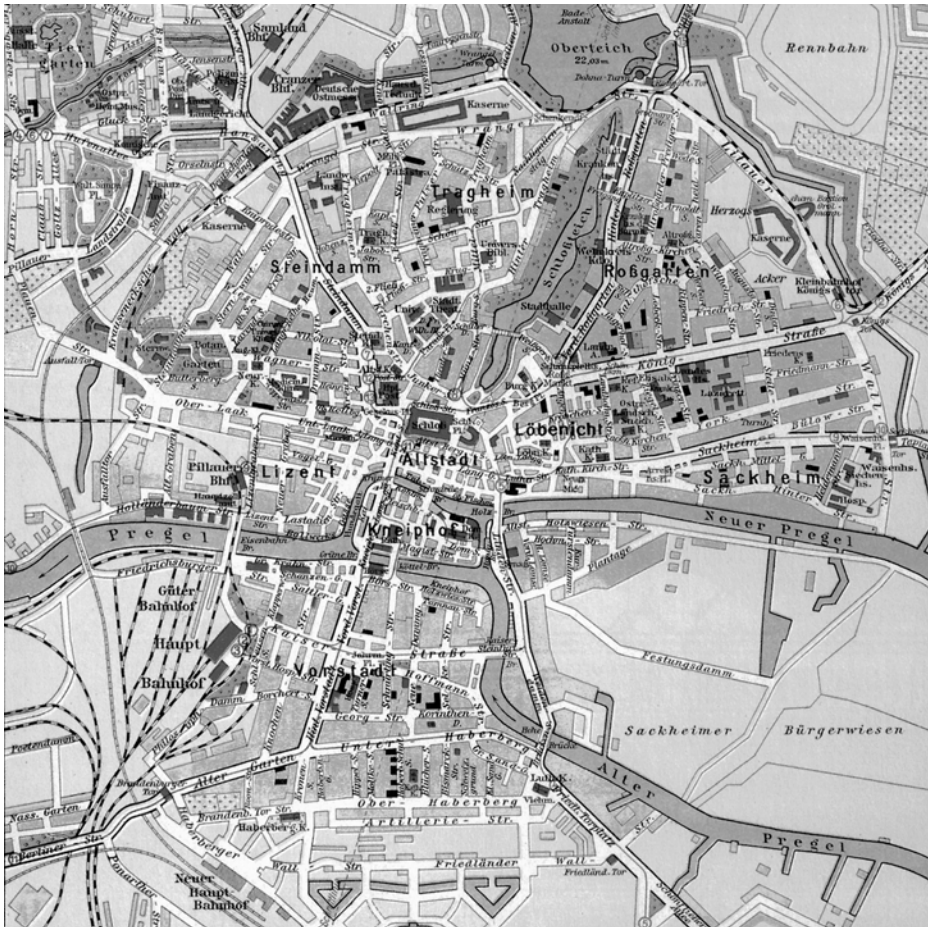


Abb. 1: Königsberg um 1929, aus: Heimatatlas Ostpreußen, Wolfenbüttel o.J., S. 20.

die samländische, im Süden durch die natangische Diluvialplatte, wobei diese im Haberberg die Ebene in mehr als dreifacher Entfernung vom Flusslauf im Vergleich zum Schlossberg auf der samländischen Seite begrenzt. Das Nordufer war gegenüber dem weitflächig sumpfigen Südufer für eine Ansiedlung begünstigt, so dass es nicht verwunderlich ist, dass sich der Stadtkörper in erster Linie nach Norden ausdehnte und rund drei Viertel der Stadtgebietsfläche auf der Nordseite und nur ein Viertel auf der Südseite lagen.

Des Weiteren trugen die in nord-südlicher Richtung angelegten und auf das Urstromtal des Pregels ausgerichteten glazialen Erosionsrinnen zur Gliederung der Stadtgebietsfläche bei.

Die Alluvialebene und der mit minimalem Gefälle träge dahin fließende Fluss mit seinem breiten Bett sowie der durch das Frische Haff gegebene Schutz vor den Ostseewellen begünstigten die Anlage eines großräumigen und sicheren Flussmündungshafens, der sich durch Ausbaggerung einzelner Hafenbecken ohne allzu großen Aufwand ständig erweitern ließ.<sup>1</sup> Lange Zeit blieben auf der Südseite die ausgedehnten Wiesen unbebaut, während das Nordufer des unteren Pregels mit einer Serie von Industriebetrieben besetzt wurde. Diese von Fluss und Industrie markierte Leitlinie stellte eine deutliche Zäsur im Baukörper der Stadt dar.

In der am weitesten östlich gelegenen Erosionsrinne lagen der künstlich gestaute Oberteich und der über Kaskaden von ihm gespeiste Schlossteich, den die Russen „Nischnij Prud“, den Unteren Teich, nennen. Beide Teiche waren von Grünanlagen eingefasst, und von den Terrassen der benachbarten Etablissements wie Konditorei Schwermer, Bürger-Ressource und Parkhotel hatte man einen schönen Blick über den Schlossteich und diese Anlagen.

In einer weiteren Erosionsrinne etwas weiter westlich der Hufen-Freigraben-Schlucht lag nördlich der Hufenallee Königsbergs Tiergarten, der auch heute noch dort existiert, und südlich zum Pregel hin lag der Park Luisenwahl, benannt nach Königin Luise, die auf der Flucht des Königshofes vor Napoleon den Sommer 1808 hier in einem bescheidenen Gartenhaus verbracht hatte. Am Rande dieser Parkanlage wurde die Königin-Luise-Gedächtniskirche errichtet, und auf einem benachbarten ausgedehnten Gelände befanden sich die Friedhöfe mehrerer Königsberger Kirchengemeinden.

In einer noch weiter westlich verlaufenden Erosionsrinne, der Lawskerrinne mit dem Ratshöfer Park und der Fürstenschlucht, hatte man den Fürstenteich und den Hammerteich genauso wie den Ober- und Schlossteich zu künstlichen Wasserkörpern aufgestaut. Eine letzte Rinne im Stadtgebiet lag bei Juditten.

### 3. Die drei alten Stadtkerne

Ein wenig nordwestlich des Schlossbergs, in der Gegend des späteren Steindamms, der Verbindungsstraße vom Stadtzentrum zum Nordbahnhof und zu den Hufen, entstand schon ein Jahr nach Beginn des Ordensburgbaus eine Siedlung, die allerdings im Verlaufe eines Pruzzenaufstandes 1263 zerstört wurde. Ihr Wiederaufbau erfolgte aber nicht an derselben, von den Samländern leicht anzugreifenden Stelle, sondern auf dem Wiesengelände im Schutze der Ordensburg zwischen dieser und dem Pregelstrom.

Die als Altstadt bezeichnete Siedlung erhielt 1286 das kulmische Stadtrecht, das sich vom Magdeburger Recht herleitete, und wurde alsbald ein bedeutendes Mitglied der

1 E. Bluhm, Königsberg i.Pr. Struktur, Einwohner, Wirtschaft und Kultur der östlichsten deutschen Grosstadt, Leipzig 1930; E. Bluhm, Die Großstadtlandschaft Königsberg, in: Ostpreußen. Doppelheft 6/7 des Geographischen Anzeigers, Gotha 1931, S. 179-192, hier S. 186.



**Abb. 2:**  
Das wiederaufgebaute  
Hauptgebäude der Albertina,  
heute nach Immanuel Kant  
benannte Staatsuniversität  
Kaliningrad (Fotos: B. Hofmeister).

Hanse.<sup>2</sup> Sie war Wohn- und Wirkungsstätte der Königsberger Kaufmannschaft, die eine wichtige Säule des wirtschaftlichen Wachstums der Stadt darstellte und eine bedeutende Rolle im konfliktgeladenen Umgang mit der Obrigkeit spielte, welche sich in der Person des brandenburgischen Kurfürsten gerade hier, wo dieser außerhalb der Grenzen des Reiches Souveränität erlangen und sich selbst 1701 zum König in Preußen krönen konnte, besonders aggressiv gebärdete.

Der Zustrom von Migranten in das Ordensland nahm alsbald eine Größenordnung an, der sich die Altstadt nicht gewachsen sah. Etwas östlich von ihr kam es zu einer zweiten Siedlungsanlage, welcher der Königsberger Ordenskomtur im Jahre 1300 das Stadtrecht verlieh. Diese etwas jüngere Stadt Löbenicht zog vor allem Handwerker und Ackerbürger an.

Südlich der Altstadt bildeten die beiden Pregelarme eine Insel, den Vogtswerder. Dieser wurde allmählich in die Bebauung einbezogen und erhielt 1327 unter dem Namen Kneiphof das Stadtrecht. Der Kneiphof wurde so etwas wie das Herz der Tripelstadt Königsberg, sollte er doch zwei der außer dem Stadtschloss bedeutendsten Bauwerke beherbergen: den vor 1333 begonnenen Dom und die 1544 von Herzog Albrecht, dem letzten Hochmeister des Ordens und ersten preußischen Herzog gegründete Universität, die Albertina, mit der sich so berühmte Namen wie Kant, Hamann, Herder, Hippel oder Bessel verbinden, und die mit ihrer geistigen Ausstrahlung die zweite wichtige Säule für das Wachstum Königsbergs darstellte.<sup>3</sup> Es war die Stoa Kantiana, die Grabstätte Kants an der Nordostecke des Domes, die die Ruine vor dem Schicksal des Ordensschlosses bewahrte.

Auf dem Kneiphof konzentrierten sich aber auch die Fernhändler, die den Handel zwischen dem russischen Nowgorod im Osten und Norwegen, England und der iberischen Halbinsel im Westen betrieben. Die Fernhändler bildeten die dritte Säule für

2 W. Krallert, Atlas zur Geschichte der deutschen Ostsiedlung, Bielefeld, 1958, hier Karte 6/7: Die Ausbreitung des deutschen Städtewesens bis 1400.

3 J. Manthey, Königsberg. Geschichte einer Weltbürgerrepublik, München 2005.

das Wachstum der Stadt. Am Gegenufer des südlichen Pregelarmes lag die kneiphöfische Lastadie, ein Schiffumschlagsplatz mit zahlreichen Speichern. Sie war das Gegenstück zu der Lastadie mit ihren Speichern westlich der Altstadt. Die nach Zünften lokalisierten Gewerbe hinterließen Straßennamen wie „Brodtkänkenstraße“ oder „Fleischbänkenstraße“.

Die Stadtstruktur zeigte somit eine gewisse Funktionsteilung zwischen den drei Gründungsstädten: „In der Altstadt die Macht, im Kneiphof die Pracht, im Löbenicht der Acker“.

Der Grundriss von Altstadt und Kneiphof und bis zu einem gewissen Grade auch der des Löbenicht verrät seine kolonialzeitliche Anlage durch den schematisch rechtwinkligen Straßenraster. Es war zwar kein exakter Schachbrettgrundriss wie in den Städten der griechisch-römischen Antike, wohl aber ein regulierter Grundriss mit verhältnismäßig geraden, sich unter rechtem Winkel schneidenden Straßen - ein Grundriss, wie er sich im mittelalterlichen Mitteleuropa wohl aus den Klosteranlagen der Benediktiner, so vor allem dem berühmten Klosterplan von St. Gallen entwickelt hatte.<sup>4</sup>

#### 4. Eingemeindungen und Festungsbau

Der weitere Zustrom von Siedlern hatte zur Entstehung eines Kranzes von Vorstädten, den sogenannten „Freiheiten“, geführt. Im Norden waren es der Steindamm, der Tragheim, Vorder-Roßgarten, Hinter-Roßgarten und Sackheim, im Süden die Vordere und Hintere Vorstadt, Lomse, Weidendamm und der Haberberg.

Die Bewohner der Freiheiten konkurrierten mit den Handwerkern und Kaufleuten der drei etablierten Städte und unternahmen bei Friedrich I. nach dessen Krönung den Versuch, den Status einer vierten Stadt zu erlangen. Zwar konnten das die Stadtgemeinden verhindern. Aber im Jahre 1724 wurden sie von Friedrichs Nachfolger Friedrich Wilhelm I. gemeinsam mit den Freiheiten Roßgarten, Sackheim, Steindamm und Tragheim zu der Residenzstadt Königsberg zusammengeschlossen und gleichzeitig der neu gegründeten Kriegs- und Domänenkammer unterstellt, womit sie ihrer wenn auch schon eingeschränkten kommunalen Selbstregierung verlustig gingen.<sup>5</sup> Fortan gab es in Königsberg nur noch einen Magistrat und ein Stadtgericht. Ein knappes Jahrhundert später, im Jahre 1808, sollte in Königsberg die neue Städteordnung für Preußen vom König unterzeichnet werden.

Diese Innenstadt war schon unter Kurfürst Georg Wilhelm, dem Vater des Großen Kurfürsten, in den Jahren 1626 - 1634 von einer barocken Befestigung aus Wällen und Gräben umschlossen worden. Ihrem Verlauf folgten im Großen und Ganzen die Befestigungswerke des 19. Jahrhunderts. Zwischen 1843 und 1859 wurden das bastionäre

<sup>4</sup> J. Duft, Der karolingische Klosterplan in der Stiftsbibliothek St.Gallen, Rorschach 1998.

<sup>5</sup> J. Manthey (s. A 3), S. 90/91.



Abb. 3: Das Roßgärter Tor.

System und die verschobenen Forts errichtet. Die Fassaden der in die Festungswerke integrierten Stadttore im normannischen Burgstil mit Zinnenabschlüssen führte weitgehend der Schinkel-Schüler und seit 1832 Direktor der Schlossbaukommission in Berlin, Friedrich August Stüler, aus. Die weitgehend erhalten gebliebenen Tore, das Königstor, das Roßgärter Tor, das Sackheimer Tor, das Friedrichsburgtor, das Brandenburger Tor und das Friedländer Tor sind, nachdem das Schloss, dessen oberen Turmteil er gebaut hatte, von den Russen gesprengt worden war und die Universität am Paradeplatz in völlig veränderter Form wiederaufgebaut wurde, das einzige Vermächtnis seines Wirkens in Königsberg<sup>6</sup>. Das Tragheimer Tor und das Steindammer Tor waren im Zuge der Entfestigung nach 1910 abgerissen worden. Sie mussten dem zunehmenden Verkehr und der Ausdehnung der Bebauung vor allem nach Norden, wo die Diluvialplatte bessere Bedingungen als das ausgedehnte Wiesen- und Sumpfgelände auf der Südseite der Stadt bot, weichen.

### 5. Entstehung der Vororte und Citybildung

In der Festungsstadt Königsberg unterlag die Bebauung den Bestimmungen des preußischen Rayongesetzes vom Dezember 1871, wonach das Glacis erheblichen baulichen Beschränkungen unterlag und im ersten Rayon bis 600 m keinerlei Bauten, im zweiten Rayon zwischen 600 m und 975 m nur Holz- und Fachwerkbauten aufgeführt

6 *H. Lange*, Friedrich August Stülers Stadttore von Königsberg. Entwürfe des Hofarchitekten im Geheimen Staatsarchiv.



Abb. 4: Kulturpalast der Seeleute; ehemalige Börse.

werden durften, es sei denn, es handelte sich um die Überreste alter Bauerngehöfte. Nur im dritten Rayon zwischen 975 m und 2.250 m durften auch Gebäude aus festerem Material errichtet werden, womit Ansatzpunkte zu Villen- und anderen Vorortsiedlungen gegeben waren.

So bildeten sich in gebührender Entfernung von den Festungswerken Vororte und Villenkolonien wie Vorderhufen, Mittelhufen, Kalthof, Amalienau, Ratshof, Marauenhof, Ponarth oder Schönbusch. Die beiden letzteren waren durch ihre Brauereien bekannt. 1905 wurden alle diese Vororte nach Königsberg eingemeindet. Dadurch wuchs das Stadtgebiet mit einem Schlage von rund 2.000 ha auf 4.388 ha an, also auf über das Doppelte der bisherigen Fläche. Eine weitere Verdoppelung trat durch Eingemeindungen während der Zeit der Weimarer Republik in den Jahren 1927 bis 1929 ein.<sup>7</sup>

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte auch in Königsberg die Citybildung eingesetzt. Während die Vorstädte und Vororte wuchsen, begann die Wohnbevölkerung im Stadtkern abzunehmen und anderen Nutzungen Platz zu machen. Das Hauptgeschäftsviertel umfasste den von der markanten Südfassade des Schlosses beherrschten Kaiser-Wilhelm-Platz, den vormaligen Altstädtischen Kirchenplatz, die Altstädtische Langgasse, die Kneiphöfische Langgasse, in der sich die Filialen der meisten Banken aufreichten, den Steindamm, die Poststraße, Junkerstraße, Schmiedestraße und Französische Straße. Nachdem schon 1626 ein erstes Gebäude für eine Börse in Königsberg errichtet worden war, und verschiedene Ereignisse einen dreimaligen Umzug

7 E. Bluhm (s. A 1).

erzwangen, wurde das neue Gebäude der Börse 1875 auf dem Südufer des südlichen Pregelarmes zwischen Grüner und Köttelbrücke errichtet. Das gegen Kriegsende teilzerstörte Gebäude wurde während der Sowjetära restauriert und zum „Palast der Seeleute“ umfunktioniert.<sup>8</sup>

Während sich die hochrangigen kommerziellen Funktionen in diesem zentralen Bereich der Stadt konzentrierten, bot deren Beengtheit für die rasch expandierenden hochrangigen Verwaltungsfunktionen nicht genügend Raum. Diese zogen sich nordwestwärts in die Vorstädte Tragheim und Hufen hinein. Der Tragheim nahm die Regierung der Provinz Ostpreußen, den Sitz des Oberpräsidenten, die Baugewerbeschule sowie mehrere Universitätsinstitute auf wie das Physikalische Institut, das Mineralogisch-geologische Kabinett, das Hygiene-Institut, das Physiologische Institut und die Landwirtschaftliche Akademie.

Etwas weiter nördlich um den Hansaplatz und das obere Ende der Hufenallee bildete sich eine ansehnliche Verwaltungscity heraus. Hier lagen der Nordbahnhof sowie der einstige Cranzer Bahnhof, von denen aus die Züge der Samlandbahn zu den Ostseebädern Rauschen und Cranz verkehrten. Hier entstanden das Stadthaus als neuer Sitz des Magistrats von Königsberg, das Polizeipräsidium, der Justizpalast - vor dem das bekannte Denkmal der beiden kämpfenden Auerochsen als Symbole für Staatsanwalt und Verteidiger stand und auch heute noch steht -, die Oberpostdirektion, das Landesfinanzamt und das Gebäude des Reichssenders Königsberg und schließlich das neue Stadttheater, dessen Vorgängerbau am Paradeplatz der Königsberger Oper als Domizil diente. Während der Weimarer Zeit kamen noch die Hallen der „Deutschen Ostmesse“ und das „Haus der Technik“ hinzu.

## 6. Entwicklungen nach dem Ersten Weltkrieg

Trotz seiner vor der Zerstörung 1944/45 fast 700jährigen Geschichte könnte man Königsberg eine junge Stadt nennen. Schicksalsschläge wie die wiederholten Pestepidemien im 16., 17. und 18. Jahrhundert, die Wirren des Dreißigjährigen Krieges, die Eroberung der Stadt durch Napoleon 1807, das große Feuer von 1811 und der Durchzug der aus Russland zurückströmenden französischen Truppen 1812/1813, begleitet von einer Typhusepidemie, bescherten der Stadt immer wieder Bevölkerungsverluste, so dass ihre Einwohnerzahl und bauliche Flächenausdehnung über lange Zeiten hinweg gering blieben.

Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die Großstadtgrenze überschritten. Zur Zeit der Reichsgründung 1871 zählte die Stadt 112.123 Einwohner, einschließlich der relativ starken Garnison. Nach dem Verlust der Marienburg war Königsberg seit 1457 Sitz des Ordenshochmeisters gewesen und ab 1515 Sitz der Herzöge

8 J. Iwanow, Königsberg und Umgebung, Dülmen 1994, S. 125.



**Abb. 5:**  
Schauspielhaus,  
mit dem Moskauer  
Bolschoitheater nach-  
empfundenen Säulen.

von Preußen. Da Herzog Albrecht, der in jenem Jahr den Ordensstaat in ein weltliches Herzogtum umgewandelt hatte, zum lutherischen Glauben übergetreten war, war die Königsberger Einwohnerschaft zu rund 92% evangelisch. In den wenigen Jahrzehnten zwischen 1870 und 1940 stieg die Einwohnerzahl auf rund 372.000 an, wobei allerdings die 1805 und 1927-29 vorgenommenen Eingemeindungen berücksichtigt werden müssen.

Ebenso wie die Bevölkerung wuchs die überbaute Fläche in dieser Zeit rasant. Der Stadtplan von 1890 weist noch größere Baulücken selbst innerhalb des Ringes der Festungswerke in deren Nähe aus. So ist z.B. die nach dem Grafen Alexander von Dohna-Schlobitten benannte Dohnastraße auf dem Plan zwar eingetragen, weist aber noch keine Häuser aus. In diesem peripheren Bereich nahe dem Ring handelte es sich also um ganz junge Bebauung.

Eine größere Ausdehnung der Stadt war überhaupt erst durch das Entfestigungsgesetz von 1911 möglich geworden. Aber der Ausbruch des Ersten Weltkrieges drei Jahre später vereitelte zunächst die Ausführung längst bestehender Ausbaupläne. So wurden der Bau des Hauptbahnhofes auf ehemaligem Festungsgelände auf der Südseite der Stadt und der des Nordbahnhofes auf der Nordseite auf die Zeit der Weimarer Republik hinaus geschoben.

1922 wurden am Hansaring jenseits des abgerissenen Steindammer Tores die Hallen der Deutschen Ostmesse eröffnet, die 9.500 m<sup>2</sup> gedeckte Fläche boten, zu denen noch 13.400 m ungedeckter Ausstellungsfläche hinzukamen. Hinter dem Messegelände wurde 1925 das Haus der Technik errichtet und daneben der fünfgeschossige Handelshof mit 11.500 m<sup>2</sup> Büro- und Ausstellungsraum. Die Handelshochschule wurde zu einer echten Hochschule mit Promotionsrecht.



Abb. 6: Der Handelshafen mit Fabrikanlagen auf dem Nordufer des Pregels.

### 7. Die Bedeutung des Königsberger Hafens

Durch den Versailler Vertrag war Ostpreußen nach Westen hin durch den polnischen Korridor vom übrigen Reich isoliert und nach Osten durch die neuen Staaten Litauen und Polen seiner unmittelbaren Nachbarschaft zu Russland verlustig gegangen. Vor dem Ersten Weltkrieg war Königsberg hinter Stettin der größte deutsche Ostseehafen gewesen. Über ihre Bedeutung als Seehafen hinaus stand die Pregelstadt über den Fluss Deime mit der Memel in Verbindung, womit ihr Hinterland bis weit nach Russland hineingereicht hatte, und die Stadt auch ein bedeutender Hafen für die Binnenschifffahrt gewesen war. Die Nachwehen der russischen Revolution von 1917 machten sich für den Russlandhandel Königsbergs äußerst nachteilig bemerkbar.

Daher unternahmen sowohl der Königsberger Magistrat als auch die Reichsregierung gewaltige Anstrengungen, um die missliche wirtschaftliche und verkehrsmäßige Situation Ostpreußens zu mildern. Durch die Entfestigung von 1911 war es möglich geworden, den Handelshafen auszubauen, und es wurden neue große Speicher in diesem Hafen in Betrieb genommen.

Im Rahmen der Modernisierung des 1901 angelegten Königsberger Seekanals, der mit seinen 42 Kilometern Länge die natürliche Fortsetzung des Pregels im Bereich des Frischen Haffs zu dessen Öffnung in die Ostsee bei Pillau (Pillauer Tief) darstellte, wurde der Seekanal von seiner bisherigen Tiefe von 6,5 m auf 8,5 m Tiefe gebracht, und seine Solenbreite von 30 m auf 47,5 m vergrößert, womit auch Seeschiffen mit großem Tiefgang das direkte Anlaufen des Königsberger Hafens ermöglicht wurde.

Der Königsberger Hafen war ein bedeutender Umschlagsplatz von Holz für die Sägewerke, Zellstofffabriken und Holzbearbeitungsanlagen, von Getreide, Butter, Flachs, Fellen, Fleisch, Heringen und Baustoffen. Vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges betrug Königsbergs Güterumschlag im Seeverkehr rund 4 Mio. Tonnen, im Binnenschiffsverkehr 1 Mio. Tonnen.<sup>9</sup>

Zwischen Königsberg und dem übrigen Reich wurde eine Art Fährverbindung, der „Seedienst Ostpreußen“, eingerichtet. Der für damalige Verhältnisse modern ausgebauter Flughafen Devau, an die Stadtmitte durch die Straßenbahnlinie 2 angeschlossen, verband den Flugverkehr über Danzig mit Berlin und im Osten nach Moskau. Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung verlegte 1920 ein sowohl der Telegraphie als auch dem Fernsprechverkehr dienendes 170 km langes Tiefseekabel in der Ostsee zwischen dem pommerschen Leba und dem samländischen Tenkitten etwa zehn Kilometer nördlich von Pillau.

### 8. Königsbergs Industrien

Der Königsberger Hafen diente in erster Linie der Transitschifffahrt. So war beispielsweise der Teehandel über den Hafen Königsberg von kontinentaler Bedeutung. Ein Teil der umgeschlagenen Güter aber hatte in Königsberg selbst und in anderen Gegenden der Provinz Ostpreußen seinen Ursprung.

Meist handelte es sich dabei um die Erzeugnisse rohstofforientierter Branchen wie der Holzverarbeitung, Ziegel- und Kalksteinindustrien sowie der Mühlenbetriebe. Auf Rohstoffimporte angewiesen und absatzorientiert waren vor allem verschiedene Branchen der eisenschaffenden Industrie. Zu ihnen gehörten die Schiffswerft Schichau, die Union-Gießerei Königsberg, die Waggonfabrik Steinfurt, der Lokomotivbau und - angesichts der agrarwirtschaftlichen Bedeutung Ostpreußens - der Landmaschinenbau.<sup>10</sup> Ein alle diese Werke umfassender Industriekomplex zog sich dem unteren Pregel entlang gegenüber den drei Hafenbecken.

Von ihrem Umfang her weniger bedeutend waren die Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln wie z.B. die Tabakverarbeitung und Bierbrauerei (Ponarth, Schönbusch), die Garn- und Zwirnspinnerei sowie die Textil- und Lederwarenindustrie. Aber hier machte sich Königsberg durch Qualität einen Namen: Berühmt über Ostpreußens Grenzen hinaus war der doppelt gebrannte Königsberger Marzipan, eine der drei Spezialitäten im Nahrungs- und Genussmittelsektor neben Königsberger Fleck und Königsberger Klopsen.

Zu den Besonderheiten von Königsbergs Industrien gehörte seine Bernsteinmanufaktur, die in erster Linie den im Bernsteinbergbau im samländischen Palmnicken ge-

9 Ziegler, Die Schifffahrt Ostpreußens, in: Ostpreußen. Wirtschaft und Verkehr. Sonderausgabe der „Verkehrstechnischen Woche“. Zeitschrift für das gesamte Verkehrswesen, o.J., S. 29-34.

10 Bock, Die Industrie Ostpreußens, in: Ostpreußen (s. A 9), S. 20-23.

wonnenen Rohstoff verarbeitete. Die Russen führen diese Tradition fort und richteten im Dohnaturm beim Roßgärter Tor ein Bernsteinmuseum ein.<sup>11</sup>

Schließlich sollten Buchdruck und Buchhandel Erwähnung finden, besaß doch die Stadt mit der Firma Graefe & Unzer, die am Paradeplatz ein ganzes Eckgebäude auf drei Etagen einnahm, die damals wohl größte Buchhandlung Europas, die, wie es hieß, sämtliche in neuerer Zeit in Deutschland erschienenen Bücher auf Lager hatte.

### 9. Die Stadtstruktur vor Königsbergs Zerstörung

Die geographische Lage Königsbergs rund sieben Kilometer oberhalb der Einmündung des Pregels in das Frische Haff, das Schutz vor den Ostseewellen bot, hatte die Stadt zum bedeutendsten Ostseehafen hinter Stettin gemacht; die topographische Lage war dem bevorzugten Wachstum auf der direkt an den Fluss heranreichenden nördlichen, der samländischen Diluvialplatte förderlich gewesen.

Alt-Königsberg, das Gebiet der drei Kernstädte Altstadt, Löbenicht und Kneiphof, wurde von seinen beiden Wahrzeichen dominiert: dem aus der Ordensburg von 1255 hervorgegangenen Schloss und dem 1333 begonnenen Dom. Das Schloss mit seiner beherrschenden Lage auf einem Hügel der samländischen Diluvialplatte, Krönungsstätte der preußischen Könige seit 1701, beherbergte die Schlosskirche, mehrere Museen, das Oberlandesgericht und jenes legendäre „Blutgericht“ genannte Weinlokal. Wie das Schloss wurde auch der in Backsteingotik gehaltene Dom im Kriege stark zerstört, blieb aber dank der auch von den Russen in Ehre gehaltenen Kant-Grabstätte von der völligen Sprengung verschont.

Die außerhalb Alt-Königsbergs entstandenen Vorstädte, die Freiheiten, wurden zusammen mit den drei Kernstädten im Jahre 1724 zur Haupt- und Residenzstadt Königsberg vereint. Der Sackheim und teilweise auch der Roßgarten, beide östlich der Erosionsrinne des Schlossteiches gelegen, sowie der Haberberg auf einem Ausläufer der natangischen Diluvialplatte auf der Südseite der Stadt waren Arbeiterwohngebiete, deren Einwohner sich des ostpreußischen Plattdeutsch bedienten.

Der Traghein westlich des Schlossteiches stellte als Wohngebiet der unteren Mittelschicht und späteres Cityergänzungsgebiet einen Übergang zu den vornehmen Wohngebieten im Westen und Norden jenseits der Festungswerke dar, welche in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts angelegt und Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem bastionären System ausgebaut wurden, das mit seinen Rayonbestimmungen und Glacis das Wachstum der Stadt behinderte.

Die von den Kernstädten und Vorstädten gebildete Innenstadt war bis auf einige periphere Bereiche zur Zeit des Entfestigungsgesetzes 1911 stark überbaut und besaß außer dem Paradeplatz und der Schlossteichpromenade als Grünflächen nur noch den

11 J. Iwanow (s. A 8), S. 74-78.

Volkspark im Nordwesten auf der Innenseite der Festungswerke. Die Außenbezirke waren reichlicher mit Grün ausgestattet, angefangen mit dem breiten Grüngürtel der vor allem auf der Nordseite fast durchgehenden Wallanlagen mit den alten Festungsgräben und dem vom Oberteich nach Norden in Richtung Rothenstein sich bis zum Max-Aschmann-Park, dem heutigen Kultur- und Erholungspark des Leningrader Raions, über etwa drei Kilometer hinziehenden Grünzug.

In dieser Außenzone vollzog sich zum einen die Verstädterung ehemaliger Dörfer wie z.B. Hufen, Juditten oder Ponarth; zum andern erwarb der Magistrat stadtnahe Güter wie Maraunenhof, Ratshof oder Amalienau, die mit ihrer villenartigen Bebauung die bevorzugten Wohngebiete der gehobenen Schicht wurden. Die Hufen stellten als Wohngebiet der oberen Mittelschicht den Übergang von der Innenstadt zu diesen vornehmen Wohnvororten dar.

Markante Zäsuren im Baukörper der Stadt bildeten der Pregelfluss, dessen Unterlauf vor allem auf seinem Nordufer mit Industriebetrieben besetzt war, und der Ring der großteils zu Wallanlagen umgestalteten, teils auch zu Verkehrsanlagen wie dem Haupt- und dem Nordbahnhof genutzten ehemaligen Festungswerke.

### 10. Deutsches Erbe und russische Gegenwart

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurden große Teile der Stadt Königsberg zerstört. Die beiden britischen Luftangriffe in den Nächten vom 26. auf den 27. und vom 29. auf den 30. August 1944 richteten verheerende Schäden an. Die hier zum Einsatz gebrachten neuartigen Flammstrahlbomben hatten zwar keine große Durchschlagskraft und blieben meist in den Dachstühlen der Häuser stecken, aber ihr Phosphorgehalt setzte sofort alles in Brand. Gegen diese gewaltige Feuersbrunst in den verschiedensten Stadtteilen waren die Feuerwehren machtlos. Die letzten Kampfhandlungen im März/April 1945 brachten weitere Zerstörungen mit sich. Die Altstadt wurde zu etwa 90% ausgelöscht, im Stadtgebiet insgesamt sollen es „nur“ etwa 40% gewesen sein, eine Größenordnung, die aller Wahrscheinlichkeit nach höher anzusetzen ist.<sup>12</sup> Im Wesentlichen blieben nur Amalienau und Ratshof sowie Teile einiger anderer Vororte unversehrt. Das ganze übrige Stadtgebiet aber lag in Ruinen.

Wie stellt sich uns nun die heutige Stadt dar? Es gibt sie noch, die Zeugen der langen deutschen Vergangenheit. Erwähnt wurden die weitgehend erhalten gebliebenen Stadttore, die zum Teil in jüngster Zeit restauriert wurden, so dass zur 750-Jahrfeier die stark beschädigten Skulpturen von König Ottokar II., Herzog Albrecht und König Friedrich I. am Königstor wiederhergestellt werden konnten.

Restauriert wurden der Hauptbahnhof, den die Russen jetzt Südbahnhof nennen, u.a. mit prachtvollen Lüstern in der Eingangshalle; die Börse, die als „Palast der

<sup>12</sup> Ebda., S. 28.



Abb. 7: Der Südbahnhof, ehemals Hauptbahnhof.

Seeleute“ dient; das Parkhotel am Schlossteich, das im Stil der Moderne mit Flachdach gebaut worden war und heute ein Bürohaus ist; die Universität, die in vergleichsweise schlichter Art restauriert wurde; der Nordbahnhof, der als Seemannsheim dient und dem man ein neues, recht simples Bahnhofsgebäude für den Eisenbahnbetrieb angefügt hat; der Justizpalast, der die Technische Hochschule für Fischerei beherbergt; die Oberpostdirektion, in welcher der Stab der Baltischen Flotte residiert und vor deren prunkvoller Fassade seit 2003 ein Denkmal für Peter den Großen steht; das 1924 erbaute Rundfunkhaus, von dem seit 1947 der Kaliningrader Rundfunk sendet; das Stadttheater, dem man in der Manier des Moskauer Bolschoi-Theaters mehrere dickleibige Säulen vorgesetzt hat; die Königin-Luise-Gedächtniskirche, die als Puppentheater dient; die Stadthalle am Schlossteich, die stark zerstört worden war und auf deren Grundmauern man nach alten Vorlagen das Gebäude wiederaufgebaut hat, das jetzt das Kunsthistorische Museum der Stadt beherbergt. Erwähnt werden sollte schließlich der unterirdische Bunker des Generals Lasch, des letzten Verteidigers der Festung Königsberg, unter dem Paradeplatz, der als Museum eingerichtet wurde.<sup>13</sup>

Aber können diese relativ bescheidenen Überreste des alten Königsbergs mit den tiefgreifenden Veränderungen konkurrieren, die der heutigen Stadt Kaliningrad ein so

13 Ebda., S. 34.



Abb. 8: Admiralität der Baltischen Flotte mit dem Denkmal Peters I.

vollkommen anderes Aussehen verleihen? Am Anfang wussten die sowjetischen Eroberer offenbar wenig mit dieser in Trümmern liegenden Stadt anzufangen. Einig war man sich darin, dass Königsberg mit seinem Festungscharakter das Bollwerk eines gegen Russland gerichteten Militarismus gewesen und dass seine Architektur entsprechend zweckbestimmt und generell minderwertig war.<sup>14</sup> Man war bereit, das deutsche Erbe auszulöschen. In der Frage des Wiederaufbaus des fast zerstörten Zentrums der Stadt gab es jedoch kontroverse Auffassungen.

Die eine Meinung ging dahin, das zerstörte Zentrum als eine Art Freilichtmuseum und Denkmal für den „Großen Vaterländischen Krieg“ so zu belassen und das künftige Zentrum Kaliningrads im Bereich der noch erhalten gebliebenen Gebäude um den Nordbahnhof herum und auf dem Gelände der zerstörten Ostmesse zu entwickeln. Die gegenteilige Meinung maß dem traditionellen Stadtzentrum eine große Bedeutung bei, und so ging das Staatliche Komitee für Architektonische Angelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR in Moskau, das im Gegensatz zu den örtlichen Autoritäten die Entscheidung hatte, 1948 daran, einen Plan für das Zentrum Kaliningrads zu entwerfen und es nach den Vorstellungen des sowjetischen Städtebaus zu formen.<sup>15</sup>

14 B. Hoppe, Auf den Trümmern von Königsberg, Kaliningrad 1946-1970, in: Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München 2000, S. 47-49.

15 Ebd., S. 55-56.



**Abb. 9:**  
„Dom Sowjetov“,  
Bauruine des Hauses der Räte.

So ist vor allem die in der historischen Innenstadt vorhanden gewesene Kleinteiligkeit der seit dem hohen Mittelalter langsam gewachsenen Stadt einem völlig anderen Maßstab gewichen. 1969 wurden die letzten Überreste des Königsberger Schlosses von sowjetischen Pionieren gesprengt, nachdem die Ruine jahrelang der Marineverwaltung als Steinbruch gedient hatte und der Turm schon 1955 gesprengt worden war<sup>16</sup>. 1967 hatten bereits die Bauarbeiten für ein monströses „Dom Sowjetow“, das Haus der Räte, begonnen, wo die Verwaltung des Kaliningradskaja Oblast residieren sollte. Dieses Gebäude ist, angeblich wegen statischer Schwierigkeiten, niemals fertig gestellt worden. Als hässliche Bauruine thront es seit vielen Jahren auf dem Schlossberg.

Die Grüne Brücke und die Krämerbrücke wurden unter Einbeziehung der ehemaligen Kneiphöfischen Langgasse zu einem großen Brückenbauwerk vereinigt, das in etlichen Metern Höhe eine mehrspurige Straße, den Leninskij Prospekt, über die beiden Pregelarme und den Kneiphof hinweg führt. Der gesamte Kneiphof ist eine ein-

16 J. Iwanow (s. A 8), S. 49.



Abb. 10:  
Der restaurierte Dom.

zige Grünfläche, aus der sich einsam und verlassen der mit deutschen Finanzmitteln in jahrelanger Arbeit restaurierte Dom erhebt. Seit einiger Zeit bestehen allerdings Pläne, den Kneiphof in annähernd traditioneller Weise wieder zu bebauen. Ende der 1960er Jahre war auf der grünen Kneiphofinsel ein riesiger, für die im nördlichen Ostpreußen gefallenen Rotarmisten vorgesehener Friedhof in der Diskussion gewesen. Vom Haus der Sowjets aus hätte man auf diesen Friedhof geschaut, und das Schicksal der Domruine wäre besiegelt gewesen.<sup>17</sup> Doch später wurden diese Pläne wieder verworfen, der Dom wurde restauriert, und am Jahresende 2002 präsentierte der Kaliningrader Stadtarchitekt Gorbatsch sein Planungsmodell zur Teilbebauung der Kneiphofinsel.<sup>18</sup>

Auch der Innenstadtbereich der ehemaligen Freiheiten wurde rigoros umgestaltet, indem einige alte Straßen völlig verschwanden und andere in großzügiger Weise als breite Hauptverkehrsadern um neu geschaffene Superblöcke herum geführt wurden. Der großmaßstäbige Neubau begann 1965, zwanzig Jahre nach der Eroberung der Stadt, in dem

<sup>17</sup> B. Hoppe (s. A. 14), S. 115 u. 145.

<sup>18</sup> Preußische Allgemeine Zeitung - Das Ostpreußenblatt, vom 04.01.2003.

Gebiet zwischen Unterem Teich und Ostmessengelände. Hier entstand der so genannte „Mikrorajon No.1“ mit seinen zahlreichen schmucklosen fünf- bis achtgeschossigen Plattenbauten, die drei Jahrzehnte später schon wieder Zeichen des Verfalls aufzuweisen begannen. Man kann sich keinen krasserer Gegensatz vorstellen als diese nüchternen Neubauten und die aus deutscher Zeit erhalten gebliebenen Villen der Vorortkolonien.<sup>19</sup>

Mit über 420.000 Einwohnern hat das heutige Kaliningrad eine größere Bevölkerung als das Vorkriegs-Königsberg. In der Industriegewirtschaft der Stadt wurden traditionelle Branchen wie Schiffsbau, Waggonbau, Maschinenbau, Zellulose und Papierherstellung fortgeführt. Das Branchenspektrum erfuhr aber Erweiterungen in Richtung Fischereiwirtschaft, Erdöl- und Erdgasgewinnung, Elektronik und Zulieferung mit vertikaler Integration wie z.B. die Herstellung von Dosen für Fischkonserven. Im Jahre 1991 gehörten zu den Betrieben mit jeweils über tausend Beschäftigten die Schiffswerft „Jantar“ (6.600), Quarz Rechentechnik und Roboter (5.400), der Waggonbau (2.500), die Industrievereinigung, Hersteller von Kesselanlagen und Rechentechnik (2.500), das Fackelwerk für Lasertechnik und Elektronik (2.400), die Hafen- und Fischereiwirtschaft (2.300), die Schiffsautomatenherstellung (2.000), das Zellulosewerk (1.930), ein Verpackungsmittelkombinat (1.900), ein Straßenbaumaschinenwerk (1.900), die Papierfabrik (1.630), die Sojusgas als Produzent von Ausrüstungen für die Erdgasgewinnung (1.500), Maschinenbau für die Papierherstellung (1.300) und die Technische Fischindustrie, Hersteller für Ausrüstungen für den Fang und die Verarbeitung von Fischen (1.000).<sup>20</sup>

Jahre nach der Öffnung Nord-Ostpreußens wurde die Freie Wirtschaftszone „Jantar“ geschaffen, um ausländische und russische Investoren anzulocken. Bereits zwei Jahre später wurde sie als gescheitert wieder aufgelöst. Hauptsächliche Gründe waren die Unzufriedenheit der Regierung in Moskau über entgangene Zölle und Mehrwertsteuern, das Fehlen einer effektiven Verwaltung und Kompetenzstreitigkeiten, verbunden mit einer gewissen Rechtsunsicherheit, und nicht zuletzt der Wunsch, dass während der großen Privatisierungswelle nach dem Ende der Sowjetära ausländische „Beobachter“ möglichst ferngehalten werden sollten.<sup>21</sup> Hinzu kamen Transitprobleme, nachdem Litauen selbständig und das nördliche Ostpreußen eine Exklave geworden war, die ihre Verbindung mit der übrigen Russländischen Föderation verloren hatte.

1996 wurde ein erneuter Anlauf genommen und eine Sonderwirtschaftszone eingerichtet, die seit 1999 russische und auch bedeutende ausländische Investoren wie z.B. BMW angezogen hat.<sup>22</sup>

19 B. Hoppe (s. A. 14), S. 108.

20 W. Orlenok, Natur, Wirtschaft und Ökologie der Stadt Kaliningrad. Daten - Fakten - Literatur zur Geographie Europas. Institut für Länderkunde, Leipzig, H. 1/1994.

21 S. Stein, .Fall und Neuanfang: Zehn Jahre Sonderwirtschaftszone Kaliningrad, in: Die Zukunft Kaliningrads. Konfliktschichten und Operationsfelder. Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, 53.Jg. H. 2-3/2003, S. 353-367, hier S. 355 f.

22 Ebda., S. 364 f.

## 11. Ausblick

Königsberg, vormals Hauptstadt der Provinz Ostpreußen, ist heute der Verwaltungssitz einer kleinen russischen Exklave, die den Begehrlichkeiten der Europäischen Union angehörenden Nachbarn Polen und Litauen ausgesetzt ist. Das ist eine bemerkenswerte Situation.

Das deutsche Engagement im nördlichen Ostpreußen war lange Zeit von Regierungsseite aus falsch verstandener Rücksichtnahme auf polnische Befindlichkeiten von Zurückhaltung geprägt und hauptsächlich von kirchlichen Kreisen sowie der Landsmannschaft Ostpreußen und ihren Kreisgruppen getragen. So vergingen denn seit der 1991 erfolgten Öffnung des als Basis für die Baltische Flotte dienenden und als militärisches Sperrgebiet ausgewiesenen Nord-Ostpreußen dreizehn Jahre, ehe im Februar 2004 ein Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Königsberg eingerichtet wurde. Noch nach anderthalb Jahren musste es im Hotel Albertina residieren, da die Suche nach einer geeigneten Immobilie immer wieder verschleppt wurde.

Und schließlich waren Balten und Polen darüber beunruhigt, dass Russlands Präsident Putin zum Höhepunkt der Jubiläumsfeier am 3. Juli 2005 zwar den deutschen Bundeskanzler, nicht aber ihre Spitzenpolitiker nach Königsberg eingeladen hatte.

Seitdem geht die Entwicklung nochmals in eine andere Richtung. Seit 2006 hat ein Bauvorhaben die Wasserfront am Pregel zwischen Kneiphof und Lomse zu verändern begonnen. Hier ist das so genannte „Fischdorf“ mit dem Hotel „Skipper“, einem Leuchtturm und dem Bürohauskomplex „Flusshafen“, dessen architektonische Gestaltung an die alten Königsberger Speicher erinnert, im Entstehen begriffen. Dieses Projekt sowie der Bebauungsplan für den Kneiphof knüpfen ganz offensichtlich an die Tradition der Königsberger Altstadt an.

Ein weiterer bedeutender Schritt ist die in der ersten Jahreshälfte 2007 erfolgte Eröffnung des neuen Kaliningrader Flughafens. Dahinter steckt die Absicht, die Exklave Kaliningradskaja Oblast sowohl besser an die Russländische Föderation als auch an den EU Raum anzubinden.

# Forum

Matthias Hardinghaus

## Planungskultur und Architekturpolitik in England: das Beispiel „CABE“

### 1. Einführung

„CABE“ ist die englische Antwort zum Thema Baukultur. Der englische Minister für Kultur, Medien und Sport hat CABE am 20. August 1999 als private Gesellschaft mit beschränkter Haftung ins Leben gerufen. Durch ein Parlamentsgesetz wurde die Gesellschaft 2005 in eine öffentliche Körperschaft umgewandelt. Sie hat ihren Hauptsitz in London. Ihr vollständiger Name lautet: „CABE Commission for Architecture and the Built Environment“. „We want to inject architecture into the bloodstream of the nation“ - so und nicht weniger bescheiden formulierte es Stuart Lipton im Vorwort des ersten Geschäftsberichtes.<sup>1</sup> CABE widmet sich der Gestaltung von Städten, ihren öffentlichen Räumen, der Architektur und dem urbanen Grünraum; und vor allen Dingen möchte sie im Sinne eines nationalen Bildungsauftrags die hohe Bedeutung einer qualitativvollen Gestaltung eben jener gebauten Umwelt in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger Englands rufen. Sie versteht sich als Berater von Regierungen und Entscheidungsträgern auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene.

Der vorliegende Bericht möchte über CABE informieren und dazu beitragen, zukünftige Analysen und internationale Vergleiche mit der „Bundesstiftung Baukultur“ anzuregen. Natio-

nale Architekturpolitik wird in vielen Ländern Europas betrieben und nicht zuletzt im „Europäischen Forum für Architekturpolitik“ ausgetragen und diskutiert.<sup>2</sup> Und schließlich ist es ein erklärtes Ziel der noch jungen Bundesstiftung mit Sitz in Potsdam, eigene Darstellungsformen zu finden, um die Leistungen der deutschen Architekten und Ingenieure international kontinuierlich und wirksam zu präsentieren.

Der steckbriefartigen Beschreibung von CABE wird eine grundsätzliche Bemerkung über ein normativ-rechtliches Strukturmerkmal der englischen Planungskultur vorangestellt, das die Planungs- und Baupraktiken der englischen Akteure kulturell stets mit bedingt und verstärkt. Unter diesem Gesichtspunkt können dann CABEs Möglichkeiten und Grenzen an diskutiert und die kulturelle Bedeutung ihrer Struktur, Ressourcen und Programmatik entsprechend besser eingeschätzt werden.

Zunächst liegen zwei wesentliche Unterschiede zur Bundesstiftung Baukultur auf der Hand: 1. Im politisch-verfassungsrechtlichen Handlungsrahmen sind Aspekte der kommunalen Selbstverwaltung und der Bund-Länder-Aufgabenverteilung für CABE nicht relevant. CABE ist eher auf informelle regionale und lokale Partnerschaften angewiesen, um ein Programm zu implementieren. 2. CABE ist auf

1 CABE, Financial Statements for the Period ended 31. March 2000, London 2000, S. 5.

2 Vgl. Europäisches Forum für Architekturpolitik im [www](http://www).

den ersten Blick nicht international ausgerichtet wie es der Bundesstiftung Baukultur bereits ausdrücklich in ihr Errichtungsgesetz vom 17. Dezember 2006 geschrieben ist. Einerseits soll typisch englische Baugestaltung gefördert werden, andererseits präsentiert man sich den regionalen und lokalen Partnern in mittlerweile gewohnter englischer Spin-Rhetorik gerne als „Europe's leader“ oder zumindest als „design champion“ in Sachen „urban design and sustainable economic growth“.

Will man den kulturellen Eigentümlichkeiten des englischen Planungssystems auf den Grund gehen, lohnt ein kurzer Blick auf die Politik- und Verfassungsgeschichte der parlamentarischen Monarchie Englands. „Kulturhoheit der Länder“ und „Planungshoheit der Kommunen“ sind hier keine Kategorien politischen Handelns. Es gibt bekanntlich keine föderalen Strukturen, geschweige denn eine geschriebene Verfassung, die entsprechend einem bundesrepublikanischen Grundgesetz etwaige Länder und Kommunen in einer letzten Instanz vor entsprechenden Zugriffen der nationalparlamentarischen Ebene bewahren könnte. Das englische Verfassungsrecht wirkt wie ein Flickenteppich aus ungeschriebenen Konventionalregeln (common law), althergebrachten Praejudicium, zum Teil jahrhundertalten stillschweigend übernommenen Verträgen zwischen Volk und Krone sowie zahlreichen geschriebenen Parlamentsgesetzen.

Mit dem „Planning and Compulsory Purchase Act 2004“ (Act 2004) hat das Nationalparlament eine neue Planungshierarchie eingeführt und die englischen Grafschaften als kompetente Planungsebenen abgeschafft. Eine nach wie vor im Aufbau befindliche, aber bereits arbeitende regionale Ebene befasst sich erstmals mit überörtlichen raumplanerischen Aufgaben. Die Regionalversammlungen, die in der Regel mehrheitlich aus gewählten Vertretern der Städte und Gemeinden bestehen, erarbeiten und beschließen die regionale Planungsstrategie. Diese wiederum muss von Städten und Gemeinden in ihrem jeweiligen kommunalen Planungsrahmen berücksichtigt werden. Die Regionalversamm-

lungen arbeiten mit regionalen Entwicklungsagenturen und zahlreichen weiteren Organisationen zusammen, die in vielen Fällen direkt durch die zentralstaatliche Ebene eingesetzt werden.

Mit dem Act 2004 sind Städte und Gemeinden in ihren planerischen und stadtgestalterischen Möglichkeiten wesentlich gestärkt worden. Mehr Eigenverantwortung bedeutet allerdings oft auch mehr Arbeit. Und hier scheinen viele Stadtverwaltungen derzeit an ihre Grenzen zu stoßen. CABE will dazu beitragen, das entstandene gestalterische Kompetenzvakuum zu mildern. Hatte das klassische englische Stadtplanungsamt bis 2004 eher kontrollierende und rein verwaltende Aufgaben, sind ihm nun strategische und gestalterische Kompetenzen verliehen worden.<sup>3</sup> Bei schlussendlich gerichtlichen Streitfragen allerdings steht nach alter englischer Tradition am Ende der Entscheidungskette nach wie vor als nationaler Akteur der zuständige Minister. Dies ist Ausdruck der englischen Parlamentsouveränität, wonach Politik- und Verfassungsfragen durch ein mit einfacher Parlamentsmehrheit zu beschließendes Gesetz geregelt werden können.<sup>4</sup>

Die Zentralregierung befasst sich ganz allgemein mit dem Regieren, für zwei Jahrhunderte beispielsweise des britischen Weltreiches, während einst den Grafschaften, nun den Regionen und Städten die Erledigung der gesamten öffentlichen Aufgaben übertragen wurde.

Noch unter der Regierung der Premierministerin Margret Thatcher wurde in den 1980er Jahren durch eine Vereinheitlichung des „Town and Country Planning“ der lokalen Ebene Planungskompetenzen entzogen. Man sah in der Stadt- und Regionalplanung eine große Bremse

3 M. Hardinghaus, Spatial Planning im Wandel: Ein Bericht aus England, in: *PlanerIn*, Nr. 1 (2006), S. 38.

4 Vgl. H. Wollmann, Entwicklungslinien lokaler Demokratie und kommunaler Selbstverwaltung im internationalen Vergleich, in: H. Wollmann/R. Koch (Hrsg.), *Kommunalpolitik*, Bonn 1998, S. 188.

bei der Umsetzung der damaligen konservativen Wirtschaftsagenda. Lokale Planungs- und Baupraktiken hatten sich sehr schnell auf ein stark dereguliertes Marktgeschehen einzustellen. Am Ende der Entscheidungskette konnte, wie bereits angeführt, der zuständige Minister entscheiden, ob und wo zum Beispiel eine einflussreiche Einzelhandelskette oder ein großes Möbelhaus ihre Filialen errichten durften. Die Idee der „authoritarian decentralisation“, wie sie Thornley nennt, hatte seinerzeit zur Sorge beigetragen, „that the unwritten British Constitution was being abused and civil freedoms were being reduced“.<sup>5</sup>

Die Geschichte des englischen „Local Self-Government“ ist auch eine Geschichte der englischen Stadt. Sie ist Ausdruck einer Aufgabenverteilung zwischen Krone und Stadt, die bis ins Mittelalter, noch weit vor die Zeit des Empires, zurückreicht. Es gab keine strikte Eximierung der Städte. In den mittelalterlichen Grafschaftsversammlungen traten die Grundherren, der Klerus, die Vertreter der ländlichen Gemeinden eben gemeinsam mit denen der Städte vor den königlichen Reiserichter. Es war die königliche Justiz, die die Standesunterschiede einebnete.<sup>6</sup> Der für nord- und mitteleuropäische Städte des Mittelalters bekannte Grundsatz „Stadtluft macht frei“<sup>7</sup> gilt in England hinsichtlich der eigenen Gerichtsbarkeit nicht. Die Autonomie der Städte hat in England deshalb nur eine vergleichsweise begrenzte Tradition. Dass das Auswirkungen auf lokale Planungs- und Baukultur hat, mag außer Frage stehen.

Noch einmal zusammengefasst: Einerseits schwebt fortlaufend die Parlamentsouveränität wie ein Damoklesschwert über den Planungs- und Baupraktiken der lokalen Ebenen, anderer-



seits trugen diese praktisch von jeher ein ungewöhnliches Maß an administrativer Belastung und Eigenverantwortlichkeit, das der deutschen Kommunalentwicklung unbekannt ist.<sup>8</sup>

In England betrachtet die kommunale Ebene die nationale Ebene einerseits mit Skepsis, weiß man doch um deren Machtfülle. Andererseits hat sie sehr hohe Erwartungen an deren Handlungsfähigkeit. Die nationale Ebene mag sich fragen, welche Ressourcen benötigt werden, um Programme auf vorhandene oder eben nicht vorhandene, politisch aber gewollte Potenziale und Mentalitäten der lokalen Ebene abzustimmen. Die nationale Ebene muss deshalb institutionell und personell weit in die Regionen greifen, um Partnerschaften aufzubauen und politische Ziele überhaupt zu erreichen. Jetzt ist es womöglich verständlicher, weshalb beide Ebenen auf eigentümliche „englische Weise“ auf Partnerschaften angewiesen sind und vor

5 A. Thornley, *Urban planning under Thatcherism*, London 1990, S. 235.

6 E. Ennen, *Die europäische Stadt des Mittelalters*, Göttingen 1975, S. 175.

7 Vgl. M. Weber, *Die Stadt*, in: W. Nippel (Hrsg.), *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 2000 [1921], S. 19.

8 H. Wollmann (s. A 4), S. 190.

welchem planungskulturellen Hintergrund die nun folgende Kurzvorstellung CABEs betrachtet werden kann.

## 2. Auftrag, Struktur und Ressourcen

CABEs grundsätzlicher Auftrag besteht darin, Kompetenzen, einschließlich ästhetischer Bildung, auf dem Gebiet der Architektur und der Gestaltung der gebauten Umwelt zu vermitteln. Primär soll der Auftrag umgesetzt werden durch die Förderung und Setzung hoher Qualitätsstandards in der Architektur sowie durch eine Sensibilisierung der englischen Öffentlichkeit für diese Themen.

Nach Angaben des „Office of the Deputy Prime Minister“ (ODPM) hat CABA die Vision, dass England im Jahre „2010 will lead Europe in understanding and harnessing the ability of great buildings and spaces to transform neighbourhoods, to generate social value and to sustain economic growth“.<sup>9</sup> Bei CABA ist man davon überzeugt, dass die Qualität der gebauten Umwelt einen signifikanten Einfluss auf die Verbesserung von Bildungsstandards, der Gesundheitsversorgung, die Reduzierung von Kriminalität und insgesamt auf die Erhöhung der Lebensqualität der englischen Bevölkerung habe.

Spätestens an diesen übernommenen Leitsätzen wird deutlich, dass CABA Teil einer größeren politischen Agenda ist, die systemstabilisierend vor allem auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum abzielt. Damit ist aber auch eine Grenze von CABA markiert. Die Kommission ist kaum an einer reflektierten Debatte über die sozialen Ambitionen von Architektur und Städtebau interessiert, die über das politische Saisongeschäft hinausgeht. Selbst das „Affordable-Housing-Programm“, das jüngst Premierminister Gordon Brown wieder ganz oben auf seine politische Agenda setzte, ist bestenfalls eine politische Leitplanke und nicht weniger als ein regionales Wirtschaftsförde-

9 ODPM, Memorandum by the CABA, EMP 29 (Februar), London 2005, Art. 1.1.



rungsprogramm. CABA hilft bei der guten Gestaltung. In dieser Lesart ist es verständlich, weshalb CABA nur eine sehr marginale Plattform eines (sozial-) kritischen Diskurses über die Zukunft des Bauens und über die Stadt als Laboratorium für die Zukunft sein kann.

So sind CABEs Programme und Förderlinien an weitere politische Ziele und Programme gekoppelt; natürlich vor allem in den Bereichen, in denen die bauliche Gestaltung eine besondere Rolle spielt: beim Bau neuer Schulen, Krankenhäuser und öffentlicher Gebäude, bei Projekten der Stadtentwicklung, bei der Behebung des chronischen Wohnraummangels in der Südhälfte Englands, bei der Verbesserung und Pflege des öffentlichen Raumes sowie bei Parks und Grünanlagen. Und sogar den Olympischen Spielen in London 2012 hat sich CABA verschrieben.

CABA ist keinem Ministerium zugeordnet und damit ein „executive non-departmental public body“. Sie wird finanziert durch das

„Department for Culture, Media and Sport“ (DCMS) und das „Office of the Deputy Prime Minister“ (ODPM). Letzteres ist mittlerweile in das „Department of Communities and Local Government“ (DCLG) eingegliedert. Weitere Einkünfte werden heute aus Zuwendungen des „Arts Council of England“, der „Housing Cooperation“, dem „NHS Estates“ und dem „Department for Education and Skills“ erzielt (DfES).<sup>10</sup>

Bereits im ersten vollen Geschäftsjahr 2002 lag das Budget bei umgerechnet etwa 2,2 Mio. Euro, wobei für durchschnittlich elf Vollzeitmitarbeiter Personalkosten in Höhe von ca. 740.000 Euro anfielen.<sup>11</sup> Im Geschäftsjahr 2007 konnte CABA auf ein Budget von geschätzten 17 Mio. Euro zurückgreifen. Dabei fielen für etwa 100 Vollzeitmitarbeiter ca. 6,6 Mio. Euro Personalkosten an.<sup>12</sup>

Fachlich steht CABA unter der Regie von 16 Kommissionsmitgliedern. Wissenschaftler, praktizierende Architekten, Bauingenieure, Immobilienentwickler sowie Stadt- und Umweltplaner werden für vier Jahre durch den Kulturminister bestellt und dürfen höchstens acht Jahre im Amt bleiben. Die Kommissionsmitglieder werden bei der Umsetzung des Arbeitsprogramms durch sieben Direktoren unterstützt. Deren Bezeichnungen, soweit sie nicht reine Managementaufgaben wiedergeben, veraten bereits etwas über konkrete Programmatik und Aktivität: „Director of Enabling“, „Director of Knowledge and Skills“, „Director of Architecture and Design Review“, „Director of Campaigns and Education“.

Zusätzlich sind durch Berater- und Gutachtertätigkeit sowie als Repräsentanten in den Regionen noch weitere 250 Fachleute im di-

rekten Auftrag von CABA unterwegs. Dadurch wird ein nationales Architekturnetzwerk gefördert, das Englandweit mittlerweile 19 Zentren aufweisen kann. In den Regionen werden über zusätzliche Regionalfonds und in Zusammenarbeit mit bereits bestehenden regionalen Entwicklungsagenturen so genannte „Centres of Excellence in Urban Design“ entwickelt, um auf diese Weise beim „Capacity Building“ mitzuwirken und Stadtplanungsämter, wie oben bereits angedeutet, bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

### 3. Programmatik und Aktivitäten

In einem gewissen Sinne ist CABA ein reisiger nationaler Lenkungs- und Gestaltungsbeirat. Er differenziert sich lokal und baut Partnerschaften auf. Damit erinnert CABA ein wenig an die Konstruktion der Internationalen Bauausstellungen (IBA) auf Länderebene in der Bundesrepublik. Die IBAs waren und sind zwar nicht in jedem Fall mit zusätzlichen Fördermitteln ausgestattet, gleichwohl können sie als anerkannte Fachautorität Prioritäten setzen und letztlich als ein kommunalpolitisches Koordinierungsinstrument fungieren.<sup>13</sup>

Die übergeordnete Vision liefert CABA drei Handlungsfelder: a) die generelle Sensibilisierung der Öffentlichkeit, b) die Beeinflussung und Unterstützung von Entscheidungsträgern und c) ganz konkret die materielle Verbesserung der gebauten Umwelt. CABA übernimmt bestimmte Beratungs- und Gutachtertätigkeit. Sie führt Forschung und Kampagnen durch und fördert den Nachwuchs individuell und allgemein durch besondere Bildungsmodelle.

Ein wesentliches Herzstück ist die „Design Review“. Dabei handelt es sich um einen kostenfreien Service, bei dem 40 unabhängige Experten im Rahmen eines zentralen Gutachtergremiums Entwürfe kommentieren. Die diskutierten Projekte sollen entweder von herausragender lokaler oder nationaler Bedeutung sein oder auf andere Weise wesentliche Qualitätsstandards

13 Z.B. IBA Stadtbau 2010 Sachsen-Anhalt.

10 Bezeichnungen der Ministerien: Stand Mai 2007.

11 CABA, Annual Report and Accounts 2000/01, London 2001, S. 16.

12 Geschätzt auf Basis von: CABA, Annual Report 2005/06, Financial Statements and Accounts, London 2006, S. 9 u. 26.



setzen. Konkret kann es sich um öffentliche Gebäude wie Schulen und Museen oder um städtebauliche Rahmen- und Masterplanungen handeln. Wie es heißt, möchte das Gremium dazu beitragen, häufige Fehler zu vermeiden und „good design“ so intrinsisch wie möglich zu machen. Nach eigenen Angaben durchliefen seit Gründung mehr als 3.700 architektonische und städtebauliche Planungen verschiedene Gutachtergremien.<sup>14</sup> Ergebnisse sind im Internet veröffentlicht.

Das Programm „Enabling“ ermöglicht ein weiteres Handlungsfeld. Nicht ganz so formal wie das Gutachtergremium suchen CABEs Entwurfsberater ihre Klienten dezentral auf. Zielgruppen sind Einrichtungen des öffentlichen Sektors, die neue Gebäude, Freiraumplanungen oder städtebauliche Rahmen- und Masterpläne beauftragen. Seit Gründung sind aus dem En-

abling-Programm weit über 3.000 Beratertage finanziert worden.

Ein weiteres Programm heißt „Skills and Learning“. Hierbei handelt es sich um ein Bildungsprogramm, das insbesondere an die Förderung junger Menschen adressiert ist. In Kooperation mit externen Partnern erarbeitet CABE neue Lernansätze und Lernressourcen für Schulen. Architektonische Studienreisen werden ebenso gefördert wie die Informationsvermittlung über Berufe, die im Zusammenhang zur gebauten Umwelt stehen. Zum Zwecke der Nachwuchsförderung unterstützt CABE vielversprechende Studiengänge und Sommerschulen.

CABE beauftragt Forschung, die den Wert guter Gestaltung herausarbeitet und, wie es weiter heißt, den Einfluss von Design auf Gebäude- und Raumnutzer thematisiert. Dasselbe gilt für Kampagnen und die Verbreitung der Forschungsergebnisse. Die Kommission hat alleine im Jahr 2006 über 30 Imagebroschüren und Gestaltungshandbücher veröffentlicht. Die hier

14 CABE, Corporate Strategy 2006/07-2008/09, London 2006, S. 5.

vorgelegten Abbildungen sind Umschlagsgraphiken ausgewählter Veröffentlichungen. C.A.B.E ist Herausgeberin von Newslettern und Zeitschriften und stellt Best-Practice-Beispiele auf ihrer Internetseite vor.

#### 4. Schlussbemerkung

Die vielen bunten Bilder in den Info- und Imagebroschüren stimmen ein wenig misstrauisch und die sozialen Potenziale des Bauens und der Stadt werden verdächtig oberflächlich behandelt. Eines muss man C.A.B.E jedoch zugestehen: Klappern gehört zum Geschäft und kann gemessen am politischen Auftrag durchaus angebracht sein. C.A.B.E hat es geschafft, das Thema Architektur und Städtebau positiv zu besetzen und Englandweit ganz oben auf die Agenda zu setzen. C.A.B.E moderiert die englische Diskussion und genießt in Sachen Baugestaltung sehr weitgehende Fachautorität.

Die Bundesstiftung Baukultur hätte es schwer, wollte sie zu einer derartigen Instanz werden. Dieses liegt unter anderem auch daran, weil sie bei ihren potenziellen Vorhaben auf wesentlich autonomere Akteure trafe, regional und lokal. Hier sind die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten klarer geregelt. Sowohl auf Länder- als auch auf kommunaler Ebene gilt es, vorhandene politische und kulturelle Errungenschaften zu entwickeln und zu verstärken. So kann man den deutschen Akteuren den gemeinsamen Willen zur Partnerschaft wünschen, der in England aus Sicht der Zentralregierung einfacher herbeigeführt werden kann. Aus den vermeintlichen Schwierigkeiten könnte dann eine eigentümliche Gestaltungskraft mitteleuropäischer Baukultur herausgearbeitet werden, welche – so eine von vielen Chancen – die positiven IBA-Erfahrungen weiterentwickelt und einen föderalen „Triialog Baukultur“ ermöglicht, der über reine Design-Bedürfnisse und Vermarktungsstrategien hinausgeht. Ihren Zielen und Zwecken entsprechend nähme die Bundesstiftung die Funktion eines kritischen Moderators wahr.

Für C.A.B.E ist es vergleichsweise einfach, Partnerschaften zu schmieden und viele Ak-

teure einzubinden. Die englische Politik besetzt Themen und vernetzt Programme, die die Menschen berühren und die bei genauerem Hinsehen oft nichts weiter als gut verpackte Wirtschaftsförderungsprogramme sind (z.B. Thames Gateway, Sustainable Communities, Affordable Housing). Anstatt Leerstände zu bekämpfen, über „Weniger ist Mehr“ zu sprechen oder den Rückbau von Plattenbauten zu kultivieren, kann C.A.B.E auf der Welle des „UK's largest public building programme for more than half a century“<sup>15</sup> ganz vorne mitsegeln. C.A.B.E sitzt immer mit am Tisch.

Kritiker können zu Recht debattieren, ob sich tatsächlich qualitativ mehr „Baukultur“ materialisiert oder inwieweit sich zusätzliche „Baukultur“ in den Köpfen der Menschen festgesetzt hat. Möglicherweise mag man auch der Auffassung des schweizer Publizisten Roger de Weck folgen, wonach sich das unerschütterliche Großbritannien schon immer modernisiert hat, indem es fast alles beim Alten beließ.<sup>16</sup> Vor dem Hintergrund der planungskulturellen Möglichkeiten und gemessen am architekturpolitischen Auftrag bleibt jedoch festzuhalten: C.A.B.E arbeitet erfolgreich.

15 Ebda., S. 4

16 R. de Weck, Der deutsche Frühling, Spiegel-Online vom 14. Mai 2007.

Harald Bodenschatz

## Zunehmende Begeisterung für die Neustädte Mussolinis in Italien

### 1. Vorbemerkung

In der Zeit des italienischen Faschismus entstanden eine ganze Reihe von neuen Städten - in Italien selbst, aber auch auf den griechischen Inseln und in Afrika („Oltremare“). Die bedeutendste Gruppe dieser Neustädte (Città di fondazione) wurde südöstlich von Rom angelegt, im Gebiet der ehemaligen Pontinischen Sümpfe (nunmehr „Agro Pontino“ genannt). In der Nachkriegszeit waren diese Zeugnisse des italienischen Städtebaus in Vergessenheit geraten - nicht zuletzt aus politischen Gründen. Dieses aktive Vergessen („damnatio memoriae“) ist allerdings längst vorbei: Seit einem Vierteljahrhundert erleben wir in Italien eine für deutsche Verhältnisse kaum fassbare ständig steigende Begeisterung für die Neustädte Mussolinis.

### 2. Die Neustädte im Agro Pontino

Das in der italienischen und internationalen Öffentlichkeit zu Beginn der 1930er Jahre am meisten beachtete städtebauliche Projekt des italienischen Faschismus betraf die Trockenlegung und Besiedlung der malariaverseuchten pontinischen Sümpfe, die durch ein Gesetz vom 14.12.1928 vorbereitet wurden. Als Träger fungierte eine nach dem Ersten Weltkrieg zur Unterstützung der heimkehrenden Soldaten geschaffene Institution: die „Opera Nazionale Combattenti“ (ONC). Als erste Stadt wurde Littoria (heute Latina) am 30.06.1932 gegründet und am 18.12.1932 eingeweiht. Den Auftrag für die Planung erhielt der Architekt Oriolo Frezzotti. 1934 wurde Littoria zur Provinzhauptstadt erhoben, was eine erhebliche Modifikation des städtebaulichen Konzeptes erforderte. 1936 zählte die Stadt bereits 20.000 Einwohner. Die Suche nach städtebaulichen Konzepten für

die weiteren neuen Städte gestaltete sich weit aufwendiger. 1933 wurde ein Wettbewerb für Sabaudia ausgeschrieben. Preisträger war eine Gruppe junger moderner Architekten (Cancellotti, Montuori, Piccinato und Scalpelli). Luigi Piccinato wurde bald zu einer der wichtigsten Figuren des italienischen Städtebaus. Er prägte das neue Nationale Städtebauinstitut und war maßgeblich an der Vorbereitung des Städtebaugesetzes von 1942 beteiligt. Die Arbeiten an Sabaudia begannen am 05.08.1933; eingeweiht wurde die zu Ehren des savoyischen Königshauses errichtete neue Stadt am 15.04.1935. Sabaudia mit seinem eher traditionellen Stadtgrundriss und moderner Architektur wurde zu einem „Symbol des faschistischen Städtebaus“. Es folgten weitere neue Städte - Pontinia (gegründet am 19.12.1934 und eingeweiht am 18.12.1935), Aprilia (gegründet am 25.04.1938 und eingeweiht am 29.10.1938) und schließlich Pomezia (gegründet am 22.4.1938 und eingeweiht am 28.10.1940).<sup>1</sup>

Planung und Bau der neuen Städte vollzogen sich in großer Hektik und in einigen Fällen auch konfliktreich. Sie sollten die Tatkraft, Effektivität und Schnelligkeit des Regimes beweisen. Eine übergeordnete städtebauliche Planung auf regionaler Ebene war allerdings nicht vorhanden. Dort wurden ausschließlich technische Pläne zur Entwässerung und zur Anlage eines äußerst regelmäßigen Straßensystems erstellt. Die neuen Städte waren in politischer Hinsicht hierarchisch organisierte administrative Zentren, in wirtschaftlicher Hinsicht landwirtschaftlich orientiert und in sozialer Hinsicht zunächst re-

1 Die Neustädte Aprilia und Pomezia liegen bereits im „Agro Romano“.



**Abb. 1:** Offizielles Werbebild anlässlich der 70-Jahrfeier der Gründung von Littoria, heute Latina, des Hauptortes der ehem. pontinischen Sümpfe südöstlich von Rom. Gezeigt werden der historische Stadtgrundriss, einige Gebäude der 1930er Jahre und der Propaganda-Slogan: „nata in 6 mesi“ - „geschaffen in nur sechs Monaten“ (Broschüre der Stadt Latina - Assessorato Qualità Urbana, 2002).

lativ homogen. Ihr Wachstum blieb - abgesehen von der Provinzhauptstadt Littoria - hinter den Erwartungen zurück.

Bei der Gründung der neuen Städte fanden formale Aspekte des Städtebaus und der Architektur besondere Beachtung. In allen neuen Städten des Agro Pontino wurde eine - allerdings flexible - traditionelle städtebauliche Grundstruktur realisiert. In der Architektur wurde dagegen ein weit größeres formales Spektrum zugelassen: Es reichte von traditionellen ländlichen Bautypen über spektakuläre Werke des modernen Bauens bis hin zu einer Architektur des vereinfachten Klassizismus. Mit Ausnahme der für die Provinzhauptstadt errichteten Bauten war die Architektur wenig monumental, ja geradezu bescheiden. In allen neuen Städten ist die Unterordnung der Architektur unter das städtebauliche Gesamtkonzept noch heute ein-

drücklich erfahrbar. Lediglich in Littoria/Latina – wird dieser Eindruck etwas gestört, da die auftrumpfenden Provinzbauten - infolge der nachträglichen Bestimmung Littorias als Provinzhauptstadt - nicht mehr an zentraler Stelle errichtet werden konnten.

### 3. Vom aktiven Vergessen zur aktiven Rehabilitation

In der Nachkriegszeit wurde das städtebauliche Erbe des Faschismus in die Vergessenheit entlassen. Diese Verhältnisse änderten sich erst in den 1980er Jahren. Vor allem seit der großen Mailänder Ausstellung „Gli Anni Trenta“ (1982) ist ein Aufschwung an Publikationen und Ausstellungen zu allen kulturellen Aspekten der 1930er Jahre zu beobachten. Die Wiederentdeckung einer Kultur der Zwischenkriegszeit beschleunigte sich in der Zeit der Regierungen

Berlusconi, an denen ja auch die postfaschistische „Alleanza Nazionale“ beteiligt war. Eine Schlüsselrolle spielten dabei die neuen Städte der 1930er Jahre, insbesondere die „Città di fondazione“ des Agro Pontino.

Der Prozess der Rehabilitierung des Städtebaus im faschistischen Italien erfolgte Schritt für Schritt. Zuerst wurde die moderne Architektur dieser Jahre wieder entdeckt, der italienische „Razionalismo“. Flankiert wurde das Lob der „fortschrittlichen“ Moderne durch scheinbar unverfängliche Assoziationen mit dem Futurismus eines Antonio Sant'Elia und der metaphysischen Malerei eines Giorgio di Chirico vor dem Ersten Weltkrieg. In diesem Zusammenhang war es vor allem die Stadt Sabaudia, deren Gestaltung auch im Ausland Furore machte. Von dieser Sonderrolle zeugte eine Ausstellung, die schon 1982 in London gezeigt wurde.<sup>2</sup> Erst mit einer großen Verzögerung folgte die positive Neubewertung der anderen Städte des Agro Pontino, die weniger durch moderne Architektur geprägt waren. Zur Infrastruktur dieser Rehabilitierung gehörten Institutionen wie das neue Museum Duilio Cambellotti in Latina, das der Kultur der 1930er Jahre gewidmet ist. Unter den Publikationen sind vor allem die Bücher der in Latina herausgegebenen Reihe „Novecento“ hervorzuheben, die in vielen Bänden die Città di fondazione bis ins kleinste Detail beschreiben. Diese Reihe kann als aktuelle Propaganda-Einrichtung zugunsten der städtebaulichen Kultur der 1930er Jahre angesehen werden.

Richtig in Schwung kam das Karussell der Ausstellungen über die 1930er Jahre aber erst in den letzten Jahren. Eine Ausstellung jagte nunmehr die andere, und die Begeisterung über den Städtebau der Ära Mussolinis wurde kaum mehr bemäntelt. Im Jahre 2002 präsentierte die Region Latium zusammen mit dem Touring Club Italiano eine große Ausstellung über die neuen Städte der 1930er Jahre in Italien (vor allem im Agro Pontino) und den besetzten Län-

2 Sabaudia. Città nuova fascista. Introduction: Richard Burdett, Katalog, London 1981.

dern.<sup>3</sup> 2005 wurde in Berlin eine Ausstellung über metaphysische Architektur präsentiert, welche die Bauten in den Neustädten des Agro Pontino, aber auch in den italienisch besetzten Gebieten Libyens und Äthiopiens mit prächtigen Fotos in Szene setzte – ohne den Hintergrund dieser Architektur zu thematisieren.<sup>4</sup> Da im Ausland wenig über diese Themen bekannt ist, konnten die in der Berlusconi-Ära verstärkten kulturellen Export-Strategien ein Publikum erreichen, das sich durch wunderschöne Bilder ohne größeres Nachdenken faszinieren ließ. Zur Jahreswende 2005/06 wurde in Latina eine systematische Ausstellung über Neustadtgründungen der faschistischen Zeit gezeigt – und zwar im Palazzo M („M“ wie Mussolini).<sup>5</sup> Eine weitere, sorgfältig vorbereitete Ausstellung, die den „Città di fondazione“ breiten Raum gab, konnte im Herbst 2006 betrachtet werden: „Città di Pietra“, die größte Sonderausstellung im Rahmen der Architekturbieniale in Venedig.<sup>6</sup> Jüngstes Beispiel war eine Ausstellung in Rom zur Typologie der Paläste der faschistischen Partei, deren Zeugnisse sich vor allem in den Neustädten finden.<sup>7</sup>

In den Ausstellungen der letzten Jahre wurde für jedermann sichtbar eine Schwelle überschritten, die bis vor kurzem noch gültig war: die Unterscheidung zwischen einer „sanfteren“ und einer rabiateren Ära des Faschismus, deren

3 *Metafisica costruita. Le Città di fondazione degli anni Trenta dall'Italia all'Oltremare*, Katalog, Milano 2002. Lediglich die deutsche Wissenschaftlerin Daniela Spiegel von der TU Berlin thematisierte den politischen Hintergrund in angemessener Form.

4 *D. Pizzi, Città metafisiche/Metaphysical Cities. Città di fondazione dall'Italia all'oltremare 1920-1945/New cities founded in Italy and overseas 1920-1945*, Katalog, Milano 2005.

5 *Città di fondazione italiane 1928-1942*, Katalog, Latina 2005.

6 *Città di Pietra/Cities of Stone, la Biennale di Venezia. 10. Mostra Internazionale di Architettura*, Katalog, Venedig 2006.

7 *Le Case del Fascio in Italia e nelle terre d'Oltremare*, Katalog, Firenze 2006.

Trennlinie der Überfall auf Äthiopien war. Heute hat sich die positive Rezeption jenseits aller Stile und Zeitperioden des italienischen Faschismus verselbständigt.

#### 4. Ein besonderer Beitrag zur Geschichte des europäischen Städtebaus

Mit den „Città di fondazione“ hat Italien zweifellos einen eigenständigen, international beachteten und umstrittenen Beitrag zur europäischen Geschichte der New Towns im 20. Jahrhundert geliefert. Doch wie soll dieses Erbe des Faschismus heute bewertet werden? Weder eine „damnatio memoriae“ noch eine „Exsultatio“ sind hier angebracht. Mehr Nüchternheit ist gefragt. Der erste Blick gilt der Form der neuen Stadt, die zweifellos auch ihre Vorzüge hat: Das Zentrum der Neustädte wird durch öffentliche Räume und Bauten betont, traditionelle Straßen und Plätze organisieren die Stadt und vermitteln ins Umland, im Kernbereich gibt es funktionsgemischte Bauten; dieser Bereich ist auch dichter bebaut als der Randbereich. Die neuen Städte kommen der „alten Stadt“ relativ nahe, sie verarbeiten im Auf- und Grundriss städtebauliche Elemente der mittelalterlichen, aber auch der Renaissance-Stadt. Auch die Kombination von moderner Architektur und eher traditionellem Stadtgrundriss hat zweifellos ihren Reiz. Der zweite Blick muss die Produktionsverhältnisse der neuen Städte ins Visier nehmen - die politische Verfassung der Planung und Realisierung, die Art der Mobilisierung von Ressourcen, aber auch die allgemeinpolitische Lage. Städtebau ist nicht nur Form. Der



**Abb. 2:** Ausstellungskatalog „Italienische Gründungsstädte 1928-1942“, Latina 2005.

dritte Blick schließlich richtet sich auf die Verhältnisse nach der Diktatur. Die Nachkriegszeit hat die Città di fondazione in städtebaulicher Hinsicht wenig bereichert, im Gegenteil: Die Entwicklung etwa von Pomezia und Littoria (Latina) zeigt eindrucksvoll, wie schrecklich die Boden- und Bauspekulation in der Nachkriegszeit gewütet hat. Im Würgegriff dieser Spekulation erscheinen die „historischen Zentren“ aus den 1930er Jahren geradezu als urbane Idyllen. Insofern sind die neuen Städte auch eine Herausforderung an die Demokratie.

## Autoren

**HARALD BODENSCHATZ**; Soziologe und Stadtplaner, ist seit 1995 Universitätsprofessor für Planungs- und Architektursoziologie an der TU Berlin. Sprecher des Schinkel-Zentrums für Architektur, Stadtforschung und Denkmalpflege an der TU Berlin. Vorsitzender des Council for European Urbanism Deutschland (CEU). Planungsbüro Gruppe DASS seit 1980. Längere Lehr- und Forschungsaufenthalte in Italien, Brasilien, USA, Peru und Großbritannien. Zahlreiche Veröffentlichungen zum Stadtumbau und zur Stadtbaugeschichte.

**TAMMO GRABBERT** (1978); Studium der Sozialwissenschaften in Hannover und Oldenburg. Seit November 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg im Bereich Didaktik der Politischen Bildung. Geplantes Dissertationsprojekt zum Thema Einflüsse von Segregation auf die politische Sozialisation von Jugendlichen.

**MATTHIAS HARDINGHAUS**, Dr.-Ing., Architekt RIBA & Stadtplaner SRL, studierte Architektur und Europäische Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar und der ETH Zürich, 1999-2001 freie Mitarbeit an Projekten der Stadtforschung und Architektur in Osnabrück, Würzburg und Washington D.C., 2001-2004 Projektleiter Städtebau bei der sachsen-anhaltinischen Landesentwicklungsgesellschaft Magdeburg, lehrt und forscht im Bereich Urban Design und Planning Implementation an der Anglia Ruskin University Cambridge – Chelmsford.

**BURKHARD HOFMEISTER**; Prof. Dr. em. studierte Geographie an der FU Berlin und den Universitäten Wisconsin und Utah. 1971 Professor für Geographie an der TU Berlin. Von 1979 bis 1982 Vorsitzender der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin; Ehrenmitglied der Société de Géographie in Paris. Zahlreiche Veröffentlichungen und langjährige Mitarbeit in der Redaktion der Zeitschrift Die alte Stadt.

**HARALD A. MIEG**, Dr. (1961) ist seit 2004 Professor für Metropolen- und Innovationsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin und Leiter des Georg-Simmel-Zentrums für Metropolenforschung Berlin. Studium der Psychologie, Mathematik und Philosophie in München, Paris, Wien und Mannheim. 1993-2004 an der ETH Zürich im Bereich Umwelt-naturwissenschaften verantwortlich für Projekte im Bereich Stadt- und Regionalplanung. 1998-2004 Professur für Mensch-Umwelt-Beziehungen an der ETH Zürich. Forschungsschwerpunkte u.a. zur Psychologie der Planung und Stadtpsychologie.

## Besprechungen

WOLFGANG FRONTZEK, *Das städtische Braugewerbe und seine Bauten vom Mittelalter bis zur frühen Neuzeit.*

*Untersuchungen zur Entwicklung, Ausstattung und Topographie der Brauhäuser in der Hansestadt Lübeck (Häuser und Höfe in Lübeck, Band 7), Neumünster: Wachholtz 2005, 176 S., 93 Abb., 60,-€.*

Bier war im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit ein Lebensmittel von großer Bedeutung, das vielfach das Trinkwasser wegen dessen schlechter Qualität ersetzen musste. Aus diesem Grund entwickelte sich die Bierbrauerei in den norddeutschen Städten zu einem wichtigen Erwerbszweig der Bürger. In den Hansestädten an der See wurde es sogar zu einem bedeutenden Exportgewerbe. Das ging weniger auf den billigeren Transport zur See zurück als auf die Schwierigkeiten in der Beschaffung der notwendigen Mengen von Braugetreide. Allein für die Versorgung der Lübecker Brauer war ein geschlossenes Getreideinzugsgebiet mit einem Mindestdurchmesser von 200 km erforderlich. Daher konnten nur wenige Städte ein Bierexportgewerbe mit hohen Produktionszahlen entwickeln. Obwohl der überwiegende Teil der ursprünglich etwa 180 Häuser, für die seit dem 16. Jahrhundert die Braugerechtigkeit grundbuchlich überliefert ist, mit Renaissancegiebeln versehen ist, handelt es sich bei ihnen nicht um vollständige Neubauten, sondern meist um Hauserweiterungen bzw. Hauserhöhungen von im Kern spätmittelalterlichen Gebäuden. Durch die Brauerlisten des 14.-17. Jahrhunderts und die bauhistorischen Befunde ist die Geschichte der Brauhäuser bis ins ausgehende 13. Jahrhundert zurückzuverfolgen. Ihre Lage blieb über Jahrhunderte im Stadtgebiet weitgehend unver-

ändert. Der Verfasser untersucht die Bedeutung der Bierbrauerei für die an der See gelegenen Hansestädte. Er untersucht auch die Rohstoffe des Brauprozesses und deren Vorhandensein in Lübeck. Dort zeigt er die Anfänge und die Entwicklung des Gewerbes im 14./15. Jahrhundert mit der Liste der Brauer von 1360/1370 und 1407, der Topographie der Brauhäuser in dieser frühen Zeit und die Bedeutung Lübecks im Bierexport. Nach einem Vergleich mit der Brautätigkeit in Wismar und Hamburg führt der Verfasser die Untersuchung des Braugewerbes bis ins 19. Jahrhundert. Zuletzt wendet sich der Verfasser der baulichen Entwicklung, Nutzung und Ausstattung der Lübecker Brauhäuser zu. Im Anhang werden die Listen der Brauer von 1360/1370 und 1407, das Brauzeichenbuch 1668/1669 und die Liste der Brauhäuser veröffentlicht. Die große Leistungsfähigkeit des Lübecker Braugewerbes wurde bislang nicht allzu hoch eingeschätzt, weil die Zahl der Brauer im Verhältnis zu anderen Städten relativ gering war. Dabei wurde aber übersehen, dass ein Lübecker Brauer jährlich 30-40mal soviel Malz zu Bier verarbeitete wie einer der 700 Einbecker Brauer oder doppelt soviel wie einer der 270 Hamburger Exportbrauer. Ein weitergehender Vergleich mit den süddeutschen, insbesondere bayerischen Verhältnissen wäre hier interessant gewesen.

Der Verfasser hat in seiner für das Braugewerbe, aber auch für die Hausentwicklung in bau- und kunstgeschichtlicher Bedeutung wichtigen Untersuchung einen herausragenden Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Lübecks und damit der Hansestädte, aber auch der sich daraus ergebenden Infrastruktur der Bau- und Kunstgeschichte geleistet.

*Immo Eberl, Ellwangen/Tübingen*

ULLA TERLINDEN / CHRISTINA VON OERTZEN, *Die Wohnungsfrage ist Frauensache! Frauenbewegung und Wohnungsreform 1870 bis 1933, Berlin: Dietrich Reimer 2006, 302 S., 116 Abb., 35,- €.*

Von der historischen Forschung wie auch den Fachkollegen wurde die Mitwirkung von Frauen am Planen, Bauen und Wohnen aus verschiedenen Gründen in der Vergangenheit, aber auch heute noch häufig verschwiegen. Ulla Terlinden, Mitbegründerin der Frauen- und Geschlechterforschung in Stadtsoziologie und Stadtplanung, verfolgt in ihren Arbeiten die Frage, welchen Anteil Frauen an der Stadtentwicklung und am Wohnungswesen haben.

Sie hat 1990 in einer historisch-soziologischen Analyse die Entwicklung der Stadtplanung, des Hausbaus und des Wohnens mit Hilfe einer an Max Weber orientierten idealtypischen Betrachtung des Wandels der Gebrauchs- und Tauschwertproduktion vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert in überzeugender Weise nachvollzogen. Dabei ist es ihr gelungen, die Gebrauchswirtschaft in den Haushalten, die überwiegend Frauenarbeit war, als dynamisches Moment der historischen Stadtentwicklung systematisch herauszuarbeiten.

Mit ihrer Berufung an die Gesamthochschule Universität Kassel rückte sie in die unmittelbare Nähe des Archivs der deutschen Frauenbewegung. Dies war ausschlaggebend für die nun im Ergebnis vorliegende, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützte mehrjährige Untersuchung, die sie mit Susanna von Oertzen durchgeführt hat.

Wiederum gelingt es hier – nun auf Basis zahlloser Recherchen in Archiven und Nachlässen – ein Stück der Frauengeschichte, den Anteil der Frauenbewegung an der Wohnungsreform, in bisher nicht gekannter Breite und Tiefe der Darstellung offen zulegen.

Es werden vier Kapitel der Aktivitäten von Frauen zur Verbesserung des Wohnungswesens dargestellt: die weibliche Wohnungspflege, die

Rationalisierung des Einzelhaushaltes, die Zentralisierung der Hauswirtschaft sowie die Genossenschaften und Wohnungen für berufstätige Frauen, die z.T. von den zahlreichen und mitgliederstarken Frauenclubs vor dem Ersten Weltkrieg geschaffen wurden.

Selbst wer die vereinzelt durchaus vorhandenen Arbeiten zu diesen Themen kennt, wird überrascht sein von der Fülle der Aktivitäten und von bisher nicht bekannten Zusammenhängen und Vernetzungen. Hier wird auch der Ideentransfer aus England und den USA im Einzelnen ausgeleuchtet, der bisher in dieser Systematik nicht untersucht wurde.

Die Untersuchung ist in mehrfacher Hinsicht eine Bereicherung. Erstens deckt sie für die alte deutsche Frauenbewegung eine Feld ihrer planungsbezogenen Diskurse und Aktivitäten auf, das deren Verwobenheit mit der Wohnungsreformbewegungen zeigt, aber auch die diesbezüglich vielfältigen, manchmal auch kontroversen Strömungen innerhalb der Frauenbewegung. Zweitens wird die Geschichte der Planung und des Wohnungswesens um den Beitrag der Frauenbewegung bereichert. Auch neuere Autoren werden zitiert, die diesen Beitrag immer noch nicht wahrnehmen wollen. Drittens wird die Nähe und zugleich Eigenständigkeit der Ideen aus den verschiedenen Bereichen der alten Frauenbewegung zu den Ideen des Neuen Bauens gezeigt, wie Architekten diese Ideen umsetzen und dies wiederum von der organisierten Frauenbewegung kritisiert wird. So wird u.a. die von Architekten versprochene Funktionalität der Weißenhofsiedlung nach einer ersten Phase der Nutzung einer kritischen Untersuchung unterzogen. Viertens gibt diese Studie einen tiefen Einblick in das Geschlechterverhältnis zwischen 1870 und 1933 und ist insofern als eine Bereicherung der Frauen- und Geschlechterforschung zu verstehen. So hören wir u.a. von den zahlreichen und mitgliederstarken Frauenclubs, die vor dem Ersten Weltkrieg den berufstätigen alleinstehenden Frauen Orte boten, in denen sie ein geselliges Leben führen konnten. Da ihnen die sog. Öffent-

lichkeit, Restaurants und Wirtschaften ohne männliche Begleitung verschlossen war, wollten sie nicht Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen und in schlechten Ruf kommen. Fünftens kann man das gut 70seitige Kapitel über die Rationalisierung des Einzelhaushalts als einen empirischen Beleg für die Schaffung der Vorbedingungen für den fordistischen Kapitalismus lesen. Die Normierungen des Haushalts, der Küche wie der Arbeitsvorgänge sind Voraussetzungen dafür, dass nun auch im Bereich der Lebenshaltung und der konsumtiven Güter die kapitalistische Produktion lohnend wird und die Massenproduktion und dann auch die Massenkonsumtion greifen kann.

Die schwierige Frage ist nun jedoch: Wie ist der unbestreitbar umfangreiche Beitrag der Frauenbewegung für die Periode der Wohnungsreform zwischen 1870 und 1933 zu bewerten? Zwar lassen sich in einzelnen Fällen nachhaltige Einflüsse der Diskurse der Frauenbewegung oder einzelner Frauen auf die Wohnungsreform nachweisen, außerdem gab es sehr viel mehr Entscheidungsgremien, in denen Frauen in Wohnungs- und Haushaltsfragen als Expertinnen vertreten waren als dies heute allgemein bekannt ist. Terlinden und von Oertzen sprechen von einer Vielzahl von Vernetzungen zwischen männlich dominierter Wohnreformbewegung und der Frauenbewegung, die sowohl inhaltlich wie personell waren, doch ließen sich diese kaum bestimmten Ideen und Konzepten zuordnen. Tatsache sei es jedoch, dass die inhaltlichen Positionen der Frauenbewegung die Diskussionen zur Wohnreform und zum Neuen Bauen beeinflusst haben und dass dies in der Geschichtsschreibung über das Planen und Bauen verloren gegangen war.

Dieses reich mit Abbildungen versehene Werk kann als Standardwerk für Fragen der wohnungsreformerischen Aktivitäten der alten Frauenbewegung Geltung beanspruchen und sollte in keiner Geschichte der Planung oder des Wohnens mehr übersehen werden.

*Marianne Rodenstein, Frankfurt a.M.*

ZSUZSA KÖRNER, *A telepszéri lakásépítés története Magyarországon 1850-1945 (Geschichte des Wohnsiedlungsbaus in Ungarn 1850-1945)*, Budapest: Verlag TERC 2004, 195 S., 2500 HUF.

Die Siedlungsbauten der 1920er Jahre, die Gartenstädte der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, aber auch zahlreiche Kolonien und Werkssiedlungen der Montanindustrie zählen mit guten Gründen zum städtebaulichen Erbe Deutschlands. Gerade die Siedlungsbauten der 1920er Jahre, insbesondere in Berlin, Hamburg und Frankfurt am Main, hatten eine erhebliche Ausstrahlung auf das interessierte Publikum im Ausland. Mit einiger Verspätung, aber nicht geringerem Interesse griff ich daher zum 2004 erschienenen Buch der ungarischen Stadtplanerin Zsuzsa Körner über die „Geschichte des Wohnsiedlungsbaus in Ungarn 1850-1945“. Nach ausführlicher internationaler Rundumschau unternimmt die Autorin eine Definition des Begriffs Siedlungsbau, wie er ihrer Untersuchung zugrunde liegt. Merkmale des Siedlungsbaus sind Körner zufolge die Gleichzeitigkeit der Entstehung aufgrund koordinierten Vorgehens mehrerer Bauherren (z.B. Genossenschaften oder kirchliche Bauträger) oder auch des Willens eines einzelnen (staatlichen oder kommunalen) Bauherren, die Ausrichtung der Maßnahme auf eine bestimmte Zielgruppe (von Werksangehörigen bis zu konkreten Gruppen von Arbeitern oder Angestellten) und nicht zuletzt ein Mindestmaß an städtebaulich-gestalterischer Einheitlichkeit.

In den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg muss der Handlungsdruck zur Schaffung von erschwinglichem Wohnraum in den sprunghaft wachsenden Städten Ungarns beträchtlich gewesen sein: Körner zufolge habe in den 1880er Jahren die durchschnittliche Wohnungsbelegungsdichte in Budapest 5,8 Personen betragen, während der entsprechende Indikator für Berlin sich nur auf 3,8 belaufen habe. Zu dieser Zeit dominierte der private Wohnungsbau durch Einzelbauherren, während Werkssiedlungen wie

die der Lokomotiv- und Maschinenbaufabrik der Staatsbahnen erklärtermaßen vor allem dem Ziel dienen, qualifizierte Arbeitskräfte an das Unternehmen zu binden.

Ein bis heute spektakuläres Beispiel der Verbindung der Gartenstadtidee mit dem Gedanken des sozialen Wohnungsbaus, realisiert in einer sehr stringenten und anspruchsvollen städtebaulichen und architektonischen Gestaltung, ist die „Wekerle-Siedlung“ im Südosten von Budapest. Der namensgebende Ministerpräsident und zugleich Finanzminister, ein konservativer Reformler, veranlasste 1908 den Erwerb eines ca. 100 Hektar umfassenden Geländes durch das Ärar am Rande des damals kompakt bebauten Stadtgebiets zu günstigen Konditionen, um das Gelände einer Bebauung mit Einzel- und Doppelhäusern zuzuführen. Lediglich die Raumkante des großzügig bemessenen zentralen Platzes wird durch eine mehrgeschossige Bebauung gebildet, die in der Gestaltung Formen eines eigenwilligen, regionalistisch geprägten Jugendstils aufweist. Da der Staat, vertreten durch das Finanzministerium, als Bauherr weiterhin Eigentümer blieb, wurden sämtliche Häuser nach Entwürfen von renommierten Architekten als sehr sparsam konzipierte Mietobjekte errichtet. Mietberechtigt waren laut Errichtungsgesetz Arbeiter und Angestellte von staatlichen Betrieben, in erster Linie der Staatsbahn und der Post. Bei Auflösung des Arbeitsvertrages erlosch auch der Mietvertrag. Der Mietpreis war nach amtlichen Statistiken mit 160 Kronen pro Jahr in ganz Budapest für vergleichbaren Wohnraum konkurrenzlos günstig. Von den rund 4.700 Wohneinheiten der Siedlung (Stand 1929) befanden sich ca. 70% in ein- und 30% in zweigeschossigen Gebäuden. Die soziale Infrastruktur bestand aus vier Schulen, zwei Kindergärten, zahlreichen Läden sowie einem Volkshaus. Der Besuch der Siedlung sei allen deutschen Kollegen empfohlen, zumal sie konzeptionell und gestalterisch stark vom geläufigen „Idealfall“ der deutschen Gartenstadt in Dresden-Hellerau abweicht.

Der Staat wurde in mehreren Fällen auch nach dem Ersten Weltkrieg mit Wohnungsbau-Aktionen zugunsten seiner Bediensteten tätig, zumal in der Krisensituation unmittelbar nach dem Krieg „die Mitwirkung privaten Kapitals am Wohnungsbau [...] als fast ausgeschlossen zu betrachten ist“, wie es 1921 in einer Gesetzesbegründung hieß. Paternalistisch-ständestaatliche Vorstellungen wurden mit dem 1940 aufgelegten Kleinsiedlungsbau-Programm des „Nationalen Volks- und Familienfonds“ (ungarisch abgekürzt ONCSA) zugunsten von sozial benachteiligten Großfamilien verfolgt.

Neben dem Werkssiedlungsbau sowie den Aktivitäten kirchlicher Bauträger und vereinzelter Genossenschaften werden von Körner zwei Akteure einer näheren Betrachtung unterzogen: die Hauptstadt Budapest und die Landessozialversicherungsanstalt (ungarisch abgekürzt OTI), wobei beide miteinander verflochten agierten, da OTI Wohnungsbauvorhaben der Hauptstadt mit günstigen Krediten finanzierte. Die Wohnungspolitik Budapests unterlag erheblichen Schwankungen und entging auch nicht einigen selbst gestellten Fallen, insbesondere durch die räumlich konzentrierte Errichtung von Notunterkünften an wenigen Standorten, die sich zu sozialen Brennpunkten verwandelten. Eine Kooperation mit Banken bei der Errichtung von Wohnungen unter Erwerb von Belegungsrechten durch die Hauptstadt und gleichzeitiger langfristiger Mietgarantie führte nicht zum gewünschten Erfolg, da das Mietniveau zu hoch lag. Daher entschloss sich die Stadt 1929 zum Erwerb der in dieser Konstruktion errichteten Wohnungen von den Banken und zur dauerhaften Subventionierung der Mieten. Einige städtebaulich anspruchsvolle Anlagen zeugen von dieser Art öffentlich-privater Partnerschaft, wie der 1927 errichtete „Lenke-Hof“ mit seiner viergeschossigen, entlang der Längsachse der Anlage unterbrochenen Blockrandbebauung. Dieser Hof mit seinen unverkennbaren Anklängen an die expressionistische Formensprache von Siedlungsbauten der Weimarer Ära zeigt wohl die

stärkste formale Verwandtschaft mit zeitgleichen deutschen Parallelen.

Während der Weltwirtschaftskrise ergab sich kurzzeitig die Situation von Wohnungsleerstand in Verbindung mit dem gleichzeitigen Anstieg des Bedarfs an Notunterkünften, da zahlreiche, sozial nur schlecht abgesicherte Arbeitslose zeitweise aus dem Kreis der zahlungsfähigen Wohnungsnachfrager ausschieden. Die kriegsbedingte Sonderkonjunktur ermöglichte noch zu Beginn der 1940er Jahre einige größere städtische Baumaßnahmen, gleichwohl ist das mengenmäßige Resultat der Siedlungsbauten der Zwischenkriegszeit nicht sehr eindrucksvoll. 1926-28 wurden laut Körner insgesamt 2.500 städtische bzw. später von der Hauptstadt erworbene Wohneinheiten gebaut, während z.B. allein im Jahr 1932 durch private Investoren rd. 5.400 Wohneinheiten neu errichtet wurden. Vergleicht man diese Zahlen auch unter Hinzuziehung anderer öffentlicher Akteure (wie z.B. OTI) mit den gleichzeitigen Aktivitäten beispielsweise in Hamburg und Altona, wo unter der städtebaulichen Leitung von Fritz Schumacher und Gustav Oelsner ein kompletter Neubaugürtel um die gründerzeitlichen Stadtteile entstand, nimmt sich das Ergebnis noch magerer aus: In Hamburg wurden bei einer mit Budapest vergleichbaren Größenordnung der Stadt im Durchschnitt der Jahre 1926-31 rund 10.000 Wohneinheiten pro Jahr errichtet.

Es mangelte in Budapest offenbar an einem schlagkräftigen Finanzierungsinstrument, wie es in Hamburg in Gestalt der Beleihungskasse für Hypotheken vorhanden war. Dennoch sei den deutschen Kollegen noch ein weiteres Besuchsziel empfohlen: die 1934 errichtete „OTI-Hausgruppe“ am Köztársaság tér (Platz der Republik) in Budapest, deren neungeschossige (!) Zeilenbauten durch eingeschossige Ladenzeilen an den Kopfbänden verbunden sind. Während 1934 schon zahlreiche deutsche Architekten und Stadtplaner aus dem Bauhaus und dessen Umfeld teils ihre beruflichen Positionen verloren hatten, teils emigrieren mussten, ent-

stand hier eine urbane Variante der „Weißen Moderne“ mit sozialem Anspruch – bis heute eine respektable Visitenkarte Ungarns und seiner Hauptstadt.

*János Brenner, Berlin*

DIETER SCHNELL, *Bleiben wir sachlich! Deutschschweizer Architekturdiskurs 1919-1939 im Spiegel der Fachzeitschriften*, Basel: Schwabe Verlag 2005, 319 S., 20 Abb., 54,50 €.

Die Habilitation des heute in Burgdorf lehrenden Architekturhistorikers Schnell untersucht den Deutschschweizer Architekturdiskurs der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, die vom Strukturmerkmal großer Wohnungsnot geprägt war. Daraus folgte die Konzentration auf das Einfachste und Allernotwendigste in Material und Form.

Im ersten Abschnitt erläutert Schnell den für seine Arbeit gewählten diskursanalytischen Ansatz und gibt den Rahmen seiner Untersuchung an: Für die Analyse des Architekturdiskurses wählte er die bekanntesten zeitgenössischen Fachzeitschriften wie „Das Werk“ und die „Schweizerische Bauzeitung“; aber auch die Zeitschriften „Hoch- und Tiefbau“, Schweizerische Techniker Zeitung/Schweizerische Technische Zeitschrift, „Heimatschutz“, „ABC. Beiträge zum Bauen“, „Das Wohnen“, „Das ideale Heim“ und „Weiterbauen“ werden zum Untersuchungsgegenstand. In diesen Zeitschriften untersucht Schnell „Denkgewohnheiten“, die er dadurch definiert sieht, dass sie von allen Diskursteilnehmern geteilt werden. Die zu untersuchenden Denkgewohnheiten hat er auf verschiedene Themengebiete beschränkt: 1.) der Gegenwartsbezug von Architektur; 2.) die Bekämpfung des „Individualismus“; 3.) die Sachlichkeit; 4.) die Schweiz, das Ausland und das Verhältnis der Architekten zur Politik; und 5.) Volkserziehung und Volkserzieher. Diesen

Bereichen werden Teildiskurse über wiederkehrende Themen zur Seite gestellt: „Der Friedhof“; „Das Flache Dach“ und „Die Küche“. Mit diesen eingestreuten Texten bezweckt Schnell, „den Einfluss und die Wirkungsweise von Denkgewohnheiten anhand besonders illustrativer Beispiele aufzuzeigen“. Schnell stellt fest, dass sich die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen der Schweiz als großes Hemmnis herausstellten. Der Internationalismus der Neuen Bewegung stieß auf Ablehnung, und die Forderung nach einer Industrialisierung des Bauens empfand man als Frontalangriff auf den Handwerkerstand. So richtet Schnell z.B. den Blick auf das Flachdach als populärstes Symbol des Neuen Bauens, dem in „Hoch- und Tiefbau“ 1927 das schweizerische Schrägdach gegenübergestellt wird: „Unsere Dachformen sind ein Stück unserer tausendjährigen Wohnkultur; sie sind ein Teil dessen, was den Reiz unserer Dörfer und Städte ausmacht – sie sind schweizerisch – und wir wollen sie nicht preisgeben“.

Im zweiten Abschnitt, der den Hauptteil des Buches ausmacht, untersucht Schnell die jeweiligen Argumente in ihrem Kontext. Hier erfahren wir viel über die architekturtheoretische Standortbestimmung der Zwischenkriegszeit, die Episode des systematischen Kleinwohnungsbaus, die Befürworter und Gegner des Modernen Bauens, die Suche nach neuen Themen und nach Bauaufträgen und schließlich über Monumentalität in der Architektur der dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts.

Schnell endet mit einem Substrat der Diskursakteure, deren Streitkultur und der Diskursinhalte. Lobenswert sind die Einzeldarstellungen der Diskursakteure im Anhang. Dort begegnen wir den einzelnen Autoren, deren Zitate sich durch das Buch ziehen: Hans Bernoulli (1876-1956), Alexander von Senger (1880-1968), Sigfried Giedion (1888-1968), Paul Artaria (1892-1959), Hans Schmidt (1893-1972), Peter Meyer (1894-1984) und Joseph Beeler (1906-1972). Ihre Veröffentlichungen werden hier nochmals im Kontext des Diskurses der Zeit gewertet. Dieter Schnell ist es gelungen, den hochspannen-

den Deutschschweizer Architekturdiskurs der Zwischenkriegszeit für die Leser lebendig zu halten.

*Franziska Puhan-Schulz, Frankfurt a.M.*

JAHREBUCH STADTERNEUERUNG 2006/07  
- *Schwerpunkt: Stadterneuerung und Landschaft*, hrsg. von UWE ALTROCK, RONALD KUNZE, ELKE PAHL-WEBER, URSULA VON PETZ und DIRK SCHUBERT, 418 S., Abb., 19,90 €.

Das Einbeziehen und Gestalten der Landschaft spielt in der Stadterneuerung nach einer längeren Phase der Vernachlässigung heute wieder zunehmend eine wichtige Rolle. Vor allem in den Nachkriegsjahrzehnten sprach man von einer „durchgrünter Stadtlandschaft“, die im Zuge des automobilgerechten Umbaus und der Auflockerung der Städte geschaffen werden sollte. In der Praxis entstand dabei aber häufig nur qualitätsloses Abstandsgrün, so dass dieses Konzept in den 1970er Jahren aufgegeben wurde. Im Vordergrund standen seither die traditionellen urbanen Qualitäten, die bauliche Verdichtung, der Schutz der Natur vor Zersiedelung und damit eine schärfere Abgrenzung von Stadt und Landschaft. Angesichts des Strukturwandels und der demografischen Veränderungen erlebt die Verknüpfung von Stadterneuerung und Landschaftsgestaltung derzeit aber eine Renaissance unter veränderten Vorzeichen. Dies gilt vor allem in den schrumpfenden Städten, wo der „Rückbau“ genannte Abriss es ermöglicht, neue innerstädtische Freiflächen zu schaffen. Doch auch in wachsenden Städten fallen durch den Strukturwandel immer mehr Industrieflächen brach, für die neue Nutzungen und landschaftsplanerische Konzepte gefunden werden können und müssen. Daher ergibt sich heute - neben der sowieso immer wieder geforderten besseren Vernetzung zwischen den verschiedenen an der Planung beteiligten Disziplinen - wieder eine

große Notwendigkeit und Möglichkeit, die Gestaltung der Landschaft intensiv in die Konzepte zur Stadterneuerung einzubeziehen. Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass sich der „Arbeitskreis Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen“ mit der neuesten Ausgabe seines Jahrbuchs des Themas „Stadterneuerung und Landschaft“ angenommen hat.

Von den zwölf Artikeln zu diesem thematischen Schwerpunkt sind drei besonders anregend. So entwickeln Michiel Dehaene und Kaat Boon für die flandrische Canal-Link-Region eine landschaftsbezogene Perspektive, die sie als analytisches Werkzeug für eine gestalterische Herangehensweise an die diffusen Randbereiche der zersiedelten Agglomeration nutzen. Zu diesem Zweck gliedern sie die sich überlagernden Siedlungsschichten der „Zwischenstadt“ auf und unterscheiden dabei historische Strukturen, industrielle Großformen und kleinteilige, aber monofunktionale suburbane Wohngebiete. Auf dieser Grundlage entwickeln sie dann Konzepte für die Verknüpfung solch unterschiedlicher Bereiche. Mit der stadträumlichen Integration großmaßstäblicher Nutzbauten beschäftigt sich Jürgen Weidlinger in seinem Beitrag über Landschaftsarchitektur und technische Infrastruktur. Dabei plädiert er dafür, Verkehrsplanung nicht nur als Ingenieursaufgabe, sondern auch als Städtebau zu verstehen und schlägt ein „thematisches Entwerfen“ vor, mit dem beispielsweise gestalterische Konzepte für suburbane Räume, für die es bisher kaum adäquate Leitbilder gibt, herausgearbeitet werden können. Auf ebenso innovative Weise verdeutlicht Roland Schröder den ständigen Wandel der Nutzung von Freiflächen im urbanen Kontext am Beispiel von Friedhöfen. In seinem Artikel über das von der Stadtplanung bisher wenig beachtete Thema zeigt er, dass immer weniger Platz für herkömmliche Gräber nötig ist, da die Bestattungsformen immer stärker ausdifferenziert werden und aufgrund des demografischen Wandels die Bestattungszahl sinkt. Dadurch entstehen Potentiale für neue Nutzungen, die zwar aufgrund kultureller Einschränkungen nur sehr behutsam realisiert wer-

den können, von den Planern jedoch durchaus in die Konzeptionen zur urbanen Freiraumentwicklung mit einbezogen werden sollten.

Neben dem Themenschwerpunkt Landschaft weist das Jahrbuch eine Reihe weiterer Beiträge zu Einzelthemen auf, die das gesamte Spektrum der Stadterneuerung und zahlreiche Beispiele aus dem Ausland umfassen. Nur begrenzt informativ sind dabei die auf Eigenlob bedachten Selbstdarstellungen von Akteuren der Stadterneuerung. So hätte man in dem Artikel von Thierry Béart über Lille gerne konkreteres erfahren als in den Raum gestellte, aber nicht näher erläuterte Behauptungen wie „Der Abriss ungesunder Wohnungen, wie man ihn in umfassendem Maß in den 1970er und 1980er Jahren durchgeführt hat, war ziemlich erfolgreich.“ Analytisch präzise und innovativ sind dagegen die Beiträge jüngerer Wissenschaftler, die ihre Erkenntnisse aus Forschungsaufenthalten im Ausland präsentieren. Dies gilt insbesondere für den Beitrag von Barbara Schönig über den Abriss fast sämtlicher Hochhäuser des sozialen Wohnungsbaus der Nachkriegsjahrzehnte in Chicago und den damit verbundenen dramatischen Wandel des Wohnungsmarkts der Metropole. Neben den Implikationen für die sozialräumliche Struktur der sowieso von Gentrificationprozessen geprägten Stadt thematisiert die Autorin dabei auch den Zusammenhang zur US-amerikanischen Wohnungspolitik insgesamt, die den Anspruch der Versorgung der Ärmsten aufgegeben und durch eine soziale Kontrolle benachteiligter Bevölkerungsgruppen ersetzt hat. Rüdiger Bleck und Angela Uttke zeigen dagegen in ihrem Beitrag über Wohnhochhäuser in Deutschland, dass es auch anders gehen könnte. Als Alternative zu dem im Zuge von Stadtumbau-Programmen häufig durchgeführten Abriss solcher Bauten beschreiben die beiden Autoren Umgestaltungsmöglichkeiten, die über eine oberflächliche „Verhübschung“ hinausgehen. Dabei verdeutlichen sie am Beispiel einer Siedlung in Duisburg, dass bei leichten Modifikationen der Grundrisse auch in den Hochhäusern der 1960er Jahre Wohnformen möglich sind, die den Bedürfnissen heutiger

Mieter Rechnung tragen. Der Band beinhaltet darüberhinaus erfreulicherweise gleich mehrere Beiträge über Polen. Anhand von Stettin, Breslau und Posen wird der Wandel der Stadterneuerung in dem ansonsten immer noch viel zu wenig beachteten Nachbarland nachvollzogen.

Unbefriedigend an dem inhaltlich gelungenen Jahrbuch ist daher nur die mangelnde redaktionelle Sorgfalt. Vor allem enttäuscht die schludrig verfasste Einleitung, die auf jeder Seite orthografische oder grammatikalische Fehler enthält, davon sogar gleich zwei in den ersten beiden Sätzen des Buchs. Hinzu kommen oberflächliche Aussagen wie „Der Wandel stadttypischer Ladengeschäfte [...] zur ‚Druckeroase‘ und dem ortsnahen Kartuschenachfüllservice ist im vollen Gange; braucht man möglicherweise alles einmal, kann man aber nicht essen! Auch dieser Funktionswandel kann in seiner Kumulierung der [sic!] Erheblichkeitsschwelle überschreiten und sich damit zu einer Facette der Stadterneuerung ausbilden.“ Ein weiteres Manko ist die diffuse Auswahl und mangelnde Druckqualität der Bebilderung. Dabei wäre mehr Qualität statt Quantität wünschenswert. So könnte auf den Abdruck von offensichtlich als Teil einer PowerPoint-Präsentation entstandenen dekorativen Abbildungen (die z.B. lediglich einen Kopf und viele Fragezeichen zeigen) verzichtet werden. Stattdessen sollten die wirklich wichtigen und sinnvollen Abbildungen dann in besserer Qualität wiedergegeben werden, so dass die Leser auch die Beschriftung der Karten gut erkennen können. Abgesehen von diesen kleinen Einschränkungen ist das Jahrbuch aber auch 2006/2007 wieder ein überaus lesenswerter Band. Für Stammleser und Bibliotheken bietet es zudem ein Orts- und Stichwortregister, das die Beiträge aus allen bisher erschienenen Jahrbüchern mit einbezieht. Insgesamt ist der Band daher denjenigen, die über die aktuellen Tendenzen der Stadterneuerung informiert sein wollen, als preiswerte und anspruchsvolle Informationsquelle sehr zu empfehlen.

*Frank Rost, Berlin*

DIRK SCHUMANN (Hrsg.), *Bauforschung und Archäologie*, Berlin: Lukas Verlag 2000, 475 S., 36,- €.

JOHANNES CRAMER / PETER GORALCYK, DIRK SCHUMANN (Hrsg.), *Bauforschung – eine kritische Revision*, Berlin: Lukas Verlag 2005, 381 S., 36,- €.

Der Lukas Verlag zeichnet sich durch eine gar nicht so kleine aber ausgesucht feine Reihe von Publikationen u.a. zu Themen der Architektur, Kunstgeschichte und Denkmalpflege aus. Er bietet auch für vermeintliche Nischenthemen ein Podium, wie das Beispiel der beiden Bände zur historischen Bauforschung zeigt.

Der Band *Bauforschung und Archäologie* bündelt 26 Beiträge ausgewiesener Experten beider Fachrichtungen und zeigt das Spektrum und die Berührungen in Theorie und Praxis in dem „nicht immer scharf umrissenen Grenzbe- reich von Baustrukturen und Bodenschichten“. Die Problematik zeigt sich jeden Tag an den ungezählten Beispielen von Maßnahmen der Denkmalpflege am einzelnen Objekt und der flächenbezogenen Dorf- und Stadtsanierung. Angesprochen sind daher die Verantwortlichen für Bauwesen, Stadtentwicklung und Denkmalpflege ausnahmslos in sämtlichen historischen Orten – nicht nur Deutschlands. Auswahl von Einzelbeiträgen: Archäologie im Obergeschoss (Altwasser), Stadtkerngrabungen (Plate), Kellerplan Wismar, Turmhäuser in Lübeck (Radis), Badhäuser (Cramer), Inventarisierung in Greifswald (Schönrock), Dendrochronologie, Datierung von Putzen, von Backsteinformaten. Ein besonderer Abschnitt ist der Bauaufnahme und anderen Dokumentationsmethoden gewidmet, die bis zum digitalen archäologischen Archiv reichen.

Der Band „*Bauforschung – eine kritische Revision*“ konstatiert, die *Bauforschung* sei in die Jahre gekommen; er fasst eine gleichnamige – offensichtlich nicht in voller Harmonie verlaufene – Tagung des Jahres 2001 von Architekten, Denkmalpflegern der Praxis und Wissenschaft-

lern der TU Berlin zusammen. Erreicht hat man den Sprung über die Ansätze früherer Jahre hinaus, die sich zunächst meist mit verformungsgerechtem Aufmaß und Fotodokumentation, vielleicht noch mit dem Grundwerk eines Raumbuchs zufrieden gaben, ohne zu einheitlichen Maßstäben finden zu können. Zu Recht wird eine systematische Bauforschung energisch eingefordert. Die Gründe reichen vom Kulturverständnis bis zur Wirtschaftlichkeit: Eine gewissenhafte Bauforschung hat noch allemal unnötige Verluste an Substanz verhindert und zugleich wichtige Entscheidungsgrundlagen für die Planung und Ausführung von Maßnahmen geliefert. Bemerkenswert sind deshalb bereits die einleitenden Worte der Herausgeber zu den Standards und den Kosten, die ihrerseits die „Psychologie“ bei Behörden und Investoren bestimmen. An Einzelbeiträgen seien hervorgehoben: die kurzen aber umfassenden Grundsatzbeiträge zur Wirksamkeit von Bauforschung (Drachenberg), zum „ganz oder gar nicht“ (Grossmann), zum Selbstverständnis der Bauforschung (Breitling), zu „Bauforschung und Kunstgeschichte“ (Badstübner), zu den Erfahrungen in Brandenburg (Goralczyk), zur Dendrochronologie (Eissing). Behandelt werden in dem Band auch zahlreiche Einzelfälle, angefangen von St. Marien in Quedlinburg (Scheffel) und dem Domlanghaus in Brandenburg (Gertler) über die Nikolaikirche in Spandau (Barth) bis zum Berliner Schlossplatz (Wagner) und zum Palast der Republik (Oehmig).

Die beiden Bände zusammen ersetzen zwar kein Lehrbuch der Bauforschung, sie zeigen aber Bedeutung und Methoden und verdeutlichen die Einsatzmöglichkeiten. Auch wenn die (vorgebliche) öffentliche Armut als Vorwand erhalten muss, um die Ausstattung der Forscher nicht in Utopien entgleiten zu lassen, beweisen die Bände die Notwendigkeit und den Sinn der Bauforschung. Allen Verantwortlichen in Denkmalpflege und Sanierung kann die Lektüre wärmstens empfohlen werden.

*Dieter Martin, Bamberg*

AXEL DOSSMANN / JAN WENZEL /  
KAI WENZEL, *Architektur auf Zeit. Baracken, Pavillons, Container (metro-Zones 7)*, Berlin: b\_books 2006, 264 S., 176 Abb., 14,-€.

Temporäre Architekturen haben Konjunktur; wohl das bekannteste Beispiel unserer Tage ist die Kunsthalle, die auf unbestimmte Zeit den Platz des so unruhlich abgebrochenen Palastes der Republik einnehmen soll; ein anderes sind die Ausstellungsbauten der documenta 12 in Kassel auf dem zweckentfremdeten Bowlinggreen der Orangerie in den Karlsruen. Weniger Aufmerksamkeit erregen dagegen Baustellencontainer, mobile Verkaufskioske oder Straßenabsperren; sie sind in der Regel blinde Flecken in der Wahrnehmung des Stadtbewohners wie des Touristen. Die Erforschung des allgegenwärtigen Provisoriums im Stadtbild blieb bisher allerdings stark vernachlässigt, wohl nicht zuletzt der äußerst lückenhaften Überlieferung wegen. Wenn überhaupt, wurden die Bautypen vorzugsweise in technisch-formaler Hinsicht abgehandelt, ohne Bezug auf tatsächliche Standorte und die sich daraus ergebenden Wechselwirkungen.

Die Beseitigung dieses Missstandes ist eines der Ziele des jüngst erschienenen, durch die Kulturstiftung des Bundes finanzierte Werk der drei Autoren Axel Doßmann, Jan Wenzel und Kai Wenzel. Bewusst konzentriert auf Leipzig als unprivilegierte Industrie- und Großstadt, loten sie die Bandbreite der temporären Architektur vom 19. bis zum aktuellen Jahrhundert aus, indem sie erstmals eine Dokumentation und Analyse ihrer zumeist flüchtigen, zuweilen aber auch überraschend beharrlichen Existenz im Kontext von Stadt und Stadtbild liefern. Dabei stützen sie sich auf zahlreiche Quellen, die Befragung von Zeitzeugen, ausgiebige Recherchen vor Ort und eine breite Literaturlauswahl. Die Studie bietet dem Leser ein wahres Kaleidoskop unterschiedlichster Architekturen von der Baracke bis hin zum Container, dienend der Durchsetzung

politischer Ziele (Lager verschiedenster Art, Straßenabsperungen), der politischen Repräsentation (Triumphstore, Tribünen, Bildwände, Module), der Fürsorge (Baracken, Wärmehallen, Schulpavillons, Behelfsheime) oder dem Geschäft (Automaten, Verkaufsstände, Bankcontainer, Supermarkt-Zelte, Messebauten).

Nun widmet sich die engagierte Buch- und Veranstaltungsreihe metroZones nach eigenem Bekunden „dem städtischen Alltag des globalen Südens, der Kritik der europäischen Stadt und der Informalität der Lebensverhältnisse“, und folgerichtig gewinnt die Arbeit besondere Qualität, indem sie - die engen Grenzen einer reinen Bestandserhebung überschreitend - soziale Komponenten sowie politisch-gesellschaftliche Motivationen konsequent mit einbezieht. Schwerpunkte setzen ein Interview mit den Migrationsforschern Tom Holert und Mark Terkessidis über Lagergesellschaften in Europa (S. 57 ff.) sowie zwei wertvolle allgemeine Essays über „Baracken als Regierungstechnik“ (S. 111 ff.) und „Lager im Stadtraum“ (S. 155 ff.). Historische Dokumentation wird hier nicht als Selbstzweck, sondern mit direktem Blick auf aktuelle gesellschaftliche Probleme und Tendenzen betrieben. Besondere Aktualität gewinnt die Studie durch den Umbruch in der Stadtentwicklung vor dem Hintergrund sinkender Bevölkerungszahlen, leerer öffentlicher Kassen und ungeheuren unternehmerischen Kapitaldrucks, und angesichts der ungeheuren Popularität des Provisorischen werden dem Leser schließlich die Schwierigkeiten der auf Dauer ausgelegten Denkmalpflege deutlich.

Der Band enthält reichhaltiges historisches Bildmaterial, wie etwa des Leipziger Dokumentar Fotografen Karl Heinz Mai, sowie zahlreiche aktuelle Aufnahmen, unter anderem von der Fotografin Betty Pabst. Ein besonderes Schmankehl ist der abnehmbare Schutzumschlag, auf dessen Innenseite sich eine übersichtliche Kartierung sämtlicher Standorte findet, versehen mit den wichtigsten Eckdaten der Gebäude und Verweisen auf die entsprechenden Seitenzahlen. Ein Erwerb des äußerst anregenden Buches, das

seinem hohen Anspruch absolut gerecht wird, kann nur empfohlen werden.

*Jan Volker Wilhelm, Bamberg*

UWE ALTROCK / HEIKE HOFFMANN / BARBARA SCHÖNIG (Hrsg.), *Hoffnungsträger Zivilgesellschaft? Governance, Nonprofits und Stadtentwicklung in den Metropolregionen der USA*, Kassel: Verlag Uwe Altröck 2007 (Reihe *Planungsrundschau* 15), 262 S., 47 Abb., 9 Tab., 5 Graph., 18,- €

Die Notwendigkeit, bei der Stadtentwicklung die „Zivilgesellschaft“ („Nonprofits“) mit ins Boot zu nehmen, ist heute unumstritten. Allerdings bleiben wesentliche Fragen zu Zweck und Form der angestrebten Einbindung in den Planungsprozess unbeantwortet. Auch verläuft die theoretische Diskussion um Chancen und Grenzen, Interessenkonflikte und Legitimation, Gefahren und Nutzen des zivilgesellschaftlichen Engagements häufig unabhängig von der städtebaulichen Praxis. Verdienst des Buches von Uwe Altröck, Heike Hoffmann und Barbara Schönig „Hoffnungsträger Zivilgesellschaft? Governance, Nonprofits und Stadtentwicklung in den Metropolregionen der USA“ ist es, planerische Erfahrungen mit und von zivilgesellschaftlichen Akteuren an Hand planungstheoretischer Fragestellungen systematisch zu analysieren und umgekehrt, den wissenschaftlichen Diskurs durch Fallbeispiele zu bereichern. Dabei ermöglicht gerade der Blick auf die Vereinigten Staaten, ein Land, in dem es umfangreiche Erfahrungen mit Stadtentwicklung durch nicht-staatliche Gruppen gibt, eine neue Sicht auf das Thema. Die Publikation basiert auf einer Tagung, die im November 2006 federführend vom Schinkel-Zentrum der TU Berlin veranstaltet wurde.

Einleitend werden zunächst Gründe, Entwicklung und Probleme der Teilnahme von Nonprofits an Stadtentwicklungsprozessen skiz-

ziert. Den Auftakt bildet das Plädoyer von Harald Bodenschatz, das übliche Feindbild „amerikanische Stadt“ zu überdenken, die deutsche Rezeption der Stadtentwicklungsprozesse in den USA zu aktualisieren und den kritischen akademischen Diskurs mit strategischen Fragen zu konfrontieren. Die ersten drei Beispiele erörtern Erfahrungen von „Nonprofits als Partner staatlicher Planung“. Meredith Drake Reitan schildert die denkmalpflegerische Erhaltung und Aufwertung innenstädtischer Quartiere in Los Angeles durch das Engagement von Bürgern, wodurch einige für den Abriss vorgesehene Viertel gerettet werden konnten. Die im Zuge dieses Engagements durchgesetzte Anerkennung als „Historic Preservation Overlay Zone“ bedeutet, wie die Autorin zeigt, jedoch gleichzeitig eine deutliche Wertsteigerung der Gebäude und bewirkt so die Verdrängung sozialschwacher Mieter durch „engagierte“ Hauseigentümer. Auch die von Susanne Schindler untersuchte „Community Development Corporation“ in Boston veranschaulicht die ambivalente Rolle von Nonprofits zwischen Stadtteilvertreter und Projektentwickler. Ihre anerkannte Rolle bei der Schaffung und Erhaltung von günstigem Wohnraum dient zunehmend der Stimulation des Immobilienmarktes. Der Beitrag von Barbara Schönig im Teil „Nonprofits in der Planungs-Not“ beschäftigt sich mit Regionalplanung in New York und Chicago, einer Aufgabe, die in den USA von staatlicher Seite schlicht nicht wahrgenommen wird. Nach Schönigs Untersuchungen liegt die Stärke solcher wenig projektgebundener Organisationen insbesondere in ihrem Einfluss auf die Veränderung eines überkommenen Stadtentwicklungsmodells bzw. des hegemonialen Leitbildes in der Regionalplanung. Von weiterführenden Erwartungen sollte dagegen Abschied genommen werden: etwa hinsichtlich konkreter Planungserfolge und vor allem hinsichtlich eines Beitrags zur Demokratisierung von Planung durch zivilgesellschaftliche Akteure.

Die aktuelle planerische Diskussion um Zivilgesellschaft in Deutschland ignoriert weit-

gehend Widerstandsbewegungen gegen die Stadtentwicklungspolitik. Es ist deswegen ein weiteres Verdienst dieses Buches, die „Nonprofits als Opposition zu staatlicher Planung“ nicht nur in den Band zu integrieren, sondern ihnen neben dem „konstruktiven“ Engagement eine gleichrangige Stellung einzuräumen. Deike Peters stellt die Strategien zweier gegen die Verkehrsplanung in Los Angeles engagierten Gruppen gegenüber. Obwohl ihre Darstellung der Organisationen unverständlich einseitig anmutet, zeigt das Beispiel, dass auch oppositionelle zivilgesellschaftliche Bestrebungen von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen mit ganz unterschiedlichen Interessen getragen werden. Das von Heike Hoffmann vorgestellte Bürgerforum „Listening to the City“ zum Wiederaufbau von Ground Zero, dem Gebiet, wo bis zum 11. September 2001 das World Trade Center in New York stand, kann wahrscheinlich mit Recht als das teilnehmerstärkste der Planungsgeschichte bezeichnet werden. Doch Hoffmanns Untersuchung zeigt, wie die Ergebnisse dieses Beteiligungsverfahrens durch andere Interessen ausgeschaltet wurden. Letztlich beschränkte sich der Einfluss der Teilnehmer auf die Auswahl des Architekten Libeskind, dessen Projekt selbst nicht beeinflusst werden konnte und im Verlauf des weiteren Planungsprozesses bis zur Unkenntlichkeit verändert wurde.

Selbst wenn, wie so häufig in Sammelbänden, nicht alle Aufsätze die Debatte in gleichem Maße bereichern, ist es doch das Verdienst des Buches, den zivilgesellschaftlichen Einfluss in der Planung nicht idealisiert, sondern vor dem Hintergrund praktischer Beispiele differenziert zu haben. Die Botschaft ist klar: Die Potentiale zivilgesellschaftlicher Initiativen müssen erkannt und doch realistisch innerhalb ihrer Grenzen betrachtet werden; ebenso dürfen die damit einhergehenden Gefahren und Konflikte nicht ausgeblendet werden. Eine Einstellung, die aber doch Anlass zur Hoffnung gibt.

*Laura Calbet i Elias, Berlin/Barcelona*

BASLER ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTE  
UND ALTERSKUNDE, Band 106 (2006):  
*Migration, Integration, Einbürgerung.*

Der zum Gedenken an Alfred Remigius Weber-Ori herausgegebene 106. Band der Basler Zeitschrift für Geschichte und Alterskunde hat das Schwerpunktthema Migration, Integration, Einbürgerung. Im ersten Beitrag beschäftigt sich René Lorenceau mit der Migration nach Basel in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Unterlegt mit vielen Daten und differenziert nach verschiedenen sozialen Merkmalen belegt der Autor, dass auch für die Entwicklung der Stadt Basel Zuwanderung elementar war, wobei es neben der reinen Anzahl der Ankommenden seiner Ansicht nach auf die Dauer deren Aufenthalts ankommt.

Daneben ist die historisch sich wandelnde Sicht auf die Ankommenden und deren jeweilige Kategorisierung ausgesprochen lesenswert. Die administrativen Versuche, die Vielfalt der zuwandernden Menschen - Bürger, Schweizer, Niedergelassene, Aufenthalter, Ausländer - zu ordnen, verweisen weniger auf deren tatsächliche Unterschiedlichkeit und Intentionen als auf die jeweiligen Ordnungsvorstellungen im Umgang mit dem Fremden.

Die historisch variable Konstruktion des Fremden prägt auch den Beitrag von Beatrice Montanari, in dem es um die Einbürgerungspraxis im Kanton Basel-Stadt vor und nach dem Zweiten Weltkrieg geht. Dabei konzentriert sich die Autorin auf die Einbürgerung von Deutschen, die vor der Schreckensherrschaft des Faschismus die meisten Chancen auf Einbürgerung hatten. Die Einwanderungspolitik und -praxis weist in den beiden Untersuchungszeiträumen, trotz deutlich unterschiedlicher Rahmenbedingungen, eine erstaunliche Kontinuität auf. Deutlich zugenommen hat jedoch die Forderung nach Assimilation. Die Konstruktion einer „Schweizer Eigenart“ ermöglichte die Identifizierung des Fremden. Diese Eigenart, psychologisch betrachtet den unteren Bewusstseinsschichten zugeordnet, wird als ethnisch geprägtes Wesensmerkmal

gedeutet. Der den deutschen Südbadenern von den Deutschschweizern unterstellte mangelnde Assimilationsgrad erweist sich bei distanzierter Betrachtung in der Regel als negativ erachtete menschliche Eigenschaft.

Der Beitrag von Angelika Wenzel schließlich beschäftigt sich mit einer Initiative zur Betreuung ausländischer Arbeitskräfte, die in den 1960er Jahren im Kontext der intensiven Diskussion um Zuwanderung und in Folge der Schwarzenbach-Initiative gegen Überfremdung entstand. Die von der Autorin zitierten Texte, Unterlagen und Protokolle belegen deutlich, dass die Empathie und das immense ehrenamtliche Engagement der Betreuenden geprägt wird durch unterstellte Hilfsbedürftigkeit, Ungleichheit und Abhängigkeit der Migranten gegenüber der Beratungsstelle. Mit den wechselnden Schwerpunkten ihrer (Betreuungs-)Arbeit reproduziert die Initiative die wechselnde gesellschaftliche Wahrnehmung der Ausländer. Und die Autorin verweist zugleich auf ein weiteres Phänomen, welches den praktischen wie auch den wissenschaftlichen Umgang mit den Zugewanderten kennzeichnet: Es muss ein gravierendes Problem konstruiert werden damit die nötigen (Forschungs-)Gelder fließen.

Zusammenfassend halte ich dieses Buch ausgesprochen empfehlenswert, da es auf die vorherrschende Gleichsetzung von Migration und Problem verzichtet und stattdessen die historisch wechselnde, gesellschaftliche Konstruktion des Fremden in den Blick nimmt. Da diese Konstruktion durch die Mehrheitsgesellschaft geleistet wird, eröffnet dies zugleich einen Blick auf deren jeweiligen Ängste, darauf wie sie nicht sein möchten und was sie von den Fremden angeblich unterscheidet. Dieser kritische Blick scheint mir nicht nur für die politische Debatte über Migration, Integration, Islam, Parallelgesellschaften etc. in den europäischen Ländern notwendig, er wäre auch für die Reflektion der heimlichen Konstruktionsleistungen in der wissenschaftlichen Forschung hilfreich.

*Herbert Glasauer, Kassel*

Vierteljahresschrift  
für Stadtgeschichte,  
Stadtsoziologie, Denkmalpflege  
und Stadtentwicklung



35. Jahrgang

**Heft 2/2008**

BAG - Verlag

Schwerpunkt:

# Stadt und Atmosphäre

Herausgegeben von  
Jürgen Hasse



# Die alte Stadt

Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte,  
Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt  
in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, August Gebefßer,  
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

## Redaktionskollegium:

HANS SCHULTHEISS (Chefredakteur)  
PROF. DR. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin,  
Institut für Sozialwissenschaften - PROF. DR.  
DIETRICH DENECKE, Universität Göttingen,  
Geographisches Institut - PROF. DR. ANDREAS  
GESTRICH, Deutsches Historisches Institut,  
London - PROF. THERESIA GÜRTLER BERGER,  
Zürich - PROF. DR. TILMAN HARLANDER,  
Universität Stuttgart, Institut Wohnen und  
Entwerfen - DR. HELMUT HERBST, Galerie  
Stihl Waiblingen - PROF. DR. JOHANN JESSEN,  
Universität Stuttgart, Städtebau-Institut -  
PROF. DR. URSULA VON PETZ, RWTH Aachen -  
VOLKER ROSCHER, Architektur Centrum  
Hamburg - PROF. DR. JOACHIM SCHULTIS,  
Heidelberg - PROF. DR. DIETER SCHOTT, TU  
Darmstadt, Institut für Geschichte -  
PROF. DR. HOLGER SONNABEND, Universität  
Stuttgart, Historisches Institut.

## Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die  
Redaktionsadresse erbeten:  
Die alte Stadt, Postfach 100355, 73728 Esslingen.  
Tel.: 0711 - 3512-3242, Fax: 0711 - 3512-2418.  
Email: Hans.Schultheiss@esslingen.de  
Internet: <http://www.alte-stadt.de>

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist zugleich Mit-  
gliederzeitschrift der ca. 110 Städte umfassenden  
Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

## Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je 88 Seiten.

## Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 79,- Einzelheft EUR 24,-  
Vorzugspreis für Studierende EUR 60,- jeweils  
zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,  
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen  
des Abonnements können nur zum Ablauf eines  
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November  
des laufenden Jahres beim Verlag oder der Redak-  
tion der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt einge-  
gangen sein.

## Verlag:

Bernhard Albert Greiner Verlag (BAG-Verlag),  
Olgastraße 13, 73630 Remshalden.  
Tel.: 07151/2766-45, Email: [info@bag-verlag.de](mailto:info@bag-verlag.de)  
Anzeigenleitung: Dr. Claudia Greiner

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Redaktion und Verlag haften nicht für unverlangt  
eingesandte Manuskripte. Die der Redaktion an-  
gebotenen Originalbeiträge dürfen nicht gleich-  
zeitig in anderen Publikationen veröffentlicht  
werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung  
überträgt der Autor der Arbeitsgemeinschaft Die  
alte Stadt und dem Verlag das ausschließliche Ver-  
lagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-  
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das  
Recht zur Herstellung elektronischer Versionen  
und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das  
Recht zu deren Vervielfältigung online und offline.  
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge  
sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil der  
Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des  
Urheberrechts ohne schriftliche Genehmigung des  
Verlags in irgendeiner Form reproduziert oder in  
eine von Maschinen, insbesondere von Datenver-  
arbeitungsanlagen verwendbare Sprache über-  
tragen werden.

Druck: Druckerei Dünnbier, Großschönau

© 2008 BAG-Verlag, Remshalden  
Printed in Germany. ISSN 0170-9364  
ISBN für dieses Heft: 978-3-86705-030-2

## Stadt und Atmosphäre

Herausgegeben von Jürgen Hasse

Editorial von Jürgen Hasse ..... 99

### **ABHANDLUNGEN**

- JÜRGEN HASSE, Die Stadt als Raum der Atmosphären.  
Zur Differenzierung von Atmosphären und Stimmungen ..... 103
- SONIA SCHOON, Shanghai – Mosaik der Vielfalt ..... 117
- CLAUDIA WUCHERPFENNIG, Der Bahnhof –  
Ort spürbarer Phasenwechsel ..... 131
- RAINER KAZIG, Typische Atmosphären städtischer Plätze.  
Auf dem Weg zu einer anwendungsorientierten Atmosphärenforschung ..... 147
- ANTON ESCHER, Die Atmosphäre des orientalischen Bazars ..... 161
- BORIS VON BRAUCHITSCH, Städtische Atmosphären im Spiegel  
der Fotografieggeschichte ..... 175

### **FORUM**

- ROBERT KALTENBRUNNER, Begrenzt offen? – Städtebau in  
regionaler Dimension: ein Blick über den Tellerrand ..... 187

**AUTOREN** ..... 199

Errata: Die alte Stadt, Heft 4/2007:  
Sándor Békési, Die aufgeräumte Stadt als Bild  
S. 267, 2. Absatz, 1. Zeile: statt „1733“ richtig: „1773“.

Die alte Stadt, Heft 1/2008:  
Heinz Heineberg, Altstädte in England  
S. 11, Abb. 2 u. 3: statt „1983“ richtig: „1993“.

**Foto Umschlag:**  
*Jürgen Hasse, Schwerin.*

# Stadt und Atmosphäre

Editorial

von Jürgen Hasse



Die Alltagssprache kennt eine Vielzahl von Begriffen zur Verständigung über Atmosphären. Das macht darauf aufmerksam, dass Atmosphären im menschlichen Leben sozial und kulturell bedeutsam sind. Sie haben aber nicht nur soziale, sondern auch ökonomische und politische Relevanz. Das vorliegende Heft thematisiert die Stadt als einen Gefühlsraum der Atmosphären. Damit wird eine Raumqualität ins Bewusstsein gebracht, die in System und Lebenswelt üblicherweise hinter einem Verständnis der Stadt als *Handlungs*-Raum, d.h. als komplexer Gegenstand politischer, rechtlicher, organisatorischer und ordnungsstaatlicher Dispositionen und Interventionen, verschwindet. Der Blick auf die Stadt als Raum der Atmosphären hebt im Sinne eines Perspektivenwechsels eine „Innenseite“ des Stadtlebens hervor. Mit dem gelebten und sinnlich wie symbolisch spürbar werdenden Raum der Stadt tritt eine pathische Dimension des Lebens *in*, wie der Machens *der* Stadt ins Bewusstsein. Der Perspektivenwechsel macht zugleich auf eine erkenntnistheoretisch *ganzheitliche* Raumqualität aufmerksam, über die sich aus der Perspektive fiktiv *einzel*n gedachter Wirkungs- und Prozessfelder nur wenig sagen ließe. So meint die Rede von der *nächtlichen* Atmosphäre nichts Visuelles im Sinne fehlenden Lichts oder mäßiger Dunkelheit, und die Rede von der mediterranen Atmosphäre einer Stadt weit mehr als nur angenehme Temperaturen, wie man sie von sommerlichen Urlaubssituationen in Mittelmeerländern kennt. Atmosphären verklammern räumliche Vitalqualitäten, die „über“ einem Ort liegen und machen ihn dadurch zu *diesem besonderen* Ort.

Die Beiträge des vorliegenden Heftes nähern sich dem Thema der Atmosphären von und in Städten aus verschiedenen thematischen Richtungen. Die Fokussierungen liefern beispielhafte Illustrationen, die auf die kulturelle, politische und ökonomische Bedeutsamkeit städtischer Atmosphären aufmerksam machen sollen. Darin liegt auch eine wissenschaftstheoretische Pointe des Heftes. Der Blick auf die pathische Seite der Stadt, ihre mitweltliche, spürbar sinnliche und gelebte Dimension



Abb. 1: Dämmerungsatmosphäre am Außenhafen Emden (Foto: J. Hasse)

weist nämlich auf eine Rückseite der (handlungstheoretisch konzeptualisierten) „Stadt der Akteure“ hin. Was auf der einen (rationalistisch idealisierten) Seite planvoll hergestellt wird, entsteht auf der anderen Seite gleichsam „aus sich“, das heißt *im Prozess* des Werdens der Stadt und oft ohne planvoll intentionales Handeln signifikanter Akteure. Was man aus der Distanz des Gefühls als einen weichen Standortfaktor identifizieren mag, stellt sich im Mitsein städtischen Lebens als gefühlte Seite von Urbanität dar, als eine Orts- und Raumqualität, die ebenso ein Grund für die Sesshaftigkeit wie für die Stadtflucht sein kann.

Atmosphären lassen sich im Fokus der Stadtforschung auf mehreren ontologischen Ebenen ansprechen. Unter anderem kommen sie auf verschiedenen Maßstabsebenen vor. Im vorliegenden Heft widmet sich **SONIA SCHOON** dem kleinsten Maßstab städtischer Atmosphären, indem sie der Frage nachgeht, inwieweit sich eine ganze Stadt (trotz innerer Mannigfaltigkeit und Collagenhaftigkeit) durch *eine* (charakteristische) Atmosphäre identifizieren lässt. Am Beispiel von Shanghai geht der Beitrag dem Zusammenhang zwischen kulturellem Wandel einer (Stadt-) Gesell-

schaft und mehr spür- als sichtbaren atmosphärischen Virulenzen nach. Der Beitrag legt die These nahe, dass die Atmosphäre „einer“ Stadt immer nur die Atmosphäre einer *besonderen*, d.h. *individuellen* Stadt sein kann.

Einen Maßstabswechsel zu den Mikrologien hin vollziehen die Beiträge von Anton Escher, Rainer Kazig und Claudia Wucherpennig. Sie befassen sich mit städtischen Orten von je spezifischer Vitalqualität.

Im Mittelpunkt des Beitrages von **CLAUDIA WUCHERPFENNIG** steht der Bahnhof als Verkehrsbauwerk. Dass Bahnhöfe Orte mit verdichteten atmosphärischen Raumqualitäten sind, wird seit der Ästhetisierungspolitik der Deutschen Bahn AG deutlich und – wie der Beitrag zeigt – auch am eigenen Leib der Benutzer von Bahnhöfen spürbar. Auch Plätze gehören zum eher selbstverständlichen architektonischen Bestand unserer Städte. Während sie in südeuropäischen Ländern als räumliche Medien der Urbanität fungieren, werden sie hierzulande als „leere“ Räume oft kaum genutzt. Danach entfalten sie in der einen oder anderen Form ihrer Nutzung bzw. beiläufigen Über-Geh-ung je ganz eigene Atmosphären.

Der Beitrag von **RAINER KAZIG** widmet sich der Atmosphäre von Plätzen grundsätzlich sowie in Umrissen einer empirischen Studie über das Erleben eines konkreten Bonner Platzes. Im Unterschied zur beiläufigen Wahrnehmung von Bahnhöfen und Plätzen waren Märkte zu allen Zeiten atmosphärische Orte, wenn sich der turbulent changierende Charakter des Bazars als Folge verwestlichender Modernisierung auch schrittweise aufzulösen begonnen hat.

Die historisch sich wandelnde Atmosphäre des Bazars ist das Thema des Beitrages von **ANTON ESCHER**. Verführerische bis abstoßende Gerüche, bergende bis abschreckende Klänge sorgten dafür, dass die Sinne an diesem exotischen Ort in einer Weise angesprochen und zugleich beansprucht werden, dass das Denken nur mit Mühe der Spur der Sinne folgen kann.

Jede Gesellschaft kommuniziert ihr Selbstverständnis über diskursive wie präsentative Symbole nach innen wie nach außen. In den Raumwissenschaften ist es (innerhalb der Sozialwissenschaften) methodologisch nahezu selbstverständlich, diesen Prozess der Selbstvergewisserung zwischen Selbst- und Fremdzuschreibung von Identität über die Rekonstruktion textlicher Medien und Quellen zu leisten. Ikonographische Analysen bleiben in der Regel den Kunst- und Medienwissenschaften vorbehalten. In diesem Heft soll der Prozess der (photographischen) Bildproduktion dagegen ebenso explizit thematisiert werden wie die ästhetisch damit zum Ausdruck gebrachte ganzheitliche Deutung der Stadt oder konkreter Orte *in* der Stadt. Der Beitrag von **BORIS VON BRAUCHITSCH** geht diesen Weg im Sinne einer historischen Rekonstruktion.

Am Anfang oder am Ende steht die Frage nach möglichen theoretischen Konzepten, die innerhalb der Sozialwissenschaften oder in Beziehung zu ihnen geeignet



Abb. 2: Weihnachtsbeleuchtung im Vergleich von Großstadt und Dorf (Montage: J. Hasse).

sein könnten, die Frage nach der Ontologie (in der Phänomenologie würde eher vom „Wesen“ die Rede sein) von Atmosphären stark zu machen und in die methodologisch ohnehin vielfältige und interdisziplinäre Stadtforschung einzubringen. Im Sinne einer möglichen Orientierung widmet sich der einleitende Beitrag des Herausgebers **JÜRGEN HASSE** „Atmosphären“ und „Stimmungen“ in ihrer Bedeutung für die Stadtforschung.

*Esslingen am Neckar / Frankfurt am Main  
Mai 2008*

Jürgen Hasse

## Die Stadt als Raum der Atmosphären

### *Zur Differenzierung von Atmosphären und Stimmungen*

Den Begriff der „Atmosphäre“ verwenden wir in zwei Bedeutungsfeldern – zum einen in einem klimatologischen Sinne für „Erdatmosphäre“, zum anderen in einem ätherisch-gefühlräumlichen Sinne, wenn wir von spürbaren Umgebungsqualitäten sprechen, die Menschen situativ ergreifen können. Die Erdatmosphäre ist ein naturwissenschaftlicher Gegenstand. Im Unterschied dazu werden die Atmosphären des Gefühls von einer Vielfalt paradigmatisch und methodologisch heterogener nicht-naturwissenschaftlicher Disziplinen zum Gegenstand gemacht.<sup>1</sup> Genaugenommen werden sie mit Ausnahme der Philosophie (insbes. Phänomenologie) von zahlreichen wissenschaftlichen Disziplinen aber eher „angesprochen“ als systematisch in eigene wissenschaftliche Erklärungs- und Aussagesysteme integriert. Im Unterschied zu den Gasen der Erdatmosphäre ist der ontologische Status der Atmosphären des Gefühls luzid und vieldeutig, vor allem aber umstritten.

#### 1. Städtische Atmosphären

Städte haben Atmosphären. Sie sind flüchtig wie der Duft einer Rose. Wie dieser nicht Teil der Blüte ist, haftet die Atmosphäre nicht dem physischen Raum der Stadt an. Und doch gibt es ohne die Stofflichkeit der Blüte nicht ihren Duft und ohne die Materialität der Stadt nicht ihre Atmosphäre. Im Bereich der Atmosphären ist eine Immaterialität *wirk*-sam, die in einem äußerst komplexen Verhältnis zu den „Materialien“ der sie konstituierenden Welt steht. Indes besteht eine grundlegende ontologische Differenz zwischen dem atmosphärischen Duft der Rose und der Atmosphäre einer Stadt. Während sich das (atmosphärische) Erscheinen z.B. von Pflanzen wechselhafter Naturekstasen verdankt,<sup>2</sup> geht die Atmosphäre einer Stadt auf das Wirken von Menschen

1 Atmosphären des Gefühls werden u.a. angesprochen von den Gesellschaftswissenschaften (u.a. Soziologie), den Kunstwissenschaften (u.a. Musik, Malerei), den Erziehungswissenschaften (u.a. Schulpädagogik), der Psychologie (u.a. ökologische Psychologie), der Architektur (u.a. Architekturtheorie), den Geisteswissenschaften (u.a. Philosophie, insbes. Phänomenologie). Das Spektrum ließe sich bis in die Sinologie und Japanologie erweitern.

2 Vgl. G. Böhme, *Atmosphäre*, Frankfurt a.M. 1995, S. 155 ff.

zurück. Deshalb sind die Atmosphären von und in Städten auch so verschieden wie die städtischen Lebensweisen. Die Wege, auf denen die Menschen gemeinschaftlich mit ihren Dingen und „Verhältnissen“ leben, bringen je besondere Atmosphären hervor. Damit wird die Bestimmung städtischer Atmosphären aber nicht leichter, denn die Beziehung zwischen einer gemeinschaftlich geteilten Lebensform und einer Atmosphäre ist so ätherisch wie die Atmosphären selbst.

Städte haben Atmosphären. In ihnen drückt sich städtisches Leben als spürbare, bestenfalls umschreibbare, aber nicht definierbare Form von *Urbanität* aus. Was Georg Simmel vor über 100 Jahren<sup>3</sup> als Merkmal großstädtischen Geisteslebens von kleinstädtischen und ländlichen Lebensweisen unterschieden hatte, hat in seinem Kern atmosphärischen Charakter. Wenn Großstädte auch durch eine geradezu endlose Gemengelage unterschiedlicher Lebensformen gekennzeichnet sind und sich insbesondere im Hinblick auf deren Heterogenität und Pluralität vom kleinstädtischen Leben unterscheiden, so folgt daraus für das Phänomen großstädtischer Atmosphären zweierlei: Zum einen gibt es Atmosphären von Städten, die zu ihnen gehören und sie in gewisser Weise auch symbolisieren. Zum anderen konstituieren sich städtische Atmosphären in besonders spürbarer Weise auf einem großmaßstäblichen Niveau räumlich begrenzter Orte.

Auf diesem großmaßstäblichen Niveau ist an die Wohnquartiere, aber auch die Geschäftsstraßen mit ihrem je eigenen Charakter zu denken. So „herrscht“ im Frankfurter Westend eine Atmosphäre, die sich im Bereich der Wohnformen durch repräsentationsorientierte Lebensformen und im Bereich des Gewerbes durch Exklusivität auszeichnet. Wie die Lebensformen eher luxuriert sind, so setzt sich auch die tertiäre bis quartäre Ökonomie des Finanz-, Medien- bzw. arrivierten Dienstleistungsgewerbes vom profanen Handeln mit Dingen ab. Repräsentationsorientierten Lebens- und Arbeitsformen korrespondiert eine distanzierte Atmosphäre, die in habituellen Alltagskulturen distinktiver Selbstvergewisserung ruht. Die „Ähnlichen“ werden inkludiert und die „Anderen“ auf sozial-immersive Weise kaum spürbar exkludiert. So kommuniziert die spezifische Atmosphäre des Viertels nicht zuletzt „klassenbewusste“ Praktiken der Selbstdarstellung und soziokulturellen Selbstverinselung. Zugleich gehört zum gelebten Selbstverständnis im sozialen Milieu des Quartiers aber auch eine Form der Toleranz, wonach die gelebten Grenzen weniger *definiert*, als in distanziert freundlichen Gesten subtil spürbar gemacht werden. Die Atmosphäre *be*-deutet so auch die Existenz eines porösen Grenzkorridors. So wird ein Milieu über Praktiken des Spüren-Machens als quasi-territoriales räumliches Gebilde erlebbar und für jedermann verständlich gemacht. Die Atmosphäre der Toleranz verdankt sich also souveräner Spiele (i.S. subtiler und immersiver Taktiken) *auf*, *an* und *in* den Grenzen „partnerschaftlich“

3 G. Simmel, Die Großstädte und das Geistesleben (1903), in: K. Lichtblau (Hrsg.), Georg Simmel. Soziologische Ästhetik, Bodenheim 1998, S. 119-133.

verteidigter Reviere. Als deren Folge ist die Atmosphäre des Viertels durch eine symbolisch dicht „gepackte“ Synthese präsentativer Praktiken und bedeutungskomplementärer Gefühlssuggestionen gekennzeichnet. In anderen Vierteln stellen sich strukturell ähnliche Situationen dar; nicht nur in Wohnvierteln, sondern auch in Arealen mit charakteristischer gewerblicher Nutzung oder städtebaulicher Struktur (Rotlichtviertel, Bahnhof, Hafenviertel, Märkte etc.). Konkrete Orte, die für bestimmte Lebensweisen gemacht sind, drücken diese Lebensweisen in funktionalen und habituellen Gestalten schließlich wieder aus. Die dinglich-architektonische „Möblierung“ spielt dabei die Rolle einer materiellen „Fundierung“ habitueller Szenerien und der Strukturierung performativer Ablaufprogramme. Was Karlfried Graf von Dürckheim als „Vitalqualität des gelebten Raumes“<sup>4</sup> anspricht, verdankt sich einer chaotischen Durchwirkung strukturverschiedener Realitäten, Wirklichkeiten, Daseinsformen und Ereignissen.

Während bei kleinräumlichen und relativ monostrukturellen Orten wie Bahnhöfen, Märkten oder Warenhäusern die atmosphärisch wirksamen Felder (der Dinge, physischen Strukturen, Nutzungsformen, habituellen Praktiken etc.) konkret nachvollziehbar sind, werden „große“ Atmosphären, die man in einer „ganzen“ Stadt (oder einer größeren Region) spürt, auf diese Weise nicht verständlich. Die Dichte und Mannigfaltigkeit der Überlagerung von Atmosphären konstituierender Situationen ist größer und verschwommener als bei kleinräumlichen Atmosphären überschaubarer Orte. Dennoch sind solche Atmosphären unbestreitbar – man denke an die hanseatische wie maritime Atmosphäre der Hansestadt Hamburg oder an die kleinbürgerlich-adrette und beengende Atmosphäre mancher Ruhrgebietsstädte. Auch im Zustandekommen solcher „generalisierender“ Atmosphären ganzer Städte sind spezifische Wirkgrößen des Wirklichen virulent: Klima (Polarkreis vs. Subtropen), landschaftliche Lage (Gebirge vs. Küste), Sozialgeschichte von Stadt und Region (Industriearbeiter- vs. Dienstleistungskultur), sozioökonomische Bevölkerungsstruktur (minimale Grundsicherung vs. luxuriärer Wohlstand), Infrastrukturen (U-Bahn, Straßenbahn, Oberleitungsbusse), Architekturgeschichte (barocke Architektur vs. Beton-Wohnungsbau), Wertvorstellungen (kleinbürgerlich enge Wertewelt vs. weltoffene Toleranz), Sprache (Hochsprache vs. regionale Dialekte) und vieles andere mehr.

Die Wahrnehmbarkeit einer städtischen Atmosphäre geht weniger auf benennbar *Einzelnes* zurück, denn auf eine komplex „verbackene“ Situation, deren gleichsam „äußerlich“ erkennbare wie leiblich spürbare Qualitäten in einem binnendiffusen Hof von Bedeutsamkeit liegen. „Große“ Atmosphären wie die ganzer Städte werden oft auf dem Hintergrund eines mächtigen Gefühls erlebt. Diese Macht drückt sich vor allem darin aus, dass sie die mannigfaltigen dinglichen, raumphysiognomischen, habituellen, subkulturellen etc. Heterogenitäten so bildprägend in die Charakteristik einer beson-

4 Vgl. K. von Dürckheim, Untersuchungen zum gelebten Raum (1932), hrsg. von J. Hasse (Natur – Raum – Gesellschaft, Bd. 4) Frankfurt a.M. 2005.

deren atmosphärischen Qualität „aufzusaugen“ vermag, dass die nahezu unendlichen Differenzen nicht zur Auflösung der *einheitlichen* Atmosphäre führen, sondern zu ihrer Anreicherung und Bekräftigung. Dieser Umstand macht noch einmal mit Nachdruck darauf aufmerksam, dass man den ganzheitlichen Charakter einer Atmosphäre „mit einem Schlage“ (Schmitz)<sup>5</sup> wahrnimmt und nicht (in einem konstruktivistischen Sinne) als Endprodukt einer kognitiven Rekonstruktion zuvor in der Wahrnehmung isolierter Elemente. So sprechen wir zu Recht von der Atmosphäre eines Platzes, eines Marktes – aber eben auch von der Atmosphäre einer Stadt.

## 2. Zur Ontologie von Atmosphären und Stimmungen<sup>6</sup>

Im Folgenden sollen Atmosphären im Allgemeinen einer theoretischen Annäherung zugänglich gemacht werden.<sup>7</sup> Nach Schmitz<sup>8</sup> sind „Gefühle nicht private Zustände seelischer Innenwelten, sondern räumlich ausgedehnte Atmosphären“.<sup>9</sup> In deren Bann gerät man in leiblichem Spüren. Atmosphären werden weniger kognitiv „verstanden“ als vielmehr leiblich gespürt. Ihr räumlicher Charakter ist „prädimensional“. Das von Atmosphären „ausgefüllte“ Volumen hat keine Flächen und ist im Unterschied zu einem physischen Körper unteilbar. Prädimensionalität setzt keine (mathematische) Drei-Dimensionalität voraus. Am Erleben von Prädimensionalität sind „Mächtigkeit, Energie, Kraftentfaltung und Andringen gegen Widerstand wesentlich beteiligt“.<sup>10</sup> Die Volumina in diesem Sinne haben weder eine optische noch eine taktile Form.

Ein in der Rezeption des Schmitz'schen Atmosphären-Verständnisses immer wieder strittiger Punkt ist die gleichsam zweifache affektive Tönung, die Atmosphären zu eigen ist. Schmitz unterscheidet nämlich „Fühlen als Wahrnehmen des Gefühls als eine Atmosphäre und Fühlen als affektives Betroffensein davon.“<sup>11</sup> Dieses Verständnis impliziert eine Differenz zwischen einem objektiven und einem subjektiven Charakter von Atmosphären. Subjektiv ist für Schmitz eine (atmosphärische) Situation, wenn man ihre Essenz nur im eigenen Namen aussagen kann. Subjektivität sieht er damit we-

5 H. Schmitz, *System der Philosophie*, Bd. 3: Der Raum. Teil 1: Der leibliche Raum (1967), Bonn 1988, S. 21.

6 Vgl. auch J. Hasse, *Atmosfera e tonalità emotive. I sentimenti come mezzi di comunicazione*. *Rivista di Estetica* 33,(3/2006), S. 95-115.

7 Vgl. auch *Schwerpunktheft Heft 1/2007 dieser Zeitschrift: J. Hasse (Hrsg.), Stadt im Licht (Die alte Stadt, 34. Jg., Heft 1, S. 1 ff.)*

8 In der *Skizzierung eines Atmosphären-Begriffes stütze ich mich im Großen und Ganzen auf Hermann Schmitz*, dessen Phänomenologie die wohl größte begriffliche Differenziertheit in der Analyse menschlicher Gefühle erreicht hat und den Vorteil für sich in Anspruch nehmen kann, ontologische Fragen über Gefühle erkenntnistheoretisch systematisch eingebettet zu haben; vgl. H. Schmitz, *System der Philosophie*, 5 Bände in 10 Bänden, Bonn 1964 bis 1980.

9 H. Schmitz, *Gefühle als Atmosphären und das affektive Betroffensein von ihnen*, in: H. Fink-Eitel / G. Lohmann (Hrsg. 1993), *Zur Philosophie der Gefühle*, S. 33-56.

10 H. Schmitz (s. A 8), 1967, S. 388.

11 H. Schmitz (s. A 9), S. 48.

niger im Subjekt begründet, als in der Eigenart von Sachverhalten, Programmen und Problemen (den Elementen einer Situation<sup>12</sup>). Objektiv ist eine Situation somit dann, wenn jeder sie aussagen kann.<sup>13</sup> Objektivität gibt es bei Atmosphären aber nur in einem eingeschränkten Sinne, denn aufgrund ihres ontologischen Charakters können sie gar keine „Objekte“ sein. Daher spricht Schmitz sie auch als „präobjektiv“ an.<sup>14</sup>

„Präobjektive“ Atmosphären sind zum Beispiel „unpersönliche Atmosphären“, in die man „hineingerät wie in das Wetter“.<sup>15</sup> Man ist von einer solchen Atmosphäre so lange affektiv nicht zugleich auch *betroffen*, als man in einer distanzierten Beziehung zu ihr steht, sie also nicht an sich heran lässt. Hierfür gibt es die unterschiedlichsten Gründe (persönliche lebensgeschichtliche Erinnerungen auf einem individuellen Niveau oder fremde Ideologien politischer Programme auf einem kulturellen bzw. gesellschaftlichen Niveau). Präobjektiv bleibt eine Atmosphäre damit so lange, wie sie keinen Einlass in das eigene Mitsein findet. Dennoch kann man eine auf Distanz gehaltene Atmosphäre (etwa die dissuasiv-suggestive Geste einer innerstädtischen Werbe-Illumination) als gefühlsmäßige Intensität wahrnehmen. Die Atmosphäre bleibt dann äußerlich und springt nicht in das eigene affektiv-leibliche Befinden über. Sie ergreift nicht, sondern steht als Situation, die man *kognitiv* nachvollziehen kann, auf Abstand. Im affektiven Betroffensein von einer Atmosphäre „liegt“ das Gefühl nicht mehr auf einer „präobjektiven“ Seite; es wird vielmehr zum Fundament subjektiver Teilhabe. In unmittelbarer Betroffenheit geht die leibliche Wahrnehmung affektiv nahe.<sup>16</sup> Eine Grenze zwischen Atmosphären und Stimmungen markiert eine Beschreibung von Rilke, in der Malte eine Atmosphäre lachender Menschen (emotional distanziert) wahrnimmt, die Gruppe der Lachenden ihn aber in den affektiven Bannkreis der Stimmung gleichsam „eingemeinden“ will, wozu sich Malte aber emotional nicht in der Lage sieht: „...und die Leute hielten mich auf und lachten, und ich fühlte, dass ich auch lachen sollte, aber ich konnte es nicht.“<sup>17</sup>

An diesem Punkt reklamiert sich die Klärung einer nicht nur in der Alltagssprache, sondern auch in sozialwissenschaftlichen Diskursen verwaschenen Differenz zwischen *Atmosphären* und *Stimmungen*. Entgegen einer in beiden Sprachen verbreiteten synonymen Verwendungsweise ist eine Atmosphäre „auf eine bestimmte Person, eine bestimmte Sache, ein bestimmtes Ereignis oder auf eine Anzahl solcher“<sup>18</sup> *gerichtet*

12 Zum Situations-Begriff in der Philosophie vgl. auch *M. Großheim*, Der Situationsbegriff in der Philosophie, in: *D. Schmoll / A. Kuhlmann* (Hrsg.), *Symptom und Phänomen* (Neue Phänomenologie Bd. 3), Freiburg und München 2005, S. 114-149.

13 Ebda., S. 51.

14 *H. Schmitz* (s. A 8), Bd. 3, S. 103.

15 Ebda., S. 134.

16 Vgl. ebda., S. 138.

17 Vgl. Rainer Maria Rilke, *Die Aufzeichnungen des Malte Laurids Brigge*, München 1997, S. 47.

18 *J. Volkelt*, *System der Ästhetik*, Werk in drei Bänden. Erster Band: *Grundlegung der Ästhetik*, München 1905, S. 206.

und hat in dieser Ausrichtung ihr Thema. Im Unterschied dazu ist eine Stimmung thematisch *nicht* gerichtet.<sup>19</sup> Sobald sich das mit einer Atmosphäre verbundene Gefühl so tief im individuellen Betroffensein festfrisst, dass es eine *allgemeine* persönliche Stimmung grundiert, verliert es seinen thematischen Bezugspunkt und „die Stimmung, die im Raume lebt, ist *meine* Stimmung.“<sup>20</sup> Hat eine Stimmung das personale Befinden getönt, öffnet sie den so Betroffenen für mögliche „Infizierungen“ durch weitere atmosphärisch gerichtete Gefühle, die in den aktuell situativen Stimmungsgrund passen. Eine Stimmung „öffnet“ aber nicht nur; gegenüber gerichteten Gefühlen, die sich der Grundstimmung nicht fügen, schirmt sie auch ab.

Auch Tellenbach betrachtete die *Atmosphäre* als „eine *unpersönliche* Wirklichkeit“ (Hervorh. Tellenbach), die Stimmung dagegen als „die Einheit von Ich- und Weltgefühl“.<sup>21</sup> Tellenbach „reinholt“ dann aber sein eigenes Denken in einem szientistischen Sinne, indem er Aussagen über Atmosphären den Anspruch der Wissenschaftlichkeit abspricht, weil wegen „der Nicht-Objektivierbarkeit des Atmosphärischen niemand zur Anerkennung seiner Gegebenheiten gezwungen werden kann“.<sup>22</sup> Dies mag für eine Stimmung gelten, die nur in der ersten Person ausgesagt werden kann, nicht aber für „präobjektive“ *Atmosphären*, über die jeder, der sich in ihren Wirkungsraum begibt, verständigungs- und einigungsfähige Aussagen treffen kann. Die Methoden der qualitativen Sozialforschung bieten spätestens seit den 1980er Jahren auch einen Weg zur Analyse von Atmosphären.<sup>23</sup> Dass in der Forschungspraxis solche Studien jedoch weitestgehend ausgeblieben sind, sagt mehr über die Welt- und Menschenbilder der Sozialwissenschaften aus, als über Grenzen der wissenschaftlichen Exploration von Atmosphären.

Atmosphären übertragen den von ihnen ausgehenden Eindruck nachhaltiger in das eigenleibliche Spüren als dreidimensionale Dinge. Das liegt insbesondere daran, dass Atmosphären ganz in ihrer Äußerung aufgehen und ihre ergreifende Macht entfalten, sobald sie vom (zunächst noch) präobjektiven Gefühl über die Zündung von Betroffenheit in das eigenleibliche Spüren überspringen. Dann wird die Atmosphäre als ein „durch Einleibung fesselndes Halbding“<sup>24</sup> auf dem Niveau der Stimmung zudringlich. Schmitz hat mit der ontologischen Kategorie der „Halbdinge“ zu einer Differenzierung beigetragen, deren erkenntnistheoretische Nützlichkeit für die Diskussion ge-

19 Vgl. H. Schmitz, Was ist Neue Phänomenologie? (LYNKEUS. Studien zur Neuen Phänomenologie, Bd. 8), Rostock 2003, S. 192.

20 Th. Lipps, Ästhetik. Psychologie des Schönen und der Kunst. Zweiter Teil: Die ästhetische Betrachtung und die bildende Kunst, Leipzig 1920, S. 190.

21 H. Tellenbach, Geschmack und Atmosphäre. Salzburg 1968, S. 9.

22 Ebda., S. 60.

23 Zur Analyse der Atmosphäre einer Straße vgl. auch J. Hasse, Die Atmosphäre einer Straße. Die Drosselgasse in Rüdesheim am Rhein, in: J. Hasse (Hrsg.), Subjektivität in der Stadtforschung (Natur – Raum – Gesellschaft, Bd. 3), Frankfurt a.M. 2002, S. 61-113.

24 H. Schmitz (s. A 8), Bd. 3, S.127.

sellschaftlicher und politischer Fragen in den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften erstaunlicherweise noch nicht erkannt worden ist. Halbdinge unterscheiden sich von Dingen u.a. dadurch, „dass sie verschwinden und wiederkommen, ohne dass es Sinn hat, zu fragen, wo sie in der Zwischenzeit gewesen sind.“<sup>25</sup> Ein Fahrzeug, das man in ein innerstädtisches Parkhaus fährt, ist nicht auf rätselhafte Weise „verschwunden“, sondern nur an einem anderen Ort. Beim Werbelicht, das plötzlich abgeschaltet wird und die Fassade eines zentralen Bauwerkes im fahlen Grau zurücklässt, sind die Verhältnisse in ontologischer Hinsicht andere, denn das Licht, das plötzlich nicht mehr da ist, befindet sich an keinem anderen Ort. Ohne ihr Erscheinen *sind* die Halbdinge gar nicht.

Der Umstand, dass eine Atmosphäre ganz in ihrem Erscheinen aufgeht, impliziert ihre Unteilbarkeit. Auch Tellenbach spricht Atmosphären als unteilbare Ganzheiten an. „Es gibt in der Behandlung des Atmosphärischen keine Möglichkeit der Reduktion“, „Atmosphärisches ist etwas Anwesendes.“<sup>26</sup> Gernot Böhme bezeichnet Atmosphären als „etwas Unbestimmtes, schwer Sagbares“.<sup>27</sup> Die sich mit dem Erleben von Atmosphären oft verbindende sprachliche Explikationsnot dürfte auch daraus resultieren, dass Atmosphären nicht lokalisierbar sind wie Dinge, die an einer Stelle im relationalen Raum ihren Platz haben. Böhme, der sich in seinem Atmosphären-Ansatz im Wesentlichen auf Schmitz stützt, „verortet“ die Atmosphäre als „Zwischenphänomen“ weder ganz auf der Seite eines Subjekts, noch ganz auf der eines Objekts.<sup>28</sup> Was er „Zwischenraum“ nennt, lässt sich als eine Art Umschlagsraum denken, in dem eine präobjektive Atmosphäre durch situative Zündung von Betroffenheit in eine subjektive Atmosphäre umschlägt, um sodann – je nach persönlicher Situation – als Stimmung ein Individuum ganz zu ergreifen.

Die u.a. bei Böhme angesprochene Schwierigkeit, über Atmosphären (präzise) Aussagen treffen zu können, hat darin einen wichtigen Grund, dass es nicht zu den Sprachroutinen der christlich (insbesondere der protestantisch bis calvinistisch) geprägten westlichen Kultur gehört, über „Sachverhalte“ wie Gefühle *expressis verbis* zu sprechen.<sup>29</sup> Gefühle gelten als Innerlichkeiten, deren Preisgabe entweder in sozialen („privaten“) Schutzzonen oder in kulturell ausgegliederten und systemisch betreuten

25 H. Schmitz, *Neue Grundlagen der Erkenntnistheorie*, Bonn 1994, S. 80; aus Platzgründen kann hier keine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Begriff „Halbding“ stattfinden.

26 H. Tellenbach (s. A 21), S. 61. i.d.S. („Spüren von Anwesenheit“), vgl. auch G. Böhme, *Asthetik. Vorlesungen über Ästhetik als allgemeine Wahrnehmungslehre*, München 2001, S. 45.

27 G. Böhme (s. A 2), S. 21.

28 Vgl. ebda., S. 22 sowie G. Böhme (s. A 26), S. 55.

29 Die Geschichte der Psychoanalyse legt ein differenziertes Zeugnis der gesellschaftlichen Verdrängung der Gefühle aus dem Bewusstsein der Individuen ab. Mario Erdheim arbeitet über gesellschaftliche Prozesse der Unbewusstmachung von Gefühlen, womit deutlich wird, dass die Verdrängung von Gefühlen ins Unbewusste sich keineswegs jenseits gesellschaftlicher (und politischer) Interessenlagen vollzieht; vgl. M. Erdheim, *Der Alltag und das gesellschaftlich Unbewusste*, in: M. Erdheim, *Psychoanalyse und Unbewusstheit in der Kultur*, Frankfurt a.M. 1994, S. 269-278.



**Abb. 1:**  
Eine romantizistisch-  
touristische Stadtatmosphäre  
(z.B. Schwerin).

Sonderzonen geschieht (in der psychotherapeutischen Beratung, im ärztlichen Gespräch, in der psychiatrischen Behandlung). Aber nicht nur im öffentlichen Sprechen berührt die Kommunikation über Gefühle ein Tabu.<sup>30</sup> Die Mehrheit der Sozial- und Gesellschaftswissenschaftler imprägniert sich aus paradigmatischen Gründen gegen jedes Mitdenken von Gefühlen – die eigenen eingeschlossen.<sup>31</sup> Das gebräuchliche methodische Arbeitsinstrumentarium fordert solche Praktiken des Überspringens insofern geradezu heraus, als jedes Nach-Denken über Gefühle dadurch erschwert wird, dass keine erkenntnistheoretische Kategorie für Gefühle vom Typ der Atmosphären existiert, wie sie Schmitz mit seiner Ontologie der Halbdinge eingeführt hat.

Die Beharrlichkeit, mit der Gefühle im Mainstream der Sozialwissenschaften ausgeblendet werden, lässt sich nicht zuletzt mit einem Affekt gegen die Preisgabe vertrauter Denksysteme erklären. Die Sprachlosigkeit der scientific community gegenüber

30 Dass im privaten wie öffentlich-rechtlichen Fernsehen regelmäßig Soaps gesendet werden, deren gesamte Programmatik darin aufgeht, Gefühle öffentlich zu machen, spricht dem nicht entgegen, geht es in dieser Art von Veranstaltungen doch gerade nicht um eine in der Sache der Gefühle ernste Auseinandersetzung, sondern eher um kulturindustriell motivierte, tendenziell obszöne und spektakuläre Zurschaustellungen von Gefühlsektasen.

31 Zur wissenschaftspsychologischen und -soziologischen Brisanz solcher Ausklammerungspraxen vgl. insb. C. Meier-Seethaler, Gefühl und Urteilskraft. Ein Plädoyer für die emotionale Vernunft. München 1997, S. 303 ff.

Atmosphären ist auch insofern bemerkenswert, als sie auf einen Reflexionsverzicht hinausläuft, der ein zentrales gesellschaftliches Prozessfeld betrifft, dessen Bedeutung auf dem Wege der systemischen Kopplung von Kultur und Ökonomie im globalisierten Kapitalismus rasant zunimmt. Postmodern medialisierte Stadtkulturen finden eines ihrer essentiellen Lebenselixiere gerade im Atmosphärischen – wenn der Konsum auch das Vorherrschen einer scheinbar materialistischen Orientierung suggeriert. Indem die Ästhetik heute „gesellschaftliche und kulturelle Stabilisierungsfunktionen erfüllt, die man früher der Ethik zugeschrieben hätte“, <sup>32</sup> avanciert die *planvolle* und *rational zielgerichtete* Produktion von Atmosphären innerhalb der politischen Ökonomie zu einem Projekt der Anästhesie. Jede Selbstimpregnierung der Sozial- und Gesellschaftswissenschaften gegen ein Nach-Denken von Gefühlen und Atmosphären läuft daher in der Konsequenz auf ein Programm der *Gegenaufklärung* und eine Distanzierung von der westlichen Leitnorm der Emanzipation des Menschen hinaus.

### 3. Atmosphären: situativ-persönlich und historisch-gesellschaftlich gelebte Raum-Beziehungen

Unabhängig von der Frage, ob man Atmosphären (mit Schmitz) einen „präobjektiven“ Status zuweist oder sie (mit Böhme) ontologisch in einem Raum *zwischen* Subjekt und Objekt „verortet“: Sie wirken als nicht dingliche Eindrücke (als Halbdinge par excellence) auf das menschliche Tun ein. Atmosphären lassen sich deshalb auch als affektiv spürbare Beziehungen zum eigenen Selbst wie zur Welt der Dinge, Ereignisse und anderen Menschen auffassen. Gefühle befinden sich im Prozess einer ständigen Wandlung. Die persönlichen Stimmungen bilden einen Resonanzboden, auf dem das weltliche Geschehen erlebt wird. Schon der Umstand, dass Atmosphären ästhetische Medien leiblicher Kommunikation sind, entzieht ihnen jeden hermetischen Sinn. Dennoch wirken sie (i.S. phänomenaler *Wirklichkeit*) an der Ordnung der Dinge mit, indem sie der Welt eine Wechselhaftigkeit ihres Erscheinens sichern, die für die „Vitalqualität“ (Dürckheim) erlebter Herumwirklichkeit von grundlegender Bedeutung ist. Orte, von denen eine besondere Anziehung ausgeht (von Plätzen, Bauwerken oder Landschaften z.B.) verdanken sich nur bedingt einer euklidischen Ordnung der Dinge im mathematischen Raum. Von größerer Bedeutung ist die Atmosphäre, die sich als immaterielles ganzheitliches Amalgam gleichsam „zwischen“ oder „über“ der Ordnung der Dinge konstituiert.

Im Folgenden werde ich drei „Entstehungswege“ von Atmosphären skizzieren, um die Wirkungsfelder verständlich zu machen, die im Machen von Atmosphären „bearbeitet“ werden:

- (1.) Zum einen gibt es Atmosphären, die (auch wenn sie gesellschaftlich konstruiert

32 M. Müller / F. Dröge, Die ausgestellte Stadt. Zur Differenz von Ort und Raum, Basel 2005, S. 103.

sind) nichts mit menschlichem *Handeln* zu tun haben.<sup>33</sup> Hier ist insbesondere an jene Atmosphären zu denken, die nach Gernot Böhme durch Ding-„Ekstasen“ begründet werden. Mit dem „*Aus-sich-Heraustreten* des Dinges“ artikuliert sich dessen räumliche Anwesenheit.<sup>34</sup> Ein Ding kann über seine olfaktorische Präsenz eine beißende Atmosphäre konstituieren und sein „Dasein damit gleichsam ins Schwingen“ bringen.<sup>35</sup> Ähnliches geschieht im Leuchten städtischer Illumination oder im Tönen einer Kirchenglocke. Während für diese Fälle eine menschliche Mitwirkung insofern noch gegeben ist, als sich von Menschen gemachte Dinge in Ekstasen zeigen, markieren die (Natur-) Ekstasen selbst einen ästhetischen Bereich, der in einem weitestgehenden Sinne<sup>36</sup> nicht in Grund-Folge-Beziehungen zu menschlichen Aktivitäten steht. Naturekstasen wie die Bewegung einer Trauerweide im Wind oder das als Folge einer schwülen Wetterlage dräuende Gewitter, konstituieren Atmosphären, die aufgrund der Unverfügbarkeit der wirkenden Halbdinge der Natur (Wind, Wetter, elektrische Spannungen etc.) selber unverfügbar sind. Dennoch wird das Verhältnis zu solchen Atmosphären oft kulturell „formatiert“. So bilden kulturspezifische Mentalitäten nicht nur einen Denk-, sondern – mehr noch – einen Gefühlshintergrund für das Erleben bestimmter Atmosphären. Einen am Himmel zuckenden Blitz sind wir erst und nur in einer Atmosphäre des Erhabenen zu erleben in der Lage, wenn wir uns des wirksamen Schutzes durch einen Blitzableiter sicher sein können.<sup>37</sup> Niemand, der auf freier Flur schutzlos von einem schweren Gewitter überrascht wird, dürfte dagegen von Naturzwängen so frei sein, dass er sich einem Gefühl des Erhabenen hingeben könnte.

(2.) Atmosphären entstehen als zwischenmenschliche Produkte sozialer Verläufe – gleichsam ohne Dinge. So spricht man von einer aufgeheizten oder angespannten Atmosphäre auf der einen und einer freundlichen oder konstruktiven Atmosphäre auf der anderen Seite. „Die Atmosphäre ist so schlecht wie seit Jahrzehnten nicht mehr“ hieß es in den Zeitungen anlässlich der Spannungen zwischen Washington und Berlin wegen der politischen Differenzen angesichts des von den USA initiierten Irakkrieges.

33 Zur Kritik des handlungstheoretischen Dogmas in den Sozialwissenschaften vgl. auch J. Hasse, Der Mensch ist (k)ein Akteur – Zur Überwindung szientistischer Scheuklappen in der Konstruktion eines idealistischen Menschenbildes, in: Wolkenkuckucksheim. Internationale Zeitschrift für Theorie und Wissenschaft der Architektur, Heft 1+2/2005.

34 G. Böhme (s. A 26), S. 131 f.

35 „Die pathische Dimension des Riechens ist wie eine Kommunikation mit dem eigentlichen Dasein der Dinge (oder Wesen), in welcher das Dasein gleichsam ins Schwingen gebracht wird in der Erschütterung der Seinsschichten.“ - Henri Maldiney, zit. n. F.J.J. Buytendijk, Über die gelebte Wirklichkeit des Atmosphärischen. Vorwort zu H. Tellenbach, Geschmack und Atmosphäre, Salzburg 1968, S. 10.

36 Ich spreche hier insofern nur von einer „weitestgehenden“ Distanz zu Grund-Folge-Beziehungen zu menschlichem Tun, weil auch Naturdinge durch die Hand des Menschen in die Welt gesetzt werden (können), so dass auch die mit dem ekstatischen Erscheinen der „Natur“-Dinge dann verbundenen Ekstasen in gewisser Weise am Faden menschlicher Tätigkeiten hängen, wenn auch in anderer Weise als bei Dingen, die i.e.S. gemacht sind wie eine Tasse oder ein Spiegel.

37 Vgl. K. Bartels, Über das Technisch-Erhabene, in: Chr. Pries (Hrsg.), Das Erhabene. Zwischen Grenzerfahrung und Größenwahn, Weinheim 1989, S. 295-316.



**Abb. 2:** Atmosphäre als Klischee: Die „typische“ Atmosphäre einer niederländischen Stadt (z.B. Groningen).

Die Atmosphäre auf dem internationalen Flughafen in Bagdad wird lange nach dem offiziellen Ende des Krieges als „unwirklich“ beschrieben. Die Reihe ließe sich durch zahllose Beispiele ergänzen. Wenn soziale Atmosphären auch gleichsam aus sich heraus entstehen, so können sie doch auch durch zielgerichtetes Handeln zur Verfolgung konkreter Ziele evoziert, verstärkt und instrumentalisiert werden. Soziale Atmosphären sind dann Medien diskursiver Praktiken. So kann ein (gesprochener) Diskurs tiefgreifend durch präsentative Formen des Ästhetischen bzw. Affektionen unterströmt werden.<sup>38</sup>

(3.) Atmosphären werden zum Zwecke leiblicher Kommunikation hergestellt. Die zivilisationsbedingte Sprachlosigkeit gegenüber eigenen Empfindungen ist nun nicht Barriere, sondern Ressource zur Erzielung maximaler Wirkungsgrade. Die Medien des Ästhetischen verdanken sich in der Entfaltung ihrer suggestiven Kräfte, wenn sie im Sinne eines Dispositivs im Foucaultschen Verständnis eingesetzt werden, dieser strukturellen Sprachlosigkeit. Das dispositive Spiel mit den Affekten soll *nicht* an Strukturen des Selbstbewusstseins anschließen, vielmehr die dunklen Korridore des Selbstvergessens beschreiten, um sich in einer abgesunkenen Kartographie von „feeling maps“ festzusetzen. Der Bruch zwischen Prozessen leiblicher Wahrnehmung und gefühlsmäßigen Empfindungen auf der einen Seite und einem daraus resultierenden Tun ist dann für die Konsolidierung und Differenzierung gesellschaftlicher Systeme konstitutiv, wenn die Kopplungen zwischen systemisch induziertem „Sollen“

<sup>38</sup> Vgl. B. Waldenfels, Michel Foucault: Ordnung in Diskursen, in: F. Ewald / B. Waldenfels (Hrsg.), Spiele der Wahrheit. Michel Foucaults Denken, Frankfurt a.M. 1991, S. 277-297, hier 292.



Abb. 3: Gebrochene Atmosphäre einer Metropole (z.B. Berlin).

und individuell begehrt „Wollen“ verdeckt bleiben sollen. Das ist in großen Bereichen der Kulturindustrie so, deren Rolle von Adorno und Horkheimer in gesellschaftstheoretischer und von Marcuse in triebanalytischer Perspektive analysiert worden ist. Von der rationalistischen Handlungstheorie werden diese systemgenerierenden und -erhaltenden Prozesse folglich auch (weil sie gar nicht gesehen werden) weniger gezeugnet als stumm übergangen.

Atmosphären, die im systemtheoretischen Sinne intentional konstruiert sind, folgen *Handlungs-Zielen*. Die Erreichung angestrebter dissuasiver Ziele setzt *Macht-Wissen* über leibliche Kommunikation voraus, welches der Unterwerfung anderer unter die Macht berechneter Kalküle dient. Machtwissen zur sozialen Konstruktion von Atmosphären wird in verschiedenen Sozialtheorien unter verschiedenen Namen angesprochen: Sigmund Freud spricht es als Spiel mit dem Unbewussten an, Jean Baudrillard als eine Strategie der radikalen Verführung (Dissuasion), Mario Erdheim als Medium der Unbewusst-*Machung* und Michel Foucault – über den Weg der Austrocknung der Sprache – als Ereignis im Außen des Diskurses.

#### 4. Die postmoderne Stadt im schönen Schein

Im Zeichen der Globalisierung verschärfen sich die Modalitäten des Wettbewerbs. Die Differenzen zwischen Zentrum und Peripherie werden deutlicher und das Verhältnis von Ort und Raum passt sich diesen Veränderungen strukturell und funktional an. Unter den Bedingungen steigender Unterscheidungsnotwendigkeiten avanciert das Ästhetische zu einem medialen Rückgrat kommunal-politischer, unternehmerischer wie lebensstilspezifischer Repräsentation. Wolfgang Welsch differenziert zwei Ebenen des Ästhetischen. Als eine an Oberflächenwirkungen orientierte Funktion spricht er die „Ausstattung der Wirklichkeit mit ästhetischen Elementen“ an – eine Überzuckerung des Realen mit ästhetischem Flair.<sup>39</sup> Beim schönen Schein bleibt es aber nicht: Das Ästhetische dringt in alle Lebensbereiche vor – bis in die symbolische Überschreibung der eigenen Haut, die Inszenierung des Habitus und eine fluide Inszenierung von Lebensstilfragmenten. Die Oberflächenwirkungen verbinden sich hier mit einer Tiefenschicht im Selbst- und Weltverhältnis des Menschen. Oberfläche und Tiefe verhalten sich dabei nicht in einem konjunktiven, sondern in einem disjunktiven Verhältnis zueinander. Sie „treffen aufeinander“ – wie die Sprache und die Dinge im Foucaultschen Denken – in einer isomorphen Dynamik der Durchkreuzung, aber doch als Moment einer Praktik der Macht. Die immersiven Intensitäten des Atmosphärischen, die zwischen der Oberfläche ästhetischen Gefallens und der Tiefe leiblichen Begehrens fragile Fäden spannen, sind weniger planvolle Produkte der Kulturindustrie als Sedimente von Machtgefügen, die sich an den systemischen Schnittstellen zwischen Ökonomie, Politik, Kultur und Technologie in einem endlosen Spiel der Erfindung und Variation konstituieren, auflösen, sich rekonfigurieren, amalgamieren usw. Eine variantenreiche „Ökonomie der Begehrenisse“<sup>40</sup> hat die bloße Warenästhetik in einer prinzipiell unbegrenzten Steigerungslogik strukturell überwunden. Das Ästhetische wird zu einem Medium der „radikalen Verführung“.<sup>41</sup> An den postfordistisch flexibilisierten Schnittstellen der Systeme fungieren die Atmosphären in ihrer flüchtigen Zudringlichkeit als „mediale Nahrung“ für autopoietische Prozesse des Ästhetischen. Atmosphären sind keine Sprachen im engeren Sinne; sie sind Affekte, die dem Wege der leiblichen Kommunikation Kraftfelder der Macht ins Leben „ausatmen“. Die sich so konstituierenden Situationen sind in ihren Bedeutungen auch nie hermetisch; Bedeutungen wabern vielmehr in ihnen, um fortwährend neue und unwiederholbare Gestalten zu generieren. Das Geschehen wird von zwei energetischen Kurven bestimmt: der pluralisierten Kultur der Postmoderne und der flexibilisierten Ökonomie des Postfordismus.

39 W. Welsch, Das Ästhetische – Eine Schlüsselkategorie unserer Zeit?, in: W. Welsch, Die Aktualität des Ästhetischen, München 1993, S. 13-47, hier S. 14.

40 G. Böhme, Zur Kritik der ästhetischen Ökonomie, in: Zeitschrift für Kritische Theorie, H. 12/2001, S. 69-82.

41 I.S. von J. Baudrillard, Lasst euch nicht verführen!, Berlin 1983.

Der öffentliche Raum der Städte häutet sich. Seine politischen Funktionen treten zunehmend zugunsten sich überlagernder kultureller und ökonomischer Funktionen zurück. Auf den performativen Brettern schließen sich die systemischen Strukturen mit individuellen und kollektiven Lebensstilen kurz. Die kulturindustriell erzeugten Atmosphären leisten an dieser Schnittstelle wichtige Synthesen zwischen System und Lebenswelt. Unabhängig von intentionalen oder „offen“ und gleichsam ohne Strategie nach Effekten strebenden Kalkülen sozialtechnologischer Gefühls-Verwertungen kommt den städtischen Atmosphären für identitive Selbstkonstitution der Menschen in „ihrer“ Stadt eine wichtige Rolle zu. Die wiederentdeckte Lebensqualität des Wohnviertels, die sich z.B. in der Zelebrierung von Straßen- und Quartiersfesten niederschlägt, verdankt sich im Wesentlichen der Entdeckung atmosphärischer Potenzen des unmittelbaren räumlichen Milieus. Im Ein-Wohnen von Umgebungs-Atmosphären schreitet das Wohnen *außerhalb* von Haus und Wohnung in Bereiche des öffentlichen Raumes voran. Darin liegt nicht nur eine Renaissance von „Heimat“, die als gemeinsame Situation ihrerseits eine Atmosphäre ist, sondern auch – zumindest der Möglichkeit nach – eine Steigerung der (Problem-) Sensibilität der Stadtbewohner gegenüber den Transformationen des Gesellschaftlichen im Städtischen.

## Shanghai – Mosaik der Vielfalt

Shanghai ist eine der größten Metropolen der Welt. Mit über zwanzig Millionen Einwohnern, einer optimalen Lage in der Mitte des chinesischen Aufschwung-Ostens im Yangzi-Delta, mit dem bald größten Hafen,<sup>1</sup> dem schnellsten Zug, dem höchsten Hotel, der längsten Übersee-Brücke<sup>2</sup> weltweit, mit dem größten Flughafen Chinas, dem Neubau von elf Satellitenstädten um das Zentrum herum und etlichen derzeit im Bau befindlichen Mammutprojekten wird Shanghais Vorliebe für Superlative deutlich. Als „Kopf des Drachen“ (longtou) hat Shanghai seit Deng Xiaopings so genannter „Reise durch den Süden“ 1992 die Aufgabe, innerhalb Chinas eine Vorreiterrolle in nahezu allen Bereichen der Urbanisierung zu übernehmen.

### 1. Shanghai: Eckpfeiler dynamischer Entwicklungen

Die Besonderheit dieser Rolle Shanghais liegt auch in ihrer Vergangenheit begründet.<sup>3</sup> Schon in den 1920er und 1930er Jahren war Shanghai der Inbegriff des Vitalen, mit starken internationalen Einflüssen durch die Kolonialherrschaft vor allem der Franzosen, Engländer und Amerikaner seit dem Zweiten Opiumkrieg 1842. Bezeichnungen wie „Perle des Orients“ und „Paris des Ostens“, „Grande Dame“, aber auch „Sündenbabel“, „Hure des Orients“, „Moloch“ sind gängige Synonyme für Shanghai, die damals auf ähnlich dynamische, gegensätzliche und beeindruckende Entwicklungen schließen lassen, wie sie heute ebenfalls anzutreffen sind. So findet sich beispielsweise in Aldous Huxleys Tagebuchaufzeichnungen von 1926 folgende Beschreibung:

*„I have seen places that were, no doubt, as busy and as thickly populous as the Chinese city in Shanghai, but none that so overwhelmingly impressed me with its business and populousness. In no city, West or East, have I ever had such an impression of dense, rank richly clotted life. [...] It is life itself. [...] So much life, so carefully canalised, so rapidly and strongly flowing - the spectacle of it inspires something like terror.”<sup>4</sup>*

- 1 Der Shanghaier Hafen ist der weltweit schnellstwachsende Hafen; spätestens 2020 soll dort der größte Tiefsee-Container-Hafen der Welt sein.
- 2 Die neue Hangzhou Bay Bridge zwischen Shanghai und Ningbo ist 36.000 Meter lang. Mitte 2008 soll diese für den Verkehr freigegeben werden.
- 3 Im Chinesischen ist Shanghai eine feminine Stadt, was sich durch das Radikal „nü“ und eine Vielzahl von Attributen ausdrückt. Der Name Shanghai heißt wörtlich übersetzt: „auf das Meer hinaus“.
- 4 A. Huxley, Jesting Pilate: The Diary of a Journey, London 1926, S. 241-242.

Andere Darstellungen zeichnen ein ähnliches Bild:

*„Die Stadt zerfällt in zwei Teile, in die internationale Niederlassung und in die eigentliche chinesische Stadt, die sogenannte „walled city“, die von der ersteren streng getrennt ist. Hier europäische Kultur, dort, hinter den alten grauen Mauern, Urchina, wie es lebt und lebt. Hier moderne und breite Straßen, beim Eintritt durch das Sing Poh Mun (Neues Nordtor) undefinierbare Gerüche, höchstens einen Meter breite Straßen, ein unentwirrbarer Wirrwarr von engen Gassen und schmalsten Seitenwegen, und nichts als Chinesen, so dicht wie Mückenschwärme. [...] ein nervenzerrütendes Chaos von Armut und Reichtum, Krankheit und Gesundheit, Hühnern, rüudigen Hunden, singenden Vögeln, Sänften, Rikschas [...]“<sup>5</sup>*

Während der Ära Mao Zedong von 1949 bis 1976 wurde Shanghai und ihr Ruf als internationale kapitalistische Hochburg gezielt demontiert und zu einer immer noch westlich ausgerichteten, kommunistischen Kommune umgewandelt. Wirtschaftlich unterstützte die kommunistische Regierung Shanghai während der Kulturrevolution aber nachdrücklich, während andernorts die Wirtschaft komplett kollabierte. Nach Maos Tod wurde Shanghai für diese bevorzugte Behandlung – und weil die geächtete Viererbande aus Shanghai kam – gestraft und nicht wie andere Regionen Chinas wirtschaftlich dezentralisiert und liberalisiert. Shanghai als Wirtschaftsmacht sank daraufhin bis 1990 vom ersten auf den zehnten Rang ab.

Seit Deng Xiaoping Shanghai 1992 offiziell rehabilitierte, befindet sich die Metropole auf einer rasanten Aufholjagd, um an den Glanz vergangener Zeiten durch Glamour in der Zukunft anzuknüpfen. Symptome einer an Superlativen orientierten Entwicklung sind insbesondere:

- eine Verzwölfachung der mehr als achtgeschossigen Hochhäuser,<sup>6</sup>
- eine achtfache Verlängerung des gesamten Straßennetzes,<sup>7</sup>
- eine Verdreifachung der Anzahl öffentlicher Busse,<sup>8</sup>
- eine mehr als Vervierfachung des Taxiaufkommens,<sup>9</sup>
- eine Versechsfachung der zugelassenen Privatautos,<sup>10</sup>
- ein zeitweiliger Einsatz eines Viertels sämtlicher Baukräne der Welt,<sup>11</sup>

5 F. Baumann, Shanghai, das „Paris des Ostens“, in: Das große Weltpanorama 1915.

6 Zum Vergleich: 1990 gab es in ganz Shanghai nur 748 Hochhäuser, heute etwa 12.000, davon mehr als 3.000 mit mehr als 20 Stockwerken (vgl. Shanghai Statistical Yearbook 2007).

7 Die Verachtfachung entspricht einer Neubaulänge von 11.500 Kilometern (Shanghai Statistical Yearbook 2007).

8 Das entspricht einem Anstieg der Busanzahl von 5.341 im Jahr 1990 auf 17.284 im Jahr 2006 (Shanghai Statistical Yearbook 2007).

9 Das entspricht einem Anstieg der Taxen von 1990: 11.298 auf 2006: 45.959 (Shanghai Statistical Yearbook 2007).

10 Die Anzahl der zugelassenen Privatautos wird künstlich unter 1,4 Millionen gehalten.

11 P. Knutson, Die Benefits des Schlechten, in: archplus 168 (Chinesischer Hochgeschwindigkeitsurbanismus), 2004, S. 52-55.

- ein durchschnittliches BIP Wachstum von 12% seit 1990,
- groß angelegte Umsiedlungen und Abrisse von teilweise ganzen Straßenzügen und Vierteln,<sup>12</sup>
- das Aufbrechen der Staatsunternehmen<sup>13</sup> und rasante Privatisierung.

Schnell wird deutlich, dass diese Entwicklungen weitreichende Auswirkungen auf den urbanen Gesamtkomplex Shanghai haben, da die Implikationen vielseitig verwoben sind. Wirtschaft, Städtebau, Politik, gar die chinesische Kultur, und vor allem der Mensch als Mittelpunkt, alle agierend und reagierend, mitgezogen und beschleunigt durch Prozesse der Globalisierung, finden sich in einem urbanen Raum wieder, der immer weniger überschaubar scheint.

## 2. „Ecdynamik“

Im Zuge der Auseinandersetzung mit eben diesen heutigen Phänomenen und deren Verstrickung wird deutlich, dass es eines Beschreibungsinstrumentariums bedarf, das wirtschaftliche, gesellschaftliche, städtebauliche und historische Entwicklungen und Phänomene in Bezug zum Individuum, das sich in Shanghai aufhält, zu setzen vermag. Daraus ist das Konzept der „Ecdynamik“ entstanden.<sup>14</sup> Zusammengesetzt aus den Komponenten „ékdysis“<sup>15</sup> (für Häutungsprozesse) und „Dynamik“ vermittelt das Konzept eine analysierende Zusammenschau diffus verwobener Muster und Phänomene in megaurbanen Räumen. Der Begriff der „Ecdynamik“ soll so als methodisches Instrumentarium fungieren, scheinbar omniprésente Widersprüchlichkeiten und „Unfassbarkeiten“ zu einem Mosaik der Vielfalt zusammenzufügen. Häutungsprozesse beschreiben – wie bei Schlangen – den Wandel, nur im gegebenen Fall nicht den eines natürlichen, sondern eines gesellschaftlichen „Organismus“: die Transformation der urbanen Strukturen Shanghais. Die gewachsenen Strukturen sind zu eng und bieten nicht genügend Raum für die gewandelten und angestrebten Verhältnisse. Shanghai, im Wachstum begriffen, vergrößert sich und weitet sich unweiger-

12 Insgesamt waren innerhalb der letzten zehn Jahre ca. 2,8 Millionen Shanghaier gezwungen, aus dem Zentrum wegzuziehen; insgesamt wurde eine Wohnfläche von mehr als 40 Millionen Quadratmetern in den neun Innenstadtdistrikten abgerissen.

13 Damit einher ging der Wegfall der so genannten „eisernen Reisschale“, der lebenslangen Versorgung über die Danwei, der Arbeits- und Lebenseinheit. Dieser Wegfall stellt die Regierung und die Menschen heute vor große Probleme, was Fragen der Alters- und Gesundheitsversorgung angeht.

14 Vgl. umfassend S. Schoon, Shanghai XXL. Alltag und Identitätsfindung im Spannungsfeld extremer Urbanisierung, Bielefeld 2007.

15 Der Begriff „ékdysis“ kommt aus dem Griechischen und bedeutet „Hinauskriechen“. In der Biologie beschreibt „Ekdysis“ oder „Ecdysis“ periodische Häutungsprozesse bei Schlangen. Diese Häutungsprozesse finden regelmäßig statt, solange sich die Tiere im Wachstum befinden. Die alte Haut wird abgestreift und darunter kommt eine neue, dehnungsfähigere zum Vorschein, die sich der veränderten, weiter wachsenden Form des Tieres anpasst.

lich aus. Dazu wird das Überkommene verdrängt, um Neuem Platz zu machen. Dennoch verliert sich das „Gesicht“ der Stadt nicht. Shanghai ist schon seit der Kolonialzeit ein städtebaulicher Hybrid: die Unterteilung in Internationale Niederlassung, Französische Konzession und so genannte „Chinesenstadt“ spiegelt sich bis heute in architektonischen und planerischen Unterschieden wider. Neu hinzugekommen sind gläserne und stählerne „Skelettfortsätze“ in Form riesiger Wolkenkratzer und anderer Prestigebauten von renommierten Architekten aus aller Welt, allerdings immer auch mit Stilelementen chinesischer Charakteristik.

Dank enormen wirtschaftlichen Potentials, politischer Strukturen, die diese extremen Formen des Wandels fördern und globaler Entwicklungen, die ebenfalls als Katalysator wirken, kann beim ecdynamischen Raum plakativ von einer Synthese von Parteidiktatur, Kapitalismus und Globalisierung mit einem Zusatz von „Konfuzianismus“ und „Kommunismus“ gesprochen werden, die zum Extrakt „Sozialismus chinesischer Prägung“<sup>16</sup> verdichtet wird.

Der implementierte Ansatz des ecdynamischen Raumes versucht nicht, für alle in ihm auftretenden Abläufe und Phänomene eine umfassende und allgemeingültige Erklärungsformel bereit zu stellen, denn gerade von der Hybridität seiner Gesamtheit, von den Widersprüchen und Ungereimtheiten wird der ecdynamische Raum geradezu dynamisiert. Die extreme „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ drückt sich unter anderem in der Architektonik, spezifisch urbanen Prozessen, aber auch im Bewusstsein der Menschen aus. Die Stadt Shanghai ist durch eine nicht greifbare Komplexität charakterisiert.

Der ecdynamische Raum wächst aus sich selbst heraus. Prozesse der Häutung lassen den Eindruck entstehen, aus den Abrissruinen erwachsen tatsächlich neue Gebäude. Die Rasanzenz, mit der in Shanghai Neubauten aus dem Boden sprießen, ist enorm. Altes, aus westlicher Sicht als schützenswert empfundenes Kulturgut wird nicht restauriert oder saniert, sondern abgerissen und im gleichen Stil neu errichtet. Das dynamische Weltbild chinesischer Kultur betrachtet Vergänglichkeit von jeher als unausweichliches Charakteristikum aller weltlichen Dimensionen. Deshalb zeichnet sich in China der Umgang mit Tradition durch Pragmatismus und Adaptationsfähigkeit aus. Ursprüngliches wird neu aufbereitet und kann somit leicht an die sich wandelnden Umstände angepasst werden. Gewachsene Strukturen sind damit kein Hindernis für neue Strukturen und Pläne. Flexibilität im Zuge von Entscheidungsprozessen und anschließende konsequente Durchsetzung vielversprechender Projekte, die zugunsten situativ gesetzter Interessen und Personen prioritär behandelt werden können, sind charakteristisch für Ecdynamik. Man kann auch von einem Raum sprechen, der – in

16 Die Formel „Sozialismus chinesischer Prägung“ (zhongguo tese shehuizhuyi) wurde auf dem 13. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas 1987 erstmals formuliert und seitdem immer wieder gerne von chinesischen Politikern herangezogen, denn es wird bisher konsequent vermieden zu definieren, was genau mit der Erweiterung „chinesischer Prägung“ gemeint ist.

politischer, wirtschaftlicher und städtebaulicher Hinsicht – nicht langfristig und stringent geplant wird, sondern wo teilweise als Folge von ad-hoc-Entscheidungen und der Durchsetzung ökonomischer oder prestigeorientierter Interessen „Mutationen“ originaler Planungen in Kauf genommen werden.<sup>17</sup>

Die sozialen Implikationen, die die beschriebenen extrem dynamisierten Prozesse mit sich bringen, sind enorm.<sup>18</sup> Sechzehn Jahre befindet sich Shanghai nun im forcierten Aufbruch. Ereignisse wie die Weltausstellung 2010 in Shanghai (Motto „bessere Stadt – besseres Leben“) sind Motoren einer Wandlung, die zugleich Wirkungsmacht bedeuten. Dass sich die Stadt verbessert, darüber ist sich die Mehrzahl der Shanghaier Bewohner einig. Ob sich aber für alle auch ein besseres Leben daraus ergibt, ist fraglich. Gewiss sind drei Millionen Zwangsumgesiedelte, die sich heute an der Peripherie wiederfinden, weil sie sich die exorbitant gestiegenen Immobilienpreise und Mieten im Stadtzentrum nicht leisten können, nicht zu den Gewinnern dieser Entwicklungen zu zählen. Es bestehen starke Gentrifizierungstendenzen; Reiche und eine wachsende gut situierte Mittelschicht siedeln sich entsprechend in den Neubauten im Innenstadtbereich an. Die ärmere Bevölkerung wird nach und nach verdrängt. Noch heute ist im Zentrum Shanghais ein immenses Wohlstandsgefälle zu verzeichnen, teilweise nur wenige Straßenzüge voneinander getrennt. Es gibt zahlreiche Familien, die für die Ernährung einer Person pro Woche so viel einkalkulieren, wie nebenan im „Xintiandi“, einem rekonstruierten Luxus-„lilong“-Viertel, in dem sich die neue Shanghaier Jeunesse verlustiert, für einen Cappuccino verlangt wird. Die Differenzen in den Wohnkomplexen sind ebenfalls ausgeprägt: Von Luxusvillen hin zu mit Wellblech ausgebesserten Hütten ohne sanitäre Einrichtungen bedarf es manchmal nur der Umrundung einer Straßenecke. Der Abriss der nicht repräsentativen Gebäude ist eine Frage der Zeit, nicht der Planung. Auf dem Modell Shanghais, das sich im Stadtplanungsmuseum am Volksplatz befindet, sind heute schon viele Straßen und Häuser nicht mehr zu entdecken.

Im dichtest besiedelten Gebiet Shanghais – im Huangpu-Distrikt – leben ca. 50.000 Menschen auf einem Quadratkilometer. In dieser Zahl sind nur die tatsächlich registrierten Bewohner inbegriffen; von einer noch höheren Dichte kann ausgegangen werden, da sich die Zahl der Wanderarbeiter in Shanghai auf ca. vier Millionen beläuft.

Aus den vorangegangenen Beschreibungen lassen sich einige Merkmale Shanghais herauschälen:

- Der ecdynamische Raum ist ein Raum, in dem der Wandel in seiner Permanenz eine Determinante urbanen Lebens ist.
- Das Bild eines mächtigen und reichen China wird als Metapher „Shanghai“ medial aufbereitet und um die Welt geschickt, so dass sich das Super-Stereotyp der Megametropole der Zukunft verfestigt.

<sup>17</sup> Vgl. S. Schoon (s. A 14), S. 50-51.

<sup>18</sup> Vgl. hierzu ausführlich S. Schoon (s. A 14), S. 36-46 und 62-67.

- Das Postulat des Modernen negiert bzw. schwächt den Überlebenswillen des Traditionellen.
- Die Rasanz der Entwicklungen auf allen Ebenen zieht ein Konglomerat an Veränderungen nach sich, dessen Komplexität in dieser Schnelligkeit nicht erfasst werden kann.
- Dies alles findet in einem extrem verdichteten urbanen Raum statt.

### 3. Atmosphären als Spiegel einer ecdynamischen urbanen Welt?

Die skizzierten Wandlungen im urbanen, gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Raum der Stadt Shanghai werfen die Frage auf, wie sich in einer derart komplexen Welt Atmosphären äußern. Nach Hermann Schmitz sind „Gefühle räumlich, wenn auch ortlos, ergossene Atmosphären“.<sup>19</sup> In einer ethnologischen mikroperpektivischen Studie wie der, die diesem Artikel zugrunde liegt, werden unterschiedlichste Wahrnehmungen unterschiedlichster Personen zu einem fragmentarischen Mosaik der Vielfalt zusammengeführt. Diese Wahrnehmungen sind mannigfaltig, sind immer Wahrnehmungen des Raumes, von Atmosphären, der Anderen, ebenso aber auch ein Spiegel der Selbstwahrnehmung. Werden Gefühle nun im Sinne von Schmitz ganzheitlich gedacht, müsste es möglich sein, über deren Interpretation zu einer Annäherung an Shanghaier Atmosphären zu gelangen.

Da Gefühle auch (wenngleich nicht allein) durch Sprache geäußert werden, sollen im Folgenden auf dem Hintergrund der Schilderung einiger grundlegender Rahmenbedingungen im Wandel der Stadt Shanghai dort lebende Individuen „in einem Feld mannigfaltiger Diskurse“<sup>20</sup> zu Wort kommen. Die zitierten Aussagen vermögen Umrisse von Atmosphären und Stimmungen zu zeichnen, die dem (massen-) touristischen Besucher Shanghais im Allgemeinen vorenthalten bleiben.

Die in Shanghai lebenden Menschen lassen sich grob unterteilen in Shanghaier und Zugezogene, wobei bei Zugezogenen noch differenziert werden muss, ob diese schon in der zweiten Generation in Shanghai leben oder erst neu dazu gekommen sind. Shanghai ist seit altersher eine Migrantenstadt, die aufgrund ihrer privilegierten Situierung als Magnet wirkt. Aus allen Teilen Chinas kommen täglich neue Menschen auf der Suche nach Arbeit in die Metropole. Die Wirkungen, die die genannten Superlative auf Menschen haben, die teilweise aus ländlichen Regionen und damit völlig konträren Lebenskontexten kommen, haben mitunter den Charakter eines Quantensprungs. Exemplarisch sollen einige „Zugezogene“ (polyphon) zu Wort kommen und ihre Eindrücke schildern:

19 H. Schmitz, Der Gefühlsraum unter anderen Raumstrukturen, in: Geographische Zeitschrift, 87. Jg., Heft 2/1999, S. 110.

20 J. Clifford, Über ethnographische Autorität, in: E. Berg / M. Fuchs (Hrsg.), Kultur, soziale Praxis, Text. Die Krise der ethnographischen Repräsentation, Frankfurt a.M. 1999, S. 109-157, hier S. 142.



**Abb. 1a:**  
 Shen Jieying, „More Bam-  
 boo Poles in Lanes“ (li.),  
 Zhang Yingyu, „More Roads  
 Remolding“ (re),  
 aus: D. Liu / Q. Huang,  
 Shanghai baiduo. A Mosaic  
 of Mores in New Shanghai,  
 Shanghai 2001.

LS: „An meinem ersten Tag in Shanghai fand ich die Stadt extrem groß, grenzenlos, kein Ende in Sicht. Wenn ich den Kopf gehoben habe, sah ich den blauen Himmel und die Wolkenkratzer. Auf jeden Fall waren mir die Himmelsrichtungen völlig unklar, als ich an meinem ersten Tag in Shanghai aus dem Zug stieg. Aber die Gebäude hier sind definitiv schön, besser als in normalen Städten. Schließlich ist es eine internationale Metropole, auch die chinesische Großstadt mit den meisten Einwohnern. Shanghai ist in jeder Hinsicht fortschrittlicher als andere Städte.“

YY: „Ich fand diesen Ort wunderschön, ich habe geseufzt angesichts der Bauten, die sind wirklich außergewöhnlich. Auf den Straßen so viele Menschen, wenn du zwischendrin herumläufst, ist alles so laut und lebendig, sehr lustig. Und du fragst dich, ob du an diesem Ort Fuß fassen kannst. Wenn du an diesem Ort aussteigst, kann es dir hier später sehr gut gehen.“

PY: „Wenn ein Junge vom Land nach Shanghai kommt, gerade am Anfang ist er es überhaupt nicht gewöhnt, nach und nach wird er immer mehr fasziniert von der Metropole, in der er lebt. Das Gefühl sagt einem letztendlich, dass das Stadtleben ziemlich gut ist, deswegen fühle ich wohl den inneren Drang, der mich dazu bringt, immer weiter bergauf zu laufen.“

WS: „Shanghai ist sehr schön, es gibt hier viele Möglichkeiten, aber es gibt hier auch viele Fallen.“

LQ: „Ich finde, Shanghai ist nicht so, wie ich es mir vorgestellt habe. Ich hatte eine perfekte Vorstellung davon. Ich habe immer gedacht, dass hier alles gut werden würde, aber so gut ist es nicht.“

JJ: „Mein Gefühl scheint, ich finde halt, dass die Regierung immer an die einfachen Leute denkt. Die so genannten Stadtbewohner-Interessen stellen sie an höchste Stelle. Zumindest ist die Propaganda nach außen hin in diesem Sinne. Das lässt mich gegenüber dieser Stadt Zuversicht empfinden, deshalb bin ich auch bereit, in dieser Stadt zu wohnen. [...] Meiner Meinung nach ist diese Stadt ständig im Wandel, die Regierung strengt sich immer an, etwas zu machen, lässt die Stadt immer noch besser/schöner werden oder will sich den Stadtbewohnern mehr verbinden, verbessert das Leben der Stadtbewohner.“

**Abb. 1b:**  
 Fang Hua, „More Craze  
 at Stock Market“ (li.),  
 Zheng Yi, „More DINK  
 Families“ (re.), aus:  
 D. Liu / W. Huang  
 (s. Abb. 1a).



JY: „Sie kommt mit modernen Dingen in Kontakt. Wenn du nicht nach Shanghai kommst, dann wirst du es bis an dein Lebensende bedauern. Es gibt so viele Aspekte. Sie verdient es, dass wir jungen Leute, dass die neue Generation kommt und in ihr aufgeht. Egal, ob es um gesellschaftliche Aspekte oder die Arbeit geht. Es gibt so viel, was man aufnehmen kann. Deswegen finde ich Shanghai ziemlich gut.“

A: „Shanghai kann nur ein Sprungbrett, eine Chance sein. Sie gibt mir eine Chance, aber ich bin noch nicht in ihr aufgegangen. Meiner Ansicht nach sind die meisten Menschen nicht mit dieser Stadt verschmolzen, da sie keine Möglichkeit haben, jemals vollkommen in ihr aufzugehen.“

XX: „Ich fand, Shanghai war wunderbar. Im Fernsehen wurde eine Stadt der Ausschweifungen gezeigt und wunderschöne Gebäude. Das wollte ich mir selbst ansehen. Also bin ich mitsamt meinen Idealen und Träumen nach Shanghai gekommen. Als ich ankam, dachte ich, Shanghai sei ein endloses Meer von Menschen. Es waren so viele Menschen, die in die U-Bahn und in die Busse wollten. Und alle sahen schöner aus als ich. Alle haben besser geredet als ich. [...] Ich mochte diesen Ort der Herausforderung sehr. Als ich aus dem Zug stieg, fragte ich mich, wo in dieser endlosen Masse von Menschen mein Platz ist.“<sup>21</sup>

Symbolische Verknüpfungen Shanghais mit dem Meer (vgl. das letzte Zitat) finden sich in der chinesischen Literatur zuhauf. Schon der Name Shanghai („auf das Meer hinaus“) lässt viele Wortspiele zu diesem Konnotationsfeld zu. So heißt es beispielsweise: „Shanghai ist ein Meer.“ Wenn du in dieses Meer springst, wie willst du darin schwimmen? Wirst du ertrinken oder erfolgreich ans Ufer schwimmen?“<sup>22</sup> „Auf das Meer hinaus fahren“ (xiahai) heißt auch: „von einem Amateur zum Profi werden“, auf Shanghai bezogen also, sich im Meer Shanghai zurecht zu finden lernen.

Den eigenen Platz zu finden bzw. „erfolgreich ans Ufer zu schwimmen“, ist besonders für Zugezogene ohne hohe Schulbildung schwierig, denn der Konkurrenzdruck inner-

21 Auszüge aus S. Schoon (s. A 14), S.127-130.

22 Übersetzt aus L. Zhang, *Qianwan bie lai Shanghai. About Shanghai*, Shanghai 2003, S. 17.

halb Shanghais ist hoch. Auf eine Lebensgeschichte soll hier ein Schlaglicht fallen:

XX: *„Ich habe Leute sagen hören, dass Shanghai sehr gut sein soll. Ich hatte damals in Shanghai nicht einen einzigen Freund oder Verwandten. Ich hatte nur eine Tasche. Meine Mutter hatte mir eine große Tasche voll Tee-Eier gekocht, ungefähr dreißig Tee-Eier. So bin ich gegangen. Meine Mutter hat mich [zum Bahnhof] begleitet und den ganzen Weg über geweint. Sie wollte mich nicht gehen lassen. Sie sagte, so jemand wie ich, ohne Bildung und ohne Rückhalt, was soll der schon machen. Sie hatte Angst, dass mich da draußen alles einschüchtert. Aber ich wollte raus und mich herausfordern. [...] Jeden Tag war ich von morgens bis abends unterwegs. Das habe ich drei Jahre lang gemacht. In Shanghai hatte ich immer noch keine Freunde, keine Verwandte. [...] Ich habe sehr gelitten. Wenn die Geschäfte gut liefen, ging es. Wenn die Geschäfte nicht gut gingen, hatte ich eine harte Zeit, dann habe ich an meine Mama zu Hause gedacht. Wenn man so einem starken Druck ausgesetzt ist, fühlt man sich psychisch/im Herzen unwohl. Es war bitter, niemanden zu haben, mit dem man sprechen konnte, oder dass ich nicht einfach völlig natürlich meine Freunde anrufen konnte. Mein erstes halbes Jahr in Shanghai habe ich geweint. Es war grundsätzlich hart und der Druck sehr stark.“*

In China gilt das Prinzip der „guanxi“ (Beziehungen). Dabei handelt es sich um ein Konzept, das gesellschaftliches Miteinander organisiert.<sup>23</sup> Personen, die ohne „guanxi“ nach Shanghai kommen, haben einen sehr schweren Stand:

XX: *„Ich habe also gesagt, wenn ich schon mal hier bin, dann riskiere ich auch etwas, egal ob das Leben oder Tod bedeutet. Erst einmal etwas riskieren und dann weiter sehen.“*

Mit „guanxi“ jedoch vereinfachen sich Prozesse und weiterführende Interaktionen, und wer in der Lage ist, sich in Shanghai ein „guanxi“-Netz aufzubauen, dessen Chancen steigen, sich erfolgreich einen Platz oder eine Nische innerhalb der Metropole der vielfältigen Möglichkeiten zu suchen:

XX: *„Erst nachdem ich da raus gekommen bin [keinen Handel mehr getrieben habe], habe ich Freunde mit unterschiedlichem Status gefunden. An ihrer Seite habe ich eine Menge gelernt, ich habe die schlechten Seiten an mir abgelegt und von ihren Stärken gelernt, um mich selbst zu perfektionieren.“<sup>24</sup>*

Die schwer beschreibbare Komplexität Shanghais mündet in eine blumige Metaphorik, die typisch ist für die chinesische Kultur. So wird der ecdynamische Raum auch als „Topf mit Suppe, der brodelt/überkocht“<sup>25</sup> umschrieben. In dieser Suppe sind tausend Zutaten, und jeder kann darin fischen und etwas finden, was ihm schmeckt. Gerade auf

23 Dieses Konzept ist im Westen mit dem so genannten „Vitamin B“ vergleichbar. Über ein Beziehungsnetzwerk erleichtern sich in China viele Prozesse.

24 Auszüge aus S. Schoon (s. A 14), S.155-158.

25 L. Zhang (s. A 22), S. 19.

die dynamische Beziehung zwischen der Stadt Shanghai und ihren zugezogenen Bewohnern „passt“ diese Metapher in besonderer Weise. Was in den USA als „Tellerwäschertraum“ metaphorisiert und idealisiert wird, spiegelt für die Situation des heutigen Shanghai eine beinahe reale Perspektive wider: Der reichste Mann Shanghais soll noch nicht einmal über den Grundschulabschluss verfügen.<sup>26</sup>

Das Verhältnis zwischen Shanghai und seinen Einheimischen stellt sich von einer anderen Seite dar, aber – teilweise – nicht minder metaphorisch:

VC: „Shanghai hat unheimlich viele Farben. Es ist nicht so wie im Shanghai der 30er Jahre, sie hat unglaublichen Charme. Wie das Rot von Tee, wenn er lange zieht. In den 60ern gab es nur schwarz-weiß. Aber das heutige Shanghai ist farbenprächtig, sehr poppig, es hat sich in ein Orange gewandelt, sehr leuchtend. Das kann jeder sehen. Ich finde, der Shanghaier Geschmack war früher wie Teegeschmack: bitter. Langsam wird er süß. Das heutige Shanghai ist wie ein Cocktail, denn viele verschiedene Länder sind nach Shanghai gekommen, deshalb gibt es unterschiedliche Geschmäcker, Gefühle. [...] Von der Straße, auf der ich nach Hause fahre, habe ich früher nichts gedacht, aber jetzt ist sie zum Schönen verändert worden. Die alten Häuser sind durch neue ersetzt. In einem Jahr ändert sie ihr Aussehen einmal, in drei Jahren ist sie total verändert. Plötzlich siehst du nicht mehr die Dauer eines Jahres, du siehst einfach nur, dass sie sich verändert hat. Die Entwicklung ist zu schnell. Ich mag das Gefühl und bin es auch gewohnt. Ich denke, die heutigen Shanghaier nehmen neue Dinge sehr schnell auf/an, vielleicht sogar schneller als Menschen aus entwickelten Ländern. Für mich ist plötzliche Veränderung etwas ganz Natürliches. Für mich ist im Gegenteil eine Verlangsamung des Rhythmus ungewohnt. Junge Leute mögen dieses Gefühl der Schnelligkeit. Sie [Shanghai] verändert sich unaufhörlich.“

Q: „Ich finde, Shanghai ist innerhalb Chinas eine recht offene Stadt, egal, ob es um Kultur oder Wirtschaft geht, in jeder Hinsicht ist sie offen. Das gibt dieser Stadt Energie/Vitalität. Was ich am meisten fürchte, ist eine Stadt, die vollkommen homogen ist, wenn alles, was du siehst, gleich ist. Wenn du keine Vielfalt siehst. Wenn alles ein-



Abb. 2a: Gu Jin, „More Modern High Rises at Pudong“ (o.), Lu Huiming, „More Hypocrisy Among People“ (u.), aus: D. Liu / W. Huang (s. Abb. 1a).

26 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.09.2003 (Nr. 209), S. 45.



**Abb. 2b:** Shen Xiaoying, "More Rush of the Subway Crowd" (o.), Xu Zhe, "More Packing Crowds on the Bus at Rush Hours", Yuan Lin, "More Football Fans in Blue" (u.), aus: D. Liu / W. Huang (s. Abb. 1a).

farbig ist, dann ist diese Stadt kein gutes Umfeld. Wenn sie verschiedene Farben hat, dann hat sie Vitalität. Jeden Tag ist irgendetwas anders. Ich finde, das ist etwas Besonderes an Shanghai.“

LJ: „Shanghai ist eine sehr effektive Stadt, sie lernt besonders gern. Sie nimmt unterschiedlichste Dinge auf und transformiert sie so, dass sie ihr passen. [...] die positiven Mechanismen lassen diese Stadt vielfältig/bunt werden. Aber durch die negativen Mechanismen fühlen sich die Menschen verloren. Obwohl jemand alles hat, hat er im Grunde doch nichts.“

Q: „In Shanghai siehst du nichts Chinesisches. Ich finde, das ist eine echte Schwäche. Shanghai ist eine so große, entwickelte Stadt, und zudem strömen so viele Dinge in sie hinein, aber ein sehr großes Problem könnte sein, dass du keine eigenen Dinge hast. [...] Shanghai hat das nicht. Das, was du siehst, ist die Substanz. Hier gibt es viel Kultur, aber sie haben alles zusammen gewürfelt. Shanghai ist eine Stadt ohne Kultur. Shanghai hat keine Wurzeln. Du kannst sie sehr schnell verändern und du kannst sie zum Guten verändern. Du kannst sehen, wie sich unterschiedliche Dinge in Gutes verwandeln. Genauso ist es mit der Stadt. Wenn du keinen Platz findest, der zu dir passt, kannst du dir von hier was holen, von dort was holen, und auch von dort was holen. Ich weiß nicht, ob die gesamte Shanghaier Stadtplanung so ist. Ihr fehlt die Soziologie und andere Studien. Bis auf tolle Bauwerke und wirtschaftliches Wachstum hat die Stadt nichts Gutes für ihre Menschen. Ich finde, das ist auch ein sehr großes Problem.“

MY: „Shanghai ist eine Stadt, die das Alte und Neue miteinander verbindet. [...] ich finde, je mehr sich die Stadt verändert, desto mehr zu ihrem Vorteil. [...] Es ist sicher so, dass sich die Stadtregierung sehr viele Gedanken um die einfachen Leute macht.“

DD: „Es ist nur ein Wandel der Erscheinung, tatsächlich hat sich der Spirit nicht geändert, es ist nur ein oberflächliches Phänomen. Von ihrem Wesen hat sie sich nicht verändert, nur die Hülle hat sich verändert. The core Shanghai is ... ihr Rang/ihre Stellung, ihre vielseitigen Qualitäten und ihre Nationalität, das umfasst ihr Herz.“

LY: „Shanghai ist besonders gut darin, fremde Dinge aufzunehmen. [...] Veränderungen: Wenn du in permanenter Veränderung lebst, dann wird das zum Alltäglichen, denn es war schon immer so...“

ZJ: „Du gehst abends schlafen und wenn du am nächsten Morgen aufstehst, hat sich etwas verändert, warst du irgendwo zwei bis drei Wochen nicht mehr, dann hat sich dort schon wieder alles verändert.“<sup>27</sup>

Wandel und Adaptationsfähigkeit sind zentrale Aspekte, die ansässige Shanghaier mit ihrer Stadt verbinden. Extreme Vertikalität, verschärfte Differenzen alltäglicher Lebenswelten, Anpassen an dominante Lebensrhythmen, permanente Verschiebung der Blickachsen. In wenigen Fällen werden diese Konstituenten des ecdynamischen Raumes als negativ empfunden. Wandlungsvermögen, die Konstanz der Veränderungen ist Normalität geworden, Verlangsamung wäre ungewohnt. Allein die Rasanz begründet in mehrfacher Hinsicht subjektive Probleme.

Auffällig ist immer wieder die Personifizierung Shanghais oder die persönliche Beziehung, die zu der Metropole hergestellt wird. So liest man bei Zhang Luya nichts von einem von Baustellen durchsetzten urbanen Raum, der sich in einem transitorischen Prozess befindet, sondern die Feststellung: „Shanghai ist wie ein Mädchen, das zu Hause gerade ihr Make-up auflegt, aber noch nicht fertig geschminkt ist. Sie kann sich so noch nicht sehen lassen.“<sup>28</sup> Wang Qian beschreibt Shanghais Bedeutung für die Menschen folgendermaßen: „Für [Männer] ist [Shanghai] der Traum von Reichtum und erfolgreichen Geschäften. In den Augen der Frauen ist Shanghai ein schwebendes Aroma, eine intensiv duftende Meeresblume.“<sup>29</sup>

Die zitierten Beschreibungen weisen auf eine affektive Verbindung zwischen Shanghai und ihren Bewohnern hin. Shanghai wird nicht als rein funktionalistischer Lebensraum, sondern als atmosphärisch stark aufgeladener ecdynamischer Raum beschrieben, dessen Vitalität, Dynamik und Vielfalt subjektiv ergreift und mit dem Stolz erfüllt, Teil des Ganzen zu sein. Deshalb münden viele persönliche Beschreibungen auch in eine so anmutende Form. Dennoch entgehen dem Blick auf Shanghai keineswegs die Schattenseiten der Stadt. Der Facettenreichtum wird kaleidoskopisch betrachtet, und irgendwann gelangen auch die nachteiligen Aspekte des chaotisch-mannigfaltigen Gebildes „Shanghai“ in das Blickfeld des Betrachters. Smog, Lärm, Schmutz, Gestank, Konkurrenzdruck, extreme soziale Disparitäten, Rücksichtslosigkeit seien als exemplarische Negativbeispiele des Urbanisierungs- und Globalisierungsprozesses genannt. Auch sie haben starken Einfluss auf atmosphärische Wahrnehmungen und Stimmungen.

27 Auszüge aus S. Schoon (s. A 14), S. 123-127.

28 Übersetzt aus L. Zhang (s. A 22), S. 27.

29 Übersetzt aus Q. Wang, *Bie na Shanghairesh shuo shi* (Lass [Dir] nichts von Shanghaiern erklären), Shanghai 2003, S. 261.

Eine überdimensionierte atmosphärische Ergriffenheit, die insbesondere die junge Generation erfasst, und derer sie sich kaum entziehen kann, hat zwei Pole.<sup>30</sup> Der eine ist das Elternhaus, das in den meisten Fällen stellvertretend steht für tradierte Werte und Normen. Der entgegengesetzte Pol ist der ecdynamische Raum Shanghai, der für marktorientierte Logik, Moderne, Konkurrenzkampf u.a. steht. Die jungen Shanghai, die noch bei ihren Eltern leben, sehen sich gezwungen, sich in einer triadischen Konstellation zu bewegen, wenn sie ihre eigenen Interessen berücksichtigen wollen. Sie sind beiden beeinflussenden Kräften ausgesetzt. Von beiden Seiten erhalten sie Impulse, zwischen denen sie vermitteln müssen. Die Brisanz dieses Manövrierens resultiert aus dem Dilemma, dass einerseits die Eltern ihre Kinder dazu erzogen haben, ihre „alten“ Werte und Normen anzunehmen. Andererseits gehörte es als Folge der Ein-Kind-Politik Chinas aber auch zu einem zeitgemäßen Erziehungsprogramm, alles für ein erfolgreiches Bestehen außerhalb der Familie zu tun. Nun konfliktieren die Ansprüche eines erfolgreichen Bestehens im ecdynamischen Raum mit denen der elterlichen Erziehung zu traditionellen Werten. Damit steht das Bedürfnis nach individueller Mündigkeit und Entschlossenheit zu erfolgsorientiertem Handeln in einem subjektiv schwierigen Spannungsverhältnis zu dem Wunsch nach gleichzeitiger Einhaltung kindlicher Pietät gegenüber den Eltern (Respektierung tradierter Werte und Einstellungen). Da externen Determinanten jedoch eine wachsende Bedeutung zukommt, können viele junge Shanghai weder im chaotisch-mannigfaltigen Außen Shanghais, noch in den heimischen vier Wänden einen Hort der Ruhe und Zuflucht finden. Im Außen wie im Innen liegt Konfliktpotential. Die (leiblich) dominierenden Regungen sind solche der Engung, denn oftmals scheint es für viele junge Leute in diesen Situationen keinen Ausweg zu geben.<sup>31</sup>

Shanghai hat zwei Seiten. Eine liegt im Schatten, die andere erstrahlt in vollem Glanz. Beide Seiten changieren, da sich der Kosmos der Megapolis fortwährend (und ecdynamisch) verändert und sich das Ganze in immer neuen Formen, Facetten und Fragmenten spiegelt – positive und negative Seiten sind komplex und diffus miteinander verwoben. Wie die Metropole selbst, sind auch sie in einem dauerhaften Wandel begriffen. Ein konsistentes Bild wird sich von Shanghai niemals zeichnen lassen. Die Atmosphären der Stadt sind folglich stets Ausdruck von Momentaufnahmen, in denen sich Fragmente städtischen Erlebens überlagern:

*„Es sind [...] Augenblicke: es sind die Böller am chinesischen Neujahr und die Mondkuchen im Herbst, es sind Oleanderbäume am Straßenrand in voller weißer und rosa Blüte, es sind die Kampferbäume am Bund, die ersten zartgrünen Ginkgoblättchen an*

30 In 50 Interviews mit in Shanghai lebenden jungen Personen zwischen zwanzig und dreißig Jahren ist die Betroffenheit von dem Dilemma, zwischen diesen zwei Polen agieren zu müssen, deutlich spürbar gewesen.

31 Vgl. S. Schoon (s. A 14), S. 222-227, z.B. Daisy Dings Exkurs 3.3.a.



Abb. 3: Smog über Shanghai-City.

*den Bäumen entlang der Siping Lu im Frühjahr, es sind die Melonen- und Ananaspieße im Sommer und das Drachensteigenlassen auf dem People's Square oder auch die Seifenblasen, die dort im Sommer gelegentlich durch die Luft schweben.*

*[...] Kann man sich eine Stadt ‚zähmen‘? Gerade eine Stadt wie Shanghai, wo völlig durcheinander und entschieden ‚ungezähmt‘ wildeste Architekturmodelle aus dem Boden sprießen wie die Pilze? Wo über Nacht ganze Viertel verschwinden? Aber wer sagt schon, was schön ist? Jeder für sich hat eine andere Idee, und ich war hier schon vom JinMao Tower in der Abendsonne genauso verzaubert wie von den leicht verfärbten Shikumen-Häusern in einer warmen Sommernacht. Vielleicht wird andersherum ein Schuh draus: nicht ich habe Shanghai ‚gezähmt‘, sondern die Stadt ist mir vertraut geworden und auf einmal war ich ‚gezähmt‘.*

*Ich kenne einige Gegenfragen ‚was ist mit dem Smog, der Umweltverschmutzung, den Bettlern, dem chaotischen Verkehr, dem Lärm?‘ Ich bin nicht blind dafür, all das existiert, und mir ist auch bewusst, dass alle diese Facetten meiner Stadt genauso zu ihr gehören wie die positiven. Jeder entwickelt seine eigenen Antworten auf diese Dinge - man engagiert sich bei sinnvollen Wohltätigkeitsprojekten, man fährt öfter im Urlaub in die Natur als in Städte, man richtet sich die eigene Wohnung als ‚Nest‘ ein, wo das Chaos keinen Zutritt hat. Für manch einen sind diese Facetten übermächtig, er hält es nicht aus - das ist verständlich [...].<sup>32</sup>*

32 K. Kaehler, Weiche Knie und Kribbeln im Bauch, in: Kolumne auf [www.schanghai.com](http://www.schanghai.com) vom 05.08.2005.

## Der Bahnhof – Ort spürbarer Phasenwechsel<sup>1</sup>

Städtische Großbahnhöfe sind Kristallisationspunkte gesellschaftlichen Lebens. Hier artikulieren sich politische, ökonomische und soziale wie auch weltanschauliche und ästhetische Bewegungen, Kräfte und Widersprüche einer Zeit. Bereits wenige Jahre nach der Errichtung der ersten Verkehrsstationen in den 1830er Jahren entwickelten sich diese zu ökonomisch wie politisch bedeutsamen Verkehrsknotenpunkten und zum „Motor der Stadtentwicklung“. Zur Zeit der Hochindustrialisierung bildeten sich um sie herum bürgerliche und proletarische Quartiere, in denen sich die sozialen Widersprüche des noch jungen Industriekapitalismus offenbarten. Das Leben und Tun innerhalb des Bahnhofs war geprägt durch strenge Verhaltensregeln, Disziplin und eine Separierung der „Klassen“ und zugleich durch Anonymität, soziale Vielfalt und ein gewisses Durcheinander, das sich einer vollständigen Kontrolle entzog. Vor allem in den großen Eingangs- und den Bahnsteighallen wurde ein neuer, urbaner Rhythmus spürbar. Neben dem An- und Abswellen des Reisendenstroms gehörte bald eine Reihe von Lebensäußerungen zum Bahnhofsbild, welche von staatlicher und bürgerlicher Repräsentation über Protest- und Streikaktionen des Proletariats bis hin zu Diebstahl, Prostitution und Suizid reichten.<sup>2</sup>

In Kriegszeiten waren Bahnhöfe Orte von großer militärstrategischer Relevanz und somit bevorzugte Ziele bei Luftangriffen. In den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs zählten sie zu den gefährlichsten Orten. Davon unberührt wurde von hier aus ein wichtiger Teil der Versorgung der städtischen Bevölkerung mittels legalen und illegalisierten Warentauschs organisiert. Nach dem Zweiten Weltkrieg behielt der Bahnhof seinen Charakter als „Treffpunkt der Vielen“ bei, entwickelte sich jedoch „zu einem der ungeschminktesten Schauplätze des alltäglichen gesellschaftlichen Lebens“.<sup>3</sup> Der Aufstieg von Automobil und Flugzeug zu den neuen Ikonen des modernen Zeitgeists

1 Ich danke Herrn Hartmut Fischer vom Amt für Stadtanierung und Denkmalpflege der Stadt Mainz für wertvolle Informationen zur Geschichte des Mainzer Hauptbahnhofs sowie Ana Isabel Buffet Galvez und Katharina Fleischmann für das Korrekturlesen und Rücksprachen in entspannter Atmosphäre.

2 Vgl. C. Wucherpfennig, Bahnhof – (stadt)gesellschaftlicher Mikrokosmos im Wandel. Eine „neue kulturetogeographische“ Analyse, Oldenburg 2006, S. 73 ff.

3 U. Schwarz, „Motion and Emotion“. Bahnhöfe als Traumhäuser der Moderne, in: *Bund Deutscher Architekten / Deutsche Bahn AG / Förderverein Deutsches Architektur Zentrum* (Hrsg.), *Renaissance der Bahnhöfe*. Die Stadt im 21. Jahrhundert, Braunschweig/Wiesbaden 1996, S. 287.



Abb. 1: Mainz Hauptbahnhof, Frontansicht (Foto: C. Wucherpennig).

wie auch eine am Individualverkehr orientierte Verkehrspolitik der 1960er und 70er Jahre prägten der Eisenbahn und den Bahnhöfen das Bild eines fossilen Dinosauriers auf.

Die 1990er Jahre bildeten schließlich einen markanten Wendepunkt in der Bahnhofsentwicklung, welcher primär auf die Gründung der Deutschen Bahn AG zurückzuführen ist. Das aus der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn hervorgegangene Verkehrsunternehmen strebte an, die Funktionalität und Aufenthaltsqualität sowie das Image der Bahnhöfe spürbar zu verbessern. Nahezu flächendeckend wurden und werden vor allem Großbahnhöfe, aber auch kleinere Stationen saniert, modernisiert und mit erweiterten Dienstleistungs- und Konsumangeboten sowie Kontroll- und Überwachungstechnologien ausgestattet. Unter der Prämisse, die Verkehrsstationen zu „multifunktionalen Zentren urbanen Lebens“<sup>4</sup> auszubauen, werden vielerorts auch die Bahnhofsplätze und -umfelder in die Umstrukturierung einbezogen.

Derartige Entwicklungen sollen im Folgenden am Beispiel des Mainzer Hauptbahnhofs ausschnitthaft nachgezeichnet werden. Zunächst wird die Entwicklungsgeschichte des Bahnhofs dargestellt, welche als prototypisch für Großbahnhöfe in (West)Deutschland angesehen werden kann. Den Schwerpunkt bildet die Bahnhofsarchitektur und deren Ikonologie im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext. Auf diese se-

4 DB AG, *Geschäftsbereich Personenbahnhöfe* (Hrsg.), Die Marke Bahnhof, Frankfurt a.M. 1996, S. 5.

miotische Sichtweise folgt ein Perspektivwechsel, in dem die Atmosphären des kürzlich umstrukturierten Mainzer Hauptbahnhofs und damit der ge- und erlebte Raum ins Blickfeld rücken. Hier geht es vornehmlich darum, das Verhältnis zwischen dem Wahrnehmen und Erleben der Atmosphären ausgewählter Bahnhofsbereiche einerseits und deren Wirkfaktoren andererseits herauszuarbeiten. Dabei soll aufgezeigt werden, wie der Atmosphärenbegriff für eine sozialwissenschaftliche Stadtforschung nutzbar gemacht werden kann.

### 1. Mainz Hauptbahnhof – verkehrliche und bauliche Entwicklung

Der Mainzer Hauptbahnhof, der derzeit täglich von etwa 400 Zügen angesteuert und von mehr als 50.000 Reisenden sowie Besucherinnen und Besuchern aufgesucht wird, wurde zwischen 1880 und 1884 als zweiter Mainzer Centralbahnhof errichtet. Am Rande der Altstadt gelegen, ersetzte er den 1853 eröffneten ersten Centralbahnhof am Rheinufer, dessen Verkehrsanlagen dem rasant steigenden Eisenbahnaufkommen nicht mehr gewachsen waren.<sup>5</sup>

Bestand der erste Centralbahnhof aus drei Gleisen und einem bescheidenen Bahnhofsgebäude aus Holz, wurde in der Anlage des zweiten Centralbahnhofs die steigende verkehrliche und gesellschaftliche Bedeutung von Eisenbahn und Bahnhof offenbar: In einer für Großbahnhöfe des späten 19. Jahrhunderts typischen Zweiteilung wurde, der Stadt zugewandt, ein repräsentatives Empfangsgebäude errichtet, hinter dem sich eine 300 Meter lange und 43 Meter breite Perronhalle aus Stahl, Glas und Wellblech – zur Zeit ihrer Erbauung die längste Gleishalle Europas – befand. In den verwendeten Materialien wie auch in der „Aura“ der Perronhalle, welche durch Lärm, Rauch und schnelle Bewegungen geprägt war, manifestierten sich die industriellen und bautechnischen Errungenschaften der damaligen Zeit.<sup>6</sup>

Das Empfangsgebäude trat in einem mondänen Gewand auf (vgl. Abb. 1; das Foto zeigt den Mainzer Hauptbahnhof in seinem heutigen Zustand; die äußere Erscheinungsform des Empfangsgebäudes, rechts im Bild, entspricht weitgehend der ursprünglichen Gestalt). Die im Stil der Neorenaissance gestaltete Fassade mit ihrer strengen Symmetrie und einer bis ins letzte Detail durchdachten Ornamentik (Arkaden in der Tradition der Triumpharchitektur, Säulen, antike Göttergestalten, allegorische Figuren, auf Dampf u. Elektrizität verweisende Engelsgestalten, Siegeskränze etc.) diente vornehmlich dem Repräsentationsbestreben von Bürgertum, politischen Obrigkeiten und der hessischen Ludwigsbahn als Eigentümerin der Bahnanlagen. Auch der halbrunde Bahnhofsvorplatz, an dem sich bald mehrere Hotels ansiedelten, war repräsentativ gestaltet. In der

5 W. Bickel, *Der Siegeszug der Eisenbahn. Zur Bildsprache der Eisenbahn-Architektur im 19. Jahrhundert*, Worms 1996, S. 41 ff.; *ders.*, *Der Mainzer Hauptbahnhof*, in: *PZ Information* H. 5/1997, S. 29.

6 W. Bickel (s. A 5), S. 26; *DB, Pressedienst der BD Frankfurt a.M.* (Hrsg.), *100 Jahre Hauptbahnhof Mainz*, Frankfurt a.M. 1984, S. 18.



Abb. 2: Mainz Hauptbahnhof, Gleisüberbauung (Foto: C. Wucherpfennig).

Mitte befand sich ein mit Rasen, Bäumen und Blumen bepflanztes Rondell, um das herum die Schienen der Pferdebahn verliefen und Droschken, Eisenbahn- und Hotelomnibusse warteten. Das Ensemble von Empfangsgebäude und Bahnhofsvorplatz bildete einen „Schauplatz des bürgerlichen Lebens und hatte die Aufgabe, diesem den stillvollen Rahmen zu geben“.<sup>7</sup>

Verwies die Fassade des Empfangsgebäudes auf den Fortschritt, „der in der Entwicklung des Eisenbahnverkehrs unmittelbar vor Augen stand und hier von jedermann im wörtlichen Sinne erfahren werden konnte“,<sup>8</sup> verhüllte sie zugleich den Blick auf die realen gesellschaftlichen Verhältnisse im Innern des Bahnhofs. Neben einer hohen Eingangshalle, Gepäckräumen und zentralen Dienst- und Verwaltungszimmern befanden sich hier Räumlichkeiten für „hohe Herrschaften“ mit Speisezimmer, Herrschaftssalon, Lichthof u.ä., welche über einen eigenen Zugang verfügten, sowie die Aufenthalts- und Warteräume der 1. bis 4. Klasse. Diese unterschieden sich nicht nur in der Ausstattung, sondern auch in ihrer relativen Größe: Die Reisenden der 1. und 2. Klasse, die keine 2% des Gesamtreisendenaufkommens ausmachten, hatten doppelt so viel Platz zur Verfügung wie jene der 3. Klasse (ca. 15% der Reisenden) und gut viermal so viel wie diejeni-

<sup>7</sup> W. Bickel (s. A 5), S. 31.

<sup>8</sup> Ebda., S. 27.

gen der 4. Klasse, die mit über 80% die große Mehrheit der Reisenden bildeten.<sup>9</sup> Analog zu den Abteilen der Züge manifestierte sich in der (An)Ordnung der Räumlichkeiten somit die bürgerliche Ordnung einer nach Klassen strukturierten Gesellschaft. Den „Klassen“ wurde im Bahnhof *der Platz* und *so viel Platz* zuteil, wie ihnen gesellschaftlich zugestanden wurde.

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts wurde das Erscheinungsbild des Mainzer Hauptbahnhofs durch mehrere Umbauten und Modernisierungen maßgeblich verändert. Die historistische Bild- und Formsprache wurde von der funktionalistischen Programmatik der Moderne überprägt. So wurde 1935 die Empfangshalle mit einer abgehängten Decke versehen, Turmkuppeln über dem Haupteingang wurden abgerissen und durch eine schlichte Dachform ersetzt. 1939 wurde die Gleishalle abgerissen und durch eine niedrigere und kürzere Kastenkonstruktion ersetzt. In der Eingangshalle wurden vier Flachreliefs im naturalistischen Stil installiert, auf denen in verherrlichender Form die Entwicklung der Verkehrsmittel dargestellt war, wodurch zugleich die Ideologie des Nationalsozialismus zum Ausdruck kam. Nachdem der Bahnhof während des Zweiten Weltkriegs stark beschädigt und in der Nachkriegszeit instandgesetzt wurde, erfolgten in den 1950er Jahren weitere Modernisierungsarbeiten. Dem Empfangsgebäude wurde ein Vorbau in Glas-Metall-Konstruktion mit Flachdach vorgesetzt, welcher eine Ladenzeile und ein Restaurant beherbergte. Der Blick auf die Arkadenbögen und den Formschatz der Fassade war damit unterbrochen. Im Bahnhofsinnern übernahmen Gaststätten und kleine Läden die Funktion der Wartesäle. 1964 wurde schließlich der Bahnhofsvorplatz neu gestaltet. Dem Leitbild der „autogerechten Stadt“ entsprechend, wurde in der Platzmitte ein neues Rondell angelegt, welches als Haltestelle für Busse und Straßenbahnen diente und dem motorisierten Individualverkehr eine direkte Zufahrt zum Bahnhof gewährte.<sup>10</sup>

Zwischen August 1998 und September 2003 erfolgte in Kooperation zwischen der Bahn AG und der Stadt Mainz und unter finanzieller Beteiligung des Bundes sowie des Landes Rheinland-Pfalz eine vorerst letzte umfassende Umstrukturierung des Mainzer Hauptbahnhofs. Hiermit wurde auch eine bereits in den 1970er und 1980er Jahren auf kommunalpolitischer Ebene breit diskutierte städtebauliche Neuordnung des Bahnhofsbereichs umgesetzt. Der rund 60 Millionen Euro teure Umbau, der bei laufendem Betrieb vorgenommen wurde, war Teil des „Bahnhofspakets“ der Deutschen Bahn AG, eines leasingfinanzierten Umbau- und Modernisierungsprogramms, in dessen Rahmen Projektentwickler damit beauftragt wurden, 21 Bahnhöfe unter-

9 Die Prozentangaben beziehen sich auf das Jahr 1928, in dem die 4. Klasse in Deutschland aufgelöst wurde: 4. Klasse: 83,5%, 3. Klasse: 15,3%, 2. Klasse: 1,15%, 1. Klasse: 0,05%; vgl. *E. Kolb*, Die Reichsbahn vom Dawes-Plan bis zum Ende der Weimarer Republik, in: *L. Gall / M. Pohl* (Hrsg.), Die Eisenbahn in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999, S. 146.

10 *W. Bickel* (s. A 5), S. 29 ff.; *DB* (s. A 6), S. 14 f. u. 47.

schiedlicher Größe „zu kommerziellen Rentabilitätsträgern mit kultureller Identität“<sup>11</sup> auszubauen.

Die 1939 erbaute Gleishalle wurde abgerissen und durch Bahnsteigdächer und eine Überbauung der Gleisanlagen ersetzt (vgl. Abb. 1, links im Bild). Das Empfangsgebäude wurde entkernt und komplett modernisiert; in der Eingangshalle und den Seitenflügeln sind heute Ladengeschäfte und Imbisse untergebracht (u.a. Backwaren, Blumen, Zeitschriften, Schnellrestaurants u. Cafés, Friseur, Apotheke, Reise-Supermarkt). Weitere Geschäfte und die zentralen Serviceeinrichtungen der Bahn im neuen *corporate design* („ReiseZentrum“, „ServicePoint“, Fahrkartenautomaten, Anzeigetafeln etc.) befinden sich in der 80 x 50 Meter großen Gleisüberbauung, welche mit einigen Sitzgelegenheiten zugleich den zentralen, nicht kommerzialisierten Warte- und Aufenthaltsbereich des Bahnhofs bildet (vgl. Abb. 2). Vom Haupteingang aus werden die Passanten nun per Treppe, Rolltreppe und Aufzug in die Gleisüberbauung geleitet, von der aus die Bahnsteige erreicht werden können. Die früheren unterirdischen Zugänge zu den Gleisen sind somit obsolet geworden, zudem konnte durch die Errichtung des geschlossenen Hochstegs die Vermarktungsfläche maßgeblich erweitert werden (insg. von 2.000 auf 6.000 m<sup>2</sup>). Im westlichen („hinteren“) Teil der Gleisüberbauung führt ein zusätzlicher Ein-/Ausgang zum rückwärtig gelegenen Stadtbereich. Im Rahmen einer städtebaulichen Neuordnung wurden hier zudem eine Zufahrt für PKWs geschaffen und Parkplätze angelegt.

Auch die „Vorderseite“ des Bahnhofs wurde neu gestaltet: Durch den Abriss des in der Nachkriegszeit errichteten Vorbaus und die Sanierung der Fassade erhielt das Empfangsgebäude annähernd sein ursprüngliches äußeres Aussehen zurück. Der halbrunde, von einigen Platanen und Fahnenmasten gesäumte Bahnhofsvorplatz wurde neu gepflastert und verkehrsberuhigt. Um ihn herum befinden sich Haltestellen für Busse, Straßenbahnen und Taxen, für den Individualverkehr ist er nunmehr gesperrt.

Ein weiterer Baustein der Umstrukturierung ist das so genannte „3-S-Programm“ der Bahn AG, das den Kunden „bestmöglichen Service, höchste Sicherheit und größte Sauberkeit“<sup>12</sup> im Bahnhof und Bahnhofsumfeld verspricht. Bestandteile dieses Programms sind u.a. Einrichtungen wie der „ServicePoint“ oder gesondert ausgewiesene „Raucherzonen“ in einem sonst „rauchfreien Bahnhof“, eine permanente Sichtbarkeit von Service- und Sicherheitspersonal, welches Auskünfte erteilt und für die Reinhaltung des Bahnhofs bzw. die Einhaltung der Hausordnung sorgt, sowie eine enge Kooperation mit Bundes- und Landespolizei. Bereits 1995 wurde hier zudem die erste „3-S-Zentrale“ Deutschlands eingerichtet. Von dieser Videoüberwachungsstation aus werden nahezu alle Bereiche des Mainzer Hauptbahnhofs und weitere kleine Bahnhöfe überwacht und die Servicedienste, Reinigungs- und Kontrollgänge koordiniert.

11 DB AG (s. A 4), S. 5.

12 Ebda., S. 7.

## 2. Bahnhofsatmosphären

Mit der Umstrukturierung wurden dem Bahnhof nicht zuletzt neue Atmosphären „eingehaucht“. Dem werde ich im Weiteren nachgehen, indem ich die Atmosphären ausgewählter Bereiche des Mainzer Hauptbahnhofs beschreibe und sie mit ihren Wirkungszusammenhängen in Verbindung bringe. Dabei gehe ich im Anschluss an Gernot Böhme<sup>13</sup> davon aus, dass eine Atmosphäre ein gemeinsames „Produkt“ von Wahrnehmenden und Wahrgenommenem ist. Atmosphären sind weder objektive Gegebenheiten, die allein „von den Dingen“ ausgehen, noch sind sie rein subjektive, individuelle Angelegenheiten. Aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive ist meines Erachtens entscheidend, dass das (bewusste wie unbewusste) Erleben und Bewerten von Atmosphären stets in spezifische soziokulturelle Kontexte eingebunden ist. Darüber hinaus können Atmosphären (zumindest in einem bestimmten Rahmen) gezielt hergestellt werden, um Menschen in Stimmungen zu versetzen und bestimmte Wirkungen zu erzielen.<sup>14</sup>

Die folgenden Ausführungen erfolgen auf Grundlage von Atmosphärenbeschreibungen, die von 49 Geographie-Studierenden der Universität Frankfurt a.M. angefertigt worden sind. Im Rahmen dreier Exkursionen zum Mainzer Hauptbahnhof im Januar, April und Juli 2004 haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Aufgabe bekommen, allein oder zu zweit die Atmosphären selbst gewählter Orte des Bahnhofs zu beschreiben. Die Studierenden sollten darlegen, wie die jeweiligen Bereiche auf sie wirken, welche Stimmungen oder Empfindungen bei ihnen geweckt werden und worauf dies ihrer Meinung nach zurückzuführen ist. Auf Grundlage ihrer Beobachtungen verfassten die Studierenden Berichte, die sich auf einzelne Bereiche (Bahnsteige, Läden, Reisezentrum etc.) sowie auf den Bahnhof in Gänze beziehen. Die Auswertung und Interpretation der Atmosphärenbeschreibungen erfolgte mit Rückgriff auf zentrale phänomenologische und diskurstheoretische Begrifflichkeiten nach dem Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse.<sup>15</sup> In einem ersten Schritt habe ich die vorliegenden Berichte nach Bahnhofsbereichen untergliedert und neu zusammengeführt. Für jeden Bereich wurden die Sequenzen paraphrasiert und nach Atmosphären mit synästhetischen und gesellschaftlichen Charakteren unterschieden.<sup>16</sup> Daran anschlie-

13 G. Böhme, *Atmosphäre*, Frankfurt a.M. 1995; *ders.*, Die Atmosphäre einer Stadt, in: G. Breuer (Hrsg.), *Neue Stadträume. Zwischen Musealisierung, Medialisierung und Gestaltlosigkeit*, Frankfurt a.M. 1998, S. 149-162.

14 *Ebda.*, S. 31 ff.; vgl. auch M. Löw, *Raumsoziologie*, Frankfurt a.M. 2001, S. 207.

15 Vgl. P. Mayring, *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, 7. Aufl., Weinheim 2000.

16 Atmosphären mit synästhetischen Charakteren sind Böhme zufolge solche, die in der Veränderung des leiblichen Befindens gespürt werden. So kann eine Atmosphäre bspw. als erheitend, bedrückend, entspannend oder erschlappend empfunden werden. Atmosphären mit gesellschaftlichen Charakteren bezeichnen solche, mittels derer die Symbolik eines Raumes gespürt und gedeutet werden kann (z.B. protzig, schlicht, intellektuell, spießig); vgl. G. Böhme (s. A 13), S. 155.

ßend wurden die Aussagen weiter nach Bewertungen (affirmativ vs. kritisch-distanziert) bzw. Weite- und Engegefühl differenziert.<sup>17</sup>

Aus der Fülle an Atmosphärenbeschreibungen habe ich für den vorliegenden Beitrag drei Bereiche ausgewählt: Die Bahnsteige und der Bahnhofsvorplatz mit Blick auf das Empfangsgebäude sind die beiden wichtigsten Zugänge zum Bahnhof; die Gleisüberbauung bildet den zentralen Service- und Aufenthaltsbereich. Somit ist davon auszugehen, dass diese Bereiche den Aufenthalt am Bahnhof und den Gesamteindruck von diesem maßgeblich prägen.

### 2.1 Durchzugsräume – die Bahnsteige

Die Bahnsteige des Mainzer Hauptbahnhofs sind mit den für Großbahnhöfe typischen Einrichtungen und Möblierungen ausgestattet: Neben Fahrplänen, metallenen Schalensitzen an Plexiglasscheiben, Gepäckwagen und Süßwarenautomaten befinden sich hier Müllbehälter, Wegeleit- und Hinweisschilder, Rauchzonen und Notrufsäulen im Corporate Design der Bahn AG. Gestalterisch lassen sich die Bahnsteige in drei Zonen untergliedern: Im zentralen Teil sind die Bahnsteige und Gleise von der Gleisüberbauung überspannt, welche von massigen Betonträgern getragen wird. Die äußeren Bereiche nördlich und südlich der Gleisüberbauung sind durch die Flügeldächer der Bahnsteigüberdachungen geprägt. Treppen, Rolltreppen und Fahrstühle, die in die Gleisüberbauung führen, sind im zentralen Bereich positioniert.

In den 23 Atmosphärenbeschreibungen der Bahnsteige überwiegen Engegefühle. Zumeist werden sie als ungemütlich und unangenehm beschrieben. Weitere Kennzeichnungen sind zugig, ungeschützt, kalt, kühl und schmutzig, gedrängt, eng, hektisch, laut, belastend, steril und erdrückend, anstrengend, trist, grau, kahl, monoton, langweilig und eklig. Zurückgeführt werden diese Eindrücke in erster Linie auf die Dominanz der Gleisüberbauung, die Wind- und Wetterverhältnisse sowie Platzmangel:

- „Der Eindruck der Überdachung [...] war erdrückend, beengend, grau, trist und etwas langweilig. Sie wirkte groß, flach und abgegrenzt. [...] Auf dem Gleis 4 herrschte auch Platzmangel und es fehlten Sitzgelegenheiten.“
- „Gleis 1: Dort gefiel es mir gar aber nicht gut. Da es ein Durchgangsbahnhof ist, zog es unglaublich stark. Außerdem ist alles in einem hässlichen Betongrau gehalten und sieht deswegen so kühl und schmutzig aus; und hinsetzen konnte man sich auch nicht.“

Einige der Studierenden stellen Vergleiche mit anderen Bahnhöfen an. So beschreibt eine Studentin die Situation als „nicht so windgeschützt“, wie sie es vom Frankfurter

17 Mit diesem Vorgehen habe ich mich an einer Studie orientiert, die Jürgen Hasse in ähnlicher Weise in der Rüdeshheimer Drosselgasse durchgeführt hat, vgl. J. Hasse, Die Atmosphäre einer Straße. Die Drosselgasse in Rüdeshheim am Rhein, in: *ders.* (Hrsg.), Subjektivität in der Stadtforschung, Frankfurt a.M. 2002, S. 61-113.

Hauptbahnhof kennt. Auf der Suche nach der Bahnhofshalle zeigt sie sich angesichts der Gleisüberbauung „sehr verwirrt, da dieser Bahnhof irgendwie anders aussah als alle anderen, die ich bis jetzt gesehen hatte“. Auch eine andere Studentin beschreibt die Situation als trist, laut und kalt, relativiert ihre Aussage aber, indem sie hinzufügt, „dass dies unvermeidbare Geräusche und Temperaturen an einem Bahnhof sind, die einfach dazu gehören“.

Hinweise auf Platzmangel finden sich in vielen Beschreibungen, wobei zumeist andere Personen ins Spiel kommen:

- *„Das Gefühl, dass dieser Ort nicht für einen längeren Aufenthalt bestimmt sein kann, wird verstärkt durch hektisch an einem vorbeiziehende Menschen. [...] Gleichzeitig fühlt man sich im Bahnsteigbereich in gewisser Weise eingengt, vielleicht sogar bedrängt, da nur eine Treppe zum Gleisüberbau führt und sich der Wartebereich auf den schmalen Raum zwischen den Gleisen beschränkt. Die steile Abbruchkante zum Gleisbett hin verstärkt das Gefühl, sich auf den mittleren Bereich des Bahnsteiges zurückziehen zu wollen, was aber durch die Zahl der wartenden Fahrgäste und Passanten und der Wahrung eines persönlichen Raumes nicht immer möglich scheint.“*

Die anwesenden Personen und deren Ausstrahlung werden insgesamt ambivalent bewertet. Einige Studierende geben an, die Menschen würden eine gestresste oder genervte Stimmung verbreiten, da sie auf einen verspäteten Zug warten, in Eile seien oder hektisch in die Züge steigen. Andere beschreiben die Situation als ruhig, da die Reisenden „zivilisiert auf den Zug warten“, oder auch als lebendig: „Es herrscht Leben im Bahnhof, Leben von vielen verschiedenen Menschen, auch verschiedene Kulturen treffen hier aufeinander.“ Wiederum andere verweisen auf ein Nebeneinander von wartenden, eiligen und gelangweilten Menschen oder auf das An- und Abswellen des Reisendenstroms und einen für Bahnsteige typischen Rhythmus.

Neben diesen negativ gestimmten und ambivalenten bzw. indifferenten Aussagen finden sich in den Berichten allerdings auch einige positive Beschreibungen, in denen vorwiegend gesellschaftliche Charaktere der Bahnsteigatmosphären angesprochen sind. Charakterisierungen wie modern, sehr ordentlich und sauber, renoviert oder sicher werden an dem Wissen festgemacht, dass der Mainzer Bahnhof kürzlich modernisiert wurde und beziehen sich überwiegend auf das Mobiliar:

- *„Als ich auf dem Gleis 2a/b aus dem Zug aussteige, bin ich positiv überrascht. [...] Es ist ein schöner und einladender Bahnhof. Die modernen Gleisüberdachungen machen optisch was her. Die Abfahrtstafeln sind ebenfalls modern, übersichtlich und sie funktionieren auch.“*
- *„Gleis 4: Dort war es ziemlich kalt und es herrschte Zugluft. Jedoch war es auch [...] sehr sauber, wie im gesamten Bahnhof. Auch hier war die Moderne vertreten, neue Aufzüge, Telefonsäulen, funktionelle Sitzbänke, die aufs einfachste beschränkt waren.“*

Zusammenfassend werden die Eindrücke und Stimmungen der Studierenden von zahlreichen miteinander verwobenen Faktoren bestimmt. Bauliche Gegebenheiten, Möblierung und Züge gehören ebenso dazu wie Farben, Licht-, Sicht-, Temperatur- und Windverhältnisse oder (eilige, entspannte, genervte oder frierende) Personen. All jene, die sich gelegentlich an Großbahnhöfen aufhalten, dürfte dieser Sachverhalt kaum verwundern. Auffällig – und typisch für die Situation am Mainzer Hauptbahnhof – ist dagegen die große Bedeutung der Überdachung (Gleisüberbauung vs. Bahnsteigdächer) auf den Erst- oder auch Gesamteindruck. Darüber hinaus zeigt sich deutlich, dass auch Vorstellungen und Erwartungshaltungen, die an Bahnhöfe bzw. Bahnsteige geknüpft sind, das konkrete Erleben spezifischer Bahnhofsbereiche bzw. -situationen prägen können.

### 2.2 Reisen wie vor 100 Jahren!? – Bahnhofsvorplatz und Empfangsgebäude

Die Atmosphäre des Bahnhofsvorplatzes mit Blick auf das Empfangsgebäude (vgl. Abb. 1) wird im Kontrast zu den Bahnsteigen zumeist sehr positiv beschrieben (insg. 28 Beschreibungen). Typische Charakterisierungen des Platzes sind: schön, harmonisch, natürlich, aufgelockert, übersichtlich, weitläufig, Ruhe und Gelassenheit ausstrahlend, still, gemütlich, Appetit anregend, belebt aber nicht zu laut, ordentlich, sauber und gepflegt, ohne typische Großstadtgeräusche, eingefriedet und praktisch. Als ausschlaggebend wird zum Einen die Größe und Gestaltung des Platzes genannt (symmetrische Pflasterung „in farblichem Einklang mit den umliegenden Häusern und dem Bahnhof“, ihn säumende Fahnenmasten und Platanen sowie die Bus- und Straßenbahnhaltestellen, von denen der Platz begrenzt wird), zum Anderen die Personen, die hier verweilen, sich treffen oder den Platz queren und zumeist als ruhig, nicht hektisch oder „ohne Hast und Eile“ beschrieben werden:

- „Von den wenigen ‚Fressbuden‘ auf dem Vorplatz erreicht mich ein Duft von frischen Brezeln und Brötchen. [...] Die Leute, die zum Bahnhof gehen bzw. aus dem Bahnhof herauskommen, scheinen nicht im Stress zu sein. Es ist bei weitem nicht dieses geschäftige Treiben und Hetzen wie in Frankfurt. Es geht irgendwie gemütlicher zu. Es ist auf eine Art und Weise beruhigend, wenn man sieht, dass es auf einem Bahnhof auch ruhiger zugehen kann.“

Bedeutend seltener wird die Situation als hektisch, chaotisch, durcheinander, laut oder als nicht zum Verweilen einladend dargestellt, was auf eine Vielzahl an Menschen, abgestellte Fahrräder und fehlende Sitzgelegenheiten zurückgeführt wird. In Einzelfällen wird angemerkt, lediglich eingetretene Kaugummis würden auf dem sauberen und ordentlichen Platz negativ auffallen, die Imbissbuden würden die Symmetrie und Ruhe stören oder der Platz wirke durch eine karge Begrünung trist.

Auch das Empfangsgebäude wird durchweg positiv beschrieben. Für die sanierte Fassade mit ihrer historistischen Bild- und Formensprache, die durch die großen Ar-

kadenbögen einen Blick ins Bahnhofsinnere gewährt, findet sich ein bunter Strauß an Charakterisierungen. Sie sei interessant, einladend, neugierig machend, reizvoll, eindrucksvoll, zum Wohlfühlen, weich und sanft, beruhigend, filigran und leicht, nicht wuchtig oder klotzig, ansprechend, freundlich, hell, repräsentativ, zeitlos, sehr mächtig und schön, prunkvoll, sehr sauber, majestätisch, herrschaftlich, großartig, edel, einen gewissen Charme versprühend, rustikal aber trotzdem schön, einen Hauch von Modernität ausstrahlend, klassisch aber hübsch, klar und einfach, nüchtern, auffällig oder gepflegt.

Einige Studierende verweisen zudem darauf, dass das Bild nicht durch Plakate oder grelle Leuchtschriften gestört werde, dass der Bahnhof im Dunkeln durch die Innenbeleuchtung noch imposanter wirke oder dass die mächtige Erscheinung des Bahnhofs durch den großen, gepflasterten und fast leeren Platz bzw. die radial auf das Empfangsgebäude zulaufenden Straßen unterstrichen würde. Darüber hinaus mache „auch die Gegend um den Bahnhof [...] einen seriösen, schönen und nicht schmutzigen Eindruck“.

Kritische Meinungen gibt es nur wenige. So wird bemerkt, dass die Uhren an der Fassade bzw. das Firmenlogo und die Fahne der Bahn AG das Gesamtbild stören oder dass „die monströse Außenfassade“ ein falsches Versprechen sei – „wie bei alten Westernfilmen, wo die Häuser nur aus einer Außenfassade bestehen und gar nichts dahinter ist“.

In der Gesamtschau scheint die Fassade mit dem Vorplatz, semiotisch ausgedrückt, einen vielfältigen und vielschichtigen, polysemantisch schillernden Text zu bilden. Doch die meisten Studierenden „lesen“ die Fassade nicht; vielmehr lassen sie sich von ihr beeindrucken. Einige fühlen sich sogar ein gutes Jahrhundert zurückversetzt:

- *„Wenn man einige Schritte Richtung Bushaltestelle zurückgeht, so kann man dieses Gebäude auf sich wirken lassen und es fällt einem leicht sich vorzustellen, wie die Menschen vor hundert Jahren hier gelebt haben. [...] Trotz dieser Ausstrahlung von Macht finde ich die Fassade eher zugänglich, und es regt zum Nachdenken über die damalige Zeit an. [...] In all der Hektik der passierenden Menschen steht dieses Bauwerk wie ein ‚Fels‘ auf dem Platz, das alles um sich herum wahrnimmt, sich aber nicht aus der Ruhe bringen lässt und es in hundert Jahren auch nicht zulassen wird.“*
- *„Ich stand da im Regen, die Menschen liefen an mir vorbei und ich fühlte mich auf einmal ins 19. Jahrhundert versetzt. [...] In der Farbe des Sandsteins, aus dem die Fassade besteht, sah ich den Bahnhofsvorplatz, in einem Sepia-Ton, mit Menschen in historischen Gewändern, mit Zylinder und Stock und Anzug und mit schönen Kleidern – der Dampf der Eisenbahn zog an mir vorbei...“*

Eine weitere Studentin meint in diesem Zusammenhang, durch die Rekonstruktion der alten Bahnhofsfassade werde „ein Blick frei auf die Historik des Bahnhofs und die gesellschaftlichen Verhältnisse zu dieser Zeit“. Mit Blick auf die Klassenver-

hältnisse (auch unter den Reisenden) des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts ließe sich einwenden, dass die Fassade lediglich auf einen kleinen Ausschnitt der gesellschaftlichen Wirklichkeit verweise und somit ein verfälschtes Bild hervorbringe. Doch auch darum ging es: Ziel und Zweck einer solchen Baukunst war es, das Lebens- und (nicht ungebrochene) Selbstwertgefühl des Bürgertums sowie die technischen und gesellschaftlichen Errungenschaften der Zeit zur Schau zu stellen und das Proletariat bzw. die „niederen Klassen“ zumindest qua Anblick daran teilhaben zu lassen. Ein sicht- und spürbar geeignetes Mittel war (und ist auch heute) das der architektonischen (Re)Präsentation. Vor allem in den letzten Zitaten zeigt sich deutlich, dass die Bahnhofsfassade dabei nicht nur als Zeichensystem fungiert, dessen Bedeutungen dechiffriert werden (können). Vielmehr ist es gerade die vom Bau „versprühte“ Atmosphäre, welche Betrachterinnen und Betrachter in den Bann zieht und so Imaginationen einer vermeintlich „schönen alten Zeit“ wachruft. Die Quellen dieser Imaginationen, die Teil eines kollektiven Gedächtnisses zu sein scheinen, bleiben gleichsam unbekannt. Um diesen auf die Spur zu kommen, wäre es notwendig, einen Schritt weiter zu gehen und mittels narrativer Interviews nach deren diskursiver Einbettung zu fragen.

### 3.3 Auf der Suche nach dem *genius loci* – die Gleisüberbauung

Auch in den 32 Beschreibungen der Gleisüberbauung (vgl. Abb. 2) dominieren positive Stimmungen und Weitegefühle. Dieser Bereich wird überwiegend als angenehm, ruhig und (häufig trotz der Anwesenheit vieler Menschen) nicht hektisch oder stressig umschrieben, daneben als übersichtlich, hell und freundlich, lebendig, offen, einladend sowie als gepflegt, sauber, praktisch, funktional, kundenorientiert, gastfreundlich und modern. Zurückgeführt werden diese Eindrücke überwiegend auf die Größe und Höhe des Raums, einfallendes Licht, eine moderne, interessant gestaltete Architektur, die verwendeten Materialien (v.a. Glas u. Stahl/Metall), bunte Farben der Beschilderungen und Geschäfte, bummelnde Passanten und die Service-, Dienstleistungs- und Warenangebote. Gefühle der Enge oder negative Stimmungen werden von nur wenigen Studierenden ausgedrückt. Diese beschreiben die Atmosphäre als hektisch, überfüllt und/oder gedrängt, als ungemütlich, trist und/oder langweilig, oder sie geben an, sich durch die offene Bauweise beobachtet zu fühlen.

Ambivalenzen und Indifferenzen zeigen sich vor allem in Form von Vergleichen. So werden beispielsweise die Geschäfte als einladend, das Reisezentrum dagegen (durch nicht permanent geöffnete Türen) als wenig einladend beschrieben. Einige Studierende machen einen Wechsel von Hektik und Ruhe aus, andere beschreiben die Atmosphäre als „gestresst bis relaxt“ oder als eine Atmosphäre im Spannungsfeld von „Gefühlen der Eile, aber auch der Reiselust“. Schließlich wird die Gleisüberbauung als hell und freundlich einerseits sowie kühl und ungemütlich andererseits beschrieben.

Bei Betrachtung aller Gleisüberbauungs-Beschreibungen fällt ein weiterer Vergleich auf, der sich als dominantes Thema durch nahezu alle Berichte zieht. Zumeist

etwas irritiert, fragen sich die Studierenden, ob sie sich tatsächlich in einem Bahnhof oder aber in einem Kaufhaus befinden:

- *„Bei dem ersten Gesamteindruck der Gleisüberbauung war für mich persönlich eine gewisse Ähnlichkeit zu einem Kaufhaus oder einer Fußgängerzone nicht zu übersehen. Die Rolltreppen, Geschäfte und Einkaufsläden ließen bei mir nicht das Gefühl aufkommen, auf einem Bahnhof zu sein. Die Abgänge zu den Gleisen verkamen so zur Nebensache. [...] Weiter war es für Bahnverhältnisse und trotz des schlechten Wetters sehr hell.“*
- *„Der obere Teil kam mir eher wie eine richtige kleine Einkaufsmeile vor. Hier wurde mir auch deutlich, wie „leise“ es auf dem Bahnhof war (besonders im oberen Teil), was ich eigentlich untypisch für einen Bahnhof finde. Aber noch viel auffälliger war die große Anzahl an Geschäften. Im Allgemeinen kann ich sagen, dass ich mir gar nicht vorkam, wirklich in einem Bahnhof zu sein (abgesehen von dem Info-Schalter der DB und den Abgängen zu den Gleisen).“*

Ein Student äußert in diesem Zusammenhang, dass „die hektische Betriebsamkeit einerseits und das Kaufhaus-Flair andererseits zu einem Gefühl mit Zwittercharakter“ führen. In einigen Berichten wird argumentativ abgewogen, welche Merkmale charakteristisch für einen Bahnhof und welche für ein Kaufhaus seien. Für einen Bahnhof sprächen u.a. die Service-Einrichtungen der Bahn, Durchsagen über ankommende oder verspätete Züge, viele Sitzgelegenheiten, Personen, die Fahrpläne studieren, es eilig haben, den Eindruck von Geschäftsleuten machen und/oder (viel) Gepäck mit sich führen sowie „eine gewisse Heterogenität“ unter den Personen, „wie man sie aus reinen Kaufhäusern nicht kennt“. Für ein Kaufhaus oder Shopping-Center sprächen dagegen (entspannt) schlendernde und bummelnde Personen, die Mehrheit an Personen, die kein oder sehr wenig Gepäck mit sich führt, auffallend viele Jugendliche, die sich hier treffen, bunte Schaufenster und gut besuchte Läden, eine gewisse Ruhe und Helligkeit, Düfte von Backwaren und frischem Kaffee sowie Feuerlöscher.

Werden diese Eindrücke an Merkmalen festgemacht, die in der Gleisüberbauung präsent sind, wird daneben immer wieder auf die Abwesenheit von Müll und so genannten sozialen Randgruppen verwiesen, was untypisch für einen Bahnhof sei:

- *„Letztlich erinnerte auch die Sauberkeit nicht an einen Bahnhof. Es waren keine Obdachlosen oder Bettler zu sehen, und es lag auch kein Müll oder Zigarettenstummel auf dem Boden.“*
- *„Ich habe bis jetzt noch keine herumlungernenden oder drogensüchtigen Menschen gesehen, nirgends liegt Dreck oder Müll herum, alles ist penibel sauber und aufgeräumt.“*

Dieser Sachverhalt wird von den meisten Studierenden positiv bis indifferent, von wenigen kritisch betrachtet. So gaben zwei Studierende an, sich durch „mehr oder

weniger versteckte Kameras“ und „patrouillierende Sicherheitsdienste“ beobachtet zu fühlen. Ein Student reflektiert die Sicherheits- und Sauberkeitsoffensive der Bahn AG:

- *„Da das Ziel ist, vom ‚Arme Leute-Verkehrsmittel‘ wegzukommen, muss auch der Bahnhof diesem Image gerecht werden und dem Kunden, ganz dem Zeitgeist entsprechend, der Aufenthalt im Bahnhof als ‚Event‘ verkauft werden, wo man etwas erleben kann. Dem wird auch durch die auffallende Sauberkeit und Sicherheit der Bahnhöfe Rechnung getragen. Herumlungernde oder bettelnde Obdachlose sind einem solchen neuen Image selbstverständlich abträglich. So entspricht auch der Bahnhof, durch die Vertreibung der sozialen Brennpunkte auf andere Stadtteile, dem modernen Scheuklappen-Blick auf eine scheinbar heile Welt.“*

In den affirmativen Haltungen wird in der Regel auf das eigene Sicherheits- und Wohlgefühl verwiesen, welches durch die Sauberkeit und das Wissen um Kameras und Sicherheitspersonal hergestellt werde. Mit Blick auf die Nicht-Sichtbarkeit von „Armut und Drogenabhängigkeit“ reflektiert eine Studentin, der Mainzer Bahnhof sei „für diese Menschen ohnehin nicht besonders geeignet. Er ist einfach zu ordentlich, zu sauber, zu gefällig“. Vereinzelt werden zudem Vergleiche zwischen dem Bahnhof vor und nach der Umstrukturierung gezogen:

- *„Früher war ich nicht gern am Hauptbahnhof. Er war dreckig, hat gestunken und war vollgestopft mit pöbelndem Gesocks. Seit der Privatisierung der Bahn und der Renovierungen hat sich alles verändert. [...] Man fühlt sich fast wie in einer Einkaufspassage, in der man Freunde trifft, und nicht wie in einem Bahnhof, an dem man alle Arten von Drogen bekommt und eher in einer dunklen Ecke überfallen wird, als nette Bekanntschaften zu machen.“*

In den Berichten zur Gleisüberbauung erscheint der Bahnhof als (eine Art) Shopping Mall – und somit als ein Ort, der Konsum, Komfort und Behaglichkeit verspricht und der durch ein hohes Maß an Konformität und formaler wie informeller Kontrolle geprägt ist. Die Begegnung mit dem Unvorhergesehenen wie auch die Sichtbarkeit von Abweichung sind hier auf ein Minimum reduziert.<sup>18</sup> So ganz will sich dieser Eindruck bei den Studierenden aber nicht einstellen, immerhin handelt es sich doch noch um einen Bahnhof. Gleichsam offenbaren sich in den Beschreibungen Facetten eines Sicherheitsdiskurses, in den die Restrukturierung der Bahnhöfe in Deutschland eingebettet ist. Insbesondere in den Aussagen zur (vermeintlichen) Abwesenheit von Müll, Dreck und „sozialen Randgruppen“, welche in einem Atemzug genannt und mit bestimmten Räumen assoziiert werden, zeigt sich eine diskursive Verknüpfung von Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit. Diese ist prototypisch für das „3-S-Programm“ der

<sup>18</sup> Vgl. J. Wehrheim (Hrsg.), Shopping Malls. Interdisziplinäre Betrachtungen eines neuen Raumtyps, Wiesbaden 2007.

Deutschen Bahn AG – und darüber hinaus für eine zunehmende Ästhetisierung und Inszenierung des Städtischen seit den 1990er Jahren. Die Wahrnehmungen und Bewertungen der Studierenden hängen dabei von eigenen Erfahrungen, Vor- und Einstellungen, Gefühlsdispositionen und Erwartungshaltungen ab, welche immer auch als gesellschaftlich bzw. diskursiv geprägt verstanden werden müssen. In den Atmosphärenbeschreibungen „spiegelt“ sich zugleich die Strategie der Bahn AG, (auch) durch die suggestive Kraft von Atmosphären eigene Vorstellungen von Öffentlichkeit, Ordnung und Normalität hegemonial werden zu lassen.<sup>19</sup> Bemerkenswert erscheint dabei, dass (Bahnhofs-)Atmosphären nicht nur auf das Be- und Empfinden der Anwesenden einwirken, sondern dass durch solch eine Art der „ästhetischen Arbeit“<sup>20</sup> in subtiler Form auch Subjektpositionierungen und Ortszuweisungen vorgenommen werden (können).

19 Vgl. hierzu C. *Wucherpennig* (s. A 2), S. 146 ff. u. 165 ff. und die dort angegebene Literatur.

20 G. *Böhme* (s. A 13), S. 42.



Rainer Kazig

## Typische Atmosphären städtischer Plätze

### *Auf dem Weg zu einer anwendungsorientierten Atmosphärenforschung*

#### 1. Einführung

Öffentliche Räume werden heute zunehmend hinsichtlich ihrer Erlebnis- und Aufenthaltsqualität bewertet. Insbesondere die zentralen Stadtplätze sollen sich „gut anfühlen“ und beim Überqueren oder Verweilen ein positives Erlebnis vermitteln. Mit dieser Aufmerksamkeit gegenüber dem subjektiven Erleben des städtischen Raumes ist eine Dimension des menschlichen Bezugs zur Stadt in den Vordergrund getreten, der zuvor weder in der Stadtforschung noch in der Planung eine besondere Bedeutung zukam. So hat Georg Simmel unter dem Eindruck einer rasanten Urbanisierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch die Blasiertheit als besonderes Kennzeichen der Großstadtbewohner herausgearbeitet.<sup>1</sup> Er hat dabei ein Bild des Stadtbewohners gezeichnet, der sich vor der Dichte der Sinneseindrücke in den Metropolen schützen will und damit der Vorstellung eines auf das bewusste Erleben städtischer Räume ausgerichteten Städters diametral entgegensteht. Im Bereich der Planung wurden in Anknüpfung an die Charta von Athen öffentliche Räume in erster Linie als Verkehrsflächen verstanden, die eine möglichst störungsfreie Mobilität ermöglichen sollen. Erst mit der Abwendung von den Prinzipien der städtebaulichen Moderne gewann das subjektive Erleben des städtischen Raumes als Form städtischer Praxis wie auch als Planungskriterium systematisch an Bedeutung.<sup>2</sup> Diese Entwicklung kann auch als Ausdruck des Wandels von einer industriellen zu einer postindustriellen Gesellschaft verstanden werden, in dessen Zug eine innenorientierte Lebensauffassung in den Vordergrund getreten ist.<sup>3</sup> Das Prinzip der Innenorientierung besagt dabei, dass in dieser gesellschaftlichen Formation Handlungsorientierungen zuallererst auf die Gestaltung des eigenen Zustandes abzielen. Situationen – und damit auch der öffentliche Raum – werden vor diesem Hintergrund nach ihrem Beitrag zur Gestaltung des Innenlebens bewertet.

1 G. Simmel, Die Großstädte und das Geistesleben, in: G. Simmel, Aufsätze und Abhandlungen, 1901-1908, Bd. 1, Frankfurt a. M. (Georg Simmel Gesamtausgabe, Bd. 8).

2 Vgl. W. Durth, Die Inszenierung der Alltagswelt. Zur Kritik der Stadtgestaltung, Braunschweig 1988.

3 Vgl. G. Schulze, Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt/New York 2000, S. 34 f.

Die Stadtentwicklung steht vor dem Hintergrund dieser veränderten Rahmenbedingungen nicht mehr allein vor der Aufgabe, eine sinnvolle funktionale Ordnung des städtischen Raumes zu entwickeln. Sie muss sich darüber hinausgehend auch die Frage stellen, wie sie die Erlebnisqualität des öffentlichen Raumes gestaltet bzw. ob sie diese überhaupt beeinflussen kann. Dabei ist einzuschränken, dass die Aufmerksamkeit gegenüber der Erlebnisqualität der Stadt nicht für alle städtischen Teilräume gleichermaßen ausgeprägt ist. Mit den Zwischenstädten beispielsweise bestehen an den Rändern der Städte weite Räume, die in erheblichem Maß ohne Aufmerksamkeit für die entstandene Aufenthaltsqualität entwickelt wurden. Es sind insbesondere die Innenstädte und die städtischen Zentren, die heute unter dem Kriterium ihrer Erlebnisfähigkeit analysiert und gestaltet werden. Als „Konzentrationspunkte des urbanen Lebens“<sup>4</sup> nehmen Plätze hierbei einen besonders hohen Stellenwert ein.

Mit dem Interesse am subjektiven Erleben städtischer Räume hat der Atmosphärenbegriff in der Architektur- und Stadtforschung erheblich an Popularität gewonnen.<sup>5</sup> Denn er lenkt den Blick auf den Zusammenhang zwischen der Umgebungsqualität und der subjektiven Befindlichkeit einer Person und liefert damit einen vielversprechenden konzeptionellen Rahmen, um sich der Aufenthaltsqualität von öffentlichen Räumen annähern zu können. Auch wenn die Leistungsfähigkeit des Konzepts für diese Fragestellung grundsätzlich anerkannt ist, bestehen insbesondere in der deutschsprachigen Forschung erhebliche Defizite in der Entwicklung einer empirischen Atmosphärenforschung. Die städtische Atmosphärenforschung hat sich deshalb bisher noch nicht als Partner von Stadtplanern und Städtebauern etablieren können, der ein systematisiertes und anwendungsbezogenes Wissen über die Gestaltung und Gestaltbarkeit des Erlebens städtischer Räume liefert. Dieser Beitrag möchte einen Schritt in diese Richtung unternehmen und verdeutlichen, dass Atmosphären durchaus Gegenstand einer empirischen Stadtforschung sein können. Auf der Grundlage eines Forschungsprojektes zur Dynamik der Atmosphäre eines Stadtplatzes werden hierzu typische Atmosphären von Plätzen vorgestellt. Daran schließt eine Diskussion der Möglichkeiten an, die Erkenntnisse aus der empirischen Forschung für die Gestaltung von Plätzen einzusetzen. Zuerst soll jedoch das hier zugrunde gelegte Verständnis von Atmosphären vorgestellt werden, da in der wissenschaftlichen Diskussion durchaus leicht unterschiedlich akzentuierte Atmosphärenbegriffe bestehen. Hierbei erfolgen auch einige Zuspitzungen des Begriffs, die den Weg zu einer empirischen Atmosphärenforschung erleichtern.

4 F. Maier-Soljk/A. Greuter, Europäische Stadtplätze, München 2004, S. 6.

5 Vgl. beispielsweise das Themenheft „Architektonische und städtische Atmosphären“ der Zeitschrift *Les cahiers de la recherche architecturale* 42/43 aus dem Jahr 1998 oder der vom Essener Forum Baukommunikation herausgegebene Tagungsband: J.A. Schmidt/R. Jammers (Hrsg.), *Atmosphäre – Kommunikationsmedium der gebauten Umwelt*, Essen 2005.

## 2. Zum Begriff der Atmosphäre

Im Zentrum des Atmosphärenbegriffs steht eine besondere Konzeption der sinnlichen Begabtheit der Menschen. Der Atmosphärenbegriff baut auf der Vorstellung auf, dass Menschen jederzeit über all ihre Sinne mit ihrer Umwelt in Verbindung stehen. Dabei hebt er hervor, dass die sinnliche Konstellation der Umwelt auch einen systematischen Einfluss auf die subjektive Befindlichkeit einer Person ausübt.<sup>6</sup> Atmosphären können in diesem Sinn auch als Medium in der sinnlichen Beziehung zwischen Mensch und Umwelt angesehen werden, was insbesondere der französische Soziologe Jean-Paul Thibaud betont hat.<sup>7</sup> Die sinnliche Begabtheit des Subjektes wird beim Atmosphärenbegriff folglich nicht mit dem Begriff der Wahrnehmung, sondern dem Begriff des Empfindens konzeptionalisiert. Atmosphären sind damit nicht in erster Linie Gegenstand der Wahrnehmung, sondern sie kennzeichnen die Rahmenbedingungen für unsere Wahrnehmung. Sie sind zu der Kategorie der nicht materiellen Medien zu zählen, da sie nicht direkt erfasst werden können. Die Atmosphäre eines Ortes kann deshalb nur über die beiden Pole bestimmt werden, die über das Medium der Atmosphäre verbunden sind: die subjektive Befindlichkeit auf der einen und die sinnlich erfahrbaren Umweltqualitäten auf der anderen Seite. Die subjektive Befindlichkeit stellt dabei den primären Zugang zu einer Atmosphäre dar. Auch wenn Gernot Böhme<sup>8</sup> die Befindlichkeit sehr griffig als „Disponiertheiten“ eines Subjektes umschrieben hat, sind beide Begriffe sehr weit gefasst und bedürfen gerade mit Blick auf die empirische Erforschung von Atmosphären einer weiteren Differenzierung und Präzision. Hierzu können drei Dimensionen der Befindlichkeit unterschieden werden:

Emotionen stellen dabei wohl die vertrauteste Dimension dar. Dies dürfte in nicht unerheblichem Maß auf die alltagssprachliche Verwendung des Atmosphärenbegriffs zurückzuführen sein, in der die emotionale Betroffenheit der wahrnehmenden Person durch den Wahrnehmungsgegenstand von großer Bedeutung ist.<sup>9</sup> Der hohe Stellenwert von Emotionen ist auch in der wissenschaftlichen Begriffsbildung erkennbar: So ordnet beispielsweise Hermann Schmitz Atmosphären direkt dem Gefühlsraum zu.<sup>10</sup> Und auch Gernot Böhme betont unter Bezugnahme auf Schmitz das affektive Betroffensein in seinem Verständnis von Atmosphären.<sup>11</sup> Emotionen stellen jedoch eine sehr

6 Vgl. zu meinem Verständnis von Atmosphären: R. Kazig, Atmosphären – Konzept für einen nicht repräsentationellen Zugang zum Raum, in: C. Berndt/R. Pütz (Hrsg.), Kulturelle Geographien. Zur Beschäftigung mit Raum und Ort nach dem Cultural Turn, Bielefeld 2007.

7 Vgl. J.-P. Thibaud, Die sinnliche Umwelt von Städten. Zum Verständnis urbaner Atmosphären, in: M. Hauskeller (Hrsg.), Die Kunst der Wahrnehmung. Beiträge zu einer Philosophie der sinnlichen Erkenntnis, Kusterdingen 2003, S. 293 f.

8 Vgl. G. Böhme, Ästhetik. Vorlesungen über Ästhetik als allgemeine Wahrnehmungslehre, München 2001, S. 83.

9 Vgl. M. Hauskeller, Atmosphären erleben, Berlin 1995, S. 13 ff.

10 Vgl. H. Schmitz, Der Gefühlsraum (System der Philosophie III.2), Bonn 1969.

11 Vgl. G. Böhme (s. A 8), S. 46.

voraussetzungsvolle Dimension der Befindlichkeit dar. Gerade für eine Annäherung an die Atmosphäre von Stadtplätzen in ihrer alltäglichen Erscheinung sind sie deshalb nur begrenzt geeignet.

Die Aufmerksamkeit stellt eine weitere Dimension der Befindlichkeit dar. Aufmerksamkeit besagt dabei nicht, dass sich die Sinne wie ein Scheinwerfer auf einen bestimmten Ausschnitt der Umgebung richten. Sie bedeutet vielmehr, dass entsprechend einer Situation Sinne, Geist und Körper in einer spezifischen Form zusammenspielen. Insofern kann Aufmerksamkeit auch als eine Form von Disponiertheit und damit als eine Dimension der leiblichen Befindlichkeit verstanden werden. Von besonderem Interesse für die Differenzierung der leiblichen Befindlichkeit ist jedoch nicht die Aufmerksamkeit als solche, sondern vielmehr die Erkenntnis, dass Aufmerksamkeit verschiedene Modi annehmen kann.<sup>12</sup> Mit Blick auf die Untersuchung von Stadtplätzen stellt sich also die Frage, inwieweit auf einem Platz bei den Passanten verschiedene Formen oder Modi der Aufmerksamkeit gefordert oder angeregt werden.

Als dritte Dimension wird schließlich die Motorik unterschieden. Waldenfels unterstreicht in seinen Vorlesungen zur Phänomenologie des Leibes die Zusammengehörigkeit von Empfinden und sich Bewegen.<sup>13</sup> Der enge Zusammenhang zwischen Empfinden und sich Bewegen wird jedoch nicht nur in der Phänomenologie der Wahrnehmung beschrieben, sondern auch in anderen theoretischen Zusammenhängen betont. In der ökologischen Perspektive der Wahrnehmungspsychologie beispielsweise hat Gibson mit dem Begriff der „Affordanz“ den Aufforderungscharakter von Situationen hervorgehoben.<sup>14</sup> Die motorische Dimension der Befindlichkeit kommt überwiegend darin zum Ausdruck, dass sich Atmosphären in spezifischen Bewegungsstilen niederschlagen. Die Atmosphäre eines Ortes führt also seltener dazu, dass bestimmte Bewegungen unterlassen oder überhaupt erst ausgeführt werden, sondern dass sie in einer spezifischen Form ausgeführt werden.<sup>15</sup> Hinsichtlich der Platzatmosphären wirft sich mit dieser Dimension der Befindlichkeit die Frage auf, ob an bestimmten Stellen eines Platzes besondere Bewegungen angeregt oder unterbunden werden bzw. ob es zu einer spezifischen Ausführung von Bewegungen kommt.

Insbesondere die Motorik sowie in geringerem Maß auch die Aufmerksamkeit verweisen auf die pragmatische Dimension von Atmosphären. Mit Blick auf die Motorik besteht sie darin, dass jede Tätigkeit auch eine motorische Dimension hat.

12 A.J. Steinbock, Affektion und Aufmerksamkeit, in: H. Hüni/P. Trawny (Hrsg.), Die erscheinende Welt. Festschrift für Klaus Held, Berlin 2002.

13 B. Waldenfels, Das leibliche selbst, Vorlesungen zur Phänomenologie des Leibes, Frankfurt a.M. 2000, S. 76 ff.

14 R. Guski, Wahrnehmung. Eine Einführung in die Psychologie der menschlichen Informationsaufnahme, Stuttgart/Berlin/Köln 2000, S. 76.

15 Vgl. J.-P. Thibaud, Die sinnliche Umwelt von Städten. Zum Verständnis urbaner Atmosphären, in: M. Hauskeller (Hrsg.), Die Kunst der Wahrnehmung. Beiträge zu einer Philosophie der sinnlichen Erkenntnis, Kusterdingen 2003, S. 290 ff.

Zahlreiche Tätigkeiten sind darüber hinaus auch von einer spezifischen Form der Aufmerksamkeit begleitet. So geht eine Tätigkeit des Suchens beispielsweise mit einer anderen Form von Aufmerksamkeit einher als ein entspanntes Flanieren. Atmosphären sind insofern nicht nur als ein Phänomen zu verstehen, das dem Raum eine subjektiv empfundene Tönung verleiht. Sie haben vielmehr auch einen Einfluss darauf, wie bestimmte Tätigkeiten in einem Raum ausgeführt werden können. Besonders deutlich wird dieser Zusammenhang bei Einkaufsatmosphären, die je nach ihrer Ausprägung die Tätigkeit des Einkaufens anregen oder bremsen können.<sup>16</sup> Die Untersuchung der Atmosphären von Plätzen steht somit in enger Verbindung zu den Tätigkeiten, die auf den Plätzen ausgeführt werden sollen und fragt nach den sinnlich erfahrbaren Konstellationen, die eine Ausführung bestimmter Tätigkeiten eher anregen bzw. hemmen.

Um eine Atmosphäre zu kennzeichnen ist es notwendig, einer spezifischen Form der Befindlichkeit eine entsprechende sinnlich erfahrbare Konstellation der Umwelt zuzuordnen zu können. Da der Atmosphärenbegriff von der Bedeutsamkeit aller menschlichen Sinne ausgeht, kann grundsätzlich eine Vielzahl sinnlich wahrnehmbarer Elemente für die Entstehung einer Atmosphäre von Bedeutung werden. Dabei ist grundsätzlich von einer radikalen Kontextualität auszugehen. Sie besagt, dass sich eine Atmosphäre in kürzesten räumlichen und zeitlichen Abständen wandeln kann, wenn sich die sinnlich erfahrbare Umgebungskonstellation entsprechend verändert. Mit Blick auf die Atmosphäre von Plätzen wird hier davon ausgegangen, dass ein Platz sowohl in zeitlicher wie in räumlicher Hinsicht durch eine Vielzahl von Atmosphären bzw. durch eine Dynamik von Atmosphären gekennzeichnet ist. Lediglich unter besonderen Voraussetzungen einer räumlichen und zeitlichen Stabilität der sinnlich erfahrbaren Umweltkonstellation kann man von der Atmosphäre eines Platzes ausgehen. Der Atmosphärenbegriff trägt deshalb in erster Linie zum Verständnis der inneren Differenzierung von Plätzen und deren zeitlicher Veränderung bei. Die atmosphärische Qualität eines gesamten Platzes lässt sich folglich nur als Konstellation oder Abfolge von Atmosphären erfassen.

Gerade in der Geographie wird man bei dem Rückgriff auf den Atmosphärenbegriff häufig mit der Kritik konfrontiert, auf der Mikroebene eine neue Form des Geodeterminismus zu verbreiten, von dem sich die Sozialgeographie im Zuge ihrer sozialwissenschaftlichen Modernisierung seit den 1950er Jahren mühevoll befreit hat. Deshalb sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass Atmosphären keinesfalls als deterministisches Konzept verstanden werden dürfen. Der im Atmosphärenbegriff angelegte Zusammenhang zwischen Umgebungsqualitäten und Befindlichkeiten ist lediglich als ein Potenzial eines Ortes zu verstehen, einen systematischen Einfluss auf die Befindlich-

16 Vgl. R. Kazig, Einkaufsatmosphären. Ein wichtiges Kriterium der Einkaufsstättenwahl, in: CIMA direkt 1/2007, S. 23 ff.

keit von Personen an diesem Ort nehmen zu können. In welchem Maß dieses Potenzial eines Ortes zum Tragen kommt, hängt sowohl von Umgebungs-konstellationen als auch von subjektiven Faktoren ab.<sup>17</sup>

### 3. Perspektiven der empirischen Atmosphärenforschung

Wie zuvor angedeutet stellen Atmosphären ein sehr leicht veränderliches Phänomen dar. Die empirische Atmosphärenforschung steht daher vor der Herausforderung, dieser leichten Veränderbarkeit auf die Spur kommen zu können. Mit den „parcours commentés“ hat Thibaud eine Methode entwickelt, die grundsätzlich den geschilderten Anforderungen genügt.<sup>18</sup> Indem Passanten während des Gehens ihre Wahrnehmungen und Empfindungen schildern müssen, wird der Möglichkeit der Veränderung von Atmosphären beim Durchqueren eines Raumes Rechnung getragen. Wenn beim Einsatz dieser experimentellen Methode zusätzlich auf eine weitgehende Konstanz der äußeren Rahmenbedingungen geachtet wird, erlaubt sie den Zusammenhang zwischen sinnlich wahrnehmbarer Umwelt und subjektiven Befindlichkeiten zu rekonstruieren und damit den Atmosphären öffentlicher Räume auf die Spur zu kommen.

Der empirischen Atmosphärenforschung stehen dabei grundsätzlich zwei Wege offen. Auf der einen Seite kann sie versuchen, die spezifische Atmosphäre bzw. die Dynamik der Atmosphären eines Platzes oder öffentlichen Raumes zu rekonstruieren. Von diesem Verständnis sind beispielsweise die Arbeiten von Hasse oder Chelkoff und Thibaud geleitet.<sup>19</sup> Da sich beide Untersuchungen auf in ihrem sozialen bzw. ihrem architektonischen Charakter heraus stechende Orte beziehen, liefern sie mit ihren Ergebnissen nur einen geringen Beitrag zum Verständnis von Atmosphären jenseits der sehr speziellen Untersuchungsräume. Der Wert dieser Arbeiten besteht insbesondere darin, empirische Wege zur Bestimmung von Atmosphären spezifischer Orte aufgezeigt zu haben und damit grundsätzlich den Wert des Atmosphärenkonzepts für eine empirische Stadtforschung bestätigt zu haben.

Um der eingangs angesprochenen Herausforderung zu entsprechen und die Ergebnisse einer sozialwissenschaftlichen Forschung zu städtischen Atmosphären in den Dienst der Planung stellen zu können, ist es hilfreich, typische Atmosphären öffentlicher Räume und Plätze zu bestimmen und sowohl die mit ihnen einhergehenden Befindlichkeiten, als auch die ihnen zugrunde liegenden sinnlich erfahrbaren Umgebungs-konstellationen möglichst genau zu benennen. In diesem Fall zielt die Forschung

17 Vgl. R. Kazig (s. A 6), S. 179 ff.

18 Vgl. J.-P. Thibaud, *La méthode des parcours commentés*, in: M. Grosjean/J.-P. Thibaud (Hrsg.), *L'espace urbain en méthodes*, Marseille 2001.

19 Vgl. J. Hasse, *Die Atmosphäre einer Straße. Die Drosselgasse in Rüdesheim am Rhein*, in: J. Hasse (Hrsg.), *Subjektivität in der Stadtforschung*, Frankfurt a.M. 2002; G. Chelkoff/J.-P. Thibaud, *Ambiance sous la ville*, Grenoble 1997.

darauf ab, aus den vielfältigen sich verändernden Formen der atmosphärischen Erscheinung von Plätzen solche herauszuarbeiten, die auch jenseits der konkreten Untersuchungsräume auf Plätzen entstehen können.

Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse einer Untersuchung vorgestellt, die einen ersten Schritt in dieser Richtung darstellt.<sup>20</sup> Die vorgeschlagenen Typen beruhen auf der Untersuchung der Atmosphären eines gewöhnlichen Stadtplatzes, des Bottlerplatzes in Bonn. Obwohl der Platz zentral in der Bonner Innenstadt gelegen und in die Fußgängerzone integriert ist, handelt es sich beim Bottlerplatz eher um einen „Rückseitenplatz“. Er bot sich für eine erste Annäherung an typische Platzatmosphären deshalb an, da er durch seine Nutzung mit Einzelhandelsgeschäften, Dienstleistungsbetrieben und einem Café-Restaurant in den anliegenden Häusern über übliche Funktionen, und seine Ausstattung mit Bäumen, Bänken sowie einem Springbrunnen über eine Vielzahl von gestalterischen Elementen verfügte, die durchaus kennzeichnend für zentrale städtische Plätze sind. Mit Hilfe der oben bereits angedeuteten Methode der „Parcours commentés“ wurden mit insgesamt 40 Personen je zwei Gänge über den Platz unternommen. Der überwiegende Teil der Parcours wurde zu vier unterschiedlichen Zeitpunkten geführt, um eine Annäherung an die zeitliche Dynamik der Platzatmosphären zu ermöglichen.

Da die Untersuchung nur auf einen Platz beschränkt war, sind die im Folgenden vorgestellten typischen Atmosphären nur als erste grobe Elemente einer Typologie zu verstehen, die zu verfeinern und zu erweitern ist. Im Zentrum der Untersuchung stand deshalb in erster Linie der heuristische Wert einer Typenbildung. In diesem Sinn zeigt diese Untersuchung trotz der angesprochenen Einschränkungen in der Reichweite der Typologie sehr gut auf, welches Potenzial eine Typologie von Atmosphären grundsätzlich enthält.

## 4. Typische Platzatmosphären

### 4.1. Atmosphäre der Weitung

Eine Atmosphäre der Weitung kann sich beim Betreten eines Platzes einstellen. Sie ist auf die Vergrößerung des Blickwinkels zurückzuführen, die sich beim Betreten eines Platzes aus einer eher schmalen Straße heraus ergeben kann. Die Weitung der Perspektive bezieht sich dabei nicht allein auf die horizontale Weitung des Blickfeldes durch den größeren Abstand zu den begrenzenden Gebäuden. Von besonderer Bedeutung ist dabei auch die Möglichkeit, einen größeren Ausschnitt des Himmels erblicken zu können. Die Deutlichkeit, mit der die Atmosphäre der Weitung auftritt, ver-

20 R. Kazig, Les ambiances types et leurs dynamiques: réflexions théoriques et évidences empiriques d'une place à Bonn, in: J.-P. Thibaud (Hrsg.), Variations d'ambiances. Processus et modalités d'émergence des ambiances urbaines, Grenoble 2007.

ändert sich mit der Helligkeit. Nachts, wenn der Himmel als schwarze Fläche erscheint, ist die Atmosphäre der Weitung deutlich schwächer ausgeprägt. Darüber hinausgehend kann die Ausprägung der Atmosphäre auch durch Bäume bzw. durch den Grad der Belaubung von Bäumen auf dem Platz verändert werden. Große belaubte Bäume auf dem Platz vermindern die Deutlichkeit der Atmosphäre ähnlich wie die Dunkelheit des Himmels. Eine Atmosphäre der Weitung tritt dann besonders in Erscheinung, wenn man einen Platz über eine schmale Straße betritt und sich die Perspektive erst im Augenblick des Betretens des Platzes eröffnet. Ihre Intensität variiert also mit dem Kontrast zwischen zwei unmittelbar hintereinander erfahrbaren Konstellationen der Begrenzung des Blickfeldes.

Für die Passanten ist diese Atmosphäre mit der Empfindung verbunden, weniger eingengt und insgesamt freier zu sein. Da diese Atmosphäre an eine spezifische Form der Veränderung der baulichen Situation gebunden ist, wird sie nur im Bereich weniger Schritte erfahren und geht danach zwangsläufig in eine andere Atmosphäre über. Dennoch wird sie sehr deutlich erlebt, da der Schritt auf den Platz eine abrupte und umfassende Veränderung der sinnlichen Konstellation darstellt. Sie führt dazu, dass das Betreten eines Platzes als ein besonderer Moment erlebt wird.

#### 4.2. Leicht gefährliche Atmosphäre

Eine leicht gefährliche Atmosphäre stellt sich ein, wenn in dem Fußgängerbereich eines Platzes andere Verkehrsteilnehmer als Fußgänger unterwegs sind. Im Fall der Untersuchung am Bonner Platz waren Fahrräder und Lieferverkehr der Hintergrund für die Entstehung einer leicht gefährlichen Atmosphäre. Anstelle von Radfahrern könnten aber auch Skateboardfahrer, Kickboardfahrer oder Inlineskater Auslöser für eine entsprechende Atmosphäre sein. Eine leichte Gefährdung entsteht deshalb, weil ein Zusammenstoß mit einem Fahrradfahrer, einem Autofahrer oder einem Passanten der sich auf Rollen fortbewegt – selbst wenn sie langsam im Fußgängerbereich unterwegs sind – eine höhere Verletzungsgefahr mit sich bringt als der Zusammenstoß mit einem anderen Fußgänger. Eine leicht gefährliche Atmosphäre entsteht jedoch nicht grundsätzlich bei der Präsenz von „beräderten“ Verkehrsteilnehmern in Fußgängerbereichen, sondern ist an die Existenz sehr spezifischer räumlicher Konstellationen gebunden. Sie tritt insbesondere in einer Situation mit Querverkehr auf, d.h. im Bereich von Einmündungen in einen Platz an denen Passantenströme aus unterschiedlichen Richtungen aufeinander treffen. Zusätzlich muss dieser Bereich des Querverkehrs beengt sein, wodurch ein üblicherweise praktiziertes antizipierendes Ausweichen erschwert und auf diese Weise die Wahrscheinlichkeit eines Zusammenstoßes zwischen den Passanten und den „beräderten“ Verkehrsteilnehmern erhöht wird.

Auf der Seite der Subjekte kann eine leicht gefährliche Atmosphäre zuerst durch eine spezifische Form von Aufmerksamkeit beschrieben werden, die man eine sichernde Aufmerksamkeit nennen kann. Der Sehsinn und das Gehör werden in konzentrierter



Abb. 1: Situation in einer Durchgangsatmosphäre (Foto: R. Kazig).

Form dafür eingesetzt, um aus der Querrichtung kommende Passanten und „berärderte“ Verkehrsteilnehmer auszumachen und eine kollisionsfreie Durchquerung dieses Abschnittes zu ermöglichen. Um den Verkehr aus beiden Richtungen überblicken zu können, wird hier auch der Kopf nach links oder rechts gewendet. Bei nahender Gefährdung durch einen Zusammenstoß können auch plötzliche Gesten des Ausweichens erfolgen. Insgesamt führt eine leicht gefährliche Atmosphäre zu einer erhöhten Anspannung und kann kurzzeitig das Gefühl von Stress aufkommen lassen. Da leicht gefährliche Atmosphären an sehr begrenzte Konstellationen des Querverkehrs gebunden sind, werden sie normalerweise schnell durchschritten und danach der Stress wieder abgebaut.

#### 4.3. Durchgangsatmosphäre

Eine Durchgangsatmosphäre ist im Wesentlichen durch die Abwesenheit von systematisch ablenkenden Elementen gekennzeichnet. Sie kann sich dort etablieren, wo weder Störungen beispielsweise in Form von Querverkehr eine absichernde Aufmerksamkeit fordern, noch besonders attraktive Abschnitte ein besonderes Interesse wecken (vgl. Abb. 1). Derartige Voraussetzungen sind insbesondere in wenig attraktiven und

nicht zu stark, aber auch nicht zu gering frequentierten Bereichen von Fußgängerzonen oder auch auf breiten und längeren Fußwegen gegeben. Eine zu geringe Frequentierung kann dazu beitragen, dass die Gespräche oder Schritte einzelner Passanten eine besondere Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Eine zu hohe Frequentierung trägt hingegen dazu bei, dass ähnlich wie bei der leicht gefährlichen Atmosphäre die Umgebung bewusst beobachtet wird, um einen möglichen Zusammenstoß mit anderen Passanten zu vermeiden. Bei einer Frequentierung zwischen diesen beiden Extremen gehen die Gespräche oder Gehgeräusche einzelner Passanten in einer allgemeinen Geräuschkulisse unter, ohne dass gleichzeitig durch zu viele Passanten eine besondere Aufmerksamkeit gefordert wird. Auf einem Platz kann sie sich insbesondere dann einstellen, wenn längere Bereiche ohne Querverkehr bestehen.

Auf der Seite der Passanten kann man sich einer Durchgangsatmosphäre am leichtesten über die Gestik nähern: Sie ermöglicht ihnen ein ungehindertes Gehen in ihrer individuellen Gehgeschwindigkeit und ihrem individuellen Gehstil. Da das Gehen auf einem ebenen und festen Untergrund eine habituelle Tätigkeit darstellt, erfordert es keine explizite Aufmerksamkeit. Aus eben diesem Grund ist sie für die Passanten mit keiner besonderen Befindlichkeit verbunden. Sie stellt sich dann auf einem Platz ein, wenn nichts Außergewöhnliches den eigenen Rhythmus beeinflusst.

#### 4.4. Gemeinschaftliche Atmosphäre

Eine gemeinschaftliche Atmosphäre entsteht auf städtischen Plätzen in erster Linie in unmittelbarer Nähe zu der Terrasse eines Cafés oder Restaurants, die mit essenden, trinkenden und sich unterhaltenden Gästen besetzt ist (vgl. Abb. 2). Sie beschränkt sich auf den Bereich, in dem ein Blickkontakt zwischen den Passanten und den Gästen entstehen kann und sie die Gespräche der Gäste im Café oder Restaurant hören können. Sie kann aber auch ohne Terrasse entstehen, wenn den Passanten durch große Fenster oder eine gläserne Tür ein leichter Einblick in die besetzten Gasträume ermöglicht ist. Es ist das gemeinsame Essen und Trinken im öffentlichen Raum, das die Grundlage für die Entstehung dieser Atmosphäre bildet, da gemeinsames Essen und Trinken zu den wichtigen Gemeinschaft bildenden Aktivitäten gezählt werden können.<sup>21</sup>

Eine gemeinschaftliche Aktivität steht im deutlichen Kontrast zu der üblichen Situation der anonymen Begegnung einander fremder Passanten im öffentlichen Raum. Ihr unmittelbares Erleben kann sich für Passanten in zwei einander gegensätzlicher Befindlichkeiten ausdrücken: Auf der einen Seite kann sie als gemütlich empfunden werden und Passanten zum Verweilen und sich Hinsetzen anregen. Die unmittelbare Nähe zu einer gemeinschaftlichen Aktivität wird hierbei als Anregung empfunden, den anonymen Raum des Passierens zu verlassen und in der (vermeintlichen) Geborgen-

21 Vgl. J.-C. Kaufmann, *Kochende Leidenschaft. Soziologie vom Kochen und Essen*, Konstanz 2005, S. 100 ff.



Abb. 2: Situation in einer gemeinschaftlichen Atmosphäre (Foto: R. Kazig).

heit der Gemeinschaft zu verweilen. Sie kann auf der anderen Seite aber auch mit dem Gefühl von Unwohlsein und dem Wunsch verbunden sein, den Bereich der unmittelbaren Nähe der Terrasse umgehend zu verlassen. In diesem Fall wird das anonyme Vorbeigehen in unmittelbarer Nähe einer gemeinschaftlichen Aktivität als potenzielle Störung dieser Aktivität empfunden, der sich die entsprechenden Passanten nur ungern aussetzen möchten. Aus genau diesem Grund dürften insbesondere um Restaurantterrassen herum Abgrenzungen aufgebaut werden. Sie helfen, auf der Terrasse eine gemeinschaftliche Atmosphäre zu wahren, indem sie diese von der Anonymität des öffentlichen Raumes abgrenzen.

#### 4.5. Atmosphäre ästhetischer Anregung

Ein typischer Ort, an dem eine Atmosphäre ästhetischer Anregung besteht, ist ein Kunstmuseum. Ein Blick auf die spezifischen räumlichen Konstellationen in einem Kunstmuseum und die idealtypische Kennzeichnung der Befindlichkeit seiner Besucher stellt deshalb einen hilfreichen Zwischenschritt für das Verständnis der Entstehungsbedingungen einer Atmosphäre ästhetischer Anregung auf einem städtischen

Platz dar. In seiner Umweltkonstellation ist ein Kunstmuseum dadurch gekennzeichnet, dass Kunstwerke ausgestellt sind, denen sich Betrachter ungestört nähern können. Die ungestörte Betrachtung wird dadurch ermöglicht, dass in einem Kunstmuseum nur leise gesprochen wird und sich die Besucher nur langsam fortbewegen. Die Besucher eines Museums setzen sich intensiv und konzentriert mit den ausgestellten Kunstwerken auseinander. Ihre Aufmerksamkeit ist dabei auf die Formen der Darbietungen gerichtet. Die Betrachtung der Kunstwerke kann mit Beurteilungen der ausgestellten Kunstwerke einhergehen und durchaus von leisen Gesprächen zwischen miteinander bekannten Besuchern begleitet sein.

Im Unterschied zu einem Kunstmuseum erwarten Passanten auf einem städtischen Platz zunächst einmal keine Elemente, die den Status von Kunstobjekten haben. Die Entstehung einer Atmosphäre ästhetischer Anregung ist deshalb daran gebunden, dass Passanten gegenüber Objekten eines Platzes systematisch eine ästhetische Aufmerksamkeit entwickeln. Diese Voraussetzung wird dann erfüllt, wenn bestimmte Objekte des Platzes durch die Besonderheit ihrer Form Aufmerksamkeit erregen und die außerdem quasi selbstverständlich in das Blickfeld der Passanten fallen. Im Fall der Untersuchung des Bonner Platzes erfuhr insbesondere das historische Stadttor an der Stirnseite des Platzes eine ästhetische Aufmerksamkeit, weil die Passanten während einer längeren Passage auf das Tor blicken konnten und es sich darüber hinaus als mittelalterliches Bauwerk deutlich vom Stil der umgebenden Bauten abhob. Nachts wurde dieser Effekt zusätzlich durch die Illumination des Bauwerkes verstärkt.

Ähnlich wie oben für die Situation in Kunstmuseen beschrieben, beginnen die Passanten in diesem Teil des Platzes sich mit der Form des Bauwerkes sowie dessen Kontrast zu den umgebenden Bauten auseinander zu setzen. Sie verlangsamen dabei tendenziell auch ihre Gehgeschwindigkeit, um ihre Aufmerksamkeit besser auf die Betrachtung der baulichen Situation richten zu können. Eine Atmosphäre ästhetischer Anregung kann sich nur unter besonderen Rahmenbedingungen entwickeln und aufrecht erhalten. Zusätzlich zu der Existenz eines Objektes, das Passanten systematisch zur Entwicklung einer ästhetischen Aufmerksamkeit anregt, muss außerdem die Möglichkeit eines Innehaltens geboten sein. Sie ist insbesondere durch eine nicht zu große Passantenfrequenz gegeben, die den Passanten ermöglicht, ohne Risiko einen langsameren Rhythmus einzunehmen.

Das hohe Maß an Voraussetzungen für die Entwicklung einer Atmosphäre ästhetischer Aufmerksamkeit stellt auch ein Dilemma für eine adäquate Beachtung von Kunst im öffentlichen Raum dar. Kunstobjekte im öffentlichen Raum müssen zunächst einmal überhaupt wahrgenommen werden. Während der Untersuchung des Bonner Platzes war auf dem Platz für eine begrenzte Zeit eine Metallskulptur auf dem Platz aufgebaut. Keiner der Untersuchungsteilnehmer hat während dieser Zeit die Skulptur überhaupt wahrgenommen, so dass hier noch nicht einmal ein Anstoß für eine ästhetische Aufmerksamkeit entstehen konnte. Wenn Kunst im öffentlichen Raum platziert

wird, müssen auch die Bedingungen bedacht werden, damit sie überhaupt als Kunst wahrgenommen werden kann und sich eine ästhetische Aufmerksamkeit ausbilden kann.

### 5. Zum Verhältnis von empirischer Atmosphärenforschung und Planung

Die vorausgehenden Ausführungen konnten verdeutlichen, dass Atmosphären keineswegs eine übertrieben innenorientierte Perspektive auf den öffentlichen Raum lenken und seinem subjektiven Erleben eine zu große Bedeutung zukommen lassen, die möglicherweise nur ausgewählten Besuchern zugute kommt. Mit ihrer pragmatischen Dimension stehen Atmosphären in einer engen Beziehung zur Nutzung öffentlicher Räume und berühren in erheblichem Maß die Frage ihrer Nutzbarkeit. Sowohl die Durchgangsatmosphäre, die gemeinschaftliche Atmosphäre als auch die Atmosphäre ästhetischer Anregung beziehen sich auf Aktivitäten, die im öffentlichen Raum ausgeführt werden können. Das reine Durchqueren, das gemeinsame Verweilen und die ästhetische Anschauung bedürfen jeweils spezifischer sinnlich erfahrbarer Umweltbedingungen, unter denen sie besonders leicht ausgeführt werden können. Erkenntnisse aus der empirischen Atmosphärenforschung liefern insofern mehr als nur einen Beitrag zum Verständnis der Bedeutung der Umgebungsqualitäten für die Befindlichkeit der Nutzer öffentlicher Räume. Sie tragen auch zu einem besseren Verständnis der notwendigen sinnlich erfahrbaren räumlichen Konstellationen bei, unter denen bestimmte Aktivitäten im öffentlichen Raum besser ausgeführt werden können.

Die vorgestellten typischen Platzatmosphären haben zunächst einmal verdeutlicht, dass es durchaus typische Atmosphären von Plätzen gibt, die nicht das Ziel einer gestalterischen Intention darstellen dürften. Die leicht gefährliche Atmosphäre ist in diesem Sinn als nicht intendierte Folge von baulichen und regulierenden Maßnahmen zu verstehen. Sie weist vielmehr auf eine Konstellation hin, die von Seiten der Planung eher vermieden werden oder allenfalls aufgrund anderer Planungsziele bewusst in Kauf genommen werden sollte. Die auf eine Typologie zielende empirische Atmosphärenforschung kann also durchaus einen sinnvollen Beitrag liefern, auf ungewünschte oder problematische Konstellationen im öffentlichen Raum hinzuweisen. Indem sie darüber hinausgehend auch die Elemente benennt, die zur Ausprägung einer entsprechenden Atmosphäre führen, kann sie für Planer durchaus eine Hilfestellung bieten, die notwendigen Elemente zu verändern und so die nicht gewünschte Atmosphäre erst gar nicht entstehen zu lassen bzw. sie zeitlich, räumlich oder in ihrer Intensität einzuschränken.

Schwieriger stellt sich die Nutzung der Ergebnisse der empirischen Forschung als Hilfestellung für die konkrete Gestaltung von Atmosphären dar. Hier kann die empirische Forschung zwar die Elemente benennen, die beispielsweise für die Entstehung einer Durchgangsatmosphäre unbedingt notwendig sind. Da spezifische Atmosphären

jedoch durch kleinste Änderungen der sinnlich erfahrbaren Umwelt gestört oder verändert werden können, lässt sich allein auf Grundlage der Kenntnis der unbedingt notwendigen Elemente nie mit Sicherheit vorhersagen, ob die gewünschte Atmosphäre tatsächlich entsteht. Die empirische Forschung kann aber auch hier Hinweise auf Umgebungskonstellationen geben, die vermieden werden müssen, weil sie systematisch der Entwicklung einer gewünschten Atmosphäre entgegenstehen. Möchte man beispielsweise einen architekturhistorischen Pfad in der Stadt entwickeln und damit die ästhetische Betrachtung bestimmter Bauwerke anregen, gilt es nicht nur die Bauwerke bewusst auszuwählen, sondern auch in Betracht zu ziehen, ob überhaupt Beobachterpositionen eingenommen werden können, die ein ungestörtes Verweilen und die daran anknüpfende Entwicklung einer ästhetischen Aufmerksamkeit zulassen.

## 6. Ausblick

Die Atmosphärenforschung kann in Deutschland inzwischen auf eine langjährige Tradition zurückblicken. Durch ihre Entwicklung in der Philosophie war sie verständlicherweise zunächst durch eine deutliche Empirieferne gekennzeichnet. Auf diese Weise haben sich bisher wenige Berührungen zwischen den Atmosphärenforschern auf der einen und den mit der Gestaltung von Atmosphären befassten Praktikern auf der anderen Seite ergeben. Lediglich im Bereich der Einkaufsatmosphären hat sich durch die Marktnähe des Wissens schon seit einiger Zeit eine Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse für die gestaltende Praxis herausgestellt, wenn auch dieser Bereich der Atmosphärenforschung durch Defizite in der theoretischen Auseinandersetzung gekennzeichnet ist.

Mit der Einführung des Atmosphärenbegriffs in die sozial- und kulturwissenschaftliche Architektur- und Stadtforschung deutet sich eine neue Phase der Atmosphärenforschung an, die – wie auch das hier vorgestellte Projekt – nun stärker empirisch ausgerichtet ist. Sie dürfte auch vom gestiegenen Interesse am Zusammenspiel von Materialität, Sinnlichkeit und Körperlichkeit auf Seiten der Kulturgeographie<sup>22</sup> profitieren, das dem Anliegen der Atmosphärenforschung sehr nahe steht. Da im Bereich der Atmosphärenforschung derzeit ein internationales Netzwerk an Forschern und Praktikern im Entstehen ist,<sup>23</sup> dürfte die empirische Atmosphärenforschung auch aus dieser Richtung einen zusätzlichen An Schub erhalten. Insgesamt zeichnen sich damit vielversprechende Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Atmosphärenforschung als Teil einer empirischen Architektur- und Stadtforschung ab.

22 Vgl. z.B. P. Harrison, Making sense: embodiment and the sensibilities of the everyday, in: Environment and Planning D Vol. 18 (2000), S. 497-517.

23 Vgl. <http://www.cresson.archi.fr/AMBIANCE2008.htm>

## Die Atmosphäre des orientalischen Bazars

### 1. Vorbemerkungen

Der Beitrag diskutiert, reflektiert und konstruiert mit Hilfe der materiellen Verortungen die Atmosphäre des innerstädtischen Marktes in den Altstädten Aleppo/Syrien, Fès/Marokko, Damaskus/Syrien, Istanbul/Türkei, Kairo/Ägypten, Kairouan/Tunesien, Marrakech/Marokko, Meknès/Marokko, Tripolis/Libyen und Tunis/Tunesien sowie in weiteren Städten der Länder Nordafrikas und Vorderasiens, die vom Verfasser mehrfach besucht wurden.

*„En apercevant les boutiques du quartier des bazars du Caire, le promeneur est surpris par leur grand nombre et par leur aspect simple et coloré. Les vendeurs, vêtus de grandes robes, tantôt riches de tons, tantôt d'un bleu indigo plus ou moins passé, sont accroupis dans une sorte de grande caisse dont on aurait enlevé un côté, afin de laisser voir l'intérieur. Les couleurs des étalages où l'on vend des toiles de tentes, des babouches, des cuivres ciselés, des selles de chameaux, les harnachements des petits ânes, créent des associations de rouge, jaune, bleu et or, qui, dans un pays moins ensoleillé, seraient criardes; mais, au Caire une lumière abondante les fond en de riches harmonies.“<sup>1</sup>*

So beschreibt kurz nach Beginn des 20. Jahrhunderts G. Martin die Einzigartigkeit und die Vielfalt des orientalischen Bazars von Kairo. Ausgehend von diesen Eindrücken setzen sich die nachfolgenden Überlegungen in vier Punkten mit der Atmosphäre des innerstädtischen Marktes in den Altstädten der Länder Nordafrikas und Vorderasiens auseinander. Im ersten Abschnitt werden normative Definition und Genese der Atmosphäre diskutiert, um einen analytischen Zugang und eine interpretierende Annäherung zum Gegenstand zu ermöglichen. Der zweite Teil skizziert den Bazar als schickliche und ordentliche Konzeption westlicher Wissenschaft, auf dessen Basis die Atmosphäre des orientalischen Bazars verstanden werden kann. Der Bazar wird als materieller Ort, als Ort eines funktionalen Zwecks (Bazarökonomie) und als Handlungen induzierender Ort definiert. Danach erfolgt die versuchsweise Schilderung der Genese der Atmosphäre des orientalischen Bazars aus der Perspektive des Subjekts,

1 G. Martin, Les Bazars du Caire et les Petits Métiers Arabes, Paris 1910, S. 7.

je nachdem, ob es als fremder Passant, als orientierungsloser Marktgänger oder wissender Eingeweihter im Bazar verweilt: hierbei entstehen grob skizziert drei differente, ineinandergreifende Dimensionen der Atmosphäre des orientalischen Bazars je nach Wahrnehmungs-, Einfühlungs- und Projektionsvermögen des jeweiligen Subjekts. Der touristische Passant erlebt die Atmosphäre der Belastung, der interessierte Kunde fühlt die Atmosphäre des Aufschließens und der eingeweihte Marktgänger spürt die Atmosphäre der Projektion. Abschließend wird auf die derzeit sehr dynamisch ablaufenden baulichen Modifikationen des Bazars verwiesen, die zum graduellen Verflachen und partiellen Verschwinden der Atmosphäre des orientalischen Bazars führen.

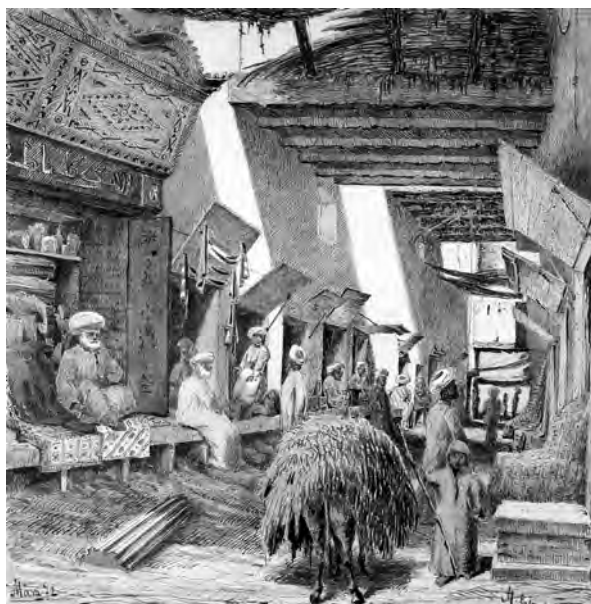
## 2. Methodische Reflexion: Die mehrfach subjektive Wahrnehmung der Atmosphäre oder die Fabrikation des orientalischen Bazars

Atmosphäre, so wie sie nachfolgend verstanden wird, bezeichnet eine „ätherisch-gefühlräumliche“ Dimension,<sup>2</sup> die wahrnehmende Menschen an einem Ort der Lebenswelt herstellen und aufspannen, ob sie wollen oder nicht wollen. Atmosphäre entsteht durch die Wechselwirkung zwischen dem wahrnehmenden Passanten des Bazars und den wahrgenommenen Phänomenen, die den Bazar als Ding ausmachen, den Menschen, die sich im Bazar aufhalten und den Handlungen der Menschen im Bazar. Das „Zusammenspiel alles und aller Anwesenden“, die „symbolisch dicht ‚gepackte‘ Synthese präsentativer Praktiken und bedeutungskomplementärer Gefühlsuggestionen“<sup>3</sup> lassen die Atmosphäre des orientalischen Bazars für ein Subjekt entstehen. Der individuelle Kontext, die emotionale Dimension und die intellektuelle Kompetenz des Subjektes spielen dabei im Hinblick auf die Frage eine wichtige Rolle, inwieweit die Atmosphäre des orientalischen Bazars gedacht, erlebt, gefühlt und vom Subjekt erkannt wird. Die Wege zur Herstellung der Atmosphäre sind für ihre methodische Analyse bedeutend, da der Prozess der Fabrikation der Atmosphäre selbst Teil der Atmosphäre ist. Mit J. Hasse<sup>4</sup> kann man das „Ziel der Einrichtung“, den „Zweck leiblicher Kommunikation“ und die „zwischenmenschlichen Produkte sozialer Verläufe“ als grund-

2 Zum Begriff der Atmosphäre in seiner wissenschaftlichen Problematik vgl. den Beitrag von J. Hasse in diesem Heft: J. Hasse, Die Stadt als Raum der Atmosphären. Zur Differenzierung von Atmosphären und Stimmungen. Dort findet sich teilweise die weiterführende einschlägige Literatur diskutiert und bewertet. Anregungen für die vorliegenden Überlegungen und nachfolgenden Ausführungen gehen unter anderem auch auf nachfolgende Lektüren zurück: G. Böhme, Atmosphäre. Essays zur neuen Ästhetik, Frankfurt a.M. 1995 und ders., Anmutungen. Über das Atmosphärische, Ostfildern vor Stuttgart 1998; J. Hasse, Die Atmosphäre einer Straße. Die Drosselgasse in Rudesheim am Rhein, in: ders. (Hrsg.), Subjektivität in der Stadtforschung, Natur – Raum – Gesellschaft 3, Frankfurt a.M. 1998, S. 61-113; H. Schmitz, Gefühle als Atmosphären und das affektive Betroffensein von ihnen, in: H. Fink-Eitel / G. Lohmann, (Hrsg.), Zur Philosophie der Gefühle, Frankfurt a.M. 1993, S. 33-56; H. Tellenbach, Geschmack und Atmosphäre. Medien menschlichen Elementarkontaktes, Salzburg 1968.

3 Vgl. den Beitrag von J. Hasse in diesem Heft.

4 Ebda.



**Abb. 1:**  
Orientalischer Bazar;  
Zeichnung 1873 von Max Eyth  
(Ulm, Ulmer Museum).

legende Ausgangsphänomene der Atmosphäre sehen. Um einen analytischen Zugang zur Atmosphäre des orientalischen Bazars zu erhalten, scheint es sinnvoll, den komplexen Vorgang der Produktion der Atmosphäre gedanklich in vier Dimensionen zu zerlegen: Sinne, Kognition, Emotion und Phantasie.

Die wichtigsten Dimensionen unserer Erfahrungsmöglichkeiten der Welt sind die bekannten Sinne, die es dem Menschen ermöglichen zu sehen, zu hören, zu riechen, zu tasten und zu schmecken. Wir lernen im Verlauf unserer Sozialisation, die Fähigkeiten unserer Sinne zu nutzen und zu schärfen. Damit ist die Art der sinnlichen Wahrnehmung von der kulturellen Prägung des Menschen abhängig. Allerdings bestehen die kulturellen Differenzen nicht nur von Ort zu Ort, sondern auch von Milieu zu Milieu. Das Dechiffrieren der Welt ist jedoch erst mit kognitiver Erkenntnis und emotionaler Empfindung möglich. Beide Erlebniskategorien sind an sinnliche Wahrnehmung gekoppelt. Die meisten Konstruktionen, die mit sinnlichen Wahrnehmungen einhergehen, beziehen sich auf Phantasien im Sinne mentaler und emotionaler Hypothesen über die Welt. Insbesondere H. Lehmann<sup>5</sup> verweist auf die Rolle der Phantasie beim Entstehen von Atmosphäre an einem Ort: „Der Phantasie muss ein gewisser Spielraum bleiben, der (meist unbewusste) Prozess des Vergleichens, Erratens und Identifizierens darf dem Betrachter nicht völlig abgenommen werden“. Dies bedeutet, dass es von unserer Phantasie abhängt, was und wie wir die gegebene und die gemachte Welt wahr-

5 H. Lehmann, *Essays zur Physiognomie der Landschaft*, Wiesbaden 1986, S. 165.

nehmen und wahr fühlen. Spätestens bei Erwähnung der Phantasie drängt sich im Zusammenhang mit dem Bazar der Diskurs des Orientalismus<sup>6</sup> auf, der sich seit der Aufklärung in Europa Bahn bricht und bei der Interpretation und der Deutung kultureller Phänomene in den Ländern Nordafrikas und des Vorderasien immer noch eine erhebliche Rolle spielt.<sup>7</sup>

Eine einheitliche Atmosphäre des orientalischen Bazars, die z.B. von westlichen Touristen empfunden und hergestellt wird, ist jenseits der individuellen subjektiven Dimension der Wahrnehmung potentiell möglich, da zahlreiche westliche Touristen bezüglich ihrer subjektiven Wahrnehmung eine mehr oder weniger gleichgerichtete Sozialisation erfahren haben, um sich in Gemeinschaft in dieser Welt orientieren zu können. Dazu ist es irrelevant, in welchem Referenzsystem Zeichen und Metaphern des Bazars gelesen werden, da jedes Subjekt mit seinen eigenen Erfahrungen und Möglichkeiten im Kontext seiner Kultur und seines Milieus die Welt deutet.

Allerdings verändert sich der Zugang zur Atmosphäre und damit die Atmosphäre selbst, je nachdem ob man sich als flüchtiger Tourist, als interessierter Passant, als intellektueller Flaneur, als engagierter Marktgänger oder als einheimischer Eingeweihter im Bazar befindet. Jeder genannte Typ wird als Individuum eine modifizierte Atmosphäre des orientalischen Bazars wahrnehmen.<sup>8</sup> Ein intensives Erleben der dichten und sinnlichen Atmosphäre des orientalischen Bazars wie es A. Meddeb<sup>9</sup> als Ich-Erzähler aus der Perspektive des einheimischen Eingeweihten in seinem Roman „Talismano“ imaginiert, gelingt nur im Kontext einer arabischen, ortsbezogenen Sozialisation und einer aufgeklärten europäisch-literarischen Reflexion als Schriftsteller. Die geschilderte Atmosphäre ist für den europäischen Passanten – ohne die erlebte Geschichte und ohne die Lektüre des Buches – nicht erfahrbar. Für den westlichen Marktgänger aufschlussreich beschreibt der präzise Beobachter E. Canetti<sup>10</sup> den Bazar von Marrakech und produziert, ähnlich wie W.M. Weiss,<sup>11</sup> benutzbare, schriftstellerische Visio-

6 E. Said, *Orientalism*, New York 1979.

7 A. Escher, Arabische Welt, islamische Welt oder Orient? Ein Plädoyer für „Arabische Welt“ und „Islamische Welt“ gegen „Orient“, in: *Praxis Geographie* 35/3, (2005), S. 4-11. Heute trifft man Orientalismus insbesondere in der Tourismuswerbung: Der Orient wird mit den Phrasen „Fest für die Sinne“ und „Oase für die Sinne“ angepriesen. Die „sinnliche Wahrnehmung“, die in den Industrieländern aufgrund der totalen, funktionalen Strukturierung von Raum und Zeit vermieden, bzw. reduziert wird, darf und soll man in den Ländern, die jenseits des Wassers im Orient liegen, finden. Der Orientalismus geht als lebender Diskurs und als gedankliche Referenzfolie in die Herstellung der Atmosphäre des orientalischen Bazars beim westlichen Touristen unweigerlich mit ein. Die orientalistisch geprägte Phantasie erweist sich, wie später deutlich wird, für den Besucher des Bazars letztlich als „Sackgasse“ bei der Wahrnehmung der Atmosphäre.

8 An dieser Stelle darf nicht vergessen werden, dass der Verfasser dieser Zeilen ebenfalls der subjektiven Wahrnehmung der Atmosphäre unterliegt, wenn er auch fähig zu sein glaubt, sich in unterschiedliche Positionen einfühlen zu können.

9 A. Meddeb, *Talismano*, Heidelberg 1993.

10 E. Canetti, *Die Stimmen von Marrakech. Aufzeichnungen nach einer Reise*, Frankfurt a.M. 1985.

11 W.M. Weiss, *Der Basar. Mittelpunkt des Lebens in der islamischen Welt*, München 2000.

nen, die einen Eingang in die verschiedenen Dimensionen der Atmosphäre des orientalischen Bazars aufzeigen. Schließlich ermöglicht es das bi-kulturelle Autorinnenpaar E. Heller und H. Mosbahi,<sup>12</sup> an der Bazaratmosphäre der eingeweihten Marktgänger zu partizipieren. Grundlegend kann man in Sachen Erfahrung der Atmosphäre des orientalischen Bazars festhalten: „je länger man durch das Labyrinth flaniert, desto bereitwilliger übergibt man sich dem fließenden Treiben“.<sup>13</sup>

### 3. Die schickliche und ordentliche Konzeption des orientalischen Bazars

Der Bazar im Orient wird von der deutschsprachigen Geographie „als das entscheidende wirtschaftliche und finanzielle Steuerungszentrum von grundlegender Bedeutung für die Stadt im islamischen Orient“<sup>14</sup> bezeichnet. „Dem Bazar kommt aber nicht nur für die Definition der ‚orientalisch-islamischen‘ Stadt eine herausgehobene Bedeutung zu; er prägt sie auch in vielfacher Hinsicht. In ihm laufen die wesentlichen wirtschaftlichen Prozesse ab, und seine Bauten gehören zu den eindrucksvollsten architektonischen Schöpfungen der Städte Nordafrikas und Vorderasiens“.<sup>15</sup> Bei der weitergehenden Beschreibung des Bazars macht E. Wirth<sup>16</sup> fünf Punkte aus, die bei der Charakterisierung der Bazare von Bedeutung sind:

- 1) Die zentrale Lage des Bazars im Innern der Stadt;
- 2) der Bazar ist durch Form, Funktion und Stil seiner Bausubstanz beschreib- und abgrenzbar;
- 3) das Warenangebot präsentiert sich als Branchenkonzentration und Branchensortierung von Einzelhandel und Gewerbe; Handwerk und Großhandel sind verflochten;
- 4) Händler, Handwerker und Bedienstete sowie
- 5) Kunden, als städtisches und ländliches Publikum, die den Bazar bevölkern.

Damit offenbart sich der Bazar als der öffentliche Raum in der Stadt: „Der Suq ist das Forum der Öffentlichkeit“, konstatieren E. Heller und H. Mosbahi.<sup>17</sup> Trotz der öffentlichen Funktion ist der Bazar in jeder Hinsicht ein geschlossener und abgeschlossener Ort, wie T. Zannad<sup>18</sup> formuliert: „Le souk permet de contenir et de passer mais demeure un espace fermé, par conséquent exclu“. Und zusätzlich lässt sich festhalten: „Ströme von Menschen, Waren, Informationen und Zahlungen treffen sich im Bazar

12 E. Heller / H. Mosbahi, *Hinter den Schleiern des Islam. Erotik und Sexualität in der arabischen Kultur*, München 1993.

13 W.M. Weiss (s. A 11), S. 39.

14 E. Wirth, *Die orientalische Stadt im islamischen Vorderasien und Nordafrika. Städtische Bausubstanz und räumliche Ordnung, Wirtschaftsleben und soziale Organisation*, Mainz 2000, S. 151.

15 Ebda., S. 151.

16 Ebda.

17 E. Heller / H. Mosbahi (s. A 12), S. 192.

18 T. Zannad, *Symboliques Corporelles et Espaces Musulmans*, Tunis 1984, S. 45.

als dem Knotenpunkt raumübergreifender Kontakte“.<sup>19</sup> Den grundlegenden Zweck des Bazars sieht E. Wirth<sup>20</sup> im „zusammenfassenden Charakter des Warenangebots mit Nachfrageklientel“. Die Thesen von C. Geertz<sup>21</sup> zum Bazar gehen einen Schritt weiter:

*„The bazaar is more than a place set aside where people are permitted to come each day to deceive one another, and more, too, than one more demonstration of the truth that, under whatever skies, men prefer to buy cheap and sell dear. It is a distinctive system of social relationship centering around the production and consumption of goods and services.“<sup>22</sup>*

Die zweckdienliche Dynamik, welche hinter der Organisation des Bazars steht, formuliert C. Geertz<sup>23</sup> folgendermaßen:

*„To start with a dictum, in the bazaar information is generally poor, scarce, maldistributed, inefficiently communicated, and intensely valued. Neither the rich concreteness or reliable knowledge that the ritualized character of nonmarket economies makes possible, nor the elaborate mechanisms for information generation and transfer upon which industrial ones depend, are found in the bazaar – neither ceremonial distribution nor advertising; neither prescribed exchange partners nor product standardization.“*

Kurz zusammengefasst und auf eine Formel gebracht: „The search for information one lacks and the protection of information one has is the name of the game.“<sup>24</sup> Auf dieser Basis ist nicht nur die Architektur und die Präsentation der Ware sowie die ökonomische Organisation, sondern auch das soziale Verhalten und strategische Handeln der Händler, Handwerker, Bediensteten, Kunden und Passanten im Bazar zu interpretieren und zu verstehen. Die angeführte Erkenntnis und die theoretisch formulierten Rahmenbedingungen für die Statik und Dynamik des Bazars ist letztlich für die Atmosphäre des orientalischen Bazars verantwortlich, denn die Abwesenheit von Information und die Suche nach Information sowie der alle Parteien zufriedenstellende Austausch von Waren kann nur ohne Chaos erfolgen, wenn die schickliche Konstruktion des Bazars die nachfolgend beschriebene Atmosphäre zulässt, denn die Atmosphäre entsteht auf dem Rücken der Materialität des Bazars und der agierenden Marktgänger. Die Atmosphäre trägt wiederum als eine den Bazar konstituierende Dimension zur Stabilisierung der dynamischen, wirtschaftlichen Aktivitäten, die das Rückgrat gesellschaftlicher Organisation bilden, bei.

19 E. Wirth (s. A 14), S. 151.

20 Ebda.

21 C. Geertz, Suq: the bazaar economy in Sefrou, in: C. Geertz / H. Rosen (Hrsg.), Meaning and order in Moroccan society. Three essays in cultural analysis, Cambridge 1973, S. 124.

22 Ebda., S. 124.

23 Ebda., S. 124 ff.

24 Ebda., S. 125.

#### 4. Die Atmosphäre der allumfassenden Belastung in der Orientierungslosigkeit

Umgebung, Hintergrund und Rundherum des Bazars, die vorhandenen Mauern und die begrenzenden Wände, die präsentierten Waren und die hergestellten Produkte sowie die anbietenden Menschen, die produzierenden Handwerker und die suchenden Marktgänger produzieren eine „Flut an Sinnesreizen“,<sup>25</sup> die den passiven Passanten bedrängen und die der Marktgänger zu verarbeiten hat; sie produzieren die allumfassende Atmosphäre des orientalischen Bazars.

„Am Anfang ist es oft sanftes Entsetzen. Man betritt den Bazar und tausenderlei Gerüche – von Blut und Balsam und Gewürzen und Dung – steigen einem in den Kopf.“<sup>26</sup> Der Ort des Bazars wird durch den Geruch bestimmt, dabei ist es aber nicht ein spezifischer oder festgelegter immer wiederkehrender Geruch, nein, es ist der Wechsel aller möglichen sich gegenseitig ausschließenden Gerüche, die den Ort des Bazars ausmachen. „Es ist würzig in den Suks, es ist kühl und farbig. Der Geruch, der immer angenehm ist, ändert sich allmählich, je nach der Natur der Waren“, schreibt der Flaneur E. Canetti<sup>27</sup> im Bazar von Marrakech. Allerdings kann ein extremer Geruch, mit dem man positive Gefühle verbindet, einen anderen extremen Geruch, den man meidet, ablösen. Dazwischen treten Gerüche auf, je nachdem welche Waren angeboten werden, die einen herrlichen Duft oder einen abscheulichen Gestank verströmen. Die dynamischen Aktivitäten der Händler und das Gedränge der Passanten sowie die Tätigkeiten der Handwerker erzeugen und wirbeln feinen Staub auf, der den Besucher umfängt. „Ein Staubbad nimmt man, das man auf der Zunge schmeckt.“<sup>28</sup> Der Staub der Straße, der Staub der unzähligen, unterschiedlichen und vielfachen Waren von Fellen über Häute bis Leder legt sich fein über die Ränder des Bazars und stapelt sich in seinen Ecken.

Die Abwesenheit der Stille lässt den Lärm als Hintergrund erscheinen. „Die Ohren werden von den heiseren Rufen der Träger und vom kehligen Klagen der Bettler drangsaliert.“<sup>29</sup> Dazu stehen die immer wiederkehrenden Ansprachen und die Ausrufe der ambulanten Händler, der Saft-, Wasser-, Gemüse- und Obstverkäufer, die ihre Waren auf Karren durch die Bazargassen schieben oder am Körper tragen, im lärmenden Gegensatz zum sitzenden Schweigen der Händler in den Läden. Dazwischen verändern die regelmäßigen Gebetsrufe des Muezzins die atmosphärische Stimmung in den Gassen des Bazars und dominieren kurzzeitig das gesamte Geschehen. Gehen und Flanieren im Bazar wird je nach Tageszeit unweigerlich zum Drängen und Tasten durch die Menge der Menschen. „Und die Menschen kommen einem näher [...],

25 W.M. Weiss (s. A 11), S. 39.

26 Ebda., S. 39.

27 E. Canetti (s. A 10), S. 17.

28 W.M. Weiss (s. A 11), S. 39.

29 Ebda.



Abb. 2: Im Bazar von Fez  
(Bild: Anton Escher, 2001).



Abb. 3: Im Bazar von Marrakech  
(Bild: Eva Riempp, 2007).

verfolgen mit ihren Blicken, wollen begreifen, suchen Kontakt.<sup>30</sup> Unweigerlich kommt der eilige Passant in körperlichen Kontakt mit anderen Marktgängern des Bazars; ungewollt und gewollt wird er angerempelt und angefasst. Dabei tastet sich der Besucher an den begrenzenden Mauern entlang, weicht den schwer tragenden Eseln und Mauleseln, die unter den befehlenden Rufen ihrer Treiber sich einen Weg durch die Menschenmenge bahnen, aus.

Alle Sinne sind durch eine Dauerbelastung, die permanent auf den Menschen einwirken, beansprucht, denn sie müssen sich auf die übergroße Vielfalt einstellen, wie die ungeheuerliche Zahl an unterschiedlichen Märkten im Bazar von Aleppo, der hier stellvertretend für alle orientalischen Bazare genannt sei, belegen: „Nowadays the suqs house about 6.000 shops, 2.000 of which are distributed along the main road [...] and 4.000 stretched over 37 suqs, 15 khans and tens of qaysariyas.“<sup>31</sup> Diese Belastung erzeugt eine grundlegende Anspannung des unbeteiligten Passanten. Die Sinne liegen blank und reagieren beim auswärtigen Besucher in vorher nicht gekanntem Maße. Hin-

30 Ebda.

31 A. Hadjar, *Historical Monuments of Aleppo*, Aleppo 2000, S. 33.

zu kommt der unmittelbare Wechsel der Sinneseindrücke, die von Genuss bis zu Ekel reichen. „Anziehend“ und „abstoßend“ tritt beim Herumschlendern nicht nur gleichzeitig, sondern auch gleichörtlich auf. Der materielle Rahmen des Bazars begrenzt alle optischen Wahrnehmungen über den Bazar hinaus. „Steht man in dem Lichtdom aus Sonnenstrahlen, die hie und da in die Gewölbe hereinbrechen, überschwemmt ein Farbenmeer die Augen.“<sup>32</sup> Die dunklen Mauern erscheinen eng und weit, hoch und niedrig, einfach und komplex; sie lassen es nicht zu, darüber hinaus zu sehen. „Das Licht der Bazare [...] hat mehr mit dem matten Schein gemütlicher Wohnstuben und der punktuellen Beleuchtung von Unterwelten gemein, es ist mehr der Schatten, der das Licht hervorhebt“,<sup>33</sup> schreibt der Photograph K.-M. Westermann. Gemeinsam mit dem Licht, das in den Bazar dringt, erzeugen die Mauern eine Umgebung von Hell und Dunkel, von Weiß und Schwarz, von Blendung und Finsternis, die eine Orientierung zu den Rändern des Bazars hin unmöglich macht. Der flanierende Passant vergisst und/oder verliert die räumliche Orientierung und die zeitliche Fixierung, da ihm durch die bauliche Struktur und durch die Lichtverhältnisse eine Sicht über den Bazar und über die Waren hinaus genommen wird.

##### 5. Die Atmosphäre der dynamischen Aufgeschlossenheit in der Isolation

Die begrenzte Enge, die hohe Geschlossenheit und die räumliche Abschirmung des Bazars führen zur Konzentration und zur Intensitätssteigerung sowie zur Ausrichtung der Wahrnehmung des aktiven Marktgängers auf die im Bazar präsentierten Waren. Im Inneren des Bazars dreht sich die Begrenzung um:

*„Hier gibt es keine Wände und keine Mauern. Alles wird vor den Augen der Käufer und Passanten produziert. Und alles, was produziert wurde, wird stolz zur Schau gestellt: der Suq ist eine riesige Schaubühne, ein kolossales Theater. Der Suq ist Corso, Piazza und Passage der arabischen Welt. Es ist der Ort, an dem man alles sehen und alles zeigen kann.“<sup>34</sup>*

Die farblosen Mauern und die kahlen Wände verweisen die Wahrnehmung der vorbeigehenden Passanten unweigerlich auf die ausgestellten, aufgeschlossenen Waren und die mit den Waren agierenden Menschen. Die Anhäufung der Läden, die Offenheit der Geschäfte und die aufdringlichen Auslagen sowie die anbietenden Händler verdichten die Wahrnehmung der angebotenen Waren. „Es wird sozusagen alles auf

32 W.M. Weiss (s. A 11), S. 39.

33 K.-M. Westermann, Das Licht der Basare, in: W.M. Weiss, Der Basar, Mittelpunkt des Lebens in der islamischen Welt. Geschichte und Gegenwart eines menschengerechten Stadtmodells, Wien 2000, S. 249.

34 E. Heller / H. Mosbahi (s. A 12), S. 192.

einmal angeboten“ registriert der exakte Beobachter E. Canetti.<sup>35</sup> „Man findet alles, aber man findet es vielfach.“<sup>36</sup> Auch beim Angebot der Ware und beim Umgang mit der Ware ist der Schriftsteller ein sicherer Informant: „Es gibt keine Namen und Schilder, es gibt kein Glas. Alles was zu verkaufen ist, ist ausgestellt.“<sup>37</sup> Die Handelsware ist optisch attraktiv aufgemacht, kunstfertig gestaltet; die Güter sind offen ausgebreitet, um eine unmittelbare Wahrnehmung mit allen Sinnen zu ermöglichen. „Für die Vermittlungsqualität der Ästhetisierung spricht weiter, dass sie hochgradig kommunikativ ist, da Aneignung selbstverständlich immer auch Kommunikation bedeutet.“<sup>38</sup> Die Präsentation ist möglichst in Augenhöhe oder man kann auf die Dinge heruntersehen. Die Ware wird nicht nur optisch, sondern auch auditiv, olfaktorisch und kinästhetisch aufgeschlossen.

„Der Passant, der außen vorübergeht, ist durch nichts, weder Türen noch Scheiben von den Waren getrennt.“<sup>39</sup> Die Händler unterstreichen ihr Warenangebot, indem sie den potentiellen und regsamen Kunden animieren, die Ware zu betasten, zu beriechen oder anzuhören. Der interessierte Passant kann die angebotene Ware von Innen betrachten und erfahren. Die angebotenen Güter werden auseinandergenommen, aufgeschnitten, zerteilt, umgedreht und seziert. „Dem Passanten wird jeder Gegenstand bereitwillig gereicht. Er kann ihn lang in der Hand halten, er kann lang darüber sprechen, er kann Fragen stellen, Zweifel äußern, und wenn er Lust hat, seine Geschichte, die Geschichte seines Stammes, die Geschichte der ganzen Welt vorbringen, ohne etwas zu kaufen.“<sup>40</sup> Damit ist ein absolutes Erfassen und kontrollierendes Einschätzen der Ware auf der Basis einer umfassenden sinnlichen Wahrnehmung möglich. Zu den Objekten, die für den Passanten aufgeschlossen werden, kommen die Waren hinzu, die im Bazar gefertigt, hergestellt und produziert werden: „Neben den Läden, wo nur verkauft wird, gibt es viele, vor denen man zusehen kann, wie die Gegenstände erzeugt werden.“<sup>41</sup> Die Produktion der Handwerker, ob sie Schuhe oder Taschen, Saft oder Teller herstellen, kann, ja muss sinnlich vernommen werden! Man kann das Innere der Ware bei der Herstellung betrachten und wahrnehmen. Bei diesen Prozessen sieht und fühlt der interessierte Passant ebenfalls die inneren Teile und die Einzelelemente der Waren bei ihrer Verarbeitung. Die Aufbereitung und Herstellung der Handelsware erzeugt positives Gefühlserleben. „So ist man von Anfang an dabei, und das stimmt den Betrachter heiter.“<sup>42</sup>

35 E. Canetti (s. A 10), S. 18.

36 Ebda., S. 17.

37 Ebda., S. 17.

38 M. Müller / F. Dröge, Die ausgestellte Stadt. Zur Differenz von Ort und Raum, Basel/Boston/Berlin 2005, S. 10.

39 E. Canetti (s. A 10), S. 20.

40 Ebda., S. 20.

41 Ebda., S. 19.

42 Ebda., S. 19.

Alle Dinge, die im Laufe der Zivilisation in Europa versteckt, geschlossen, verpackt, gewogen und sauber präsentiert werden, treten auf dem Bazar für den offenen Besucher in optische, haptische, olfaktorische, akustische und emotionale Erscheinung. Die Dinge werden geradezu in Bezug auf ihre spezifische Sinneswahrnehmung präsentiert und es wird mit der Ware selbst für die Ware geworben. Die Fassung des Bazars verschwindet und es bleibt das geöffnete, umgedrehte Innere der ausgebreiteten und präsentierten Waren sowie der im Entstehen begriffenen Produkte, die ihren unterschiedlichen Geruch verströmen und das Äußere des Inneren als Geschmack abgeben. Der interessierte Kunde muss, kann und darf die Waren sehen, riechen, schmecken, hören und betasten. Der aktive Passant nimmt die Waren existentiell in sich auf, bevor er sie käuflich ersteht. Die Suche nach Information gebietet dem Kunden den Einsatz aller sinnlichen Möglichkeiten, um dem Händler und seiner Ware Informationen über die Ware zu entlocken.

### 6. Die Atmosphäre der phantasiereichen Projektion in der Öffentlichkeit

In geradezu idealtypischer Weise gelingt es dem reisenden Völkerkundler W. Wrage Mitte des letzten Jahrhunderts in einem Bazar in einer nordafrikanischen Stadt, eine Bazarszene zu beschreiben, welche die phantasiereiche Atmosphäre des orientalischen Bazars greifbar macht:

*„Tonwaren aller Art sind auf der Erde aufgestapelt. Die warme rötliche Farbe des gebrannten Tones beherrscht das Bild des Marktes; flache Schalen, Krüge, große Amphoren, Tontöpfe mit und ohne Henkel, erstaunlich dünnwandige Gefäße mit langen Ausgußtüllen, wieder andere plump und dünnwandig. Zierliche Vasen, mit einfachen geometrischen Mustern bunt bemalt, stehen auf dem Boden. Verschleierte Frauen drehen und wenden sie in den Händen, klopfen daran, um äußerlich nicht erkennbare Risse oder Sprünge am Klang festzustellen. Hier stehen mächtige Urnen und Krüge. Sie sind so groß, dass ein ausgewachsener Mensch sich darin verstecken könnte. Es sind Speicherurnen, in denen Getreide und Oliven aufbewahrt werden können. Wir müssen an das Märchen von Ali Baba und den vierzig Räubern denken, in dem ja solche Krüge auch als Verstecke dienten.“<sup>43</sup>*

Der informierte Bazargänger schildert sehr differenziert den visuell erkennbaren Sachverhalt und lässt eine Atmosphäre erahnen, erzeugt aber bei sich selbst, d.h. beim Berichterstatter, keine atmosphärische Kommunikation; die Reaktionen des Autors verweisen und retten sich in die über den „Orient“ vermittelte Märchenwelt von 1001 Nacht. Ausgehend von den vorstehend geschilderten Bewandnissen wird vom eingeweihten Einheimischen eine weitergehende Atmosphäre der phantasiereichen Projektion in der Öffentlichkeit des Bazars gefühlt. Aufgrund der Funktion, der Präsentation

43 W. Wrage, Nordafrika. Volk und Landschaft zwischen Rif und Nil, Leipzig 1942, S. 42.

und der Intention des orientalischen Bazars treten scheinbar alle Waren, die den Bazar als Tauschbörse materiell ausmachen, für den eingeweihten Bazargänger aus sich heraus und erzeugen damit eine sinnliche, nicht bewusst kontrollierbare Ekstase.

Der bereits mehrfach zitierte Beobachter E. Canetti<sup>44</sup> fühlt diesen Zustand, indem er vermutet: „Man wäre gar nicht verwundert, wenn sie plötzlich in rhythmische Bewegung gerieten, alle Taschen zusammen, und in einem bunten orgiastischen Tanz alle Verlockungen zeigten, deren sie fähig sind.“<sup>45</sup> Diese Dynamik erzeugt sogar beim fremden Passanten aus den Ländern des Nordens eine Atmosphäre der existenziellen Spannung, die sich steigert, da er viele Zeichen und emotionale Impulse, die er registriert, weder lebensweltlich noch intellektuell zuordnen kann, sondern spekulierend oder phantasierend einordnen muss. Leider greift er dann gerne auf märchenhafte Erzählungen zurück. Der eingeweihte Marktbesucher hingegen deutet die Zeichen und fühlt eine Atmosphäre, deren phantasiereiche Projektion seine eigene Leiblichkeit betrifft und integriert. Ein beispielhaftes Phänomen macht dies deutlich: Die scheinbare Abwesenheit der Frau bzw. die optische Reduktion des Weiblichen durch Verhüllung im Bazar und andererseits die geforderte Eindeutigkeit der geschlechterspezifischen Zuordnung von allen Dingen im Bazar wirken für den fremden Passanten verwirrend. Dazu erläutern helfend die Autorinnen E. Heller und H. Mosbahi:

*„Es hat den Anschein, als sei der Suq die große Bühne demonstrativer Männlichkeit, von der jegliche weibliche Anwesenheit verbannt ist. Doch dieser Eindruck trügt: Je tiefer man in das Innenleben des Suq eindringt und sich von seinen Düften und Parfums berauschen lässt, desto mehr gerät man in den Bann eines allgegenwärtigen, subtilen Erotismus, einer magischen Gegenwelt zum offiziellen Islam, der prüde und verschlossen ist.“<sup>46</sup>*

Damit wird eine Dimension der Atmosphäre des Bazars angesprochen, die nur dem länger verweilenden und interessierten Flaneur zugänglich ist. „Wenn auch der Suq vor allem Corso und Kaffeehaus der Männer ist, so ist es doch die verborgene Gegenwart der Frau, des Weiblichen, die seine prickelnde Atmosphäre bestimmt,“ führen Heller/Mosbahi<sup>47</sup> weiter aus. Dabei ist es jedoch notwendig, dass sich der Marktgänger auf die Kommunikation mit Menschen und Zeichen, mit Geruch und Geschmack einlässt. Danach wird sich eine Welt erschließen, die im Kontext und in Referenz der uns fremden Kultur steht: „Und wir entdecken bald, dass die Frau omnipräsent ist, in jedem Gegenstand, in jedem Zeichen, in jedem Geruch – selbst in den Worten des Händlers, der seine Ware preist wie ein Poet die Schönheit seiner Geliebten.“<sup>48</sup> Und die mehrfach angeführten Autoren gehen in der Beschreibung der Bedeutung des Bazars noch einen

44 Ebda., S. 18.

45 Ebda.

46 E. Heller / H. Mosbahi (s. A 12), S. 192.

47 Ebda., S. 186.

48 Ebda., S. 186.

Schritt weiter, die der rational reduzierenden, deutschsprachigen Geographie wohl für immer verborgen bleiben wird: „Der Suq erweckt den Anschein, als sei er – vor allem anderen – dazu bestimmt, die Präliminarien der Liebe, das Spiel der Körper und der Phantasie zu stimulieren, als diene er nur dem Zweck, Männer wie Frauen auf ihren Körper aufmerksam zu machen, sie zu lehren, ihre erotischen Obsessionen ernst zu nehmen.“<sup>49</sup>

### 7. Die verschwindende Atmosphäre des orientalischen Bazars im 21. Jahrhundert

Die grundlegenden Veränderungen und qualitativen Transformationen der Altstädte des Orients im 21. Jahrhundert betreffen auch in hohem Maße den orientalischen Bazar. Die Veränderung der Bazare durch die moderne städtische Raumordnung, durch die funktionale Verkehrsplanung und durch die weitgehende Umsetzung kapitalistischer Ökonomie, gepaart mit effektivem und kontrolliertem Handel sowie die Auszeichnung der Altstädte als Welterbe der UNESCO, reduzieren die sinnlichen Wahrnehmungsmöglichkeiten und verändern die Atmosphäre des orientalischen Bazars. Die Umsetzung der raumordnerischen Vorstellungen führte in den letzten zwanzig Jahren dazu, dass komplette Bazarzeilen aufgrund von Neubauten oder aufgrund von neuen Straßentrassierungen schlichtweg niedergerissen wurden.<sup>50</sup>

Die Handwerkerbazare, die sich früher dicht an die Verkaufsgassen reihten, werden im Laufe der Zeit aus dem Bazarbereich verbannt, damit sie die Befindlichkeit der Käufer und Touristen nicht stören. Töpfereien, Gerbereien und Webereien sowie die dazugehörigen täglichen Märkte verschwinden aus dem Bazarbereich<sup>51</sup> und werden außerhalb der Stadt, ausgestattet mit moderneren Produktionstechniken, angesiedelt.<sup>52</sup> Inzwischen findet man im Bazar die Ware abgepackt und ausgezeichnet. Die berühmten Olivenseifen in Aleppo werden mit Zellophan geschützt und die Datteln in Vakuumverpackungen angeboten. Namensschilder, Preisauszeichnungen, Glastüren und Holzfassaden halten Einzug im Bazar. Die Läden werden begehbar ausgebaut, das laute Rufen des Händlers nach dem Teeträger wird durch ein leises Gespräch am Handy ersetzt; die Branchenkonzentration löst sich schrittweise auf, die Dichte wird gelöchert

49 Ebda., S. 195.

50 Vgl. H. Gaube / H. Wirth / E. Wirth, Aleppo. Historische und geographische Beiträge zur baulichen Gestaltung, zur sozialen Organisation und zur wirtschaftlichen Dynamik einer vorderasiatischen Fernhandelsmetropole, Wiesbaden 1984.

51 Vgl. A. Escher, Modernisierung und Formalisierung traditioneller Handwerksbranchen in Marokko. Zum Beispiel: Die Lebatta in Fès und Marrakech, in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 32 (1988), S. 120-130.

52 Vgl. A. Escher / E. Wirth, Die Medina von Fes. Geographische Beiträge zu Persistenz und Dynamik, Verfall und Erneuerung einer traditionellen islamischen Stadt in handlungstheoretischer Sicht, Erlangen 1992.

und die Atmosphäre des orientalischen Bazars wird dünner und flacher, wie wir es aus der europäischen Lebenswelt kennen: „Denn zur Verödung unseres modernen Lebens gehört es, dass wir alles fix und fertig ins Haus und zum Gebrauch bekommen, wie aus hässlichen Zauberapparaten.“<sup>53</sup>

Die Bazarökonomie hat ausgedient.<sup>54</sup> Folgendes Beispiel der Händler mit Schafwolle steht für nahezu die meisten Händler- und Handwerksbranchen in den heutigen Bazaren des Orients: Schafwolle muss flockig sein, damit sie gesponnen werden kann; deshalb werden die Felle bzw. die Flocken mit einer Art Drahtpeitsche geschlagen. Eine Gasse im Bazar von Aleppo war immer mit schlagenden und pfeifenden Geräuschen erfüllt sowie durch schwebende Flockenteile fast vernebelt. Heute findet man in der peinlich sauberen Gasse überwiegend Läden, in denen die Verkäufer von Modekleidern und anderen Waren hinter Glasscheiben sitzen.

Das Siegel des Welterbes der UNESCO produziert Sicherheit und Sauberkeit in den Gassen des Bazars. Die ordentlich restaurierten Häuser und die sauber gestrichenen Wände verwandeln den orientalischen Bazar in durchgestylte Passagen mit Hinweisschildern und Erläuterungstafeln.<sup>55</sup> Ein musealer, auf Visualität reduzierter Raum ohne Geruch und Geschmack, ohne Geräusche und Geschiebe entsteht. Die unmittelbare, existenzielle Erfahrung des orientalischen Bazars, wie sie auf den vorangehenden Seiten gezeichnet wird, und die Genese von unvergleichlichen, einmaligen Atmosphären sind nur noch bedingt möglich.

Der „Orient“ verliert in allen seinen Altstädten den orientalischen Bazar. Es bleibt für die europäischen Touristen die orientalistisch inspirierte Phantasie, möglicherweise unterstützt durch die Lektüre von Literatur und Spielfilm, damit die Atmosphäre des orientalischen Bazars in herkömmlicher Dichte und gewöhnlicher Intensität an den innerstädtischen Märkten jenseits des Mittelmeeres weiterlebt.

53 E. Canetti (s. A 10), S. 19.

54 Vgl. A. Escher, Das Dallalsystem. Zur Vitalität einer traditionellen Marktorganisation des städtischen Handwerks im Maghreb, in: M. Brandstetter et. al. (Hrsg.), Afrika hilft sich selbst. Prozesse und Institutionen der Selbstorganisation. Münster 1992, S. 318-328.

55 Vgl. A. Escher / S. Petermann, Die Revitalisierung der Medina von Marrakech, in: SGMÖIK-Bulletin 17 (2003), S. 17-22.

Boris von Brauchitsch

## Städtische Atmosphären im Spiegel der Fotografiegeschichte

Der Bedeutungs- und Funktionswechsel des Bildes am Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit ist zweifellos *das* einschneidende Ereignis der Mediengeschichte und prägt unsere Wahrnehmung bis heute. Die Änderung der Blickrichtung, die Wahrnehmung des Physischen anstelle des rein Metaphysischen, erschloss den Blick auf irdisches Sein. Es war nun möglich geworden zu versuchen, die Welt so zu zeigen, wie sie erscheint oder wie sie sein sollte. Naturalistische, ungeschönte Porträts standen neben Entwürfen von Idealstädten.

Von dem, was der ursprünglichen Wortbedeutung folgend als Atmosphäre verstanden werden kann, von einem Nebel, der sich spürbar auf die Haut legt, einem verunklarenden Schleier in der Bildtiefe, der die optische Wahrnehmung nachzuahmen sucht, einem Dunst aus Hintergrundgeräuschen, der im Film einen Ort lebendig machen will, ist hier allerdings zunächst wenig zu spüren. Vielmehr ist das Stadtbild (und seine an der Antike orientierte Architektur) auf Klarheit und eine Harmonie ausgerichtet, die sich den Menschen zum Maßstab nehmen möchte. Der ideale öffentliche Raum ist ein Spiegel eines idealen sozialen Gefüges. Das Bemühen um Präzision und Schärfe in der Frührenaissance hat etwas erfrischend Naives, das sich auf eigentümliche Weise in der Frühzeit der Fotografie, um die Mitte des 19. Jahrhunderts, wiederholt. Die Begeisterung des 15. Jahrhunderts für die neu entdeckte Perspektivkonstruktion, die den Raum im Bild erfahrbar macht, findet ihr Pendant in der Begeisterung der Fotografen für die neu erschlossenen Möglichkeiten der Aneignung, der Besitzergreifung und Katalogisierung der Welt mit all ihren Besonderheiten: „Besonders im seinerzeit politisch, sozial und zivilisatorisch rückständigen Deutschland muss die Möglichkeit, künftig der Welt in als authentisch angesehenen Bildern habhaft zu werden, geradezu revolutionär gewirkt haben.“<sup>1</sup>

Diese unbarmherzige Form der Abbildung, dieses wahl- und erbarmungslose Erfassen jedes Details durch die Fotografie hatte eine Faszination, der sich vor allem die wissenschaftlich Orientierten nicht zu entziehen vermochten; der Kunstwelt dagegen

1 H. Körner, Reisefotographie, in: B. von Dewitz / R. Matz (Hrsg.), Silber und Salz. Zur Frühzeit der Photographie im deutschen Sprachraum 1839-1860, Köln 1989, S. 334.

war diese Genauigkeit suspekt. Kunst sollte dem Schönen frönen, die Spreu vom Weizen trennen, selektieren. Fotografie schien dazu zunächst nicht in der Lage. Und doch beschritten Fotografen bald unterschiedliche Wege, um das Gegenteil zu beweisen. Zum einen entstanden aufwändige Inszenierungen im Atelier, die klassische Themen der Malerei aufgriffen, zum anderen bemühte sich gegen Ende des Jahrhunderts die Kunstfotografie mit raffinierten Unschärfen und Edeldruckverfahren darum, den Eindruck malerischer Handarbeit nachzuahmen und so ‚Atmosphäre‘ zu transportieren. „Jeder, der das photographische Verfahren künstlerischen Zwecken dienstbar machen will, muss vor allen Dingen danach streben, jene durchaus unkünstlerische Eigenschaft der Photographischen Technik, jene allzu große naturalistische Treue zu beeinflussen“, hieß es damals.<sup>2</sup>

Inzwischen besitzt Unschärfe in der Fotografie längst auch eine ganz andere Konnotation. Sie steht nicht mehr nur für das Bemühen um eine künstlerische Aura, die mit Weichheit dem Auge schmeichelt, sondern, im Gegenteil, auch für besondere Authentizität. Die Unschärfe ist Ausdruck eines visuellen Ergatterns, des Versuchs, etwas Reales mit den verfügbaren (jedoch unzureichenden) technischen Mitteln erkennbar zu machen. Unschärf sind heute Fahndungsfotos, Bilder von Überwachungskameras, Schnappschüsse mit dem Handy. Ihre Flüchtigkeit birgt eine ganz eigene Atmosphäre, denn das Abgebildete befindet sich bereits im Stadium der Auflösung, des Verschwindens. „Einige der berühmtesten Bilder der letzten Jahre sind unscharf“, so Wolfgang Ullrich. „Lady Diana an der Drehtür des Ritz in Paris oder Mohammed Atta beim Check-in in Portland. Jeweils passieren die Akteure gerade die letzte Überwachungskamera vor ihrem Tod, weshalb sich die Unschärfe wie ein Vorzeichen ihres Verschwindens ausnimmt, und als Stilmittel einer Ikonographie der Katastrophe erscheint.“<sup>3</sup> Man könnte auch an die berühmte Aufnahme des sterbenden republikanischen Soldaten im Spanischen Bürgerkrieg von Robert Capa (1913-1954) denken. Allerdings sind diese Bilder nun ja nicht etwa unscharf, weil die erkennbare Person kurz darauf aus dem Leben geschieden ist – das hätte doch etwas allzu Spirituelles – und dennoch sind sie bestens geeignet, das Erschreckende und Geheimnisvolle des Todes, von dessen Wirkung nun einmal keine präzisen Bilder bestehen, zu illustrieren. In einer Zeit, in der alles bildwürdig geworden ist, in der es zunehmend als verdächtig gilt, wenn man sich der Überwachung entzieht, versprechen verschwommene Bilder gesteigerte Sensation. Je mehr Methoden die Kameraindustrie selbst für die untalentiertesten Amateure bereithält, Unschärfe in Film und Foto zu vermeiden, desto aufregender werden Menschen, denen es noch immer gelingt, sich der Schärfe zu entziehen. Bereits durch diesen Akt werden sie zu Saboteuren, quasi als Vorstufe des geheimnisvollen Outcasts oder bedrohlichen Terroristen. Klarere Konturen garantieren

2 W. Warstat, *Die künstlerische Photographie*, Leipzig 1913, S. 6, zit. nach U. Eskildsen, *Die deutschen Kunstfotografen und ihre Tradition*, in: *Neue Wege in der Fotografie*, Düsseldorf 1980, S. 51.

3 W. Ullrich, *Geschichte der Unschärfe*, Berlin 2002, S. 7.

bessere Überwachung, bessere Erfassung des Einzelnen und der Welt. Größtmögliche Schärfe ist ein Wunsch der Ermittler, der Polizei und der Naturwissenschaft, des rationalen Apparats. Der scharfe Blick ist Ausdruck von Macht, Unschärfe zuzulassen wird dagegen zur emotionalen Geste, die die Dinge nicht durch Beherrschung formt, sondern frei wirken lassen möchte. Das Uneindeutige belebt die Phantasie, ermöglicht weiterreichende Assoziationen, macht das Bild noch mehr zur Projektionsfläche eigener Vorstellungen.

Wir sind auch heute noch, in Nachwirkung von Theorien der Romantik, geneigt, dem Nebulösen einen höheren Grad an Atmosphäre zuzubilligen. Wird die Stimmung eines Bildes ‚stimmungsvoll‘, ist sie meist weit von nüchterner Neutralität entfernt und lebt von starken Kontrasten, die Teile des Bildes in überstrahlendes Licht oder in Dunkelheit tauchen, sie setzt auf extrem kalte bzw. warme Farbigkeit oder sie bedient sich, sozusagen klassisch, einer Verunklärung durch Dunst.

Atmosphäre im Bild, so könnte man sagen, entsteht durch eine besondere Betonung einer Stimmung, eine Verdichtung, die verschiedene Fotografen als magisch beschrieben haben, so etwa Herbert List (1903-1975), dessen Anliegen es war, „das Magische im Vorübergehen“ zu erfassen, Heinrich Riebesehl (\*1938), der die Objekte nach ihrer „magischen Ausstrahlung“ abtastet und Andreas Müller-Pohle (\*1951), der sie „magisch aufzuladen“ sucht.<sup>4</sup> Diese Magie kann sich allerdings auch in einer Überschärfe, etwa im Sinne der *Pittura metafisica*, widerspiegeln. Sie ist zunächst eine Interaktion der Dinge, in die der Betrachter einbezogen wird. „Atmosphäre ist ein ausgesprochenes Zwischenphänomen, es liegt zwischen den Dingen und dem Betrachter“, formuliert es der Philosoph Gernot Böhme.<sup>5</sup> Obwohl oder gerade weil die Atmosphäre eines Raums oder einer Veranstaltung auf einer eher subjektiv emotionalen Wahrnehmung beruht, kann sich die Abbildung durchaus auch um größtmögliche Objektivität bemühen, wenn sie diese Atmosphäre vermitteln möchte. Es ist nicht zwangsläufig notwendig, die „naturalistische Treue“ zu manipulieren, wenn das Motiv von sich aus bereits mehr zu bieten hat als pure ‚wissenschaftliche‘ Neutralität. Auch ein ‚sachlicher‘ Blick vermag Atmosphäre zu transportieren. Andererseits ist es ebenso legitim, als Fotograf die eigene Wahrnehmung der Dinge zu betonen und eine gewünschte Lesart des Bildes auf diese Weise noch stärker vorzugeben.

Fotografie erzählt keine Geschichten, sondern transportiert lediglich Augenblicke. Sie friert den Moment jedoch nicht nur ein, sondern verlängert ihn auch für die Dauer ihrer Existenz. Da Atmosphäre ein Zustand und kein Ereignis ist, ist die Fotografie prädestiniert, diesen Zustand zu konservieren, beliebig abrufbar zu machen, ihm die

4 Vgl. B. von Brauchitsch, *Das Magische im Vorübergehen*. Herbert List und die Fotografie, 1992 sowie U. Eskildsen, *Die deutschen Kunstfotografen und ihre Tradition*, in: *Neue Wege in der Fotografie*, Düsseldorf 1980, S. 59.

5 G. Böhme, *Atmosphäre als Manipulative im Dritten Reich*, in: A. Schmidt / R. Jammers (Hrsg.), *Atmosphäre. Kommunikationsmedium der gebauten Umwelt*, Essen 2005, S. 14.

Zeit zu geben, die er braucht, um wahrnehmbar zu werden. Ein Stakkato der Effekte, wie es von Musikvideos oder Bühnenshows gegenwärtig gern genutzt wird, erzeugt das Gegenteil von Atmosphäre, es überwältigt im Augenblick, um Leere zu hinterlassen.

Aber Fotografie ist dem bewegten Bildmedium auch überlegen, ohne dass dessen rasante Schnittmöglichkeiten Anwendung finden: Mehr noch als der Film vermag Fotografie die Atmosphäre zugleich zu verdichten. Es ist nicht verwunderlich, dass es Standbilder sind, die sich dem (kollektiven) Gedächtnis einbrennen und eher selten filmisch bewegte Szenen.

Fotografien vermögen jedoch nicht nur vergangene Ereignisse zu vergegenwärtigen, sondern darüber hinaus Atmosphäre als zeitlosen Zustand zu erzeugen. Und zwar, indem sie Schlüsselreize in quasi punktueller und komprimierter Form liefern und jedem individuell die Möglichkeit bieten, sich die Zeit zu nehmen, die gebraucht wird, um diese Reize wirken zu lassen. Ein Film mit einem geradezu prototypischen Titel wie „Hafen im Nebel“<sup>6</sup> vermag als Ganzes eine ungefähre Atmosphäre von Melancholie, von gescheiterten Träumen zwischen Poesie und Realismus zu erzeugen; das Publikum wird in ähnlicher Stimmung das Kino verlassen, aber es wird eben eine Stimmung, selten ein konkretes Bild sein, das es mit nach Hause nimmt. Das Foto von James Dean, der uns, mit einer Zigarette im Mundwinkel und hochgeschlagenem Mantelkragen auf dem Times Square, dem „Boulevard of Broken Dreams“ (so der Bildtitel einer Lithographie nach dem Motiv von Gottfried Helnwein), entgegenkommt, ist dagegen jedermann geläufig. Es ist keine schöne und traurige Geschichte, es ist ein einziges Bild. Der schöne und traurige Rebell ist hier zur Ikone geworden.

Eine Beschreibung der auf einem Bild abgebildeten Dinge so anschaulich zu formulieren, dass eine Person, die das Bild nicht kennt, einen Eindruck gewinnt, der dem Motiv nahe kommt, ist ein schwieriges Unterfangen. Denn jeder verknüpft mit Begriffen seine eigenen Erinnerungen und Erfahrungen und färbt sie dadurch subjektiv. Eine Atmosphäre mit ihrem Licht, ihrer Temperatur, ihren Gerüchen und Geräuschen zu beschreiben, die zwischen den Dingen liegt, die quasi im Dialog der Objekte entsteht, ist mindestens ebenso diffizil. Die Atmosphäre eines Bildes zu schildern, das sich zwangsläufig auf das Visuelle beschränken muss, aber weit mehr transportieren möchte, dürfte noch weit schwieriger sein. Der Schritt von der puren Information über die Dinge zur Vermittlung einer Atmosphäre ist ein erster Schritt in die Ungegenständlichkeit, denn das Bild transportiert mehr als die Summe des Sichtbaren.

Es war bereits die Rede vom ‚sachlichen‘ und vom ‚subjektiven‘ Blick, vom möglichst detaillierten Besitzergreifen einerseits und der Betonung der individuellen und damit nicht allgemeingültigen Wahrnehmung andererseits. Auf das Erfassen der Welt in den ersten Jahrzehnten nach der Erfindung der Fotografie, auf das Sammeln von Stadtansichten und Landschaften der Erde folgte das quasi archäologische Konservieren des

6 1938, Regie: Marcel Carné.

Vergänglichen in Bildern, und nach dem Ersten Weltkrieg die kritische und utopische Reflexion.

Berlin war für den Expressionismus nicht umsonst der Kulminationsort, denn kaum eine andere Stadt der Welt bietet derart ideale Voraussetzungen für das Aufspüren und Herstellen von Atmosphäre. Und daran hat sich seither nichts geändert, im Gegenteil, die Spuren des Krieges haben die urbanen Bedingungen noch bereichert. „Der Charakter Berlins“, schreibt der Architekt Manuel Gausa, „zeigte sich in diesen großen Leerräumen, die sich nach ungewissen Grenzen hin auszuweiten scheinen, zwischen modernen Randstrukturen und halbverschütteten Ruinen. [...] Wir wollten diese spezielle, starke und intensive Atmosphäre erleben, bevor ihre Qualitäten von neu heranwachsenden Gesinnungen zermalmt würden: jenen einer jüngst um sich greifenden und komplexen Obsession, die Züge einer perfekteren und konventionelleren Schönheit zu rekonstruieren.“<sup>7</sup> Noch ist jedoch genügend Platz für atmosphärische Interaktionen. Der Krieg sowie die Folgen der Teilung, politischer, architektonischer und sozialer Bemühungen und Ratlosigkeiten sind heute noch vielerorts sichtbar. Die Veränderungen sind jedoch ebenso eindrucksvoll wie die Kontraste vielsagend, pittoresk und surreal. Noch ist Berlin eine Stadt für Fotografen, für Fotografen aus aller Welt, die sich in Berlin in den letzten Jahren umtaten, hier vorübergehend oder längerfristig (noch immer günstiges) Quartier bezogen und sich an der Stadt versuchten.

Aber auch manche Fotografien des königlichen Hoffotografen Albert Schwartz (1836-1906), der hundert Jahre vor der Vereinigung der zwei deutschen Staaten den Wandel Berlins vom preußischen Residenzort zur deutschen Metropole dokumentierte, vermitteln bereits die Atmosphäre tiefgreifender Veränderung. Sie zeigen, dass die Brüche und Umbrüche Tradition haben. Wir sehen etwa einen Bauplatz in der Fidicinstraße des Jahres 1890, auf dem offenbar neue Häuser errichtet werden sollen. (vgl. Abb. 1). Die Grundstücke sind bereits abgesteckt, eine erste Ladung Steine wartet, und im Hintergrund ragt der neue, zwei Jahre zuvor errichtete Wasserturm auf, der die bequeme moderne Wasserversorgung bis unters Dach in den hübschen Gründerzeit-Neubauten garantiert. Doch dort, wo die schicken Häuserzeilen entstehen sollen, steht noch dieser dunkle Dinosaurier, diese letzte von drei Windmühlen auf dem Tempelhofer Berg, die ihre Flügel nach links, sozusagen in die Vergangenheit, richtet und wenige Tage oder Wochen nach der Aufnahme verschwunden sein wird. Albert Schwartz hat dieses kurze Intervall zwischen Zukunft und Vergangenheit eindrucksvoll gebannt. Die Aufnahme hat fast den Charakter einer surrealistischen Montage.

Im Hinblick auf die atmosphärische Konstruktion, auf die hauptsächlich visuelle Steuerung von Gefühlen, erwähnt Gernot Böhme ein bewährtes Mittel: „Für das Herstellen von Atmosphäre kann man von einer sehr alten Kunst, nämlich der Bühnen-

7 M. Gausa, Berlin. Erinnerungen an eine verschwindende Landschaft, in: Berlin. *Photographs* by Jordi Bernadó Tarragona and Ramon Prat, hrsg. von Josep Lluís Mateo, Barcelona 2000, unpaginiert.



Abb. 1: Albert Schwartz, Fidicinstraße, Berlin 1890.

bildneri, sehr viel lernen.“<sup>8</sup> In diesem Sinne ist es nicht überraschend, dass Gordon Baldwin bezüglich einer Fotografie Eugene Atgets (1856-1927) von 1924 Filmkulissen assoziiert. Atgets Fotografie eines spitz zulaufenden Gebäudes sei wie aus einem deutschen Film des Expressionismus, einem Werk wie „Nosferatu“,<sup>9</sup> entlehnt: „Man erwartet fast einen vermummten Vampir, der vor dem Sonnenaufgang flieht.“<sup>10</sup> Die engen Straßen mit zerklüfteten Konturen werden in ihrer Wirkung noch durch die Menschenleere unterstützt. „Nichts ist vieldeutiger und entzieht sich mehr der Lesbarkeit, als eine Stadt, leer oder voll, bevölkert oder ausgestorben. Das Bild einer ausgestorbenen Stadt etwa kann ebenso die Stunde vor Sonnenaufgang andeuten wie die Stunde der totalen Zerstörung.“<sup>11</sup> Die Leere kann ebenso friedlich wie destruktiv sein, für sich allein ist sie wertfrei. Um ihr eine atmosphärische Wertigkeit zu geben, sind andere Faktoren von Bedeutung. Baldwin räumt in Hinblick auf Atgets Fotografie ein, dass ein Großteil der vampiresken Wirkung der dunklen Vergrößerung geschuldet ist.

8 G. Böhme (s. A 5).

9 1922, Regie: Friedrich Wilhelm Murnau.

10 G. Baldwin / E. Atget, Photographs from the J. Paul Getty Museum, Los Angeles 2000, S. 80.

11 I. Moscati, The Secret of Photography, in: instant city, Prato 2001, unpaginiert.



**Abb. 2:**  
*Eugene Atget,  
Ecke Rue de Seine und  
Rue de L'Échaudé, Paris 1924.*

Atget hat von dem Negativ, das hier verwendet wurde, auch hellere und weniger kontrastreiche Abzüge mit weitaus geringerer dramatischer Wirkung gemacht. Wie der Bühnenbildner Hand in Hand mit dem Beleuchter arbeiten muss, der für die Lichtstimmungen verantwortlich zeichnet, ist das Negativ lediglich Ausgangsmaterial, das in der Dunkelkammer im Sinne einer Maximierung der beabsichtigten Effekte belichtet wird. Weiche Schatten, kontrastreiche Linienführung, wärmere oder kältere Tonalität, partielle Nachbelichtung, all das bleibt, selbst schon bei einer um Authentizität bemühten Schwarz-Weiß-Aufnahme, Sache des Labors. Die Atmosphäre ist also zu weiten Teilen ein Produkt der Dunkelkammer.

Die Wahrnehmung der Stadt als bedrohlicher, alles verschlingender Moloch, wie sie vielen Malern des Expressionismus zu eigen ist, findet ihren Ausdruck in schroffen Formen abseits des rechten Winkels, in Verzerrungen und grellen Farbkontrasten. Die extremen Emotionen, ausgelöst in den Straßen der Großstädte, werden im Atelier destilliert und abstrahiert. Die Fotografie war hier, trotz aller Möglichkeiten subjektiver Einflussnahme, weitgehend überfordert. Lediglich die Experimente der 1920er Jahre mit neuen Perspektiven, mit Nahaufnahmen auf Gegenstände, die dadurch entfremdet werden und ihre Gegenständlichkeit einzubüßen scheinen, sowie mit stürzenden Linien, vor allem in der Architekturfotografie, verweisen auf den künstlerischen Zeitgeist.

Die Zerstörungen des Krieges boten Fotografen in allen Städten spektakuläre Motive, allerdings wird auch in den Ruinenbildern deutlich, wie unterschiedlich die Zielrichtungen sein können. Im Wesentlichen waren es zwei Tendenzen: Noch während der letzten Kriegsjahre entstanden einerseits Fotografien, die die alliierten Luftangriffe zu denunzieren suchten, während andere Fotografen ihre Arbeiten als visuelle Durchhalteparolen verstanden. Nach Ende des Krieges wurden daraus Anklagen, bzw. optimistische Aufbaumotivationen.

Atmosphäre wurde instrumentalisiert und entsprechend kommentiert. Ein Buch wie Richard Peters *„Dresden. Eine Kamera klagt an“*<sup>12</sup> führt den zu erwartenden Schuldspruch der Verantwortlichen quasi schon im Titel. Allerdings werden diese eher beiläufig und in lyrischer Form erwähnt. Als DDR-Bürger erkennt er eine Zerstörung der glanzvollen Stadt *„durch die eigne Schmach und durch die Schmach, die Wallstreets Namen trug“*<sup>13</sup> und vertraut auf das sozialistische Wiederaufbauprogramm. In Köln setzt ein Fotograf wie Hermann Claasen dagegen im Subtext seiner Dokumentation der Ruinen auf eine Menschheit, *„die unterwegs ist zur Heimkehr in die großen Ordnungen der Schöpfung Gottes“*.<sup>14</sup> Bei Hilmar Pabel steht ein Fatalismus im Vordergrund, der Geschichte als Schicksal begreift, dem der Mensch ausgeliefert ist,<sup>15</sup> während Fotografen wie Robert Capa und Henry Ries (1917-2004) im amerikanischen Auftrag das vitale Engagement der neuen, demokratischen Deutschen im Schatten der ‚Rosinenbomber‘ schildern.<sup>16</sup>

Einem Fotografen wie Herbert List ist abseits unmittelbarer politischer Indienstnahme und abseits des nationalen und internationalen Fokus, der stark auf Städte wie Köln, Dresden und Berlin ausgerichtet war, ein geradezu provozierend poetischer Blick auf die Trümmer Münchens gelungen. Dieser weltgewandte, elitäre Dandy war *„ein Mann der Betrachtung, der sich das Privileg geschaffen hatte, die Dinge seines Umgangs auszuwählen; kein Mann der Aktion“*.<sup>17</sup> Werner Helwig schildert sein freundschaftliches Verhältnis zu List als einen Zustand, in dem er nie sicher war, *„ob es auf seiner Seite mehr war als ein interessiertes Wahrnehmen meines Vorhandenseins“*.<sup>18</sup> Mit dem gleichen, zwar sensibilisierten, aber zugleich amüsierten und distanzierten Interesse wählt Herbert List seine Motive im kriegsgeschädigten München, das ihm, der sich zuvor an den Ruinen der griechischen Antike versucht hatte, als eine willkommene Fortsetzung seiner fotografischen Studien erschienen sein mag. Die schnee-

12 R. Peters, *Dresden. Eine Kamera klagt an*, Dresden o.J. (1950).

13 Ebda.

14 H. Claasen, *Gesang im Feuerofen*, Düsseldorf 1947.

15 H. Pabel, *Jahre unseres Lebens*, Stuttgart 1954.

16 R. Capa, *Sommertage, Friedenstage*, Berlin 1945, Berlin 1986 und H. Ries, *Photographien aus Berlin, Deutschland und Europa 1946-1951*, Berlin 1988.

17 W. Hildesheimer, *Über Herbert List*, in: *Du*, Zürich, Juli 1973, S. 460.

18 W. Helwig, *Rückblick auf Herbert List*, unpubliziertes Typoskript, Herbert-List Archiv Hamburg 1975.



**Abb. 3:**  
Herbert List,  
Akademie der Künste,  
München 1945.

bedeckten Trümmer, die fragmentierten Skulpturen, die für Momente fast etwas Lebendiges vorzutäuschen vermögen, haben weit eher surrealistischen denn appellativen Charakter. Der Wiederaufbau scheint mit einem resignativen Lächeln bedacht, wenn List zwei nackte steinerne Athleten festhält, die mit Aufräumarbeiten beschäftigt scheinen, während ihnen ein dritter in aller Gelassenheit zusieht. Eine Aufnahme wie diese ist für Propagandazwecke ungeeignet, sie vermittelt nichts als ein gelassenes Verlassensein, einen eingefrorenen, magischen Moment. Setzt das Tauwetter ein, dann wird deutlich werden, dass nichts für die Ewigkeit ist, dass selbst die Ruinen in ihrer Schönheit vergänglich sind und dem Wiederaufbau weichen müssen, doch bis dahin herrscht eine schneegeedämpfte Stille.

Der Fluss der Ereignisse und die abgelagerten Spuren, die diese Ereignisse hinterlassen, sind in keiner deutschen Stadt über Jahrzehnte so lebendig geblieben wie in Berlin. Erst mehr als fünfzig Jahre nach Kriegsende hatte man hier die Gelegenheit der Bereinigung. Der Flash der Vergangenheit, der in einem wie von der Zeit vergessenen Bezirk spürbar war, zog, wie gesagt, internationale Fotografen in seinen Bann. Nun wurde das Flüchtige und Provisorische dieser für die Dauer der DDR-Ära konservierten Vergangenheit offenbar und forderte die Fotografie als Instrument der Spurensicherung geradezu heraus. „Meine Tage im Prenzlauerberg waren eine endlose Folge von Wundern und Entdeckung. Sie atmeten noch die Atmosphäre direkt aus der Zeit der Zeichnungen Zilles“, schreibt der japanische Fotograf George Hashiguchi (\*1949) rund zwei Jahre nach dem Fall der Mauer. „Der Wind, der durch die Straßen blies, war vermischt mit dem Geruch von Kohle und belastet mit greifbarem Staub. Die greifbaren



**Abb. 4:**  
George Hashiguchi,  
Berlin 1991.

Mauern zersetzten sich wie abpellende Haut. Auf den Fassaden wurden die überstrichenen pechfarbenen Buchstaben alter Schilder Jahrzehnte später wieder klar sichtbar. Krämer, Tabakladen, Frisör [...] bloß diesen Zeichen auf den Mauern folgend, konnte man den Reiz Berlins um die Jahrhundertwende auferstehen lassen.“<sup>19</sup> Hashiguchi geht so weit, sich für seine Berlin-Obsession die in seinen Augen passende Kamera zuzulegen, eine doppeläugige Rolle, die er in einem Schaufenster des Viertels, ebenfalls von Staub bedeckt, ausgemacht hatte und deren Handhabung für ihn ein mit seinen Streifzügen vergleichbares Abenteuer darstellte.

Die latente Unbeständigkeit, die jeder Atmosphäre innewohnt, manifestierte sich geradezu in den Quartieren Ost-Berlins. Ganze Viertel geronnen zu materialisierter Stimmung, der sich vor allem Fremde nicht zu entziehen vermochten. Die flüchtige Atmosphäre wurde eins mit der schwindenden grauen Stadt, ihren Kohleöfen und bröckelnden Fassaden, an deren Stelle bald schon eine bunte, glatte Sauberkeit treten würde, und sie entsprach zugleich der nomadischen Existenz, die viele zeitgenössische Künstler lebten und leben. Berlin wurde zu einem Lebensgefühl des Transitorischen. Die von der globalisierten Welt geforderte Flexibilität reflektierte sich in der lokalen Ungewissheit einer Metropole, die sich wie eine Reihe junger Künstler, die Berlin zum Thema machten, auf der Suche nach einer gefestigten Identität befand.

19 G. Hashiguchi, Berlin, Tokio 1997, unpaginiert.



Abb. 5: Bull.Miletic, Übergang, 2004.

Der aus Valencia stammende Sergio Belinchon (\*1971) begegnete in Berlin den verlorenen Betonarchitekturen seiner Heimat wieder, die dort als wild wuchernde Ferienparadiese die Küsten besetzt hielten. In Berlin gab er zunehmend die zuvor gepflegte Position des distanzierten Beobachters auf und wählte immer wieder den Aufnahmeort so, dass sich die Orientierungslosigkeit der Objekte auf den Betrachter übertrug. Auf Trümmergrundstücken, durch Gestrüpp oder Zäune hindurch, belauerte er die urbane Ödnis, die auch nach allen Auslöschungsbemühungen durch Wirtschaftswunder, Wiederaufbau und Wiedervereinigung noch immer vom Krieg erzählte. Hinter Büschen liegen Plattenbauten und Brandwände, deren Dimensionen oft nicht mehr eindeutig auszumachen sind, und auch bei seinen Bildern von gerade fertig gestellter und äußerst ambitionierter Architektur scheint es nicht um eine präzise Erfassung der Baukörper zu gehen, sondern nur noch um die Illustration der vergeblichen Bemühung, es sich gemütlich und nett zu machen, indem man die Trostlosigkeit des Umfeldes ausblendet.

Das Spiel mit dem Zustand des Übergangs zwischen Sichtbarem und Unsichtbarem, zwischen Neugier und Melancholie betrieb auch das Künstlerpaar Synne Bull (\*1973) aus Norwegen und Dragan Miletic (\*1970) aus Serbien. Sie setzten dabei jedoch auf das Medium Video. Von der Hoch-Bahn aus erfassten Bull und Miletic per Video über den Köpfen der Passanten und über dem Verkehr die Fassaden mit Fenstern, Mauern, Graffiti. Der Titel „Übergang“, den ihre Arbeit trägt, ist den Lautsprecherstimmen entlehnt, die an Verkehrsschnittstellen auf andere Verbindungen verweisen, deutet jedoch auch auf ihr eigenes Künstlerdasein, ihre Herkunft aus Ost- und Westeuropa. Der Standpunkt in „Übergang“ ist kein statischer, sondern ein hektisch pulsierendes Vorwärtsdrängen. Zu einem Sound – aus dem Kreischen der Schienen gemischt – hetzen die Häuser als praktisch unendliche Variationen über Fläche, Farbe und Rhythmus vorbei. Diese bewegte, moderne Symphonie der Großstadt findet ein Pendant in der U-Bahn-Atmosphäre, die der Chilene Pablo Zuleta Zahr (\*1978) in seinen großformatigen Tableaus transportiert. Irgendwo im Untergrund, bei neutralem Kunstlicht, installierte



Abb. 6: Pablo Zuleta Zahr, *Männer in schwarzen Anzügen*, 2005.

er auf eine monochrome Wand gerichtet für zehn Stunden eine Videokamera. Tag und Nacht sind an solchen Orten nicht mehr zu unterscheiden und nur durch die Dichte der Passanten ließe sich erahnen, ob man sich zur Schlafenszeit oder zur Rushhour dort befindet. Doch die Videos, die in Berlin und Santiago de Chile entstanden, sind keineswegs das Endprodukt, denn was der Künstler in jeweils zehn Stunden gesammelt hat, diente ihm lediglich als Ausgangsmaterial. Jeder, der an der Kamera vorbeikam, wurde im Nachhinein separiert. In Ordnern, nach Merkmalen der Kleidung sortiert, harhten die Passanten einer Neuordnung in Panoramen. Dabei wurde keiner vergessen, keiner manipuliert und keiner tauchte ein zweites Mal auf. Der tatsächliche Ablauf des Tages interessierte nicht mehr, als sich Zuleta Zahr daran machte, seine Partituren aus Formen und Farben zu entwerfen. In zeitentrückten Rekompositionen verdichtete er die Flüchtigkeit zu einem labilen Spiel zwischen Schein und Sein. Diese fotografischen ‚Partituren‘ konstruieren Atmosphäre, allerdings nicht über die Bühnenbild-Methode – die Architektur ist weitgehend neutralisiert –, sondern über die Ambivalenz zwischen Individualität und Anonymität der Passanten.

Fotografie hat im Hinblick auf Atmosphäre ein archäologisches Bedürfnis. Sie möchte sie offenlegen, konservieren und anschaulich, nach Möglichkeit ständig verfügbar machen, das Ephemere in eine Ewigkeit überführen, die so lange andauert, wie Reproduktionen des fixierten Augenblicks im Umlauf sind. Und sie ist dazu wie kein anderes Medium geeignet. Dabei hat sich nebenbei gezeigt, dass Fotografien nicht nur eine längere Lebensdauer als flüchtige Atmosphären haben, sondern nicht selten auch die Existenz von Architekturen, gelegentlich sogar von ganzen Städten überdauern.

# Forum

Robert Kaltenbrunner

## Begrenzt offen? - Städtebau in regionaler Dimension: ein Blick über den Tellerrand

### 1. Einführung

Als Georg Simmel 1903 schrieb, die Stadt sei keine räumliche Tatsache mit soziologischen Wirkungen, sondern eine soziologische Tatsache, die sich räumlich formt, lebte gerade einmal ein knappes Zehntel der Menschheit in Großstädten. Hundert Jahre später war es bereits die Hälfte. Doch während die Stadtentwicklung einer Dynamik sondergleichen unterliegt – woran auch die partielle Schrumpfung nichts ändert –, verharrt der Städtebau in so festgefügt wie trügerischen Gewissheiten. Ungebrochen wird er von einer zentralen Idee beherrscht: dem Planungskonzept. Wenngleich die Inhalte dieses Konzeptes, wie auch die angewandten Instrumente, sehr unterschiedlich sein können, das Ziel bleibt im Grunde dasselbe: die optimale Verteilung von Personen, Gütern und Dienstleistungen auf einem vorgegebenen Gebiet. Nur die Kriterien dieser Verteilung variieren je nachdem, welche politische Maßgabe sie in die Tat umsetzt. Dahinter steht der Grundgedanke einer Rationalisierung, die sich ihrerseits der absoluten Kontrolle, der Ausschaltung des Unvorhersehbaren sowie der gleichzeitigen Errichtung einer ebenso perfekten wie definitiven Ordnung verschrieben hat.

Nimmt man diese Ansprüche zum Maßstab, so hat die reale Stadtentwicklung sich davon kaum beeinflussen lassen. Es braucht nicht die Megalopolis andernorts als Referenz (Me-

xiko, Sao Paulo, Lagos, Kairo, Bombay, Tokio usw.), um zu sehen, wie fundamental die urbane Umwälzung ist. Post-, Ex-, Sub- und Dis- sind nur einige, obschon die wohl meist verwandten Präfixe, die in Form zusammengesetzter Neologismen die zeitgenössischen Stadtlandschaften Westeuropas und Nordamerikas beschreiben (sollen). Begriffe wie Postsuburbia und posturbane Räume, Edge City und Exopolis, Suburban Downtown, Generic City und Disurbia sind Teil einer schwindelerregenden Sammlung von oft hitzig gestanzten Formeln und plakativen Labels. Doch diese Wortwahl, so maniert oder effekthascherisch sie auch sein mag, offenbart immerhin, wie schwierig es geworden ist, heutige Stadtentwicklung darzustellen und zu analysieren, ja selbst sie zu benennen. Dass Stadtgesellschaft und urbanes Raumgefüge nurmehr eine radikal chaotische und fragmentierte Struktur manifestieren, scheint Konsens bei vielen Beobachtern.

Demgegenüber ist der Städtebau ins Hintertreffen geraten: Zu beschränkt in seinem räumlichen Aktionsfeld, zugleich zu offensiv (in der Endgültigkeit seiner Festlegungen) als auch zu defensiv (gleichsam vor der Komplexität der Aufgabe kapitulierend) in seinem Vorgehen. Ist es nicht eine Gepflogenheit, auf dem Gebiet des Städtebaus alles durch Teilmaßnahmen zu lösen – wo doch von einer Gesamtplanung so gut wie nie die Rede sein kann? Der Städtebau der Mo-

derne, so befand André Corboz einmal, wollte die Stadt neu erfinden und völlig neuartige, universell anwendbare Lösungen erarbeiten, aber es gelang ihm nicht, die Quellen des eigenen wissenschaftlichen Credos aufzuspüren, um seine Postulate kritisch zu untersuchen. Doch genau das ist nun die Aufgabe: „Ein derartiger Wandel in unserem Verhältnis zum Raum ist umso dringender, als die Probleme der unter unseren Augen im Entstehen begriffenen „Stadt“ nicht mehr die Probleme von Zentren sind, sondern von Zonen, Anhängseln, Ausfransungen und Enklaven, die gemeinsam mit der Stadt in dem Bereich existieren, den wir Peripherie nennen.“ Doch die Grundvorstellung, „wie sie bislang für das Vorgehen bei städtebaulichen Eingriffen maßgebend war und für die der absolute Raum das ideale Modell bildete, lässt es nicht zu, die Beschaffenheit dieser Peripherie zu begreifen.“<sup>1</sup>

Wenn von „Stadt“ die Rede ist, wird meist die „Kernstadt“ gemeint, mit den für die europäische Stadtwahrnehmung konstitutiven Elementen von „rue corridor“, Platz und Park. Damit hat der Begriff „Stadt“ fraglos eine mobilisierende und identitätsstärkende Komponente. Wird er zur Beschreibung aktueller gesellschaftlich-räumlicher Zusammenhänge herangezogen, birgt er allerdings viele Ungereimtheiten in sich. Denn es gibt den Bedeutungsraum nicht (mehr), der alle mit ihm bezeichneten empirischen Beobachtungen erfassen würden. Der städtebauliche Zugang bezeichnet zwar mit der guten alten „kompakten Stadt“ (wahlweise: der „europäischen Stadt“) einen sinnvollen Referenzpunkt praktischen Vorgehens in den Städten, lässt sich aber für die in den faktischen Siedungsverhältnissen auftretenden Ausprägungen von Dichte, Multifunktionalität und sozialer Durchmischung kaum fruchtbar machen.

Vor diesem Hintergrund wäre nun zu diskutieren, inwieweit die regionale Dimension im Städtebau angekommen ist. Dabei soll al-

lerdings gerade nicht einer impliziten disziplinären Konkurrenz Vorschub geleistet werden; vielmehr geht es um eine der raumordnerischen und wirtschaftsgeographischen komplementäre Sicht. Ohnehin muss man konstatieren, dass die Kategorie „Raum“ in unserer Gesellschaft grundsätzlich unterbewertet ist, zumal sie als Entscheidungsfaktor in der Politik und in die Routinen der Märkte meist als stabile Konstante eingeht, der keine weitere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.

## 2. Historische und ideelle Vorläufer

Soziopsychologisch und -kulturell gesehen spiegeln sich in allen Vorschlägen und Konzepten zur „Stadtregion“ bis zu einem gewissen Grad die Einstellungen und Werthaltungen gegenüber dem Phänomen „Großstadt“. Zugleich muss man konstatieren, dass im westlichen Kulturkreis die diesbezügliche Wahrnehmung immer janusköpfig gewesen ist. Holzschnittartig lässt sie sich in zwei historische Grundhaltungen skizzieren: Auf der einen Seite hat man die Stadt im moralischen Sinne als Inkarnation alles Bösen gesehen oder, um bei der Begriffsbildung des amerikanischen Soziologen Louis Wirth zu bleiben, als anonym und entfremdend, den elementaren Zusammenhang der Sozialgruppe auflösend und die Persönlichkeit des einzelnen zersetzend.<sup>2</sup> Die andere Seite dieses ambivalenten Verhaltens offenbart sich in der – etwa von Lewis Mumford vertretenen – Auffassung, dass Städte die bedeutendsten Schöpfungen der Menschheit sind, die in ihrer Erscheinungsform alle menschlichen Leistungen darstellen und damit das menschliche Erbe verewigen. Es träfen und mischten sich in der Stadt verschiedene Kulturkreise und Traditionen, wobei aus diesem Gemisch und der gegenseitigen

2 Die Ursachen dieser Einstellung liegen tief im kulturellen Erbe verborgen und reichen von frühchristlichen Wurzeln über die Kritik an der Industriestadt des 18. und 19. Jhs bis hin zu den zeitgenössischen Tendenzen der Slumbildung und „Ghettoisierung“ in den Innenstädten.

1 A. Corboz, Die Kunst, Stadt und Land zum Sprechen zu bringen, Basel 2001, S. 32.

Befruchtung letztlich Innovationen entstünden. Neue Ideen und neues technologisches Wissen würden von der Stadt aus verbreitet und sickerten so in alle Sektoren der Gesellschaft. Technisches Leistungsvermögen und philosophische Erneuerung seien nicht der konservativen, sich nur mählich ändernden Tradition des Landes verhaftet, sondern der schöpferischen Unruhe der Stadt. Jede der beiden Einstellungen zöge – bei Umsetzung in Planung – unterschiedliche, ja gegensätzliche Konsequenzen nach sich. Das liegt auf der Hand, und viele jeweilige Idealprojektionen belegen es.

Doch die Wahrheit liegt nicht immer in einem der beiden Extreme, und die weltweit über das Metropolenwachstum geführten Diskussionen mündeten schließlich, d.h. um die vorletzte Jahrhundertwende, zumeist in eine mittlere Position zwischen den Antipoden. Am deutlichsten werden die Versuche, zu einer solch ausgewogenen Position zu gelangen, bei der Gartenstadtidee von Ebenezer Howard, in der die Gegensätze miteinander verbunden als attraktivitätsfördernd wirken. Ihm bleibt der Verdienst, die vielfältigen Ideen auf die realisierbar scheinenden reduziert und zu einem kohärenten Konzept verarbeitet zu haben, das sich im Gegensatz zu früheren Utopien als lebensfähig erwies. Sein Vorschlag war – sieht man einmal von Soria y Matas Planungen für Madrid und Barcelona ab – der erste einer bereits über die Stadt auf die Region ausgreifenden Siedlungsstruktur, welcher die Planungsdiskussion und auch -praxis des 20. Jahrhunderts wesentlich beeinflusst hat. Und er wurde sehr schnell zum beherrschenden Leitbild für den Zeitraum bis zum ersten Weltkrieg. Die Vorstellung, das erkannte Übel vom Ursprung her zu beseitigen, indem die ausufernde Großstadt mit dem Gegenmodell des „Stadt-Landes“ (Town Country) konfrontiert wird – das erklärte Ziel, „den Zustrom zur Großstadt (zu) wenden und ihn auf jene neuen Stadtgebilde auf dem Lande (zu) lenken, endlich die große Stadt selbst um(zu)bauen“,<sup>3</sup> wurde je-

3 J. Posener, Howards „Tomorrow“ - Ein gründlich

doch zu keinem Zeitpunkt erreicht.

Die städtebauliche Praxis reduzierte das Konzept der Gartenstadt (mit seinen implizit regionalen Dimensionen) sehr schnell auf das die Großstadt nicht mehr in Frage stellende Projekt der Gartenvorstadt. In der städtebaulichen Praxis traf zu, was für die städtebauliche Theorie nicht (mehr) galt, dass nämlich die wachsende Großstadt als etwas Unausweichliches hingenommen wurde. Die Praktiker in den Städten – und sie waren die Akteure – versuchten mit ersten planungsgerechten Handhabungen vor allem die schlimmsten Auswüchse des Wohnungselends zu beseitigen und wenigstens grob ordnend in den Stadtentwicklungsprozess einzugreifen. Die Ideale jedoch, die planerischen Leitbilder, sie blieben weithin dem Gedanken gut Howards verhaftet: die Wachstumskräfte der großen Ballungsräume aufzufangen durch die Gründung neuer Städte jeweils begrenzter Größe, räumlich voneinander durch auf Dauer gesicherte Grünzonen getrennt; wirtschaftliche Eigenständigkeit anzustreben, indem sowohl Landwirtschaft als auch Industrie erklärtermaßen zum integralen Bestandteil der neuen Stadt werden; die Bereitschaft, gewisse Defizite im gesellschaftlichen Leben und das Kulturangebot betreffend in Kauf zu nehmen (bedingt durch eine relativ kleine Einwohnerzahl); Wahrung eines festgelegten Mindestabstandes zur Großstadt (um nicht zu deren Vorort zu werden) – dies sind, in letzter Konsequenz, die Punkte, die sich als Essenz herausfiltern lassen und die Howards Modell seine Bedeutung verleihen. Sie lesen sich wie eine Definition der „New Towns“, deren erste Fassung sie tatsächlich sind.<sup>4</sup>

missverständenes Buch, in: J. Posener (Hrsg.), Ebenezer Howard. Gartenstädte von morgen, Berlin 1968, S. 35.

4 Die sog. „New Towns“ in Großbritannien entstanden aus diesem Konzept bzw. aus den auf seine Initiative in der Umgebung Londons gegründeten Gartenstädte Letchworth (1903), Hampstead Garden (1905) und Welwyn (1919). Aber natürlich wirkten seine Ideen nicht nur in England.

Gewiss, im engeren Sinne hat sich diese Planungsauffassung überlebt, und doch wirkt das Howard'sche Modell in der Ideenwelt der Städtebauer fort: Wie banal auch immer, schuf sein Diagramm erstmals einen bildhaften Ausdruck für den stadtreionalen Zusammenhang. Und das scheint sich tief ins kollektive Gedächtnis eingegraben zu haben.

### 3. Die siedlungsstrukturelle Realität: Suburbia und Sprawl

Tatsächlich sind es weniger die ungeliebten Hinterlassenschaften des Industriezeitalters als vielmehr die Ausflüsse unserer Dienstleistungsgesellschaft, die das Bild jenseits der City bestimmen: Gewerbeparks, Verbrauchermärkte, Vergnügungs- und Logistikzentren. Und, vielleicht am augenfälligsten, die mannigfaltigen Siedlungsformen des Wohnens. Ungeachtet aller Proklamationen von der „Renaissance der Städte“ ist das eigene Haus mit Garten noch immer Inbegriff und Wunschbild des Wohnens geblieben.<sup>5</sup> Die Fachgemeinde aber hatte mit dieser Empirie stets ihre Probleme.

Der Sprawl<sup>6</sup> – vor allem die fortdauernde Suburbanisierung von Wohnen, Logistik, Gewerbe usw. – scheint dabei der eigentliche Stachel im Fleische der Urbanität zu sein. Dem stellt man das ideologische Konstrukt der kompakten, gemischten Stadt entgegen, für die der öffentliche Raum, bestimmte bauliche und

5 Für die meisten Menschen in Deutschland (66 Prozent) sind angeblich Vororte und das Umland optimal zum Wohnen. Zu diesem Ergebnis kommt die Zeitschrift „Das Haus“ nach einer repräsentativen Umfrage. Mehr als die Hälfte der Befragten (59 Prozent) gibt an, auch in kleineren Gemeinden genügend städtisches Flair zu finden. Befragt wurden 1.000 Menschen ab 14 Jahren. 46 Prozent würden auch das tägliche Pendeln in Kauf nehmen, um auf dem Land leben zu können; vgl. Die Welt, 19.02.2005.

6 Der Begriff „Sprawl“ ist einerseits international gebräuchlich, andererseits breiter angelegt als der Begriff der „Suburbanisierung“; zudem weist er stärker als jener umweltpolitische und ökologische Konnotationen auf.

stadträumliche Konventionen sowie gewisse Dichtekoeffizienten konstitutiv sind. Ein solches Stadtverständnis bringt allerdings wenig Sinn für die Resultate der tatsächlichen Entwicklung auf – also für all jene Elemente von Stadt, die nicht in dieses Interpretationsschema passen. Diese Kritik lag bereits der in diskurs-technischer Hinsicht wegweisenden Arbeit von Tom Sieverts (1997) zur Zwischenstadt zugrunde: Suburbane Räume, Randbereiche und Zwischenräume, die weder Kern noch Peripherie sind, gehören zur heutigen Realität der europäischen Stadt, die schwerlich gelehrt werden kann.

Dennoch, bei Lichte besehen dürfte klar sein, dass die Suburbanisierung mit der Agglomeration zusammenhängt und sich nicht etwa losgelöst davon erklärt. „Eine multizentrische Entwicklung von Stadtregionen mit in sich tendenziell multifunktionalen Teilstandorten kommt den Thesen einer „Verinselung“ bzw. „Fragmentierung“ von Stadtregionen nahe – und damit auch dem Erklärungskontext „postfordistischer“ Stadtstrukturen. Sie ist eine räumliche Entsprechung neuartiger Heterogenisierung ökonomischer, sozialer und kultureller Aktionsformen im Zuge des aktuellen Strukturwandels. Im Gegensatz zu tradierten und einheitlich formatierten (fordistischen) Großstrukturen verbinden sich damit eher in sich differenzierte Strukturelemente. Ihnen entsprechen die sich abzeichnenden Muster in den Stadtregionen durchaus.“<sup>7</sup> Die entscheidende Schwierigkeit der Politik liegt nun darin, dass es heute niemanden mehr gibt, der Struktur und Veränderungen dieser Räume modellieren könnte, auch wenn ihre statistische Erfassung als „Agglomerationen“ raumpolitische Ordnungs- und Hierarchiemöglichkeiten suggeriert.

Um die Veränderung dessen, was Großstadt und Metropole heute tatsächlich sind, zu ver-

7 K. Brake, Strategiekonzepte und Leitbilder für Stadtregionen im 21. Jahrhundert, in: A. Mayr et al. (Hrsg.), Stadt und Region: Dynamik von Lebenswelten, Leipzig 2001, S. 688.

anschaulichen, mag der Verweis auf die Literatur der Moderne hilfreich sein: Denn verschiedentlich wurde das „Nichtverstehenkönnen“ als eines ihrer wesentlichen Merkmale attestiert. Für den Leser anspruchsvoller Belletristik – heißen ihre Autoren nun James Joyce, Marcel Proust oder Uwe Johnson – bedeutet das: „Wenn man in früheren Zeiten ein Werk nicht verstand, hielt man es für schlecht. Bis zum Zeitalter der Aufklärung hat es geschlossene Weltbilder gegeben, in die hinein Literatur geschrieben, aus denen heraus sie verstanden werden konnte. Spätestens im 20. Jahrhundert hat sich das entscheidend gewandelt: Im literarischen Werk wird die Illusion einer in sich geordneten Welt zerstört, um die falsche Folgerung zu vermeiden, die Welt außerhalb der Literatur sei ähnlich sinnvoll gestaltet. „Schwierig“ ist die moderne Literatur deshalb, weil Unverständlichkeit und Nichtverstehenkönnen nicht nur als Thema wichtig werden, sondern weil sie sich in der Form niederschlagen.“<sup>8</sup> Unverständlichkeit und Nichtverstehenkönnen prägen aber ebenso die „Form“ der heutigen Stadt – verursacht durch ihre innere Heterogenität wie auch durch ihre Entgrenzung.

Die Stadt befindet sich in einem neuen Kontext: dem ihrer Regionalisierung. Positiv verstanden bezeichnet Region das Geflecht, in dem ein Raum mit anderen auf mannigfaltige Weise verbunden ist; problematisiert wird damit zugleich aber, dass die einzelnen Subsysteme und Teilräume in ihrer Eigengesetzlichkeit zunächst blind für die Folgen sind, die sie außerhalb ihrer Grenzen – und auf das größere Ganze bezogen – hervorrufen.

Leider hat die „Region“ (zu) wenig Relevanz im fachpolitischen Diskurs der Städtebauer – im Unterschied zu dem der Raumplaner. Das mag damit zusammenhängen, dass sie selten mit dem Status einer Gebietskörperschaft assoziiert wird. Zumal man Region heute meist als eine Art „Akteursnetz“ propagiert, das hetero-

gen, flexibel und regional angepasst ist oder sein soll. Dahinter steht der Vorbehalt, dass mit einer „institutionalisierten Region“ der Verwaltungsablauf schwieriger, komplizierter und unübersichtlicher würde. Nun ist es wohl nicht weiter verwunderlich, das in Zeiten der Deregulierung die Angst vor einer Art der „administrativen Übermöblierung“ vorherrscht. Aber es ist auch nicht zu verkennen, dass ab einem bestimmten Ausmaß von Verflechtungen und Abhängigkeiten, aber auch von Interessenkonflikten auf Dauer eine öffentlich-rechtliche, kommunal verfasste Institutionalisierung jenseits flexibler Akteursnetze notwendig wird. Sicherlich hat man mit „einfachen“ Zweckbündnissen (z.B. Verkehrs- oder Abwasserverbänden) gute Erfahrungen gemacht. Doch die freiwillige Zusammenarbeit von Kommunen findet schnell ihre Grenzen, wenn es nicht mehr um monokausale Aspekte oder darum geht, Zuwächse zu verteilen. Der Umgang mit dem Mangel, mit der Gleichzeitigkeit von Schrumpfung und Sprawl, mit dem Nebeneinander von Gewinnern und Verlierern ruft nach verbindlicheren Rahmenbedingungen, als sie mit einer aufkündbaren Verbandsmitgliedschaft gegeben ist. Dann braucht es „Region“ gleichsam als öffentliche Körperschaft, am besten demokratisch legitimiert über eigene Wahlen, mit politischen und administrativen Instrumentarien, die zwar auf Kooperation fußen, im Zweifel aber Maßnahmen – auch gegen Widerstände – durchsetzen können.

Region ist recht eigentlich ein Mikrokosmos, insofern Abbild der Gesellschaft insgesamt. In ihrer kleinteiligen Komplexität einerseits und der gering ausgeprägten (sinnlichen) Kohärenz andererseits liegt das Spezifische der „regional affairs“. Deshalb haben sie es kaum je geschafft, Gegenstand der „großen Politik“ zu werden. Um genau das aber handelt es sich: Regionalisierung ist sui generis ein Politikum, das sich an (fast) allen etablierten Grenzen der organisierten Gesellschaft stößt. Und ohne dafür ein Bewusstsein, ohne dafür eine auch bildhafte Kategorie zu entwickeln, ist Region letztlich nicht zu haben.

8 H. Steinmetz, *Moderne Literatur lesen*, München 1996, Einführung.

#### 4. Stadtpolitische Handlungsansätze - mal hart, mal weich

Zuvorderst indes steht die Frage, wie sich die Region formal konstituiert. Einige – auch international interessante – Beispiele markieren eine große Bandbreite:

(1.) Die *Glattal-Stadt* im Agglomerationsraum *Zürich*, die indes weder eine Gebietskörperschaft mit verbindlichen politischen Grenzen noch eine homogen abgrenzbare Region darstellt.<sup>9</sup>

(2.) Deutlich mehr administrative-politische Verbindlichkeit gibt es im Großraum London. Als im Jahr 2000 von der Labour-Regierung Tony Blairs eine Greater London Authority (GLA) institutionalisiert wurde, hatte man ein Holding-Modell vor Augen: eine starke und demokratisch legitimierte Entscheidungsebene für die gesamte Stadtregion, die operative Umsetzung jedoch weitgehend dezentralisiert in unterschiedlichen (öffentlichen und privaten) Rechts- und Organisationsformen.<sup>10</sup>

(3.) Von etwa ähnlicher territorialer Größe ist die oft als vorbildhaft gelobte Kooperation der amerikanischen Doppelstadt Minneapolis-St. Paul.<sup>11</sup> Der „Minneapolis-St. Paul Metropol-

9 Gleichwohl ist Glattal-Stadt ein Raum, der mehr und mehr als zusammenhängendes Gefüge wahrgenommen wird, und der es auch vermochte, sich außenwirksam als eine gewisse regionale Einheit zu verkaufen, die sukzessive eine gemeinsame Perspektive entwickelt. Die acht Gemeinden der Glattal-Stadt haben sich zu dem Verein „glow. das Glattal“ zusammengeschlossen, um gemeinsam Projekte in den Bereichen Wirtschaft, Sport und Kultur zu erarbeiten. Hinzu kommt als wichtigste infrastrukturelle Maßnahme die Planung der Stadtbahn Glattal.

10 Die GLA knüpft an den 1973 gegründeten „Greater London Council“ (GLC) an, der wiederum aus dem „London County Council“ (LCC) hervorging, einem im Jahr 1900 entstandenen Verband mit 32 unabhängigen Gemeinden. Seine Aufgabe lag in der Koordination physischer Planung sowie der Umwelt- und Verkehrspolitik in der Stadtregion. Unter der Tory-Regierung von Margret Thatcher ist der weitgehend von der Labour Party geprägte GLC Mitte der 1980er Jahre ersatzlos aufgelöst worden.

11 Hervorgehoben wird insbesondere ihre Steuerverteilungspolitik: Grundstücks- und Gewerbesteuer-

tan Council“ umfasst sieben Kreise mit 25 Städten und 105 Dörfern; sein zentrales Instrument ist der „Metropolitan Development and Investment Framework“. Jedoch ist der Council eher ein strategische Leitlinien herausarbeitendes als ein exekutives, vollzugsorientiertes Organ; er hat keine direkten Weisungsbefugnisse über seine Mitgliedskommunen, und genauso wenig verfügt er über eine direkte demokratische Legitimation.

(4.) Aber auch in Deutschland gibt es ein aktuelles Beispiel für regionale Kooperation: Die „Region Hannover“ umfasst in etwa ein Gebiet von der Größe des Saarlandes. Sie existiert qua Gesetz seit dem 1. November 2001; der bisherige „Kommunalverband Großraum Hannover“ wie auch der Landkreis wurden aufgelöst und zu ihrem Bestandteil gemacht.<sup>12</sup>

(5.) Ein noch umfassenderer Schritt ist in der Volksrepublik China vollzogen worden. *Peking, Shanghai, Tianjin*: Die drei großen Metropolen offenbaren, dass dort bereits vor einem halben Jahrhundert territoriale Verwaltungshoheit als Schlüsselfaktor urbanistischer Strategie begriffen wurde. Die großzügige Erweiterung der Stadtgebiete anlässlich der Gebietsreform der Jahre zwischen 1957 und 1959 war präzedenzlos in der internationalen Geschichte.<sup>13</sup>

ern wandern zunächst in einen gemeinsamen Pool, um dann auf einer pro-Kopf-Basis an die Kommunen ausgekehrt zu werden.

12 Finanziert wird sie aus Umlagen; es gibt ein Regionalparlament und einen Regionspräsidenten. Einzelne Landesaufgaben, die bisher von der Bezirksregierung erfüllt worden sind, wurden an die Region delegiert. Noch aber liegen nicht ausreichend Erfahrungen vor, um die tatsächlichen Wirkungen der förmlichen Institutionalisierung dieser „Region Hannover“ zu bewerten.

13 Um die Dimensionen nur am Beispiel Peking zu veranschaulichen: Beijing Shi, d.h. die metropolitane Region der Stadt, bedeckte damit eine Fläche von 16.800 qkm, wovon das eigentliche bebaute Stadtgebiet im Jahr 1981 rund 340 qkm ausmacht.) Sie beruhte auf der Überzeugung, dass die Erweiterung des unter der Jurisdiktion einer Stadt stehenden ländlichen Gebietes zu einer Stadtregion letztlich die

Doch jenseits der Art und Weise ihrer Institutionalisierung stellt sich die Frage, was die Region „daraus macht“, und was sie – nicht zuletzt mittels räumlicher Planung – unternimmt, um Disparitäten auszugleichen, Prioritäten zu setzen, oder überhaupt „zukunftsfähig“ zu werden. In diesem Zusammenhang spielt seit etwa 20 Jahren Barcelona eine wichtige Rolle. Ideell orientierte sich die Stadtregion (Corporación Metropolitana de Barcelona) am Londoner Beispiel, war ähnlichen Schwankungen<sup>14</sup> ausgesetzt und hat nie einen durchschlagenden Erfolg erzielt. Aber die Stadtverwaltung war – insbesondere durch den Entwicklungsschub der Olympiade 1992 – sehr erfolgreich in ihren Reurbanisierungsansätzen. In Katalonien sind es also weni-

Conditio sine qua non für eine aktiv betriebene und geplante Dezentralisierung urbaner Agglomerationen darstellt. Alle drei Metropolen haben ihre regionale Verfasstheit in ihren Gesamtplanungen stets als strategischen Vorteil auszunutzen gewusst, allen gelegentlichen Rückschlägen wie etwa in der Kulturrevolution zum Trotz. Doch anders als in Europa oder den USA ging es dabei weniger um das Eindämmen des Sprawls als vielmehr um wirtschaftspolitische Dezentralisierung und Sicherung der agrarischen Grundversorgung.

14 „Corporación Metropolitana de Barcelona“ (CMB) wurde 1975 gegründet und lehnt sich an dem im Jahr zuvor gegründeten „Greater London Council“ und seinen Aufgaben an. Bereits ein Jahr später wurde ein „Metropolitan Master Plan“ verabschiedet. CBM verfügte nicht über direkt gewählte Repräsentanten; der Einfachheit halber war der Bürgermeister der Stadt auch der Präsident der CMB. Ähnlich wie in London waren hier die parteipolitischen Dissonanzen ausschlaggebend dafür, dass 1987 CMB aufgelöst wurde. An seine Stelle traten zwei kleinere Zweckverbände: für Wasser-, Abwasser- und Müll(ent)versorgung (Entitat del Medi Ambient), sowie für Verkehr („Entitat Metropolitana del Transport“); hinzu kam schließlich eine dritte Einrichtung, die die Aufgabe der Planungskoordination aus der CMB übernahm („Mancomunitat de Municipis“) und in etwa der „Gemeinsamen Landesplanung von Berlin u. Brandenburg“ vergleichbar ist. Alle drei Verbände zusammengenommen „konstituieren“, was „Area Metropolitana de Barcelona“ (AMB) genannt wird, aber letztlich keine institutionelle Verfassung hat.

ger regionale Planungskategorien als vielmehr städtebauliche Aufwertungsstrategien, die als beispielgebend angesehen werden: Auf der Basis massiver Infrastrukturinvestitionen, der Inwert-Setzung des öffentlichen Raums und der Revitalisierung von peripheren bzw. randstädtischen Industriebrachen hat Barcelona auch international Maßstäbe gesetzt.

Die Renaissance eines sehr viel umfassenderen Ansatzes glauben manche Beobachter in den USA zu erkennen. Sie sehen einen „neuen Regionalismus“ heraufziehen, verstanden als ganzheitliche Planung, die auf der unauflöslichen Verwobenheit wirtschaftlicher, sozialer und umweltrelevanter Systeme basiert bzw. ihr gerecht zu werden versucht.<sup>15</sup> Als Beispiel wird in der Regel Portland (Oregon) genannt. Denn hier habe Regionalplanung eine unübliche Prominenz als Werkzeug der Politik wie auch eine ungewöhnliche Akzeptanz als Ausdruck ziviler Interessenvertretung erreicht. „Portland Metro“ stellt eine Kooperation der vorhandenen Kommunalregierungen dar, während aufgrund der starken Stellung des Bundesstaates das Landmanagement in Oregon als Top-down-System organisiert ist, wobei dieser den Planungsverband Metro, auch gegenüber den jeweiligen Gemeinden, massiv unterstützt. Portlands planerische Bemühungen konzentrieren sich – recht erfolgreich – auf (1.) die Eindämmung des Sprawls mittels einer festgelegten „Urban Growth Boundary“, und (2.) die konzeptionelle Stärkung des ÖPNV (beispielsweise wurde Ende 2002 ein „Metropolitan Area Express“ eröffnet). Dass Erhalt und Sanierung einer nutzerfreundlichen Downtown einen wichtigen Strategiebestandteil darstellt, zeigt indes auch wie dominant die kernstädt-

15 S.M. Wheeler, The New Regionalism. Key Characteristics of an Emerging Movement, in: Journal of the American Planning Association, Vol. 68, No. 3, Summer 2002, S. 268. Für eine neue Synthese von physischer, sozialer und ökonomischer Planung – unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Metro-polRegion – argumentieren auch P. Calthorpe / W. Fulton in ihrem vielzitierten Buch „The regional city“ (2001).

tische Perspektive ist. Gleichwohl gilt die Zusammenarbeit in der Stadtregion Portland als „außergewöhnliche Konstellation – und Kooperation – von weitsichtigen Politikern, engagierten Umweltorganisationen und einer aufgeklärten und politisch aktiven Öffentlichkeit“.<sup>16</sup> Zwar ist Portland nicht mit europäischen Standards zu vergleichen (in den Kategorien von ÖPNV und Bevölkerungsdichte beispielsweise), sehr wohl aber exemplarisch in der „Überwindung der Konkurrenz zwischen Städten und Umlandgemeinden um Einwohner und Arbeitsplätze“.<sup>17</sup> Für die langfristige Entwicklung der Region hat Portland Metro mit seinem „Regional Growth Concept 2040“ zunächst vier räumliche Szenarien für die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung in der Agglomeration vorgelegt und daraus einen verbindlichen Entwicklungsplan extrahiert. Nicht zu unrecht gilt dies als ein Musterbeispiel für eine mit dem Begriff „Smart Growth“ umschriebene nachhaltige Flächennutzungs- und Verkehrsplanung; allerdings mit einem Wermutstropfen: Gibt doch das ökologisch angehauchte Smart Growth Konzept wohlhabenden Gemeinden einen Vorwand an die Hand, den Zuzug von Haushalten mit geringem Einkommen zu verhindern.

Schließlich, und weil planerische Ansätze zumeist von einer kernstädtischen Perspektive ausgehen, bietet sich noch der Vergleich mit dem Ruhrgebiet an. Als „größte deutsche Stadt“ verfügt es weder über randscharfe Begrenzungen noch eindeutige Zentren. Obgleich bereits 1920 der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk gegründet wurde, ist die intra- und überkommunale Zusammenarbeit an Ruhr und Emscher bislang eher projektbezogen und spora-

disch denn kooperativ gefestigt – wie die nach wie vor offene Rollen-Justierung des Regionalverband Ruhrgebiet illustriert. Gleichwohl hat die IBA Emscher Park auf der konzeptionellen Ebene viel Wirkung entfaltet. Sie steht für einen dezidierten Versuch, den Blick wieder aufs Ganze zu richten. 17 hoheitliche Städte fanden sich unter einem gemeinsamen Dach zusammen, um ihre Ziele zu befördern. Doch dies, wie der Rückblick zeigt, nur auf Zeit, und weil es eine starke Achse gab: mit Karl Ganser einem überzeugungsmächtigen Spiritus Rector des Unternehmens, und starken Rückhalt beim zuständigen Landesminister.

Heute ist weder von der Aufbruchstimmung noch der regionalen Kooperation, die die IBA bewirkte, viel zu spüren. Das heißt aber nicht, dass der konzeptionell dezentrale Ansatz falsch gewesen sein muss, wie umgekehrt auch – je nach konkreter regionaler Situation – das eher klassische, kernstadt-orientierte Konzept von Portland seine Richtigkeit haben kann. Und was das Beispiel Barcelona zum Erkenntnisgewinn beisteuert, ist, dass über ein regionalplanerisch umfassendes Vorgehen nicht die komplementäre Relevanz städtebaulicher Aktion vergessen werden darf.

Im internationalen Kontext ist die US-amerikanische Diskussion um die „Regional City“ durchaus instruktiv. Vor dem Hintergrund, dass das Wort Großstadt in den USA längst zum Synonym für all das geworden, vor dem der wohlhabende Teil der Gesellschaft in die Vororte geflüchtet ist – zerfallende Stadtquartiere, Kriminalität, Minoritäten – eröffnet der neue Regionalismus tatsächlich neue Qualitäten. Doch indem er zum erfolgreichen Gegenkonzept zu der in Verruf geratenen Stadt stilisiert wird, bildet er den Humus für einen weiteren Problemkreis. Vor allem das Silicon Valley wurde zum Symbol der exurbanen Siedlung im Park, der „befreiten Megalopolis“. Dies gab auch das Referenzmodell ab für die französische Wissenschafts(anti)stadt Sophia-Anti-Polis, die – wenn man so will konsequenterweise – die antistädtische Program-

16 M. Wegener, Portland – Rationalistische Planung im deregulierten Amerika, in: U. von Petz (Hrsg.), „Going West?“ Stadtplanung in den USA – gestern und heute, Dortmund 2004, S. 224 u. 227 f. C.J. Abbott, The Capital of Good Planning. Metropolitan Portland since 1970, in: R. Fishman (Hrsg.), The American Planning Tradition. Culture and Policy, Washington, D.C. 2000.

17 Ebda.

matik explizit in ihrem Namen trägt.<sup>18</sup> Neben einem virulenten Anti-Urbanismus birgt der neue Regionalismus jedoch noch eine weitere Gefahr: Solche Raumkonstrukte für Agglomerations- und Ballungsräume (bzw. Konurbationen wie die „Randstadt Holland“ oder die „Ruhrstadt“) neigen unter Umständen dazu, alle bisherigen intraregionalen Disparitäten, Konkurrenzen, Identitäten und Differenzen zu Gunsten einer höheren räumlichen Einheit zu verleugnen bzw. aufzuheben.<sup>19</sup> Doch die Bedeutung des Lokalen – und damit des haptisch Erfahrbaren, das lehrt die lebenspraktische Erfahrung, geht dabei durchaus nicht verloren. Folgerichtig beklagt Hoffmann-Axthelm den „gleich- und glattmachenden Hobel der Regionalisierung“ und interpretiert das Konstrukt der Regional City als Angriff zur Auflösung der Stadt: „Die Stadtregion ist, behaupte ich, das trojanische Pferd, über welches die Raumordnung sich endlich der Stadt von innen her bemächtigt.“<sup>20</sup> Wenn aber hinter solchen Vermutungen eher disziplinäre Verlustängste oder das Ringen um Deutungshoheit im Stadtdiskurs stehen, weniger reale Gefahren, dann ist es in der Tat angezeigt, einen regionalen Identitätsraum zu kreieren – ohne indes solche Aspekte zu vernachlässigen.

Die Neuinterpretation der Stadt-Umland-Beziehungen setzt eine intellektuelle Leistung voraus: „Eine „Region“, das ist der Output einer Tä-

tigkeit, die man „Regionalisieren“ nennen kann, und „Regionalisieren“ heißt, Begriffe und Bilder von Regionen herzustellen und diese mit mehr oder weniger Erfolg in die soziale Kommunikation einzufädeln. Es hat jedenfalls große Vorzüge, Regionen in dieser Weise nicht als physisch-materielle Wirklichkeiten an der Erdoberfläche aufzufassen, sondern sie erst einmal als Konstrukte und Bestandteile der sozialen Kommunikation zu betrachten – oder auch als Zeichen in Texten.“<sup>21</sup> Wahr ist, dass das administrative, politische und interpretative Nebeneinander von Kernstädten und sie umgebenden Landkreisen faktisch überholte Stadt-Land-Gegensätze verstetigt, die Region polarisiert und den notwendigen Vorteils- und Lastenausgleich verhindert. Aber neben eine solche analytische Herangehensweise muss eine emotionale, identitätsbildende treten.

Regionalisierung ist keine Handlungsanweisung allein unter Maßgabe von Wachstum, sondern bewahrt auch – und gerade – unter Schrumpfungsbedingungen seine Notwendigkeit. Region muss zu einer gemeinsamen Verständigungsgrundlage werden, in der Planung, Politik, Ökonomie und Bevölkerung gleichermaßen „beheimatet“ sind. Territoriale, administrative, wirtschaftsgeographische, städtebauliche u.a. Begriffsauslegungen müssen überzeugend zur Deckung gebracht werden.

Dass die Region die Stadt sei, stellt einen so richtigen wie hehren Anspruch dar, dem es noch an Alltagstauglichkeit fehlt. Damit sich das ändert, braucht es eine Art Doppelschritt: (1.) Eine regionale Verfassung, die – in welcher Form auch immer – für einen Nutzen-Lasten-Ausgleich sorgt, wäre als institutionalisierte Voraussetzung zu schaffen. Und darauf aufbauend (2.) eine konzeptionelle und integrative Gesamtplanung und -steuerung. Denn rechtliche, organisatorische und finanzielle Aspekte allein können eine Stadtregion vielleicht konstituieren, kaum jedoch als Identitätsraum etablieren. Da-

18 Vgl. D. Läßle, Stadt und Region in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (Stuttgart), Nr. II (Themenheft Stadt und Region) 2001, S. 26. Durch die Wahl entsprechender Referenzregionen schwingt auch in der Regionalismus-Diskussion hierzulande durchaus – und immer wieder – ein solches Ressentiment mit.

19 Beispielsweise führten die Eingemeindungen in Leipzig dazu, dass der „Eigenheimbau auf der grünen Wiese“ nun keine – wie auch immer problematische – Suburbanisierung, sondern nur noch eine innerkommunale Wanderung war.

20 D. Hoffmann-Axthelm, Anleitung zum Stadtumbau, Frankfurt a.M. 1996, S. 37.

21 G. Hard, Regionalisierungen, in: M. Wentz (Hrsg.), Region, Frankfurt a.M. 1994, S. 54.

zu muss sie auch „in Form gebracht werden“. Es braucht Planung und Konzeption, wobei indes zu konstatieren ist, dass auf der Ebene der Regionalplanung heute zumeist – wie etwa bei der IBA Emscher – eine Summe von Projekten „den Plan ausmachen“, die im besseren Fall durch eine überwölbende Strategie angeleitet ist. Natürlich sind Projekte nur Punkte auf der regionalen Karte, nur Standorte im flächendeckenden Regionalplan. Aber diese Aktivitäten sind zumindest so intendiert – insbesondere in ihrer Präsentation –, dass sie gesprächsbeherrschend werden. Und dafür wird ein eindrucksvolles Bild benötigt. Ein Bild, das nicht von Agenturen willkürlich und marktschreierisch gestaltet, sondern tatsächlich mit Verpflichtung zur regionalen Identität gebaut wird.

#### 5. Städtebau: unverzichtbarer Bestandteil von stadtreionaler Entwicklung

Im Zusammenhang mit der deutschen Kulturhauptstadtwerbung ist vor einiger Zeit – und eher nebenbei – das zeitgenössische Dilemma des Städtebaus angesprochen worden: „Wenn Görlitz direkt gegen Essen antrat, so traf ein Schönheitsversprechen auf ein Infrastrukturversprechen – ein Bild also gegen einen Begriff. Aber auch eine Doppelstadt gegen eine Region, eine ehemalige Kommune der Bürger gegen einen vormaligen proletarischen Schmelztiegel, eine farbenprächtig und homogen wiederhergestellte Historie gegen eine vielerorts unter die Erde gebrachte Kohlenpottvorzeit. Nicht zuletzt: ein überschaubarer Mikrokosmos, der sich auf gotische Kreuzrippengewölbe berufen kann, gegen einen Ballungsraum, in dem einige Industriedenkmäler nicht mehr wie bizarre Rostbeulen stehen, sondern die Funktion von kulturellen Leuchttürmen angenommen haben.“<sup>22</sup> Fast grundsätzlich dichotom scheinen Wahrnehmungen der und Zuschreibungen an

heutige(n) urbane(n) Gestalt. Dass es hier indes nicht um ein Entweder-Oder geht, sondern vielmehr um komplementäre Auffassungen, die zugleich Gültigkeit beanspruchen, dies ist in den Mentalitäten längst noch nicht hinreichend verankert.

Stadt ist mehr, als wir kognitiv und haptisch im Lebensalltag erfahren mögen. Daraus folgt: Eine heutige Planungs- und Baukultur muss sich an der regionalen Dimension von räumlicher Identität und räumlicher Planung ausrichten, ohne indes den konkreten Ortsbezug („sense of place“) zu vernachlässigen. Diese Arbeitsweise erfordert auch eine „ästhetische Wende“ der Planung; sie muss wieder stärker von der sinnlichen Wahrnehmung ausgehen, damit Leitbilder, Projekte und räumliche Identität entwickelt und Nicht-Experten in kommunikative Planungsprozesse eingebunden werden können.

Bis zu einem gewissen Grad wäre der Städtebau indes auch als ein Vorgang zu begreifen, der gleichzeitig die Unordnung duldet, schafft und bekämpft. Ohnehin lag eine fatale Fehleinschätzung der Raum- und der Stadtplanung des 20. Jahrhunderts darin, dass alle ihre großen Erzählungen von geordneten Siedlungsstrukturen als Kammerspiele mit wenigen Akteuren angelegt waren, während die Realität sich als Massenszene mit unzähligen Figuren präsentierte, die den Anweisungen der Regisseure aus Politik und Wissenschaft kaum Aufmerksamkeit zukommen ließen. „Eine fatale Selbstbezüglichkeit der jeweiligen Akteure ist die Folge. Die Fragmentierung von Stadt und Stadtplanung schreitet voran: Die Immobilienwirtschaft definiert Stadt als Renditeobjekt und dies in Zukunft um so mehr, als Gebäude – in Real Estate Investment Trusts organisiert – den Charakter von mobilen, an der Börse handelbaren Werten erhalten; die Shopping Center-Industrie misst Stadt am Kaufkraftindex und etabliert ihre Standardprodukte wie der übrige Handel auch; die Kommunikations-Dienstleister positionieren Stadt als Marke; die Ökologie bewertet den Stoffwechsel und legt Grenzwerte fest; die Mobilitäts-

22 C. Thomas, Und der Sieger ist... Essen hat den Vorzug vor Görlitz erhalten und wird sich 2010 als europäische Kulturhauptstadt präsentieren, in: Frankfurter Rundschau, 12.04.2006.

ingenieure berechnen Reisezeiten und planen Beschleunigung; die Politik denkt in scharf begrenzten Stimmbezirken, und die Bürger leben und arbeiten dann im Produkt all dieser zweckrationalen Entscheidungsprozesse, das als Ganzes niemand verantwortet.<sup>23</sup>

Seit langem schon werden die Fundamente des Städtebaus erschüttert, ohne dass seine Protagonisten dem ausreichend Rechnung trugen. Indem der „Statik des Gebauten“ in immer größerem Ausmaß eine „Dynamik des städtischen Lebens“ (H.P. Bahrdt) gegenüberzusetzen war, mussten die Baustrukturen der Zentren zur Disposition gestellt und den Potentialen der städtischen Peripherien eine stärkere Aufmerksamkeit gezollt werden. Objektivierbare Zahlen wurden zum „tertium comparationis“ der verschiedenen Interessen und Ansprüche; die einprägsamen Bilder monumentalisierter Plätze und Fassaden galten nicht mehr, gaben keine Verständigungsgrundlage zwischen den Disziplinen Politik, Wirtschaft, Raum- und Fachplanung ab. Die explosiven Entwicklungen in Produktion, Demographie, Handel und Verkehr forderten neue Konzepte. Die Modernisierung der Stadtstruktur verlangte auch die Rationalisierung der Sprache der Planer, wollten sie nicht ständig dem Vorwurf der Inkompetenz oder dem Verdacht, wahlweise der Nostalgie oder einem bloß künstlerischen Fachverständnis zu huldigen, von Seiten der anderen, der „härteren“ Disziplinen ausgesetzt sein.<sup>24</sup> Nachdem die To-

poi des – sich ausschließlich in physischen Sphären legitimierenden – Städtebaus diskreditiert waren, wurde die neue „Dynamik städtischen Lebens“ in eher wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Kategorien erfasst und bemessen.

Einen durchschlagenden Erfolg hat auch dies nicht gezeitigt. Zu sehr ging damit ein auch ästhetisch und lebensweltlich begründeter Orientierungsrahmen verloren. Eine Vielzahl verschiedener Akteure formuliert unterschiedlichste Ansprüche an den Raum. Sie äußern sich beispielsweise in unternehmerischen Standortentscheidungen, Logistikkonzepten von Großverteilern, bodenrechtlichen Spezifikationen, verkehrsinfrastrukturellen Vorhaben, regionalplanerischen Leitbildern, wohnsoziologischen Präferenzen, Einkommensentwicklungen etc. Die Aufzählung ließe sich noch verlängern. Eine gemeinsame Wirkung lässt sich aber weder abschätzen noch unter Kontrolle bringen.

Und der Städtebau? An die Stelle normierter Konzeptvorgaben treten mehr und mehr dynamisch sich entwickelnde Wertorientierungen, die in – vorab meist nicht bestimmbar – Entscheidungssituationen handlungsleitend sind. Moderation hat den Vorrang vor Regulation; in einem permanenten Verständigungsprozess müssen Ziele in den Köpfen der Beteiligten verankert werden. Städtebauliche Effekte gründen sich heute stärker in der Organisation von Prozessen als in der Festschreibung von Raumstrukturen. Erfolgversprechender Städtebau ist Überzeugungsarbeit; ist eine stete, im einzelnen oft mühsame und konfliktreiche Begleitung von langwierigen Prozessen. Dem wi-

23 W. Christ, Die Stadtregion als städtebauliche Herausforderung im 21. Jahrhundert, in: Die alte Stadt 1/2006, S. 67.

24 Denn für Architektur wie Städtebau war eins absolut deutlich geworden: Es ging längst nicht mehr um die implizierten, stillschweigend befolgten „Typen“ der vorindustriellen Epoche, deren Ähnlichkeit untereinander die Folge lang andauernder Einbürgerung von Techniken und Traditionen war und deren Anwendung die unendliche Vielfalt der Lösungen sowie deren enge Beziehung zum städtischen und landschaftlichen Kontext mitnichten verhinderte. Es ging nunmehr, den Notwendigkeiten der industriellen Revolution entsprechend, um Prototypen,

die in endlos reproduzierten Serien quasi maschinell herstellbar gemacht werden (sollen). Ihre Produktion ist typisiert, standardisiert, kontrolliert und normiert, und sie zielt nolens volens (aber größtenteils volens) auf die Reduzierung von Charakteristika, auf die Senkung der Standards, auf die Ausmerzungen und Ausgleichung von Unterschieden, auf die Schematisierung der Eingriffe sowie auf die Uniformierung der Anforderungen. Anforderungen aber heißt in diesem besonderen Fall der Architekturproduktion: Lebensweisen.

derspricht nicht, dass natürlich auch gezielt normsetzende Kraftakte im städtischen Raum (und auch in der Stadtregion) vonnöten sind. Lange Zeit unterschätzt oder mit gewissen Resentiments beladen, muss der Städtebau einerseits wieder als eigenständige Domäne wertgeschätzt und eingesetzt werden, um andererseits nachhaltige Wirkung im stadtregionalen Kontext zu entfalten. Gerade in seinen physisch-räumlichen, ja bildhaften Qualitäten liegt das eigentliche Potential.<sup>25</sup>

Wo subjektive „mental maps“ der Stadtbewohner je nach Blickwinkel, sozialer Herkunft, Bildung, Interesse, Arbeitsalltag usw. durchaus unterschiedliche individuelle Stadtwahrnehmungen offenbaren, bleibt das Postulat einer verallgemeinerbaren urbanen Identitätsfindung problematisch. So mag es naheliegen, sie nur auf grundlegende stadtstrukturelle Elemente oder aber – in jeder Hinsicht – herausragende Stadtobjekte zu beziehen. Aufgabe des Städtebaus ist es indes, darüber hinaus zu gehen. Komplexe Gebilde – und was wäre komplexer als Stadt – geraten in Verwirrung, wenn man versucht, angeschlagene Teilbereiche losgelöst vom Gesamtzusammenhang zu verbessern. Und wenn man Städtebau nun als das Addieren von einzelnen Teilen zu einem Ganzen versteht, dann passiert das eben nicht naturwüchsig, sondern als gesellschaftlicher Akt. Stadtpolitik und Städtebau brauchen und ergänzen einander: Sie sind Kehrseiten ein und derselben Medaille.

25 Dies nicht nur für das Stadtmarketing, sondern für eine weitgefaste Stadtentwicklungspolitik einzusetzen, ist von durchaus strategischer Relevanz. Schließlich, so hat es schon Elias Canetti formuliert, geht der Weg zur Wirklichkeit stets über Bilder.

## Autoren

**ANTON J. ESCHER;** Studium der Fächer Geographie, Philosophie, Islamwissenschaften und Physik in Erlangen. Promotion 1985 während der Assistentenzeit am Institut für Geographie in Erlangen mit einer Arbeit über das traditionelle Handwerk in marokkanischen Städten. Seine 1990 vorgelegte Habilitationsschrift setzt sich mit Entwicklungsprozessen in Syrien auseinander. Gastprofessuren an der Freien Universität Berlin sowie an den Universitäten Wien und Rabat/Marokko. Seit 1996 Univ.-Prof. am Geographischen Institut der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Derzeit arbeitet er u.a. über die Transformation arabischer Altstädte.

**JÜRGEN HASSE;** Dr. rer. nat. habil. Nach Studium der Geographie und Erziehungswissenschaft Lehrtätigkeit an den Universitäten Oldenburg und Hamburg; seit 1993 Univ.-Prof. am Institut für Humangeographie der Universität Frankfurt am Main. Forschungsschwerpunkte: Räumliche Vergesellschaftung des Menschen, Mensch-Natur-Verhältnisse, Phänomenologie und Stadtforschung. Zuletzt erschienene Bücher: *Fundsachen der Sinne*. Freiburg und München 2005; *Graf Karlfried von Dürckheim*. Untersuchungen zum gelebten Raum (Hrsg.), Frankfurt am Main 2005; *Übersehene Räume*. Zur Kulturgeschichte und Heterotopologie des Parkhauses, Bielefeld 2007.

**ROBERT KALTENBRUNNER;** Dr.-Ing., Architekt und Stadtplaner, 1990-1999 bei der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen in Berlin als Projektleiter für Wohnungsbaugroßvorhaben tätig; seit Januar 2000 Leiter der Abteilung „Bauen, Wohnen, Architektur“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (Bonn/Berlin). Zahlreiche Veröffentlichungen zu verschiedenen Themen des Planens und Bauens.

**RAINER KAZIG** ist wissenschaftlicher Assistent im Bereich Stadt- und Regionalforschung des Geographischen Instituts der Universität Bonn. Er hat im Jahr 2001 an der TU München mit einer Arbeit über Armut und Anerkennung promoviert. Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich öffentlicher Räume und der Wahrnehmung städtischer Umwelten.

**SONIA SCHOON;** Sinologin und Ethnologin, befasst seit 2003 Chinas Megastädte. Im Fokus des Interesses liegen die Einflüsse beschleunigter und dynamischer Urbanisierung auf Individuum und Gesellschaft. Promotion 2006 über „Shanghai XXL. Alltag und Identitätsfindung im Spannungsfeld extremer Urbanisierung“. Derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG Schwerpunktprogramm „Megacities – Megachallenge“ an der Universität Kassel im Fachgebiet Stadtumbau/Stadterneuerung.

**BORIS VON BRAUCHITSCH** arbeitet als Autor, Fotograf und Kurator und lebt in Berlin. Publikationen (Auswahl): *Caravaggio*, Suhrkamp Frankfurt 2007; *Galerie des 20. Jahrhunderts*, DuMont Köln 2003; *Kleine Geschichte der Fotografie*, Reclam Stuttgart 2002; *G.F. Ris, Das plastische Werk*, Wienand Verlag Köln 2002.

**CLAUDIA WUCHERPFENNIG;** Dipl.-Geogr., seit 2000 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der J.W. Goethe-Universität Frankfurt am Main; 2005 Promotion zum Thema „Bahnhof – (stadt)gesellschaftlicher Mikrokosmos im Wandel. Eine ‚neue kulturgeographische‘ Analyse“; Forschungsschwerpunkte sind sozialgeographische Stadtforschung, geographische Geschlechterforschung und gesellschaftliche Naturverhältnisse.

Vierteljahresschrift  
für Stadtgeschichte,  
Stadtsoziologie, Denkmalpflege  
und Stadtentwicklung



35. Jahrgang

**Heft 3/2008**

BAG - Verlag

Schwerpunkt:

# Kirche und Quartier

Herausgegeben  
von  
Kerstin Gothe



# Die alte Stadt

Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte,  
Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt  
in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, August Gebefßer,  
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

## Redaktionskollegium:

HANS SCHULTHEISS (Chefredakteur) -  
Dr. Nina Ehresmann (Besprechungen)  
PROF. DR. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin,  
Institut für Sozialwissenschaften - PROF. DR.  
DIETRICH DENECKE, Universität Göttingen,  
Geographisches Institut - PROF. DR. ANDREAS  
GESTRICH, Deutsches Historisches Institut,  
London - PROF. THERESIA GÜRTLER BERGER,  
Zürich - PROF. DR. TILMAN HARLANDER,  
Universität Stuttgart, Institut Wohnen und  
Entwerfen - DR. HELMUT HERBST, Galerie  
Stihl Waiblingen - PROF. DR. JOHANN JESSEN,  
Universität Stuttgart, Städtebau-Institut -  
PROF. DR. URSULA VON PETZ, RWTH Aachen -  
VOLKER ROSCHER, Architektur Centrum  
Hamburg - PROF. DR. JOACHIM SCHULTIS,  
Heidelberg - PROF. DR. DIETER SCHOTT, TU  
Darmstadt, Institut für Geschichte -  
PROF. DR. HOLGER SONNABEND, Universität  
Stuttgart, Historisches Institut.

## Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die  
Redaktionsadresse erbeten:  
Die alte Stadt, Postfach 100355, 73728 Esslingen.  
Tel.: 0711 - 3512-3242, Fax: 0711 - 3512-2418.  
Email: Hans.Schultheiss@esslingen.de  
Internet: <http://www.alte-stadt.de>

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist zugleich Mit-  
gliederzeitschrift der ca. 110 Städte umfassenden  
Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

## Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

## Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 79,- Einzelheft EUR 24,-  
Vorzugspreis für Studierende EUR 60,- jeweils  
zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,  
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen  
des Abonnements können nur zum Ablauf eines  
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November  
des laufenden Jahres beim Verlag oder der Redak-  
tion der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt einge-  
gangen sein.

## Verlag:

Bernhard Albert Greiner Verlag (BAG-Verlag),  
Olgastraße 13, 73630 Remshalden.  
Tel.: 07151/2766-45, Email: [info@bag-verlag.de](mailto:info@bag-verlag.de)  
Anzeigenleitung: Dr. Claudia Greiner

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Redaktion und Verlag haften nicht für unverlangt  
eingesandte Manuskripte. Die der Redaktion an-  
gebotenen Originalbeiträge dürfen nicht gleich-  
zeitig in anderen Publikationen veröffentlicht  
werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung  
überträgt der Autor der Arbeitsgemeinschaft Die  
alte Stadt und dem Verlag das ausschließliche Ver-  
lagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-  
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das  
Recht zur Herstellung elektronischer Versionen  
und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das  
Recht zu deren Vervielfältigung online und offline.  
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge  
sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil der  
Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des  
Urheberrechts ohne schriftliche Genehmigung des  
Verlags in irgendeiner Form reproduziert oder in  
eine von Maschinen, insbesondere von Datenver-  
arbeitungsanlagen verwendbare Sprache über-  
tragen werden.

Druck: Druckerei Dünnbier, Großschönau

© 2008 BAG-Verlag, Remshalden  
Printed in Germany. ISSN 0170-9364  
ISBN für dieses Heft: 978-3-86705-035-7

## Kirche und Quartier

Herausgegeben von Kerstin Gothe

Editorial von Kerstin Gothe ..... 203

### **ABHANDLUNGEN**

THOMAS ERNE, Kirchen als öffentliche Zeichen der Transzendenz ..... 205

JÖRG A.E. HEIMESHOFF, Die Bedeutung der Kirchengebäude für  
die Stadt ..... 217

WOLFGANG GRÜNBERG / WOLFGANG TUCH, Von der Sehnsucht  
nach einem Dom. Perspektivplanungen von Stadt und Kirche am  
Beispiel Norderstedt ..... 229

KERSTIN GOTHE, Umnutzung von Kirchen ohne Stadtplanung? ..... 239

KARIN BERKEMANN, „Der Stadt bestes“ - Wiederentdeckung der  
Stadtteilkirchen des 19. und 20. Jahrhunderts ..... 253

SABINE KRAFT / THOMAS M. SCHMITT, Islamische Sakralbauten  
und Moscheekonflikte in Deutschland ..... 265

**AUTOREN** ..... 281

### **BESPRECHUNGEN**

ARND REITEMEIER, Pfarrkirchen in der Stadt des späten Mittelalters  
(*Immo Eberl*) ..... 282

STEFANIE WOLF, Erfurt im 13. Jahrhundert. Städtische Gesellschaft  
zwischen Mainzer Erzbischof, Adel und Reich (*Immo Eberl*) ..... 283

OLIVER PLESSOW, Die umgeschriebene Geschichte. Spätmittelalterliche Historiographie in Münster zwischen Bistum und Stadt ( <i>Immo Eberl</i> ) .....	284
HENNER HANNING / JOHANNES M. MÜLLER, Dorf und Kirche oder Kirche und Dorf oder Kirchendörfer ( <i>Daniel Kirm</i> ) .....	285
SEBASTIAN SCHMIDT / JENS ASPELMEIER, Norm und Praxis der Armenfürsorge in Spätmittelalter und früher Neuzeit ( <i>Immo Eberl</i> ).....	285
BRITTA KLAGGE, Armut in westdeutschen Städten. Strukturen und Trends aus stadtteilorientierter Perspektive ( <i>Clemens von Looz-Corswarem</i> ) .....	286
TILMAN HARLANDER (Hrsg.), Stadtwohnen. Geschichte, Städtebau, Perspektiven ( <i>Clemens Zimmermann</i> ) .....	288
UNDINE GISEKE / ERIKA SPIEGEL, Stadtlichtungen. Irritationen, Perspektiven, Strategien ( <i>Jürg Sulzer</i> ) .....	290
INGRID SCHEURMANN (Hrsg.), Zeitschichten: Erkennen und Erhalten - Denkmalpflege in Deutschland ( <i>Dietrich Denecke</i> ) .....	291
INGRID SCHEURMANN / HANS RUDOLF MEIER (Hrsg.), Echt. alt. schön. wahr: Zeitschichten der Denkmalpflege ( <i>Dietrich Denecke</i> ) .....	291
<b>NOTIZEN</b> .....	295

# Kirche und Quartier

Editorial

von Kerstin Gothe



Kirchen gehören zu den ältesten und wichtigsten Bauten einer jeden europäischen Stadt, der Dom in einem Bischofssitz ebenso wie die Stadtkirche in einem Marktflecken. Lange Zeit prägten sie auch die Silhouetten der Städte; in den Dörfern ist dies noch heute der Fall. Die Kirchen in Deutschland bestehen jedoch keineswegs nur aus alter baugeschichtlich wertvoller Substanz; etwa die Hälfte des heutigen Kirchenbestands ist in den letzten 50 Jahren errichtet worden.

In Zukunft werden nicht mehr alle Kirchengebäude als solche erhalten werden können. Was wird mit ihnen geschehen? Sowohl in der katholischen wie in der evangelischen Kirche gibt es intensive Diskussionen um die Frage nach der Zukunft von kirchlichen Gebäuden – mit den Perspektiven: Abriss, Umnutzung, Nutzungserweiterung oder Stilllegung. In dieser Diskussion geht es vorrangig um die Frage der Zukunft sakraler Räume, um Kosten, um den Zuschnitt der Gemeinden. Die Dimension des Stadtquartiers ist selten Gegenstand der Diskurse. Auch die Städte selbst und ihre Stadtplaner sind dieser Frage gegenüber häufig eher indifferent, obwohl doch Kirche – als soziale und geistliche Einrichtung ebenso wie in ihrer stadträumlichen Wirkung – bedeutsam für die Quartiere ist.

In diesem Heft wird daher ausdrücklich das bisher in der Fachdebatte vernachlässigte Verhältnis zwischen Kirche und Quartier in den Mittelpunkt gerückt. Dabei geht es vor allem um die zahlreichen Quartierskirchen in den Stadtteilen. In den Beiträgen wird das Thema aus theologischem, denkmalpflegerischem, stadtplanerischem, sowie kirchenpädagogischem Blickwinkel beleuchtet.

In seinem Beitrag „Kirchen als öffentliche Zeichen der Transzendenz“ setzt sich **THOMAS ERNE** mit der Zukunft des christlichen Glaubens in der Gesellschaft und der religiösen Relevanz dieser Räume auseinander: Kirchenräume ermöglichten es, sich über das eigene Leben „im Horizont der Transzendenz“ zu verständigen. Die Kirche im Quartier habe eine Bedeutung vor allem wegen der kirchlichen Zeremonien, die anlässlich bestimmter Übergangssituationen im Leben (Taufe, Bestattung, Trauung, Konfirmation) in ihr durchgeführt werden. Kirchengebäude im öffentlichen Raum

stunden dabei für die Standortverbundenheit der christlichen Religion. Immobilität sei für den modernen Menschen nötig, um Mobilität auszuhalten. Kirchen leisteten diese Orientierung in der Stadt auf eine gemeinschaftsbildende Weise. Damit richte sich die Frage des Erhaltes der Kirchen nicht nur an die Gemeinde als Besitzer des Gebäudes, sondern auch an die Stadt selbst.

Um die kulturelle Bedeutung der Kirchengebäude für die Stadt geht es in dem Beitrag von **JÖRG A.E. HEIMESHOFF**. Darin spannt er den Bogen vom Mittelalter bis in die jüngste Vergangenheit und erläutert die Kriterien für Denkmalwürdigkeit von Kirchenbauten. An Beispielen, vorwiegend aus Düsseldorf, wo er als Denkmalpfleger tätig ist, arbeitet er die unterschiedlichen Typen städtebaulicher Einbindung von Kirchen heraus und beleuchtet den jeweiligen Hintergrund ihrer Entstehung sowie den Wandel des stadträumlichen Kontextes durch den veränderten Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg.

Über eine Studie zu evangelischen Kirchen der jungen Stadt Norderstedt im „Speckgürtel“ von Hamburg berichten **WOLFGANG GRÜNBERG** und **WOLFGANG TUCH**, in der eine langfristige Perspektive für Umstrukturierungen der Gemeinden und ihrer Kirchengebäude aus theologischer und stadtplanerischer Sicht entwickelt wurde. Empfohlen wurde eine Fusion bisher selbständiger Gemeinden, jedoch die Beibehaltung spezialisierter Angebote an den verschiedenen Standorten, um wirtschaftlich und strategisch überlebensfähige Einheiten zu schaffen.

In ihrem Beitrag gibt **KERSTIN GOTHE** einen Überblick über die Strategien der Kirchenverwaltungen für die Reduzierung ihres Gebäudebestandes und zeigt auf, inwieweit die städtebauliche Einbindung von Kirchen in kunst- und baugeschichtlichen Studien, aber auch in architektonischen Diskursen und in Studienarbeiten thematisiert wird. Sie schließt mit Empfehlungen, die Kirchen in der Stadt nicht als Einzelobjekt, sondern im städtischen Kontext zu betrachten und bei der Planung möglichst frühzeitig die Kooperation zu suchen.

Mit der Wiederentdeckung der Stadtteil-Kirchen des 19. und 20. Jahrhunderts befasst sich **KARIN BERKEMANN**. An vier Beispielen beschreibt sie, wie es gelang, Kirchen durch kirchenpädagogische Arbeit neu wahrzunehmen, sie in den Kontext eines Pilgerwegs einzugliedern und zu profilieren oder durch unterschiedliche Formen der Öffentlichkeitsarbeit neue Nutzungsoptionen zu eröffnen.

**THOMAS SCHMITT** und **SABINE KRAFT** schließlich stellen die soziale Funktion und die verschiedenen baulichen Entwicklungsphasen islamischer Sakralbauten, insbesondere der repräsentativen Moscheen, vor und analysieren Konflikte um deren Errichtung in ihren verschiedenen Dimensionen. Damit öffnen sie den Blick für nicht-christliche Sakralbauten, deren Anzahl in Deutschland – im Gegensatz zu den Kirchen – wächst.

*Esslingen am Neckar/Stuttgart  
August 2008*

## Kirchen als öffentliche Zeichen der Transzendenz

### 1. „Feldvermessung“

Es gibt ca. 27.000 Kirchen, Kapellen und Gemeindezentren in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Nimmt man Pfarrhäuser, Gemeindehäuser, Schulen und Kindergärten hinzu, dann sind es insgesamt 75.000 kirchliche Gebäude. Die Kosten der Bauerhaltung tragen die 25.385.618 Millionen evangelischen Christen in Deutschland mit ihren Kirchensteuern und Spenden, unterstützt von Zuschüssen der öffentlichen Hand, insbesondere bei den nahezu 25.000 denkmalgeschützten kirchlichen Gebäuden. 12,3% des Gesamtbudgets der EKD werden für Erhaltung und Sanierung der kirchlichen Gebäude aufgewendet. Das sind 1,223 Mrd. Euro auf der Basis der Einnahmen der EKD von 2004 in Höhe 9,95 Mrd. Euro<sup>1</sup>.

Doch das Problem, das sich mit diesen Zahlen verbindet, wird erst deutlich, wenn man die Demographie hinzunimmt. Denn in Deutschland schrumpft die Bevölkerung, und mit ihr schrumpft auch die Evangelische Kirche. Verstärkt wird dieser Trend durch Kirchaustritte, auch wenn diese rückläufig sind. Setzen sich die Trends, die sich in der demographischen Forschung abzeichnen, ungebrochen fort, so würde die „evangelische Kirche im Jahr 2030 ein Drittel weniger Kirchenmitglieder und nur die Hälfte der heutigen Finanzkraft haben“.<sup>2</sup> Für die Gebäudeunterhaltung würden dann im Jahre 2030 zwei Drittel der heutigen Mitglieder mit der Hälfte der Finanzkraft dieselbe Baulast tragen müssen. Sie müssten folglich im Jahr 2030 die doppelte Summe aufbringen, um die gleiche Anzahl der Gebäude zu unterhalten. Hinzu kommt die ungleiche Verteilung der Baulast auf die einzelnen Gliedkirchen der EKD. So leben im Bereich der östlichen Landeskirchen nur „8% der Mitglieder der evangelischen Kirche Deutschlands, zugleich befinden sich hier jedoch 40% der Kirchenbauten.“<sup>3</sup> Die meisten davon sind denkmalgeschützt.

1 Die Zahlen stammen aus: *Evangelisch in Deutschland. Zahlen, Fakten, Entwicklungen*, hrsg. v. Kirchenamt der EKD, Hannover 2007.

2 *Kirche der Freiheit, Impulspapier der EKD, Vorwort*, veröff. unter: [www.ekd.de](http://www.ekd.de).

3 *K. Vogel, Stillgelegt? Zur Situation der Kirchen in schrumpfenden Dörfern*, in: *Schrumpfende Städte und Dörfer. Wie überleben unsere Baudenkmale?*, Dresden 2007, S. 72-76, 72; Kerstin Vogel bezieht sich mit diesen Zahlen auf einen Vortrag von Bernd Janowski, veröff. unter [www.altekirchen.de/Dokumente](http://www.altekirchen.de/Dokumente).

Doch wäre es übertrieben, von einer unerträglichen Last zu sprechen. Die Zahl der Kirchengebäude ist minimal, die in den letzten Jahren in der EKD verkauft oder abgerissen wurden. Sie bewegt sich nach ersten Schätzungen im Promillebereich. Es sind vielmehr die Trends, die wenig Gutes verheißen. Umso erfreulicher ist da die große Aufmerksamkeit, die der reiche Bestand an Kirchen bei Stadtplanern, Denkmalschützern, Baudezernenten, Architekten und vielen Laien genießt. Nur die Raumsoziologie bearbeitet ihre „Raumvergessenheit“ in Monografien, Sammelbänden, und Textsammlungen<sup>4</sup> bisher unter Absehung des religiösen Raumes. Die soziologische Analyse der sozialen Konstruktion des Raumes wird zwar für das Verständnis der Stadt und des urbanen Raumes<sup>5</sup> fruchtbar gemacht, nicht aber für die Kirchengebäude und deren räumlichen Status. Es bleibt eine Asymmetrie. Während die Evangelische Theologie die Stadt<sup>6</sup> entdeckt, verharrt die Stadt- und Raumsoziologie in einer partiellen Vergessenheit gegenüber dem Kirchenraum.

Das ist umso erstaunlicher als sich in und um die Kirchengebäude vielfältige soziale Phänomene gruppieren, die soziologische Aufmerksamkeit erregen müssten. Bemerkenswert ist zum Beispiel das bürgerschaftliche und zivilreligiöse Engagement in ostdeutschen Kommunen, wo Kirchenmitglieder und Konfessionslose gemeinsam für die Erhaltung ihrer Kirchen kämpfen. Das Beharrungsvermögen, die Kreativität und Zivilcourage in diesen Vereinen interessiert inzwischen auch die wissenschaftliche Theologie.<sup>7</sup> Denn dort wird von bekennenden Christen und bekennenden Atheisten gemeinsam um die Erhaltung von Kirchengebäuden in einer weitgehend entkirchlichten Gesellschaft gekämpft. Offenbar sind Kirchen ein unverzichtbarer Bestandteil der Identität eines Dorfes, eines Quartiers, einer Stadt, und zwar diesseits der Frage nach der Kirchenmitgliedschaft und unabhängig vom Bedürfnis, die Gebäude auch religiös zu nutzen. Diese Wertschätzung der Kirchengebäude als eines kompensatorischen Kulturgutes zieht eine erstaunliche Fülle an Prädikaten auf sich. Kirchen sind: „gegen den Traditionsverlust ein Hort der Tradition, in einer globalen Welt ein lokaler Bezug, gegen rasante Veränderung steht Dauerhaftes, gegen Perfektion des Neuen Akzeptanz der Alterung, gegen den Lärm Stille, in der Begrenzung des Endlichen Anschauung des Unendlichen.“<sup>8</sup>

Doch bei aller Freude über die öffentliche Wertschätzung ihrer Kirchengebäude muss die Kirche zugleich zutiefst beunruhigt sein. Denn ihre Gebäude sollen in

4 M. Löw, *Raumsoziologie*, Frankfurt 2001; M. Schroer, *Räume, Orte, Grenzen*, Frankfurt 2006; R. Maresch / N. Werber (Hrsg.), *Raum-Wissen-Macht*, Frankfurt 2002; J. Dünne / St. Günzel (Hrsg.), *Raumtheorie* 2006; U. Heuner (Hrsg.), *Klassische Texte zum Raum*, Berlin 2007.

5 Vgl. M. Löw / S. Steets / S. Stoetzer, *Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie*, 2007; zur theologischen Rezeption der raumsoziologischen Theorie Martina Löws, vgl. T. Woydack, *Der räumliche Gott. Was sind Kirchengebäude theologisch?*, Schenefeld 2005, S. 34 f.

6 Vgl. W. Grünberg, *Die Sprache der Stadt*, Leipzig 2004; außerdem: *Gott in der Stadt. Perspektiven evangelischer Kirche in der Stadt*, EKD-Texte 93, Hannover 2007 ([www.ekd.de](http://www.ekd.de)).

7 Vgl. R. Schieder, *Dorfkirchen als Orte der Identifikation. Kirchenbauvereine in praktisch-theologischer Perspektive*, in: *Pastoraltheologie* 19, 2006, S. 440-453.

8 K. Vogel (s. A 3), S. 72-76, 72.

einem breiten gesellschaftlichen Konsens erhalten werden, weil und insofern die religiöse Nutzung den Erhalt nicht mehr trägt. Es ist auf Dauer schwer vorstellbar, dass der „Vorrang religiöser Belange“ bei der Nutzung einer Kirche erhalten bleibt, wenn die Erhaltung des Gebäudes vornehmlich zu einer Aufgabe der Allgemeinheit wird.

Für die Zukunft der Kirchengebäude als Kirchen bleibt daher die Frage entscheidend, ob und welche Zukunft man dem christlichen Glauben einräumt. Da ich der Auffassung bin, dass das Christentum in evangelischer Perspektive für die Menschen in Deutschland ein relevanter Horizont ihres Lebens bleiben wird, möchte ich zunächst (1.) in Form einer These einführen, worin ich diese Zukunft sehe. Für die Frage nach der Bedeutung von Kirchen im Quartier ist die Anschlussfrage wichtig, ob dieser Glaube sich auch räumlich artikuliert. (2.) Was ist die religiöse Relevanz des Raumes? Dazu gebe ich nur einige Andeutungen, denn mit dieser Frage wird buchstäblich ein weites Feld geöffnet. Die grundsätzliche Frage soll an einer konkreten räumlichen Situation durchgespielt werden. Ich möchte daher (3.) die religiöse Relevanz eines Kirchengebäudes in der Stadt analysieren, und zwar der Kirche St. Jakob in Frankfurt-Bockenheim, also einer klassischen Quartierskirche. Schließen möchte ich mit Überlegungen (4.) zur Kirche als Ort öffentlicher Transzendenz.

## 2. Zur Zukunft des christlichen Glaubens

Der christliche Glaube ist ein Ferment, nicht das Fundament menschlicher Lebendigkeit. Im Glauben, das heißt im Horizont des Unbedingten, thematisieren und deuten Menschen die Wechselfälle ihrer Biographie. Die religiöse Erfahrung mit der eigenen Lebenserfahrung kann abschließend wie öffnend wirken. Einerseits wird die Konventionalität des Lebens auf die unabgegoltenen Momente hin befragt, während andererseits überschießende Lebendigkeit auf verbindliche Formen festgelegt wird. Als ein solches Ferment der Lebendigkeit ist der christliche Glaube zukunftsfähig, weil er Menschen hilft, in den Wechselfällen ihrer Lebensgeschichte lebendig zu bleiben.

Meine etwas formelhafte These zur lebensgeschichtlichen Relevanz des christlichen Glaubens ist alles andere als originell. Wilhelm Gräb<sup>9</sup> und andere<sup>10</sup> haben diesen Ansatz bei der empirischen Religionspraxis, dem gelebten Glauben der Menschen systematisch und praktisch entfaltet. Mit diesem Wechsel des Bezugspunktes ändert sich das gesamte Bild. Die Aufgabe der Theologie wird neu gefasst. Sie sucht die Religionspraxis der Menschen im Rahmen der gesamten Kultur zu verstehen und zu ihrer Entfaltung beizutragen. Auch das Selbstverständnis der Kirche ändert sich. Sie

9 Vgl. W. Gräb, *Lebensgeschichten, Lebensentwürfe, Sinndeutungen. Eine praktische Theologie gelebter Theologie*, Gütersloh 1998.

10 Vgl. W.-E. Failing / H.-G. Heimbrock, *Gelebte Religion wahrnehmen*, Stuttgart 1998; A. Grözinger / G. Pfeleiderer (Hrsg.), *Gelebte Religion als Programmbegriff Systematischer und Praktischer Theologie*, Zürich 2002.

vollzieht einen „Perspektivenwechsel zu einer von den Mitgliedern her entworfenen Kirchentheorie.“<sup>11</sup>

Worin besteht nun die gegenwärtige Relevanz des christlichen Glaubens? In einer Deutung der eigenen Lebensgeschichte im Horizont des Unbedingten, so könnte Wilhelm Gräßl antworten. Deutung der eigenen Lebensgeschichte im Horizont des Unbedingten ist zunächst eine Aufgabe, die jeder für sich leisten kann. Einen sozialen Zusammenhang bekommt die religiöse Deutung der eigenen Lebensgeschichte, wenn sie gemeinschaftlich begangen wird in einem Gottesdienst anlässlich der Taufe, der Konfirmation, der Hochzeit, der Bestattung, das sind die klassischen, so genannten Kasualien (casus = Fall, Anlass, Gelegenheit). Da die Biographien komplexer werden, erweitert sich der Kreis biographienaher Gottesdienste<sup>12</sup> um Einschulungsgottesdienst, Gottesdienste für Verliebte am Valentinstag, Gottesdienst am Muttertag<sup>13</sup> etc. An diesen biographischen Schnittstellen bewirkt die christliche Religion, dass der Zusammenhang des eigenen Lebens in seinen Wechselfällen nicht zerbricht. Das kann in zweifacher Weise geschehen. Im Glauben kann die Kontinuität des eigenen Lebens dadurch gewahrt werden, dass eine Lebensform destruiert wird, die ihre Zeit gehabt hat, etwa die Kindheitsmuster beim Übergang in das Leben der Erwachsenen. Und es kann die Kontinuität des eigenen Lebens im Glauben dadurch gewahrt bleiben, dass in der Offenheit eines neuen Lebensabschnittes keine Beliebigkeit, sondern verlässliche Formen entstehen, etwa die Ehe in der Partnerschaft.

Die Deutung der eigenen Lebensgeschichte und ihrer Wechselfälle im Horizont des Unbedingten ist sicher nicht die einzige mögliche Antwort auf die Frage nach der Zukunft des christlichen Glaubens, aber die Antwort hat gegenüber ihren Alternativen den Vorteil, dass sie empirisch gut abgesichert ist. Wirft man einen Blick in Untersuchungen zur Kirchenmitgliedschaft (KMU),<sup>14</sup> die von der Evangelischen Kirche (EKD) kontinuierlich seit 1972 unternommen werden – **übrigens ein Glanzstück protestantischer Selbstbesinnungskultur** –, **so fällt die hohe Zustimmung auf, die eine religiöse Begleitung der eigenen Biographie von den Mitgliedern der Kirche bekommt.** Kirche ist relevant, wo in den Kasualien das Evangelium zu einer relevanten Verwandlung des eigenen Lebens führt. Quer durch alle Milieus hindurch bekommt daher auch der Beteiligungstyp des Casualchristen die höchste Zustimmung. Der Christ bei Gelegenheit orientiert sich in seiner Teilnahme an Kirche an seinen biographischen Bedürfnissen, nicht an den (vermeintlichen) Erwartungen der Institution. Es handelt sich um so ge-

11 J. Hermelink, Die Vielfalt der Mitgliedschaftsverhältnisse und die prekären Chancen der kirchlichen Organisation, in: Kirche in der Vielfalt der Lebensbezüge (KMU IV), Gütersloh 2006, S. 435.

12 Vgl. Ch. Grethlein, Kasualien als lebensweltbezogenes Konzept, DtPfrBl (108. Jg.) 3/2008, S. 123-130.

13 Vgl. Th. Klie (Hrsg.), Halloween und Co. Zivreligiöse Feste in der Gemeindepraxis, Leipzig 2006.

14 Fremde Heimat Kirche. Die dritte EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft (KMU III), Gütersloh 1997; Fremde Heimat Kirche - Erkundungsgänge, hrsg. v. J. Matthes, Gütersloh 2000; Kirche in der Vielfalt der Lebensbezüge. Die vierte EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft (KMU IV), Gütersloh 2006.

nannte „treue Kirchenferne“. Sie sind nicht die Minderheit, sondern die volkshkirchliche Mitte. 42% der Mitglieder<sup>15</sup> sind und wollen Mitglieder bleiben, weil sie das situative Angebot der Kirche für lebensrelevant halten.

Wie jede erfreuliche Tendenz hat auch diese ihre Kehrseite. Zwar erklärt die Teilnahme an Kirche bei Gelegenheit, warum viele Mitglieder in der Kirche blieben, obwohl die von der Kirche öffentlich vertretenen Überzeugungen und Wissensbestände an Plausibilität verlieren. Es gibt offensichtlich eine individuelle Aneignung der christlichen Religion, die das objektive Glaubenswissen in die Regie der eigenen Selbstdeutung nimmt und nicht danach fragt, was man in der Kirche glaubt, sondern ob an diesem Glauben etwas für mein Leben relevant ist. Aber damit wird zugleich das Problem deutlich. Der christliche Glaube verliert nicht nur quantitativ.<sup>16</sup> Die Zahl der Mitglieder, aber auch ihre Besuchsfrequenz, nimmt ab. Man wird eben nur einmal im Leben getauft und in der Regel nur einmal verheiratet.

Die Kirche verliert auch qualitativ an Intensität, wenn ihre objektiven Gehalte zurücktreten zugunsten subjektiver Evidenz. Die Übereinstimmung in zentralen Glaubensaussagen erodiert und die Teilnahme bei Gelegenheiten löst den regelmäßigen Kirchgang ab. Wie kommt es aber dann zu einer relativ stabilen Bindung der Mitglieder an ihre Kirche? Warum sind die treuen Kirchenfernen ihrer Kirche gegenüber so treu? Eine wichtige Rolle, so meine These, spielt dabei das Kirchengebäude.

### 3. Raum und Religion

Nicht nur die Soziologie, auch die Theologie hat ihre eigene Geschichte mit Raumwahrnehmung oder Raumvergessenheit. Die Alternative formiert sich bereits im Alten Testament. In der Tempeltradition ist der Raum das Gefäß für die Gegenwart Gottes und verdient daher die größte Aufmerksamkeit, während in der Synagoge die Anwesenheit Gottes in der religiösen Kommunikation gefeiert wird und der Raum nur der Versammlung der Gemeinde dient. Heiligkeit des Ortes oder die Heiligkeit der Kommunikation, Tempel oder Synagoge? Diese Alternative bestimmt auch den Gegensatz im Raumverständnis der christlichen Konfessionen. Während der Protestantismus die Fragen der religiösen Raumbedeutung, leider auch die der Raumgestaltung, mit Zurückhaltung behandelt und den Kirchenraum zu den äußerlichen Dingen zählt,<sup>17</sup> wird dem Katholizismus ein offensiveres Verhältnis zur religiösen Qualität des Raumes nachgesagt. Beide Positionen sind Varianten eines prinzipiellen Problems, das sie in

15 KMU IV, S. 65.

16 Vgl. D. Pollack, Individualisierung oder Säkularisierung. Zur neueren religionssoziologischen Diskussion von Religion und Moderne ([www.religio.de/dialog](http://www.religio.de/dialog)), S. 2.

17 Vgl. CA VII und F. Schleiermacher, Kurze Darstellung, 1830/1910, (§ 289) 111: „die Umgrenzung des Raumes ist nur eine äußere Bedingung, mithin Nebensache, nicht ein Teil des Kultus selbst“.

ihren Unterschieden verbindet. Das Christentum, so der Soziologe Richard Sennett,<sup>18</sup> vertrete eine grundsätzliche Überwindung der Zeit, aber diese „pilgrimage through time“<sup>19</sup> bleibe an den Raum „allegiance to a place.“<sup>20</sup> gebunden. An dieser Einschätzung dürfte soviel richtig sein, dass die religiöse Relevanz des Raumes eine unauflösbare Spannung impliziert. Der eine Basissatz einer christlichen Raumtheorie ist die Menschwerdung des Logos (Joh. 1,14): Gott geht ein in Raum und Zeit. Der andere Basissatz ist sein Sinnüberschuss: Gott geht weder im Raum noch in der Zeit auf, finitum non capax infinitum (Calvin).

Die Wiederentdeckung der religiösen Relevanz des Raumes geht nun allerdings nicht von solchen kategorialen Fragen<sup>21</sup> aus, jedenfalls nicht in erster Linie, sondern von der gelebten Religionspraxis. Es sind die Bedürfnisse der Menschen nach heiligen Räumen, nach der besonderen Atmosphäre einer Kirche, nach Halt und Orientierung, die die Frage nach der religiösen Relevanz des Raumes neu aufwirft. Es sind die Besucherzahlen in Autobahnkirchen, die Touristenströme in großen Citykirchen, die Gruppen, die von der boomenden Kirchenraumpädagogik in den religiösen Raum eingeführt werden, die Flaneure, die geöffnete Kirchen als Rückzugsraum entdecken, und es sind Hinweise in den qualitativen Interviews der Untersuchungen zur Kirchenmitgliedschaft, wie wichtig das Kirchengebäude für die Kontinuität der religiösen Lebensbegleitung ist.

So verschieden die inhaltliche Bezugnahme auf den Kirchenraum in den genannten Fällen auch sein mag, eine gemeinsame Schnittmenge scheint mir das Bedürfnis nach Kommunikation, nach einer Selbstverständigung über das eigene Leben im Horizont der Transzendenz, zu sein. Mein methodischer Vorschlag lautet daher von der religiösen Kommunikation auszugehen und den Kirchenraum nicht als eine räumliche Tatsache (was er unter anderem auch ist) mit Wirkung auf die religiöse Kommunikation zu nehmen, sondern als eine Tatsache religiöser Kommunikation, die sich räumlich artikuliert. Für dieses Vorgehen spricht nicht nur die evangelische Traditionslinie, die von Luther über Schleiermacher bis Barth die religiöse Kommunikation, das Wort im weitesten Sinne, als Ort der Gottesbegegnung auszeichnet. Für diesen Vorschlag spricht auch, dass die religiöse Kommunikation in der Regel eine Face-to-Face-Kommunikation unter Anwesenden darstellt.<sup>22</sup> Und im Fall der Kommunikation unter leibhaft Anwesenden reflektieren „die Strukturen der Kommunikation unmittelbar räumliche Differenzierungen“.<sup>23</sup>

18 R. Sennett, *Flesh and Stone. The Body and the City in Western Civilization*, London 1994, S. 124-148.

19 Ebda., S. 130.

20 Ebda., S. 146.

21 Vgl. E. Joß, *Raum. Eine theologische Interpretation*, Gütersloh 2005.

22 Vgl. W. Gräß, *Sinn fürs Unendliche. Religion in der Mediengesellschaft*, Gütersloh 2002, S. 148: „Für die Kirche bleibt die Interaktion unter leibhaft Anwesenden charakteristisch.“

23 E. Esposito, *Virtualisierung und Divination. Formen der Räumlichkeit der Kommunikation*, in: R. Maresch / N. Werber (Hrsg.), *Raum-Wissen-Macht*, Frankfurt 2002, S. 33-48, 35.

#### 4. Kirche im Quartier

Die religiöse Relevanz eines Kirchenraumes hängt von der religiösen Interaktion ab, die in ihm geschieht. Das ist die methodische These, mit der ich im Folgenden die Kasualien in Beziehung zum Kirchenraum und zum Quartier betrachte, also die für die Mehrheit der Kirchenmitglieder besonders wichtige religiöse Interaktion an den Schnittstellen ihrer Biographie.

Im Zentrum der Kasualien steht, gleichsam als ihr Text, eine symbolische Handlung: der Segen. Symbolisch ist die Handlung, weil sie nicht nur mit Händen die Zuwendung Gottes darstellt, sondern auch weiß, was sie tut, also diese Handlung zugleich deutet. Segenshandlungen sind folglich an die Interaktionen leibhaft anwesender Personen gebunden und daher immer auch räumlich verfasst. Segen stiftet einen Segensraum,<sup>24</sup> eine bestimmte räumliche Konstellation, die in der Segenshandlung religiös bedeutungsvoll wird. Die Frage ist nur welche? Man kommt einen Schritt weiter, wenn man die Kasualien ritualtheoretisch<sup>25</sup> entfaltet. Es sind Schwellenrituale, so genannte „rites de passage“, die den riskanten Übergang von einer Rolle zu einer anderen Rolle in einer Schwellensituation wie Geburt, Aufnahme in die Erwachsenenwelt, Heirat, Tod etc. absichern und zwar im Blick auf eine Gemeinschaft, die diesen Wechsel anerkennt. Solchen Schwellenritualen liegt nach Arnold von Gennep<sup>26</sup> ein dreigliedriges Schema zugrunde. Eine Trennungsphase (a.), wo sich die Initianden aus dem bisherigen Rollenskript, dem vertrauten sozialen und religiösen Status, herauslösen. Eine Schwellenphase (b.), wo der Initiand sich öffnet für die Übernahme eines neuen Selbstverständnisses mit Hilfe eines Begleiters, der ihn segnet. Und schließlich die Wiedereingliederungsphase (c.), wo der Initiand seinen neuen sozialen und religiösen Status in die soziale Gruppe reintegriert und zur Anerkennung bringt.

Passage, Übergang, Schwelle sind Metaphern, die nicht zufällig einen „rite de passage“ mit räumlichen Vorstellungen verbinden. Sie zeigen, dass Kasualien sich räumlich artikulieren müssen, beziehungsweise bestimmte räumliche Situationen religiös relevant erschließen. Bedeutungsvoll wird in den Kasualien zunächst der öffentliche Raum, in dem die Kirche steht, die öffentlichen Wege zur Kirche, der Vorplatz, das Portal, das die Schwelle bewusst macht und den Übergang und die Trennung vom Alltag inszeniert. Dann die Tür, die den alltäglichen Handlungsdruck abblendet, vom effektiven Handeln distanziert und zugleich öffnet und einlädt in den Ausnahmezustand der religiösen Feier. Religiös relevant wird nicht nur der Weg von Außen nach Innen, sondern die Wege in der Kirche. Relevant sind der Altar und dessen Raum, denn dieser ist das Zentrum der Transformation und Verwandlung, Wendepunkt und Ort der

24 Vgl. U. Wagner-Rau, Segensraum. Kasualpraxis in der modernen Gesellschaft, Stuttgart 2000.

25 Vgl. dazu K.-H. Bieritz, Liturgik, Berlin 2004, S. 642-694.

26 Vgl. A. von Gennep, Übergangsriten, Frankfurt 1989 (1909) und V. Turner, Das Ritual. Struktur und Anti-Struktur, Frankfurt 2000.

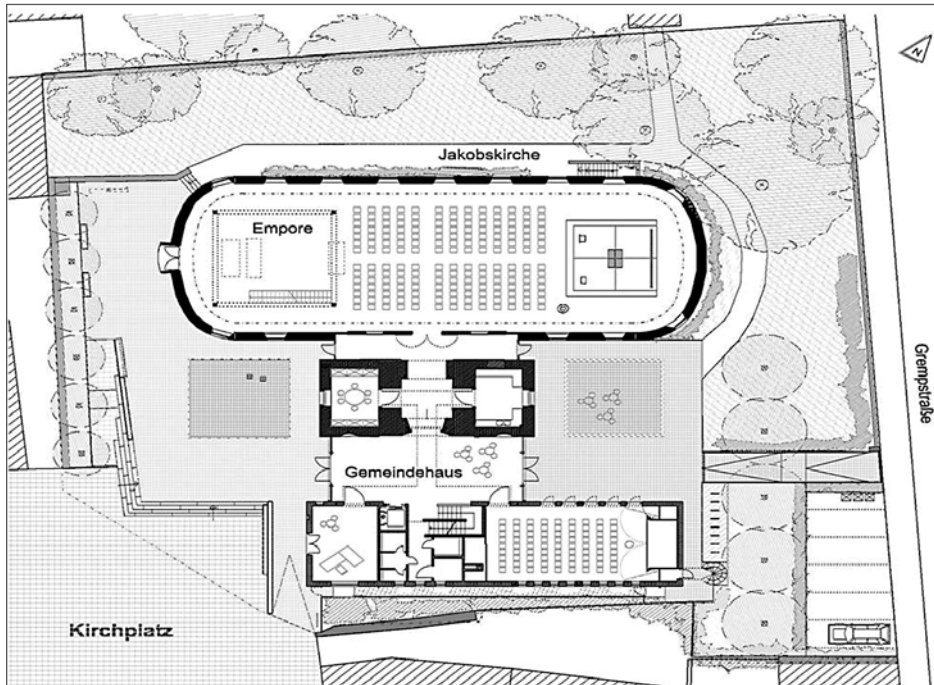


Abb. 1: Grundriss St. Jakobskirche Frankfurt-Bockenheim (Gottstein-Architekten BDA).

Erneuerung, wo im Horizont Gottes die Einzelnen in der Gemeinschaft an das erinnert werden, was diese jenseits aller sozialen Unterschiede verbindet: die freie Anerkennung vor Gott. Der Altarraum ist aber nicht nur Bühne, wo drei Relationen inszeniert und räumlich artikuliert werden, ein Mensch steht dort vor Gott, der Gemeinde und sich selbst (*coram deo, coram mundo, coram se ipso*). Am Altar werden Hin- und Rückweg verknüpft. Phänomenologisch sind es höchst unterschiedliche Wege zum Ehesegen oder unter den Ehesegen, die nur in einem physikalischen Raumverständnis derselbe Weg sind.<sup>27</sup> Der Weg zum Segen ist ein Abschied von einer vergangenen Lebensform, der Weg unter dem Segen ein Aufbruch in eine neue – **aus der Kirche heraus** in die Gesellschaft, wo sich die neu gewonnene Identität am Ort sozialer Anerkennung bewähren muss. Weg, Schwelle, Altar sind drei räumliche Artikulationen des öffentlich zugänglichen Segensraumes, die bei Gottesdiensten an biographischen Übergängen religiös relevant werden. Das wird dann bewusst, wenn sich die räumliche Anlage einer Kirche ändert.

27 Vgl. B. Waldenfels, *Das leibliche Selbst*, Frankfurt 2000, S. 176.



**Abb. 2:**  
**St. Jakobskirche Frankfurt-Bockenheim.**  
 Turm mit Foyer und Gemeindehaus  
 (Foto: Gottstein-Architekten BDA;  
 Madjid Asghari).

### 5. Beispiel: St. Jakobskirche Frankfurt -Bockenheim

Von 2003 bis 2005 wurde die St. Jakobskirche in Frankfurt-Bockenheim vom Architekturbüro Gottstein, Nieper und Partner, Darmstadt umgebaut. Vorausgegangen war die Fusion zweier Stadtteilgemeinden und die Entscheidung, die St. Jakobskirche zum neuen Zentrum der fusionierten Gemeinde zu machen. Durch den Verkauf von Gebäuden, die durch die Fusion nicht mehr gebraucht wurden, konnte der Neubau eines Gemeindehauses an die St. Jakobskirche finanziert werden. Der erste Bauabschnitt war der Anbau eines Foyers und Gemeindehauses an den Turm der Kirche (vgl. Abb. 2). Im zweiten Abschnitt wurde die 1954-57 wieder aufgebaute Kirche mit Glasfenstern von Charles Crodel innen renoviert. Blickt man auf den Grundriss der neuen Anlage (vgl. Abb. 1) fällt auf, wie gravierend sich die Situation der Kirche im Quartier geändert hat. Neu sind die Eingänge von beiden Seiten des Foyers, die auf der einen Seite zum Pfarrbüro und den Gemeinderäumen auf der anderen Seite durch den Turm zur Kirche führen. Dieses Foyer hat sich zum neuen Zentrum der Gemeinde entwickelt. Der Gang in die Kirche führt jetzt über dieses Foyer als eine Art Zwischenraum und Schleuse, die den Übergang, die Schwelle, vom Alltag zur Feier entdramatisiert. Man begegnet sich



**Abb. 3: Foyer St. Jakobskirche Frankfurt-Bockenheim**  
(Foto: Gottstein-Architekten BDA; *Madjid Asghari*).

am Sonntag im Foyer, man kennt sich, unterhält sich und geht dann gemeinsam in die Kirche. Der ursprüngliche Haupteingang direkt an der ovalen Rundung des Kirchengebäudes und der Vorplatz werden nicht mehr benutzt und haben ihre Relevanz an das Foyer abgetreten. Die Konsequenz: Die Öffentlichkeit der Transzendenz wird an bestimmte Milieus und ihre Geselligkeit gebunden. Es genügt nicht mehr, die Ordnung der religiösen Interaktion zu kennen, um an ihr teilzunehmen, man muss auch einer bestimmten sozialen Gruppe angehören.

### 5. Kirche als öffentliche Zeichen der Transzendenz

Christen bei Gelegenheit sind bemerkenswert konservativ. Sie kommen selten in die Kirche, aber wenn sie kommen, erwarten sie die Kirche, die sie kennen. Rita zum Beispiel, die seit Jahren in Distanz zur Kirche in Berlin lebt, aber dann in ihr Heimatdorf zurückkehrt, um dort, in der Kirche, in der sie getauft wurde, ihr Kind taufen zu lassen: „Und wir haben uns [...] dann entschlossen, das Kind taufen zu lassen, und zwar haben wir das Kind in meinem Heimatort, in meiner Kirche, wo ich praktisch getauft wurde, aufgewachsen bin, wo ich eigentlich meine Beziehung zur Religion und meine Wurzeln habe, in *der* Kirche haben wir sie taufen lassen.“<sup>28</sup>

<sup>28</sup> Fremde Heimat Kirche. Die 3. EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft, hrsg. v. K. Engelhardt / H. v. Loewenich / P. Steinacker, Gütersloh 1977, S. 77.

Was hat das zu bedeuten? Es gibt gerade in der hoch individualisierten Form evangelischer Kasualfrömmigkeit eine diskrete kirchliche Institutionalisierung.<sup>29</sup> Da Institutionalisierung mit Kontinuität und diese mit Wiederholbarkeit zu tun hat, scheint der geeignete Kandidat für die diskrete kirchliche Institutionalisierung einer Biographie das invariante Ritual, die Liturgie und ihre unverrückbare Ordnung des Gottesdienstes, zu sein. Daran ist in der Tat so viel richtig, dass Rituale konventionell sind. Aber damit sie es bleiben, müssen sie kontinuierlich verändert und fortgeschrieben werden. Die Interaktionsordnung muss sich ändern, um dieselbe in einer fortschreitenden Gegenwart zu bleiben. Das trifft im Prinzip auch auf das Kirchengebäude zu, nur ist die Veränderung in der Regel unmerklich, weil wesentlich langsamer. Das Ritual ändert sich schneller als das Gebäude, das es räumlich erschließt. Oder was würde wohl Rita sagen, wenn der Pfarrer ihrer Heimatgemeinde anbietet zwar ihr Kind im selben Ritus zu taufen, in dem auch sie getauft wurde, aber in der Kirche des Nachbarortes, weil die in ihrem Heimatort verkauft wird?

Meine These lautet folglich, dass das Kirchengebäude als öffentliches Zeichen für die Standortgebundenheit der christlichen Religion steht. Nicht die Invarianz des Rituals, sondern die Invarianz des Kirchengebäudes signalisiert, dass der Horizont des Unbedingten zuverlässig zur Verfügung steht, wenn auch nicht unbedingt. Denn die Kontingenzbewältigung durch die christliche Religion wird in einer religionspluralen Gesellschaft selber kontingent. Sie ist deshalb nicht weniger richtig, weil sie es nur in Kontexten ist. Aber sie kann in ihren Kontexten nur wahr sein, wenn sie eine konkrete Angabe über den Standpunkt macht, von dem aus das Quartier, die Stadt, die Welt im Horizont Gottes gesehen werden kann. Insofern steht Kirche für die merkwürdige Form einer nicht-beliebigen Orientierung in einem kontingenten Kontext, die den Beobachter notwendig mit einschließt.

Darin sehe ich die Attraktivität der Kirchengebäude für eine Stadt. Sie eröffnen den Menschen eine konkrete Beschreibung ihres Quartiers, indem sie sichtbar im öffentlichen Raum einen bestimmten Beobachterstandpunkt markieren. Von diesem Standpunkt aus kann man die Stadt im Horizont des Unbedingten sehen und das heißt: In Transformationen des urbanen Lebens, dem Auf- und Abbau des städtischen Raumes und seiner Lebensformen ist die Kirche ein verlässliches Ferment der Lebendigkeit.

29 Die These von J. Hermelink, *Praktische Theologie der Kirchenmitgliedschaft*, Göttingen 2000, lautet, dass auf die individuell geregelte Teilnahme an Kirche „fortdauernd, gleichsam hinterrücks die Institutionalität der Kirche einwirkt“; S. 264). Die Stabilität im Verhalten der treuen Kirchenfernen sei Resultat einer „kirchlichen Institutionalisierung des Lebenslaufes“; ebda.

*“Ich möchte nicht in einer Welt ohne Kathedralen leben. Ich brauche ihre Schönheit und Erhabenheit. Ich brauche sie gegen die Gewöhnlichkeit der Welt. Ich will zu leuchtenden Kirchenfenstern hinaufsehen und mich blenden lassen von den unirdischen Farben. Ich brauche ihren Glanz. Ich brauche ihn gegen die schmutzige Einheitsfarbe der Uniformen. Ich will mich einhüllen lassen von der herben Kühle der Kirchen. Ich brauche ihr gebieterisches Schweigen. Ich brauche es gegen das geistlose Gebrüll des Kasernenhofs und das geistreiche Geschwätz der Mitläufer. Ich will den rauschenden Klang der Orgel hören, diese Überschwemmung von irdischen Tönen...”*

aus: Pascal Mercier,  
Nachtzug nach Lissabon,  
Carl Hanser Verlag, TB 2006, S. 198

## Die Bedeutung der Kirchengebäude für die Stadt

*„Kirchen und kirchliche Kunstschatze sind über die kirchengemeindliche Nutzung hinaus einzigartige Kulturdenkmäler. Sie sind Ausdruck unserer gemeinsamen europäischen Vergangenheit, Zeugnis des Glaubens unserer Vorfahren und Dokumente unserer Orts-, Kirchen- und Kulturgeschichte. Dadurch sind sie sichtbar gewordenes Gedächtnis sowie Teil unserer Kulturlandschaft und ein lebendiges Stück Heimat.“<sup>1</sup>*

Welche Funktion hat der Bau einer Kirche in der Geschichte? Die gebaute Kirche wird als Ort oder Schauplatz der Verehrung verstanden, als Versammlungsort der Gemeinschaft der Gläubigen, in der Ausgestaltung auch als Abbild der geistigen Kirche.<sup>2</sup> So gesehen ist sie Mittelpunkt für die Gesellschaft, zumindest für den Teil einer Gesellschaft, der sich mit der Funktion des Gebäudes identifiziert, doch nicht nur dieses Teils der Gesellschaft. Diese Sichtweise würde zu kurz greifen.

Was bedeutet es daher, wenn mit 12.000 Kirchenschließungen, die Umbau oder Abbruch nach sich ziehen, gerechnet wird?<sup>3</sup> Als Mittelpunkt oder auch Identifikationspunkt einer Gesellschaft hat die gebaute Kirche im Stadtgefüge einen zentralen Wert nicht nur für den Platz, an dem sie gebaut wurde; sie ist damit nicht nur geistiges Symbol, sondern auch ein politisches Symbol. In Hamburg wird nun ein Maßnahmenkatalog in Abstimmung zwischen Senat und Kirchen entwickelt, der auch der städtebaulichen Bedeutung von Kirchen Rechnung tragen soll. Die Vermarktbarkeit von Freiflächen bei Kirchen ist dabei ebenso ein Thema wie die Entwicklung von Nutzungskonzepten.<sup>4</sup>

### 1. Bautradition

Zu Beginn der Entwicklung des Christentums gab es so gut wie keine Bauten, die für den Gottesdienst errichtet wurden. Gottesdienste wurden an unterschiedlichen Orten,

1 **Dresdner Appell zur Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler**, Dresden, 05.04.1995, abgedruckt in: Denkmalschutz, Texte zum Denkmalschutz und zur Denkmalpflege, Bd. 52 der Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bonn 1996, S. 266.

2 *LCI*, Allgemeine Ikonographie 2, Sp. 515.

3 *H. Herrmanns / Chr. Schönwetter*, Das Große Kirchensterben, in: *Metamorphose. Bauen im Bestand*, Leinfelden-Echterdingen 05/07 Sing Halleluja?, S. 16.

4 **Baunetz Online-Dienst**, 09.01.2008.

an denen sich Gläubige trafen, durchgeführt. Erst mit der Festigung des Christentums in konstantinischer Zeit begann der Bau von Kirchen, wie sie heute verstanden werden. Mit der Übernahme des Typs der Basilika wurde gleichzeitig auch ein Herrschaftstyp der römischen Architektur übernommen und damit deutlich sichtbar ein gewisser Repräsentationsanspruch und auch Machtanspruch dokumentiert.<sup>5</sup> Spätestens jetzt war der Kirchenbau auch ein politisches Zeichen im Stadtgefüge.

Mit der Entwicklung weiterer Kirchenbautypen änderte sich dieser Anspruch nicht; so bedeutet zum Beispiel die Ausbildung oktogonaler Grundrissformen auf Grund der Symbolik der Zahl „Acht“ den Anspruch, ein vollkommenes Abbild des Universums darzustellen.<sup>6</sup> Damit ist nicht nur die geistige Kirche, deren Bedeutung sich in den letzten Jahrzehnten für die Gesellschaft zunehmend relativiert, ein wichtiger gesellschaftlicher Aspekt, sondern auch ihr Abbild, das Kirchengebäude. Das zunehmend beklagte und zu beklagende Auseinanderfallen von Form und Inhalt stellt die Gesellschaft – und damit ist nicht nur die kirchlich orientierte Gemeinschaft gemeint, sondern die gesamte Gesellschaft – vor erhebliche Probleme.

Bauliche und soziale Umgebung sind nie voneinander zu trennen.<sup>7</sup> Insofern ist auch die gebaute Kirche für jeden Bürger einer Stadt ein Bezugspunkt, mit dem er sich auseinandersetzen muss, ob er sich mit den dort vermittelten Inhalten identifiziert oder nicht. Durch die meist deutliche Zeichenhaftigkeit des Kirchengebäudes ist es bewusst oder unbewusst Gegenstand der täglichen Wahrnehmung und damit permanent präsent. Sein Verschwinden würde unweigerlich als Verlust wahrgenommen werden. Das Kirchengebäude in seiner repräsentativen Gestaltung ist Teil der unbewusst kollektiven Erinnerung der Bewohner einer Stadt, eines Orts. Es ist Teil der Stadtlandschaft, die ohne es als unvollständig empfunden werden würde. Insofern haben es Kirchen, die nicht der traditionellen Ikonographie verbunden sind, schwer zu überdauern. Die Architektur-Dialektik, dass das Äußere das Innere und das Innere das Äußere widerspiegelt, lösen die vielfach als „Kisten“ aufgefassten Kirchenbauten der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nicht ein, sie sind mit anderen Bautypen verwechselbar geworden.<sup>8</sup> Derartige Bauten haben das städtebauliche Alleinstellungsmerkmal, das Kirchen in der Bautradition auszeichnete, nicht berücksichtigt. Als moderne Ableitungen tradierter Kirchenbauformen, stehen sie nicht gerade im Zentrum eines Ortes, sondern am Rande neuer Siedlungsgebiete und finden nicht die Akzeptanz jener Kirchenbauten, die durch die Macht jahrhundertelanger Tradition anerkannt sind. Sie haben angesichts der zurückgehenden Zahlen von Kirchenangehörigen und der da-

5 LCI (s. A 2), Sp. 516.

6 Ebda., Sp. 516-517.

7 H.P. Bahrdt, *Umwelterfahrung. Soziologische Betrachtungen über den Beitrag des Subjekts zur Konstitution von Umwelt*, München 1974, S. 24.

8 G. Pfeifer, *Glauben 2.0, Belichtungen einer immerwährenden Frage*, in: *Der Architekt 1*, Berlin 2007, S. 23 f.

mit verbundenen Reduktion von Kirchenbauten auch kaum die Chance, sich als etwas Besonderes einzuprägen.

Sakralbauten sind Teil dessen, was Fulbert Steffensky als Gedächtnislandschaft bezeichnet hat.<sup>9</sup> Diese Teile bleiben selbst dann im Bewusstsein der Menschen, wenn die Bedeutung für die geistige Kirche von einem Großteil der Bevölkerung nicht mehr nachvollzogen wird.

Haben Kirchen städtebauliche Funktionen von Anfang an gehabt? Diese Frage wird man mindestens für das Mittelalter verneinen müssen. Den Bewohnern mittelalterlicher Städte war die Vorstellung fremd, dass eine Kirche wegen ihrer herausragenden Bedeutung durch gezielte stadträumliche Wirkungen hervorgehoben werden müsse. Diese These wird dadurch gestützt, dass einer Kirche und dem sie umgebenden Heiligen Bezirk vielfach die Rückseite von Bürgerhäusern mit Ställen, Abortlauben und Misthaufen zugekehrt war.<sup>10</sup> Ladenlokale waren vielfach an Kirchen angebaut, wenn die Kirche nicht um einen abgegrenzten Bezirk verfügte. In Nord- und Mitteldeutschland findet sich jedoch meist eine enge räumliche Beziehung zwischen Kirchenbereich und Marktplatz.<sup>11</sup>

Die dem Kirchenbau innewohnende Symbolkraft, das Bild der Gottesburg im romanischen Frühmittelalter, das Aufstreben der Türme und der steil aufragenden Bauglieder in der hochmittelalterlichen Gotik sind es, welche die dominante Position der Kirche im Stadtganzen optisch ausdrücken. Die besondere symbolische Bedeutung der Kirchenbauten wird deutlich, wenn vor anderen, praktischen Gesichtspunkten oder ästhetischen Überlegungen, die Ost-West-Stellung der Kirchen sehr häufig auch dann eingehalten wird, wenn andere Bedingungen, wie etwa die Orientierung des Straßensystems aus geographischen oder topographischen Voraussetzungen heraus, ein Abweichen von diesem Grundsatz nahe legen würden. Aber nicht etwa nur die Sakralbauten, die Kirchen und Klöster, werden auf Grund ihrer Symbolik verstanden. Auch die Stadtbefestigungen zum Beispiel, die Mauern und Türme – bei vordergründiger Betrachtung doch reine Zweckbauten –, sind tief in symbolische Beziehungen verflochten. Wie die Türme der Kirche spielt auch die Stadtmauer eine wichtige Rolle in der symbolischen mittelalterlichen Kunst. Die Stadtmauer trennt die geordnete Welt im Inneren von der ungeordneten Welt außerhalb; sie ist somit im Verständnis der Bürger ein Zeichen des Guten. Die Stadtmauer ist mit ihren Türmen somit ein Symbol. Sie ist als Ganzes in diesem Sinne symbolträchtig, sie ist es auch in ihren einzelnen Bestandteilen. So bezieht sich die Anzahl der Tore und Türme oft auf die Zahl der Apostel und der Jünger Jesu. Diese Berufung der Verteidigungssysteme auf die christliche Zahlenmystik soll die Sicherheit der Stadt untermauern. Die Bürger, die innerhalb dieses ge-

9 F. Steffensky, *Blick der Güte, Sphären des Heiligen unter den Bedingungen der entzauberten Welt*, in: *Der Architekt* 1, Berlin 2007, S. 32.

10 J. Pahl, *Die Stadt im Aufbruch der perspektivischen Welt*, Berlin 1963, S. 44 ff.

11 C. Meckseper, *Kleine Kunstgeschichte der deutschen Stadt im Mittelalter*, Darmstadt 1982, S. 219.



**Abb. 1:** In Duderstadt bildet die Kirche Abschluss und Höhepunkt des zentralen Platzes.  
(Foto: J. Heimeshoff).

schützten Bereiches lebten, hatten eine, auch rechtlich herausgehobene Stellung gegenüber denjenigen, die vor den Mauern der Stadt lebten.<sup>12</sup> Mittelalterliche Stadtgestalt ist also vor allem unter symbolischen, erst sekundär nach ästhetischen Prinzipien zu verstehen. Zeitgenossen war die Stadt weniger auf Grund ihrer konkreten Ausgestaltung bewusst, sondern als ein durch die Symbolik der Bauten geschützter Bereich. Stadtgestalt wurde nicht als ästhetische Komposition verstanden, sie wurde vielmehr als Ebenbild der augustinischen „Civitas Dei“ auf Erden aufgefasst, dargetan in dem Beziehungsnetz der Heiligen und ihrer Titelkirchen, der Pilgerwege und der Reliquien.<sup>13</sup> Die Kirche mit ihrem Turm oder ihren Türmen im Zentrum der Stadt, oftmals auch am höchsten Punkt, ist somit im Zusammenspiel mit der Stadtmauer ein Zeichen gegenüber der ungeordneten Welt außerhalb der Stadt.

Innerhalb der Stadt hatte die Kirche vielseitige Funktionen. Neben der religiösen Funktion war sie Zentrum von Nachbarschaften und dem täglichen Leben. Dies ist

<sup>12</sup> J. Pahl (s. A 10).

<sup>13</sup> Ebda.

ein Aspekt, warum es in Städten oft viele Kirchen gibt, obwohl z.B. eine zentrale Kathedrale groß genug gewesen wäre, die ganze Bürgerschaft aufnehmen zu können. Die Kirche in einem Stadtteil war für die Bürger in ihrem Einzugsbereich ein Stück ihrer Geschichte, ein Zentrum ihrer Traditionen. Waren in der Kirche auch wichtige Reliquien aufbewahrt und wurde sie damit zum Zentrum von Wallfahrten, bekam die Kirche über den religiösen Aspekt hinaus auch eine erhebliche ökonomische Bedeutung. Die Wallfahrer trugen wesentlich zum Wohlstand der Städte bei, indem Handel, Gaststätten- und Beherbergungswesen davon profitierten. Bedenkt man die Übersetzung des Begriffs „ecclesia“, Versammlung freier Bürger, so wird die ehemals als selbstverständlich aufgefasste Verbindung zwischen Stadt und Kirche evident.<sup>14</sup> Bürger und Bürgerinnen sind Bewohner der Stadt, deren Zeichen neben den Türmen der Befestigung, diejenigen der Kirchen sind. Stadt und Kirche bildeten über lange Zeit hinweg eine städtebauliche und ökonomische Einheit. Die Stadt ermöglichte innerhalb ihrer Mauern ein geordnetes christliches Leben, und die Kirche trug zur wirtschaftlichen Kraft der Stadt bei.

Kirchen waren vielfach auch die Fortsetzung des öffentlichen Raumes, wie es an vielen Gemälden von Kircheninnenräumen erkennbar wird. Der Kirchenraum war ein Treffpunkt nicht nur zur Andacht. Hierin könnte auch ein Anknüpfungspunkt für den Umgang mit Kirchen liegen, die einer neuen Nutzung zugeführt werden müssen, denn erst im 19. Jahrhundert wurde die Kirche ausschließlich zu Gottesdienstzwecken genutzt.<sup>15</sup>

In der Renaissance und im Barock ergaben sich deutliche Verschiebungen hin zur Inszenierung von Kirchen im Stadtraum. Vor allem im 19. Jahrhundert mit der Freistellung prominenter Kirchen wurden auch Kirchenbauten, die mit der Bevölkerungsexplosion einhergingen, auf städtebauliche Absichten hin entworfen und positioniert.

Kirchen sind in der Regel Landmarken, und sei es nur für einen Stadtteil; sie sind von überall her zu sehen und geben Signale in die Straßenräume. Sie sind nicht nur Fixpunkte für Gläubige, sondern Orientierungspunkte in der gebauten Umwelt. Das heißt aber auch: Kirchen brauchen Abstand von anderen hohen Bauten. Ein Hochhaus neben einer Kirche würde zur gegenseitigen Relativierung führen.

Bezeichnend ist, dass der Verlust von Turmhelmen, wie er durch Kriegszerstörungen entstand, heute vielfach als ein Verlust für das Stadtbild empfunden wird, obwohl inzwischen höhere Bauten das Stadtbild prägen. So tritt die Kirche St. Antonius am Fürstenplatz in Düsseldorf heute in ihrer stadträumlichen Wirkung, zum Teil verdeckt durch hohe Baumkronen, kaum in Erscheinung. Ihr heute verlorener Turm bildete bis zum Zweiten Weltkrieg jedoch den Blickfang am Ende einer langen Achse

14 *Presseverband der Evangelischen Kirche im Rheinland* (Hrsg.), Kirche Kompakt, Düsseldorf 2000, S. 188.

15 Beständiger Wandel. Die Umnutzung sakraler Bauten hat eine lange Tradition, in: *Metamorphose* (s. A 3), S. 23.

im weitgehend orthogonalen Straßensystem der Friedrichstadt. Jüngst wird der verlorene Helm der Herz-Jesu Kirche in Düsseldorf-Derendorf durch eine Lichtinstallation angedeutet.

## 2. Der Begriff „städtebauliche Bedeutung“ bedarf einer Interpretation.

Wichtige Aspekte der Stadt sind die Entstehungsbedingungen und die räumlichen Eigenarten. Die Gestalt der Stadt wird bestimmt durch politische, soziale, wirtschaftliche und technische Bedingungen der jeweiligen Zeit. Häufig werden dabei ältere Strukturen aus der Landschaft oder aus früheren Nutzungen beibehalten und dabei überformt. An alten Stadtgrundrissen lassen sich oftmals Informationen aus der Entstehungszeit der Stadt und ihrer markanten Veränderungen ablesen. Diese sind an Überformungen der Stadtanlage, an neuen Führungen von Straßen und Hausfronten erkennbar. Wandlungen am Stadtgrundriss lassen sich u.a. an Parzellenstrukturen ablesen. Stadtgrundrisse enthalten daher wertvolle Informationen zur Stadtgeschichte. Diese Informationen beziehen sich auch auf räumliche, technische und soziale Elemente der Stadtgeschichte, zusätzlich zu den literarischen und bildhaften Überlieferungen.

Der Stadtgrundriss ist so etwas wie der genetische Code der Stadt und zeigt an, nach welchem Muster die grundlegenden Bausteine der Stadt - die Bauten und Parzellen - angeordnet sind. Mit diesem Muster sind bereits bedeutsame Eigenschaften festgelegt: regelmäßige oder unregelmäßige Anordnungen, Form, Maßstab und Hierarchie der Straßen, die Gebäudeanordnung, das gleichförmige oder ungleichförmige Vorkommen von sich wiederholenden Baugestaltungen, die Verteilung und Form größerer Plätze und Freiflächen. Die Bedeutung der Kirche für das Umfeld wird auch in der Charta der Villa Vigoni hervorgehoben. Unter Punkt 11 wird dort auf die Bedeutung für das Ambiente, auf die gebaute Umgebung und die Freiräume Bezug genommen.<sup>16</sup> Mittelbar wird die Bedeutung für die Stadt auch als Beurteilungskriterium für den Umgang mit gegebenenfalls aufzugebenden Kirchen als wichtig erachtet. Die evangelische Kirche im Rheinland schreibt: „Bei der Entscheidung über den Verkauf ist die öffentliche Wirkung und die historische Bedeutung des Gebäudes sowie die Identifikation der Bevölkerung mit dem Gebäude (Symbolwert) besonders zu berücksichtigen.“<sup>17</sup> In diesem Zusammenhang muss sich auch die Denkmalpflege positionieren. Es kann nicht darum gehen, Bausubstanz nur um ihrer selbst willen zu erhalten, sondern vor allem auch darum, die geschichtlichen Botschaften für die Menschen von heute und der Zukunft zu sichern. In dieser grundlegenden Intention einer Wertebewahrung dürften Kirche und Staat wesentlich übereinstimmen.<sup>18</sup> In die gleiche Richtung zielt eine Resolution des

16 Charta der Villa Vigoni – Zum Schutz der kirchlichen Kulturgüter, abgedruckt in: *G. Matzig*, Kirchen in Not, Bonn 1997, S. 96.

17 Vgl. [www.ekir.de](http://www.ekir.de).

18 *U. Mainzer*, Kirchen in Not – Denkmalpfleger in Nöten?, in: *Denkmalpflege im Rheinland*, 24. Jg., Nr.



**Abb. 2:** Die Heilig Kreuz Kirche in Düsseldorf-Raht steht in einer sehr heterogen bebauten Umgebung an einer stark befahrenen Straße; Architekt: Josef Lehmbrock (Foto: Inst. für Denkmalschutz und Denkmalpflege, Landeshauptstadt Düsseldorf).

Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz aus dem Jahre 2005: „Sie sind Zeichen kirchlicher Präsenz in einer säkularen Umwelt. Kirchen sind Orte individueller und kollektiver Identität sowie Stätten von Kunst und Geschichte. Kirchen sind häufig stadtbildprägend und oft auch Baudenkmale. Aus diesem vielseitigen Zeugnischarakter erwächst eine gesellschaftliche Verantwortung für diese Bauwerke.“<sup>19</sup> Ein wichtiges Signal in diese Richtung ist das Hamburger Beispiel (s.o.).

### 3. Kriterien für die städtebauliche Bedeutung

Festzustellen ist der Gestaltungswert, den ein Gebäude für das Erscheinungsbild eines historischen Ortes haben kann.

- ▷ Ein Gebäude kann das Ortsbild und/oder Landschaftsbild prägen, z.B. durch seine Monumentalität oder exponierte Lage.
- ▷ Ein Gebäude kann einen Symbolwert besitzen, der es zum Wahrzeichen werden lässt, mit dem ein Ort oder eine Region identifiziert werden.
- ▷ Ein Bauwerk kann ein wichtiger raumbildender oder milieuprägender Bestandteil

3, Pulheim 2007, S. 98.

19 Abgedruckt in: Rheinische Heimatpflege, 43. Jg., 1/2006, S. 63.

eines Straßenzuges, Platzes oder Ortsbildes sein.

- ▷ Städtebaulich bedeutsam kann ein Objekt auch dann sein, wenn es eine maßstab-bildende Funktion in der unmittelbaren Sichtbeziehung zu einem bedeutenden Baudenkmal hat.
- ▷ Das Objekt kann wesentlicher baulicher Rest einer historischen Städtebaukonzeption sein.

In der Regel begründen mehrere Bedeutungskriterien – zusammen mit dem Erhaltungsinteresse der Allgemeinheit – die Denkmaleigenschaft von Objekten. Dabei können die Grenzen zwischen den einzelnen Bedeutungskategorien fließend sein. Betrachtet man diese Kriterien, so wird unschwer deutlich, dass sie meist in Kombination auf Kirchen zutreffen.

#### 4. Beispiele

Wie erwähnt, tritt der Kirchenbau vielfach in Verbindung mit Marktplätzen auf. Er steht dort in der Regel am Rand. Es gibt aber auch Situationen, in denen der Kirchenbau als Zentrum einer Platzanlage auftritt. So auf dem Kirchplatz in Düsseldorf, dessen Dominante die Kirche St. Peter ist. Ursprünglich von einem reinen Schmuckplatz umgeben, wurde der nördlich vorgelagerte Platzteil durch die jüngste Umgestaltung einerseits mit einer Grünanlage, andererseits mit flachen Verkaufspavillons zu einer Art Marktplatz.

Die Errichtung einer Kirche auf einem bestehenden Platz kann eine politische Aussage beinhalten. In Düsseldorf waren die evangelischen Kirchen über Jahrhunderte nur in relativ versteckten Lagen – entweder nur vom Blockinneren erschlossen oder nur im Blockinneren errichtet – zugelassen worden. Die evangelische Neanderkirche ist erst durch den Abbruch von kriegsbeschädigten Häusern vor der Turmfassade optisch an die Straße gerückt.

Mit der Errichtung der evangelischen Johanneskirche auf dem ehemaligen Königsplatz, dem jetzigen Martin-Luther-Platz, wurde erstmals eine repräsentative evangelische Kirche mit hohem Turm signifikant ins Stadtbild eingefügt. War sie ursprünglich das Zentrum eines Platzes, wurde sie durch die Umgestaltung der Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg noch deutlicher zu einem stadtbildprägenden Bauwerk. Nord- und Ostseite des Platzes entfielen und wurden durch eine großzügige Verkehrsführung ersetzt, deren Kernstück die gestalterisch bedeutendste Hochstraße Deutschlands darstellt.

Die städtebauliche Bedeutung beider Kirchen ist durch ihre exponierte Lage ungeboren, obwohl sich die Umgebung gewandelt hat. Ist es bei der Johanneskirche die fast vollständige Umformung der räumlichen Situation im Umfeld, ist es bei der Kirche St. Peter, die nach wie vor von einem rechteckigen Platz umgeben ist, die Höhen-



**Abb. 3:**  
Der Dom von Meissen  
wirkt wie eine Stadtkrone  
(Foto: J. Heimeshoff).

entwicklung der umgebenden Bebauung. Bestand die umgebende Bebauung ursprünglich im Wesentlichen aus viergeschossigen Bauten mit Satteldächern, sind es nun meist deutlich höhere Bauten aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Vielfach bildeten Kirchen, die heute im Zentrum eines öffentlichen Platzes stehen, den Mittelpunkt eines Klosters oder Stifts. Die Lambertuskirche in Düsseldorf steht auf dem allseitig umbauten Stiftsplatz, einem Bereich, der 1396 zur Immunität erklärt wurde.<sup>20</sup> Nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges wurde beim Wiederaufbau darauf geachtet, bei der Neugestaltung durch Erhaltung der alten Häuser, Fassaden und deren Ergänzung den Charakter des Stiftsplatzes beizubehalten. Die Kirche St. Suitbertus steht in Kaiserswerth bezeichnenderweise auf dem Suitbertus-Stiftsplatz, dessen relativ niedrige, meist zweigeschossige Bebauung noch fast vollständig aus dem 18. Jahrhundert erhalten ist. Dieser Platz gilt mit Recht als einer der schönsten Kirchplätze am Niederrhein.

20 B. Henrichs (Hrsg.), Düsseldorf, Stadt und Kirche, Düsseldorf 1982.

Neben der Positionierung auf einem Platz wurden Kirchen vielfach auf dem höchsten Punkt in einem Stadtgrundriss errichtet. Sie wurden damit zu einem weithin sichtbaren Zeichen christlichen Glaubens und dem damit verbundenen Machtanspruch. Diese Kirchen bildeten damit eine Art Stadtkrone, wenn der Bauplatz nicht schon durch eine Burg belegt war. Als Beispiele für große Kirchen seien nur die Dome von Limburg und Meissen genannt. Aber auch viele kleinere Kirchen erfüllen diese Funktion, z.B. die evangelische Marktkirche in Essen-Kettwig hoch über der Ruhr oder die Kirchtürme von Warburg.

Kirchen sind aber nicht immer im Stadtbild auf Grund ihres Volumens und ihrer Türme präsent. Je nach zur Verfügung stehendem Bauplatz ordnen sie sich auch in Straßenräume oder auch in geschlossene Blockrandbebauungen ein. Die kleine evangelische Kirche in Düsseldorf-Urdenbach steht, nur von einem kleinen Freiraum umgeben, in der Zeile der alten Hauptdorfstraße und entfaltet mit ihrem kleinen Dachreiter auch keine Fernwirkung. Anders ist es bei der ebenfalls in eine Zeile eingebundene Kirche St. Agnes in Düsseldorf-Angermund, deren Turm in der Straße deutlich in den Vordergrund tritt.

### 5. Moderne Kirchen

Im 19. und frühen 20. Jahrhundert haben Kirchenbauten noch eine deutlich städtebauliche Bedeutung im Sinne eines Wahrzeichens für ihren Einzugsbereich und trotz der zunehmenden Signifikanz von Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäude noch eine gewisse Leitbildfunktion im Stadtbild. Auch zwischen den Weltkriegen trug die Architektur der neuen Kirchen noch einen siedlungsbeherrschenden Charakter.<sup>21</sup>

Die Haltung im Kirchenbau nach dem Zweiten Weltkrieg knüpft hieran nur teilweise an. Konnten moderne Kirchen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg noch städtebauliche Dominanten bilden? Wollten sie es überhaupt? Diese Fragestellungen sind berechtigt, obwohl zwischen 1948 und 1958 wohl mehr Kirchen auf- oder umgebaut wurden als jemals zuvor in einem Jahrzehnt der Kirchenbaugeschichte Deutschlands.<sup>22</sup> In diesem Zeitraum wurden mehr evangelische Kirchen gebaut als in dem Zeitraum zwischen Reformation und dem Jahr 1958.<sup>23</sup> Die Volumina der Kirchenbauten, die in früheren Jahrhunderten neben dem Turm im Stadtbild dominierten, wurden zunehmend von den Baukörpern der Verwaltungsgebäude in ihrer Wirkung verdrängt. Zuweilen wurde bei Neubauten ganz auf prägende Kirchtürme verzichtet. Paul Baumgarten liefert in der Beschreibung der Kirche am Lietzensee in Berlin folgende Begründung für den Verzicht auf einen Glockenturm: „Bei der großstädtischen Bebauung in

21 B. Kahle, *Deutsche Kirchenbaukunst des 20. Jahrhunderts*, Darmstadt 1990, S. 68.

22 Chr. Hackelsberger, *Die aufgeschobene Moderne. Ein Versuch zur Einordnung der Architektur der fünfziger Jahre*, München 1985, S.80.

23 J. Joedicke, *Kirchenbau in unserer Zeit*, in: *Bauen + Wohnen*, München 11/1958, S. 354.



**Abb. 4:** Die Evangelische Johanneskirche (Architekten Kyllmann und Hyden) bildet eine Dominante im Stadtzentrum Düsseldorfs trotz der völligen Umgestaltung der Umgebung nach dem Zweiten Weltkrieg (Foto: s. Abb. 2).

Berlin hat der Kirchturm nicht mehr seine ursprüngliche Bedeutung und kann auch als Baukörper nicht mit Hochhäusern konkurrieren.<sup>24</sup> Errichtet wurden vielfach niedrige Bauten, der Bebauung der Neubauviertel angepasst.<sup>25</sup> Schlanke Campanile, die in Deutschland nicht zum traditionellen Formenkanon des Kirchenbaus gehörten, versuchen oftmals ein Zeichen zu setzen. Sie sind heute vielfach nur eine Standortmarkierung und nicht mehr prägendes Element einer Stadtsilhouette.<sup>26</sup> In der Beschreibung der Michaelskirche in Darmstadt heißt es: „Der Turm als freistehender Glockenträ-

24 P. Baumgarten, Neubau einer evangelischen Kirche am Lietzensee in Berlin-Charlottenburg, in: *Baukunst und Werkform*, Heft 3, Nürnberg, März 1961, S. 129.

25 J. Joedicke formulierte 1958: „Unseren neuen Städten fehlt die Häuserballung mittelalterlicher Städte. Zwischen einzelstehenden Zeilenbauten inmitten von Grünzonen, zwischen locker gesetzten Hochhäusern ist kein Platz mehr für monumentale Kirchenbauten. Die Veränderung der städtebaulichen Situation ist Ausdruck der veränderten Beziehung der Kirche zur Gesellschaft“; vgl. J. Joedicke (s. A 23), S. 358.

26 B. Kahle (s. A 21), S. 195.

ger wirkt [...] wie ein ‚Anruf‘ gleichsam im Blickpunkt aller Straßen.“<sup>27</sup> Dies ist wohl das Mindestmaß, welches als Anspruch für einen Kirchturm formuliert werden kann. Die Symbolik, die dem Turm der Kirchen ursprünglich innewohnte,<sup>28</sup> wurde zugunsten der schlichten Funktion als Glockenträger zurückgedrängt. Der Turm wurde nicht mehr als Symbol der Macht, der Dominanz angesehen, welches er sowohl für die Kirche, als auch für die Burg und die Stadtmauer war. Es fehlt vielfach das selbstbewusste Auftreten auf einem Platz, in einem Ensemble. Folgt man den Überlegungen Hackelsbergers,<sup>29</sup> die von einer zunehmenden formalen Beliebigkeit des Kirchenbaus sprechen, so mag darin die Ursache dafür liegen, dass es gerade die Kirchenbauten aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg schwer haben, akzeptiert zu werden.

27 W. Neumann, Michaelskirche in Darmstadt, in: Baukunst und Werkform (s. A 24), S. 121.

28 Psalm 61(4): Denn Du bist meine Zuversicht, ein starker Turm vor meinen Feinden.

29 Chr. Hackelsberger (s. A 24), S. 88.

## Von der Sehnsucht nach einem „Dom“

### *Perspektivplanungen von Stadt und Kirche am Beispiel Norderstedt<sup>1</sup>*

#### 1. Einführung - Genese der Stadt Norderstedt

Norderstedt ist eine norddeutsche Stadt im Kreis Segeberg im Süden Schleswig-Holsteins, direkt an der Grenze zu Hamburg. Norderstedt ist die größte Stadt im Kreis Segeberg, faktisch Teil der Agglomeration Hamburgs und ebenso zugehörig der Metropolregion Hamburg. Anfang 2007 betrug die Einwohnerzahl Norderstedts 71.603 Personen.<sup>2</sup> Als derzeit fünftgrößte Stadt Schleswig-Holsteins wurde Norderstedt am 1. Januar 1970 durch den Zusammenschluss von vier Dörfern bzw. Ansiedlungen gegründet, die von ihrer Entstehung her ganz unterschiedliche Lebenswelten repräsentierten:

- Garstedt, ein Bauerndorf, das auf Grund besserer Bodenverhältnisse als das karge Heideland ringsum gute landwirtschaftliche Produkte produzierte und es darum auch zu einigem Wohlstand brachte.
- Harksheide (1374 erstmals als Ansiedlung von Einzelgehöften erwähnt), dessen Bewohner bei kargen Böden - teils von der Landwirtschaft, teils als Torfstecher ihr Leben fristeten, und das im Laufe seiner Geschichte nie einen richtigen Ortskern ausgebildet hat.
- Glashütte, das seinen Namen durch eine 1740 errichtete Glashütte erhielt, die allerdings nur bis 1774 Bestand hatte. Der Bereich Glashütte wurde 1919 von der Stadt Hamburg aufgekauft, um dort eine Justizvollzugsanstalt zu errichten. Im benachbarten Wittmoor wurde 1933 eine Außenstelle des KZ Neuengamme errichtet mit Zwangsarbeit der Gefangenen im Moor.
- Friedrichsgabe - nomen est omen, entstand 1821 durch Schenkungen des dänischen Königs und des Hamburger Industriellen und Mäzens Lawaetz an 20 arme Fami-

- 1 Grundlage für die folgende Darstellung ist eine Expertise „Kirche vor Ort“ der Arbeitsstelle Kirche und Stadt der Universität Hamburg, Fachbereich Ev. Theologie im Auftrag der ev.-luth. Kirchengemeinden in Norderstedt aus dem Jahr 2005. Sie wurde verfasst von Wolfgang Tuch, Annegret Reitz-Dinse und Wolfgang Grünberg und wurde von der Arbeitsstelle 2005 publiziert. Sie ist dort kostenfrei zu beziehen (Arbeitsstelle Kirche und Stadt, FB Theologie, Sedanstr.19, 20146 Hamburg).
- 2 Die Angabe der Einwohnerzahl schwankt auf dem offiziellen „Stadtportrait“. Sie wird einmal mit „über 74.000“ angegeben und dann mit der oben angegebenen Zahl ([www.norderstedt.de](http://www.norderstedt.de)).

lien, die sich im Torfmoor ein eigenes bescheidenes Auskommen erwirtschaften durften.

Diese vier unterschiedlich entwickelten, mehr oder weniger armen Dorfkerne waren die Anlaufstellen für die Flüchtlingswellen, die mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zumeist aus Ostpreußen und Oberschlesien hier anlandeten. Dadurch veränderte sich die Bevölkerungsstruktur massiv und die Siedlungen vergrößerten sich sprunghaft. Wegen des kargen Heidebodens stand dort, vor den Toren Hamburgs, auch reichlich Bauland zur Verfügung.

Erwähnenswert ist die Suche nach dem Namen dieser neuen Stadt. Zur Findung des Stadtnamens diskutierte man über „Holstein“ (in Schleswig-Holstein der Gegenpol zu Schleswig), „Süderstedt“ (weil im Süden Schleswig-Holsteins gelegen) und „Norderstedt“ (nördlich der Regionsmetropole Hamburg). „Norderstedt“ war bereits Projektbezeichnung für ein Zuzugs- und Wohnbaugebiet für Flüchtlinge aus Ostdeutschland, das von mehreren umliegenden Gemeinden getragen wurde und auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz in Harksheide (Falkenberg) entstand. Im Januar 2005 erhielt die Stadt Norderstedt aufgrund der stetig wachsenden Bevölkerungszahlen und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für den Kreis Segeberg den Status einer großen kreisangehörigen Stadt. Im Jahre 2011 wird in Norderstedt die Landesgartenschau von Schleswig-Holstein stattfinden.

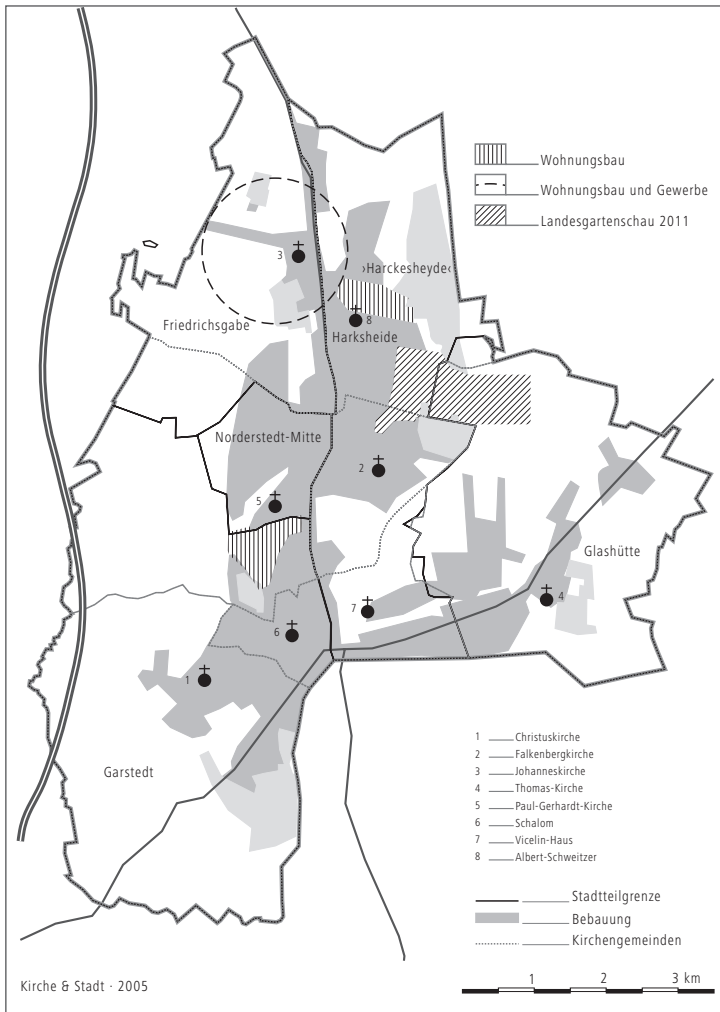
Ergänzt und vertieft sei diese „Vorstellung“ der jungen Stadt Norderstedt durch eine Graphik, die im Zusammenhang mit der Expertise „Kirche vor Ort“ erstellt wurde.<sup>3</sup>

Im Westen verläuft die A7 in Nord-Süd Richtung zwischen der Ausfahrt Hamburg Schnelsen und der Ausfahrt Quickborn im Norden. Die Autobahn begrenzt den westlichen Siedlungsraum Norderstedts fast wie eine Stadtmauer. Norderstedt selbst wird durch eine parallel zur Autobahn führende Nord-Süd Achse durchschnitten. Östlich dieser alten „Heerstraße“ liegen die ehemaligen Siedlungs- bzw. heutigen Stadtteilkerne Glashütte und Harksheide.

Westlich der Achse sieht man im Südwesten den alten Dorfkern Garstedt und im Norden den Kern von Friedrichsgabe. Zwischen den beiden älteren Siedlungskernen liegt Norderstedt-Mitte, heute zugleich Endstation einer U-Bahn, die ins Zentrum Hamburgs führt.

Norderstedt-Mitte wurde seit Ende der 1970er Jahre als zentraler, verbindender fünfter Stadtteil geplant und ausgebaut, so dass es sich hierbei mehr um die geographische und weniger um die historische Mitte der Stadt handelt. In Norderstedt-Mitte liegt mit dem Rathaus das administrative Zentrum der Stadt. Die wesentlichen Versorgungsfunktionen sind traditionell in Garstedt konzentriert, etwa durch das Herold-Center, ein großes Einkaufszentrum. Welche Besonderheiten aber hat nun die kirchliche Präsenz in Norderstedt?

3 Kirche vor Ort (s. A 1).



**Abb. 1:**  
Gestaltungsraum  
Norderstedt -  
die kirchliche  
Präsenz.<sup>4</sup>

Norderstedts acht evangelische „Stützpunkte“ verteilen sich auf die einzelnen Ortsteile. Zur Zeit der Bestandsaufnahme repräsentierten sie sieben eigenständige Gemeinden; seit Januar 2008 bestehen durch Fusion sechs Gemeinden. Die zwischen 1954

4 Auf in der Abb. 1 ebenfalls angegebenen nicht ev.-luth. religiösen Orte wird aus methodischen Gründen im Folgenden nicht eingegangen; ebenso auf die Entwicklung der expandierenden Moscheen. Die Entwicklung auf röm.-kath. Seite ist cum grano salis der der ev.-luth. Entwicklungstendenz anlog, d.h. bestimmte Standorte fusionieren, andere müssen über kurz oder lang auch aufgegeben werden. Da über diese Entwicklungen aber keine entsprechenden Einzeluntersuchungen vorliegen, werden sie hier nicht weiter verfolgt.

und 1974 errichteten Kirchen beziehungsweise Gemeindezentren in Norderstedt lassen sich drei Typen zuordnen:

Die Christus- (1), Johannes- (3) und Paul-Gerhard-Kirche (5) verkörpern, in der Formensprache der Nachkriegsmoderne, das traditionelle Bild von Kirche - einen sakralen Raum, der als Stätte des Glaubens der Nutzung für Gottesdienste vorbehalten ist.

Diesem Typ (I) entgegengesetzt ist der Typ (II) „multifunktionales Gemeindezentrum“, zu dem das Albert-Schweitzer Haus (8), Schalom (6) und das Vicelin-Haus (7) zu zählen sind. Multifunktionalität bestimmt das Raumprogramm, die Räume sind in ihrer Nutzung nicht festgelegt. Hier können sowohl Gottesdienste gefeiert werden, als auch alle denkbaren Aktivitäten der Gemeinde stattfinden. Zum Konzept der ‚Anti-kirche‘ gehört die Ablehnung und Zurückdrängung des Symbolhaften („kein Turm“).

Eine Mischform der ersten beiden Typen stellt das „multifunktionale Kirchenzentrum“ dar, dem die Kirchenstandorte Harksheide-Falkenberg (2) und Thomas (4) zugeordnet werden können. Dieser dritte Typ ist eine Synthese von sakralem Raum (Typ I) und multifunktionalem Raum (Typ II). Ist der Kirchenstandort Thomas als ein solches Kirchenzentrum konzipiert und gebaut worden, hat der Standort Falkenberg eine Transformation von einer traditionellen Kirche zu einem multifunktionalen Kirchenzentrum durchlaufen (Typ III).<sup>5</sup>

Generell haben die multifunktionalen Gemeindezentren bundesweit in den 1960er und 70er Jahren, besonders in Neubaugebieten, eine wenig gewürdigte, oft aber bedeutende Rolle gespielt, um Zwangsmigranten („Flüchtlinge“) oder Arbeitsmigranten („Gastarbeiter“) in das neue Gemeinwesen zu integrieren. „Gemeindeaufbau als Gemeinwesenarbeit“ lautete damals eine dafür geprägte Formel, die einen neuen zivilgesellschaftlichen Ansatz politischer Diakonie am gegebenen Ort meinte.<sup>6</sup> Die Kehrseite der nicht nur verständlichen, sondern oft lebensnotwendigen Priorisierung der sozialdiakonischen Dimension kirchlicher Arbeit in Neubaugebieten und Problemgebieten war die oft wenig entwickelte Einsicht in die Rolle der religiös-kultischen Dimension für Menschen, die an neuen, ungewohnten Orten und in unvertrauten Kontexten Fuß fassen mussten oder wollten sowie die geringe Symbolwirkung nach Außen. Für Millionen von Flüchtlingen in den 1940er und 50er Jahren, gefolgt von Arbeitsmigranten und deren Familien in den 1960er und 70er Jahren erwiesen sich aber gerade nicht nur die vertrauten Küchenrezepte, sondern ebenfalls die Lieder, Sitten und religiösen Rituale als unentbehrliche Hilfen, sich mit der neuen Situation anzufreunden, weil sie etwas Vertrautes aus der alten Heimat mitbringen konnten und am neuen Ort praktizieren durften. Kulte und Rituale, kurz Religion erwies sich als „transportable Heimat“. Das hätte man schon von den Millionen europäischer „Auswanderer“ in die „Neue Welt“ lernen können.

5 Vgl. *Kirche vor Ort* (s. A 1), S. 55 f.

6 Vgl. W. Grünberg, *Kirche im Neubaugebiet – Rückblick und Ausblick*, in: *ders.: Die Sprache der Stadt, Skizzen zur Großstadtkirche*, Leipzig 2004, S. 249-258.

Die Unterschätzung dieser religiös-kultischen Dimension war zumeist einem Verständnis von Säkularisierung als Säkularismus geschuldet, das heute zumindest als einseitig, wenn nicht als ideologisch fragwürdig zu werten ist. Auf Vergleichsgültigung als Vorstufe des Verschwindens von Religion und Kult in der hoch entwickelten Moderne (oder Postmoderne) zu setzen, hat sich, vorsichtig gesagt, jedenfalls nicht bewahrheitet. Diese Einsichten haben fast überall in Deutschland zur Resakralisierung multifunktionaler Gemeindezentren geführt. Das galt auch in Norderstedt: Religiöse Symbole wurden durch das Aufstellen von Kreuz (Schalom), Altar (Vicelin) und Orgel (Albert Schweitzer) wieder präsent und sichtbar. Dabei ging es nicht darum, nun auch noch Religion durch Verdinglichung leichter konsumierbar zu machen. Vielmehr kam es darauf an, in einer Welt der Käuflichkeit und Verdinglichung das zur Geltung zu bringen, was sich der Verdinglichung gerade entzieht: Dafür steht die Welt von Kunst und Religion, die Welt der Symbole, die es seit Menschengedenken gibt. Das könnte als merkwürdiges Geraune erscheinen, das dem Religiösen als Irrationalem inne wohne und das dem jeweiligen Subjekt zu gewähren sei, was aber mit einer Stadt und erst recht nichts mit Stadtplanung zu tun habe. Dem sei hier nachdrücklich widersprochen.

Professionelle Planung für menschengerechte Städte<sup>7</sup> muss das Nichtplanbare in Rechnung stellen. Kunst und Religion, die in veräußerlichten Formen dies zu kommunizieren versuchen, repräsentieren eben auch im Stadtraum die Heterotopie und die Utopie, das Geheimnis und das Ausstehende, das „Noch nicht“. Ihre Funktion ist es gerade, in der Welt der Zwecke und Funktionen eine Wirklichkeit zu repräsentieren, die nicht verrechenbar ist. Von hier aus kommen aber zwei Entwicklungstendenzen des Städtebaus in den Blick, die jedem Stadtplaner geläufig sind: Die Tristesse und Ödnis von Großsiedlungen mit ihren aufgeschichteten, zigmal wiederholten Grundrissen als Folge einer ausschließlich funktionalen, rein zweckrationalen Planung.

Und das andere Phänomen: Warum suchen immer mehr Städte in exzeptionellen architektonischen Wahrzeichen ihr je spezifisches „Geheimnis“ zu zeigen und zu verstecken?

Nicht das Berechenbare, sondern das Überraschende ist es, was die Stadt ausmacht. Kirchen, so hat es Fulbert Steffensky ausgedrückt, sind „Häuser, die die Träume verwalten“.<sup>8</sup>

So wie versucht wird jeder Stadt wieder ihre spezifische „Aura“, ihr Stadtsymbol, ihre „Botschaft“ (z.B.: „Hamburg als Tor zur Welt“), kurz ihren nicht verrechenbaren

7 Unter dem Titel „Menschengerechte Stadt. Aufforderung zur humanen und ökologischen Stadterneuerung“ hatte die „Kammer für soziale Ordnung“ der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) erstmals eine „Stadtdenkschrift“ erarbeitet. 2007 veröffentlichte die EKD die aktuelle Studie: Gott in der Stadt. Perspektiven evangelischer Kirche in der Stadt, EKD- Texte Nr. 93. Die Arbeitsstelle Kirche und Stadt hat als wiss. Begleitung an der Erstellung des EKD-Textes mitgewirkt.

8 F. Steffensky, Das Haus, das die Träume verwaltet, Würzburg 1998.

„Genius loci“ wieder zu geben, sind vielerorts alte Stadt- bzw. Dorfkirchen als Symbole ihrer Orte und ihrer Geschichte neu entdeckt und gewürdigt worden. Städtisches Leben hat sein Kriterium gerade darin, Heterogenität nicht nur auszuhalten, sondern auch zu produzieren. Kirchen als Orte generieren so gesehen einen anderen, fremden Blick auf die Wirklichkeit, der nicht funktional oder berechenbar ist, sondern poetisch, prophetisch und parteilich.

Was aber bedeuten solche Erwägungen für die junge Stadt Norderstedt und ihre zumeist jungen Kirchen? Sowohl in der Stadt als auch in den Kirchengemeinden Norderstedts kam es zu entsprechenden Diskursen: Wie kann Zentralität in einem föderalen System mit gleichwertigen Strukturen entwickelt werden unter Bedingungen der Randlage einer jungen Stadt vor den Toren der Metropole? So fragten und diskutierten die Verantwortlichen auf der städtischen Ebene. Und wie können unter negativer Mitglieder- und Finanzentwicklung vergleichsweise ähnlich strukturierte Gemeinden zu mehr Konzentration, Kooperation und Profilen kommen? So fragten die Kirchengemeinden. Auf beiden Ebenen wurden Modelle und Szenarien entwickelt und diskutiert. Dabei war allen bewusst, dass ein rein ökonomisches Marktmodell nicht das letzte Wort behalten sollte.

## 2. Die Suche nach der Mitte der Stadt und die Sehnsucht nach einem Dom

Finanzstark durch ihr rasches Wachstum hatte zunächst jede der vier Ursprungsgemeinden seit den 1960er Jahren versucht, die Eigenentwicklung zu fördern. Es wurden ambitionierte Einkaufszentren, Verwaltungs- und Kulturzentren geplant und gebaut. Dieser kostspielige interkommunale Wettbewerb war schließlich mit ein Grund für die landesplanerische Initiative zur Gebietsreform und dem Zusammenschluss zu einer Stadt.

Auf der Ebene der kirchlichen Entwicklung hat es länger gedauert einzusehen, dass nur durch mehr Kooperation und Konzentrationsprozesse die Zukunft gemeistert werden kann, da die Mitgliederentwicklung – allein schon aus demographischen Gründen – und analog dazu auch die Finanzentwicklung langfristig negativ zu Buche schlagen werden.

In dieser Situation entstand der Gedanke, sich gemeinsam einer großen, zentralen Idee zu verschreiben: „Wir brauchen einen Dom! Wir bauen einen Dom!“

Es ist leicht, diese Idee für monströs zu halten. Man sieht die Schlagzeile schon vor sich: „Hamburg baut die Elbphilharmonie, Norderstedt will einen Dom“. Es scheint doch offensichtlich, dass hier der kompensatorische Versuch unternommen wird, die abnehmende Zentralität und Akzeptanz des eigenen kirchlichen Stützpunktes gleichsam kollektiv zu kompensieren durch den Versuch, eine große gemeinsame Mitte Aller zu schaffen, zumindest aller Protestanten. Diese Urteile sind nicht falsch, gehen aber am Entscheidenden vorbei. Denn die Analyse, die hinter dem Vorschlag steckt,

ist korrekt: Weder Norderstedt als Stadt, noch die Kirchengemeinden dieser Stadt verfügen über jene Ausstrahlung, die von der alteuropäischen Stadtmitte mit Rathaus, Marktplatz und Stadtkirche ausgeht. Die für eine Stadt typische Hierarchisierung unterschiedlicher Zentralitäten fehlt.

Die Sehnsucht nach dem protestantischen Dom ist das Symptom einer richtigen Wahrnehmung: Eine Stadt ist etwas anderes als die Summe von Ortsteilen oder Stadtteilen. Die Sehnsucht nach dem Dom stellt eine richtige Frage: Was ist die Idee der Stadt? Und sie benennt zutreffend auch das Defizit einer Kirche, die eben nicht aufgeht in der Stillung religiöser Bedürfnisse oder als Agentur zur Bereitstellung von Ritualen und Lebensbegleitung in Krisenfällen des individuellen und kollektiven Lebens.

Es ist zutreffend, dass Religion im Kern Sehnsucht ist, in der sich Kritik der gegebenen Verhältnisse paart mit Visionen von etwas Neuem, Großem, das den Horizont des Vorfindlichen und Verfügbaren übersteigt. Es spricht für die Norderstedter auf kommunaler und auf kirchlicher Ebene, dass sie daher universitären Rat aus stadtplanerischer und theologischer Perspektive einholen wollten, um zu mehr Klarheit über sinnvoll anzustrebende und realisierungsfähige Ziele zu gewinnen. Und es spricht weiter für die Initiativgruppe von Pastorinnen und Pastoren aus Norderstedt, dass sie eine Expertise von Stadtplanern und Theologen erbat, in der – im Unterschied zu anderen Auftragsgutachten<sup>9</sup> – ausdrücklich „Empfehlungen“ enthalten sein sollten, was sinnvoller Weise zu tun wäre. So mussten also Ross und Reiter genannt, Schließungs- wie Fusionsempfehlungen vorgelegt werden, wohl wissend, dass Experten selbst befangen sind. So wurde eine protestantische Streitkultur gerade eingepflanzt, um Lösungen zu ermitteln, die vermutlich jenseits der Expertenempfehlungen und wohl auch jenseits des Planungsmodells „Dom“ liegen würden.

All das kann hier nicht ausgeführt werden. Beachtenswert könnte allerdings der Ansatzpunkt sein, wie Stadtplanungskompetenz und theologischer Sachverstand sich methodisch aufeinander beziehen lassen, wie schon im internen Diskurs über die Deutung von Daten und Wahrnehmungen aus unterschiedlicher Warte konstruktiv diskutiert werden konnte und so ein „erweitertes“ Wirklichkeitsverständnis ermöglichte, gemeinsame Empfehlungen vorzulegen und diese in ein prozessuales Kommunikationsmodell (Top down bzw. bottom up) einzuzichnen, auf das sich einzulassen die vor Ort Verantwortlichen eingeladen wurden.

Auf diese Weise wurde eine „Perspektive 2015“ als Strukturskizze vorgelegt, die hier abschließend aus stadtplanerischer und theologischer Perspektive erläutert werden soll.<sup>10</sup>

9 Vgl. *Kirche morgen*. Ein Arbeitsbuch im Auftrag des Kirchenkreises Alt-Hamburg, Leipzig, 2003; die Studie wurde von der Arbeitsstelle Kirche und Stadt erarbeitet von Annegret Reitz-Dinse und Wolfgang Grünberg in Zusammenarbeit mit Dirk Schubert, Beate Connert und Wolfgang Tuch.

10 Vgl. *Kirche vor Ort* (s. A 1), S. 128.

### 3. Gestaltungsraum Norderstedter Perspektive 2015

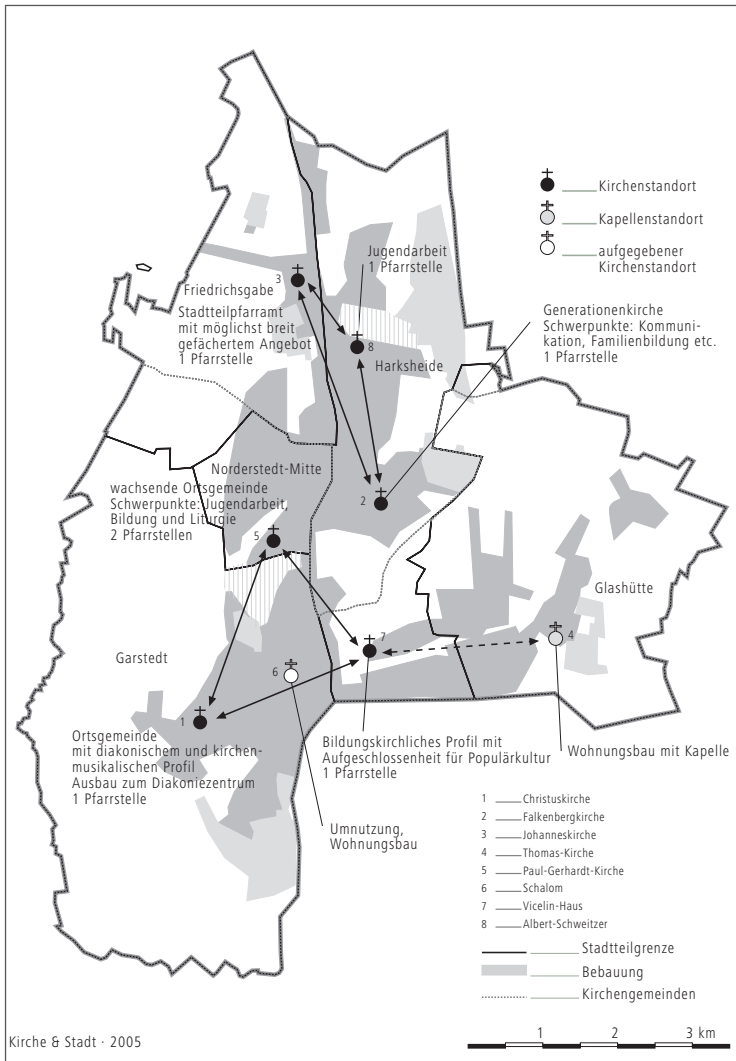
Die Ausgangsbasis des Konzepts bilden sieben im Rahmen der Studie entwickelte übergeordnete Zielstellungen: Machtzuwachs, Ausgleich, Verschiedenheit, Mission, Sakramente verwalten, zukunftsgerichte Angebotsorientierung und öffentliche Präsenz. In Kombination mit den erarbeiteten sechs Handlungsfeldern Gemeindegroße, Personal, Finanzen, Angebot, Zielgruppen und Gebäude wurden vier wesentliche Reformkomplexe herauskristallisiert: „Kooperation“ mit den Elementen Bildung einer Region und Gemeindefusion; „Profilbildung“ vor Ort mit den Elementen Spezialisierung des Personals und gezielter Förderung des Personals; „Einsparpotentiale“ mit den Elementen Möglichkeit der Stellenreduktion und Standortschließung; „Ressourcenoptimierung“ mit den Elementen Standortumnutzung und Aufbau einer zusätzlichen Finanzsäule für die Gemeinden, die Region und den Kirchenkreis.

Vor diesem Hintergrund wurden für jede der sieben damaligen Gemeinden dezierte Handlungsempfehlungen und Positionen innerhalb des Gemeindegefüges entwickelt, die in eine Gesamtkonzeption für den Gestaltungsraum Norderstedt mündeten. Empfohlen wurden unter anderem die Konzentration wesentlicher diakonischer Funktionen am Standort Christuskirche oder die verstärkte Fokussierung auf Familien im Bereich Albert-Schweitzer- und Falkenbergkirche. Perspektivisch wird die Reduktion auf zwei Gemeinden mit acht Standorten empfohlen, um nach Außen strukturell, wirtschaftlich und strategisch überlebensfähige Einheiten zu schaffen, die gleichzeitig durch eine starke lokale Verankerung in der Lage sind, die spezifischen Bedürfnisse und religiösen Herausforderungen der einzelnen Standorte abzubilden.

In der weiteren Entwicklung hat sich gezeigt, dass die Empfehlungen nicht umgesetzt werden, sondern in der Regel der Weg des geringsten Widerstandes gewählt wurde: Fusionen erfolgten dort, wo die meisten Gemeinsamkeiten bestanden. Interessant ist dabei die Persistenz der historischen Gemeindeentwicklung; die Fusionen verlaufen rückwärts zu den im Laufe der Jahrzehnte erfolgten Ausgründungen, es findet eine Re-filialisierung statt.

Aus den unterschiedlichen Blickwinkeln von Theologie und Stadtplanung lassen sich aufgrund der gesammelten Erfahrungen folgende Thesen herausarbeiten:

1. Die klassischen Kennzeichen einer Stadt: Zentralität, Heterogenität, und Dichte (Chicagoer Schule) implizieren: Die Vielfalt städtischer Lebenswelten zeigt sich daran, dass es nicht nur additiv viele „Angebote“ in der Stadt gibt, sondern dass es zu Inszenierungen von Konkurrenz und Kooperation zwischen unterschiedlichen, aber örtlich und personell vernetzten öffentlichen Zentren gibt, die Bürgerinnen und Bürger „bei Gelegenheit“ aufsuchen können und dies auch tun.
2. In diesem Horizont sind Kirchen Repräsentanten einer Wirklichkeitswahrnehmung, die auch symbolisch vermittelte Utopien und Träume, Erinnerungen und Festtraditionen einschließt, die öffentlich zumeist im Festrhythmus des Jahres-



**Abb. 2:**  
Gestaltungsraum  
Norderstedt -  
Perspektive 2015.

kreises zur Darstellung gebracht werden. Religion ist nicht nur Privatsache, sondern öffentliche Angelegenheit.

3. Urbane Dichte und Kultur entstehen durch medial gespiegelte Kooperation und Konkurrenz durch die öffentliche Austragung einer demokratischen Streitkultur, an der sich Körperschaften des öffentlichen Rechtes wie Kirchen selbstverständlich und durchaus unterschiedlich beteiligen sollten. Kirchen sind in diesem Horizont Anwälte derer, die (oft) keine eigene Stimme erheben können: Kinder und Fremde,

Vorfahren und Ahnen, Utopisten und Tradenten vergessener oder verdrängter Texte und Ideen. Den Kirchen kommt von ihrem Selbstverständnis aus eine priesterliche, also lebensbegleitende, aber auch eine prophetische, d.h. stellvertretend parteiische Funktion zu. Beide Basisfunktionen sind biblisch begründet und praktisch oft – so auch in der Geschichte – miteinander nur in Spannung durchzuhalten. Ein kluges kooperatives Stadtkirchenkonzept schafft beiden Funktionen Raum und repräsentiert damit Kirche ebenso als sakralen „Segensraum“ (Ulrike Wagner-Rau) wie als Partizipanten an öffentlichen Diskursen.

4. Die Entwicklung in Norderstedt zeigte: Die vorhandene polyzentrische Struktur ist „historisch“ geworden, d.h. sie kann nicht einfach zurück genommen werden. Darin spiegelt sich die akzeptierte pluralistische Orientierung der Gesellschaft und starke symbolische Abhängigkeit vom Nachbarn Hamburg. Das hat Folgen für die religiösen Orte in der Stadt. Sie sind in Norderstedt zu Recht „Kirche vor Ort“, was wegen der wachsenden Heterogenität der Orte in der Stadt auch zu verschiedenen Profilen führen wird.
5. Kirchen, Moscheen, Synagogen sind immer öffentliche, ambivalent eingeschätzte, aber auch aus städtebaulicher Sicht relevante Symbole der Stadt, des Stadtteils bzw. des Ortes, die Raum für den Transzendenzbezug des Menschen bereitstellen und ihn darum von reiner Verwertbarkeitslogik entlasten können. Sie sind als Symbole Hinweise auf die Grenzen des ökonomisch und politisch Machbaren, und als Orte der Sehnsucht über das Machbare hinaus in ihrer Weise Plädoyers für ein gerechtes Miteinander im Gemeinwesen, aber auch für die Individualitätsentwicklung jeder einzelnen Person. Dem entsprechen baulich Varianz, Unterscheidbarkeit und „individuelle“ und symbolisierungsfähige Baulösungen im Gemeinwesen und in ihren Stadtteilen. Eine menschengerechte Stadt wird auch in Zukunft die Rolle von Religion und ihrer baulichen und institutionalisierten Repräsentanz nicht unterschätzen dürfen.

## Umnutzung von Kirchen ohne Stadtplanung ?

### 1. Vorbemerkungen

„Kirchengebäude sind Seelen, Gedächtnis und Gewissen unserer Dörfer und Städte. [...] Sie sind unaufgebbares Kulturgut der Allgemeinheit.“<sup>1</sup> Aber die Gebäude werden nicht mehr überall gebraucht und ihre Unterhaltung ist vielerorts zu teuer für die schrumpfenden Gemeinden. Die Gründe sind vielfältig: Kirchenausstritte, der demografische Wandel und der Zuzug von Menschen aus anderen Ländern mit anderen Religionen.<sup>2</sup> Infolge des geringeren Kirchensteuer-Aufkommens sinkt der finanzielle Spielraum für die Gemeinden. Man kann heute davon ausgehen, dass die evangelische Kirche Deutschlands in 30 Jahren ein Drittel ihrer Mitglieder und die Hälfte ihrer heutigen Kirchensteuereinnahmen verloren hat.<sup>3</sup> Diese Trends gibt es in anderen Ländern schon länger, sie kommen nicht vollkommen überraschend und sie treffen die neuen Bundesländer stärker als die alten.

In Hamburg etwa wurden „nach 1945 fast ebenso viele Kirchen neu erbaut wie die Stadt zuvor schon hatte“.<sup>4</sup> Teils wurden zerstörte Kirchen wieder aufgebaut, teils wurden so genannte „Notkirchen“ errichtet, seit Mitte der 1950er Jahre dann auch neue Kirchengebäude: nicht nur in den Stadterweiterungsgebieten, sondern auch in bereits bestehenden Stadtteilen, etwa in der Dulsberg-Siedlung und der Jarrestadt aus den 1920er Jahren. Die Hamburger Vision für Bauten der evangelischen Kirche hieß: Von Kirchturm zu Kirchturm blicken können.<sup>5</sup> Ideal war die „überschaubare Gemeinde“ mit maximal 2.500 Mitgliedern pro Pastor.<sup>6</sup>

Die kirchlichen Institutionen tun sich schwer, die Tatsache zu akzeptieren, dass sie auf Dauer den Bestand an kirchlichen Gebäuden nicht komplett erhalten können. Erst allmählich beginnt ein Diskurs, in dem über Kirchen wie über andere Immobilien

1 Maulbronner Mandat vom 01.10.2005 in: H. Adolphsen / A. Nohr (Hrsg.), glauben sichtbar machen. Herausforderungen an kirche, kunst und kirchenbau, Hamburg 2006, S. 5.

2 Vgl. die Ausführungen von Thomas Erne in diesem Heft. Siehe auch *Evangelisch-lutherischer Stadtkirchenverband Hannover* (Hrsg.), Stadt und Kirche im demographischen Wandel, Hannover 2008.

3 H. Adolphsen, Kirchen haben kein Verfallsdatum, in: *Bauwelt 5* (2006), S. 30.

4 F.P. Hesse, Einleitung, in: *Kulturbehörde / Denkmalschutzamt Hamburg* (Hrsg.), „Baukunst von Morgen!“ Hamburgs Kirchen der Nachkriegszeit, München, Hamburg 2007, S. 9.

5 H.J. Benedict, Von Kirchturm zu Kirchturm blicken – Eine Vision der 1950er Jahre und ihre Folgen, in: *Kulturbehörde/Denkmalschutzamt Hamburg* (s. A 4), S. 20.

6 Ebda., S. 19.

gesprochen wird. Ähnlich wie viele andere Institutionen überprüfen sie kritisch, ob und mit welchen Konzepten sich ihr Gebäudebestand langfristig halten lässt. Dies verlangt viel in einer Zeit, in der gleichzeitig eine Rückbesinnung auf Sakralität, spirituellen Ausdruck im Bauen und eine deutliche, zeichenhafte Präsenz von Kirchen im Quartier zu verzeichnen ist.

## 2. Strategien des Schrumpfens

Wer entscheidet über die Zukunft des kirchlichen Gebäudebestandes? In Stuttgart zum Beispiel ist die Finanzierung und die Entscheidung über Investitionen in den Baubestand zwischen dem Referat Bauberatung im Oberkirchenrat, dem zuständigen Dekanat (einer Art Mittelinstanz zwischen Oberkirchenrat und Gemeinde) und den Gemeinden verteilt. Bei einer solchen Struktur, bei der die Gemeinden ein hohes Maß an Autonomie besitzen, ist ein Diskurs über Umnutzung oder gar Aufgabe von Kirchengebäuden innerhalb der kirchlichen Gremien zäh und schwierig. Die innerkirchlichen „Strukturen sind in vielen Jahrzehnten des stetigen Wachstums entstanden, aber bis heute in vielen Landeskirchen nicht so geklärt, dass in Zeiten radikaler Veränderungen Steuerung und Leitung effektiv erfolgen. Strukturelle Probleme behindern Transparenz und Realisierung von Einsparpotenzialen. [...] Unklar bleibt oft die Verteilung der Verantwortung.“<sup>7</sup> Dies behindert eine strategische Planung. Der innerkirchliche Diskurs entwickelt sich, verglichen mit dem Anwachsen des Problemdrucks, schleppend. Die Kirche neigt dazu, das Problem zu verdrängen und aufzuschieben. Sie und auch die Stadtgesellschaft sind nicht auf die Entscheidungen eingerichtet, von welchen Kirchengebäuden sich die Kirche trennen soll, welche weiteren Nutzungen sie darin unterbringen soll, welche Nutzungen der Würde des Raumes und der Symbolik des Gebäudes in der Stadt angemessen sind.

Welchen Weg haben die Kirchen bislang bei dem Thema beschritten? Zunächst werden gewöhnlich organisatorische Lösungen gesucht. Diskutiert werden dabei die so genannte „Regionalisierung“, eine Kooperation zwischen benachbarten Gemeinden, nicht notwendig verbunden mit der Aufgabe von Gebäuden, oder die „Fusion“ mit gemeinsamer Haushaltsplanung und Gebäudebewirtschaftung - oft gekoppelt mit dem Rückzug auf ein Zentrum.<sup>8</sup>

Um es an einem Beispiel aus den neuen Bundesländern zu verdeutlichen: In der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs wurden die Kirchengemeindebereiche in den vergangenen zehn Jahren erheblich vergrößert und die Zahl der kirch-

7 R. Schloz, Offenheit für neue Arrangements, in: Kunst und Kirche 3 (2004), S. 123; Siehe auch: E. Brennenstuhl, Der Nutzungswandel sakraler Räume und seine Bedeutung für die Stadtentwicklung. Diplomarbeit an der Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung 2002, S. 25 ff.

8 A. Reitz-Dinse / W. Grünberg: Kirche morgen. Ein Arbeitsbuch im Auftrag des Kirchenkreises Alt Hamburg, Leipzig 2003, S. 139 f.

lichen Mitarbeiter um etwa ein Drittel gesenkt.<sup>9</sup> Mehrere Kirchengemeinden vereinbarten neue Formen der Zusammenarbeit: Teils fahren die Pastoren und andere Mitarbeiter über Land, teils werden Angebote gebündelt. Die Mitarbeiter wohnen nicht an einem Ort, sondern in den verschiedenen Gemeinden, so dass sie dort Ansprechpartner für kirchliche Belange sind. Dieser Rückzug aus der Fläche betrifft im Allgemeinen nicht die Kirchengebäude: Es wurden zwar eine Reihe von Häusern, vor allem Pfarrhäuser, abgegeben, aber: „Wir brauchen die Kirchen als äußeres Zeichen, dass die Kirche da ist.“<sup>10</sup> Die Kirchengebäude werden also zunächst einfach seltener genutzt. Dies geschieht nicht nur in den östlichen, sondern auch in den westlichen Landesteilen.<sup>11</sup>

Der zweite Schritt ist die Nutzungsverdichtung bzw. die Aufgabe kirchlicher Gebäude, die keine sakrale Funktion haben. Dieser Schritt wird deshalb dringlich, weil ein großer Teil der Bestände aus den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg stammt – Gebäude, bei denen jetzt der Erneuerungsbedarf unabweisbar wird. Im Bistum Essen etwa müssen annähernd ein Drittel aller Kirchen, etwa 120, als Gottesdienst-Orte aufgegeben werden, da sie sich finanziell nicht mehr tragen. Von diesen wurden nur neun vor 1918 errichtet, 13 Kirchen datieren aus den Jahren 1918-35, etwa 25 aus den Jahren 1945-56. Die Hälfte der aufzugebenden Bauwerke stammt also aus der Zeit nach 1956.<sup>12</sup> Es sind gerade die Gebäude aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, die zur Disposition stehen. „Es geht also um nichts Geringeres, als um die sichtbare Hälfte unserer eigenen Geschichte.“<sup>13</sup>

### 3. Gemeinsame Haltung zu Umbau und Abriss

Die evangelische und die katholische Kirche haben zum Umgang mit überzähligen Bauten in vielen Punkten ähnliche Haltungen entwickelt. Die Deutsche Bischofskonferenz formulierte 2003 Entscheidungshilfen zur Umnutzung von Kirchen:<sup>14</sup> Kirchen seien in ihrer Wahrnehmung nach außen „Zeichen christlicher Geschichte und Gegenwart“, „Ankerpunkte individueller und kollektiver Identität“, „Orte eines Weges zu Spiritualität und Sinn“, die als historische und künstlerische Zeugnisse Relevanz über den kirchlichen Rahmen hinaus hätten. Die Grundsätze für eine Abwägung berücksichtigen kirchlich-liturgische, denkmalpflegerisch-kulturelle und baulich-nutzungstechnische Aspekte. Es gäbe Prioritäten: Erhalt durch Umnutzung vor Abbruch, Umnutzung vorrangig durch andere christliche Kirchen und kirchliche Ge-

9 A. Flade, Folgeprobleme des demografischen Wandels im ländlichen Raum. Überlegungen für künftige Strukturen der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs ([www.mv4you.de](http://www.mv4you.de)).

10 Ebd., S. 3.

11 Vgl. z.B. die Schilderung über die Hamburger Situation in: A. Reitz-Dinse / W. Grünberg (s. A 8), S. 139 f.

12 H. Fendrich, Die „weiteren Kirchen“, in: *Bauwelt* 5 (2006), S. 11.

13 Ebd., S. 11.

14 Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Arbeitshilfen: „Umnutzung von Kirchen“ Bonn, 24.09.2003, S. 12 f. ([www.dbk.de](http://www.dbk.de)).

meinschaften, sonst für kulturelle Aufgaben und erst nachrangig für kommerzielle Zwecke.

Die liturgische Nutzung solle sich gegebenenfalls in einen Teil des Kirchengebäudes (z.B. Chor, Kapelle) zurückziehen, die übrigen Flächen könne man vermieten oder verpachten. Schließlich komme der Teilabriss, der Verkauf und am Ende auch der Abriss in Frage. Um diesen zu vermeiden, wird alternativ eine Konservierung für eine „Bedenkzeit“ von 10 bis 15 Jahren empfohlen. Der Abriss wird erst als „ultima ratio“ in Betracht gezogen. „Eine kultische Nutzung durch nichtchristliche Religionsgemeinschaften (z.B. Islam, Buddhismus, Sekten) ist – wegen der Symbolwirkung einer solchen Maßnahme nicht möglich. Dies geschieht mit Rücksicht auf die religiösen Gefühle der katholischen Gläubigen.“<sup>15</sup> Die Haltung der evangelischen Kirche ist in vieler Hinsicht ähnlich:

- Immobilienverkauf von „außen nach innen“: Ist der Erhalt von Kirchen bedroht, „sollen zunächst unkenntliche Büroräume, überzählige Gemeinderäume [...] aufgegeben werden, um dafür die Kirchengebäude umso deutlicher zu besetzen und mit Leben zu erfüllen. Die kirchliche Arbeit gehört in Kirchenräume, die [...] mit ihrer Qualität und ihrem Symbolwert für die Kirche und ihre Aufgaben stehen“.<sup>16</sup>
- Kirchenumnutzung vor Kirchenverkauf: Die Nutzungen von Kirchengebäuden sollten erweitert und intensiviert, insbesondere für kulturelle Veranstaltungen geöffnet werden.
- Verträgliche Fremdnutzung vor beliebiger Fremdnutzung: Wenn die Kirche im Einzelfall nicht zu halten ist, muss die Möglichkeit einer „Stilllegung“ erwogen werden.
- Abbruch der Kirchen vor imageschädigender Fremdnutzung:<sup>17</sup> Inzwischen gibt es bereits Leitfäden, die Gemeinden bei der Vorbereitung von Umnutzung ihrer Kirchengebäude unterstützen sollen.<sup>18</sup>

Die Vorstellung, in den Kirchengebäuden weitere kirchliche, kulturelle oder soziale Nutzungen unterzubringen, mag in Einzelfällen realistisch sein. Die schiere Menge überzähliger Kirchen wird jedoch immer öfter zu Lösungen zwingen, die eigentlich nicht gewollt sind. Dafür sprechen Erfahrungen aus Österreich: Von 71 überwiegend bereits im 18. und 19. Jahrhundert profanierten Kirchen wird heute nur etwa ein Drittel kulturell genutzt, die übrigen für Wohnen, Lager, Gewerbe oder öffentliche Nutzungen. 5% der Gebäude stehen leer.<sup>19</sup>

15 Ebda., S. 20, vgl. *W. Huber*, Kirche als Zeichen in der Zeit – kulturelles Erbe und Sinnvermittlung für das 21. Jahrhundert in: *H. Adolphsen / A. Nohr* (s. A 1), S. 43.

16 Maulbronner Mandat vom 1.10.2005 (s. A 1), S. 5.

17 Zusammenfassung der Regeln der EKD von Wolfgang Huber 2004; *W. Huber* (s. A 15), S. 42 f.

18 *R. Miermeister / U. Moggert-Seils / K.H. Schanzmann / H. Schröter*, Kirchen umbauen – neu nutzen – umwidmen, Bielefeld 2004; (vgl. auch [www.ekvw.de/service/dokumente](http://www.ekvw.de/service/dokumente)).

19 *J. Wehdorn*, Kirchenbauten profan genutzt, Innsbruck 2006, S. 29 f.

Selbst wenn passende Nutzungen gefunden werden, eignen sich nicht alle Kirchengebäude für den Einbau etwa von Gemeindesälen oder Kindergärten. So kann durch das Einziehen von Zwischendecken die Wirkung eines Kirchenraumes empfindlich gestört werden: Alte Kirchen verlieren ihre Atmosphäre, ihre Großzügigkeit, ihre Sakralität. Darüber hinaus müssen gerade Einbauten in denkmalgeschützte Kirchen reversibel ausgeführt werden, wodurch die Umnutzung unwirtschaftlich werden kann.<sup>20</sup> Einige Kirchenbau-Typen der Nachkriegsmoderne, insbesondere diejenigen, die Kerstin Wittmann-Englert unter dem Oberbegriff „Schiff/Arche“ und „Zelt“ zusammenfasst, sind für diese Form des Umbaus denkbar ungeeignet.<sup>21</sup> Besser eignet sich der Typ „Wohnung“, also Kirchen, die in den 1960er und 70er Jahren errichtet wurden: vielfach im Stile eines Gemeindezentrums und ohne Glockenturm. Paradoxerweise sind die Kirchen dieses Typs häufig diejenigen, die am ehesten aufgegeben werden – eben weil sie als sakraler Raum und als Zeichen in der Stadt so wenig erkennbar sind.

#### 4. Mögliche und unmögliche Umnutzungen

Wie können also geeignete Lösungen für die überzähligen Kirchen gefunden werden? Um diese Frage geht es bei vielen Tagungen, Veröffentlichungen, Gesprächsrunden und Kongressen, die von Kirchen, zunehmend aber auch von Architekten und Hochschulen organisiert werden.<sup>22</sup> Die Diskussionen kreisen vor allem um zwei Fragen: Welche Nutzungen sind mit der Würde des Ortes vereinbar? Sollten nicht genutzte Kirchengebäude eher abgerissen als fremd genutzt werden?

Wie weit darf eine Öffnung für andere Nutzungen gehen? Welche kulturellen Nutzungen sind akzeptabel? Musik, Theater, Stadtteilkultur, Friedenswochen? Wie weit sind kommerzielle Nutzungen möglich, also Kongresse, Events, Techno-Parties, Dessous-Modenschauen? Muss der Kirchenbau ein „Ander-Ort“ sein, eine Heterotopie, die sich von der Menge der gewöhnlichen Zeichen abhebt? Führen multifunktionale Dienstleistungszentren und Offenheit für neue Arrangements nicht zur Anbiederung?<sup>23</sup> Oder ist umgekehrt die „Selbstsäkularisierung der Kirche“, die „Öffnung gegenüber der Alltagskultur und dem Kommerz sowie die schleichende Preisgabe religiöser In-

20 So z.B. der Einbau von Wohnungen in einer Kirche in Berlin Spandau, vgl. *H. Schwebel / M. Ludwig* (Hrsg.), *Kirchen in der Stadt – Beispiele und Modelle*. Marburg 1996, S. 93 ff.

21 *K. Wittmann-Englert*, *Zelt, Schiff und Wohnung – Kirchenbauten der Nachkriegsmoderne*, Lindenberg 2006.

22 Stellvertretend für viele andere: *Evangelische Akademie Arnoldshain*, *Die Kirchbauten der 50er Jahre ungeliebt – lästig – überflüssig?*, Tagung 2006; Symposium der Architektenkammer Rheinland Pfalz zum Kirchenbau am 14. November 2006 in Vallendar: *Altlast Kirche – Die Kirche als Immobilie; Bund Deutscher Architekten in NRW*, *Kirchen in der Stadt erben erhalten nutzen, Veranstaltungen und Ausstellung im November 2006*; *N. Nille*, *Umbau mit Seele*, in: *Deutsches Architektenblatt* 12 (2007), S. 10 ff.

23 *K. Leydecker*, *Ein' feste Burg ist unser Gott. Der Kirchenraum als Ort für Transzendenz, Verwandlung und Gemeinschaft*, in: *H. Adolphsen / A. Nohr* (s. A 1), S. 55 f.

halte [...] nur ein Reflex einer Kirche, die ihre Hegemonialstellung als Sinnanbieterin in der Moderne verloren hat?“<sup>24</sup>

Der zweite Diskussionsstrang der vergangenen Jahre behandelt die Frage, ob im Einzelfall Kirchengebäude, „ehe sie einer beliebigen oder gar sinnentstellenden Fremdnutzung unterworfen würden, um der Lesbarkeit der Kirchen willen lieber abgerissen werden sollten“ – wie es für die evangelische Kirche 2006 im Entwurf zum Maulbronner Mandat zunächst vorgeschlagen, später aber wieder aus dem Text herausgenommen worden ist.<sup>25</sup> Einig ist man sich, dass sie eher stillgelegt oder eingemottet als abgerissen werden sollen. Was aber, wenn bereits die schlichte Sicherung des Gebäudes vor dem Verfall erhebliche Kosten verursacht?<sup>26</sup>

Sollen Kirchen zu Gaststätten umgebaut werden, wie auch in Deutschland bereits geschehen, bzw. zu Supermärkten und ähnlichen Nutzungen wie in den Niederlanden und in England? Wie ist eine Nutzung als Kletterzentrum, als Sporthalle oder Büro in einem ehemaligen Kirchengebäude zu beurteilen?<sup>27</sup>

Sehr problematisch wird die Nutzung durch nicht-christliche Religionsgemeinschaften gesehen. Wieweit aber die von beiden Konfessionen proklamierte Haltung tatsächlich durchzuhalten ist, Kirchengebäude auf keinen Fall an islamische Gemeinden abzugeben, die gleichzeitig dringenden Bedarf nach derartigen Räumen haben, bleibt abzuwarten. Politisch wird diese Frage bereits in den Raum gestellt: Die Hamburger Kultursenatorin äußerte kürzlich in einem Interview die Meinung, ehe man ein kulturhistorisch wertvolles Kirchengebäude abreißt, würde sie es lieber an eine islamische Gemeinde abgeben.<sup>28</sup>

## 5. Bedeutung städtebaulicher Aspekte

Über Konzepte für überzählige Kirchen müssen die Zuständigen in Gemeinden, Kirchenkreisen, Diözesen und Bauämtern Nutzungskonzepte und räumliche Konzepte für Modernisierung und Umbau miteinander verknüpfen. Sie müssen Fragen nach der symbolischen Bedeutung der Kirchengebäude, nach der Trägerschaft sowie der Finanzierung einbeziehen. Damit ergibt sich ein komplexes Entscheidungsgeflecht. Bei dieser Diskussion kommt städtebaulichen Aspekten bislang nicht die Bedeutung zu, die sie verdient hätten.

24 F. Brandt-Hinrichs, Kirche – wirklich ein heiliger Raum? in: F. Brandt-Hinrichs / A. Reitz-Dinse / W. Grünberg (Hrsg.), Räume riskieren – Reflexion, Gestaltung und Theorie in evangelischer Perspektive, Schenefeld 2003, S. 186.

25 A. Nohr, Der Stuttgarter Kirchbautag und das „Maulbronner Mandat“, in: H. Adolphsen / A. Nohr (s. A 1), S. 13.

26 H. Schwebel / M. Ludwig (s. A 20), S. 93 f.

27 Diese und zahlreiche weitere Beispiele sind u.a. dokumentiert in: Bauwelt 5 (2006), Kunst und Kirche 3 (2004), sowie in J. Wehdorn (s. A 19) und E. Brennenstuhl (s. A 7).

28 Interview in: Die Nordelbische. Wochenzeitung für Gemeinde und Gesellschaft 9 (2008).

Zwar wird dieser Anspruch in beiden Konfessionen postuliert: Kirchen hätten eine besondere Wirkung auf die Stadt: „Eine Kirche ist nicht irgendein Gebäude, sie ist orientierende Landmarke, architektonischer Akzent in unseren Städten und Dörfern.“<sup>29</sup> Für eine Abwägung zur zukünftigen Nutzung sollen neben vielen anderen Angaben auch solche „zum Grundstück nach Lage, Größe, baulichem Zustand, Annexbauten und städtebaulicher Anbindung“ und zur „Bedeutung des Kirchengebäudes im städtischen und regionalen Kontext“ erhoben werden.<sup>30</sup> Die Einbindung von Kirchen in den städtebaulichen Zusammenhang des Quartiers und der Gemeinde taucht zwar in Kriterienkatalogen auf, wird aber nur selten systematisch untersucht. Der Dialog zwischen den für Kirchenbau und den für Stadtplanung Zuständigen ist eher unüblich, jedenfalls nicht problemadäquat. Für eine solche ergänzende systematische Betrachtung spricht:

1. Den Kirchen können in den Quartieren neue Aufgaben zuwachsen. Denn die Quartierszentren haben in den letzten zehn bis zwanzig Jahren eine Reihe von Funktionen verloren: Gasthaus, Laden, Bäcker, Post, Bank und Friseur. Verantwortlich dafür sind die sinkende Bevölkerungsdichte und die Verringerung der Mantelbevölkerung sowie der vom Automobil geprägte Lebensstil. Die Kirche kann im Quartier – ähnlich wie die Schule – an Bedeutung gewinnen, gerade weil sich so viele andere Einrichtungen zurückziehen.

2. Die Beteiligung der Öffentlichkeit – auch der nicht konfessionell aktiven oder gebundenen – empfiehlt sich aus dem schlichten Grund, dass Kirchengebäude für die Stadtteil-Identität eine größere Rolle spielen, als es die Beteiligten vermutet hätten. „Fast überall, wo eine Verkleinerung oder Schließung von Kirchenbauten erwogen wird, kommt es zu Protesten. Offenbar entwickelt die Kirchenarchitektur selbst in säkularisierten Zeiten eine erstaunliche Bindekraft.“<sup>31</sup> Kirchen sind im doppelten Sinne Identitätsstifter. Sie sind einerseits Orientierungspunkte im Stadtteil: Sie prägen ihn mit ihrer unverwechselbaren Gestalt, und sie haben weiterhin als Ort für Menschen eine wichtige Bedeutung. Denn sie sind Orte für Schwellenrituale: vom Einschulungsgottesdienst bis zu Taufe, Hochzeit und Beerdigung und damit auch Teil ihrer ganz persönlichen Biografie. Damit hängt vermutlich der Protest auch kirchenferner Kreise zusammen, der überall zu beobachten ist, wo eine Kirche abgerissen werden soll.

29 Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (s. A 14), S. 22.

30 *Ebda.*, S. 22.

31 H. Rauterberg, Shrinking Churches, in: D. Meyhöfer / U. Schwarz (Hrsg.), Architektur in Hamburg, Jahrbuch 2005, S. 199; vgl. auch stellvertretend für zahlreiche Debatten: Stuttgarter Zeitung, 28.07.2006: Kirche auf dem Frauenkopf bleibt stehen. Bischof spricht sich für die Stilllegung, aber gegen den Abbruch des Gotteshauses aus; Stuttgarter Zeitung, 11.02.2006: Dieser Beschluss muss zwingend revidiert werden. Versammlung der Paul-Gerhardt-Gemeinde – Empörung über den möglichen Verkauf von Gebäuden.

## 6. Vorhandene Untersuchungen und ihre Lücken

Kirchliche, baugeschichtliche und planungspolitische Veröffentlichungen beleuchten das Verhältnis von Kirche und Quartier selten: Kunst- und baugeschichtliche Monografien und Veröffentlichungen über Kirchenbau geben wenig Auskunft über die Lage der Kirchen im Quartier. Sie betrachten in den allermeisten Fällen die Kirchengebäude vorzugsweise in ihrer inneren Form und Organisation.<sup>32</sup> Wenn Kirchen in ihrem äußeren Erscheinungsbild dokumentiert werden, dann sind sie meist so fotografiert, dass möglichst wenig von der umgebenden Stadt zu sehen ist. Vielfach wirken sie auf den Fotos, als stünden sie frei in der Landschaft. Allenfalls werden Aspekte der Wirkung in den Stadtraum hinein im Text aufgegriffen,<sup>33</sup> aber kaum auf Fotos oder Lageplänen zum städtebaulichen Kontext dokumentiert.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die eben erschienene historische Untersuchung von Stephan Goertz<sup>34</sup> über Berliner Kirchen in Wilhelminischer Zeit: Er entwickelt eine Typologie für die 66 Kirchen dieser Zeit nach stadträumlicher Bedeutung und unterscheidet Platzkirchen, Eckkirchen, Sichtachsenkirchen und Blockkirchen. In dieser Arbeit wird detailliert auf den gesellschaftlichen Hintergrund des Kirchenbaus eingegangen, z.B. auf obrigkeitliche Regelungen für die Integration von Kirchengebäuden in die Blockrandbebauung außerhalb der für sie vorgesehenen Platzanlagen.

Monografien von Architekten streifen allenfalls das Thema der Einbindung der Kirchen ins Quartier. So zitiert Ulrich Pantle in seiner Dissertation über Kirchbau nach dem Zweiten Weltkrieg den stadtplanerischen Diskurs über die Frage, welchen Stellenwert Kirchen beim Wiederaufbau der Städte zu spielen haben: Hier habe es unterschiedliche Haltungen gegeben, die sich auch bei der Einbettung von Nachkriegskirchen in die neuen oder neu aufgebauten Stadtteile widerspiegeln: Einerseits sollten sich Kirchen bescheiden, als disponible Baukörper in die Grünflächen der gegliederten und aufgelockerten Stadt zurückziehen.<sup>35</sup> In bewusstem Gegensatz dazu wollte etwa der Architekt und Stadtplaner Karl Gruber einen „heiligen Bezirk“ in die Stadt integrieren und die Kirchen städtebaulich zur Geltung bringen.<sup>36</sup> Insgesamt besteht zur Geschichte der städtebaulichen Einbindung von Kirchen in Stadtteile eine Forschungslücke.

Die evangelischen Kirchbautage nahmen 1968 Bezug auf das Thema Kirche und Quartier: Es wurde erörtert, ob Kirchtürme und Glocken noch zeitgemäß seien. In einer Resolution hieß es, dass in Zukunft statt Sakralbauten einfache Versammlungsräume errichtet werden sollten – eine Haltung, die bereits nach wenigen Jahren revidiert

32 Z.B. W.J. Stock, *Europäischer Kirchenbau 1900-1950*, München 2002 und *ders*, *Architekturführer. Christliche Sakralbauten in Europa seit 1950*, München 2004; dies trifft sogar für den Ausstellungskatalog *Kulturbehörde / Denkmalschutzamt Hamburg* (s. A 4) zu.

33 So bei K. Wittmann-Englert (s. A 21).

34 S. Goetz, *Kirchen für Berlin. Der Wilhelminische Bauboom*, Berlin 2008.

35 U. Pantle, *Leitbild Reduktion*, Beiträge zum Kirchbau in Deutschland von 1945-1950, 2005, S. 103.

36 *Ebda.*, S. 104.

wurde.<sup>37</sup> Ähnlich wie die kunstgeschichtlichen Diskurse behandelten die Kirchbautage eher Fragen der Innenräume. Mit „Kirchen in der Stadt“ befasste sich 1996 eine Veröffentlichung des Kirchbauinstituts. Sie stellte Umnutzungen und Umgestaltungen von Kirchengebäuden für unterschiedliche Zwecke dar.<sup>38</sup> Unter der Überschrift „Städtebauliches Umfeld und sozialer Kontext“ werden für die untersuchten Kirchen die Bau- und Sozialgeschichte des umgebenden Stadtteils skizziert, aber nur im Einzelfall die Lage im Stadtraum und im Quartier. Zeichnerische Analysen sind nicht vorhanden.

Ein gutes Beispiel für eine Untersuchung zur Aufgabe von Kirchenstandorten ist die Studie für den Stadtteil Hamburg-Hamm.<sup>39</sup> Hier wird für die fünf Kirchengebäude die Einbindung in die räumlichen Stadtteilstrukturen, in die sozialstrukturelle Entwicklung sowie in das Nutzungsgefüge untersucht und in Plänen und Tabellen dargestellt. Hinsichtlich der städtebaulichen Rahmenbedingungen ist die Studie ähnlich wie eine vorbereitende Untersuchung für ein Sanierungsgebiet aufgebaut. In Expertengesprächen werden die lokale Bindung der Gemeindemitglieder zu den fünf Kirchen, die Geschichte der Kirchengemeinden und die möglichen Perspektiven erörtert. Bewusst haben bei dieser Studie Theologen und Stadtplaner zusammen gearbeitet. Dabei wollten sich die Autoren von einer betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise abgrenzen, bei der sich die Kirche als Unternehmen beraten lässt.<sup>40</sup> Sie entwickelten aus der umfassenden Analyse der Situation im Stadtteil Vorschläge für den Erhalt von zwei sog. Quartierskirchen, einer Geest- und einer Marschkirche (vgl. Abb. 1)

Eine politische Initiative zur Thematisierung der „Situation der Kirchengebäude“ stammt aktuell aus Hamburg: Unter dieser Überschrift formuliert eine Bürgerschaftsdrucksache Vorstellungen zur Zusammenarbeit von Kirche und Stadt: Zwar sei die Stadt nicht unmittelbar für den Erhalt ungenutzter Kirchen verantwortlich, aber „ungeregelte Abbrüche von Kirchendenkmälern“ könnten zu einem „schweren Imageverlust für die Stadt“ führen.<sup>41</sup> Die Stadt bietet daher an, gemeinsam mit den Kirchen zu prüfen, ob stadtteilbezogene und soziale Aufgaben in den Gebäuden untergebracht werden können. Entlastungs- und Fördermöglichkeiten werden gesucht, z.B. durch eine intensivere Ausnutzung/Nachverdichtung von Grundstücken, um mit den Erlösen die Erhaltung kirchlicher Objekte zu finanzieren.<sup>42</sup>

Schließlich werden eine Prioritätenbildung und ein Blick über die kirchlichen Belange sowie über die Grenzen der einzelnen Kirchenkreise hinaus angemahnt: Die Kir-

37 R. Bürgel / A. Nohr, Spuren hinterlassen... 25 Kirchbautage seit 1946, Hamburg 2005, S. 274 ff.

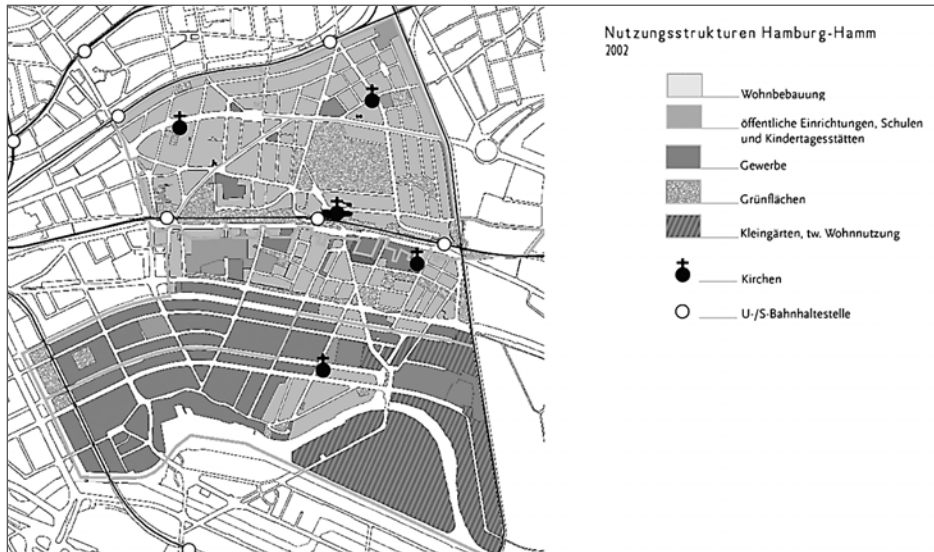
38 H. Schwebel / H.M. Ludwig (s. A 20).

39 A. Reitz-Dinse / W. Grünberg, Kirche Morgen, Expertise der Arbeitsstelle Kirche und Stadt in Zusammenarbeit mit D. Schubert, B. Connert und W. Tuch, Leipzig 2003.

40 Ebd., S. 23.

41 Bürgerschaftsdrucksache der FHH 18/7660 vom 08.01.2008, S. 3.

42 Ebd. Diese an sich nahe liegende Möglichkeit ist in keiner anderen Diskussion erwähnt. Möglich, dass die Idee in Hamburg auftaucht, weil im Kirchenkreis Alt Hamburg eine größere Zahl von Kirchen auf stadteigenen Grundstücken steht.



**Abb. 1:** Nutzungsstrukturen Hamburg Hamm. Kirchen im Kontext von Wohnungsbau, öffentlichen Einrichtungen, Grün, Gewerbe und wichtigen Verkehrslinien; aus: A. Reitz-Dinse / W. Grünberg (s. A 39), S. 73.

che möge „einen Masterplan für das Hamburgische Stadtgebiet entwickeln, in dem für die mittel- bis langfristig nicht mehr benötigten Kirchen unter Berücksichtigung gemeindlicher Bedürfnisse und denkmalpflegerischer Aspekte geeignete Nutzungs- und Verwertungsvorschläge enthalten sind“.<sup>43</sup>

Einen Schritt weiter ist die Evangelische Stadtakademie Bochum gegangen, als sie 2002 eine Projektgruppe ins Leben rief: In Zusammenarbeit mit dem landeskirchlichen Bauamt, dem Katholischen Forum Bochum, dem Bauamt des Bistums Essen, dem Stadtbaurat der Stadt Bochum sowie dem Fachbereich Architektur der Fachhochschule Bochum wurden beispielhaft praktische Konzepte entwickelt, der bisherige Erfahrungsstand dokumentiert sowie Veranstaltungen organisiert, um die Gemeinden für die Nutzungserweiterung von Kirchen zu qualifizieren.<sup>44</sup>

## 7. Drei Perspektiven

Wie oft bei neuen Themen setzen sich studentische Arbeiten mit dem Thema auseinander. Dazu sollen drei Perspektiven vorgestellt werden: eine raumplanerische, eine Kooperation von Architektur- und Theologiestudenten sowie eine konkret städtebauliche:

<sup>43</sup> Ebda., S. 4.

<sup>44</sup> E. Brennenstuhl: Der Nutzungswandel sakraler Räume und seine Bedeutung für die Stadtentwicklung, in: Begleitheft zu einer Wanderausstellung zur erweiterten Nutzung von Kirchen, Bochum 2006.

Als angehende Raumplanerin hat sich Elke Brennenstuhl in ihrer Diplomarbeit<sup>45</sup> mit den Potenzialen von umzunutzenden Kirchen für die Stadtentwicklung beschäftigt: Anhand deutscher und englischer Fallbeispiele untersucht sie unterschiedliche mögliche Nutzungen und bewertet jeweils psychologische/ soziale, wirtschaftliche, ökologische, bauliche/städtebauliche, organisatorische/rechtliche Aspekte sowie Kommunikation und Kooperation. Wie bei anderen Revitalisierungs- und Umnutzungsvorhaben auch müsse das stadträumliche Umfeld der Kirche berücksichtigt werden. Sie bewertet die vorgestellten Beispiele danach, inwieweit sie das Quartier sinnvoll ergänzen oder sogar stabilisieren. Auf diesem Hintergrund plädiert sie gegen vorschnelle Eingrenzungen auf bestimmte Nutzungen für Kirchengebäude. Multifunktionale, gemeinnützige und öffentliche Nutzungen seien nicht unbedingt monofunktionalen, kommerziellen und privaten vorzuziehen, wie es oft behauptet werde. Wichtiger seien maßgeschneiderte Einzelfall-Lösungen.

Sie empfiehlt eine strategische Herangehensweise an die Umnutzung von Kirchen. Es sei wichtig, die beteiligten Akteure zu koordinieren und die Stadtöffentlichkeit zu beteiligen. Für beides seien die Erfahrungen von Stadtplanern unverzichtbar, man könne dies von einzelnen Kirchengemeinden nicht erwarten. Die Verantwortlichen seien sich der Bedeutung dieser Frage nicht bewusst, Art und Umfang der Aufgabe würden unterschätzt. Sie schlägt daher vor, den innerkirchlichen horizontalen und vertikalen Erfahrungsaustausch zu verbessern. Auch die Kommunen sollten den Dialog mit den Kirchen suchen und die gesamtstädtische Bedeutung des Nutzungswandels von Kirchen verdeutlichen.

Die gemeinsame Auseinandersetzung von Theologie- und Architekturstudenten mit einer großen Kirche in einem Gründerzeitviertel Stuttgarts wird in dem Buch „modellfallmatthäus“<sup>46</sup> dokumentiert. Ein Vorschlag schafft eine neue Beziehung zwischen dem Innen- und Außenraum: ein neu eingebauter Jugendraum im Obergeschoss erhält durch die Verglasung einer bislang geschlossenen Rosette ein neues großes Fenster. Damit wird wie durch ein Sprachrohr ein Signal in den Stadtteil gegeben und das Leben innerhalb der Kirche nach Außen sichtbar gemacht (vgl. Abb. 2).<sup>47</sup>

Andere Gruppen schlagen vor, den Kirchenraum mindestens teilweise flexibel zu bestuhlen und den Haupteingang der Kirche zum Schöttle-Platz hin zu verlegen, der im Zuge der Stadtsanierung zum eigentlichen Quartiersplatz ausgebaut worden ist. Die Reorganisation im Kircheninnern und eine neue Beziehung des Gebäudes zum Quartier ergänzen sich.<sup>48</sup> Die Neuerungen wurden im Verlaufe des Projektes in der Gemeinde praktisch erprobt.

45 E. Brennenstuhl (s. A 7).

46 D. Bayer / T. Erne / U. Gräf / A. Lempelius: modellfallmatthäus. dem Glauben Raum geben – neue Wege im Umgang mit sakralen Räumen, Hamburg 2006.

47 Ebda., S. 68 ff.

48 Ebda., S. 66 und S. 98.

**Abb. 2:**

Die Kirche soll neue Signale auf den Platz senden: das neue Fenster in der Rosette verbindet zwischen Innen und Außen, zwischen Transparentem und Profanem; Fotomontage aus: D. Bayer/T. Erne u.a. (s. A 46), S. 66.



In einer städtebaulichen Diplomarbeit an der Universität Karlsruhe setzt sich Heide Ulrike Schulz<sup>49</sup> mit drei Kirchengebäuden im gründerzeitlichen Stuttgarter Westen auseinander, von denen zwei umgenutzt werden sollen. Sie stellt aus städtebaulicher Sicht Überlegungen an, welche sich am ehesten für neue Nutzungen eignen. Schulz schildert die stadträumliche Einbindung der Kirchen, analysiert die Bedürfnisse des Stadtteils und entwickelt jeweils individuelle Vorschläge zur Nutzung und Gestaltung. Sie schlägt z.B. vor, die Johanniskirche als Kirche beizubehalten und ihre Freiräume zu inszenieren, als Übergangszone zwischen Kirche und öffentlichem Raum zu entwickeln und zum Stadtteil hin mit einer Seebühne zu öffnen (vgl. Abb. 3, 4 und 5).

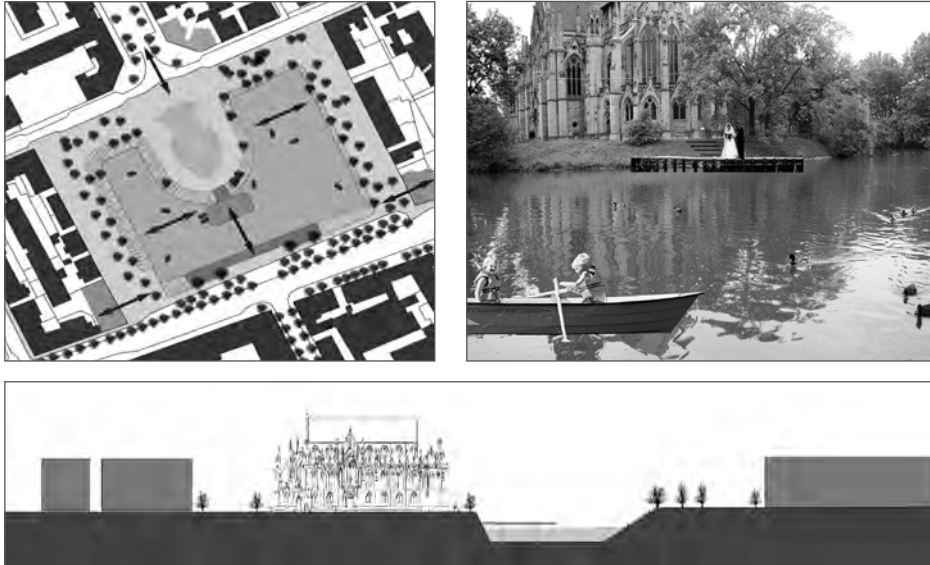
Für die Pauluskirche entwickelt sie ein Konzept mit einem neuen öffentlichen Platz an der Spitze des Grundstücks, der in dem dicht bebauten Stuttgarter Westen eine Kette von öffentlichen Räumen durch den Stadtteil komplettiert. Sie schlägt vor, den Turm abzureißen, das Kirchengebäude in zwei Geschosse zu unterteilen und als großes Kinderhaus zu nutzen: mit Schülerbetreuung im Obergeschoss, Mensa im Erdgeschoß und Kindergarten im Gartengeschoss. Durch die Erschließung am Hang kann sie differenzierte Zugänge und Adressen schaffen (vgl. Abb. 6, 7).

## 8. Anregungen

Welche Anregungen lassen sich aus diesen Beispielen mitnehmen? Welche zusätzlichen Perspektiven ergeben sich für Entscheider in den Kirchen und in den Städten, wenn sie die städtebauliche Sicht in ihre Erwägungen einbeziehen?

Grundsätzlich bietet die Betrachtung einer Liegenschaft aus der Sicht des umgebenden Quartiers zwei Chancen: Es lassen sich daraus Nutzungsoptionen entwickeln

49 H.U. Schulz: Zukunftsplanung für evangelische Kirchengebäude unter Berücksichtigung ihrer städtebaulichen Einbindung. Das Beispiel Stuttgart West, Diplomarbeit an der Architektur fakultät der Universität Karlsruhe, 2007.

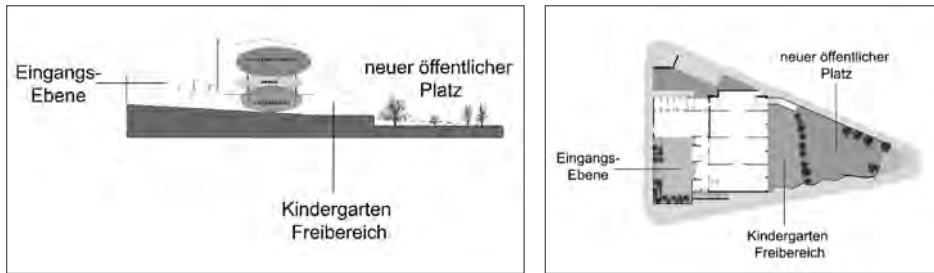


**Abb. 3, 4, 5:** Ideen für die Johanneskirche in Stuttgart, die an drei Seiten vom Feuersee umgeben wird: Aktivierung der Flächen am Wasser und Öffnung zum Freiraum, neuer Steg. Darstellung in Grundriss, Schnitt und Fotomontage, aus: *H.U. Schulz* (s. A 49).

und diese Betrachtung ist am Gemeinwohl orientiert – nicht an einer Optimierung des Erlöses durch den Verkauf oder die Vermietung einer Liegenschaft (was eine wirtschaftliche Nutzung jedoch nicht ausschließt).<sup>50</sup> Im Einzelnen ergeben sich Anregungen auf der räumlichen, der zeitlichen und der sachlichen Ebene:

1. Kirchen der Gesamtstadt im Kontext betrachten: Die gesamtstädtische Abwägung bietet mehr Chancen zur Abwägung und Prioritätenbildung. Es lassen sich Pakete schnüren, es lassen sich Maßnahmen quer finanzieren.
2. Den Blick auf das Quartier ausdehnen: Wie sind die Kirchengebäude kleinräumig und großräumig ins Quartier eingebunden? Von wo sind sie sichtbar? Wie repräsentativ sind sie? Wie sind sie vom Straßenraum her zugänglich? Wie sind öffentliche oder kirchliche Freiflächen dem Gebäude zugeordnet? Wie ist die Versorgung mit Stellplätzen, die Erschließung mit ÖPNV, die Lage zu zentralen Versorgungseinrichtungen im Quartier? Gibt es ggf. Verdichtungsmöglichkeiten? Eine solche systematische Standortanalyse sollte Entscheidungen über die Zukunft von Kirchen-

<sup>50</sup> Der Dialog mit Immobilienspezialisten wird derzeit von der Kirche offenbar häufiger gesucht als der zur Stadtplanung. So gab es in einem Seminarangebot des vhw am 12.11.2007 in Köln: „Kirchliche Immobilien auf dem Prüfstand: Umnutzung – Vermarktung – Projektentwicklung“, in dem es um Fragen der Umnutzung, Mehrfachnutzung und immobilienwirtschaftlichen Verwertung von (Sakral-) Gebäuden ging, Kirchenvertreter und Immobilienspezialisten als Referenten, aber keinen Stadtplaner.



**Abb.: 6,7:** Ideen für die Umnutzung der Pauluskirche in Stuttgart: öffentlicher Platz im dicht bebauten Quartier als Teil einer Platzabfolge. Nach Abbruch des Kirchturms: Kinderhaus mit differenzierten Zugängen zu den Freibereichen auf den unterschiedlichen Ebenen, aus: *H.U. Schulz* (s. A 49).

gebäuden untermauern. Das Nachdenken über die Kirchen in der Stadt kann auch dazu führen, dass die beibehaltenen Kirchenstandorte besser in den Stadtraum und ins Quartier eingebunden werden und ungenutzte Chancen entdeckt werden.

3. Weitere Beteiligte, weitere Sichtweisen systematisch einbeziehen: Nutzungsmöglichkeiten sollten im Dialog mit dem Quartier entwickelt werden. Aus dem Gespräch mit Bürgern, Unternehmen und Vereinen können sich neue Perspektiven ergeben. Es ist verwunderlich, dass der Dialog der beiden großen Konfessionen untereinander noch nicht so weit fortgeschritten ist. Denn sie sind von zurückgehenden Mitgliederzahlen in aller Regel ähnlich betroffen. Ein gemeinsamer Diskurs über die Zukunft ihrer Kirchengebäude wäre nahe liegend.
4. Dem Prozess Zeit lassen: Gerade wenn man kulturelle oder sonstige gemeinschaftsorientierte Nutzungen für Kirchen sucht, brauchen tragfähige Konzepte Zeit, um zu reifen.<sup>51</sup> Selbst wenn man sich dabei zukünftig Umwege ersparen kann,<sup>52</sup> weil man auf gelungene Vorbilder zurückgreifen kann, wird dies kein Routinevorgang werden. Es werden individuelle, maßgeschneiderte, auf den jeweiligen Ort und seine Akteure zugeschnittene Lösungen gefunden werden müssen. Wenn dies nicht geschieht und wenn zu lange gewartet wird, dann steht zu befürchten, dass „Lösungen“ gefunden werden, die weder der Kirche noch dem Quartier gut tun. Je früher und entschiedener daher solche Prozesse aktiv eingeleitet werden, desto größer sind die Chancen, diesen Wandel aktiv und zukunftsorientiert zu gestalten.

51 Dies bestätigt sich im Übrigen auch durch Erfahrungen mit der Umnutzung anderer öffentlichkeitsoientierter Gebäude, z.B. von Empfangsgebäuden von Bahnhöfen in kleinen Gemeinden, die heute vielfach nicht mehr benötigt werden und für die dann neue Nutzungen gesucht werden müssen.

52 Wie z.B. die Entwicklung eines Konzeptes der Passionskirchengemeinde in Berlin Kreuzberg aus einer Gemeinwesenarbeit und offenen Jugendarbeit, die im Kiez bereits in den 1970er Jahren begann. Daraus entwickelte sich dann in den 1990er Jahren das Konzept für den Umbau der Kirche nicht nur für Gottesdienste, sondern vor allem für multikulturelle Stadtteilarbeit; vgl. *H. Schwebel / M. Ludwig* (s. A 20), S. 14.

Karin Berkemann

## **„Der Stadt bestes“ Wiederentdeckung der Stadtteilkirchen des 19. und 20. Jahrhunderts**

### **Einführung**

„Oft stehen Kirchen mitten im Ort. Dort gehören sie auch hin, weil die christliche Gemeinde in der Mitte der Gesellschaft ihren Ort hat. [...] Kirchen gehören zur Silhouette eines Dorfes, einer Stadt“.<sup>1</sup> So würdigte die Leipziger Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 2003 die Bedeutung ihrer Bauten. Unter dem Jeremia-Wort „Suchet der Stadt Bestes...“ leitete sie aus der herausgehobenen städtebaulichen Lage einer Kirche deren besondere gesellschaftliche Stellung ab. Doch wie steht es dann, abseits der zentralen gotischen Kathedralen und barocken Dome, mit den historistischen und modernen Stadtteil-Kirchen?

Gerade die Kirchen des 19. und 20. Jahrhunderts jenseits der Innenstädte schreiben aktuell – angesichts schwindender Finanz- und Mitgliederstärke der beiden großen christlichen Konfessionen – negative Schlagzeilen, sind zunehmend von Aufgabe bedroht oder betroffen.<sup>2</sup> Ausgehend von der jüngeren Fach-Diskussion fragt der folgende Beitrag daher nach Wegen der Wiederentdeckung und Erhaltung historistischer wie moderner Stadtteil-Kirchen. Möglichkeiten und Chancen einer raumwahrnehmenden Kirchen-Erschließung beleuchten vier ausgewählte Bauten,<sup>3</sup> die einen Bogen vom frühen 19. bis ins späte 20. Jahrhundert, von gemeindlicher Sondernutzung über touristische und kulturelle Öffnung zum sozialen Stadtteil-Zentrum schlagen.

1 Kundgebung der 10. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 1. Tagung zum Sachthema „Der Seele Raum geben – Kirchen als Orte der Besinnung und Ermutigung“, in: Der Seele Raum geben. Kirchen als Orte der Besinnung und Ermutigung. Texte zum Sachthema der 1. Tagung der 10. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vom 22.-25.05.2003, Leipzig, hrsg. vom Kirchenamt der EKD, Hannover 2003, S. 2-4, hierin: S. 3.

2 Vgl. u.a.: In Frankreich werden die ersten Kirchen in Schutt und Asche gelegt, in: net tribune, 10.05.2008 ([www.net-tribune](http://www.net-tribune)); Bischof Feige zum internen Reformprozess im Bistum Magdeburg: „Wir bauen ein Stück Bistum um“, in: Volksstimme 06.05.2008 ([www.volksstimme.de](http://www.volksstimme.de)); Pastor Golon hinterfragt die Zukunft der Kirchen. Wenn Gotteshäuser aufgegeben werden müssen – Bittere Qual der Wahl – Verfall besser als Abriss, in: Stader. Buxtehuder. Altländer Tageblatt, 21.04.2008 ([www.tageblatt.de](http://www.tageblatt.de)); S. Toepfer, Neue Debatte über Abgabe von Gotteshäusern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.03.2008.

3 Vier Beispiele aus der Forschungs- und Beratungsarbeit der Verfasserin (vgl. u.a. [www.kirchenkunst.info](http://www.kirchenkunst.info)).

## 2. Raum-Wahrnehmung – Diskussionen um die Rolle städtischer Kirchen

Die Diskussion um städtische Kirchen reicht weiter zurück als die jüngsten Presseartikel. Noch bis in die 1970er Jahre opferte man vielerorts, zugunsten innovativer Gemeindekonzepte, überlieferte Kirchenräume einem tiefgreifenden Um- oder Neubau. In engem Austausch mit der erstarkenden Denkmalpflege suchten Fachleute jedoch ab Mitte der 1970er Jahre nach Modellen, geschichtsträchtige (Innen-)Stadtkirchen behutsamer durch vielfältige Nutzungen zu beleben und zu erhalten. Nach und nach rückten auch die noch jungen Gemeindezentren der Neubau-Viertel ins Blickfeld, deren ursprüngliche Offenheit viele Gemeinden schleichend „sakral“ umgestalteten.<sup>4</sup>

Im Berlin der 1980er Jahre richtete sich die Aufmerksamkeit auf den die Stadt umgebenden Ring historistischer Quartierkirchen, die nicht zuletzt die „Kirchenguste“, Kaiserin Auguste Viktoria, als Bollwerk gegen den „Sittenverfall“ einer säkularisierten Arbeiterschaft gefördert hatte. Gemeinsam diskutierten Stadt, Kirche und Fachwelt in den „Berliner Gesprächen“ seit 1987 neue Wege, die Stadtteil-Kirchen der Jahrhundertwende in nunmehr multikulturellen Vierteln zu bewahren. Keiner dieser Bauten, ob denkmalgeschützt oder (noch) nicht, sollte abgerissen, sondern vielmehr zum Quartier geöffnet werden. Auch über Berlin hinaus empfahlen Untersuchungen eine solche sozial oder kulturell erweiterte Nutzung als chancenreich.<sup>5</sup>

Mit der Suche nach neuen Kirchen-Nutzungen verband sich auch das Bestreben, Kirchenbauten theologisch neu wertzuschätzen und didaktisch zu vermitteln. Hierfür legten die experimentellen Gemeindebeteiligungen beim Bau gemeindlicher Zentren, die methodischen Aufbrüche der „Offenen Kirchen-Arbeit“ gerade in den Städten bereits früh kreative Grundlagen. Durch die Veröffentlichung erster „Lehrbücher“ wurden diese Ansätze seit den ausklingenden 1990er Jahren systematisiert und einer breiteren Öffentlichkeit als „Kirchen(raum)pädagogik“ vorgestellt. Es entfaltete sich ein Netzwerk von Lehrgängen, Arbeitsstellen und Verbänden der neuen Fachrichtung, um Kirchenbauten in ihrer geschichtlichen wie geistlichen Dimension didaktisch zu erschließen.<sup>6</sup>

4 Vgl. u.a. G. Rombold (Bearb.), Kirche und Denkmalschutz, Linz/Donau 1975; R. Bürgel (Hrsg.), Umgang mit Raum. Dokumentation über den 16. Evangelischen Kirchbautag Kassel 1976, Gütersloh 1976; M. Görbing u.a. (Hrsg.), Planen – Bauen – Nutzen. Erfahrungen mit Gemeindezentren, Gießen 1981.

5 Vgl. *Neue Nutzungen von alten Kirchen. Dokumentation der Veranstaltung, Referate und Diskussionsbeiträge. Erstes bis Fünftes Berliner Gespräch*, hrsg. von der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Berlin 1988-1997; F. Grundmann / H. Schwebel (Bearb.), Citykirchen, Darmstadt 1992; H. Schwebel / M. Ludwig, Kirchen in der Stadt, 2 Bde., Marburg 1994/96.

6 Vgl. u. a. H. Muck, Auf dem Wege zur City-Kirche, in: kunst und kirche 55 (1992), S. 183-185; T. Klie (Hrsg.), Der Religion Raum geben. Kirchenpädagogik und religiöses Lernen, Münster 1998; R. Degen / I. Hansen (Hrsg.), Lernort Kirchenraum. Erfahrungen – Einsichten – Anregungen, Münster 1998; M.L. Goecke-Seischab / J. Ohlemacher, Kirchen erkunden – Kirchen erschließen. Ein Handbuch mit über 300 Sachzeichnungen und Übersichtstafeln, sowie einer Einführung in die Kirchenpädagogik, Lehr/Kevelaer 1998; S. Glockzin-Bever / H. Schwebel (Hrsg.), Kirchen – Raum – Pädagogik, Münster 2002;

Mit sich verschlechternder Finanzlage fragen heute übergreifende Fach- und Kirchen-Gremien verstärkt, welche Rolle Kirchen gerade an den Stadt-Rändern künftig spielen. Vor Ort jedoch werden bisher zumeist historische Innenstadt-Kirchen mit kulturellen, sozialen und pädagogischen Zusatz-Angeboten ausgestattet. Mit Erfolg, wie ein Perspektiv-Papier der EKD 2006 betonte und eine übergemeindliche Erschließung zum Zukunftsmodell für zentrale Standorte erhob. „Kleinere“ Kirchen hingegen könnten demnach teils auch durch Kirchbauverein oder Initiativgruppe als Identitätsträger erhalten werden – eine Option, von der das Perspektivpapier allerdings Nachkriegskirchen ausschloss. Welche Chancen blieben dann den jüngeren Stadtteil-Kirchen?<sup>7</sup>

### 1. Sonder-Kirche – Umgestaltung der Heidelberger Universitätskirche Peterskirche

Der raumwahrnehmende Blick auf Stadtteil-Kirchen des 19. und 20. Jahrhunderts kann helfen, ihre Potenziale zu erschließen und zukunftsgerichtet zu nutzen – wie im Fall der Heidelberger Universitätskirche Peterskirche,<sup>8</sup> die in einem intensiven Beratungsprozess zur Stärkung ihrer Sondernutzung und Vermittlung ihrer geistlich-geschichtlichen Werte fand. Durch die Jahrhunderte wurde die im Kern älteste Kirche Heidelbergs immer wieder an sich wandelnde Funktionen und Liturgien angepasst, erhielt ihre prägende Gestaltung jedoch im 19. Jahrhundert. Bis 1870 konnte Ludwig Franck-Marperger die brach gefallene gotische Stadtkirche in historisierenden Formen als Universitätskirche wiederherstellen.

So präsentiert sich die Peterskirche heute als einheitlich wirkendes neu-gotisches Gebilde: Betritt man den Bau von Westen durch den markanten Turm, öffnet sich nach Durchschreiten des die Orgelempore stützenden filigranen „Pfeiler-Walds“ eine hohe, dreischiffige, kreuzgewölbte Halle. Seit Jahrzehnten wird der stimmungsvolle Innenraum nicht von einer „klassischen“ Ortsgemeinde, sondern von Universitätsgemeinde wie Evangelischer Studierendengemeinde für Gottesdienst, Andacht und Kirchenmusik breitgefächert genutzt. Am Rand der vielbesuchten Altstadt gelegen, stand die Peterskirche jedoch für Ortsansässige wie touristische Gruppen lange im Schatten der „Citykirche“ Heiliggeist oder bekannterer Sehenswürdigkeiten wie Schloss und Philosophenweg.

*B. Neumann / A. Rösener, Kirchenpädagogik. Kirchen öffnen, entdecken und verstehen. Ein Arbeitsbuch, Gütersloh (2. Aufl.) 2003.*

7 Vgl. u.a. *M. Ludwig/H. Schwebel*, „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft...“. Texte zur Erhaltung und Nutzung von Kirchengebäuden, Gütersloh 2006; *Kirche der Freiheit. Perspektiven für die evangelische Kirche im 21. Jahrhundert. Ein Impulspapier des Rates der EKD*, hrsg. vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Hannover o.J. [2006], hierin vor allem: S. 19, 25-26, 41-42, 59, 68, 99.

8 Vgl. u.a. *A. Seeliger-Zeiss*, *Ev. Peterskirche Heidelberg. Universitätskirche, München/Zürich 1986*; *Die Peterskirche in Heidelberg. Innenrenovierung 2005*, hrsg. von der Ev. Stiftung Pflege Schönau, Heidelberg 2005.

Um für die Universitätskirche eine „Besucher-Öffnung“ und flexiblere Nutzungen zu ermöglichen, wählten Gemeinde und Baulastträger Evangelische Stiftung Pflege Schönau, begleitend zu einer Innenrenovierung, eine theologische Beratung.<sup>9</sup> Zu Beginn des sich anschließenden Beratungsprozesses benannte die Gemeinde zwei „Problempunkte“: An den vor allem im Altarraum angebrachten historischen Grabdenkmälern nahmen viele Gottesdienst- und Kirchenbesucher Anstoß, da sie den Tod zu massiv in den Blickpunkt rücken würden. Zudem erwog man, in dem um vier Stufen erhöhten Chorraum, den um zwei weitere Stufen erhöhten, massiven Altartisch der Nachkriegszeit durch neue bewegliche Prinzipalstücke zu ersetzen.

Durch einen Workshop der Beratenen mit dem Kapitel der Peterskirchengemeinde konnten schließlich die gestalterischen und inhaltlichen Potenziale der Peterskirche für Altstadt und Gemeinde (neu) erschlossen werden. Im Verlauf eines Tages bespielte und erprobte man hierbei verschiedene Raumzonen der Kirche mit unterschiedlichen Nutzungsformen – vom Vortrag bis zur gemeinsamen Mahlzeit. Neben einem Impulsreferat zu ausgewählten Kirchen(um)gestaltungen wurden raumwahrnehmend Stärken und Schwächen der Peterskirche herausgearbeitet und in Arbeitsgruppen vertiefend diskutiert. Vor diesem Hintergrund formulierten die Workshop-Teilnehmenden ihre Nutzungs- und Gestaltungswünsche für den bevorstehenden Bauprozess.

Dieser, in einer schriftlichen Perspektiventwicklung festgehaltene Konsens wurde in seinen funktional-gestalterischen Details mit weiteren Beratungsbesuchen vertieft und konkretisiert. Im Verlauf der Baubegleitung fanden die Beteiligten 2005 zu einer behutsamen, die Raumpotenziale nutzenden Neu- und Umgestaltung. Hierzu wurde der neu-gotische Kirchenraum etwa durch eine neue, hellere, auf historischen Funden basierende Farbfassung leichter und weiter gestimmt. Einzelne Zonen der Kirche sol-



**Abb. 1: Peterskirche in Heidelberg -** Universitätskirche am Rand der Altstadt (Foto: K. Berkemann, 2005).

9 Gemeinsam mit dem Theologen Matthias Ludwig ([www.kirchenbauten.info](http://www.kirchenbauten.info)) beriet die Verfasserin hierbei im Auftrag der Evangelischen Stiftung Pflege Schönau ([www.esp-schoenau.de](http://www.esp-schoenau.de)) begleitend zu einer Umgestaltung, die unter dem Ettlinger Architekten Stephan von Freydorf erfolgte und neue Prinzipalien des Künstlers Matthias Eder einbezog.

len zudem nach und nach als besondere liturgische Bereiche geprägt, mit Fenstern des Glaskünstlers Johannes Schreiter ausgestattet werden.

Nicht zuletzt ordnete man den Altarraum neu: Der Chorraum wurde auf ein vormaliges, eine Stufe tiefer liegendes Fußbodenniveau zurückgeführt. Zugleich ersetzte man den erhöht und fest stehenden Stein-Altartisch der Nachkriegsrenovierung durch einen ebenerdig stehenden, durchbrochenen Altar-Würfel, der trotz seines „massiven“ Äußeren prinzipiell bewegt werden kann. Das ästhetisch-pragmatische Gleichgewicht aus festen und flexiblen Ausstattungsstücken ermöglicht nun den wechselnden „Nutzergruppen“ sowohl klassische, auf das Kirchenschiff ausgerichtete größere Gottesdienste als auch intimere, sich auf den Chorraum beschränkende Abendmahlsfeiern und Andachten. Zudem kann die neue Beleuchtung und Bestuhlung des Kirchenraums individuell auf verschiedene, auch kulturelle Nutzungen angepasst werden.

Die Grabdenkmale der Peterskirche wurden als Zeugnis gemeindlicher Geschichte, der Gemeinschaft von Lebenden und Toten wiederentdeckt und für Besuchende erschlossen. Seit 2005 engagiert sich eine Gruppe Ehrenamtlicher für die regelmäßige Kirchen-Öffnung, die täglich im Schnitt bereits 50 Menschen auf der Suche nach Kunst und Stille nutzen. Der in der Beratung raumwahrnehmend erarbeitete neue Blick auf das vertraute Bauwerk, die Wiederaneignung seiner im 19. Jahrhundert geprägten Sonderfunktion als Universitätskirche ermöglichte es, die Peterskirche am Rand der Altstadt für Gemeinde und Besuchende neu zu öffnen.

## 2. Gast-Kirche – Vernetzung des „Bibelturms“ im Dessau-Wörlitzer Gartenreich

Eine ganz andere „Stadtrand-Lage“ bestimmt die Kirche St. Petri,<sup>10</sup> deren gastoffene Nutzung eine touristische Studie dokumentierte und mit weiteren Punkten des „geistlichen Reisens“ vernetzte. Bildete der geschichtsträchtige Bau bereits den Mittelpunkt der mittelalterlichen Stadt Wörlitz, ist die Siedlung heute eng mit dem benachbarten Dessau verbunden. Beide Orte eint das UNESCO-Weltkulturerbe „Dessau-Wörlitzer Gartenreich“, das ab den 1760er Jahren als deutschlandweit neuartige, klassizistisch-neugotische Parklandschaft entstand.

An der Grenze des Parks wurde die inzwischen reformierte St. Petri-Kirche bis 1809 unter Baudirektor Hesekeel so tiefgreifend neugotisch umgestaltet, dass nur noch einige versteckte Mauerreste auf ihre vorangegangene Baugeschichte verweisen. Den einladend hellen, tonnengewölbten Gottesdienstraum umfängen im Inneren zweigeschossige hölzerne Emporen. Nach außen zeigt sich der Bau backsteinverkleidet über kreuzförmigem Grundriss auf einer Anhöhe, im Osten von einem Dachreiter,

10 Vgl. u.a. H. Dauer u.a. (Bearb.), Kirchen im Dessau-Wörlitzer Gartenreich, hrsg. von der Ev. Landeskirche Anhalts, Dessau 2000; K. Berkemann, Spiritueller Tourismus in Sachsen-Anhalt. Potenzialanalyse und Handlungsempfehlungen für eine besondere Reiseform, hrsg. vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt/Referat Tourismus, Magdeburg/Lutherstadt Wittenberg 2006.

im Westen von einem Turm überragt. Bereits Anfang des 19. Jahrhunderts als Aussichtspunkt über die Parklandschaft konzipiert, bildet der schlanke Kirchturm bis heute den höchsten Punkt von Wörlitz.

In dieser prominenten, vom 19. Jahrhundert erschlossenen Lage sollten auch über den Gottesdienst hinaus Park-Besucher geistlich angesprochen werden, so dass die örtliche evangelische, katholische und methodistische Gemeinde 1994 mit der Evangelischen Landeskirche Anhalts und dem Gemeinschaftsverband Sachsen-Anhalt e.V. den „Bibelturm“ ins Leben riefen. Gegen Eintritt kann man den Kirchturm seitdem bis zur Dachplattform besteigen und zugleich „auf dem Weg“ eine erlebnisorientierte Ausstellung zu biblischen Themen betrachten. Ein Angebot, das jährlich von rund 15.000 Gästen wahrgenommen wird, denen der Kirchenraum für Andacht und Kunstgenuss offen steht.

Das engagierte Projekt in St. Petri war wiederum in eine Reihe weiterer geistlicher Angebote eingebunden, gestaltete man doch im Jahr 2000 den „Pilgerweg 2000 – mit Christus auf dem Weg“ durch verschiedene Stationen der Evangelischen Landeskirche Anhalts. Hierbei wurde über mehrere Monate, begleitet von Gottesdiensten und anderen Veranstaltungen, eine Kerze von Ort zu Ort weitergereicht. Daneben ist der im Rahmen der EXPO konzipierte und bis heute bestehende „Kirchenpfad“ im Gartenreich Dessau-Wörlitz zu benennen, zu dem ein Buch sowie Einzelführer Informationen zur kulturellen sowie zur geistlichen Seite der Kirchen geben.

Um solch innovative Ansätze weiter zu fördern und zukunftsgerichtet zu vernetzen, beauftragte das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt 2005 eine bundeslandweite Studie<sup>11</sup> zu geistlich orientierten Reiseangeboten. Unter dem Stichwort „Spirituelle(r) Tourismus“, dem körperlichen wie geistlichen Reisen, wurden beispielhafte Orte und Räume der beiden großen christlichen Konfessionen



**Abb. 2: St. Petri in Wörlitz - „Bibelturm“ im Dessau-Wörlitzer Gartenreich (Foto: K. Berkemann, 2005).**

11 Die Studie „Spirituelle(r) Tourismus in Sachsen-Anhalt“ wurde von der Verfasserin 2005-06 im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit/Sachsen-Anhalt in Verbindung mit der TourismusRegion Wittenberg e.V. und in Zusammenarbeit mit Landeskirchen und Bistum auf dem Gebiet des Bundeslandes erarbeitet.

ausgewählt, bereist, erforscht, beschrieben und evaluiert – von Pilgerwegen und Wallfahrten über (klösterliche) Gemeinschaften, Zentren, Bildungshäuser und Stadtlandschaften, bis hin zu geistlichen Tagesangeboten.

Im Verlauf der Studie, 2006 mit einer Wittenberger Fachtagung vorgestellt, erwies sich das geistliche Reisen als hoffnungsvolles touristisches Querschnittsthema, das eng mit dem Bildungs-, Natur- und Kulturtourismus verzahnt ist. Als Motive für den Besuch eines Kirchenraums ließen sich vor allem Neugier, die Suche nach Ruhe, Sinn und Kultur sowie die Teilnahme an religiösen Handlungen herausarbeiten. Damit kann der „Spirituelle Tourismus“ auch über Sachsen-Anhalt hinaus zwei Zielgruppen zugleich ansprechen: für den Besuch von Kirchen, Klöstern und Studienreisen, ähnlich dem Kulturtourismus, vor allem ältere, besonders in Gruppen reisende Touristinnen, für Pilgerwege hingegen in der Regel Schüler und Studenten mittleren Alters.

So offenbarten nicht allein Kirchen der „Straße der Romanik“, sondern ebenso charakterstarke Bauten des 19. und 20. Jahrhunderts große Potenziale: die Tradition ihrer Kirchenbaukunst, die Authentizität der sie nutzenden Gemeinschaften und das Wissen der sie erschließenden Institutionen. Darauf aufbauend entfaltete die Studie konkrete Handlungsempfehlungen, um Gemeinden und Gebäude gleichermaßen für Besuchende zu öffnen. In der Folge wurden „spirituelle“ Reisebausteine und Wegeführungen (weiter)entwickelt – wie etwa der Wörlitzer „Bibelturm“ seit 2008 eine geistliche Station des „Lutherwegs“ bildet, der auf den Spuren Martin Luthers Orte zwischen den Lutherstädten Eisleben und Wittenberg chancenreich verbindet.

### 3. Gedenk-Kirche – Nutzungssuche der Berliner Martin-Luther-Gedächtnis-Kirche

Im Berliner Stadtteil Mariendorf wurzelt ein Bau tief in den Umwälzungen der Zwischenkriegszeit, die evangelische Martin-Luther-Gedächtnis-Kirche<sup>12</sup> – porträtiert in der Wanderausstellung „Schätze! Kirchen des 20. Jahrhunderts“, die einem breiten Publikum Geschichte und Werte moderner Kirchenbauten vermittelt. Während die Planungen für die Mariendorfer Kirche bereits 1929 vorlagen, konnte Curt Steinberg den Bau erst 1935, nach der Machtüberlassung an die nationalsozialistische Partei, fertig stellen. So steckt der Mariendorfer Kirchenraum voller künstlerischer wie politischer Widersprüche, die sich im Spannungsfeld zwischen architektonischer Raumgestaltung und „dekorativer“ Ausstattung wiederfinden.

12 Vgl. u.a. W. See u.a., 50 Jahre. 1935 1985. Martin Luther Gedächtnis Kirche Mariendorf. Festschrift, Berlin 1985; W. Zahner / K. Berkemann (Hrsg.), Schätze! Kirchen des 20. Jahrhunderts, Ausstellungskatalog, DG Deutsche Gesellschaft für christliche Kunst, München, in Verbindung mit dem EKD-Institut für Kirchenbau und kirchliche Kunst der Gegenwart an der Philipps-Universität Marburg und dem Deutschen Liturgischen Institut, Trier, 2007, Wanderausstellung, Lautertal 2007 ([www.ev-kirchengemeinde-mariendorf.de](http://www.ev-kirchengemeinde-mariendorf.de)).

Am backsteinverkleideten Außenbau der Martin-Luther-Gedächtnis-Kirche ist noch die straffe, bereits fast monumentale, dabei aber noch maßstäblich bleibende Formensprache des Expressionismus an der Schwelle zur Moderne abzulesen. Hoch aufragend bestimmt der dem Schiff vorgelagerte Turmriegel die Platzanlage des Berliner Stadtteils. Der dahinter aufgespannte, tonnengewölbte Kirchensaal wird außen wie innen ebenfalls durch aufstrebende vertikale Bänder gegliedert. Vor den Wänden, die zwischen Putz- und Backsteinflächen wechseln, staffeln sich die Kirchenbänke in Schiff und Emporen theaterähnlich zum sich halbrund anfügenden Chorraum.

Deutlich nationalsozialistische Motive hingegen wählte man um 1935 für die Ausstattung des Kirchenraums: vom Hakenkreuz auf den Ornamentplatten Heinrich Mecklenburgers über die „arisch“ anmutende Christusfigur bis zum SA-Mann an der Kanzel, beide von Hermann Möller gestaltet. In dieser zwiespältigen Kirche

wurde Jochen Klepper getraut, der als verfolgter Schriftsteller später mit seiner Familie den Freitod wählte. Einige der nationalsozialistischen Elemente des Innenraums entfernte man wohl bereits vor dem Zweiten Weltkrieg, da über „Hoheitszeichen“ des damaligen Staates laut Gesetz nicht die Kirche verfügen sollte.

Bis heute vermittelt der Bau außergewöhnlich geschlossen das Bild einer nationalsozialistisch geprägten Kirche. Dieses schwierige Erbe griff die Gemeinde engagiert auf, begann über klassische Gottesdienste hinaus mit „Nagelkreuzandachten“ zur Versöhnung der ehemals Verfeindeten und entwickelte eine Ausstellung zu Jochen Klepper. Durch schwindende Finanz- und Mitgliederstärke wurde der Gemeindefokus jedoch in die historische Dorfkirche verlagert. Zudem bedarf vor allem der Turm der Martin-Luther-Gedächtnis-Kirche einer teuren Sanierung, dessen allein sichernde Einrüstung die Gemeinde jährlich erhebliche Mittel kostet.

Gemeinde, Kirchenkreis, Landeskirche und kulturelle Vereinigungen suchen daher dringend nach einer neuen Nutzung für den denkmalgeschützten Bau. Sie muss der spannungsreichen Geschichte dieses besonderen Raums gerecht werden: vielleicht



**Abb. 3:**  
Martin-Luther-Gedächtnis-Kirche in Berlin  
- Gedenkort der Kirche im Nationalsozialismus  
(Postkarte nach 1935).

als Gedenkort, vielleicht als Kultur- und Musikraum. Diesen und zwölf weitere, ausgewählte moderne Kirchenbauten porträtiert die deutschlandweite Wanderausstellung „Schätze! Kirchen des 20. Jahrhunderts“,<sup>13</sup> erarbeitet für die Deutsche Gesellschaft für christliche Kunst – in Verbindung mit dem Deutschen Liturgischen Institut und dem EKD-Institut für Kirchenbau und kirchliche Kunst der Gegenwart.

Fachpublikum wie „Zufallsgäste“, kulturell wie kirchlich Interessierte werden durch bau- und theologiegeschichtlich informierende, reich bebilderte Tafeln, lokal vertiefende Ausstellungs- oder Veranstaltungselemente sowie „Zeitzeugen-Interviews“ in eigens produzierten Medien für Schönheiten und Werte moderner Kirchen sensibilisiert. Unterstützt durch die Öffentlichkeitswirkung der Ausstellung verfügen inzwischen drei der in „Schätze!“ porträtierten, damals abrisssbedrohten Kirchen über Erhaltungsperspektiven. Und deutschlandweit wurden viele Kirchen in ihrer Nutzungs-Suche bestärkt – wie etwa die Berliner Martin-Luther-Gedächtnis-Kirche durch Kulturveranstaltungen, Fachtagung und Ausstellung zum nationalsozialistischen Kirchenbau weiter für ihre geschichtsbezeugende Bedeutung im Stadtteil wirbt.

#### 4. Stadtteil-Kirche – Inwertsetzung des Hamburger Zentrums Mümmelmansberg

Im und mit dem hochhausgeprägten Stadtteil Mümmelmansberg errichteten Friedhelm Grundmann, Otto Rehder und Friedhelm Zeuner bis 1976 das Evangelische Gemeindezentrum,<sup>14</sup> das als jüngstes Bauwerk in der Ausstellung „Baukunst von morgen! Hamburgs Kirchen der Nachkriegszeit“ des Hamburger Denkmalschutzamts porträtiert wurde. Die Ausstellung warb für eine neue Wertschätzung denkmalwürdiger Nachkriegskirchen der Hansestadt mit einem liebevoll fachkundigen, ästhetischen Blick auf ihre Geschichte, Gestaltung und Nutzung – und damit auch auf dieses in seiner Zeit innovativ, einladend und klar gestaltete Stadtteil-Zentrum.

Gegen die umgebende Profanarchitektur der Wohnbausiedlung Mümmelmansberg nimmt sich das Evangelische Gemeindezentrum in der Höhe stark zurück. Mit dem flach gedeckten Komplex verbanden die Architekten zwei durch unterschiedliche

13 Die Wanderausstellung wurde von der Verfasserin bis 2007 projektleitend erarbeitet und begleitet. Allein in Hamburg informierten sich rund 2.000 Menschen anhand von „Schätze!“ in der Hauptkirche St. Jacobi. Über die Hansestadt hinaus gastierte die Ausstellung bereits an zehn weiteren Orten. Für lokale Akzeptanz sorgte vielerorts die Anbindung an Großveranstaltungen: Vom Evangelischen Kirchentag über Buchmesse und Katholikentag bis zum Tag des offenen Denkmals. Zudem wurden eigens für „Schätze!“ Medien produziert: Die Hörstation ermöglichte das Kölner „domradio“, den Film zur Ausstellung erarbeitete Stefan Gabelt.

14 Vgl. u.a. Kirche auch ohne Türme, in: Nordelbische Kirchenzeitung 54, 11 (1978), S. 4-5; K. Berkemann (Bearb.), „Baukunst von morgen!“ Hamburgs Kirchen der Nachkriegszeit, Ausstellungskatalog, Denkmalschutzamt Hamburg und Freie Akademie der Künste Hamburg, 06.09.-07.10.2007, Freie Akademie der Künste Hamburg, hrsg. von der Kulturbehörde/Denkmalschutzamt Hamburg, München/Hamburg 2007.



Abb. 4: „Baukunst von morgen!“ in Hamburg - Ausstellung zu den Nachkriegskirchen der Hansestadt (Foto: K. Berkemann, 2007).

Funktionen geprägte Baukörper: den Wohnungsbau mit Pastoren- und Mitarbeiterwohnungen sowie das Gemeindehaus mit Gottesdienststätte, Gemeinderäumen, Altagestätte, Jugendtage und Kindergarten. Beide Bauglieder wurden mit einem Vorplatz und sich daran anschließender Fußgängerpassage zum Stadtteil hin geöffnet.

Das Gemeindezentrum hebt sich aus der, als monoton empfundenen Umgebung weniger durch seine Bauform, als vielmehr durch seine außergewöhnliche Material- und Farbgestaltung heraus. Großflächige, emaillierte Stahlplatten verleihen dabei dem Außenbau eine glatte, durch die Plattenfugen wie gerastert wirkende Oberfläche. Hans Kock gestaltete die Fassaden in farbenstarker, stilisierender Formsprache mit Motiven, die er der religiösen wie der alltäglichen Bildwelt entlehnte.

Im Inneren des Gottesdienstraums, wie weitere Gemeinderäume über ein Foyer erschlossen, greift die plastische Deckengestaltung die Fassadenbilder wieder auf. Farbige gefasste, einander überlagernde, organisch wirkende Formen staffeln sich bis zum „Altarraum“, der nicht durch Stufung, sondern allein durch Lichtführung ausgezeichnet wird. Programmatisch flexibel konzipierte Hans Kock die gesamte Ausstattung, deren leicht wirkender, filigran gestalteter Altartisch sich deutlich von traditionellen, monumentalen Altarblöcken absetzte. So fand die Theologie der 1970er Jahre in ihrer Beto-

nung der Gemeinde, des Gesellschaftsbezugs kirchlicher Arbeit bis in die Details ihren künstlerischen Ausdruck.

Das Evangelische Gemeindezentrum Mümmelmannsberg überwindet die Trennung zwischen Innen- und Außenraum, religiöser und weltlicher Sphäre, bildender und bauender Kunst. Damit entspricht es dem Konzept des multifunktionalen Gemeindezentrums, geht aber zugleich einen Schritt über dieses hinaus. Gezielt hebt sich der Bau nicht durch traditionelle „Sakralität“, sondern durch besondere bauliche und gestalterische Qualität aus seiner Umgebung heraus. Für eine flexiblere Nutzung wurde das denkmalgeschützte Gesamtkunstwerk – nach einer engagiert geführten Diskussion um seinen Erhalt – schließlich im Frühjahr und Sommer 2007 renoviert. Wurde bereits die Sanierung mit großem ehrenamtlichen Einsatz unterstützt, entfaltet das Zentrum heute im Stadtteil neu generationsübergreifende, soziale und geistliche Angebote.

Solche Entwicklungen dokumentierte und beförderte die Ausstellung „Baukunst von morgen!“<sup>15</sup> des Hamburger Denkmalschutzamts, die zwanzig Nachkriegskirchen der Jahre 1949 bis 1976 auf Tafeln in Wort und Bild porträtierte und durch überdimensionale Architekturfotos und ausgewählte Exponate ergänzte. Als eine der erfolgreichsten Ausstellungen in der Freien Akademie der Künste hob das Projekt Bekanntheit und Akzeptanz der qualitativ vollen Nachkriegs-Kirchenlandschaft Hamburgs – und stärkt damit als Akt präventiver Denkmalpflege weiterhin bedrohte Kirchen in den sich kirchlich wie sozial wandelnden Vierteln.

### Raum-Erschließung – aus dem Stadtteil für den Stadtteil

Die vorgestellten Beispiele stehen stellvertretend für unterschiedliche Kirchenraumkonzepte der letzten beiden Jahrhunderte, für vielfältige Ansätze ihrer raumwahrnehmenden Erschließung. Gemeinsam ist ihnen, dass ihre Öffnung zum umgebenden Viertel aus einem neuen Geschichtsverständnis erwuchs. Denn letztlich antwortete der Bau vieler Stadtteilkirchen der vergangenen beiden Jahrhunderte auf dieselbe Frage, die uns heute bei Sparplänen zu eben diesen Kirchen umtreibt: Kirche reagierte auf sich abzeichnende Säkularisierung damals mit Erweiterung und Neubau, heute mit Konzentration, Schließung und Abriss.

Somit tragen viele Stadtteil-Kirchen die Lösung für ihre künftige Nutzung und Erhaltung in sich. Die Wahrnehmung ihrer geschichtlichen Besonderheiten, theologischen Eigenheiten und sozialen Gegebenheiten im Viertel bietet die unabdingbare Grundlage, sie individuell neu zu erschließen und für das Viertel zu öffnen. Hierfür sind die methodischen Möglichkeiten breit gefächert, reichen von der individuellen Beratung vor Ort über regional vernetzende Forschungsprojekte bis zur Vermittlung an eine breite Öffentlichkeit mit Ausstellung, Veröffentlichung oder Veranstaltungsreihe.

15 Die Ausstellung wurde 2007 von der Verfasserin für das Hamburger Denkmalschutzamt kuratiert.

Eine neue Wahrnehmung und didaktische Vermittlung kirchlicher Räume kann, aber muss dabei nicht in gestalterische Schritte münden.

Vielfach genügt schon der neue Blick auf Vertrautes, das Bewusstwerden der Schönheiten und Werte, der Stärken und Möglichkeiten eines Kirchenraums, um den kirchlichen Standort zu bewahren und neu zum Stadtteil zu öffnen sowie um kirchliche, kommunale und kulturelle Stellen für den Erhalt eines identitätsstiftenden Kirchenbaus zu gewinnen. Denn zöge sich die Kirche mit ihren Bauten – wie zuvor bereits Läden, Schulen, Bibliotheken und Postfilialen – völlig aus diesen Teilen der Stadt zurück, würde sie als sprichwörtlich Letzte das Licht „ausmachen“. Liegt doch ihre Aufgabe wie Chance gerade im Gegenteil, denn, um es abschließend mit Jeremia zu halten, „wenn’s ihr wohl geht, so geht’s auch euch wohl“.<sup>16</sup>

16 Jeremia 29,7, zitiert nach: Die Bibel nach der Übersetzung Martin Luthers. Mit Apokryphen. Bibeltext in der revidierten Fassung von 1984, hrsg. von der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Bund der Evangelischen Kirche in der DDR, Stuttgart 1985.

## Islamische Sakralbauten und Moscheekonflikte in Deutschland

### 1. Einleitung

Während Kirchen geschlossen, umgenutzt oder aufgegeben werden, nimmt die Zahl der Moscheen zu. Die in der westlichen Welt relativ neue Bauaufgabe „Moschee“ hat sich seit einigen Jahrzehnten in den meisten europäischen Ländern sowie in den USA und Kanada etabliert. Während das Thema Moscheebau in Nordamerika schon lange baufachlich diskutiert wird, haben im deutschsprachigen Raum nur wenige Fachleute das Thema der islamischen Sakralarchitektur beachtet. Im Folgenden berichten die Autoren aus ihren Studien zur Baukultur von Moscheen in Deutschland sowie über die Konflikte um den Bau und die Nutzung von Moscheen.<sup>1</sup>

Das nach wie vor hohe Konfliktpotential bezüglich der Moscheeplanungen in Deutschland wird vor allem an der Ditib-Moschee in Köln-Ehrenfeld deutlich. Immerhin folgt dem Streit um diesen Entwurf von Paul Böhm, Sieger eines Architekturwettbewerbs, eine breitere Fachdebatte zur Moscheebaukultur auf interdisziplinärer Ebene.<sup>2</sup> Solch ein begrüßenswerter Diskurs vermag die Streitgespräche in unserer Gesellschaft über Moscheekonflikte, Fragen des Städtebaus und die von den Muslimen verwendete Architektursprache in konstruktiver Weise zu prägen.<sup>3</sup>

Nach über vier Jahrzehnten Migration aus islamischen Herkunftsgebieten, insbesondere der Türkei, ist mittlerweile bekannt, dass die ehemaligen „Gastarbeiter“ keine Rückkehrabsichten mehr hegen und selbstbewusst von ihrem Recht auf Religionsfreiheit Gebrauch machen, indem sie ihre Gotteshäuser errichten. So entstehen diverse Lösungen für Umnutzungen, meist Umbauten profaner Gebäude zu sakralen Zwecken, und Neubauten, an denen sich ablesen lässt, welche architektonischen Ausdrucksformen der Islam im Westen entwickelt.

1 Die Dissertationen der Autoren waren bisher die einzigen grundlegenden Untersuchungen zum Thema: S. Kraft, *Islamische Sakralarchitektur in Deutschland. Eine Untersuchung ausgewählter Moschee-Neubauten*, Münster 2002; T. Schmitt, *Moscheen in Deutschland. Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung*, Flensburg 2003.

2 F. Sommerfeld (Hrsg.), *Der Moscheestreit. Eine exemplarische Debatte über Einwanderung und Integration*, Köln 2008.

3 Ein Signal für den fachübergreifenden Diskurs zur Baukultur der Muslime in Deutschland war u.a. die Tagung des Kulturwissenschaftlichen Instituts, Essen, zum Thema „Sakralbauten und Moscheekonflikte. Zur Formgebung religiöser Freiheit“, 05.-06.05.2008.

Ein ausgedehnter Moscheekomplex, wie er in der islamischen Welt mit der Freitagsmoschee verbunden wird, verfügt in der Regel nicht nur über das „sakrale Herzstück“ des Gebetsraumes, sondern zusätzlich über viele profane Zusatzfunktionen. Damit verkörpert die Freitagsmoschee nicht nur den religiösen, sondern auch den sozialen und politischen Mittelpunkt für die muslimische Gemeinschaft und dient zudem als ein Wahrzeichen des Islam.<sup>4</sup> Historisch betrachtet ist der Versammlungsort für das Freitagsgebet auch eine politische Einrichtung mit spürbarem Einfluss auf das Leben und den Alltag der Muslime.

In Deutschland tauchen Differenzen im größeren Maßstab meist durch die unmittelbare, sichtbar gewordene Nachbarschaft zum Islam auf, wobei die unterschiedlichsten Probleme kontrovers diskutiert werden: die Belastung des Stadtviertels aufgrund hoher Frequentierung an Freitagen, die Dimension der Moschee sowie ihre architektonischen Mittel der Repräsentation, der städtebauliche Kontext, bauliche Symbole wie Kuppel und Minarett und nicht zuletzt das Konkurrenzdenken der Religionen.

Im Folgenden werden in Kapitel 2 zunächst die rege genutzten Laden- und Hinterhofmoscheen beschrieben, die bis heute die Mehrzahl der Moscheebauten in Deutschland ausmachen. In Kapitel 3 wird dargestellt, welche architektonischen Ausdrucksformen sich für die repräsentativen Neubauten entwickelt haben. Kapitel 4 analysiert Moscheekonflikte in Deutschland mit einem Schwerpunkt auf den Argumentationsmustern von Befürwortern wie Gegnern von Moscheebauten.

## 2. Laden- und Hinterhofmoscheen in Deutschland

Die ersten Moscheen der Arbeitsmigranten aus islamisch geprägten Ländern, die in den 1960er Jahren eingerichtet wurden, waren in der Regel in äußerst bescheidenen Räumlichkeiten, etwa in den Kellern von Arbeiter-Wohnheimen oder in Werkssiedlungen untergebracht. Um 1970 wurden die ersten größeren Moscheen eingerichtet, aber immer noch in umfunktionierten Räumen, in Form sogenannter Laden- oder Hinterhofmoscheen (vgl. Abb. 1).

Bis heute lässt sich beobachten, dass Moscheen in Deutschland weitgehend ethnisch differenziert sind. Die meisten Moscheen sind türkisch geprägt. Insbesondere in Großstädten finden sich auch Moscheen, die von anderen ethnischen beziehungsweise sprachlichen Gruppen dominiert werden (z.B. Marokkaner, Libanesen, Bosnier, Albaner, Kurden). Nach Berlin dürfte Duisburg diejenige deutsche Stadt mit der größten Anzahl von Moscheen darstellen. Die Moscheen konzentrieren sich in den Stadtteilen mit erhöhtem Migrantenanteil, die in Duisburg vor allem in der Nähe der großen Industriegebiete (Thyssen-Krupp mit Eisen- und Stadtproduktion) und der mittlerweile

4 M. Frishman / H.-U. Khan, *Die Moscheen der Welt*, Frankfurt a.M./ New York 1995, S. 11.



**Abb. 1:**  
**Ditib-Moschee im Duisburger Stadtteil Laar.**

Links im Bild ist die neogotische katholische Pfarrkirche des Stadtteils zu erkennen. Der Gebetsraum, Zugang in der Bildmitte, befindet sich in einem ehemaligen Werkstattgebäude. Im Vorderhaus ist in einem Ladenlokal, Eingang am rechten Bildrand, die Teestube des Moscheevereins untergebracht. (Foto: Th. Schmitt).

stillgelegten Schachtanlagen des Kohlebergbaus im Duisburger Norden zu finden sind.<sup>5</sup>

Zahlenmäßig sind bis heute die meisten Moscheen „Laden - oder Hinterhofmoscheen“. Sie wurden in meist angemieteten, ehemals gewerblich genutzten Räumen eingerichtet wie Werkstätten, Gewerbetrieben, Gaststätten oder Einzelhandelsläden. Auch kleine Moscheen umfassen neben dem Gebetsraum und den Waschgelegenheiten fast immer eine Teestube. Größere Moscheen, seien es Hinterhofmoscheen oder Neubauten, können, je nach Raumangebot und Ausrichtung des Moscheevereins, einen Gebetsraum für Frauen, weitere Frauen- und Jugendräume, eine sogenannte Kantine mit Lebensmittelverkauf, eine Bibliothek, einen Vorstandsraum mit Büro, Unterrichtsräume (für Koran-, ggf. Nachhilfeunterricht und Erwachsenenbildung) oder auch eine Friseurcke umfassen. Nicht selten wurden die Räumlichkeiten der Moscheen mit der Zeit durch Anbauten erweitert. Mit wachsender Konsolidierung wurde auch die Inneneinrichtung verbessert, und nach Möglichkeit wurden kleinere durch größere, peripher gelegene durch günstiger gelegene Räumlichkeiten ersetzt. Die historische Unterscheidung von Quartiersmoschee und Freitagsmoschee hat in der europäischen Diaspora an religionspraktischer Relevanz verloren, da in fast allen Moscheen, auch den kleineren, das Freitagsgebet mit Predigt gehalten wird. In symbolischer Hinsicht jedoch ist der Bau einer großen Zentralmoschee anstelle mehrerer kleiner, dezentraler Gebetsräume durchaus bedeutsam.

Was das soziale Leben, die gesellschaftlichen Funktionen und die sozialstrukturellen Merkmale, aber auch die ethnische, religiöse und politische Orientierung von Moscheegemeinden betrifft, so lassen sich in der Bundesrepublik deutliche Unterschiede

5 Vgl. die Karten zu Moscheen in Duisburg in T. Schmitt (s. A 1).



Abb. 2: Hicret-Moschee in Lauingen / Donau (Foto: S. Kraft).

beobachten. Manche, meist kleinere Moscheen entfalten praktisch keine Aktivitäten nach außen und werden fast ausschließlich von männlichen, meist älteren Muslimen besucht. Die Teestube dient ihnen als sozialer Treffpunkt vor und nach den Gebeten; die Moschee bleibt „ethnische Enklave“ und sozial-religiöses Refugium.<sup>6</sup> Andere Moscheegemeinden haben eigene Jugendtreffs oder angegliederte Sportabteilungen (z.B. Fußball), bieten auch Frauen Gebetsräume und Möglichkeiten der Freizeitgestaltung an, organisieren „Tage der offenen Tür“ und empfangen Besuchergruppen, beteiligen sich an Stadtteilstesten und an lokalen Initiativen zum interreligiösen Dialog. Frauen- und Jugendräume werden in den letzten Jahren zunehmend selbstverständlicher in den Moscheen, worin sich eine selbstbewusstere Artikulation der jeweiligen Gruppen auszudrücken scheint

Neben den, auch im übertragenen Sinn „offenen“ Moscheen gibt es solche, die einen nicht-integrativen Islam lehren, welcher eine offene Gesellschaft und die in ihr verbürgten Freiheiten nur instrumentell für die eigenen Ziele in Anspruch nimmt, aber nicht als Wert an sich betrachtet. Gesellschaftlich notwendig ist daher ein umfassender, konstruktiv-kritischer gesellschaftlicher Dialog zwischen den Vertretern unterschiedlicher islamischer Strömungen und gesellschaftlicher Institutionen. Die Einbeziehung der christlichen Kirchen, aber auch der Vertreter anderer Religionen wie Juden, Buddhisten und innerislamischer Minderheiten wie den Aleviten scheint dabei in hohem Maße wünschenswert.

6 H. Vöcking, *Die Moschee. Ethnische Enklave – religiöses Refugium*, Frankfurt a.M 1984.

### 3. Repräsentative Moscheebauten in Deutschland

Durch den Neubau von Moscheen versprechen sich muslimische Gemeinschaften in Deutschland einen repräsentativen Rahmen für ihre religiösen und sozialen Zusammenkünfte. Die Funktion der Repräsentation ist im doppelten Wortsinn zu begreifen:

Zum einen wünschen sich die Muslime größere, eindrucksvollere Gebetshäuser, die ihren rituellen Anforderungen besser entsprechen und mehr darstellen als die inadäquaten Behelfsmoscheen. Zum anderen soll eine würdige Moschee stellvertretend auch den Islam sichtbar machen, ihn durch ihre Architektursymbole als Religion repräsentieren, die in einer nichtmuslimischen Lebenswelt angekommen ist. Die Präsenz des Islam zeigt sich nicht mehr nur an der wachsenden Zahl muslimischer Gebetsstätten, sondern die Identität der islamischen Minderheit wird auch durch ein bewusst gewähltes Architekturvokabular ausgedrückt.

Nach dem Vorschlag von Khalidi,<sup>7</sup> der den Formenkanon nordamerikanischer Moscheeneubauten untersucht hat, bieten sich die folgenden drei Kategorien zur Einordnung islamischer Sakralarchitektur in der deutschen Diaspora an: die traditionelle, die adaptierte und die innovative Bauweise.

Der traditionelle Stil greift Vorbilder aus der Heimat auf und transportiert die vertrauten Elemente aus dem islamischen Moscheebau unmodifiziert nach Deutschland. Die Nutzer sind von diesem Baustil überzeugt, denn sie beziehen aus der Bautradition ein Gefühl von Sicherheit und Heimat – aus sozialpsychologischer Sicht verständlich. Die aufnehmende Gesellschaft schwelgt zuweilen in nostalgischer Bewunderung historisierender Moscheen, doch größtenteils stößt der demonstrative Traditionsbezug auf Ablehnung und Unverständnis. Der Nachteil dieser Bauweise liegt aus architekturtheoretischer Sicht in dem unreflektierten Festhalten an der baugeschichtlichen Vergangenheit. Diese rückwärtsgewandte Architektur verleitet etwa zur fragwürdigen Verwendung des Ornaments, das (wie bei der Fatih-Moschee in Pforzheim) eine andere Baustruktur vortäuscht als die tatsächlich verwendete wuchtige Stahlbetonkonstruktion. Und unbedacht in den Westen übertragen, ignoriert das Klischeebild klimatische Bedingungen – häufig mit ärgerlichen Bauschäden als Folge. Nicht zuletzt leidet auch die städtebauliche Einbindung, wenn die Umgebung nicht beachtet wird.

Der auf der osmanischen Kuppelmoschee basierende Traditionsbau ist hierzulande unter den Neubauten am weitesten verbreitet, da die Muslime in Deutschland überwiegend türkischer Abstammung sind und dem heimatlichen Modell einer „richtigen Moschee“ mit Kuppel und Minarett (vorgegeben vom Baukünstler Sinan und der Ha-

7 O. Khalidi, Approaches to mosque design in North America, in: Y. Yazbeck Haddad / J.L. Esposito (Hrsg.), Muslims on the Americanization Path?, Atlanta 1998, S. 399-424; Vgl. auch O. Khalidi, Moscheen in den USA und Kanada, hrsg. von der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankfurt 2006.

gia Sophia, einstmals einer Kirche) nacheifern. Der traditionelle Moscheestil stillt das Bedürfnis einer homogen zusammengesetzten Nutzergruppe nach Halt, Tradition und Repräsentation, seine Umsetzung in der deutschen Diaspora ist jedoch von meist unschöpferischem Charakter.

Die adaptierte Bauweise verbindet Elemente westlicher Baugeschichte mit traditioneller islamischer Architektur. Eine Modifikation von Moscheen aus der islamischen Heimat kann überlieferte und moderne Elemente in willkürlicher Weise verknüpfen und damit eklektisch wirken, sie kann aber ebenso gut zu einer erfolgreichen Neuinterpretation des alten Vorbildes führen. Für gelungene Synthesen dieser Art gibt es prominente Neubauten in Europa und den USA, doch in Deutschland findet man nur wenige reizvolle Objekte. Die drei frühen Moscheen der „ersten Generation“ entsprechen dieser Kategorie; sie sind architekturensprachlich interessant, da sie historische Bautraditionen des Islam mit europäischer Architekturgeschichte in kreativer Weise vereinigen. Zudem vertreten sie – in abgewandelter Form – die drei klassischen Bautypen der islamischen Stammländer: die arabische Stützenmoschee (Bilal-Moschee, Aachen), die persische Iwan-Moschee (Imam-Ali-Moschee, Hamburg) und die osmanische Kuppelmoschee (Freimann-Moschee, München).<sup>8</sup> Diese Moscheen aus den 1960er Jahren repräsentieren eine größere Vielfalt an islamischen Bautraditionen, da die jeweiligen Gemeinschaften ethnisch heterogen zusammengesetzt sind, also nicht überwiegend aus türkischstämmigen Migranten bestehen.

Einige Beispiele sollen die Verbindung aus islamischer Bautradition und westlich-moderner Architektur veranschaulichen: Der fortifikatorische Charakter der Aachener Moschee (sie bezieht sich auch auf die sogenannte „Feldlagermoschee“) wird durch Sichtbeton in Form des „Brutalismus“ neu interpretiert. Außerdem verbindet das Thema der Geometrie (Quadrate in Grundriss, Fensterformen etc.) die Architektursprache der islamischen Bautradition und der Klassischen Moderne. – Die Hamburger Moschee ist mit ihrer „exotischen“ Erscheinung stark der traditionellen persischen Iwan-Moschee nachempfunden, während im Innenraum die filigranen, ungeschmückten Stahlbetonstützen als modernes Gestaltungsmittel überraschen. Auch der kreisförmige Grundriss des Gebetsbereiches ist unkonventionell und wird wie eine Drehscheibe benutzt, um die Gebetsrichtung nach Mekka *innerhalb* des Gebäudes einzustellen – ein genialer Schachzug. – Die Moschee in München ist als moderne Adaption eines überlieferten Bautypus erkennbar: Oft verglichen mit dem „Atomei von Garching“, besteht der gesamte Baukörper aus einer Umformung der osmanischen Kuppel.

Entwürfe mit solch schöpferischem Potenzial sucht man unter den Moscheeneubauten der „zweiten Generation“ seit den 1990er Jahren vergeblich. Wie bei der Hicret-

8 Die Moscheebauten dieser drei Islamischen Zentren können als architektonisch interessant gewertet werden. Nach weitgehend konsensueller Einschätzung von Beobachtern werden theologisch und gesellschaftlich von diesen Moschee-Gemeinden allerdings recht konservative Positionen vertreten. Bei anderen Moscheen verhält es sich tendenziell umgekehrt.



Abb. 3: Yavuz-Sultan-Selim-Moschee in Mannheim (Foto: Th. Schmitt).

Moschee in Lauingen (Donau), die in gestalterischer und konstruktiver Hinsicht immerhin den Pforzheimer Vorgängerbau überflügelt, dominiert eine auf einem kubischen Baukörper „aufgesetzte“ Halbkugel (vgl. Abb. 2). Oft handelt es sich bei den Neubauten dieser Kategorie lediglich um moderat veränderte osmanische Kuppelmoscheen, die zugleich die Homogenität türkischer Gemeinschaften widerspiegeln.

Obwohl dies im Prinzip auch für die Yavuz-Sultan-Selim-Moschee in Mannheim zutrifft, wartet dieser Neubau mit bemerkenswerten Besonderheiten auf (vgl. Abb. 3). So fungiert der (für die Ausübung des Gebetsritus unübliche) Kreisgrundriss als eine Art städtebauliches Gelenk, denn der Moscheebau auf einem Eckgrundstück stellt ein elegantes Bindeglied zwischen den benachbarten Blockrandbebauungen dar. Die Ecke, die an einer wichtigen Kreuzung und gegenüber einer historischen katholischen Kirche liegt, wird zusätzlich durch einen markanten vertikalen Erker betont; dieser ist freilich keines reines Gestaltungsmittel, sondern er birgt im Inneren die Gebetsnische, deren zentrale rituelle Funktion an der modern wirkenden Fassade ablesbar wird. Eine weitere außergewöhnliche Planungsentscheidung besteht in der Gleichwertigkeit der symmetrisch angelegten Eingänge für Männer und Frauen, die im Kontrast zur baulichen Hierarchisierung der Geschlechtertrennung steht, die sonst so üblich



Abb. 4: Islamisches Forum Penzberg; Architekt: Alen Jasarevic (Foto: R. Gerard).

ist. All diesen innovativen Merkmalen steht der Gebetsraum entgegen, der mit seiner althergebrachten Ausführung den Antagonismus zwischen Raum und Ritus, Zentral- und Längsbau, Tradition und Moderne offenbart und das erfolgreiche Gesamtkonzept nicht zu Ende führt.

Die architektonische Innovation bekennt sich zur Gestaltung der Moschee, die bewusst mit konventionellen Formen der Vergangenheit bricht und sich von jeglichen visuellen Klischees löst. Völlig neue Entwurfsideen treten in Beziehung mit dem spezifischen Ort; allgemein gültige Architekturformen nach den Regeln international anerkannter Standards unterstreichen die Universalität des Islam und vermitteln dabei Offenheit. Die waghalsigsten Projekte verzichten auf die herkömmlichen Identifikationssymbole wie Kuppel und Minarett, und sie streben sogar eine baulich ausgewogene Geschlechtertrennung an. Bislang waren solche Architekturbeispiele nur im nordamerikanischen Raum vorzufinden, doch ein jüngst abgeschlossenes Bauprojekt in Bayern – das Islamische Forum Penzberg – ist wohl das erste Beispiel für eine Moschee in Deutschland, die dieser dritten Kategorie entspricht (vgl. Abb. 4) Dem Architekten Alen Jasarevic ist es geglückt, das Selbstbewusstsein der jungen muslimischen Gemeinde und ihre Öffnung nach außen hin architektonisch zum Ausdruck zu bringen. Der schlichte, kubische Baukörper wird durch steinerne Elemente ebenso geprägt

wie durch eine kühne Glasfront, die das Innere durch ihren mosaikartigen Aufbau aus Scherben in blaues Licht taucht und Einblicke von draußen gewährt. Die Transparenz des Gebäudes reflektiert das Selbstverständnis der heterogen strukturierten Gemeinschaft als Teil der Ortsgemeinde; gerade ihre ethnische Vielfalt scheint die Überwindung des konventionellen Moscheetypus zu fördern und einen Duktus zuzulassen, der zwar unerhört modern wirkt, der aber den Maßstab des Ortes aufgreift und von allen verstanden und akzeptiert wird – sowohl von den Muslimen selbst als auch von der nichtmuslimischen Bevölkerung. Die Verbindung aus zeitgemäßer Architektur und unaufdringlicher Religiosität ist hier ganz offensichtlich gelungen. Möglicherweise kündigt sich eine „dritte Generation“ von Moscheen und deren Nutzern an, die mit einer neuen, unverkrampften Architektursprache ihre Religion und den Willen zum Bleiben überzeugend artikulieren.

#### 4. Moschee-Konflikte in Deutschland

„Keine Moschee in unserem Stadtteil“, „Keine Moschee in unserer Stadt!“ Diese Slogans sind so oder ähnlich immer wieder in Moscheekonflikten zu hören. Fast lässt sich als sozialwissenschaftliche Regel behaupten: Kein Moscheeneubau in Deutschland ohne sozialen Konflikt. Aber es gibt Beispiele für die Planung und den Bau von Moscheen in der Bundesrepublik, die ohne größeren manifesten Konflikt über die stadtgeseftliche Bühne gingen – so etwa in der oben erwähnten bayerisch-schwäbischen Kleinstadt Lauingen (Donau) Mitte der 1990er Jahre und jüngst in Penzberg. Allerdings ist das Manifestwerden lokaler Konflikte im Zusammenhang mit Moscheeneubauten in Deutschland die Regel und nicht die Ausnahme, was die jeweilige Stadtgesellschaft in ihrer Fähigkeit zu adäquaten Konfliktlösungen, die Sozialwissenschaften in ihrer Fähigkeit zu adäquaten Erklärungen dieses Phänomens herausfordert.

In den letzten beiden Jahren sorgten insbesondere die Debatten um die geplanten Moscheen in Köln-Ehrenfeld, München-Sendling und um zwei Berliner Moscheebauprojekte für eine überregionale öffentliche Aufmerksamkeit. Doch bereits eine Reihe von Moscheekonflikten der 1990er Jahre wurden in den bundesweiten Medien, in den großen Tageszeitungen, in der „Zeit“ in „Bild“, „Spiegel“ oder den „Tagesthemen“ aufgegriffen. Über den heftigen Duisburger Streit um die beantragte Einführung des lautsprecherverstärkten Gebetsrufes durch zwei Moscheen berichtete 1997 gar das US-amerikanische Magazin „Time“.<sup>9</sup> In der Kleinstadt Bobingen bei Augsburg versuchte Anfang der 1990er Jahre die Stadtratsmehrheit, den von einer örtlichen muslimischen Gemeinde beantragten Bau eines Minaretts mit baurechtlichen Mitteln zu verhindern. Nach der einsetzenden überregionalen Berichterstattung über den Bobinger Minarett-Streit sah sich die Kleinstadtgesellschaft plötzlich mit dem Medien-Bild eines ten-

9 Vgl. J. Bonfante, No Rest in the Ruhr?, in: Time, 24.02.1997.

denziell ausländerfeindlichen, hinterwäldlerischen bayerischen Dorfes<sup>10</sup> konfrontiert – kaum jemand hatte damals geahnt, dass fünfzehn Jahre später sich in den Metropolen der Bundesrepublik sehr viel heftigere Debatten um Moscheeneubauten entzünden sollten. Analysiert man vergleichend die Konflikte der 1990er Jahre und die neueren Konflikte um Moscheebauten, so lassen sich allenfalls in Nuancen Unterschiede in den Argumentationen von Befürwortern und Gegnern feststellen.

Warum erreichen Moschee-Konflikte derzeit ein solches Maß an Heftigkeit und medialer Wirksamkeit? Auf diese Frage lässt sich keine monokausale Antwort geben; vielmehr scheint ein Bündel von Faktoren für die verbreitete Eskalation von Moscheekonflikten verantwortlich zu zeichnen. Zudem erscheinen die Unterstützer, erst recht aber die erklärten Gegner von Moscheebauten hinsichtlich ihres sozialen, religiösen, kulturellen und ethnischen Hintergrunds als durchaus heterogen. Das Spektrum der Gegner kann von besorgten, bürgerlichen Anwohnern bis hin zu Neonazis reichen. Es scheint, dass die Kombination aus lebensweltlicher Betroffenheit (bei Befürwortern wie Gegnern) und des symbolischen Stellvertretercharakters des lokalen Konflikts für die hohe Konflikteskalation verantwortlich zeichnet. Moschee-Konflikte sind Symbol- und Symptomkonflikte um die Integration von Migranten und die Stellung des Islams in Deutschland. Durch diese lokale Verdichtung unterscheiden sich Moschee-Konflikte von anderen potentiellen gesellschaftlichen Konfliktfeldern mit einem Bezug zum Islam, etwa der Frage nach der Einführung des islamischen Religionsunterrichts.

Analytisch lassen sich in Moschee-Konflikten drei verschiedene Konfliktaspekte unterscheiden, die als raumbezogen-städtebauliche, ethnisch-kulturelle und religionsbezogene bezeichnet werden können. Aus dem Zusammentreffen und der Überlagerung dieser Aspekte beziehen die Debatten um Moscheeneubauten ein hohes Maß ihrer Konfliktenenergie. Diese Aspekte sind in der Wirklichkeit der Konflikte allerdings vielfältig ineinander verflochten.

#### 4.1 Raumbezogen-städtebauliche und ethnisch-kulturelle Konfliktaspekte

Zugeparkte Parkplätze im Ramadan, Lärmbelästigung durch Veranstaltungen in der Moschee, durch den zuführenden Verkehr und den angeblich erfolgenden öffentlichen Muezzin-Ruf bilden zentrale Stichworte, was die raumbezogen-städtebaulichen Einwände von Anwohnern gegen Moscheebauten betrifft. Hierbei artikulieren Nachbarn und Anwohner aus der näheren Umgebung der Moschee ihre raumbezogenen, partikularen Eigeninteressen im Wunsch nach einem möglichst ungestörten Wohnen ohne große Belästigungen. Vergleichbare Argumentationen sind auch aus anderen raumbezogenen Konflikten um soziale Infrastruktureinrichtungen oder Betriebsansiedlungen vertraut. Aufgrund der Verfahrensstruktur, der Protestformen der Mo-

10 So die Wahrnehmung der überregionalen Berichterstattung durch die Lokalpresse; vgl. Schwäbische Allgemeine Zeitung, 22.01.1993: „Jetzt liegt Bobingen sogar unter dem Meeresspiegel“.

scheegegner (z.B. Unterschriftensammlungen, Demonstrationen), aber auch aufgrund der von diesen, z.B. in Bürgerversammlungen expressiv formulierten unmittelbaren Betroffenheit lassen sich einige Parallelen zwischen Moscheekonflikten und lokalen Ökologie-Konflikten der 1980er und 1990er Jahre ziehen.

Dabei treibt Moschee-Gegner auch die Furcht vor einer „Orientalisierung“ des eigenen Stadtviertels an. Zudem wird argumentiert, die Moschee mit ihrer „fremden“ Architektur passe nicht in das örtliche (oder, weiter ausholend: abendländische) Stadtbild, und füge sich nicht – wie vom Baugesetzbuch gefordert – in die nähere Umgebung ein. Losgelöst von den Verlustängsten infolge der Veränderung einer vertrauten Umgebung muss man jene kulturräumlichen Argumentationen sehen, die im Zusammenhang mit moscheebezogenen Auseinandersetzungen genannt wurden. Demnach seien in Deutschland als Teil des christlich geprägten Abendlandes nur Kirchturm und Glockengeläut, nicht jedoch Minarett und Muezzin-Ruf erlaubt; letztere gehörten in den islamischen Orient. Hier werden normative Territorialisierungen vorgenommen, in denen geographischen Konstrukten wie „Orient“ und „Abendland“ unhinterfragt eine normative Bedeutung zukommt.<sup>11</sup> Doch der Verweis auf die vorgeblich unverrückbare „Ordnung der Dinge“, auf eben nur scheinbar unveränderliche kulturgeographische Großräume<sup>12</sup> kann selbstverständlich nicht für eine ernstzunehmende Begründung, ob ein Moscheebau erlaubt sein soll, herangezogen werden.

Die Befürworter von Moscheen äußern sich ebenfalls mit städtebaulichen und juristischen Argumenten: Sie beziehen sich dabei z.B. auf das Verfassungsrecht auf Religionsfreiheit, das sich auch auf die Auslegung baurechtlicher Bestimmungen auszuwirken habe. Repräsentative Moscheen könne man als städtebauliche Bereicherungen auffassen, und sie seien für die Integration von Muslimen durchaus förderlich. Die Sprecher muslimischer Gruppen betonen, für sie sei die Frage der Genehmigung repräsentativer Moscheebauten ein überfälliges Zeichen für die Anerkennung der muslimischen Minderheit durch die Mehrheitsgesellschaft. Insofern ist es auch gerechtfertigt, entsprechende Konflikte um Moscheen als Anerkennungskonflikte einzuordnen, in denen sich der Kampf um die gesellschaftliche Anerkennung einer marginalisierten Bevölkerungsgruppe symptomatisch ausdrückt.<sup>13</sup>

#### 4.2 Religionsbezogene Konfliktaspekte

Auf den ersten Blick ließen sich religiöse Konfliktaspekte von Moscheedebatten unter die ethnisch-kulturellen subsumieren. Allerdings verlaufen zahlreiche Konflikt-

11 Vgl. B. Werlen, *Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen*, Bd. 2: Globalisierung, Region und Regionalisierung, Stuttgart 1997.

12 H. Popp, *Theoretische Reflexionen zur sozialgeographischen Forschung im Islamischen Orient*, in: *Geographische Zeitschrift*, 3/1999, S. 133-136.

13 T. Schmitt, *Moscheen in deutschen Städten – Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung*, in: A. Mayr / M. Meurer / J. Vogt (Hrsg.), *Stadt und Region*. 53. Deutscher Geographentag Leipzig. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen, Leipzig 2002, S. 338-348.

linien um religiös-theologische Fragen, etwa die Bewertung des Islams aus christlicher Sicht, *innerhalb* der christlichen Kirchen bzw. der deutschen Mehrheitsgesellschaft, so dass auf diese Konfliktlinien die Bezeichnung „ethnisch-kulturell“ im üblichen Verständnis kaum anwendbar ist. Auf der anderen Seite haben sich in der bundesweiten Diskussion in den letzten Jahren Migranten, die biographisch einen muslimischen Hintergrund haben, aufgrund ihrer Ablehnung des vorherrschenden Islams ebenfalls gegen Moscheeneubauten ausgesprochen.

Zwei religionsbezogene Relationen sind in Moschee-Debatten von Bedeutung: Erstens die Relation zwischen der Religion des Islams bzw. islamischen Organisationen und einem als säkular verstandenen Staat bzw. einer säkularen Gesellschaft,<sup>14</sup> zweitens die Relation zwischen den beiden Religionen Islam und Christentum. Konfliktgegner der Moscheevereine behaupteten, der Islam sei eine antidemokratische, totalitäre (Relation 1) und zudem eine antichristliche Religion (Relation 2). Christliche Befürworter von Moscheebauten verweisen gerne auf die „Geschwisterschaft der abrahamitischen Religionen“ Christentum und Islam (Relation 2), und auf das Grundrecht auf Religionsfreiheit, das die öffentliche Verwendung religiöser Symbole mit einbezieht (Relation 1).

Das Verhältnis von Islam und Christentum erwies sich seit der Etablierung des Islams im siebten Jahrhundert als voller Spannungen, wobei die traditionelle islamische Theologie das Christentum insgesamt positiver zu definieren wusste, als es umgekehrt für die historisch wirksamen christlichen Sichten auf den Islam zutrifft. Der Koran würdigt bekanntlich Jesus und Moses als Propheten, Christen werden in der traditionellen islamischen Theologie als sogenannte Schriftbesitzer anerkannt, denen eine Heilmöglichkeit nicht grundsätzlich abgesprochen wurde. Im lutherischen Augsburger Bekenntnis von 1530 wird der Islam als Irrlehre verworfen. Neben den „harten“ wechselseitigen Lesarten existieren gegenwärtig aber auch freundlichere Konzeptionen des wechselseitigen Verhältnisses von Christentum und Islam bzw. islamischer und westlicher Welt: Das Zweite Vatikanum der katholischen Kirche spricht beispielsweise „mit Hochachtung“<sup>15</sup> von den Muslimen und betont die Gemeinsamkeiten zwischen islamischen und christlichen Glauben.

#### 4.3 Funktionen und Symbolgeschichte des Minaretts

In religionsbezogenen Konflikten wird regelmäßig über die „richtige“ Interpretation religiöser Symbole wie des Kopftuches oder eines Minaretts diskutiert. Nicht selten wird dabei von Muslimen wie von Nicht-Muslimen versucht, eine einzige Bedeutung

14 Zu den Tücken des Säkularitätsbegriffs und unterschiedlichen Verständnissen von Säkularität vgl. *H. Bielefeldt*, *Muslimen im säkularen Rechtsstaat. Vom Recht der Muslime zur Mitgestaltung der Gesellschaft*, Bremen 1999.

15 *Nostra Aetate*, Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen, Art. 3, zit. n: *K. Rahner / H. Vorgrimler*, *Kleines Konzilskompendium*, Freiburg i.Br. 1966, S. 355-359.

eines solchen Symbols als die allein richtige festzuschreiben. Das Kopftuch erscheint so als Zeichen selbstbestimmter Religiosität (eine muslimische Position), als Zeichen der Unterdrückung von Frauen oder als Ausdruck eines Bekenntnisses zu einem extremistischen Islam (der klassische Vorwurf von Seiten vieler Nicht-Muslime). Schnell wird übersehen, dass Symbole im Laufe ihrer Geschichte viele, zum Teil recht verschiedene und völlig gegensätzliche Bedeutungen annehmen können. Dies wird auch in der Symbolgeschichte des Minaretts deutlich, auf welche wegen ihrer Relevanz für das Verständnis von Moscheekonflikten im Folgenden näher eingegangen werden soll:

Das deutsche Wort Minarett leitet sich ab vom arabischen Wort „menara“, welches ursprünglich Leuchttürme bezeichnete. Ein Minarett kann (wie praktisch jedes Gebäude oder Gebäudeteil) mehrere Funktionen ein- und Bedeutungen annehmen; funktionaler und symbolischer Bereich eines Bauwerks sind nicht scharf zu trennen. Mit dem Kirchturm teilt das Minarett seine *akustische Funktion*. Seit dem 7. Jahrhundert ruft der Muezzin von der erhöhten Plattform des Minaretts die Gläubigen zum Gebet, wie es zuvor bereits die Glocken der christlichen Kirchtürme taten. Auch die Form des Minaretts wurde vom christlichen Kirchturm, ferner von anderen profanen Turmbauten wie etwa Leuchttürmen angeregt.<sup>16</sup> Das Minarett hat eine deiktische Funktion, wenn es auf den Ort des Gebets und als *pars pro toto* auf die Moschee als Ganzes und schließlich sogar auf die Religion des Islam insgesamt verweist. In den Zeiten der Expansion des Islam hat das Minarett in den eroberten Gebieten auch als eine Art „Siegesturm“ die Kraft der neuen Bewegung markiert<sup>17</sup> – vergleichbare Interpretationen lassen sich auch für christliche Kirchtürme benennen. Im osmanischen Raum lässt die Anzahl der Minarette einer Moschee Rückschlüsse auf den Rang ihres Stifters zu. Diese partiellen politischen Bedeutungen des Bauteils erscheinen jedoch seinem spirituellen Symbolgehalt nachgeordnet: Das Minarett bringt die „Macht des Glaubens“ zum Ausdruck.<sup>18</sup> Minarette wurden in ihrer äußeren Form im Laufe der Ausbreitung des Islam nach geographischen Regionen vielfach variiert. Im Maghreb und dem andalusischen Spanien dominiert der Turm mit quadratischem Grundriss, während bekanntlich in den osmanischen Gebieten schmale und runde, spitz zulaufende Minarette charakteristisch wurden. Neben diesen geläufigen Grundformen existieren zahlreiche regionale Variationen, in denen verschiedene Architektur- und Kunstauffassungen zum Ausdruck kommen.

Die Bedeutung eines religiösen Symbols variiert je nach gesellschaftlichem Kontext und je nachdem, ob die Bedeutung aus einer Innen- oder einer Außensicht defi-

16 R. Hillenbrand, Manara, Manar, in: The Encyclopedia of Islam, new edition, Vol. 6, Leiden 1991, S. 361-368.

17 A. Schimmel, Künstlerische Ausdrucksformen des Islams, in: A. Munir (Hrsg.), Der Islam III, Stuttgart 1990.

18 M. v. Brück, Gutachten über die theologische Bedeutung eines Minaretts für den muslimischen Glauben, unveröff. Gutachten, München 1993.

niert wird. In der barocken und nachbarocken europäischen Rezeption orientalischer Kultur symbolisiert auch das Minarett die anziehende, elegante, exotische Welt des Islam. Hingegen muss es heute auf den Titelseiten westlicher Magazine regelmäßig als Symbol für eine fundamentalistische Bedrohung durch den Islam, oder aber auch eine ethnisch-kulturelle Veränderung des Westens infolge muslimischer Migration herhalten.

Gelegentlich haben Muslime in Moschee-Debatten betont, dass für sie das Minarett so etwas wie „Heimat“ symbolisieren könne: Das Minarett sei eine vertraute Form, welche sie an ihre Herkunftsländer, an die Orte ihrer Kindheit (so Migranten der ersten Generation) erinnere. Oben wurde erwähnt, dass Muslime in Deutschland die Möglichkeit, Moscheen mit Minarett errichten zu können, als Ausdruck von gesellschaftlicher Anerkennung und prinzipieller Gleichberechtigung mit anderen Bevölkerungsgruppen beschreiben. Teilweise wird von „deutscher“ Seite dieser Wunsch von Muslimen nach Anerkennung als Streben nach Dominanz erlebt – das Minarett drücke etwa einen territorialen Machtanspruch von Muslimen aus – und der Konflikt wird damit als ein Dominanzkonflikt interpretiert. Man kann realistischerweise davon ausgehen, dass bei einem Teil der Muslime entsprechende symbolhafte Belegungen des Minaretts durchaus vorhanden sind, allerdings sollten sie nicht im lokalen Konflikt den Mitgliedern des jeweiligen Moscheevereins unbesehen unterstellt werden.

Als ein Fazit dieser Betrachtung des symbolischen Gehalts von Minaretten kann verallgemeinernd festgehalten werden: Interkulturelle Konflikte werden unter Umständen dadurch verschärft, dass kulturelle Symbole aus einer einseitigen Wahrnehmung heraus interpretiert werden, ohne dass erkannt wird, dass Symbole komplexe, teilweise auch widersprüchliche Bedeutungszuschreibungen erfahren können.

## 5. Ausblick

Die deutsche Stadtgesellschaft war seit dem Mittelalter nicht religiös homogen. Doch erst mit der Judenemanzipation des 19. Jahrhunderts wurden neben den christlichen Kirchen repräsentative und großzügig gestaltete Synagogen errichtet.<sup>19</sup> Während noch um 1800 die meisten Synagogenneubauten in ihren Baumaßen sich kaum von größeren Wohnhäusern unterschieden, begann mit der Errichtung der Dresdner Synagoge durch Gottfried Semper 1837 ein knappes Jahrhundert eines zunehmenden Synagogenneubaus. Architektonisch orientierten sich ihre Baumeister an den Bauweisen der jeweiligen Zeit, vom Spätbarock über den Klassizismus und Historismus bis hin zur Entwicklung eines eigenen „maurischen“ Stils, der durch bewusstes Aufgrei-

19 N.T. Gidal, *Die Juden in Deutschland von der Römerzeit bis zur Weimarer Republik*, Köln 1988, S. 246-249; ferner H. Eschwege, *Die Synagoge in der deutschen Geschichte*, Wiesbaden 1988 (orig. Dresden 1980).

fen „fremder“, orientalischer Stilelemente die Eigenständigkeit des jüdischen Glaubens in der christlich geprägten, europäischen Gesellschaft ausweisen wollte. Wenn heute in Deutschland zunehmend auch nicht-christliche Sakralbauten errichtet werden – neben Moscheen auch wieder Synagogen, vereinzelt hinduistische und buddhistische Tempel – so muss man dies als einen Ausdruck von Normalisierung werten. Nach der Zwangshomogenisierung des religiösen Stadtbildes im Dritten Reich, in welchem die meisten Synagogen niedergebrannt wurden, wird wieder an die Pluralität des religiösen Stadtbildes im Vorkriegsdeutschland angeknüpft.<sup>20</sup> Die allgegenwärtige Kommerzialisierung des europäischen Stadtbildes wird seit Jahrzehnten von den Bürgerinnen und Bürgern weitgehend kritiklos hingenommen, ausgerechnet das religiöse Symbol Minarett stößt auf Anlehnung.

Die Autoren dieses Beitrags vertreten den normativen Standpunkt, dass Muslime das selbstverständliche Recht auf Errichtung von repräsentativen Moscheen in angemessenen städtebaulichen Situationen, also gerade auch in Stadtzentren sowie in Wohn- und Mischgebieten haben. Angesichts der Tatsache, dass eine Minderheit von Moscheegemeinden einen extremistischen Islam vertritt, erachten es die Autoren allerdings als legitim, dass eine Stadt- bzw. Zivilgesellschaft prüft, welchem Moscheeverein sie ihre Unterstützung für die Realisierung eines Moscheebauprojekts zukommen lässt. Jenseits der architektonischen und sozialwissenschaftlichen Analysen kann unser Artikel als ein Plädoyer an Stadtgesellschaften verstanden werden, sich auf das Abenteuer Moscheebau einzulassen. Moscheevereine und ihre Architekten möchten wir ermutigen, zu innovativen Formen, zu einer innovativen Architektursprache zu greifen – auch wenn die Reproduktion traditioneller Formen für die Beteiligten oft als der einfachere Weg erscheint, und vielleicht eingewendet werden könnte, dass mit zu hohen architektonischen Erwartungen die Moscheegemeinden eventuell überfordert werden könnten.

Der norwegische Konfliktforscher Johan Galtung benennt drei prinzipielle Hebel, um soziale Konflikte, wie sie auch in den Debatten um Moscheen manifest werden, in einem positiven Sinne zu transformieren.<sup>21</sup> Demnach ist es erstens wichtig, dass die Konfliktparteien an ihren wechselseitigen Wahrnehmungen der anderen Konfliktparteien und ihren Selbstbildern arbeiten und mit Empathie den Interessen der anderen Konfliktparteien nachspüren. Zweitens verlangt eine Konflikttransformation ein gewaltfreies Handeln und drittens eine Kreativität im Umgang mit divergenten Zielen, Interessen und Widersprüchen. Auch bei den Vorgängen rund um die Planung und Errichtung von Moscheen lässt sich gelegentlich etwas von dieser Kreativität

20 Vgl. zu diesem Kapitel *T. Schmitt*, Umstrittene Orte: Debatten um Moscheen in Deutschland, in: *F. Meyer* (Hrsg.), *Wohnen – Arbeit – Zuwanderung. Stand und Perspektiven der Segregationsforschung*, Münster 2007, S. 175-191.

21 *J. Galtung*, Die andere Globalisierung. Perspektiven für eine zivilisierte Weltgesellschaft im 21. Jahrhundert, Münster, S. 192.

bemerken. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen unterstützt beispielsweise den Bau eines Begegnungszentrums, welches in die neue Duisburger Moschee integriert wird. Mit einem solchen Konzept, das von der Moscheegemeinde in enger Kooperation mit der Stadt Duisburg inhaltlich mitgetragen wird, übt das Moscheebauprojekt bereits jetzt eine integrierende Wirkung im Stadtteil aus; der Bau ist Zielobjekt eines regen Fachtourismus geworden. Mit Selbstbewusstsein wird für den neuen Bau geworben, die Moscheegemeinde vernetzt sich innerhalb der Stadt und der bundesdeutschen Zivilgesellschaft. Weniger in architektonischer Hinsicht, als vielmehr in Bezug auf diese gesellschaftliche Einbindung kann das Duisburger Bauprojekt Vorbild für andere Städte sein.

# Autoren

**KARIN BERKEMANN;** Diplom-Theologin und Magistra der Kunstgeschichte; seit 2008 wiss. Volontärin am Landesamt für Denkmalpflege Hessen, seit 2002 Ausstellungen, Publikationen und Beratungen u.a. für Deutsche Gesellschaft für christliche Kunst, Denkmalschutzamt und Freie Akademie der Künste Hamburg, Ministerium für Wirtschaft und Kultur Sachsen-Anhalt, Stadt Heidelberg.

**THOMAS ERNE** (1956); seit 2007 Direktor des EKD-Instituts für Kirchenbau und kirchliche Kunst der Gegenwart und Professor für Praktische Theologie mit Schwerpunkt religiöse Ästhetik und Kommunikation an der Philipps-Universität Marburg; Studium der Theologie in Tübingen und Promotion über das Thema „Lebenskunst. Aneignung ästhetischer Erfahrung. Ein theologischer Beitrag zur Ästhetik im Anschluss an Kierkegaard“. 1990-bis 2005 Gemeindepfarrer in Köngen/Neckar. Habilitation mit einer Arbeit über den Philosophen Hans Blumenberg.

**KERSTIN GOTHE;** Stadtplanerin und Professorin am Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung der Architekturfakultät der Universität Karlsruhe, DASL und SRL; nach Architekturstudium und Städtebau-Referendariat langjährige Tätigkeit als Stadtplanerin in Hamburg- Harburg und als Amtsleiterin in Ludwigsburg sowie im eigenen Büro. Praxisnahe Stadtforschung z.B. zur Campus-Entwicklung und zu Perspektiven des ländlichen Raumes

**WOLFGANG GRÜNBERG** (1940); Pastor, Gründer und Leiter der „Arbeitsstelle Kirche und Stadt“; Professor für Praktische Theologie von 1987 -2005 am „ Fachbereich Ev. Theologie“ der Universität Hamburg. Publikationen: Die

Sprache der Stadt, Skizzen zur Großstadtkirche, Leipzig 2004; Wie roter Bernstein - .Backsteinkirchen von Kiel bis Kaliningrad. Ihre Kraft in Zeiten religiöser und politischer Umbrüche, Hamburg 2008.

**JÖRG A.E. HEIMESHOFF** (1951); nach Studium der Kunstgeschichte, Englisch und Archäologie zunächst in der Abteilung Inventarisati-on des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege in Münster tätig; Promotion und Wechsel zur Denkmalbehörde der Landeshauptstadt Düsseldorf; seit 1986 dort Leiter der Behörde.

**SABINE KRAFT** (1963), Studium der Architektur, Kunstgeschichte, Kirchenbau und kirchliche Kunst der Gegenwart in Kassel, Marburg und den USA. Dissertation über Moscheen in Deutschland. Wiss. Mitarbeiterin am Fachbereich Architektur, Stadtplanung und Landschaftsplanung der Universität Kassel. Wiss. Assistentin und beratende Architektin in Marburg, Institut für Kirchenbau und kirchliche Kunst der Gegenwart.

**THOMAS M. SCHMITT;** Sozial- und Kulturgeograph; Promototion 2002 zum Thema Moschee-Konflikte in Deutschland. Derzeit wiss. Mitarbeiter im Arbeitsbereich Geographische Entwicklungsforschung der Universität Bonn; Forschungen über Politiken des Kulturerbeschutzes in Nordafrika; er ist einer der Sprecher des Arbeitskreises Religionsgeographie in der Deutschen Gesellschaft für Geographie.

**WOLFGANG TUCH** (1975), Dipl.-Ing.; Bauassessor in Heidelberg; seit 2002 Freier Mitarbeiter der Arbeitsstelle Kirche und Stadt, Hamburg. Mitautor der Studien „Kirche morgen“, Leipzig, 2003 und „Kirche vor Ort“, Hamburg 2005.

## Besprechungen

ARND REITEMEIER, *Pfarrkirchen in der Stadt des späten Mittelalters. Politik, Wirtschaft und Verwaltung, Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2005 (Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte, 177), 722 S., 90,- €.*

Die Untersuchung wurde als Habilitationsschrift 2002 an der Universität Kiel abgeschlossen. Behandelt werden u.a. die Fragen, wer den Unterhalt einer Pfarrkirche im Mittelalter finanzierte, wer an dieser arbeitete und wer für diese verantwortlich war. Der Vf. untersucht die Kirchenrechnungen der Stadt Wesel aus den Pfarrkirchen St. Willibrod und St. Nikolaus. Das Werk gliedert sich in sieben Kapitel. Die Rechnungsbücher der Kirchenmeister als historische Quellen sind das Thema des ersten Kapitels. Dabei werden u.a. Überlieferung, Typologie, Kassen- und Buchführung, Rechnungslegung und Zuverlässigkeit der Rechnungsbücher untersucht. Der Vf. gelangt dabei zu der Ansicht, dass die Angaben der Rechnungsbücher nur unter Vorbehalt übernommen werden können, da diese keine fiskalische Kasseneinheit repräsentieren, obwohl sie dieses vorspiegeln.

Das zweite Kapitel befasst sich mit der „*fabrica ecclesiae*“ in der Stadt des Mittelalters. Der Vf. äußert berechtigte Zweifel, ob die Kirchenfabriken kirchliche Institutionen gewesen waren. Sie scheinen ihm weit eher aus privatrechtlichen Anfängen heraus im Zuge der Stadtentwicklungen entstanden zu sein. Dieses wird auch aus dem Verhältnis zwischen Stadt und Kirchenmeistern bestätigt.

Das dritte Kapitel behandelt die Kirchenfabrik und die Kirchengebäude. Das vierte Kapitel geht auf die Kirchengestaltung ein, sei es auf Altäre, Paramente, liturgische Handschriften, sei es auf Orgeln, Glocken oder Kirchturmfah-

nen. Im fünften Kapitel werden die religiösen Handlungen innerhalb der Kirche und ihr Verhältnis zur Kirchenfabrik untersucht.

Auf die Wirtschaft und die Finanzen der Kirchenfabriken geht das sechste Kapitel ein. Hier werden die Einnahmen, der Besitz, die Hörigen und ihre Abgaben, die Opferstöcke, Schenkungen, Stiftungen, Testamente, Verkäufe und Zuwendungen, aber auch die gesamte Bandbreite der Ausgaben in allen Einzelheiten vorgestellt.

Das abschließende siebte Kapitel ist der Administration und dem Personal der Kirchenfabrik gewidmet. Die am Ende jedes Kapitels stehenden Zusammenfassungen werden am Schluss des Bandes nochmals in ein dreiteiliges Ergebnisprotokoll übernommen. Dabei werden zuerst die Kirchenfabriken an städtischen Pfarrkirchen im Mittelalter betrachtet. Sie haben bereits im Frühmittelalter bestanden und haben sich im Reich im Laufe des 12./13. Jahrhunderts mit dem Aufblühen der Städte entwickelt. Dabei lässt sich eine Parallele zur Verfestigung der Pfarrorganisation und der Ausbildung der Ratsverfassung ziehen.

Die Kirchenfabriken entstanden aus dem Wunsch vieler Bevölkerungsgruppen heraus, in den Städten Vorsorge für ihr Seelenheil zu treffen. Memoria und Ökonomisierung der städtischen Gesellschaften waren die Grundlagen der Kirchenfabriken, die ausgehend von einem Sondervermögen rasch zu den größten Institutionen der mittelalterlichen Städte heranwuchsen. Fast überall haben die herrschenden Familien der Stadt die Kirchenfabriken dominiert. Damit waren sie keine Institutionen der gesamten Stadt, sondern der einflussreichen Familien derselben. Die Gemeinden hatten wenig Einfluss auf die Kirchenfabrik. Doch waren die Kirchenmeister Mittler und Geldgeber für Aktivitäten innerhalb

der Pfarrverbände. Der kirchliche Einfluss auf die Kirchenfabriken hat zum Ende des Mittelalters hin immer weiter abgenommen. Die Städte haben sich auch gegen Besitzübertragungen an Geistliche gewandt. Die Kirchenmeister haben in der Regel das Selbstverständnis des Rates und der führenden Familien im Innern der Kirchen vertreten, ähnlich wie das Kirchengebäude das Selbstbewusstsein der Stadt nach außen gezeigt hat.

Obwohl die vorliegende Untersuchung nur bis zum Jahre 1520 geführt wurde, weist der Vf. darauf hin, dass er in der Kirchenfabrik eine Konstante über die Reformation hinweg in den Städten sehe. Dabei habe sich der Einfluss der Gemeinden erweitert. Die Bedeutung der städtischen Pfarrkirche als Identifikationssymbol der Stadt scheint aber zurückgegangen zu sein. Die Untersuchungen haben auch grundsätzliche Unterschiede zwischen den Kirchenfabriken von Stifts- und Pfarrkirchen ergeben.

Das abschließende Ergebnisprotokoll befasst sich mit den Rechnungsbüchern, die eine keineswegs sichere Grundlage für eine allein darauf beruhende Analyse der Institution Kirchenfabrik bieten. Macht und Ohnmacht der Kirchenmeister, ihre Stellung in Stadt und Kirche werden zusammenfassend vorgestellt. Der Vf. betrachtete erstmals die Rechnungsbücher der Kirchenfabriken der Städte umfassender. Er kann damit einen abgesicherten Überblick über deren Bedeutung gegeben. Dabei gelingt es ihm, die Gemeinsamkeiten und die Besonderheiten herauszuarbeiten.

Der Band ist aber auch für die Entwicklung des spätmittelalterlichen Rechnungswesens von großer Bedeutung. Er macht deutlich, wie sich das Rechnungswesen in den spätmittelalterlichen Städten entwickelt hat. Der auf diese Weise für die spätmittelalterliche Stadtgeschichte sehr gewichtige Band schließt mit einem umfassenden Quellen- und Literaturverzeichnis und einem Register, das die Benützung des Werks erleichtert.

*Immo Eberl, Ellwangen / Tübingen*

STEPHANIE WOLF, *Erfurt im 13. Jahrhundert. Städtische Gesellschaft zwischen Mainzer Erzbischof, Adel und Reich Städteforschung, Reihe A: Darstellungen, Bd. 67), Köln: Böhlau 2005, 1 Karte, XLVIII, 310 S., 1 Karte, 39,90 €.*

Die vorliegende Arbeit wurde 2003 als Dissertation an der Universität Jena abgeschlossen. Die Bischofsstadt Erfurt hat sich – wie viele andere Städte des Reiches – in der Zeitspanne vom Ende des 12. bis zum Beginn des 14. Jahrhunderts entscheidend verändert. Die Verfasserin geht dieser Entwicklung in ihrer in neun Kapiteln aufgeteilten Arbeit nach. Ausgehend von der Entwicklung der Erfurter Bürgergemeinde bis ins 12. Jahrhundert werden die Anfänge der bürgerlichen Selbstverwaltung in der Zeit des staufisch-welfischen Thronstreits gezeigt. Nach den ersten Selbstständigkeitsbestrebungen der Stadtgemeinde vom Mainzer Erzbischof wird der erste Erfurter Rat und die Herkunft der Ratsmitglieder untersucht. Die Stadt musste zwar 1217 Erzbischof Siegfried II. erneut als Stadtherrn anerkennen, stand aber nach der Darstellung im dritten Kapitel bereits 1233/1234 erneut in einem Kampf um die Selbstbehauptung. Die Verfasserin zeigt dabei neben der Entwicklung bis zu diesem Zeitpunkt auch den Wandel in der städtischen Elite. Im folgenden Kapitel wird das Autonomiestreben der Stadt 1241-1244 behandelt, um daran anschließend ein ganzes Kapitel der Reform der Rats Herrschaft 1255 zu widmen. Wie das sechste Kapitel zeigt, war der neue Rat 1256-1274 bemüht, das Herrschaftsmonopol zu erreichen. Im siebten Kapitel wird das neuerliche Konfliktjahr 1275 mit der Verwüstung der erzbischöflichen Residenz, dem Krummhaus neben St. Severi, behandelt, um daran anschließend die weitgehend autonome Stadt von 1279-1290 vorzustellen. Die eingehende Untersuchung der Verfasserin zeigt nach der abschließenden Zusammenfassung, dass nach der Ratsreform von 1255 die neu konstituierte und erweiterte Elite die Hoheit über Markt und Handel der Stadt planmäßig an sich zog.

Die Stadt wuchs rasch zu einer wirtschaftlich und militärisch bestimmenden Macht in der Region heran, wie das Vorgehen gegen die Herren von Stotternheim 1269 beweist. Der Einfluss des Erzbischofs wurde weiter zurückgedrängt, dasselbe galt auch für die Stellung des Königs nach der Stauferzeit. In der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts wurden die Weichen gestellt, die die Stadt mit ihrem umfangreichen Landgebiet zu einer beherrschenden Stellung in Thüringen bis zur Mediatisierung 1664 aufsteigen ließ. Erfurt war seit dieser Zeit der eigentliche Mittelpunkt Thüringens.

Die Untersuchung zeigt die langsame Entwicklung unter Berücksichtigung des Wandels der städtischen Gesellschaft, ihrer Führungsgruppen und ihrer Verfassung deutlich. Dabei wird die enge Verbindung zwischen dem Strukturwandel im Reich und in Thüringen mit der innerstädtischen Entwicklung nachgewiesen. Der Anhang gibt die Ratsjahre 1212-1311 wieder und die Geschichte der Ratsgeschlechter Saxo, Quadrans, Lange, Karlinger und von Gotha. Der für die Stadtgeschichte des 12./13. Jahrhunderts über die Mauern von Erfurt hinaus anregende und aufschlussreiche Band wird durch ein gutes Register erschlossen.

*Immo Eberl, Ellwangen/Tübingen*

OLIVER PLESSOW, *Die umgeschriebene Geschichte. Spätmittelalterliche Historiographie in Münster zwischen Bistum und Stadt (Münstersche Historische Forschungen, Bd. 14), Köln: Böhlau 2006, XII, 585 S, 74,90 €*

Die an der Universität Münster 2002/2003 abgeschlossene Dissertation wurde für die Drucklegung überarbeitet. Der Vf. geht am Beispiel der münsterischen Geschichtsschreibung des 14. und 15. Jahrhunderts und des nicht nur in Münster, sondern auch an anderen Orten des Alten Reiches festzustellenden Überganges von der Bistums- zur Stadtgeschichtsschreibung

nach. Er hat seine Untersuchung dazu in drei Teile aufgeteilt. Der erste erörtert die „methodischen Grundlagen“, wobei er in vier Kapiteln die Methodik des Umgangs mit historiographischen Texten des Mittelalters, die Bedeutung des Begriffs „Gattung“ für die Interpretation historiographischer Texte, den Gattungsgehorsam der Bistumshistoriographie ausgehend von den Positionen der Forschung über die norddeutschen Gesta episcoporum des 11. bis zum 15. Jahrhundert behandelt, um zuletzt die Gattungsverweigerung der Stadtchronistik aufzuzeigen. Beginnend bei der Stadtgeschichtsschreibung Italiens führt er diese über die Beispiele für die Unterschiede in Köln, Nürnberg und Augsburg auf die Urbanisierung der Universalchronistik und der Bistumsgeschichtsschreibung als Kennzeichen der „Gattungsverweigerung“ hin. Nach dieser grundlegenden Einführung wendet sich der zweite Teil der Arbeit der münsterischen Geschichtsschreibung zu, die in zwei Kapiteln aufgeteilt ist. Nach dem Katalog der Textzeugen im ersten Kapitel mit 49 verschiedenen Handschriften behandelt das zweite die Phasen der Textentwicklung. Dabei wird nach den Entwicklungsstufen der lateinischen Historiographie die der volkssprachigen, also deutschen, untersucht. Der dritte Teil der Arbeit bietet die „Interpretation“ in vier Kapiteln. Nach einer ausführlichen Betrachtung der Chronik des Florenz von Wevelinghoven wendet sich der Verfasser der Entwicklung „Vom Bistum zur Stadt“ in der Historiographie am Beispiel der Chronik des Florenz von Wevelinghoven und ihren Fortsetzungen zu. Das dritte Kapitel gilt der Verfasserschaft, Rechenschaft und Textkritik in der Fortsetzung der Chronik durch „Arndt Bevergern“. Das vierte Kapitel geht auf die städtische Perspektive in der Fortführung der Historiographie ein, die bis 1458 führt. Der Vf. fasst die Ergebnisse am Ende umfangreich zusammen. Die Arbeit schließt mit einer Bibliographie, Anhängen und einem ausführlichen Register. Die Arbeit hat die sich herausbildende städtische Historiographie am Ort eines Bischofssitzes umfassend aufgearbeitet und inter-

pretiert und dabei gezeigt, welche Bedeutung die städtische Entwicklung insgesamt für die Historiographie des Spätmittelalters hatte. Damit hat der Vf. ein bislang kaum bearbeitetes Gebiet betreten und eine richtungsweisende Untersuchung vorgelegt.

*Immo Eberl, Ellwangen/Tübingen*

HENNER HANNING / JOHANNES M. MÜLLER (Hrsg.), *Dorf und Kirche oder Kirche und Dorf oder Kirchendörfer (Dokumentation einer studentischen Studienarbeit)*, Wismar: Hochschule Wismar, Fachbereich Architektur 2006.

Der vorliegende Katalogband „Dorf und Kirche oder Kirche und Dorf oder Kirchendörfer“ widmet sich dem ländlichen Dorf in Mecklenburg, seinen Charakteristika und seiner Bedeutung. Ein Verdienst des Bandes liegt sicher darin, dass es, aus studentischen Arbeitsgruppen der Hochschule Wismar unter Anleitung der beteiligten Dozenten der Architekturgeschichte entstanden, eigenständige studentische Arbeiten veröffentlicht. Den Untersuchungsraum bilden dabei fünf Dörfer, die südlich von Wismar und Schwerin zu verorten sind.

Entstanden ist ein dichtes Katalogwerk, das alle Aspekte dörflicher Entwicklung – von der Dorfgeschichte bis zur heutigen Bedeutung des Dorfes – abzudecken versucht. Vor der Veröffentlichung die Hilfe eines versierten Lektors in Anspruch zu nehmen, hätte so mancher stilistischer Eigentümlichkeit und historisch kaum haltbarer Interpretation vorgebeugt. Historische Ungenauigkeiten wie beispielsweise der vermeintliche „mittelalterliche Territorialstaat“ mindern den Wert der geschichtlichen Passagen teils erheblich, ebenso die fehlenden Quellenbelege und das lange Zitieren allgemein bekannter Literatur.

Die Bezeichnung von Protestanten als „Evangelisten“ zeigt, wie oberflächlich sich die Autoren mit ihren Texten auseinandergesetzt ha-

ben. Eine inhaltliche Korrektur wäre notwendig gewesen. Überzeugend hingegen ist die Einteilung des Buches in umfassende, fachübergreifende Kapitel, die die Beiträge zu den Dörfern gliedern. Detailreich werden die einzelnen Aspekte des Dorfes dargestellt, wenn auch Aussagen von Dorfbewohnern teils unreflektiert übernommen werden und der Sprachduktus aufgezeichneter Interviews erhalten bleibt. Dem Themenaspekt „Kirche“ wird gemäß dem Buchtitel ausreichend Raum gegeben, Handlungsvorschläge für eine künftige Dorfentwicklung und -sanierung aus Sicht der Architekten schließen das jeweilige Kapitel; ein Glossar und eine Zeitafel runden den Band ab. Verdienstvoll ist sicher, dass die ausgewählten Dorfgemeinden mit diesem Katalogband ihre Dorfgeschichte auch und gerade aus architektonischer Sicht aufarbeiten konnten. So wünschenswert die Publikation studentischer Arbeiten auch immer ist, eine sorgfältigere Betreuung der einzelnen Beiträge durch die beteiligten Dozenten wäre notwendig gewesen. Dennoch gelingt es den manchmal etwas langen Beiträgen, das Besondere, das Typische und das Allgemeine des Dorfes und die Bedeutung der dörflichen Kirche in der Region Westmecklenburg darzustellen und einem interessierten Publikum nahe zu bringen.

*Daniel Kirn, Stuttgart*

SEBASTIAN SCHMIDT / JENS ASPELMEIER (Hrsg.), *Norm und Praxis der Armenfürsorge in Spätmittelalter und früher Neuzeit (Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte Nr. 189)*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2006, 1 Karte, 16 Tabellen, 233 S., 40,- €

Die vorliegenden Aufsätze wurden auf einer Tagung gehalten, die vom 7.-8. November am Lehrstuhl für Mittlere und Neuere Geschichte von Prof. Dr. Ulf Dirlmeier (Universität Siegen) stattfand und die Frage nach dem Verhält-

nis von Norm und Praxis der Armenfürsorge im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit unter der Einbeziehung zeitgenössischer Konzepte, breiter sozioökonomischer Veränderungen und gewandelter (Moral-)Vorstellungen thematisierte. Die zehn Beiträge greifen auf die Ergebnisse von Forschungsschwerpunkten, aktuellen Dissertationen und Habilitationen zurück. Bernd Fuhrmann behandelt als Einleitung Norm und Praxis der Armenfürsorge in Spätmittelalter und früher Neuzeit, wobei er die der Tagung zugrunde liegende neuere Forschung aufzeigt. Alexander Wagner geht auf die Armenfürsorge in „(Rechts-)Theorie und Rechtsordnung der Frühen Neuzeit“ ein, wobei der die Verordnung der geistlichen Kurfürstentümer sowie die im 17. Jahrhundert entwickelten rechtstheoretischen Grundlagen zum Armenrecht heranzieht. Sebastian Schmidt betrachtet die Armenfürsorge der Frühen Neuzeit in ihren konfessionsspezifischen Unterschieden. Rita Voltmer nimmt die Vorschläge des Straßburger Münsterpredigers Johannes Geiler von Kaysersberg zur Reform des städtischen Armenwesens auf, um an ihm obrigkeitliche Normensetzung und städtischen Alltag zu zeigen. Die folgenden vier Beiträge sind den Hospitälern und Leprosorien der Städte gewidmet: Kay Peter Jankrift geht den Normbruch und Funktionswandel anhand des Pfründmissbrauches in Hospitälern und Leprosorien nach, während Martin Uhrmacher Norm und Praxis in Leprosorien des 15. Jahrhunderts am Beispiel von Trier darstellt und Jens Aspelmeier die Wirtschaftsführung des Spitals in Siegen und Meersburg als Beispiele für kleinstädtische Spitäler behandelt. Jutta Grimbach untersucht zuletzt in diesem Abschnitt die Hospitalgründungen des 15./16. Jahrhunderts am Niederrhein und im Herzogtum Westfalen. Frank Hatje wendet sich der Armenfürsorge und Sozialbeziehungen der frühen Neuzeit am Beispiel Hamburgs zu. Fritz Dross schließt den Band mit seinem Aufsatz über neue Konzepte in der Armenpflege des 18. Jahrhunderts und die nicht zustande gekommene Gründung eines Krankenhauses.

Der Band greift im Bereich der Stadtgeschichte eine bislang mehr oder weniger durch die Darstellung von Spitalgeschichten hervorgehobene Thematik auf, die sich erst im Laufe der letzten Jahre der Form der Thematik des vorliegenden Bandes angenähert hat. Die Bedeutung der heutigen Sozialpolitik, die weit über die Sozialfürsorge der damaligen Zeit hinausgeht, ist für die Gemeinschaft der Bürger in den jeweiligen Städten zunehmend von erheblicher Bedeutung geworden, wie sich auch an der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Entwicklung zeigen lässt. Der Band fasst die Beiträge einer internationalen Tagung für die weitere Forschung zusammen. Er gibt damit die Anstöße in der Tagung an die Forschung weiter und nimmt dadurch eine richtungweisende Stellung ein.

*Immo Eberl, Ellwangen/Tübingen*

BRITTA KLAGGE, *Armut in westdeutschen Städten. Strukturen und Trends aus stadtteilorientierter Perspektive - eine vergleichende Langzeitstudie der Städte Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hannover und Stuttgart (Erdkundliches Wissen, Bd. 137), Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2005, 48 Abb., 53 Tab., 310 S., 44,00 €.*

Die 2004 in Hamburg entstandene sozialgeographische Habilitation untersucht an fünf etwa gleichgroßen deutschen Städten für die Zeit von etwa 1986 bis 2000 die Veränderung von Wohnstandortmustern, besonders was die Wohnorte ärmerer Bevölkerungsschichten angeht. Ausgesucht wurden Städte, die über genügend statistische Daten auf Stadtteilebene verfügen, sodass vor allem anhand der Zahlen über Sozialhilfeempfang, Sozialwohnungen bzw. Ausländeranteil eine differenzierte Unterscheidung innerhalb einer Stadt möglich war. Die Autorin hat zusätzlich Quellen hinzugezogen sowie Expertengespräche geführt, um Erklärungen für die Konzentration von Armut in bestimmten Stadt-

teilen, die Verschiebungen von Armutsgebieten oder spezielle Strukturen und Entwicklungen für deutsche und ausländische Sozialhilfeempfänger zu finden.

Bei aller Problematik, den Sozialhilfebezug als Armutsindikator zu verwenden, hatte dieser den Vorteil, dass die entsprechenden Daten deutschlandweit nach einheitlichen Kriterien erhoben wurden und auf Stadtteilebene vorlagen. Zunächst wurde daher eine auf Deutschland bezogene Datenanalyse gemacht, die u.a. feststellt, dass der Anstieg der Sozialhilfedichte für die Gesamtbevölkerung zwischen 1989 und 1993 ausschließlich auf die wachsende Zahl ausländischer Sozialhilfeempfänger zurückzuführen ist. Nachdem die Asylbewerber herausgerechnet wurden, relativierten sich diese Zahlen. Danach erfolgt ein allgemeiner Vergleich der Sozialhilfedichte im Verhältnis zur Wirtschafts- und Sozialentwicklung der Untersuchungsstädte. Es werden Stadtteiltypisierungen durchgeführt und der Wohnungsbestand auf seinen Anteil an Sozial- bzw. Belegrechtswohnungen untersucht. Im Rahmen des Cluster-Verfahrens wurden sechs städteübergreifende Stadtteiltypen erarbeitet, die sich dann auch graphisch darstellen ließen (S. 88 ff.). So wurden Stadtteile mit niedrigem bis mittlerem Status, einem hohen Ausländeranteil und einer hohen Wohnungsdichte gefunden (A), bei denen sich unter A1 ein hoher Anteil von Ausländern und Einpersonenhaushalten bei hoher Wohnungsdichte fassen lässt, was bei A 2 extremere Werte erfährt. Unter B sind Stadtteile mit niedrigem bis mittlerem Status, einem hohen Anteil an Sozialwohnungen und einem eher unterdurchschnittlichen Anteil an Einpersonenhaushalten gefasst, die unter B 1 einen relativ geringen Anteil an Altbauwohnungen und einen unterdurchschnittlichen Ausländeranteil kennen, während unter B2 der Ausländeranteil, der Anteil der Einpersonenhaushalte und Altbauwohnungen deutlich höher liegt, bei niedrigerem Sozialwohnungsanteil. Unter C werden Stadtteile mit mittlerem und hohem Status subsumiert, die bei C1 niedrigen Ausländeranteil, geringe

Wohnungsdichte und unterdurchschnittlichen Anteil an Sozialwohnungen sowie Einpersonenhaushalten haben, während bei C2 die Werte etwas angeglicher sind. Da die Zähleinheit meist der Stadtbezirk ist, ein Stadtbezirk aber ganz unterschiedliche soziale Strukturen aufweisen kann, sind die Ergebnisse nur Annäherungswerte. Trotzdem gelingt es sowohl für jede der behandelten Städte, als auch im Vergleich Werte zu ermitteln, die die Segregation von Armut und deren Veränderung augenscheinlich werden lässt.

An den Untersuchungsstädten wird auch deutlich gemacht, dass Stadtteile, die besonders statusniedrig sind, einen hohen Ausländeranteil aufweisen oder/und mit überdurchschnittlichem Sozialwohnungsanteil versehen sind, als allgemeine Armutsgebiete gelten können. In der Regel waren diese Armutsgebiete im Untersuchungszeitraum stabil, Ausnahmen gab es in Bezirken, in denen größere Mengen Sozialwohnungen aus der Bindung herausgefallen sind und in denen sich aus Altersgründen die Struktur einer Bevölkerung vom Familienhaushalt zum Einpersonenhaushalt wandelte, was häufig zu einem Rückgang der Sozialhilfeempfänger führte. Andererseits ließen sich auch Stadtteile feststellen, in denen sich die Segregation der Sozialhilfeempfänger verstärkte, wobei sich ein zunehmender Ausländeranteil feststellen ließ. Betroffen sind hier vor allem Hochhaussiedlungen der 1970er Jahre. Generell konnte festgestellt werden, dass trotz zunehmender sozialer Disparitäten die räumliche Disparität auf der Ebene der Stadtteile nicht gestiegen ist. Ausländische Sozialhilfeempfänger leben weniger segregiert als deutsche. Dass es aufgrund kapitalistischer Marktmechanismen und politischen Handelns sich selbst verstärkende räumliche Polarisierungsprozesse gibt, konnte nur teilweise bestätigt werden, zumal die städtische Sozialpolitik der beiden letzten Jahrzehnte diesem Prozess in der Regel entgegenzuwirken suchte. Die politisch Verantwortlichen, so ein Fazit, haben nur wenig Möglichkeit, der Armut als Ganzes entgegenzutreten.

Viel wirkungsvoller sind bauliche und soziale Maßnahmen in den Quartieren, auch der Abbau von Armutskonzentration bei der Errichtung von Sozialwohnungen mit Blick auf eine „soziale Mischung“. Die Verbesserung des Wohnumfeldes und die Schaffung von positiven Lebensbedingungen, vor allem auch für Kinder und Jugendliche, sind somit eine Herausforderung für die Politik.

Für die untersuchten Städte sind erhellende Analysen entstanden, die für die kleinräumige sozialtopographische Entwicklung auch für den Neuzeithistoriker von Interesse sind. Im Vergleich zeigt sich, dass sich die individuelle Entwicklungsgeschichte einer Stadt vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert in den Wohnorten sozialer Schichten widerspiegelt. Der Band ist durch zahlreiche Tabellen und z.T. farbige Graphiken angereichert.

*Clemens von Looz-Corswarem, Düsseldorf*

TILMAN HARLANDER (Hrsg.) in Verbindung mit HARALD BODENSCHATZ, GERHARD FEHL, JOHANN JESSEN und Gerd Kuhn, *Stadtwohnen. Geschichte, Städtebau, Perspektiven, Ludwigsburg/München: DVA Architektur 2007, 400 S., zahlr. Abb., 49,95 €.*

Es handelt sich um die Ergebnisse eines groß angelegten Forschungsprojektes, das von der Wüstenrot-Stiftung gefördert wurde. Dafür, sich nun so umfassend dem „Stadtwohnen“ zuzuwenden, also privatem Wohnungsbau in den Kernstädten und ihren städtebaulichen Kontexten in aktueller und historischer Dimension, sprechen nicht nur die gegenwärtigen Trends. Denn die schon um 1900 einsetzende, nach 1945 stark beschleunigte Entwicklung zu einer immer größeren Suburbanisierung und zur Zersiedelung der Landschaft scheint derzeit zwar nicht gebrochen, aber doch qualitativ aufgefangen. Offensichtlich werden Teilen der Bevölkerung und den Stadtpolitikern die ökologischen,

wirtschaftlichen und sozialen Kosten des „Wohnens im Grünen“ bewusst.

Das Thema hat sowohl eine strukturelle als eine historische Dimension. Strukturell geht es um die Frage, wie Stadt überhaupt gestaltet sein soll, welche Aufgaben sie erfüllt und welche Zukunftspotenziale sie aufweist. Erinnert sei hier an die schon länger anhaltende urbanistische Debatte, inwieweit die „europäische“, verdichtete und multifunktionale Stadt weiterhin realistischer Weise das Leitbild für Arbeit, Leben und Wohnen sein kann oder ob man sich mit der Qualifizierung der Zwischenräume zufrieden stellen soll. Der historische Zugriff auf das Thema Stadtwohnen erweist sich mit diesem Band als ungemein lohnend. Wie schon im Vorgängerprojekt „Villa und Eigenheim. Suburbaner Städtebau in Deutschland“, in dem es um die städtebauliche Qualifizierung suburbanen Wohnens und historische Erfahrungen mit modellhaften Wohnprojekten an den Peripherien ging, so werden auch hier historische Modelle städtischer Wohnentwicklung vorgestellt. Hierbei stehen der historisch-analytische Erkenntniswert der präsentierten Modelle und ihr Vorbildcharakter für heutige Vorhaben im Vordergrund – und wohl auch ihr ästhetischer Wert. Es zeigt sich, dass die europäische Geschichte eine staunenswerte Vielzahl von Konzepten und Realitäten bürgerlichen Stadtwohnens hervor gebracht hat, und es erweist sich, wie viele Vorhaben der Gegenwart in anderen europäischen Ländern der deutschen Debatte wichtige Anregungen vermitteln können. Es geht also um urbanes Wohnen, um Wohnen in städtebaulich strukturierten Zusammenhängen und um qualifizierte Bewältigung von Strukturbrüchen der urbanen Entwicklung. Vornehmlich wird das Wohnen im Eigentum behandelt, wenn dies auch die Beschäftigung mit Mietwohnungsprojekten nicht ausschließt, denn die Autorinnen und Autoren scheinen sich der Gefahr einer Verschärfung sozialer Segregation durch luxuriere Städteentwicklung durchaus bewusst.

In dreißig deutschen internationalen Fallstudien vom modellmäßigen Hausbau in Rastatt

und Karlsruhe während des 18. Jahrhunderts bis zum Pariser Boulevard Haussmann, von der südwestlichen Innenstadt in Görlitz bis zum Utrechter Stadtteil Oudwijk und von den Stadterneuerungsprojekten der dreißiger Jahre über umgenutzte Quartiere in Manchester bis zurück zur HafenCity reichen die Fallstudien, welche die west- und zentraleuropäische Perspektive dicht und vielseitig repräsentieren. Jede dieser Fallstudien basiert auf einem weitgehend übereinstimmenden Kriterien- und Frageraster: Es geht um die Bedeutung, die Initiatoren, die Planung, Finanzierung, Eigentumsformen, städtebaulichen Kontexte, Realisierung und Nutzungsgeschichte der einzelnen Bauprojekte, die verwendeten Haustypen und Grundrisse, auch um einwirkende städtebauliche Konzepte und ästhetische Vorstellungen. Immer wieder wird auf gegenwärtige, sozialpolitisch kritisch zu sehende, Umformungen solcher Quartiere (v.a. aufgrund von wachsender Exklusion und der Umwandlung von Wohn- in Büroraum) und auf aktuelle Revitalisierungsmaßnahmen eingegangen.

Zahlreiche Abbildungen und Pläne erhöhen den Informationswert und regen die Leser schon auf visueller Ebene zu einer künftigen Besuchstour an. Doch erschöpft sich der Band nicht in Fallstudien und Dokumentation. Vielmehr sind in ihn längere strukturgeschichtliche Teilstudien eingestreut, die weitere Beispiele enthalten. Gerhard Fehl widmet sich anhand deutscher Beispiele und für Venedig dem planmäßigen Stadt- und Wohnungsbau der Frühen Neuzeit, der auf die Herstellung eines „perspektivischen Stadtraums“ hinauslief, und in dem die Fürsten und Obrigkeiten auch Mietwohnungen förderten. Gerd Kuhn klärt das „Stadtwohnen im Aufbruch“ um 1800. Gemeint sind die Verschränkungen zwischen der Entstehung eines neuen bürgerlichen Familientypus und neuen Formen des Eigentums- und Mietwohnungsbaus, allerdings bleibt kritisch anzumerken, dass hier noch vom Modell des „Ganzen Hauses“ ausgegangen wird, das doch inzwischen in der sozialgeschichtlichen Forschung stark relativiert wurde.

Kuhn geht auf Entfestigung und Stadterweiterungen etwa am Beispiel Frankfurts ein und arbeitet heraus, wie erstmals größere Quartiere in den Städten auftauchten, die funktional und sozial segregiert waren. Harald Bodenschatz, der im Vorgängerband „Villa und Eigenheim“ v.a. gartenstädtische Siedlungen in Berlin vorgestellt hatte, widmet sich nun den fast ebenso exklusiven „neuen bürgerlichen städtischen Adressen“ des langen 19. Jahrhunderts. Es geht aber nicht nur um das Spitzenbausegment, sondern auch um den „mittleren“ Sektor, der insgesamt etwa ein Viertel der gesamten urbanen Wohnbestände umfasste und in dem die Wohnungen teils im Eigentum, teils zur Miete angeboten wurden. Hierbei wird insbesondere auf die wachsende städtebauliche Komplexität der vorgestellten Vorhaben hingewiesen. Erneut Gerd Kuhn beschäftigt sich mit den urbanen Wohnprojekten in der Weimarer Republik, deren Entwicklung sich zwischen den Polen der Citybildung und der Verlagerung an die Peripherie vollzog; Kuhn zeigt aber entgegen bisher dominanten Forschungsrichtungen, wie nicht nur Trabantenstadtkonzepte aufkamen, sondern auch der (rechtlich stark erschwerte) Eigentumswohnungsbau modellhaft zum Zuge kam. Tilman Harlander verfasste ebenfalls zwei längere Beiträge: zum „Stadtwohnen 1933 bis 1945“ und zum „Wiederaufbau und Modernisierung der Stadtstrukturen“ bis 1970. Im ersten Artikel geht es weniger um die inzwischen recht bekannten außerstädtischen Siedlungsprojekte der NS-Zeit als um innerstädtischen Wohnungsbau und Altstadtsanierungsprojekte, auch hier kommt, in europäischer Perspektive, die Debatte um die Belebung des Eigentumswohnungsbaus zum Zuge. Im zweiten Artikel wird ebenfalls auf Eigentumswohnungsbau und auf Projekte in der DDR hingewiesen. Schließlich geht es Christian Holl und Johann Jessen um die fundamentale Wende einer „Aufwertung und Neubestimmung des innerstädtischen Wohnens seit den 1970er Jahren“. Trotz der dominierenden Suburbanisierungstendenzen begann diese Wende mit den Stadterneuerungs-

projekten der siebziger Jahre, setzte sich über neue innerstädtische Quartiere und Haustypen bis zu den 1980er Jahren fort, steigerte sich über die Leitidee der „europäischen Stadt“ bis zur schwerpunktmäßigen Entwicklung neuer Innenstadtquartiere heutzutage.

Gerade dieser Beitrag zeigt noch einmal, dass sich der Band nicht mit geglückten historischen und noch aktuellen Beispielen innerstädtischen Wohnens zufrieden gibt, sondern deren Kriterien und Akteure sehr transparent und explizit klärt und somit auch zu einer Revision der Stadtgeschichtsforschung anregen könnte. Denn diese orientierte sich bislang stark an wirtschaftlichen, demographischen, an funktionalen und raumtypologischen Kriterien; mit dem Gesichtspunkt des „Stadtwohnens“ ergeben sich indes andere Perspektiven nicht nur hinsichtlich der Wahrnehmung dessen, was an der Stadtgeschichte wichtig ist, sondern auch hinsichtlich ihrer Periodisierung. Freilich darf man bei all dem nicht die Normalität städtischen Baugeschehens vergessen, den klassischen Arbeiterwohnungsbau, die Siedlungen an den Peripherien und die vielen kleinen privaten Erschließungen. Aber „Stadtwohnen“ von den Rastatter Typenhäusern bis zu den Sozialwohnungen an den Quais in Nantes erschließt eindeutig eine neue wissenschaftliche Perspektive der historischen Wahrnehmung von Stadt.

*Clemens Zimmermann, Saarbrücken*

UNDINE GISEKE / ERIKA SPIEGEL  
(Hrsg.), *Stadtlichtungen. Irritationen, Perspektiven, Strategien (Bauwelt Fundamente 138), Birkhäuser: Basel 2007, 269 S., 24,90 €.*

Dem gut lesbaren Sammelband werden Leitfragen vorangestellt. Zuerst geht es um Stadtteile mit hohem Gebäudeleerstand in ostdeutschen Städten sowie um den längerfristigen Bestand ehemaliger Nutzungsstrukturen in der Stadt; anschließend wird nach plausiblen Strategie

gefragt, um die Sicht auf eine andere Stadt zu öffnen. Sodann werden landschaftsähnliche Elemente in der Stadt thematisiert und angemessene Methoden und Instrumente der Stadtplanung diskutiert.

Gerd Albers gibt einen interessanten historischen Überblick über die verschiedenen, zeitbedingten Stadtentwicklungsmodelle und stellt fest, dass Stadtentwicklung immer mit großen Unsicherheiten verbunden war. Johann Jessen fragt nach der Wirkung von Stadtentwicklungskonzepten unter anhaltender Rückbildung der Nachfrage. Wohltuend weist Jessen auf Unsicherheiten hin, die mit den aktuellen Prognosen und Strategien zur Stadtentwicklung verbunden sind. Im Mittelpunkt des Bandes stehen zwei Beiträge von Erika Spiegel. Der eine gibt eine präzise Interpretation statistischer Materialien zur Bestimmung zukünftiger Wohn- und Standortpräferenzen unter den Stichworten weniger, älter, bunter. Im zweiten Beitrag wird das Wohnen in der Stadt thematisiert, um das Verhältnis vorhandener Wohnungsbestände und ermittelter Präferenzen zu klären. Elke Pahl-Weber thematisiert den Umgang mit Rückbildungsprozessen in strukturschwachen Regionen Westdeutschlands. Weitere Autoren setzen sich mit dem Umbau von Altbauquartieren (Wulf Eichstädt) und mit Möglichkeiten auseinander, neue Verbindungen von Stadt und Landschaft zu formulieren (Günter Nagel). Heidede Becker fragt nach Strategien und Konzepten im zukünftigen Stadtbau und im Beitrag von Kees Christiaanse zu Methodik und Regeln von Entwicklungsprozessen geht es um die Tragfähigkeit von übergeordneten Strategien. Undine Giseke fordert mehr Spielräume für mehr Freiflächen in der Stadt. Die übergreifende Frage des Buches, inwiefern „Ansätze und Möglichkeiten zu erkennen sind, statt funktionslos gewordener baulicher Komponenten landschaftliche Elemente als konstituierende Elemente neuer stadträumlicher Strukturen zu entwickeln“ ist wohl etwas sperrig formuliert. Es geht den Herausgeberinnen offensichtlich um das Einfügen neuer landschaftlicher Elemente in der Stadt. Ob wir

mit dem heutigen Wissen bereits von „funktionslos gewordenen Stadtteilen“ sprechen dürfen, muss die Geschichte beantworten. Vorsichtiger und dem Kulturgut Stadt angemessener wäre es, von Städten im „Wartestand“ – *Waiting Cities* (statt *Shrinking Cities*) zu sprechen. Überzeugende Antworten sehen die Herausgeberinnen in den Leipziger Strukturkonzepten (Wolfgang Kunz). Trotzdem lassen sich mit „Stadtlichtungen“ noch keine eindeutigen Antworten auf die nicht einfache Situation ostdeutscher Städte geben. Aber dies ist auch nicht unbedingt im Sinn der Herausgeberinnen. Sie stellen in ihrem abschließenden Ausblick klar, dass es ihnen nicht um ein Manifest zur zukünftigen Entwicklung der Stadt geht, sondern um einen Versuch, zukünftige Aufgaben zu erkennen, um Lösungsansätze in der Stadtentwicklung zur Diskussion stellen zu können. Der Band schließt mit einer durchaus überzeugenden Empfehlung, individuelle und stadtspezifische Konzepte zu entwerfen. Trotzdem bleiben gewisse Irritationen: „Stadtlichtungen“ als begrüßenswerte Übersicht über aktuelle Probleme der Stadtentwicklung in Deutschland gedacht, hätte zum einen die Vor- und Nachteile der kompakten europäischen Stadt expliziter thematisieren müssen. Mit der Leipzig Charta der europäischen Bauminister bekommt gerade der behutsame Umgang mit der historischen Stadt einen besonders hohen Stellenwert; zum anderen werden die Altbauquartiere des 19. Jahrhunderts (auch im Osten Deutschlands) angesichts des Klimawandels und des Anliegens nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie junger Paare eine immer größere Aktualität erlangen. Je enger die Häuser zusammenrücken, umso intensiver ist die Vernetzung untereinander. Und die sozialwissenschaftlich ausgerichteten Thesen von Karl Otto Hondrich – „Weniger sind Mehr“ (Frankfurt a.M. 2007) – hätten es im Kontext verschiedener Positionen zum Thema „weniger und älter“ verdient, diskutiert zu werden. Der in Deutschland recht einseitig geführten Demografie- und Stadtschrumpfungsbefragung hätten mit diesen Thesen neue Anstöße verliehen wer-

den können. Es wäre doch spannend, über seine Feststellungen zu diskutieren, wonach der gesellschaftliche Fortschritt eine Folge von immer weniger Menschen mit immer größerem Reichtum ist. Und im Zeitalter der Globalisierung ist zudem zu bedenken, dass die kompakte europäische Stadt weit mehr städtebauliche Identität vermittelt und Antworten auf den Klimawandel zu geben vermag als aufgelöste Stadtlandschaften – zum Wohl der Bürger und zur Wahrung des kulturellen Erbes.

Jürg Sulzer, Görlitz

INGRID SCHEURMANN (Hrsg.), *Zeit Schichten: Erkennen und Erhalten – Denkmalpflege in Deutschland. 100 Jahre Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler von Georg Dehio. Katalogbuch zur gleichnamigen Ausstellung im Residenzschloss Dresden, 30.07.-13.11.2005, München/Berlin: Deutscher Kunstverlag 2005, 340 S., reich ill., 34,90 €.*

INGRID SCHEURMANN/HANS-RUDOLF MEIER (Hrsg.), *Echt. alt. schön. wahr: Zeitschichten der Denkmalpflege, München/Berlin: Deutscher Kunstverlag 2006, 264 S., reich ill., 34,90 €.*

Der stattliche, großformatige Band, *Zeit Schichten*, herausgegeben im Auftrag der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger sowie der Dehio-Vereinigung, wurde erarbeitet im Rahmen einer gemeinsam ausgerichteten Ausstellung in Dresden, die der nunmehr 100jährigen Geschichte des „Handbuches der deutschen Kunstdenkmäler“ von Georg Dehio gewidmet war. Der Sammelband von insgesamt 46 Fachbeiträgen geht allerdings thematisch wie auch inhaltlich weit über das Werk des „Dehio“ hinaus. Dieses ist eher ein Aufhänger für allgemeine, theoretische wie auch objekt- oder projektbezogene Darstellungen im Zuge der historischen sowie aktuellen

Entwicklung der Denkmalpflege im deutschen Raum, was dem Werk einen einschlägigen Gegenwartbezug verleiht.

Eingeteilt ist der Band – der Gliederung der Ausstellung folgend – in eine entwicklungsge- schichtliche, zugleich aber vornehmlich thematische Gruppierung, womit besonders markante Tätigkeitsfelder der Architektur- und Baudenkmalpflege ins Bewusstsein gerückt werden. Zu den allgemeineren Themenbereichen gehören „Stationen der deutschen Denkmalpflege“, „Denkmalpflege und moderne Gesellschaft“, „Georg Dehio als Wegbereiter der modernen Denkmalpflege“, „Nationaldenkmale im 19. und 20. Jahrhundert“, „Konservieren, nicht restaurieren“, „Denkmalpflege und Heimatschutz“, „Denkmalpflege im Dritten Reich“, „Wiederaufbau und Denkmalpflege nach dem Zweiten Weltkrieg“, „Neue Aufgaben der Denkmalpflege seit den 1970er Jahren“, „Die Pflege der klassischen Monumente“, „Die Denkmalpflege im Dialog der Wissenschaften“, sowie letztlich die „Herausforderungen an die Denkmalpflege der Gegenwart“. Damit werden grundlegende Themen aus der Entwicklung denkmalpflegerischer Zielsetzungen berührt und mit knapp gehaltenen Beiträgen konzeptionell, gedanklich oder auch exemplarisch präsentiert.

Leitgedanke der Ausstellung wie des Bandes unter dem Motto der „Zeitschichten“ ist der zeit- und gesellschaftsbedingte Wandel denkmalpflegerischer Perspektiven und Zielsetzungen im Bewusstsein einer ständig zu aktualisierenden Aufgabenstellung, Motivation und Begründung einer Denkmalpflege als kulturelle und gesellschaftliche Grundbedingung. Dabei stellen sich epochenspezifische Leitmotive einer Denkmalpflege heraus, Bauwerke in ihrer Tradition als Symbole nationaler Einheit (Wartburg, Bismarcktürme, Brandenburger Tor u.a.) als Identitäts- und Traditionsträger sowie in Rückbesinnung auf handwerkliche Traditionen, aber auch allgemeingültige und in der Zeit unabhängige Beweggründe, wie besonders der Denkmalschutz als Gegenbewegung gegen jegliche Zerstörung historischer Bausubstanz. Die

Ausstellung wie auch der sie dokumentierende und bleibende Band soll in einer breiten Öffentlichkeit wie auch einem interdisziplinären wissenschaftlichen Kontext anregen zu einer ständig wirksamen Auseinandersetzung mit der Geschichte und der Gegenwart einer aktiven Denkmalpflege, wozu mit diesem Band in der Tat ein einschlägiger Beitrag geleistet wird.

Zu diesem Sinnzusammenhang tragen vor allem vertiefende Gedankenführungen bei, so von I. Scheurmann (Erhalten und nur Erhalten?!), von G. Mörsch (Fremd, vertraut oder entbehrlich), von M.F. Fischer (Das Original und seine Reproduktion) sowie – im Überblick die jüngere Theoriedebatte referierend – die Darstellung von H.-R. Meier und T. Will (Paradigmenwechsel der modernen Denkmalpflege).

Der Entwicklungsgang denkmalpflegerischer Zielsetzungen wird nicht nur in Konzeption, Titel und Anlass der Ausstellung wie des Bandes deutlich, sondern auch hier und da sehr konkret in Bezügen zu den Leitgedanken von Georg Dehio als Wegbereiter einer organisierten Denkmalpflege mit den in seiner „Kaiserrede“ (1905) richtungsweisenden Vorgaben einer „Erziehung zur Denkmalfreundschaft“, dem „Konservieren, nicht Restaurieren“, einem „Erhalten und nur Erhalten“ oder der Maßgabe, dass notwendige Erneuerung immer auch erneuert erscheinen muss. Ausführlich auf Dehios Werk eingegangen wird in drei Beiträgen von I. Scheurmann und einem Beitrag von M. Weis („Zur Geschichte des Handbuches der deutschen Kunstdenkmäler“).

In der Zusammenstellung und Auswahl der die allgemeinen Themenbereiche repräsentierenden Denkmalobjekte wird die Bemühung deutlich, „Leitobjekte“ mit einem allgemeineren Bekanntheitsgrad herauszustellen, die immer wieder und besonders in jüngerer Zeit Anlass zu kontroversen denkmalpflegerischen Zielsetzungen und Lösungen gegeben haben: Städtebauliche Wiederaufbau-Debatten (Münster, Nürnberg, Berlin u.a.), archäologische Rekonstruktionen (Frauenkirche Dresden u.a.), Nachahmungen und Surrogate (Stadtschloss Berlin).

Insgesamt ist der denkmalpflegerische Betrachtungsansatz der Ausstellung wie des Bandes auf den städtischen wie auch monumentalen Einzelbau gerichtet, auf Architektur, Baustil, Erhaltung, Rekonstruktion oder Nachahmung und nur nebenbei auf denkmalpflegerische Aspekte von Stadtlandschaft, Städtebau oder Sanierungskonzepten und -projekten. Zu den einzelnen unter verschiedenen denkmalpflegerischen Aspekten in jeweiligen Einzelbeiträgen behandelten Bauwerken gehören besonders Kirchenbauten (Kölner Dom, Bremer Dom, St. Michaelis in Hamburg, Limburger Dom, Aachener Dom) sowie Burgen und Schlösser (Burg Rothenfels, Wartburg, Trifels, Wewelsburg, Heidelberger Schloss, Schloss Augustusburg, Residenz Dresden, Herrenhaus Ludwigsburg). Städte als Ganzheit werden unter den Aspekten der Auswirkung von Globalisierung, demographischem Wandel und Nachhaltigkeit (besonders Ruhrgebiet und Leipzig), der Geschichte der Heimatschutzbewegung und eines „Altdeutschen Stadtdenkmals“ (Nürnberg) exemplarisch behandelt.

Allein – jedoch nicht immer – bedingt durch eine notwendige Knappheit der Darstellung tragen nicht alle Beiträge zu einer fundierten Information oder Fachdiskussion bei, es sind jedoch manche in diesem Sinne hervorzuheben. Hierzu gehören – übergeordnet – die berührten Problemstellungen der Wandlungen in der Denkmaltheorie und eines Paradigmenwechsels – Definitionen des Begriffes „Denkmalpflege“ – Integration neuer Denkmalgattungen – das „System Denkmalpflege“, fachlich und organisatorisch ein Wertesystem und Kriterien der Bewertung in der Denkmalpflege die Stellung der Denkmalpflege zur Erneuerung, Rekonstruktion und Wiederherstellung – Denkmalkultur und Erinnerungsbewahrung – die gegenwärtige „Krise“ der Denkmalpflege in der Politik und Gesellschaft – Denkmalpflege als gesellschaftliche Aufgabe kontra ökonomische Fremdinteressen – ein zerstörtes Traditionsbewusstsein oder „Permanenzbedürfnis“ kontra denkmalpflegerisches Bewusstsein in der gegenwärtigen Gesellschaft – gesellschaftspolitische und fach-

kritische Revisionsansätze sowie „Nachdenken über Denkmalpflege“. Diese grundlegenden Problemfelder der Denkmalpflege werden in vielen der Darstellungen deutlich, pointiert jedoch in dem Beitrag „Paradigmenwechsel in der modernen Denkmalpflege?“ von H.-R. Meier und T. Will herausgestellt.

In einem zweiten, in sich selbstständigen, aber doch auch zu dem Anlass der Ausstellung und des Jubiläums gehörigen Band sind die Erträge der begleitenden Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zusammengefasst. Zugeordnet sind die 27 Beiträge zu drei Themenbereichen: geistesgeschichtliche Grundlagen – gesammelte Erfahrungen – aktuelle Herausforderungen. Hier wird die kritische Selbstdarstellung und Analyse denkmalpflegerischer Tätigkeit in einer noch allgemeineren Perspektive vertieft – die Bände ergänzen sich unmittelbar, noch dazu durch eine Reihe gleicher Autoren. Über eine fachliche Selbstreflexion hinaus ging und geht es – gerade auch in den die Ausstellung begleitenden Ansprachen des Publikums – um eine die Öffentlichkeit ansprechende Bewusstseinsbildung für Erhaltung und Denkmalschutz, um die Weckung eines kulturpolitischen Engagements und eine „Erinnerungskultur“ in einem breiten, durchaus auch heimatlich bindenden Kontext. Die allgemeinen Gedankengänge und Forderungen sprechen den Abbau einer „Fremdheit des Vergangenen“ an, einen Gegenwartsbezug im Zuge einer adäquaten Nutzung und Umnutzung von Denkmalobjekten, einen Echtheitsanspruch, originale Wahrheit sowie stilechte Schönheit, was unter plakativen und damit aufrüttelnden Titeln der Beiträge reflektiert und nahegebracht wird.

Zusammenhänge mit der Stadt als Denkmal Landschaft werden thematisiert mit der „Sehnsucht nach historischen Stadträumen“, der Altstadt im Kontext eines modernen Städtebaus, erneuerten Leitbauten in moderner Umgebung, der Denkmalpflege in den Städten der DDR wie auch mit dem städtebaulichen Spannungsfeld historischer Echtheit, Rekonstruktion und dem Rückbau.

Nach außen wie auch nach innen weiterführend leiten sollen die im Zuge der zentralen Veranstaltung erfassten „Zehn Thesen zur Denkmalpflege der Gegenwart“, der sogenannten „Dresdner Erklärung 2005“. Die Thesen enthalten Forderungen wie auch Warnungen zu den Stichworten (1-5) Denkmale und Geschichte/Identität/Ranking/Eventkultur und Globalisierung sowie (6-10) Denkmalschutz und Umweltschutz/kulturelle Bildung/Kommunikation/Denkmal Kompetenzen und Politik. Zu den zukunftsweisenden Forderungen gehören Anerkennung vom Wert des Originals, Entwicklung einer europäischen Denkmalidentität, eine kulturelle Bindungskraft des Denkmals, denkmalverträgliche Umnutzungen, eine kulturell-geistige Bildung als Verständnishintergrund eines Denkmalbewusstseins, die verstärkte Ausbildung einer Präventionsstrategie, ein Ausbau interdisziplinärer Netzwerke für Erhaltungsmaßnahmen sowie letztlich die Forderung wirksamer Verantwortung des Kulturstaaes für eine Denkmalpflege.

Die beiden Bände sind in einem modernen Layout gestaltet und reich bebildert mit historischen und aktuellen Fotos, in einer hervorragenden Druckqualität. Im ersten Band in einer Kolumne dem Text zugeordnet, im zweiten Band aufgelistete Literatur- und Quellenangaben fügen die Darstellungen in die Entwicklung der Forschung ein.

Die Bände vermitteln einen anschaulichen Einblick in die Phasen denkmalpflegerischer Zielsetzungen in der Abfolge der Schichten denkmalpflegerischer Maßnahmen, die im Stadtbild der letzten 100 Jahre – der Zeit öffentlich wahrgenommener denkmalpflegerischer Tätigkeit – wirksam geworden sind. Die gezielt gebündelten

Darstellungen tragen zu einer Bewusstmachung des Wandels der Perspektiven und Konzeptionen einer Denkmalpflege bei, mit deutlichen Hinweisen auf die Notwendigkeit einer lebendigen fachlichen wie auch gesellschaftlichen Laufendhaltung einer Theoriediskussion.

Im Kontext der Bemühungen um eine Erhaltung wie auch nachhaltigen Entwicklung der alten Stadt werden anschauliche und gedankenreiche Einblicke gegeben in den konzeptionellen Wandel einer Raumwirksamkeit denkmalpflegerischen Handelns in Geschichte, Gegenwart und Zukunftsperspektiven. Die knappen und vielseitigen Überblicke tragen bei zur Diskussion und aktuellen Praxis der Denkmalpflege und sind hineinzustellen in die Reihe der Bände zu den Jahrestagungen der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland. Die Bände kommen der Verpflichtung zur Wissenschaftlichkeit nach im Zuge der Forderung eines Nachvollzugs, einer Begründung wie auch Durchsetzung denkmalpflegerischer Ziele und Maßnahmen, im Rahmen einer aktuellen Bemühung und Präsenz, Reflexion und Integration im laufenden kulturellen wie auch gesellschaftlichen Diskurs. Die Bände sind ein in die Breite wirkender Meilenstein einer konstruktiven, zurückgreifenden, aktuell kritischen und zukunftsorientierten Präsentation und Basis im Zuge der stetigen Weiterentwicklung denkmalpflegerischen Handelns im Strom eines politischen und ökonomisch motivierten Gegenwindes, im Bemühen um eine öffentlich getragene und gesellschaftlich verankerte Erhaltung und Pflege des kulturellen Erbes in Deutschland und Europa.

*Dietrich Denecke, Göttingen*

# Notizen

## **PNDonline:**

### **Eine Plattform mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region.**

»Planung neu denken« - dieses Projekt wurde vor rund zwei Jahren am Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung (RWTH Aachen) begonnen.

Erste Ergebnisse sind mit drei Bänden in der »edition stadt|entwicklung« erschienen (Verlag Dorothea Rohn, Dortmund). Der Idee von John Friedmann folgend - »Planning is in constant need of rethinking« - wird das Projekt fortgesetzt. Es wird weiter nachgedacht über Planen, Entwickeln und Steuern, über Fragen wie: Auf welche Weise können öffentliche Akteure heute und in Zukunft an der räumlichen Entwicklung mitwirken? Was sind die Ziele, Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten der Stadt-, Landschafts- und Raumplanung? Welche Impulse gehen von anderen Akteuren aus und wie wirken sie zusammen? Etc.

Dem Charakter eines fortlaufenden Denkprozesses entsprechend wird die weitere Arbeit Internet-basiert gestaltet. Auf [www.planung-neu-denken.de](http://www.planung-neu-denken.de) ist die Plattform »PNDonline« entstanden. Der Kernbereich umfasst eine »wachsende Dokumentation« relevanter Literatur; zum einen mit einer Rubrik, die eine Breite an Themen präsentiert, zum anderen mit redaktionell betreuten Schwerpunkt-Themen.

Ergänzend wird mit dialogischen Elementen gearbeitet. So werden beispielsweise einzelne Fachtexte zu Diskussion gestellt und aktuell läuft eine Umfrage zu Begriff und Inhalt von »Planungskultur«. Überdies gibt es noch einen Service-Bereich mit einer Literatursammlung (derzeit rund 1.500 Titel), kommentierten Lesetipps der Redaktion und Hinweisen zu aktuellen Veranstaltungen. So weit die ersten Schritte - das Online-Angebot soll sich schrittweise entwickeln und erweitern. Neue Beiträge erscheinen im Quartalsrhythmus. Alle Disziplinen, die sich mit der (Steuerung der) räumlichen Entwicklung auseinandersetzen, sind eingeladen Beiträge zu PNDonline beizusteuern. Es können dies Resonanzen zu bereits Vorhandenem sein oder eigene Artikel, die kürzlich bereits erschienen sind oder die ausdrücklich für unser Projekt verfasst wurden. Ein Anliegen ist es, den interdisziplinären Charakter der Diskussion zu fördern.

*Marion Klemme, Klaus Selle,  
Magdalena Wilczynski (RWTH Aachen)*

in Kooperation mit  
*Uwe Altrock (Universität Kassel),  
Claus-Christian Wiegandt (Universität Bonn),  
Rainer Danielzyk (ILS).*

Kontakt:  
[neu-denken@pt.rwth-aachen.de](mailto:neu-denken@pt.rwth-aachen.de)  
[www.planung-neu-denken.de](http://www.planung-neu-denken.de)

Vierteljahresschrift  
für Stadtgeschichte,  
Stadtsoziologie, Denkmalpflege  
und Stadtentwicklung



35. Jahrgang

**Heft 4/2008**

BAG - Verlag

Schwerpunkt:

## **Entwicklung der Innenstädte**

Herausgegeben von  
Christina Simon-Philipp



# Die alte Stadt

Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte,  
Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt  
in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, August Gebeßler,  
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

## Redaktionskollegium:

HANS SCHULTHEISS (Chefredakteur) -  
Dr. Nina Ehresmann (Besprechungen)  
PROF. DR. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin,  
Institut für Sozialwissenschaften - PROF. DR.  
DIETRICH DENECKE, Universität Göttingen,  
Geographisches Institut - PROF. DR. ANDREAS  
GESTRICH, Deutsches Historisches Institut,  
London - PROF. THERESIA GÜRTLER BERGER,  
Zürich - PROF. DR. TILMAN HARLANDER,  
Universität Stuttgart, Institut Wohnen und  
Entwerfen - DR. HELMUT HERBST, Galerie  
Stihl Waiblingen - PROF. DR. JOHANN JESSEN,  
Universität Stuttgart, Städtebau-Institut -  
PROF. DR. URSULA VON PETZ, RWTH Aachen -  
VOLKER ROSCHER, Architektur Centrum  
Hamburg - PROF. DR. JOACHIM SCHULTIS,  
Heidelberg - PROF. DR. DIETER SCHOTT, TU  
Darmstadt, Institut für Geschichte -  
PROF. DR. HOLGER SONNABEND, Universität  
Stuttgart, Historisches Institut.

## Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die  
Redaktionsadresse erbeten:  
Die alte Stadt, Postfach 100355, 73728 Esslingen.  
Tel.: 0711 - 3512-3242, Fax: 0711 - 3512-2418.  
Email: Hans.Schultheiss@esslingen.de  
Internet: <http://www.alte-stadt.de>

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist zugleich Mit-  
gliederzeitschrift der ca. 110 Städte umfassenden  
Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

## Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

## Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 79,- Einzelheft EUR 24,-  
Vorzugspreis für Studierende EUR 60,- jeweils  
zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,  
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen  
des Abonnements können nur zum Ablauf eines  
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November  
des laufenden Jahres beim Verlag oder der Redak-  
tion der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt einge-  
gangen sein.

## Verlag:

Bernhard Albert Greiner Verlag (BAG-Verlag),  
Olgastraße 13, 73630 Remshalden.  
Tel.: 07151/2766-45, Email: [info@bag-verlag.de](mailto:info@bag-verlag.de)  
Anzeigenleitung: Dr. Claudia Greiner

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Redaktion und Verlag haften nicht für unverlangt  
eingesandte Manuskripte. Die der Redaktion an-  
gebotenen Originalbeiträge dürfen nicht gleich-  
zeitig in anderen Publikationen veröffentlicht  
werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung  
überträgt der Autor der Arbeitsgemeinschaft Die  
alte Stadt und dem Verlag das ausschließliche Ver-  
lagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-  
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das  
Recht zur Herstellung elektronischer Versionen  
und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das  
Recht zu deren Vervielfältigung online und offline.  
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge  
sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil der  
Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des  
Urheberrechts ohne schriftliche Genehmigung des  
Verlags in irgendeiner Form reproduziert oder in  
eine von Maschinen, insbesondere von Datenver-  
arbeitungsanlagen verwendbare Sprache über-  
tragen werden.

Druck: Druckerei Dünnbier, Großschönau

© 2008 BAG-Verlag, Remshalden  
Printed in Germany. ISSN 0170-9364  
ISBN für dieses Heft: 978-3-86705-040-1

## Entwicklung der Innenstädte

Herausgegeben von Christina Simon-Philipp

Editorial von Christina Simon-Philipp ..... 299

### **ABHANDLUNGEN**

KARIN SANDECK/CHRISTINA SIMON-PHILIPP, Destination  
Innenstadt - zur Entwicklung der Innenstädte in Deutschland ..... 303

CLEMENS ZIMMERMANN, Innenstädte 1880 bis heute -  
Funktionen und bauliche Gestalt im Wandel ..... 324

MARTA DOEHLER-BEHZADI, Städtebaulicher Denkmalschutz  
als Ressource der Stadtentwicklung..... 337

DETLEF KURTH, Stadtentwicklung Krakau.  
Perspektiven der Innenstadtentwicklung zur Weichsel ..... 350

BERND FAHLE/HANNES BARK/STEFANIE BURG,  
Innenstadtentwicklung in baden-württembergischen Mittelstädten ..... 361

KATHARINA BRZENCZEK/CLAUS C. WIEGANDT, Von Akteuren  
und Instrumenten bei der Neugestaltung innerstädtischer Plätze ..... 372

**AUTOREN** ..... 385

### **FORUM**

Tagungsbericht: Stadtmarketing und Tourismus -  
neue Herausforderungen für die alte Stadt (*Die alte Stadt*) ..... 386

Tagungsbericht: Baudenkmal und zeitgenössische Architektur  
in der historischen Stadt (*Die alte Stadt*)..... 388

Tagungsbericht: Climate Change and Urban Design (*Katharina Janke*) ..... 389

### **BESPRECHUNGEN**

BERNHARD KREUTZ, Städtebunde und Städtenez am Mittelrhein im  
13. und 14. Jahrhundert (*Immo Eberl*)..... 391

TORSTEN LORENZ, Von Birnbaum nach Międzychód. Bürgergesellschaft  
und Nationalitätenkampf in Großpolen bis zum Zweiten Weltkrieg  
(*Peter Kriedke*)..... 392

UTA SCHMITT, Der Stadtgarten in Karlsruhe. Ein historischer Streifzug  
(*Martin Furtwängler*) ..... 393

### **Foto Umschlag:**

Ulm, Neue Straße (© *Thomas Fütterer*, Stuttgart, [www.archimedium.de](http://www.archimedium.de))

# Entwicklung der Innenstädte

Editorial

von Christina Simon-Philipp



Dieses Themenheft stellt die Entwicklung der Innenstädte in den Mittelpunkt. Die Beiträge setzen sich mit den wandelnden wirtschaftlichen und demographischen Rahmenbedingungen der Innenstadtentwicklung, den Veränderungsprozessen sowie den zentralen Handlungsfeldern und Instrumenten zur Erhaltung lebendiger Mitten auseinander. Dabei geht es sowohl um einen historischen Abriss als auch um die Beleuchtung aktueller stadtentwicklungspolitischer und städtebaulicher Herausforderungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen.

Zunächst drängt sich die Frage nach der räumlichen Abgrenzung und inhaltlichen Definition der „Innenstadt“ auf. Nähert man sich begrifflich, erscheint es auf den ersten Blick einfach zu sein: Die Innenstadt ist der „innere Teil“ der (Kern)Stadt. Im alltäglichen Sprachgebrauch wird die Innenstadt in der Regel mit der „Einkaufsinnenstadt“ bzw. der „City“ gleichgesetzt. Versucht man zu präzisieren und stadtstrukturell zu analysieren, wird es komplexer und man stellt fest, dass es im Fachdiskurs keine einheitliche Definition der Innenstadt gibt.

Für dieses Themenheft wird folgende funktionale und räumliche Charakterisierung zu Grunde gelegt: Die Innenstadt besteht in ihrem Kern aus dem ältesten Teil der Stadt (in der Regel die Altstadt) als historische „Keimzelle“. Die Innenstadt ist das Zentrum des städtischen Lebens, des Handels und der Kultur und weist eine hohe Nutzungsdichte auf. Als Herz der Stadt hat sie einen hohen Identifikations- und Repräsentationswert für die Gesamtstadt. Sie umfasst sowohl die innerstädtischen Versorgungsbereiche als auch die angrenzenden kernstädtischen Wohnquartiere.

Die sechs Artikel spannen einen weiten Bogen: Im ersten Beitrag von **KARIN SANDECK** und **CHRISTINA SIMON-PHILIPP** werden die Empfehlungen der Fachkommission Städtebau der Bauministerkonferenz zur Entwicklung der Innenstädte zusammengefasst. Die aktuelle Situation der Innenstädte in Deutschland wird dargestellt und bewertet. Es werden Trends und zentrale Fragen sowie Konsequenzen und Handlungsfelder benannt. Das Wohnen in der Innenstadt und die Bedeutung der Migration für die Innenstadtentwicklung werden vertiefend betrachtet.

**CLEMENS ZIMMERMANN** gibt einen Überblick über die historische Entwicklung der Innenstädte seit 1880. Er geht dabei auf die sich wandelnden Funktionen, die maßgeblichen städtebaulichen, stadt- und wohnpolitischen Leitbilder, die daraus abgeleitete bauliche Gestaltung und den Stadtverkehr ein.

Wenn man sich mit der Entwicklung der Innenstädte auseinandersetzt, kann dies nicht abgekoppelt von der gesamtstädtischen Perspektive geschehen. **MARTA DOEHLER-BEHZADI** geht nach einem Abriss über das urbane Zeitalter und die europäische Stadt auf die Bedeutung des Städtebaulichen Denkmalschutzes für die (Innen)Stadtentwicklung ein. Die hohe Priorität, die das baukulturell wertvolle historische Erbe in Deutschland genießt, spiegelt sich im Bund-Länder-Programm der Städtebauförderung „Städtebaulicher Denkmalschutz“ wider. Das in den neuen Bundesländern bereits 1991 gestartete und seither erfolgreich durchgeführte Programm soll ab 2009 auch auf die alten Bundesländer ausgedehnt werden.

**DETLEF KURTH** porträtiert Krakau als „Inbegriff der europäischen Stadt“. Die Krakauer Innenstadt ist ein kulturelles und religiöses Zentrum sowie ein lebendiger Handels- und Wissenschaftsstandort. Die Zentrumsfunktion der Altstadt sowie weite Teile der Innenstadt sind aber durch unabgestimmte Einzelentscheidungen für Großinvestitionen wie Einkaufszentren zunehmend bedrängt. Der Beitrag basiert auf der intensiven Auseinandersetzung mit der Innenstadtentwicklung von Krakau, die im Sommersemester 2007 Gegenstand eines studentischen Projektes im Masterstudiengang Stadtplanung an der Hochschule für Technik in Stuttgart (HFT) war.

**BERND FAHLE, HANNES BARK** und **STEFANIE BURG** geben einen Überblick über die Innenstadtentwicklung baden-württembergischer Mittelstädte. Die empirisch angelegte Innenstadtstudie wurde im Auftrag der Wüstenrot Stiftung in konzeptioneller Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg durchgeführt. Sie arbeitet kommunale Strategien und Maßnahmen der Innenstadtentwicklung exemplarisch auf und benennt potentielle Handlungsfelder und Steuerungsmöglichkeiten zur Stärkung der Innenstädte.

**KATHARINA BRZNCZEK** und **CLAUS-C. WIEGANDT** konzentrieren sich auf die Bedeutung des öffentlichen Raumes für die Attraktivität und Lebensqualität der Innenstädte. Sie untersuchen die Umgestaltung innerstädtischer Plätze anhand von vier Fallstudien und analysieren dabei insbesondere die Strategien und Instrumente, die den Prozessverlauf der Umgestaltung innerstädtischer Plätze als Gemeinschaftsleistung einer Vielzahl von beteiligten Akteuren kennzeichnen.

In der Zusammenschau der Beiträge wird deutlich, dass viele Städte ihren Zentren mit unterschiedlichen Maßnahmen der Aufwertung und Bestandsergänzung im Rahmen der Stadterneuerung, des Marketings und der strategischen Zusammenarbeit neue Anziehungskraft verliehen haben. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem öffentlichen Raum als Kernbereich städtischen Lebens zu. Die Städte befinden sich in einem ständigen Wettbewerb um Kaufkraft, Einwohner und Handelsansiedlungen.



**Abb.: Neue Straße in Ulm.**

Die Erneuerung der „Neuen Straße“ in der Innenstadt Ulms gilt als Beispiel für eine dynamische Innens-tadtentwicklung, die nach vorn blickt, ohne das historische Erbe in den Schatten zu stellen.

Auf einer viel befahrenen innerstädtischen Straße, die in den 1950er Jahren im Sinne der autogerechten Stadt ausgebaut wurde, entstand ein neues, lebendiges Stück Stadt (Fertigstellung 2007).

(Foto: *Achim Bunz*, München).

Gleichzeitig haben sich die Ansprüche der Bewohner hinsichtlich Bequemlichkeit, Erreichbarkeit und Lebensqualität verändert, was zu einer Verschiebung der Nachfrage führt. Die Zentren werden zunehmend als Freizeit- und Kulturorte mit offenen Räumen für vielfältige Aktivitäten erlebt.

Trotz der positiven Tendenz ist aber nicht zu übersehen, dass weder der Wohn- noch der Wirtschaftsstandort Innenstadt ein Selbstläufer ist und dass viele Zentren insbesondere der Klein- und Mittelstädte weiterhin unter Druck sind: Die Verlagerung des Wohnens und des Gewerbes an den Rand der Städte und das veränderte Einkaufsverhalten der Menschen entzieht vielen gewachsenen Innenstädten ihre Lebendigkeit und ökonomische Basis.

Die Städtebauförderung und die europäische Strukturförderung bieten einen geeigneten finanziellen und instrumentellen Rahmen, um die städtebaulichen und wirtschaftlichen Zielsetzungen zur Stärkung der innerstädtischen Bereiche umzusetzen. Die Programme der Städtebauförderung wurden in diesem Jahr durch das Bund-Län-

der-Programm „Attraktive Stadt- und Ortsteilzentren“ ergänzt, das Aspekte des Stadtmanagements und des Stadtmarketings mit einbezieht.

Die öffentliche Hand ist gefordert, auf eine konsequente Anwendung der raumordnungs- und baurechtlichen Planungsinstrumente hinzuwirken (z.B.: Einzelhandelserlass, Vorrang integrierter Lagen nach den Landesentwicklungsplänen/-programmen, Festlegung von Vorranggebieten für großflächige Einzelhandelsbetriebe in den Regionalplänen). Für die Städte ist es eine immer größere Herausforderung, die komplexen Instrumente der Stadterneuerung und die sich immer weiter auffächernden Förderprogramme zu beherrschen.

Die Entwicklung der Innenstädte muss als dynamischer, bisweilen konfliktreicher Prozess begriffen werden. Im komplexen Feld der Innenstadtentwicklung geht es darum, ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Belange miteinander in Einklang zu bringen, um Fehlentwicklungen gegenzusteuern. Für eine qualitätvolle, wettbewerbsfähige Innenstadtentwicklung sind die Beteiligung und das Engagement unterschiedlicher Akteure auf allen relevanten Ebenen notwendig: öffentliche Hand, Investor, Projektentwickler, Einzelhandel, Immobilienbesitzer, Existenzgründer, City-Management. Maßnahmen für eine Stärkung der Innenstädte können nur dann dauerhaft erfolgreich sein, wenn sie von möglichst vielen Akteuren getragen werden. Bund, Länder, Kommunen und Private sind gefordert, ihre jeweiligen Möglichkeiten zu nutzen und auszubauen.

Esslingen am Neckar / Stuttgart

*November 2008*

## **Destination Innenstadt - zur Entwicklung der Innenstädte in Deutschland<sup>1</sup>**

### **1. Zur aktuellen Situation der Innenstädte**

#### **1.1. Ausgangslage und Herausforderungen**

Die Innenstädte und Ortszentren sind seit Jahrhunderten Kristallisationspunkt des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Geschehens. Sie sind Mittelpunkte von Regionen, Zentren für Kommunikation und Kultur, Identifikationspunkte für die Menschen. Trotz Nutzungsverlagerungen und der Konkurrenz peripherer Stadtlagen bieten sie Lebendigkeit und Vielfalt – zum Wohnen und Arbeiten, für Handel und Dienstleistung, zum Leben und Erleben.

Auf politischer Ebene ist man sich einig:<sup>2</sup> Europa braucht leistungsstarke Städte und Gemeinden. Sie sollen mit attraktiven Zentren im globalen Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze bestehen, als Schrittmacher zur Verbesserung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit beitragen und als Stabilisatoren und Anker den Zusammenhalt strukturschwacher, schrumpfender und dünn besiedelter Regionen sichern.

Städte und Gemeinden der gesamten Bundesrepublik stehen vor der Aufgabe ihre Zentren zu stärken, doch überlagern sich in den neuen Ländern zusätzlich transformationsbedingte Probleme mit Entwicklungen, die aus globalen und nationalen Trends resultieren. Da postindustrielle oder schrumpfende Regionen gleichzeitig neben dynamischen Ballungsräumen bestehen, sind neben Rückbauaufgaben weiterhin auch Wachstumsaufgaben und ihre Auswirkungen auf die Zentren zu lösen.

1 Die folgenden Ausführungen geben im Kern die Ergebnisse des „Berichtes zur Entwicklung der Innenstädte II“ der Fachkommission Städtebau der Bauministerkonferenz aus dem Jahr 2006 wieder. Erarbeitet wurde der Bericht unter Vorsitz von *Karin Sandeck*, Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, von *Konrad Ballheim*, Thüringer Ministerium für Bau und Verkehr, *Karin Brandtönnies*, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, *Dr. Hans-Jochen Döhne*, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, *Bernd Düsterdiek*, Deutscher Städte- und Gemeindebund, *Dr. Ulrich Hatzfeld*, Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, *Elke Plate*, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, *Jost Schulze*, Sächsisches Staatsministerium des Innern, *Dr. Christina Simon-Philipp*, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, *Hartmut Thielen*, Deutscher Städtetag, *Rita Werneke*, Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg; *Rudolf Raabe*, bis 2007 Vorsitzender der Fachkommission Städtebau, gilt Dank für die Genehmigung zur Veröffentlichung der Ergebnisse im Rahmen dieses Beitrags.

2 Leipzig Charta zur nachhaltigen Europäischen Stadt vom 24.05.2007.

Auch die sozialen Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Städte und Gemeinden und ihrer Zentren haben sich gewandelt. Ursächlich sind die demographischen Veränderungen: die natürliche Bevölkerungsabnahme aufgrund des Saldos von Geburten und Sterbefällen, die zunehmende Alterung der Bevölkerung und die Zunahme des Anteils von Migranten an der Gesamtbevölkerung. Begleitet wird der demographische Wandel durch den wirtschaftlichen Strukturwandel, der mit Betriebsumstrukturierungen und Firmenschließungen sowie Abwanderung leistungsfähiger Bevölkerungsteile verbunden ist. Diese Entwicklungen haben Folgen in ökonomischer, immobilien- und wohnungswirtschaftlicher, infrastruktureller und sozialer Hinsicht. Es kommt zu Leerständen sowohl im gewerblichen Bereich (Einzelhandel) als auch im Wohnungssektor; bei dauerhaft rückläufiger Nachfrage zeichnet sich der Einbruch der Marktpreise von Grundstücken und Immobilien in bestimmten Gebieten ab. Die Unterauslastung der bestehenden Infrastruktureinrichtungen zieht erheblich höhere Kosten (z.B. ÖPNV, Kindergärten) nach sich. Weiter droht eine Fortsetzung der ohnehin zu beobachtenden räumlichen Entmischung der Bevölkerung.

Gleichzeitig ist die Rolle der öffentlichen Hand in der Diskussion: Was soll, bzw. was kann sie noch leisten? Um die zukünftigen Handlungsfelder für die Innenstadtentwicklung vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen zu benennen und Empfehlungen für alle beteiligten Akteure auszusprechen, hat die Bauministerkonferenz im Jahr 2005 die Fachkommission Städtebau beauftragt, den im Jahr 2000 verfassten „Bericht zur Entwicklung der Innenstädte“ fortzuschreiben. Die folgenden Ausführungen beruhen auf den Ergebnissen dieses Berichtes. Die aktuelle Situation der Innenstädte und Ortszentren wird in den Themenfeldern Demographie, gesellschaftlicher Wandel und Segregation, wirtschaftsstruktureller Wandel, Einzelhandel, Mobilität und Erreichbarkeit, Stadtteilzentren sowie Migrantenökonomien und Wohnen analysiert. Zwei Handlungsfelder, die in der Innenstadtdiskussion eine wachsende Bedeutung haben, werden vertieft: Das Wohnen in den Innenstädten sowie die Rolle von Migration für die Innenstadtentwicklung.

### 1.2. Demographische Veränderungen

Die Bevölkerung in Deutschland altert. Der Anteil über 60-Jährigen wird bis 2050 um ca. 12 Prozent zunehmen; d.h. mehr als jeder Dritte wird 60 Jahre oder älter sein. Gleichzeitig wird der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren von rund 20 Prozent (2001) auf etwa 16 Prozent (2050) absinken. Insgesamt wird erwartet, dass sich der Anteil der Erwerbsfähigen um etwa 8 Prozent reduzieren wird. In Zukunft wird daher die Konkurrenz um junge, leistungsfähige Erwerbstätige wachsen. Diese Gruppen sind häufig auf urbane Milieus orientiert. Den Innenstädten kommt damit für diese Zielgruppen eine besondere Bedeutung zu.

Für viele ostdeutschen Innenstädte erwächst hieraus jedoch auch eine besondere Brisanz: Sie verloren und verlieren nachhaltig diese wichtige Nutzergruppe innerstädti-

scher Angebote durch den Wegzug junger Leistungsträger (Fernwanderung). Bis 2050 wird darüber hinaus bundesweit ein Bevölkerungsrückgang von 82,5 Mio. Einwohnern (2001) auf 75 Mio. erwartet. Die Veränderungen erfolgen räumlich differenziert: Wachstum, Stagnation und Schrumpfung erfolgen klein- und großräumig parallel. Bereits heute zeigen sich ausgeprägte Schrumpfungstendenzen vor allem in den ostdeutschen Ländern, aber auch in strukturschwachen Gebieten im Westen.

In diesen Regionen werden die Herausforderungen des demographischen Wandels für die innerstädtische Entwicklung bereits heute deutlich sichtbar: Sinkende Bevölkerungszahlen bewirken insgesamt sinkende Nachfragen. Wohnungs- und Geschäftsleerstand sind die ersten äußerlich wahrnehmbaren Zeichen; Immobilien- und Bodenpreise sind gefallen, Banken zögern Hypotheken auszustellen. Alterung und rückläufige Arbeitsplatzzahlen könnten zusätzlich zu einem Rückgang an Kaufkraft führen. Den relativ steigenden Kosten zur Aufrechterhaltung technischer und sozialer Infrastruktur stehen zunehmend begrenzte finanzielle Ressourcen der öffentlichen Hand gegenüber.

Umso mehr gilt es, die unvermeidlichen Schrumpfungsprozesse zu steuern, die Kräfte auf die Innenstädte zu konzentrieren und um Kooperationspartner auf allen Ebenen zu werben. Grundlage dafür sollten integrierte gesamtstädtische Entwicklungskonzepte sein, die Ansiedlungsentscheidungen auf ihre Innenstadtverträglichkeit prüfen und Gewähr dafür bieten, dass städtische Entwicklungspotentiale gezielt in die Innenstadt gelenkt werden.

### 1.3. Gesellschaftlicher Wandel – Segregation

Die demographischen Veränderungen und das weitere Auseinanderdriften von Reich und Arm wirken sich auch auf die Innenstädte und Ortszentren aus. Zwar ist der Trend zur stadträumlichen Trennung sozialer Schichten und unterschiedlicher Ethnien in der Bundesrepublik noch nicht als dramatisch anzusehen, gleichwohl aber ist eine Konzentration armer und sozial unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen in nicht modernisierten oder umweltbelasteten Innenstadtgebieten zu beobachten. Diese Entwicklung wird dadurch gefördert, dass sich soziale Gruppen gezielt dort niederlassen, wo Angehörige der gleichen sozial-ökonomischen oder ethnischen Schicht bereits ansässig sind oder Wohnungen zugewiesen bekommen, für die Belegungsrechte bestehen. Das Zusammenleben gleicher Schichten und Ethnien erleichtert über die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Netzwerke das Zusammenleben grundsätzlich.

Auf der anderen Seite geraten solche homogener werdenden Gebiete häufig in eine Abwärtsspirale („überforderte Nachbarschaften“). Die Konzentration sozial-ökonomisch und ethnisch homogener Gruppen auf bestimmte Quartiere ist deshalb durchaus ambivalent zu werten. Zum Problem wird sie dann, wenn diese Gebiete stadtstrukturell ein Eigenleben führen und sich Segregation entwickelt. Solche Quartiere

haben einen negativen Ausstrahlungseffekt, der auch den Standort Innenstadt in Frage stellen kann.

Grundsätzlich begünstigen vielfältige undutzungsgemischte Innenstädte das Neben- und Miteinander unterschiedlicher Kulturen, Lebensstile und Bewohnerschichten. Gerade veränderte Lebensweisen bestimmter Personengruppen, die zumindest für gewisse Lebensabschnitte so genannte kreative Milieus in gemischten innerstädtischen Situationen suchen, und der zu beobachtende Trend zur Rückkehr der 50-Plus-Generation in die Zentren eröffnen Chancen für die Stärkung der sozial durchmischten Stadt. Gezielte Angebote auf dem Wohnungsmarkt z.B. durch Brachflächenkonversion oder eine differenzierte Belegung öffentlich geförderter Wohnungen bieten hierfür Potenziale.

#### 1.4. Wirtschaftsstruktureller Wandel

Überlagert werden die gesellschaftlichen und demographischen Prozesse vom Strukturwandel in der Wirtschaft, der insbesondere in Orten mit industriellen und gewerblichen Monostrukturen sowie in Kommunen in peripherer Lage zu Wachstumsräumen ausgeprägt auftritt. Ähnliche Entwicklungen entstehen durch die Auflösung oder Verkleinerung von Militärstandorten und die Schließungen bei den öffentlichen Aufgabenträgern wie Bahn und Post. Die städtebaulichen und stadtstrukturellen Folgen dieses Abbaus von Standorten werden in immer mehr Städten und Gemeinden sichtbar: brachliegende Gewerbe- und Industrieflächen, nicht mehr benötigte Kasernen, leerstehende Büroimmobilien und Läden, verlassene Bahnareale – oft inmitten oder am Rande der Zentren. Der Deindustrialisierung Ostdeutschlands in den 1990er Jahren folgen zwar inzwischen überdurchschnittliche Zahlen von Existenzgründungen sowie ein Anwachsen der Bedeutung des Dienstleistungs- und Wissenssektors. Der Aufbau neuer wirtschaftlicher Strukturen ist jedoch auch durch anhaltende konjunkturelle Schwäche und zunehmende globale Einflüsse noch nicht ausreichend, um die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit spürbar zu reduzieren. Es zeigt sich hier zudem die zu geringe Anzahl von Unternehmen, die als potentielle Innenstadtnutzer in Frage kommen. Negativ wirkt sich in diesem Zusammenhang auch die geringe Eigenkapitalquote entsprechender Unternehmen in den neuen Ländern aus.

Die durch den Arbeitsplatzabbau bedingte Zunahme von Transfereinkommensempfängern und die Abwanderung von finanzstärkeren Bevölkerungsschichten führt zu Kaufkraftverlusten und zu Nachfrageeinbrüchen im Einzelhandel, zu Leerständen beim Wohnen und beim Gewerbe und betrifft damit wiederum die Innenstädte. Auf der anderen Seite bieten gerade Brachflächen in zentraler Lage neue Chancen für die Innenentwicklung und für die Stärkung der Zentren: die Chance, die Nutzungsvielfalt der Innenstädte zu erhöhen, z.B. durch familiengerechten Wohnungsneubau; die Chance, größere Einzelhandelsprojekte an innerstädtische Standorte zu lenken oder die Chance, durch Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie neue Frei- und Grünräume die Standort- und Lebensqualität der Zentren zu erhöhen.

Der wirtschaftliche Strukturwandel ist auch eine Chance für die Innenstädte: Das Wachstum der überregionalen Dienstleistungen (wie Werbung, Medien, Finanzdienstleistungen etc.) in den letzten Jahren zeigt, dass die Großstädte und hierbei insbesondere die Innenstädte mit ihren urbanen, kreativen Milieus wichtige Wirtschaftsorte sind.

### 1.5. Wohnen in der Innenstadt

Trotz einer sich abzeichnenden „Renaissance des innerstädtischen Wohnens“ ist die Situation vieler Städte dadurch geprägt, dass innerstädtisches Wohnen immer noch zur Randfunktion zu verkümmern droht.<sup>3</sup>

Die Gründe für die geringe Bedeutung des Wohnens in zahlreichen Innenstädten sind vielschichtig. Grundsätzlich sind regional unterschiedliche Entwicklungstendenzen ablesbar, die sich auch nach den alten und neuen Bundesländern differenzieren. Während in manchen, vor allem größeren, wirtschaftlich prosperierenden Städten die Wohnungsknappheit noch ein Problem darstellt, sind ansonsten die Wohnungsmärkte überwiegend ausgeglichen. In wirtschaftlich schwächeren Regionen ist die Situation vieler Innenstädte durch eine zunehmende Leerstandsproblematik gekennzeichnet. Davon ist der Wohnungsbestand in den historischen Stadtkernen nicht ausgenommen.

Die Förderung des Wohnens in der Innenstadt ist städtebaulich, ökologisch sowie sozial von großer Bedeutung für eine nachhaltige Stadtentwicklung und langfristig gesehen auch ökonomisch tragfähiger.<sup>4</sup> Für die Urbanität, Lebendigkeit und Sicherheit einer Stadt ist die Wohnfunktion von großer Bedeutung.

Die im Rahmen der Städtebau- und Wohnraumförderung gewährten Bundes- und Landesfinanzhilfen tragen maßgeblich zur Stärkung der Urbanität und Funktionalität der Zentren und damit zur Stärkung des Wohnens in den Innenstädten bei. Dreh- und Angelpunkt ist jedoch stets die Gemeinde; sie muss eine aktive Rolle einnehmen.

### 1.6. Einzelhandel

Attraktiver Einzelhandel hat eine Leitfunktion für lebendige Innenstädte. Die urbanen Voraussetzungen dafür sind gut: eine Vielfalt von Nutzungen, Angebote zum Verweilen, die Unverwechselbarkeit des Stadtraums, das historisch gewachsene Ortsbild sowie innerstädtische Entwicklungsflächen bieten eine hohe Standortwertigkeit.

3 Innenstädtisches Wohnen meint das Wohnen im Stadtkern. Dieser Teil der Stadt, in dem sich Handel, Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen konzentrieren, ist in vielen Städten identisch mit dem historischen Stadtkern (innerer Altstadt kern bzw. zentraler Geschäftsbereich). Die „Renaissance des innerstädtischen Wohnens“ bezieht nicht alle gesellschaftlichen Gruppen mit ein; vgl. *E. Spiegel, Wohnen in der inneren Stadt – wer kommt, wer geht, wer bleibt?*, in: *Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg* (Hrsg.), *innerorts – zukunftsfähige Stadterneuerung in Baden-Württemberg 2000-2006*, S. 178-183.

4 Vgl. *G. Kuhn / C. Simon, Aktuelle Projekte in Deutschland*, in: *Wüstenrot Stiftung* (Hrsg.), *Wohnen im Eigentum in der Stadt*, Stuttgart/Zürich 2004, S. 63-197.

Viele Kommunen haben dem Einzelhandelsstandort Innenstadt mit vielfältigen Maßnahmen der Aufwertung, der Bestandsergänzung, des Marketings und der strategischen Zusammenarbeit neue Anziehungskraft verschafft. Insbesondere in größeren Städten ist beim Einkaufen der Trend zurück in die Zentren zu beobachten. Trotz der positiven Tendenz ist nicht zu übersehen, dass der Wirtschaftsstandort Innenstadt kein Selbstläufer ist und dass viele Zentren insbesondere der Klein- und Mittelstädte weiterhin unter Druck sind: Die Verlagerung des Wohnens und des Gewerbes an den Rand der Städte und Gemeinden mit dem einhergehenden geänderten Einkaufsverhalten der Menschen entzieht vielen gewachsenen Ortsmitten ihre ökonomische Basis. Deshalb ist es notwendig, die Wettbewerbsfähigkeit der Innenstädte und Ortszentren als Ort des Handels und Einkaufens zu stärken.

Die ostdeutschen Innenstädte stehen hier vor besonderen Problemen: Es konnte noch nicht in ausreichendem Maße gelingen, gewerbliche Nutzungen und städtische Innenentwicklung miteinander in Deckung zu bringen. Ungeklärte Eigentumszuordnungen, fehlender Vorlauf bei der Entwicklung von innerstädtischen Flächen, großflächige städtebauliche Missstände und Steuerabschreibungsmodelle für Neubauten behinderten Investitionen in der Innenstadt direkt nach der Wiedervereinigung. Dies führte Anfang der 1990er Jahre auch zu einer beinahe schlagartigen Ansiedlung großflächiger Einzelhandelseinrichtungen in verkehrsgünstigen Stadtrandlagen. Diese Projekte gingen deutlich zu Lasten des Ausbaus adäquater Innenstadtangebote und schwächen bis heute die innerstädtische Konkurrenzfähigkeit. Die Flächenausweitungen auf der grünen Wiese führten bis zu einem Mehrfachen an Verkaufsfläche pro Einwohner vergleichbarer westdeutscher Städte, und das bei nach wie vor deutlich geringerer Kaufkraft. Dieser Umstand ist kurzfristig nur begrenzt beeinflussbar, verstärkt das Problem des Kaufkraftabflusses in periphere Lagen jedoch zusätzlich.

Die öffentliche Hand ist nicht allein gefordert, Innenstädte und Ortszentren als attraktive Einzelhandelsstandorte zu stärken. Mehr Verbraucher an die Innenstädte zu binden durch ein konkurrenzfähiges und vielfältiges Warenangebot, durch Qualität, durch Branchenmix, durch Service, durch Abstimmung, durch Marketing, durch Kooperationen, durch Events etc. ist Aufgabe der Wirtschaft, die hier eigeninitiativ gefordert ist. Dies bezieht auch die Immobilieneigentümer ein, denn der Verlust von Standortqualität bedeutet Wertverlust der Immobilie.

### 1.7. Migrant\*innenökonomien

Die vielfältigen wirtschaftlichen Aktivitäten der Zuwanderer und ihr ökonomisches Potenzial als Nachfrager sind bislang für die Innenstadtentwicklung noch nicht ausreichend erkannt worden. In bestimmten Teilen der Innenstädte – meist vernachlässigte, sanierungsbedürftige Quartiere mit einem hohen Anteil günstigen Wohn- und Gewerberaums – spielen Migrant\*innen eine wichtige Rolle: als Eigentümer, als Investoren, als Gewerbetreibende, als Kunden, als Nutzer und als Bewohner.

In vielen Innenstadtrandlagen in Städten und Ballungsräumen der alten Länder sichern Migrantenunternehmen die wohnungsnah Versorgung der Quartiere mit Waren und Dienstleistungen. Vor allem in strukturschwachen Regionen füllen sie zunehmend leer stehende Geschäfte und gewerbliche Flächen auch in zentralen Lagen und Fußgängerzonen. Betriebe des ethnischen Einzelhandels bieten den Kunden mit ihren herkunftslandtypischen Waren häufig ein besonderes Angebot und Servicefaktoren wie längere Öffnungszeiten. Auch in ostdeutschen Kommunen prägen ausländische Nationalitäten bestimmte innenstadtrelevante Wirtschaftszweige wie zum Beispiel die Gastronomie.

Die sich aus den Migrantenökonomien ergebenden Potenziale für die Versorgung, für den lokalen Arbeitsmarkt und für die örtliche Integration sind häufig noch nicht ausreichend ausgeschöpft. Dazu gehört ihre Einbindung in kommunale Einzelhandelsstrategien und in Stadtmarketingaktivitäten.

#### 1.8. Mobilität und Erreichbarkeit

Entscheidend für die Zugkraft der Zentren als Standort für Wohnen, Handel und Dienstleistung ist auch ihre Erreichbarkeit und die innenstadtverträgliche Gestaltung der Mobilität.

Die Innenstadt muss für alle Verkehrsmittel gut erreichbar und für unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse differenziert nutzbar sein. Die kommunale Planungshoheit eröffnet den Gemeinden erhebliche Handlungsspielräume zur Lenkung des fließenden und ruhenden Verkehrs, zur Herstellung stadtverträglicher Rahmenbedingungen für alle Verkehrsteilnehmer, zur Gestaltung der öffentlichen Verkehrsflächen und zu einer Organisation des öffentlichen Nahverkehrs, die den Bedürfnissen von Bewohnern, Wirtschaft und Besuchern gleichermaßen Rechnung trägt. Dabei kann es nicht Ziel sein, identische Bedingungen hinsichtlich Erreichbarkeit und Parken im Wettbewerb mit der städtischen Peripherie herzustellen. Chancengleichheit gilt es vielmehr dadurch herzustellen, dass den Erreichbarkeitsvorteilen der „grünen Wiese“ die Aufenthalts- und Gestaltqualität sowie die Nutzungsvielfalt der „City“ entgegengesetzt werden. Der Nachteil der tendenziell knappen Parkplätze im Zentrum kann durch ein kundenorientiertes Parkraummanagement kompensiert werden. Zusätzlich dürften weiterhin steigende Energie- und Transportkosten die durch den öffentlichen Nahverkehr gut erschlossenen Innenstädte stärken.

#### 1.9. Stadtteilzentren

Die Konkurrenz zwischen peripheren und zentralen Standorten betrifft zunehmend auch die Stadtteilzentren, in denen Leerstände, Funktions- und Niveauperluste unübersehbar werden. Diese Entwicklung ist angesichts der demographischen Veränderungen außerordentlich problematisch, denn gerade für die Versorgung weniger mobiler Bevölkerungsgruppen spielen die Stadtteilzentren eine wichtige Rolle. Deshalb ist

es auch hier zentrale Aufgabe, den Einzelhandel zu stärken, ihn an neue Bedarfe anzupassen und die Stadtteilzentren durch eine attraktive Mischung aus Kultur und Freizeit, Dienstleistung und Soziales in ihrer Bedeutung aufzuwerten. Vielfach ist dies ein Handlungsfeld in Gebieten der Sozialen Stadt. Ihr Ansatz der integrierten Gebietsentwicklung, die lokale Aktivitäten und Potenziale nutzt, ist insoweit vorbildhaft.

## 2. Vertiefungsbereiche Wohnen und Migrantenökonomie

Im Bereich der Stadterneuerungspolitik bieten neben der vermehrten Mitverantwortung privater Investoren in Form von öffentlich-privaten Partnerschaften traditioneller und neuer Art<sup>5</sup> vor allem folgende Themenbereiche Potenziale zur Stärkung und Belebung der Innenstädte und Ortszentren:

- ▷ die Verstärkung des Wohnens im Zentrum, um Belebung, soziale Vielfalt und kleinräumige Kundenfrequenz zu erzeugen und
- ▷ die strategische Aktivierung der dort lebenden und wirtschaftenden Migranten zur Stärkung der lokalen Ökonomie und zur Sicherung der Standortwertigkeit.

Im Folgenden werden diese Themenbereiche vertiefend dargestellt, es werden Trends benannt und zentrale Fragen aufgeworfen sowie sich daraus ergebende Handlungsempfehlungen benannt.

### 2.1. Wohnen in der Innenstadt

#### 2.1.1. Situation

Die Gründe für die geringe Bedeutung des Wohnens in den Innenstädten sind vielschichtig. Grundsätzlich sind regional unterschiedliche Entwicklungstendenzen und Wohnungsmärkte zu beobachten, die sich auch nach den alten und neuen Bundesländern differenzieren. In Westdeutschland ist die Situation vielerorts durch hohe Bodenpreise und einen zunehmenden Flächenbedarf von Handel und Dienstleistung geprägt. In den innerstädtischen Geschäftsvierteln ist das Wohnen oftmals deutlich unterrepräsentiert. Die Situation in Ostdeutschland wird durch punktuell noch ungeklärte Eigentumsverhältnisse, wirtschaftliche Entwicklungsschwierigkeiten und den bisweilen schlechten baulichen Zustand innerstädtischer Gebäude bestimmt, die außerhalb der sanierten Innenstadtbereiche liegen. Nach dem Fall der Mauer hat die Suburbanisierungswelle in Ostdeutschland auch zu einer Konzentration des Wohnens – besonders von finanziell besser Gestellten und Familien mit Kindern – an die Ränder der Städte geführt. Durch umfangreiche Sanierungsleistungen gelang es zwar, die zur Wende sehr hohen Leerstandszahlen in den ostdeutschen Innenstädten zu senken, dennoch ist die

5 Zu neuen Kooperationen in der Innenstadtentwicklung vgl. *Fachkommission Städtebau der Baumini-sterkonferenz*, Bericht zur Entwicklung der Innenstädte 2006, S. 22.

Leerstandsproblematik nach wie vor gegeben. Dies betrifft insbesondere Wohnungsbestände, die in der DDR-Zeit nach systematischer Vernachlässigung der Innenstädte für Flächenabriss vorgesehen waren und zum Zeitpunkt der Wende einen erheblichen Instandhaltungstau aufwiesen. Ungeklärte Eigentumsverhältnisse haben notwendige Instandhaltungen weiterhin verzögert, so dass eine wirtschaftlich vertretbare Sanierung – soweit sie bis heute nicht durchgeführt werden konnte – über die bisherigen Sicherungsmaßnahmen hinaus erschwert ist. Alteigentümer, die in der Regel nur über geringes Eigenkapital verfügten, wurden in den ostdeutschen Innenstädten oftmals erst durch die Städtebau- bzw. Wohnraumförderung in Kombination mit der Investitionszulage in die Lage versetzt, ihren Wohnungsbestand qualitativ zu verbessern. Zwischenzeitlich sind auch die in der DDR-Zeit entstandenen innerstädtischen Block- und Plattenbaugebiete ein Thema der städtebaulichen Entwicklung und Erneuerung.

Sowohl für das Wohnen an der Peripherie der Städte, als auch für das Wohnen im (inner)städtischen Kontext gibt es Nachfragergruppen. Für beide Wohnbedürfnisse, die gleichermaßen ihre Berechtigung haben, werden auch in Zukunft Angebote gefragt sein. Für viele Bevölkerungsgruppen ist innerstädtisches Wohnen nicht attraktiv auf Grund von Verkehrsproblemen, zu wenigen wohnungsnahen Stellplätzen, fehlenden oder verwehrten Grünflächen, verstärktem Modernisierungsbedarf der Bausubstanz, mangelnder Sicherheit, Mängeln in der Infrastruktur oder auch einer problematischen Schulsituation (hoher Migrantenanteil, Integrationsprobleme und damit „absackendes“ Leistungsniveau). Wenn solche Defizite überwiegen, ziehen finanzkräftigere Haushalte und Familien weg. Zurück bleiben sozial Schwächere sowie kinderlose Paare und Einpersonen-Haushalte. In der Folge sind die Innenstädte oftmals durch eine einseitige Sozialstruktur bis hin zur Gefahr der Stigmatisierung ganzer Quartiere geprägt. Dabei ist Segregation nicht per se negativ zu bewerten. Sie ist ambivalent: Einerseits ermöglicht sie sozial und kulturell homogen zusammengesetzte Wohngebiete, andererseits kann dies – bei negativem Image (vgl. Abschnitt zur Migration) – benachteiligend wirken.

Es gibt aber auch Nutzergruppen, die das Wohnen in der Stadt überaus schätzen: Das innerstädtische Wohnen ist attraktiv für junge Menschen, die sich in der Ausbildung befinden, und für Zuziehende aus dem Ausland, die eine erste Anlaufstelle suchen; es ist ebenfalls attraktiv für Menschen mit urbanen Lebensstilen und ferner für alle diejenigen, die kurze Wege zwischen Wohnen, Versorgung und Freizeit (ältere Menschen) sowie zusätzlich zwischen Arbeiten und Kinderbetreuung benötigen (Alleinerziehende etc.).

Ein Hauptproblem des innerstädtischen Wohnens liegt in den hohen Miet- und Bodenpreisen in den prosperierenden Regionen. Dort kommt es zu einem ökonomischen Entmischungsprozess und zur Ansiedlung renditeträchtiger Nutzungen. Hohe Bodenpreise ermöglichen rentable Investitionen nur im hochpreisigen Segment. Die Mietpreise stehen oftmals in keinem Verhältnis zur angebotenen Qualität.

Auch die Möglichkeiten des Umgangs mit der historischen Bausubstanz können das Wohnen in den Altstädten beeinflussen. Einerseits unterstützen Denkmalschutz und Bodendenkmalpflege die Wahrung des kulturellen Erbes und damit das positive Image der historischen Städte maßgeblich. In manchen Fällen können Auflagen des Denkmalschutzes die Nutzung bzw. Umnutzung denkmalgeschützter Bausubstanz jedoch verzögern. Ein Hemmnis für das Wohnen in der Stadt kann auch die Spezialisierung von Bauträgern darstellen. Unterschiedliche Finanzierungsmodi der Nutzungen erschweren nutzungsgemischte Strukturen unter einem Dach. Auflagen des Immissionschutzes können das Wohnen in der Nähe von Gewerbe und Industrie unterbinden. Ein Hindernis auf der Seite privater Bauherren kann sich daraus ergeben, dass innovativen Ideen zum Wohnen in der Innenstadt, vor allem in Mittel- und Kleinstädten, oftmals traditionelle Vorstellungen vom Wohnen entgegenstehen.

### 2.1.2. Trends / zentrale Fragen

Es gibt vielfältige Gründe, das Wohnen in den Innenstädten als einen wesentlichen Baustein einer nachhaltigen, ökonomisch tragfähigen Stadtentwicklung auf allen Ebenen zu unterstützen. Gerade auch angesichts der partiellen Schrumpfungstendenzen ist das Wohnen in den Innenstädten und damit die Stärkung der Kerne, städtebaulich, volkswirtschaftlich und ökologisch die richtige Antwort. Nicht unwesentlich ist der finanzielle Aspekt für die städtischen Haushalte: Abwanderung bedeutet dauerhaften Verlust von Steuermitteln (ca. 1.000 - 1.500 Euro pro abgewanderter Person) und Minderauslastung städtischer Infrastruktur.

Der demographische Wandel wird bekanntlich durch ein Absinken der durchschnittlichen Haushaltsgröße begleitet. Der Anteil der Einpersonenhaushalte, der in den Großstädten mit 100.000 oder mehr Einwohnern schon heute bei bis zu 50 Prozent liegt, wird auch außerhalb der Großstädte deutlich zunehmen. Neben der modernen Zwei-Generationen-Kleinfamilie, die über Jahrzehnte hinweg Bezugspunkt für wohnungs- und familienpolitische Entscheidungen war, werden andere Haushaltstypen weiter an Bedeutung gewinnen: z.B. Alleinstehende jeder Altersgruppe, Alleinerziehende, Patchwork-Familienmodelle, Paare ohne Kinder, Paare mit getrennten Wohnungen – ebenfalls jeder Altersklasse.

Der demographische und wirtschaftliche Strukturwandel führen, regional in unterschiedlichem Ausmaß, zu siedlungsstrukturellen und städtebaulichen Auswirkungen, die ein Gegensteuern der öffentlichen Hand erfordern. Leerstände und untergenutzte Bereiche innerhalb des Stadtgefüges können Chancen für das Wohnen in der Stadt eröffnen. Vor diesem Hintergrund und der damit einhergehenden Ausdünnung von Versorgungsangeboten ist vor allem in Ostdeutschland, aber auch in den alten Ländern zu beobachten, dass die Städte als Wohnstandorte wieder an Attraktivität gewinnen. Die Stadterneuerung und die Städtebauförderung können das Wohnen in der Stadt maßgeblich unterstützen und Transformationsprozesse in Gang bringen.

### 2.1.3. Konsequenzen und Handlungsfelder

Die Förderpolitik und die Wohnungsbauprogramme der Länder,<sup>6</sup> Modellvorhaben und kommunale Initiativen sollten das Wohnen in der Innenstadt und in den Ortszentren deutlicher als bisher unterstützen. Die Förderung des Wohnens in der Innenstadt erfordert das Zusammenwirken aller beteiligten Akteure, die durchaus von unterschiedlichen Motiven getragen werden können.

Die Städtebauförderung ist neben der Wohnraumförderung für die Stärkung des Wohnens in den Innenstädten und Ortszentren von besonderer Bedeutung. Die Finanzhilfen der Städtebau- und Wohnraumförderung können durch die Sicherung der wesentlichen Rahmenbedingungen und Qualitätsmerkmale entscheidend zur Stärkung des Wohnens in den Innenstädten beitragen. Die Städtebauförderung unterstützt die Aufbereitung von Brachflächen, die Aufwertung des öffentlichen Raumes, die Stärkung der Verkehrssicherheit, die Schaffung von Spiel- und Freiflächen, die Sicherung attraktiver Wohn-, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten sowie die Stärkung der sozialen und versorgenden Infrastruktur. Insbesondere durch brach gefallene Flächen, aber auch durch Nutzungsänderungen infolge von Leerständen ergeben sich Chancen, die Wohnfunktion und damit die Lebensqualität in den innerstädtischen Bereichen zu stärken (Sanierung, Modernisierung, Umbau und Neubau im Bestand). Vor allem im Rahmen des (interkommunal abgestimmten) Stadtumbaus können gravierende städtebauliche Probleme beseitigt und wichtige Impulse für eine nachhaltige Stadtentwicklung gesetzt werden. Der Verknüpfung von Wohnraum- und Städtebauförderung kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Kommunen sind gefordert, neue Wege außerhalb der gewohnten Verwaltungspraxis zu gehen; es sollten Prozesse moderiert und innovativen Ansätzen der Weg geebnet werden. Unterschiedliche Nachfragegruppen (z.B. Familien mit Kindern, ältere Menschen) sollten durch aktives kommunales Handeln und betreuende Planung angesprochen und gewonnen werden. Die Kombination von Wohnen und Gewerbe sowie die Kombination aus Sanierung, Modernisierung und Neubau können Anreize zur Nutzungsmischung in innerstädtischen Gebieten schaffen. Die optimale Ausnutzung von Brachflächen und Baulücken, z.B. durch die Erstellung eines Baulücken- bzw. Grundstückkatasters (Aktivierung der Flächen) und eine offensive Vermarktung der Flächen bergen enorme Chancen für innerstädtisches Wohnen. Den Ausbau und die Stärkung des innerstädtischen Wohnens kann die öffentliche Hand nicht allein leisten. Sehr wichtig ist die aktive Mitarbeit der Wohnungswirtschaft. Sie sollte ihre Handlungsfelder breiter fassen und den „weichen Standortfaktoren“ wie z.B. Mieterbetreuung, Pflege des städtebaulichen Umfeldes und Versorgungsangeboten mehr Aufmerksamkeit widmen.

6 Im Ergebnis der Föderalismusreform wurde die Gesetzgebungskompetenz für die soziale Wohnraumförderung und das Wohnungsbindungsrecht als Teile des Wohnungswesens zum 01.01.2007 auf die Länder übertragen. Dadurch sind auf Länderebene größere Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten entstanden.

Um ein vielfältiges, für verschiedene Bevölkerungsgruppen offenes Wohnen in der Innenstadt zu ermöglichen, müssen unterschiedliche Wohnformen sowohl im Bestand als auch im Neubau unterstützt werden (flexible Grundrisse, Wohnen und Arbeiten, Mehrgenerationenwohnen, Angebote für Service-Wohnen etc.). Wichtig ist es, den innerstädtischen Wohnungsmarkt durch „neue Produkte“ zu bereichern und interessante, flächensparende Formen von Wohneigentum zu entwickeln, die auch für Familien eine Alternative zum Einfamilienhaus am Rand der Stadt sind.

Private Bauherrengemeinschaften und Genossenschaften sollten verstärkt gefördert und beispielsweise die Parzelle als Grundlage für eine städtische Wohnbebauung im Rahmen der Stadterneuerung wieder etabliert werden. Die Bindung und Identifikation an den Wohnstandort Innenstadt kann insbesondere auch durch eigentumsbildende Maßnahmen für Haushalte mit oder ohne Kinder unterstützt werden.

Nicht zuletzt ist es wichtig, die Vorteile des innerstädtischen Wohnens speziell auch für junge Familien durch das Aufzeigen und die öffentliche Diskussion positiver Beispiele weiter zu thematisieren und bekannt zu machen. In zahlreichen Städten sind in den letzten Jahren neue, teilweise ungewöhnliche Wohnprojekte entstanden, von denen viele zugleich ein attraktives Angebot für das Wohnen in der Stadt darstellen. Gelingene Projekte zeigen beispielsweise, dass auch Gründerzeithäuser sehr gut für ein familiengerechtes innerstädtisches Wohnen genutzt werden können.<sup>7</sup>

Um die Innenstädte als Wohnstandort attraktiv und konkurrenzfähig zu machen, werden aus dem Bereich der Stadterneuerung folgende Handlungsfelder zusammenfassend genannt:

*A) Handlungsfelder der Städte und Gemeinden:* Die innerstädtischen Brachflächen für den Wohnungsbau müssen mobilisiert und durch aktive Entwicklung und Vermarktung baureifer Grundstücke bzw. geeigneter Bestandsgebäude Wohnungssuchende oder potentielle Eigentümer für die Innenstädte interessiert und ihr Bedarf dorthin gelenkt werden. Es ist wichtig die Wohn(umfeld)qualität weiter zu verbessern und gezielt Angebote zu schaffen (z.B. durch Aufwertung wohnungsbezogener Infrastruktur); Kooperationen müssen unterstützt und private Einzeleigentümer, aber auch die Wohnungswirtschaft (insbesondere auch die kommunalen Wohnungsunternehmen) für ein entsprechendes Engagement gewonnen werden. Im Rahmen der verschiedenen Programme der Stadterneuerung sollten die Finanzhilfen schwerpunktmäßig für die Aufwertung in den Innenstädten eingesetzt werden.

*B) Handlungsfelder von Bund und Ländern:* Bund und Länder können durch die Bereitstellung von Finanzen im Rahmen der Städtebauförderung weiterhin in angemessenem Umfang zur Stärkung des Wohnstandortes Innenstadt und zur Stabilisierung innerstädtischer Wohnquartiere beitragen. Sie sind gefordert, die neuen Programme der Städtebauförderung konsequent für die Stärkung des Wohnstandortes Innenstadt

7 G. Kuhn / C. Simon (s. A 4), S. 63-197.

zu nutzen und die Revitalisierung innerstädtischer Brachen (Gewerbe-, Industrie-, Militär-) für Wohnnutzungen im Rahmen der Stadterneuerung weiterhin zu unterstützen. Sie müssen die Kommunen gewinnen, lokale Strategien zur Stärkung des Wohnens in der Innenstadt zu erarbeiten, und sie bei deren Umsetzung unterstützen.

C) *Aufgaben der Wirtschaft und der Privaten*: Investoren und Wohnungswirtschaft sind gefordert, durch die zukunftsfähige Sanierung und Modernisierung vorhandener innerstädtischer Gebäudebestände aktiv innerstädtische Wohnangebote für unterschiedliche Nutzergruppen zu entwickeln. Innerstädtische Grundstücke müssen aktiviert und vorhandene Wohnungsüberhänge abgebaut werden. Die Wohnungswirtschaft kann einen wesentlichen Beitrag zu ausgewogenen Bewohnerstrukturen in den Innenstädten durch bedarfsgerechte Angebote leisten, insbesondere durch familienfreundliche und barrierefreie Wohnungen und Wohnumfelder, aber auch durch eine Segregation vermeidende Vermietung.

Maßnahmen zur Förderung des Wohnens in der Innenstadt können nur dann dauerhaft von Erfolg sein, wenn sie von möglichst vielen Akteuren mit ganz unterschiedlichen Motiven getragen werden. Zur Schaffung einer attraktiven Innenstadt, die (wieder) zum Wohnen einlädt, bedarf es daher eines gemeinsamen Vorgehens aller. Dabei kommt neuen Kooperationsformen, beispielsweise zwischen öffentlicher Hand, Bürgern und Privatwirtschaft, eine besondere Bedeutung zu.

## 2.2. Bedeutung von Migration für die Innenstadtentwicklung

### 2.2.1. Situation

Migration<sup>8</sup> spielt für die europäische Stadt eine wichtige Rolle. Sowohl in der Vergangenheit wie auch in der Gegenwart konzentriert sich Zuwanderung auf die Stadträume, da diese tendenziell bessere Erwerbschancen und Möglichkeiten für differierende Lebensstile bieten. Migranten<sup>9</sup> haben seit Jahrhunderten Anteil an den gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungen unserer Städte; ihr Einfluss ist auch in der städtebaulichen und architektonischen Ausprägung unserer historischen Innenstädte sichtbar. Heute wirkt insbesondere die gezielte Zuwanderung von Arbeitsmigranten aus den 1950er und 1960er Jahren in der Struktur der Gesellschaft weiter und

8 In diesem Bericht wird, wie in der Mehrheit der einschlägigen Texte, Migration im engeren Sinne einer Zuwanderung von Ausländern und Aussiedlern verwendet. Die „Binnenmigration“, also Wanderungen zwischen ländlichen und städtischen Bereichen, Verschiebungen zwischen Regionen und Bundesländern, ist nicht Gegenstand dieser Betrachtung.

9 Die umfassendere Beschreibung „Menschen mit Migrationshintergrund“ wird wegen der besseren Lesbarkeit durch die Begriffe Migranten bzw. Zuwanderer ersetzt. Einbezogen sind daher auch Menschen, die einen Wanderungsprozess über nationale Grenzen durchlaufen haben, aber einen deutschen Pass besitzen, sowie die Folgegenerationen von Einwanderern, die unter ähnlichen kulturellen und sozialen Verhältnissen aufwachsen.

ist vielfach Ursprung ökonomischer, sozialer und kultureller Veränderungen. Weitere Einflüsse entstanden durch Ausländer, die aus politischen, religiösen und wirtschaftlichen Motiven in den Folgejahren nach Deutschland gekommen sind.

Derzeit leben in Deutschland rund 7,3 Mio. Ausländer, das sind 9 Prozent der Gesamtbevölkerung. Eingebürgerte Migranten, Aussiedler und illegale Zuwanderer sind dabei nicht erfasst. Die Verteilung der Zuwanderer in den Bundesländern ist sehr unterschiedlich: absolut gesehen haben die großen Flächenländer Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern die meisten Einwohner mit ausländischer Staatsangehörigkeit. In den Ballungsräumen und Städten mit über 100.000 Einwohnern ist der Anteil der Zuwanderer deutlich höher als in ländlichen Gebieten; in den neuen Ländern ist der Migrantenanteil generell sehr gering.

Zuwanderer spielen eine bedeutsame Rolle in bestimmten merkantilen Bereichen, sie prägen lokale Milieus und deren Erscheinungsbilder, sind in Vereinen und beim Sport, in religiösen Gemeinschaften, in Studentenschaft und Schule wichtige Faktoren. Dennoch steigt die Bedeutung von Integration, weil aktuelle Entwicklungen die bisherigen Integrationserfolge unterlaufen. Durch den wirtschaftlichen Strukturwandel und den damit verbundenen Wegfall von Arbeitsplätzen verliert der Arbeitsmarkt als Integrationsfaktor insbesondere für gering qualifizierte Arbeitnehmer an Bedeutung. Gleichzeitig verlaufen die Bildungswege junger Menschen mit Migrationshintergrund deutlich ungünstiger als die gleichaltriger Deutscher.

Dadurch verschlechtern sich die Perspektiven der ausländischen Jugendlichen in der Mehrheitsgesellschaft. Die Arbeitslosigkeit gerade unter jungen Migranten ist im Vergleich ihrer Altersgruppe außerordentlich hoch, wodurch sich soziale Problemlagen, Segregation, Abschottung und Unterprivilegierung verschärfen. Ein besonderes Integrationsdefizit besteht bei muslimischen Frauen.

Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage, was Länder und Kommunen strukturell und stadträumlich für die Integration von Migranten tun können und gleichzeitig, wie die Potenziale der Zuwanderer zur Entwicklung unserer Städte und Gemeinden und zur Stärkung ihrer Ortszentren beitragen können.

### 2.2.2. Zentrale Fragen und Trends

A) *Entwicklung der Zuwanderung in Deutschland*: Weil Wanderungsbewegungen stark von wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen abhängen, sind Prognosen über die künftige Entwicklung mit großen Unsicherheiten behaftet. Die beständige Form der Zuwanderung mit jährlich etwa 55.000 bis 85.000 ausgestellten Visa ist der Familiennachzug. Neben der Immigration von Armutswanderern und politisch Verfolgten ist auch die Anwerbung von Spitzenkräften für Wirtschaft und Forschung eine beachtenswerte Form der Zuwanderung.

Experten sind sich einig, dass die Zuwanderung mit ihrem Sekundäreffekt der mittelfristig höheren Geburtenrate der Migrantinnen ein Wachstumsimpuls für Deutsch-

land ist. Da gleichzeitig die deutsche Bevölkerung abnimmt, wird der Anteil der Zuwanderer und ihrer Nachkommen wachsen, und zwar vor allem in den großen Städten. Für Frankfurt am Main und Mannheim werden beispielsweise ein Anstieg des Migrantenanteils von gegenwärtig etwa 22 Prozent auf ca. 36 Prozent im Jahr 2020 prognostiziert. Weitere Beispiele sind Köln mit einem Anstieg von 18 auf ca. 27 Prozent oder Hannover mit einer Zunahme von 16 Prozent auf 27 Prozent. Vor dem Hintergrund der erwarteten demographischen Entwicklung in der Bundesrepublik könnte die Migration Perspektiven für eine gewisse Abfederung der Bevölkerungsschrumpfung, für die soziale Sicherheit und die Arbeitsmarktentwicklung bieten.

*B) Stadtstrukturelle Auswirkungen:* In vielen Städten entwickeln sich einzelne Quartiere als Migrationsdrehscheibe. Häufig sind dies sanierungsbedürftige innenstädtische oder innenstadtnahe Gebiete oder Wohnviertel mit einem hohen Anteil kostengünstigen Wohnraums. Neue Zuwanderer suchen zumeist die Nähe zum Wohnstandort von Verwandten, Bekannten oder der gleichen Ethnie, um über das soziale Netzwerk Startschwierigkeiten im neuen Lebensumfeld leichter zu überwinden. Dies kann zu einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Ausländern in bestimmten Quartieren führen, so dass sich das Problem der überforderten Nachbarschaften stellt. Zwischen räumlicher Verteilung im Stadtgefüge und Herkunftsland der Zuwanderer gibt es bei einigen Nationalitäten einen Zusammenhang, so dass ethnische Cluster entstehen. So siedeln sich zum Beispiel türkische Migranten vor allem in Innenstadtrandlagen an.

Die räumliche Konzentration von Migranten hat Auswirkungen auf die Wohnungs- und Gewerbestruktur, auf die Nutzung und Gestaltung des öffentlichen Raumes, auf den Bedarf an spezifischer Infrastruktur aber auch auf Fragen der Segregation.

*C) Lokale Ökonomie:* Zuwanderer beeinflussen das wirtschaftliche Leben in Teilen der Innenstadt – als Unternehmer und als Investoren, insbesondere im Einzelhandel, in der Gastronomie und in der Dienstleistung. Migrantenökonomien haben eine beachtenswerte volkswirtschaftliche Bedeutung entwickelt. Etwa 280.000 Ausländer sind in Deutschland als Unternehmer tätig (rd. 7 Prozent aller Selbstständigen), der Gesamtumsatz beläuft sich auf 44 Mrd. Euro mit steigender Tendenz. Ethnische Ökonomien bieten häufig für Zuwanderer die erste Möglichkeit, Beschäftigung zu finden. Die Gründung ethnischer Kleinbetriebe steigt parallel zu den sinkenden Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt.

Betriebe des so genannten ethnischen Einzelhandels mit ihren herkunftslandtypischen Waren ziehen neben der Kundschaft aus gleichen Herkunftsländern durch ihr besonderes Angebot und Dienstleistungsfaktoren wie längere Öffnungszeiten auch eine große Zahl Kunden ohne ethnische Verbindung an. Sie sind deshalb auch für die soziale und gesellschaftliche Integration wichtig. Durch die „Randökonomien“ werden in bestimmten Innenstadtlagen oftmals Lücken im Produktions- und Dienstleistungs-

sektor gefüllt und dadurch ein Funktionieren des Quartiers gesichert. Mit der räumlichen Konzentration steigt allerdings die Gefahr der Entwicklung von Parallelmärkten, von „informellen“ Ökonomien und von Trading down-Effekten.

*E) Religiöse, soziale und kulturelle Infrastruktur:* Städtebauliche Auswirkungen entstehen auch bei Gebetsstätten, der sozialen Infrastruktur und bei kulturellen Einrichtungen – also von Nutzungen, die traditionell unsere Innenstädte prägen. Wo sozial und weltanschaulich differierende Bevölkerungsgruppen und ihre jeweiligen Ansprüche an soziale und religiöse Einrichtungen aufeinander treffen, entstehen vielfach Konfliktfälle. Beispiele dafür sind die Dominanz ausländischer Jugendlicher in sozialen Infrastruktureinrichtungen, der hohe Anteil von Migrantenkindern in Schulen bestimmter Innenstadtlagen und Wohnquartiere und die Forderung nach repräsentativen Glaubenszentren (z.B. Moscheebau in Köln).

Glaubenszentren nicht-christlicher Religionen werden bislang häufig in angemieteten Räumlichkeiten in peripheren Bereichen eingerichtet. Mittlerweile ist ein Entwicklungsdruck entstanden, sie im Stadtbild wahrnehmbar dort anzusiedeln, wo die Menschen leben, die sie besuchen – in Innerstadtgebieten oder Stadtteilzentren. Es besteht auch vermehrt die Nachfrage nach Kindergärten, Schulen und sozialen Einrichtungen unter Trägerschaft nicht-christlicher Religionen und damit die Frage ihrer Akzeptanz in der Mehrheitsgesellschaft. Mit der Forderung einer baulichen Artikulation migrantenspezifischer Infrastruktur im Stadtbild wird deutlich, dass Zuwanderer auf Dauer eine Heimat gefunden haben und Teil unserer Gesellschaft sind. Sie ist insoweit ein folgerichtiger Beitrag des Miteinanderlebens und zur gemeinsamen Identifikation mit dem Stadtteil.

Diese Entwicklung hat Konsequenzen für die Innenstädte und ihr Erscheinungsbild. Die sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Konflikte sind keineswegs gelöst. Als ersten Schritt bedarf es einer öffentlichen Diskussion und einer anschließenden Positionierung darüber, wie sich die Rolle, die Migranten für die Gesellschaft haben, sich auch im Stadtbild widerspiegeln kann.

*F) Wohnen und Freiraum:* Der Anteil von Migranten an der innerstädtischen Wohnbevölkerung steigt. Die ethnische Wohnbevölkerung konzentriert sich räumlich zu meist in Innenstadt(rand)quartieren mit nicht modernisiertem Altbaubestand oder an unattraktiven Standorten wie in emissionsbelasteten Bereichen. Insgesamt haben sich aber die Wohnverhältnisse der Migranten in den letzten 10 bis 15 Jahren deutlich gebessert. Auch die Zahl der Wohnungseigentümer mit Migrationshintergrund steigt stetig an.

Der öffentliche Raum – die Plätze, die Grünanlagen, das Wohnumfeld – werden von den Zuwanderern intensiver genutzt als von der einheimischen Bevölkerung. Ein großer Teil des gemeinsamen Lebens verlagert sich u.a. durch die räumliche Enge in

den Wohnungen, durch die Gewohnheit vieler Migrantengruppen, sich vermehrt im Freien aufzuhalten, und durch die Unterversorgung junger Menschen mit eigenen Räumen in den Freiraum. Vor allem in den Abendstunden ist die Jugendszene an bestimmten Plätzen in den Zentren der Städte vorherrschend. Alltägliche Probleme, die nicht in direkter Verbindung mit der Migration stehen, wie z.B. Generationenkonflikte, werden dadurch häufig ethnisiert.

Durch die Abnahme der Integrationsmöglichkeiten über den Arbeitsmarkt wächst die Bedeutung des Quartiers, des engeren Lebensumfeldes und der Wohnung als sozialräumliche Basis für Integration.

### 2.2.3. Konsequenzen und Handlungsfelder

Vielfältige und nutzungsgemischte Innenstädte begünstigen das Neben- und Miteinander unterschiedlicher Kulturen, Lebensstile, Bewohnergruppen und Nationalitäten. Die städtebaulichen Lenkungsmöglichkeiten zur Integration von Migranten in das ökonomische und soziale Stadtgefüge betreffen insbesondere die Gewährleistung der stadtstrukturellen Rahmenbedingungen sowie die Steuerung baulicher Projekte im Rahmen der kommunalen Planungshoheit. Da sich das Funktionieren des Zusammenlebens im unmittelbaren Lebensumfeld entscheidet, liegt ein wesentlicher Schwerpunkt des Handelns auf der kleinräumigen Ebene. Dabei geht es zum einen darum, abwärtsgerichteten Segregationsentwicklungen mit Folgen wie Negativimage, Verwahrlosung, mangelnde Sicherheit und der Isolation von Quartieren schon präventiv entgegenzuwirken; und zum anderen, aktiv Maßnahmen zu ergreifen, um Migranten nachhaltig zu integrieren und ihre Beiträge für die Innenstadtentwicklung zu aktivieren. Grundlage dazu sollte ein Leitbild sein, das es den Migranten ermöglicht, ihre Potenziale unter Beibehaltung ihrer ethnischen, kulturellen und religiösen Identität in die Mehrheitsgesellschaft unter Akzeptanz deren Leitfunktion einzubringen.

Wesentliche Handlungsfelder der Kommunen mit den Instrumenten des Städtebaus und der Stadterneuerung sind:

- ▷ Integrierte Entwicklung der Innenstädte und Ortszentren als gemischter Wohn-, Wirtschafts- und Lebensbereich unter Akzeptanz der Bedürfnisse verschiedener Bevölkerungsgruppen;
- ▷ Entwickeln von ganzheitlich angelegten Handlungskonzepten;
- ▷ Schaffung der Voraussetzungen im Rahmen der Städtebauförderung und der Bauleitplanung für eine gezielte Mischung der Bewohnerschaft durch differenzierte Wohnungsangebote und durch ein hochwertiges Wohnumfeld, um einseitigen Bevölkerungsstrukturen entgegenzuwirken;
- ▷ die Gestaltung des öffentlichen Raums unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Nutzergruppen, um Begegnungs- und Kommunikationsräume zu schaffen und dem Sicherheitsbedürfnis unterschiedlicher Ethnien zu entsprechen;
- ▷ strategische Verteilung von Sozial-, Bildungs- und Freizeitinfrastruktur und kul-

- turellen Einrichtungen in Innenstadtbereichen und Quartieren mit hohem Migrantenanteil;
- ▷ die Erhaltung und Förderung kleinteiliger Nutzungsmischung, Bestandspflege bestehender Betriebe, Unterstützung von Existenzgründungen durch die Schaffung stadträumlicher Rahmenbedingungen, Förderung merkantiler Strukturen (z.B. Märkte) und Berücksichtigung ethnischer Ökonomien, um die ökonomische Chancengleichheit zu verbessern;
  - ▷ Aufbau von Integrationsnetzwerken vor allem in Einwanderungsstadtteilen und Innenstädten (z.B. Etablierung von (ethnischen) Ansprechpartnern, einem Quartiersmanagement, von Beauftragten und/oder Beiräten, Lenkungsgruppen, etc.)
  - ▷ Sicherung der Offenheit der Maßnahmen für alle Gruppen, regelmäßige Beteiligung der Bevölkerung unter Berücksichtigung gruppenspezifischer Ansprüche und Fähigkeiten;
  - ▷ Maßnahmen zur Selbstbefähigung wenig artikulationsfähiger Menschen (z.B. Sprachkurse, Qualifizierung).

Die Aktivitäten vor Ort müssen unterstützt werden durch übergeordnete Aktivitäten des Bundes und der Länder. Aufgabe ist es, integrierte Stadtentwicklung mit dem Handlungsbaustein Migration einzufordern und zu fördern. Innerhalb der bestehenden Förderprogramme müssen entsprechende Schwerpunktsetzungen und finanzielle Ausstattungen erfolgen und diese Ziele auch in den Förderleitlinien verankert werden.

Bund und Länder sollten Modellvorhaben mit konkreten Projekten vor Ort initiieren und begleitende integrierte Forschungsvorhaben zur systematischen Aufarbeitung der Situationen von Migranten und ihren spezifischen Lebensformen (Familiengrößen/-struktur, Wohnungen, Struktur der Betriebe/Unternehmen) initiieren. Nicht zuletzt ist es wichtig, staatliche und kommunale Aktivitäten zu bündeln, den Informationsaustausch zu fördern und regionale Netzwerke aufzubauen.

Zudem besteht eine Verantwortung der Wirtschaft zur Integration von Migranten und zur Aktivierung ihrer Potenziale, wie zum Beispiel die gleichberechtigte Einbindung ethnischer Betriebe in lokale Initiativen und Aktivitäten (z.B. in Stadtmarketing), die stärkere Unterstützung der Kammern und Verbände für ethnische Betriebe, Wirtschaftsförderung und das Angebot niederschwelliger betriebsorientierter Beratung und Fortbildung.

Offenheit gegenüber differierenden Lebensstilen, die Vielfalt der Stadtgesellschaft, sozialer Zusammenhalt und ein positives Zusammenleben wird in einem globalisierten Wettbewerb mehr und mehr zum Standortfaktor. Das gilt nicht nur in der Konkurrenz um gewerbliche Ansiedlungen, sondern ebenso für die Attraktivität als Wohnstandort. Eine aktive städtebauliche Integrationspolitik ist deshalb für eine positive Entwicklung der Kommunen unverzichtbar.

### 3. Zusammenfassung

Die von der Fachkommission Städtebau zusammengetragenen, in diesem Beitrag beschriebenen Entwicklungen wirken sich auf die Funktion der Innenstädte aus. Vor diesem Hintergrund fasst ihr Bericht zur „Entwicklung der Innenstädte II“ folgende vordringliche Handlungsfelder für eine Schärfung der Stadtentwicklungspolitik zusammen, mit dem Ziel, die Innenstädte weiter zu stärken:<sup>10</sup>

*A) Das Zentrum als Motor des Stadtlebens stärken:* Zentren haben eine Leitfunktion für die Zukunft der Städte und Gemeinden. Dies gilt gerade für schrumpfende Regionen. In der Konkurrenz um aktive, dynamische Bevölkerungsteile und in der Standortgunst für Ansiedlungsentscheidungen sind die Vielfalt, die Vitalität, die stadträumliche Attraktivität, die Erreichbarkeit und der soziale Zusammenhalt wichtige Standortfaktoren. Die Kommunen müssen sich aktiv um ihr Zentrum kümmern und es als ihr „Kapital“ begreifen. Dazu gehören auch verstärkte Bemühungen, Suburbanisierungsprozesse zu begrenzen und interkommunal abgestimmte Konzepte für den großflächigen Einzelhandel zu entwickeln, um den Zentren nicht ihre ökonomische Basis zu entziehen. Gerade in schrumpfenden Regionen gilt es zudem, die Zentren als Versorgungsmittelpunkt für die umgebenden ländlichen Regionen zu qualifizieren.

*B) Innerstädtische Brachen strategisch nutzen:* Areale und Gebäudekomplexe, die in ihrer ursprünglichen Nutzung nicht mehr gebraucht werden, gibt es in jeder Kommune, viele davon in oder am Rande der Zentren, besonders in ostdeutschen Städten. Durch den wirtschaftlichen Strukturwandel und durch demographische Veränderungen werden Flächen weiterhin brach fallen und umgebaut werden müssen. Viele dieser Brachen bieten die Chance, das innerstädtische Nutzungsangebot zu ergänzen, großflächigeren Einzelhandel von der Peripherie in die Mitte zu lenken, die Grünraumversorgung zu verbessern und die innerstädtische Lebensqualität zu steigern. Wo aktuell kein Verwertungsdruck vorhanden ist oder mangelnde Finanzkraft einen zügigen Umbau verhindert, sollten Leerstände auch unkonventionell (zwischen)genutzt werden.

*C) Wohnfunktion in den Zentren ausbauen:* Die Stärkung des innerstädtischen Wohnens ist eine zentrale Entwicklungsaufgabe, die längst nicht ausgeschöpft ist. Gerade junge Familien und Senioren profitieren von der Nähe wichtiger Infrastruktureinrichtungen in den gewachsenen Strukturen. Mittelfristig kann die Entwicklung der Energiepreise die Nachfrage nach innerstädtischen Standorten ohne hohe Mobilitätskosten zusätzlich begünstigen. Durch eine qualitative und energetische Aufwertung des

10 *Fachkommission Städtebau der Bauministerkonferenz*, Bericht zur Entwicklung der Innenstädte II, Berlin 2006, S. 5-6.

Bestandes, durch neues innerstädtisches Wohnen im selbst genutzten Eigentum auf Konversionsflächen oder in Baulücken können nachfragerechte Stadthäuser in einem lebenswerten städtischen Umfeld entstehen, die eine attraktive Alternative zum Einfamilienhaus am Stadtrand sein können. Dazu bedarf es einer strategischen Zusammenführung von Stadtentwicklung, von Stadterneuerung und von wohnungswirtschaftlichen Maßnahmen.

*D) Generationenübergreifenden Umbau der Städte voranbringen:* Mit der Zunahme des Anteils älterer Menschen in der Gesellschaft gewinnen innerstädtische Situationen der kurzen Wege, die sicher, ruhig und überschaubar sind, Standortvorteile. Voraussetzung ist die Nutzbarkeit der Stadt- und der Grünräume, der öffentlichen Einrichtungen, des ÖPNVs usw. durch alle Menschen – unabhängig von Alter oder körperlicher Einschränkung. Weitere Voraussetzung ist die strategische Verteilung von Altenserviceeinrichtungen und von Pflegestützpunkten im Quartier. Begleitet werden müssen diese Maßnahmen durch ein barrierefreies Wohnungsangebot, das auch die unterschiedlichen Wohnwünsche im Alter berücksichtigt. In Kommunen mit rückläufiger Bevölkerungsentwicklung und günstigem Preisniveau, kann der generationenübergreifende Stadumbau sogar zum Standortplus für Zuzüge von Senioren werden.

*E) Migration als Chance nutzen:* Die Potenziale der Zuwanderer für die Stärkung der Innenstädte sind noch zu wenig genutzt. Migranten treten als Investoren, Gewerbetreibende und Existenzgründer mit großer Branchenvielfalt auf und sichern oftmals die Grundversorgung in Innenstadtrandbereichen und in Nebenzentren. Mit ihren besonderen Angeboten z. B. in der Gastronomie oder im Lebensmittelbereich können sie eine Frequenz bringende Funktion für die gesamte Innenstadt erzielen. Die gleichberechtigte Einbindung von Migranten in das ökonomische und soziale Stadtleben ist zudem eine besonders effektive Form der Integration.

*F) Standortwertigkeit durch Qualität sichern:* Langfristig haben die Innenstädte, die konsequent auf Qualität setzen, auch in ökonomischer Hinsicht eine Zukunft. Das betrifft insbesondere die gestalterische Qualität des öffentlichen Raums, die Pflege des historischen Erbes, die innenstadtverträgliche Gestaltung der Mobilität, die Gebrauchstüchtigkeit des öffentlichen Personennahverkehrs sowie die Hochwertigkeit und Vielfalt des Einzelhandels.

*G) Neue Kooperationen, neue Partner suchen:* Strategische Allianzen zwischen öffentlicher Hand, Bürgern, lokalen Akteuren und der Wirtschaft können den Innenstädten neue Entwicklungsoptionen und neue Investitionsimpulse eröffnen. Da Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit in den Stadtkernen besonders stark ausgeprägt sind, sind Projekte in gemeinsamer Verantwortung gerade hier besonders erfolgsträchtig.

Die intensive Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Innenstädte in Deutschland hat gezeigt, dass die Stärkung der Innenstädte das gezielte Zusammenwirken aller Beteiligten erfordert. Auf verschiedenen Ebenen sind verstärkt Aktivitäten zur Stärkung der Innenstädte zu beobachten. Die Zentrenentwicklung steht in vielen Kommunen ganz oben auf der Agenda und die meisten Länder haben Initiativen und Modellvorhaben sowohl mit investiven als auch mit nichtinvestiven Schwerpunkten in die Wege geleitet.<sup>11</sup> Innerstädtische Themen werden seit 2007 im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik des Bundes verstärkt diskutiert und das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hat im Jahr 2008 das Bundesländer Städtebauförderungsprogramm „Aktive Orts- und Stadtteilzentren“ gestartet. Auch die europäische Kommission rückt in ihrer neuen Förderperiode 2007-2013<sup>12</sup> die Stärkung der Städte und Gemeinden und deren Zentren stärker in den Vordergrund.

Neben die bewährten Instrumente, wie die Städtebau- und Strukturförderung, Regionalplanung oder Märkte- und Zentrenkonzepte sind neue Instrumente getreten, die das private Engagement in den Vordergrund stellen (z.B. Immobilien- und Standortgemeinschaften, Business Improvement Districts). Integrierte Stadterneuerungsstrategien, die alle relevanten Handlungsfelder mit einbeziehen, werden dazu beitragen, die Leitfunktion der Zentren, ihre Vielfalt, Lebendigkeit und Unverwechselbarkeit zu erhalten und weiterzuentwickeln. Bund, Länder, Kommunen und Private sind gefordert, ihre jeweiligen Möglichkeiten zu nutzen und auszubauen.

11 In einigen Bundesländern wurden die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einrichtung von Business Improvement Districts (BIDs) geschaffen, die das private Engagement in den Vordergrund stellen. Als Länderinitiativen sind beispielhaft zu nennen: „Ab in die Mitte“ (in Berlin, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen) oder das Modellvorhaben „Leben findet Innenstadt“ in Bayern.

12 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.), Nationaler Strategischer Rahmenplan für Deutschland für den Einsatz der Strukturfonds 2007-2013, Berlin 19.03.2007.

Clemens Zimmermann

## **Innenstädte 1880 bis heute - Funktionen und bauliche Gestalt im Wandel**

*„Wohin eilen die Automobile? Ins Zentrum!  
Es gibt keine befahrbare Fläche im Zentrum.  
Man muss sie schaffen. Man muss das Zentrum abreißen.“<sup>1</sup>*

### **1. Von der historischen Stadt zur Innenstadt**

Im Folgenden geht es um die Frage, wie sich in Deutschland die inneren Gebiete großer Städte, ausgehend von ihrer historischen Form, seit der Epoche der Hochurbanisierung veränderten, welche Funktionen ihnen zugeschrieben wurden, und welche sie tatsächlich übernahmen. Es soll nach maßgeblichen städtebaulichen, stadt- und wohnpolitischen Leitbildern von Innenstadtentwicklung gefragt werden, vor allem wird der kontinuierliche Faktor des Stadtverkehrs erläutert.

Vier Entwicklungsperioden sollen unterschieden werden: In der Hochurbanisierung (1870-1914) schälte sich erst inmitten der stark expandierenden Stadtgebiete die moderne „Innenstadt“ als besonderer Raum heraus. In der Folge hatte man es in der Periode 1914-1945 mit weiterem Großstadtwachstum und radikalen Repräsentations- und Modernisierungsprojekten zu tun, mit Wachstumskrisen und Zerstörung in bislang unvorstellbarem Ausmaß. Die dritte Periode 1945-1990 war durch den „Wiederaufbau“ und die starke Betonung von Wohnungsbau außerhalb der Innenstädte sowie durch fortschreitende funktionale und soziale Segregation der Großstädte gekennzeichnet. Eine erste Phase der Wiederentdeckung der „Europäischen Stadt“ als Leitbild setzte etwa, verbunden mit denkmalpflegerischen Intentionen, Mitte der 1970er Jahre ein. Stichworte dieser Zeit waren neben der „Modernisierung“ von Wohnungsbeständen die „behutsame Stadterneuerung“. Man kann diese partielle Trendwende in der Bundesrepublik – der Großsiedlungsbau wurde fortgesetzt – bereits im Wohnungsmoderni-

1 *Le Corbusier* (= Charles Jeanneret) um 1930, zitiert nach *T. Hilpert*, Die Funktionelle Stadt, Le Corbusiers Stadtvision – Bedingungen, Motive, Hintergründe, Braunschweig 1978, S. 130. Zu einer Ideen- und Kulturgeschichte der Stadtarchitektur vgl. *J. Guckes*, Ordnungsvorstellungen im Raum. Überlegungen zur deutschen Stadtplanungs- und Architekturgeschichte zwischen 1918 und 1945 aus kulturhistorischer Sicht, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 48, 1/2008, S. 661-702.

sierungsgesetz von 1976 erkennen.<sup>2</sup> Diese Phase ging dann in die vierte Periode der „urbanen Renaissance“ seit etwa 1990 über, die bis heute reicht; sie ist durch detaillierte Entwicklungskonzepte, das Bemühen um eine „Reurbanisierung“, wachsend auch durch heterogene Trends der von den Regionen abhängigen Stadtentwicklung zwischen Schrumpfung und Wachstum, zwischen Fortschreiten von Suburbanisierung und Bemühungen um eine Stärkung des Wohnens gekennzeichnet.<sup>3</sup>

Generell stellten im Untersuchungszeitraum die Innenstädte die Zonen verdichteter Bebauung und stärkster wirtschaftlicher und kommunikativer Aktivitäten dar. Als symbolische Kerne der Städte repräsentieren die zentralen Teile die Städte nach außen und für die Stadteinwohner selbst – durch die sichtbaren „Zeichen“, durch Plätze, Türme, Kirchen und einzelne Bauwerke, die allen Stadtbewohnern bekannt sind. Die Innenstädte sind das Gebiet, auf das sich in der Regel das räumliche Verhalten der Stadtbewohner immer noch in hohem Grade bezieht, sei es zum Einkaufen, für den Besuch von Behörden und von Veranstaltungen, zum Flanieren – oder als ideelle Mitte. Wohl entwickelten sich Innenstädte in ihrer räumlichen Ausdehnung, dennoch gibt es in der Regel in jeder historischen Stadt ein Kerngebiet, das auffallend kontinuierlich zentrale Funktionen aufweist. Diese Innenstadt ist funktional weitaus komplexer als der amerikanische „Central Business District“, da die andere historische Genese und das heißt auch Verwaltungs-, Wohnfunktionen und kulturelle Wertigkeit berücksichtigt werden müssen. Schon in Mittel- und zumal in Großstädten reicht sie über die historischen Altstädte deutlich hinaus und schließt integrierte Stadterweiterungsgebiete ein. Daneben bestehen in der Regel einige Subzentren.<sup>4</sup> Während man zum Beispiel in Karlsruhe noch zahlreiche zwei- bis dreigeschossige Wohnbauten des 18. Jahrhunderts entdecken kann, wird man in anderen Innenstädten nur ganz wenige markante Kulturdenkmäler als historische Bausubstanz erkennen. Teils wurden diese erst in den 1970er und 1980er Jahren als bewusste Symbolstiftung im öffentlichen Raum wieder rekonstruiert.<sup>5</sup> Eine größere Kontinuität wiesen die grundlegenden Straßenraster auf.

2 T. Harlander, Wohnen und Stadtentwicklung in der Bundesrepublik, in: I. Flügge (Hrsg.), Geschichte des Wohnens, Bd. 5. Von 1945 bis heute. Aufbau – Neubau – Umbau, Stuttgart 1999, S. 233-417, hier S. 334 f.

3 Vgl. G. Kuhn, Reurbanisierung, Renaissance der Städte und Stadtwohnen, in: Informationen zur Modernen Stadtgeschichte 2/2007, 121-130; A. Schildt/D. Schubert (Hrsg.), Städte zwischen Wachstum und Schrumpfung. Wahrnehmungs- und Umgangsformen in Geschichte und Gegenwart, Dortmund 2008; C. Hannemann, Die Transformation der sozialistischen zur schrumpfenden Stadt, in: W. Siebel (Hrsg.), Die europäische Stadt, Frankfurt am Main 2004, S. 197-207; T. Harlander (s. A 2), S. 344-353, 375-381.

4 Vgl. K. Zehner, Stadtteile und Zentren in Köln. Eine sozialgeographische Untersuchung zu Raumstruktur und räumlichem Verhalten in der Großstadt, Köln 1987; M. König, Die Krise großstädtischer Subzentren. Zentralitätsverluste gewachsener Nebenzentren mit eigener städtischer Funktion am Beispiel von Frankfurt-Höchst, Berlin 2007.

5 Vgl. G. Wagner-Kyora, „Wiederaufbau“ und Stadt-Raum. Streit um die Rekonstruktion des Dortmunder Rathauses und der Alten Waage in Braunschweig (1974-1994), in: A. von Saldern (Hrsg.), Stadt und Kommunikation in bundesdeutschen Umbruchszeiten, Stuttgart 2006, S. 209-238.

In den massiv gewachsenen, neuen Industrieagglomerationen des 19. Jahrhunderts wie in Wuppertal oder im Ruhrgebiet entstanden die heutigen Innenstädte auf der Grundlage urbaner oder dörflicher Siedlungskerne; sie erreichten nicht die materielle und symbolische Bedeutung wie die Kerngebiete der „klassischen“ Großstädte.<sup>6</sup>

## 2. Innenstädte in der Epoche der Hochurbanisierung

Zu unterschiedlichen Zeitpunkten setzte seit der Hochurbanisierung die Konzentration von Verkehrs-, Geschäfts-, und Verwaltungsfunktionen in den Stadtzentren ein, die schon früh als „Citybildung“ bezeichnet wurde.<sup>7</sup> Die Transformation des aus der historischen Stadt erwachsenen Stadtzentrums zur „City“ (als markantester Teil heutiger Innenstädte) vollzog sich im Zuge wachsender stadträumlicher funktionaler Differenzierung. Der Prozess wurde teils durch privatwirtschaftliche, teils durch öffentliche Akteure vorangetrieben; hierbei richteten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Innenstädte teils neu aufgrund der Streckenführungen der Bahn und durch den Bau und später die Verlegung von Bahnhöfen völlig neu aus. Auch die Stadtverwaltungen selbst gehörten zu den entscheidenden Akteuren einer Transformation der Innenstädte in Richtung Geschäfts- und Kulturzentren. Durch ökonomisches und demographisches Wachstum und im Zuge einer allgemeinen Beschleunigung und Medialisierung des Großstadtlebens<sup>8</sup> wurden die Stadtgebiete nach außen verschoben. Immer weiter entfernt von der Innenstadt entstanden die neuen Industrie-, Gewerbe- und Wohnquartiere, wodurch die Innenstadt mit ihren eigenen Funktionen erst deutlich hervortrat. In Berlin und Leipzig zeigt sich diese Entwicklung seit den 1870er Jahren; in München und in Mannheim erfolgte die Citybildung erst nach der Jahrhundertwende.<sup>9</sup> Im innersten Bereich wurden schon in dieser Phase ärmere Wohnbevölkerungen aufgrund steigender Mieten und durch die Ersetzung von Wohnhäusern durch Geschäftshäuser herausgedrängt. Soweit Haushalte genug Einkommen erzielten und dies ihrem ganzen Lebenszuschnitt angebracht war, strebten viele Bewohner indes selbst danach, in den Stadterweiterungsgebieten einen besseren Wohn- und Lebensstandard zu erreichen, sei es in Mietwohnungen, sei es, schon vor dem Ersten Weltkrieg bemerkbar, im Eigenheim. Dieser Prozess des Wegzuges von Haushalten in die Peripherie sollte dann

6 **Exemplarisch:** *H. Reif*, Die verspätete Stadt. Industrialisierung, städtischer Raum und Politik in Oberhausen 1846-1929, Bd. 1, Köln 1993.

7 *O. Schilling*, Innere Stadterweiterung, Berlin 1921, bes. S. 1, 10-17.

8 **Vgl.** *H. Knoch*, Schwellenräume und Übergangsmenschen. Öffentliche Kommunikation in der modernen Großstadt, 1880-1930, in: *A.C.T. Geppert/U. Jensen/J. Weinhold* (Hrsg.), Ortsgespräche. Raum und Kommunikation im 19. und 20. Jahrhundert, Bielefeld 2005, S. 257-284.

9 **Vgl.** *S. Fisch*, Stadtplanung im 19. Jahrhundert. Das Beispiel München bis zur Ära Theodor Fischer, München 1988, S. 15 f.; *H. Schröteler-von Brandt*, Innenstadterneuerung als ständige Reproduktion sozioökonomischer Teilung. Das Beispiel Mannheim vor 1914, in: *G. Fehl/J. Rodríguez-Lores* (Hrsg.), Stadt-Umbau. Die planmäßige Erneuerung europäischer Großstädte zwischen Wiener Kongress und Weimarer Republik, Basel/Berlin/Boston 1995, S. 168-190.

die Form der „Suburbanisierung“ annehmen, kulminierend in der Entstehung ganz neuer großräumiger Siedlungsmuster, in der die Grenzen der Orte verschwinden.<sup>10</sup> Gesundheitspolitische Zweckgründe, „Assanierung“ gerade von stigmatisierten Altstadtquartieren trugen ebenfalls zum Stadtbau bei. Je stärker der Nahverkehr ausgebaut wurde, und je mehr das Stadtzentrum von Geschäften und Büros geprägt war, desto stärker beeinflusste er die gesamte Entwicklung der Innenstädte; dies gilt für den gesamten Zeitraum von 1880 bis heute. Tatsächliche und antizipierte Verkehrserfordernisse führten in den Innenstadtgebieten zur Begradigung und Verbreiterung von Straßen durch Abrisse und Neufestsetzung von Fluchtlinien. Durchbrüche durch historische Bausubstanz wurden wiederum durch die Notwendigkeit begründet, die Verbindung zur wachsenden Gesamtstadt zu garantieren. Im Allgemeinen kam es, auch aufgrund von Widerständen, bis zum Zweiten Weltkrieg noch nicht zu flächenhaften Abrissen.<sup>11</sup>

In Berlin setzte der Prozess der Citybildung schon um 1860, die Suburbanisierung in den 1890er Jahren ein. Die Transformation der historischen Stadt in ein Geschäftszentrum zeigte sich indes am stärksten nicht in der Altstadt, sondern in der Dorotheen- und Friedrichstadt, wohin sich der Schwerpunkt Berlins seit dem 18. Jahrhundert verlagerte.<sup>12</sup> Das Beispiel von Berlin zeigt außerdem, wie im sich aufweitenden Stadtgebiet mehrere „Zentren des allgemeinen Geschäftslebens und des Massenverkehrs [entstanden], die nicht nur für besondere soziale Gruppen als ‚zentral‘ galten“ und insgesamt als Berliner Innenstadt angesehen werden können.<sup>13</sup> Der dort massiv wachsende Verkehr und die unerwünschte Bebauung mit „Mietskasernen“ beschleunigte wiederum die Abwanderung von Wohlhabenden in neue und noble Wohngegenden wie dem Kurfürstendamm (als späterem Nebenzentrum) oder außerhalb des Stadtgebietes in „Villenkolonien“.<sup>14</sup> Wie sich durch Citybildung, wenn auch im weit kleineren Rahmen, der Schwerpunkt der Innenstadt (bei insgesamt doch hoher Kontinuität) verlagerte, sieht man in München.<sup>15</sup>

10 Vgl. C. Simon, Suburbane Wohngebiete. Konzepte zur städtebaulichen Qualifizierung des Ein- und Zweifamilienhauses in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1999, Stuttgart 2001; T. Harlander, Zentralität und Dezentralisierung – Großstadtentwicklung und städtebauliche Leitbilder im 20. Jahrhundert, in: C. Zimmermann (Hrsg.), Zentralität und Raumgefüge der Großstädte im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2006, S. 23-40 und G. Kuhn, Suburbanisierung in historischer Perspektive, in: ebda., S. 61-81. Zur teils scheiternden Suburbanisierung von Wissenschaft in den Peripherien vgl. M. Hefler, Die kreative Stadt. Zur Neuerfindung eines Topos, Bielefeld 2007.

11 Vgl. C. Kopetzki, Grundlinien des Stadt-Umbaus im deutschen Reich zwischen 1918 und 1933, in: G. Fehl/J. Rodríguez-Lores (s. A 9), S. 273-288.

12 Vgl. B. Goebel, Der Umbau Alt-Berlins zum modernen Stadtzentrum, Berlin 2003, S. 59-74; E. Konter, Das Zentrum von Berlin, in: H. Bodenschatz (Hrsg.), Renaissance der Mitte. Zentrumsumbau in London und Berlin, Berlin 2005, S. 166-204, hier S. 174 f.

13 H. Bodenschatz, Platz frei für das neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung in der „größten Mietskasernenstadt der Welt“ seit 1871, Berlin 1987, S. 231.

14 Ebda., S. 18 f.

15 Vgl. S. Fisch (s. A. 9), S. 15.

Wohnungspolitik, Stadtplanung und jeweilige Vorstellungen von „geordneter“ Stadt, das Interesse an einer lukrativen Verwertung von Grundstücken, kommerzielle Interessen, die auf die Etablierung standardisierter Geschäftshäuser und großer Büro- und Kaufhäuser hinausliefen, Bauten zu Kultur-, Verwaltungs- und Repräsentationszwecken und wachsender bzw. antizipierter Stadtverkehr stellten über die Epoche des Kaiserreichs hinweg anhaltende Faktoren der Innenstadtentwicklung dar.<sup>16</sup>

### 3. Vom Ersten Weltkrieg bis zu den Zerstörungen 1945

Im Ersten Weltkrieg kamen die meisten Baumaßnahmen in den Innenstädten zum Erliegen. Danach ergaben sich durch Zerstörungen, aufgebautem Bedarf an Wohnraum und durch den Übergang zu einer sozialen Wohnbaupolitik große Wohnungsbauprogramme in den „Siedlungen“ der Peripherien. Kulturell beruhte diese Entwicklung nicht zuletzt auf der historisch wachsenden Selbstgewissheit der Planungsakteure (Bürgermeister, Architekten/Ingenieure, private Entwickler), mit der jeweils „modernen“ Lösung auch die absolut richtige zu realisieren, also sich als „Experten“ zu sehen, dem „Fortschritt“ (qua technischer Planung, auf der Grundlage wachsenden Individualverkehrs und auf Großparzellen, funktionalistisch) zu dienen. Die bisherige Großstadt erschien als chaotisch, die Wohnverhältnisse in Altstädten galten als hoffnungsloser Fall, dem man nur durch radikale „Sanierung“ beikommen könne. Je selbstgewisser man war dem wahren Fortschritt zu dienen, je weniger sich widerstrebende Interessen und Einflüsse (lokale Traditionen, widerstrebende Bevölkerungsgruppen, sich einander durchkreuzende Planungsinteressen) der Planung entgegen stellten und je dynamischer das allgemeine wirtschaftliche und demographische Wachstum der jeweiligen Städte verlief, desto ausgeprägter war der faktische Veränderungsdruck in den Innenstädten. Diese sollten, so Fritz Schumacher in Hamburg 1923, nun eindeutig als „moderne Geschäftsstadt [...] aus jenem sachlich monumentalen Geist heraus“ umgestaltet werden, „der statt der heiligen Türme früherer Zeiten Hochburgen des praktischen Lebens“ schaffe.<sup>17</sup> Zu dem vielerorts von Architekten angestrebten Hochhausbau im Zuge des Umbaus der Stadtzentren in „Vertikalstädte“ kam es indes nur in ganz wenigen Fällen.<sup>18</sup> Nicht nur in dieser Periode erinnerte man sich gerne der verlorenen Bauwerke und „heimeligen“ Anmutung der Altstadtquartiere in Festen, Umzügen und in Bildbänden.<sup>19</sup> Die Modernisierungs- und Sanierungsansätze setzten sich im Nationalsozialismus fort, der sich zunächst antiurban gerierte, dann aber die vorhandenen Innenstädte fortbaute bzw. mit riesigen Repräsentationsbauten und im Hinblick

16 Vgl. B. Goebel (s. A. 12), S. 121-123, 154-157.

17 Zit. n. C. Kopetzki (s. A. 11), S. 279; C. Zimmermann, Mittelstädte und ihre Entwicklungspotenziale im historischen Wandel, in: Zukunftsraum Mittelstadt, Schwäbisch-Hall 2007, S. 17-25.

18 Vgl. H Bodenschatz (s. A. 13), S. 29-35, 138-142.

19 Vgl. B. Goebel (s. A. 12), S. 184 f.

auf eine autogerechte Stadt überplante, auch zu Stadtgründungen schritt und sowohl ein klares städtisches Modernisierungskonzept verfolgte wie im Zuge eines „Generalplans“ eine radikale Neuplanung riesiger Räume im agrarwirtschaftlich geprägten europäischen Osten vornahm.<sup>20</sup>

#### 4. Das modernistische Paradigma von 1945 bis 1990

Von den alliierten Bombardierungen – 2,5 Mio. Wohnungen wurden zerstört – waren die deutschen Städte unterschiedlich betroffen. In Düsseldorf, Freiburg und Dresden z.B. besonders die Innenstädte, in Nürnberg, Kassel und Frankfurt am Main am stärksten die Stadtgebiete insgesamt.<sup>21</sup>

Der „Wiederaufbau“ in der unmittelbaren Nachkriegszeit orientierte sich meist an Netzen der Infrastrukturen und in vielen Fällen – je nach örtlichen Verhältnissen und lokalem Geschichtsbewusstsein – an den bisherigen Straßenverläufen. Dennoch erschien den Stadtplanern und Architekten nun die Stunde gekommen, lang gehegte (in den 1920er Jahren und unmittelbar vor 1945 in Gang gesetzte) Planungen einer modernistischen Stadt großflächig zu realisieren. Drei Strömungen wirkten hier zusammen bzw. kamen in einzelnen Städten unterschiedlich zum Zuge. Die Idee der in „Nachbarschaften“ gegliederten „Stadtlandschaft“ mit stark antiurbanen Komponenten, die Vertreter klassischer Moderne, die eine „neue Stadt“ bauen wollten und an den Siedlungsbau der 1920er Jahre anknüpften sowie eine biologistische Strömung, welche die Stadt als „Organismus“ verstand, kamen hier zusammen. Die Planungsvorstellungen waren im Einzelnen sehr unterschiedlich, die radikalsten Neuaufbaupläne wie in Mainz konnten sich aber nicht durchsetzen. Bis zu den 1960er Jahren gewann in der Realität das Leitbild einer begrüneten, „aufgelockerten“ Stadt, historisch tief wirkend und explizit formuliert, erheblich an Boden, die man sich als inselartige, durch breite Verkehrsbänder gegliederte „Stadtlandschaft“ vorstellte, in der die Wohnungen genügend Licht bekamen und die bisherigen Blockstrukturen durch Zeilenbebauung in den dezentralen Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus und durch Eigenheime im Grünen aufgelöst wurden.<sup>22</sup>

Im Zuge dieser dezentralisierten und nach Funktionen differenzierten und begrüneten „Stadtlandschaft“ sollte die Innenstadt eine deutliche und eindeutige Funktion als Einkaufs- und Verwaltungszentrum einnehmen. Sie sollte über breite Verkehrszüge für den Individualverkehr gut erreichbar sein. Die Überbauungsdichte sollte erheb-

20 Vgl. U. v. Petz, *Stadtsanierung im Dritten Reich*, Dortmund 1987; T. Harlander, *Städtebau – Dorfidylle, Mustersiedlung und „totale Planung“*, in: *ders.* (Hrsg.), *Villa und Eigenheim – Suburbaner Städtebau in Deutschland*, Stuttgart 2001, S. 268-283; J. Guckes (s. A 1).

21 Vgl. G. Rabeler, *Wiederaufbau und Expansion westdeutscher Städte 1945-1960 im Spannungsfeld von Reformideen und Wirklichkeit*, Bonn 1990, S. 197.

22 Vgl. W. Durth/N. Gutschow, *Architektur und Städtebau der fünfziger Jahre*, Bonn 1987, S. 14; G. Rabeler (s. A 21), S. 19-31.

lich gemindert werden. Sicherlich konnte sich dieses Planungsideal in weniger zerstörten, „traditionell“ operierenden Städten wie Münster oder Freiburg kaum durchsetzen, so dass man sich hier auf Strukturverbesserungen beschränkte. Einige geschichtsbesusste Städte waren noch erhalten, wie Celle oder Regensburg.<sup>23</sup> In den meisten Großstädten jedoch beschränkte man sich in den Innenstädten auf die Erhaltung von Traditionsresten. In Kassel erlaubte die bauliche Struktur der Oberneustadt eine stärkere Orientierung am historischen Stadtgrundriss, während die Altstadt mit ihren kleinteiligen Parzellen als nicht aufbaufähig erschien. Sie wurde als kernnahes Wohngebiet mit neuen Haustypen konzipiert. Die Maßstabsverhältnisse veränderten sich durch die Aufweitung von Straßen und Anlegung von Verkehrsschneisen erheblich, und auch die vereinheitlichenden Tendenzen der Neugestaltung sind zu beachten.<sup>24</sup>

„Verkehr“ zu fördern in der Gesamtstadt, das Stadtzentrum vom Durchgangsverkehr durch tangentielle Verkehrsführungen und Durchbrüche zu entlasten, es aber für den Autoverkehr durchgängig zugänglich zu machen, erschien bis zu den 1970er Jahren als absoluter Primat. So sah der Stadtbaurat und Professor in Hannover, Rudolf Hillebrecht, 1957 die Notwendigkeit, die Innenstadt vom Durchgangsverkehr durch „Verkehrsbänder“ und Ringstraßensysteme zu „befreien“. Die „wirtschaftlich und sozial abgesunkene Altstadt“ sollte nur noch maßstäblich erhalten werden, man habe wie in anderen ehemaligen Fachwerkstädten keine Rücksicht auf bisherige Bauten nehmen müssen und habe so „frischer“ und „großzügiger“ zu Werke gehen können. Insbesondere wollte Hillebrecht keine „ungesunden Mischtypen“ zulassen, d.h. gerade die Kombination von gewerblicher Nutzung und Wohnen in den Innenstädten störte ihn. Es ging um „Übersichtlichkeit“ und „Entwirrung“, weil das angeblich Verkehr vermeide.<sup>25</sup>

Der Umgang mit dem ständig ansteigenden Individualverkehr erwies sich als Kardinalpunkt der Zentrumsentwicklung deutscher Großstädte nach 1945. Diesen Verkehr, dessen wahre Entwicklung man aber noch unterschätzte, versuchte man durch Lenkung der Verkehrsströme und den Bau von Parkhäusern und riesigen Parkflächen aufzufangen. Aber durch die Kommerzialisierung der Zentren, die steigende Zahl der Arbeitspendler und die Vernachlässigung des öffentlichen Nahverkehrs wurde er gerade gefördert.<sup>26</sup> Insofern gewann mit den 1950er Jahren das Leitbild der „autogerechten“ Stadt<sup>27</sup> die Überhand. Neue Förderinstrumente führten zu immer größeren Verkehrs-

23 Vgl. T. Harlander (s. A 2), S. 296-302.

24 Vgl. G. Rabeler (s. A 21), S. 39-41. Zu den Folgen der Quartiersmodernisierung für die Raumerfahrung von Bewohnern und Bewohnerinnen von Wohnquartieren vgl. U. Herlyn, *Leben in der Stadt. Lebens- und Familienphasen in städtischen Räumen*, Opladen 1990, S. 137-148; T. Marquardt, *Käthes neue Kleider. Gentrifizierung am Berliner Kollwitzplatz in lebensweltlicher Perspektive*, Tübingen 2006.

25 R. Hillebrecht, *Neuaufbau der Städte*, in: F. Jaspert (Hrsg.), *Handbuch moderner Architektur*, Berlin 1957, S. 445-523, hier S. 468-511.

26 Exemplarisch für Industriestädte mit hohem Zerstörungsgrad: C. Zimmermann, *Ludwigshafen im Wiederaufbau 1948-1965*, in: S. Mörz/K.-J. Becker (Hrsg.), *Geschichte der Stadt Ludwigshafen am Rhein*, Bd. 2, Ludwigshafen 2003, S. 655-727, bes. S. 705-712.

27 Dazu B. Schmucki, *Der Traum vom Verkehrsfluss. Städtische Verkehrsplanung seit 1945 im deutsch-*

fürungen, woraus sich wiederum Störungen kleinteiliger Nutzungsgeflechte ergaben und die Notwendigkeit, für Fußgänger weitere Brücken, Rampen und Unterführungen zu bauen, die aber nur wenig genutzt wurden und sich als Element „unwirtlicher“ Innenstadt erweisen sollten. Um Parkflächen zu schaffen, wollte man Hochhäuser bauen, tatsächlich veränderte sich das Erscheinungsbild der Innenstädte durch privatwirtschaftlichen Hochhausbau beträchtlich. In vielen Fällen ging die Dynamik der Bodenwertsteigerung und der kommerziellen Verdichtung über die auf ein gewisses Maß orientierten Vorstellungen der Planer ohnehin hinweg. All dies führte zur Ausdehnung der Kernbereiche, d.h. tertiäre Nutzungen drangen in angrenzende Wohngebiete als „City-Ergänzungsgebiete“, wie das die zeitgenössischen Planer nannten.

In der DDR ergab sich gegenüber diesem Grundkonzept die grundsätzliche und systembedingte Modifikation, dass hier städtebauliche und wohnungspolitische Leitbilder autoritär von „oben“ durchgesetzt wurden, während es in der Bundesrepublik einen gewissen Pluralismus gab. In der Bundesrepublik spielte die pragmatische Reflexion amerikanischer, britischer und französischer Anregungen eine Rolle, in der DDR orientierte man sich eine Zeitlang an der Sowjetunion, mit der Pointe, dass bei einzelnen Modell-Bauvorhaben die Stärkung der alten kompakten Stadt im Vordergrund stand. Generell setzte sich in Ostdeutschland das Ideal der „autogerechten Stadt“ längst nicht so durch wie im Westen; die Arbeitspendler kamen überwiegend mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ihren Arbeitsplätzen. Wo die Stadtzentren zerstört waren, wurde der alte Stadtgrundriss vielfach ganz bewusst nicht berücksichtigt, die klassischen Achsen auf Kirchen und Schlösser ignoriert und rabiate Eingriffe in das Straßennetz vorgenommen, Beispiele sind Dessau, Magdeburg, Zerbst, Halberstadt und Neubrandenburg. Andere Prämissen der Stadtentwicklung bei den Planern in West und Ost lagen wiederum nicht so weit auseinander, vor allem was die Leitidee der „Siedlung“, hygienische Maßstäbe, die Bedeutung von Stadtgrün und vor allem den Willen zum gesellschaftlichen „Fortschritt“ betrifft. Zunächst lag das Hauptaugenmerk in der DDR im Zuge des spätstalinistischen Städtebaus auf konzentrierten Wohnungsbau in Stadtzentren, besonders von Berlin bzw. in neu angelegten Planstädten wie Eisenhüttenstadt. Mit dem Übergang zum normierten und industrialisierten Wohnungsbau der Plattensiedlungen, die als Schlafstädte konzipiert waren, flossen praktisch alle materiellen Ressourcen in die Peripherien. „Bei weitgehender Aufgabe ihrer historischen Strukturen sollte die Stadt substantiell durchgreifend erneuert werden. [...] Die zukünftige Architektur der Stadtzentren sollte von der Großform bis zur Bildung der Details und der Materialwahl eine moderne, optimistische Ausstrahlung besitzen und das Innovationspotential der sozialistischen Gesellschaft unmittelbar veranschaulichen.“<sup>28</sup> Die Wohnquartiere der Innenstädte verfielen deshalb und wurden teils ab-

deutschen Vergleich, Frankfurt a.M. 2001, S. 118-152.

28 T. Topfstedt, Wohnen und Städtebau in der DDR, in: Geschichte des Wohnens, Bd. 5, (s. A 2), S. 419-562, Zitat S. 501.

gerissen; diese Quartiere interpretierte man ohnehin als Ausdruck eines überwundenen „Kapitalismus“, wo eher marginalisierte Bevölkerungsgruppen zurückblieben. Der Bau von Aufmarschgebieten und „Magistralen“ schnitt in die Maßstabsverhältnisse von Innenstädten empfindlich ein.<sup>29</sup> Erst mit den 1980er Jahren begannen, neben weiterhin betriebem Einbau von Plattenbauten und Scheibenhochhäusern in historischen Stadtkernen, erhaltende Maßnahmen und erste Rekonstruktionsprojekte.<sup>30</sup>

Übereinstimmend ist die Periode 1950-1990 vom Prinzip der rigiden Funktions-trennung einzelner Stadtgebiete gekennzeichnet und im Westen von der bewussten Förderung aller Tendenzen, die auf die noch klarere Herausbildung einer „City“ zielten (Kaufhaus- und Parkplatz- bzw. Parkhausbau, breite Zugangsstraßen, Herausnahme von Durchgangsverkehr, Schaffung von Fußgängerzonen als Repräsentations-, Konsum- und Kommunikationsraum,<sup>31</sup> Bauplätze für Verwaltungsbauten und Kulturbauten, Praxen, Verdrängung der Wohnbevölkerung). Diese neuen Formen einer weiteren Tertiärisierung der Stadtzentren wurden politisch begünstigt und durch Abwanderung von Produktionsbetrieben in Vororte vorangetrieben. Durch laufende Erschließung von monofunktionalen, öde geplanten Siedlungen, politisch gefördertem Eigenheimbau, massiertem und optimiertem Transport und zuletzt durch die Verlagerung von Einkaufsstätten erlitten die Innenstädte klare Substanzverluste. Dies betrifft auch ihre bis dahin unhinterfragte Funktion, den öffentlichen Raum darzustellen, wo sich Menschen begegnen und wo die politische Meinungsbildung der Städter konzentriert ist; hierbei muss man aber auch die allgemeinen Tendenzen einer Medialisierung von Öffentlichkeit bedenken.<sup>32</sup>

Erst im Zuge einer sehr kontroversen Debatte über mangelnde Urbanität der Städte,<sup>33</sup> die Monotonie und Verödung baulicher Strukturen gerade in Innenstädten, die Tendenzen ästhetischer und kommunikativer Verarmung in Wohnquartieren wurden bisherige Ziele einer Stadtplanung von „oben“ und ohne Rücksicht auf Betroffene fundamental in Frage gestellt. Neue oppositionelle Protestbewegungen betonten die soziale Qualität von Altbauten; so wurde deren Zustand günstiger bewertet und die

29 Vgl. ebda, S. 496-510; C. Hannemann, Historischer Abriss zu wesentlichen Entwicklungslinien städtischen Wohnens in Deutschland seit 1945, Humboldt-Universität zu Berlin 2000, S. 37-39.

30 Ebda., S. 40-45; P. Schöller, Stadtumbau und Stadterhaltung in der DDR, in: H. Heineberg (Hrsg.), Innerstädtische Differenzierung und Prozesse im 19. und 20. Jahrhundert, Köln/Wien 1987, S. 439-471; H. Stimmann, Stadterneuerung in Ost-Berlin, Berlin 1988; F. Betker, „Einsicht in die Notwendigkeit“. Kommunale Stadtplanung in der DDR und nach der Wende (1945-1994), Stuttgart 2005, S. 123-125; 320-349; zum Bewusstsein der Planer: C. Hannemann, Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR, Berlin, 3. Aufl. 2005, S. 117-120.

31 Vgl. Jan Logemann, Einkaufsparadies und „Gute Stube“. Fußgängerzonen in westdeutschen Innenstädten der 1950er bis 1970er Jahre, in: A. v. Saldern (s. A 5), S. 103-122.

32 Vgl. J. Schöffel, Öffentlichkeit und urbaner Raum, in: M. Wentz (Hrsg.), Die kompakte Stadt, Frankfurt a.M./New York 2000, 112-118; grundlegend: C. Bernhardt u.a. (Hrsg.), Geschichte der Planung des öffentlichen Raums, Dortmund 2005.

33 Vgl. B. Binder, Urbanität als „Moving Metaphor“, in: A. v. Saldern (s. A 5), S. 45-63.

Großsiedlung auf der ‚grünen Wiese‘ umgekehrt zu einem Negativsymbol. Zahlreiche Bürgerinitiativen stellten Sanierungskonzepte in Frage, die im Zeichen von Sozialreform zunächst begrüßt worden waren.<sup>34</sup> Seit den 1980er Jahren wurden aber besonders die Miethöhe sanierter Wohnungen, die Verdrängungseffekte von Flächensanierungen und die sozialen Zumutungen von Sanierung für Verdrängte kritisiert. Es setzte eine bis heute anhaltende Debatte über die „Gentrifizierung“ ein, die im Wesentlichen durch die Nachfrage jüngerer und gut verdienender Haushalte nach innenstadtnahen Wohnstandorten bedingt war und noch ist. Obwohl man diese auch als „Aufwertung“, bauliche Verbesserung und als Rückgewinnung der Wohnnutzung vor allem in innenstadtnahen Gründerzeitvierteln sehen kann, wurden anhaltend die Verdrängungseffekte durch die Umwandlung von preiswerten Miet- in Eigentumswohnungen und zugunsten von „Yuppies“ massiv kritisiert.<sup>35</sup> Zugleich begannen einzelne Stadtverwaltungen eine aktive Rolle bei der baulichen und historischen Substanzsicherung zu verfolgen. Mit dem internationalen Denkmaljahr 1975 trat diese Bewegung deutlicher hervor, auch wenn die rechtlichen Instrumente denkmalorientierter Innenstadterneuerung erst noch erweitert werden mussten. In einzelnen ihrer Historizität bewussten Städten kam es seit den 1970er Jahren zu einer „Repolitisierung“ der bislang technizistisch gelösten Verkehrsfragen oder zu „gebremstem Gegensteuern“ wie etwa in der „Fahrradstadt Münster“. In der städtebaulichen Debatte wurden die Qualitäten historischer Altstädte wieder entdeckt.<sup>36</sup>

## 5. Von den 1990er Jahren bis heute

Zur Wahrnehmung all dieser Entwicklungen im inneren Stadtraum gibt es erstaunlich wenige Studien. Zum Zentrum Kölns wurde 1995 ermittelt, dass es den Stadtbewohnern als ‚gefüllter Raum‘ mit hoher Wahrnehmungskontinuität erschien. Bewohner eines Kölner Vororts empfanden das Stadtzentrum zwar als „laut“ und hatten sich physisch und kognitiv davon distanziert, jedoch waren zentrale Versorgungseinrichtungen, wie man sie in Zentren findet, für die weiter entfernt wohnenden Umlandbewohner weiterhin praktisch wichtig, und ihre Fahrten in die Innenstadt erhielten die Bindung an den Zentralort als Gesamtes aufrecht. Gerade Dom, Altstadt, Philharmo-

34 Vgl. K. Zapf, Rückständige Viertel, Frankfurt am Main 1969.

35 Vgl. H. Becker/J. Schulz zur Wiesch (Hrsg.), Sanierungsfolgen, Stuttgart 1982; D. Bremer, Die räumlich-soziale Bedeutung von städtischen Umstrukturierungsprozessen am Beispiel von Altona-Altstadt/St. Pauli-Süd, Hamburg 1987; J. Blasius/J.S. Dangschat (Hrsg.), Gentrification. Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel, Frankfurt a.M./New York 1990. Positive Einschätzung von Einzelobjektsanierungen: R. Wiessner, Wohnungsmodernisierungen - ein behutsamer Weg der Stadterneuerung?, Kallmünz/Regensburg 1987; zur Lokalisierung von Investitionszyklen im Stadtzentrum vgl. L. Lees/T. Slater/E. Wily, Gentrification, New York/London 2008, S. 71-86.

36 B. Schmucki (s. A 27), S. 153-211; U. Haefeli, Verkehrspolitik und urbane Mobilität. Deutsche und Schweizer Städte im Vergleich 1950-1990, Stuttgart 2008, S. 88-128, 221-272.

nie und Museum Ludwig als viel genutzte Einrichtungen, die Einkaufsstraßen und die Innenstadt, soweit sie Spezielles zu bieten hatte, gehörten zu den als typisch bezeichneten und emotional positiv besetzten Wahrzeichen Kölns und waren damit kollektive Ankerpunkte für Ortsbindung, die ohne ein attraktives historisches Zentrum nicht funktioniert.<sup>37</sup> Die teils schon vor dem Zweiten Weltkrieg einsetzende bauliche Anpassung des Altstadtbildes von Recklinghausen an die Erfordernisse einer Groß- und Einkaufsstadt wurden von ehemaligen Bewohnern, die woanders hinzogen, als Verlust von Nachbarschaftsbeziehungen und als Verlust des Bezuges zur Stadt selbst beschrieben. Innenstadtleben ermöglichte demnach, so die Retrospektive, ungezwungene Kontakte als Grundlage auch für ein Gefühl von Sicherheit in der Stadt. Wiederum gerade die neuen Geschäftsbauten in der Innenstadt galten den befragten Stadtbewohnern als positives Signum der Modernisierung ihrer Stadt, in veraltet erscheinenden Rest-Altstadtquartieren wollte in der Hochphase der Wohnstandardverbesserung kaum noch jemand selbst wohnen.<sup>38</sup>

Die Entwicklung seit den 1990er Jahren bis heute erscheint hoch ambivalent. Zum Ersten handelt es sich, wie oben schon angedeutet, um Schrumpfung von Arbeitsplätzen und Stadtbevölkerungen. Zum Zweiten setzten sich dezentralisierende Tendenzen vor allem in prosperierenden Stadtregionen wie dem Rhein-Main-Raum mit großer Wucht fort: „Die alte Kernstadt scheint nur einer der Bausteine im neu entstehenden Stadtnetz zu sein.“<sup>39</sup> Überhaupt verlagerten sich wichtige kulturelle und wirtschaftliche Funktionen aus den Innenstädten in Stadtrandgebiete, ein Trend, der keineswegs gestoppt ist. Zum Dritten handelt es sich um eine „Renaissance des Städtischen“, die kulturelle Aufwertung von individualisiertem Wohnen im urbanen Kontext, das auch im Zusammenhang der neuen sozialen Bewegungen der 1970er Jahre mit ihrer Kritik am Kleinfamiliendasein und konsumorientierten Lebensstil zu sehen ist. Dies „führte zu Wohn- und Lebensformen, die im relativ entleerten großstädtischen Innenstadtbereich der (alten) Bundesrepublik ihren Raum fanden“.<sup>40</sup>

Bürgerschaftliches Engagement führte, wie etwa in Halle, zu beträchtlichen Korrekturen des Stadtbbaus und zur wachsenden Identifizierung der Bürger mit der ei-

37 Vgl. H. Gebhardt u.a., Ortsbindung im Verdichtungsraum, in: *ders./G. Schweizer* (Hrsg.), *Zuhause in der Großstadt. Theoretische Grundlagen, methodische Ansätze und ausgewählte Ergebnisse*, Köln 1995, S. 3-58; P. Reuber, Zur Rolle der räumlichen Umwelt für die Entstehung von Ortsbindung, in: *ebda.*, S. 61-74, hier S. 69 f.; B.-A. Stegmann, Großstadt im Image. Eine wahrnehmungsgeographische Studie zu raumbezogenen Images und zum Imagemarketing in Printmedien am Beispiel Kölns und seiner Stadtviertel, Köln 1997; C. Zimmermann, Wie Medien den Raum beschreiben, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 10/11, 2007, S. 627-637.

38 Vgl. S. Schürmann, Dornröschen und König Bergbau. Kulturelle Urbanisierung und bürgerliche Repräsentationen am Beispiel der Stadt Recklinghausen (1930-1960), Paderborn 2005, 193-246.

39 M. Wentz, Die kompakte Stadt, in: *ders.* (Hrsg.), *Die kompakte Stadt*, Frankfurt a.M./New York 2000, S. 8-15.

40 T. Harlander (s. A 2), S. 306-311, 336-344, Zitat: C. Hannemann (s. A 29), S. 12.

genen Stadt.<sup>41</sup> Nunmehr traten auch die Stadtverwaltungen in Absetzung zur Deregulierungsphase der 1980er und noch 1990er Jahre als Akteure der Stadtentwicklung hervor. Einerseits sollen die Innenstädte mit Kulturevents und durch das Angebot hochklassiger Kulturinstitutionen sowie gastronomischen Angeboten nach Laden- und Büroschluss belebt werden, andererseits steht dies in Konflikt mit den Ruhebedürfnissen von Anwohnern. Im Zuge der Suburbanisierung und eines wachsenden regionalen Wettbewerbs ist zwar die Auflösung tradierter Stadt-Umland-Unterscheidungen und ein Bedeutungsverlust realer Stadträume zu erkennen, dennoch ist die Stadt aber für neue (vielfach jüngere und kaufkräftige) Stadtbewohner und Stadtnutzer als realer und erlebbarer Ort unverzichtbar; insofern werden Kompaktheit und idealerweise die Verflechtung von Nutzungen als bestimmende Merkmale gerade in Innenstädten wieder gestärkt – ein Vorgang von hoher Ambiguität.<sup>42</sup> Somit stellt sich auch die Frage, ob überreglementierte Transit- und „Nicht-Orte“ wie Bahnhöfe durch kreatives Handeln wieder „angeeignet“ werden könnten.<sup>43</sup>

Der Trend einer „Stadtflucht“ scheint derzeit auf breiter Fläche gestoppt. Weil die Abwandernden pragmatisch ein nach Kosten, Größe und Qualität akzeptables Wohnungsangebot anstreben, müssen die Stadtverwaltungen genau solche Kriterien bei ihrer internen Stadterneuerungspolitik beachten. Pragmatisch geht es heutzutage um Stadterneuerung in kleinen Schritten, um ökologische Sanierung, um Anpassung von Gebäuden an historische Ensembles, um verdichteten, aber attraktiven Wohnungsneubau auf innenstadtnahen Konversionsflächen in Mischlage von Eigentums- und Mietwohnungen sowie wohnungsnaher gewerblicher Nutzungen.<sup>44</sup> Bestehen bleibt das Problem, wie die Aufwertung der Innenstädte vor allem ihrer Wohnfunktion nach sozialverträglich gestaltet werden kann.<sup>45</sup> Doch damit nicht genug: Handel ist eine wesentliche Funktion der Innenstadt, bei Veränderungen der räumlichen Lage der Innenstadt spielte der Handelsaspekt immer eine wichtige Rolle – sei es in der Phase, als der klassische Markt als Handelsplatz von Geschäften und später von Kaufhäusern abge-

41 Vgl. G. Wagner-Kyora, Akteurshandeln und Identitätskonstruktion in Entscheidungsprozessen über die Altstadtanierung von Halle und Leipzig 1990 bis 2003, in: A. Ranft/S. Selzer (Hrsg.), Städte aus Trümmern, Göttingen 2004, S. 201-273.

42 M. Wentz (s. A 39), S. 9 f. Zur Geschichte der urbanen Kulturökonomie vgl. M. Hessler/C. Zimmermann (Hrsg.), Creative Urban Milieus. Historical Perspectives on Culture, Economy, and the City, Frankfurt a.M. 2008.

43 Vgl. H. Meister, Fotografische Notizen zur kulturwissenschaftlichen Stadt- und Raumforschung. Der Hamburger Hauptbahnhof, Magisterarbeit, Universität Hamburg 2008.

44 Vgl. C. Hannemann (s. A 29), S. 30-32; A. Behr, Das Städtebauförderprogramm, in: Informationen zur Raumentwicklung 2005, H. 6, 365-378; T. Harlander, Renaissance des urbanen Wohnens, in: Arbeitsgemeinschaft Baden-Württembergischer Bausparkassen (Hrsg.), Wohnen im Zentrum, Stuttgart 2006, S. 11-16; IBA-Büro (Hrsg.), Die anderen Städte. IBA Stadtumbau 2010, 3 Bde., Berlin 2006.

45 Dazu und zu weiteren Aspekten wie dem Auftreten von private equity fonds und dem Spektrum von Bestandspolitik vgl. G. Schmitt/K. Selle (Hrsg.), Bestand? Perspektiven für das Wohnen in der Stadt, Dortmund 2008.

löst wurde, sei es heute, wo sich Teile der Innenstadt in privat kontrollierte Malls und dies zu Lasten des mittelständischen Einzelhandels verlagern.<sup>46</sup> Dies betrifft indes besonders die prosperierenden Städte. In stark schrumpfenden kleineren und mittleren Städten sind durch den Abbau von Infrastruktureinrichtungen schon massive Attraktivitätsverluste der Innenstädte entstanden; wenn man dann noch ein Einkaufszentrum am Stadtrand baut, hat die innere Stadt keine Chance mehr. Insofern muss dieser kleine historische Abriss mit einer ambivalenten Sicht der gegenwärtigen Tendenzen schließen.

46 Vgl. *W. Brune/R. Junker/ H. Pump-Uhlmann* (Hrsg.), *Angriff auf die City. Kritische Texte zur Konzeption, Planung und Wirkung von integrierten und nicht integrierten Shopping-Centern in zentralen Lagen*, Düsseldorf 2006; *W. Siebel*, *Zum Wandel des öffentlichen Raums – das Beispiel Shopping-Mall*, in: *A. v. Saldern* (s. A 5), S. 67-82.

## Städtebaulicher Denkmalschutz als Ressource der Stadtentwicklung

Seit 2007 leben mehr Menschen in Städten als auf dem Land. Mit Beginn des 21. Jahrhunderts sind wir in ein „Urban Age“<sup>1</sup> getreten, ein städtisches Zeitalter. Wie viele Artikel über Stadtentwicklung beginnen heutzutage mit dieser Aussage?

### 1. Das urbane Zeitalter

Der Blick richtet sich zunächst auf die wuchernden Agglomerationen der Megacities. Mehr als eine Million Menschen ziehen weltweit jede Woche in Städte.<sup>2</sup> Für die Neuankommenden geht es um elementare Dinge: ein Dach über dem Kopf ist das Mindeste, Elektrizität und Wasserversorgung wäre gut, von Kanalisation, einer offiziellen Hausnummer oder einem funktionsfähigen öffentlichen Nahverkehr können viele nur träumen. Die Bilder von den katastrophalen Lebensbedingungen in den informellen Siedlungen sind uns geläufig. Warum tun sich Menschen das an? Stadt war und ist ein Versprechen. Sie garantiert keinen Wohlstand, aber die Chance für den Aufstieg und den Ausblick auf ein bisschen Glück. Stadtentwicklung wurde und wird angetrieben durch das Gefühl ihrer Bewohnerinnen und Bewohner, dass in den Städten alles möglich, alles zu erreichen sei. Stadt ist ein Wechsel auf die Zukunft.

Der spontane Impuls der Menschen, an den Ort des Fortschritts zu drängen, ist so alt wie die Stadt selbst. Und auch gegenwärtig und zukünftig bleibt die Stadt ein Ort der Optionen. Gerade am Übergang vom Industriezeitalter in die Wissensgesellschaft werden die Städte in diesem Teil der Welt und in Deutschland zu immer begehrteren Lebensorten. Zu Beginn des 21. Jahrhundert erkennen und erleben jüngere und ältere Menschen, dass man den Städten nicht mehr aufs Land entfliehen muss. In einer Umgebung, die vielfältige Bildungs- und Kulturangebote bereithält sowie infrastrukturell hervorragend erschlossen ist, kann man durchaus mit Kindern leben und gut alt werden. Bestand am Ausgang des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Aufgabe darin, die Folgen einer radikalen Industrialisierung und eines bis

1 Urban Age nennen die Alfred Herrhausen Gesellschaft und die London School of Economics and Political Science ein Projekt zur Erforschung der Zukunft der Städte.

2 A. Rühle, Megacity: Die Zukunft der Städte, München 2008, S. 8.

dahin nicht gekanntes Stadtwachstums zu beherrschen, so muss man heute die Städte nicht mehr funktionalistisch aufräumen und städtebaulich auflockern. Die Städte von heute werden deutlich weniger dicht genutzt als früher und haben an vielen Stellen gute Freiraumqualitäten.

Interessant ist die wachsende Einsicht von zahlreichen Unternehmen der zukunfts-trächtigen Wissensindustrien, dass sie im weltweiten Konkurrenzkampf um gebildete Arbeitskräfte nicht allein durch Jobangebote, gute Gehälter und exzellente Karriere-chancen bestehen können. Vielmehr wird von den Entscheidern in Wirtschaft und Wissenschaft ein qualitativvolles, ja markantes Erscheinungsbild des eigenen Unterneh-mens und eine lebendige urbane Kulisse für den Standort gewünscht. Das bezieht sich konkret auf einen attraktiven und integrierten Standort, kulturelle Angebote, ur-bane Vielfalt, eben: Stadt. Hatte schon Saskia Sassen<sup>3</sup> mit der Vorstellung aufgeräumt, die neuen Informationstechnologien und globalen Wirtschaftskreisläufe würden sich vollends vom Ort lösen, so sind die so genannten weichen Standortfaktoren für die kreativen Industrien in den Städten des 21. Jahrhunderts von Richard Florida weiter ausgeführt und anschaulich belegt worden. Florida hat dargestellt, dass es der Standort – „Place“ – ist, der Kapital und Humankapital aneinander bindet: „Place is the key eco-nomic and social organizing unit of our time. It is place [...] matching people to the jobs; jobs to the people.“<sup>4</sup> Gut ausgebildete Leute haben die Wahl, sie bevorzugen attraktive, auf- und anregende Städte. So wird „Placemaking“ zur Aufgabe der Unternehmen und der Städte, wenn sie im globalen Wettbewerb oder auch nur im regionalen Vergleich er-folgreich bestehen wollen.

Man könnte die Städte und ihre Entwicklung als eine Aufgabe betrachten, die lokal oder regional zu lösen sei. Das entspräche dem dezentralen Raumkonzept Deutsch-lands, dem Subsidiaritätsprinzip und Föderalismusgedanken sowie der kommunalen Planungshoheit. Heute, im „Urban Age“, werden die Städte jedoch immer mehr zu den Austragungsorten und den Motoren des ökonomischen Wachstums und des kulturel-len Fortschritts. Daher nehmen sich die Politiker Europas, des Bundes und der Länder ihrer Städte mit großer Aufmerksamkeit an.

## 2. Die Europäische Stadt

„In Seoul zu leben, heißt vor allem, zu vergessen und sich an dieses Vergessen zu gewöhnen“,<sup>5</sup> beschreibt Kim Young-Ha den ahistorischen Zustand der südkoreani-schen Hauptstadt und damit ein Entwicklungsmodell der immerwährenden Überfor-mung dessen, was war, durch das, was sein wird. Das kennzeichnet die Städte Asiens

3 S. Sassen, *Die globale Stadt* - New York/London/Tokio/Princeton 1991.

4 R. Florida, *The Rise of The Creative Class. And How it's Transforming Work, Leisure, Community & Everyday Life*, New York 2002, S. XiX.

5 Kim Young-Ha, Beitrag zu Seoul, in: A. Rühle (s. A 4), S. 83.

mit ihren schnell wachsenden Volkswirtschaften, die förmlich zu explodieren scheinen. Hier wachsen Hochhauscluster in den Himmel, die alle Erfahrungen der amerikanischen Stadtentwicklung in den Schatten zu stellen vermögen.

Sowohl die „Amerikanische Stadt“ als auch seit Neuestem die asiatischen Städte sind ein Gegenbild zum Entwicklungsmodell der „Europäischen Stadt“. Selbst in ihren Übertreibungen und Vereinfachungen (gibt es doch *die* amerikanische oder *die* europäische Stadt nicht), hilft uns diese Gegenüberstellung, die Merkmale, Werte und Potenziale der Städte in Europa zu erkennen. Eine ihrer wichtigsten Eigenschaften besteht in einer jahrhundertelangen Geschichte, die heute noch präsent ist. Selbst dort, wo sie in ihren physischen Strukturen überformt wurde, sind die vorindustriellen Phasen der Stadtentwicklung in Stadtgrundriss und Raumformen sowie -folgen erlebbar. Im Unterschied zum Central Business District der amerikanischen Stadt bildet in der europäischen Stadt die historische Mitte das funktionale Zentrum mit einer Fülle von kommerziellen und kulturellen Angeboten sowie Wohnmöglichkeiten und sozialen Einrichtungen. Der Stadtkern ist ein einzigartiger, ganz besonderer Teil der Stadt. Die Wohn- und Geschäftshäuser der Bürger bescheiden sich in ihren Ausmaßen, sie bilden die Kulisse für die großen Bauten, das Rathaus, das Schloss und die Kirche, die als Machtzentren der alten Stadt baulich hervortreten und die prominentesten Standorte einnehmen. Diese Bauwerke bilden eine Stadtsilhouette, die bis in die Gegenwart als „Visitenkarte“ der Stadt funktioniert, sie ergeben ein Bild, das sich einprägt, weil es keiner anderen Stadt gleicht. Die Europäische Stadt ist in dieser Hinsicht stets auch der gebaute Ausdruck sozialer und politischer Beziehungen in der Stadtgesellschaft. Sie ist gebauter Raum und sozialer Ort zugleich.

Die historischen Stadtbilder der deutschen Städte können als Beweis dienen, dass stetiger Wandel nicht das Vergessen bedeuten muss. Ihre – vergleichbar wilde und unbeherrschte – Urbanisierungsphase während des Industriezeitalters des 19. und 20. Jahrhunderts liegt schon viele Jahrzehnte zurück. Die vorindustrielle Stadtkultur von frühbürgerlichen Handels- und Handwerkerstädten ist fast überall seit langem durch die Entwicklungsepoche des Industriezeitalters ergänzt worden. Diese besitzt eigene architektonische und sozial-räumliche Qualitäten und bildet einen eigenständigen Beitrag zu Stadtraum und Stadtkultur. Inzwischen wächst selbst das Erbe der städtebaulichen Moderne, nicht nur der klassischen Moderne der Zwischenkriegszeit, sondern auch der Nachkriegsmoderne von Ost- und Westdeutschland, in einen Zustand von Geschichtlichkeit hinein.

Das ist kein Anlass, die Städte zu einem sentimental Erinnerungsort aus vergangenen Zeiten zu machen. Die Europäische Stadt von heute ist kein Museum, sie besteht nicht nur aus dem historischen Stadtkern, sondern stellt einen lebendigen urbanen Zusammenhang dar, der über die historischen Quartiere und oft sogar über die Stadtgrenzen hinausreicht. Die Siedlungsstadt des 21. Jahrhunderts und Suburbia aus diesem Stadtverständnis auszuschließen, würde eine unzulässige Eingrenzung bedeuten.



Abb. 1: Zeitz; historischer Kern - sanierte und unsanierte Bauten in unmittelbarer Nachbarschaft.

Nur in der Wechselwirkung aller ihrer Teile jedoch ist ihre Zukunft zu bestimmen, erst in diesem Kontext kann die Funktion der historischen Stadtkerne und Ensembles erkannt, können diese produktiv gemacht werden. Diese müssen als zeitgenössische Orte des Wohnens und Arbeitens, von Handel, Freizeit und Bildung sowie als touristische Destinationen bewahrt, erhalten und erneuert werden. Sie sind Bindungsfaktor für die Stadtbewohner, sie beeinflussen Identität und stärken das Image von Stadt und Region.

### 3. Das Städtetz in Deutschland

Deutschland hat ein vielfältiges, reiches und attraktives historisch gewachsenes Städtetz. Es ist zunächst einmal durch die Abwesenheit einer Megacity gekennzeichnet. Berlin nimmt keine vergleichbar starke zentral(istisch)e Position ein wie London in Großbritannien oder Paris in Frankreich. Die metropolitanen Funktionen teilen sich verschiedene Großstädte in Deutschland: Hamburg und Frankfurt, Köln, München und andere großstädtische Zentren in ihren verstädterten Regionen wie das Ruhrgebiet oder der Großraum Stuttgart. Dazu kommen Großstädte in einer

überschaubaren Größe, die gerade durch ihren Maßstab die Gewähr für eine hohe Lebensqualität bieten. „Rise of the Second City“, versprach uns Newsweek vor einigen Monaten. „Das letzte halbe Jahrhundert war das Zeitalter der Megacities. Das nächste wird ihren kleineren, bescheideneren, urbanen Verwandten gehören.“<sup>6</sup> In Deutschland leben immerhin 74 Prozent der Bevölkerung in Großstadtregionen. Daneben ist das deutsche Städtesystem von zahlreichen mittleren und kleinen Städten gekennzeichnet, die in ihren Regionen jeweils bedeutende Arbeitsmarkt- und Versorgungszentren, aber auch unverzichtbare Bildungs- und Kulturstandorte darstellen. Die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland hat auf Bitte des Bundes eine Liste der historischen Stadtkerne und Stadtbereiche mit besonderer Denkmalbedeutung erarbeitet. Sie stellt eine umfassende Erhebung nach denkmalfachlichen Kriterien dar und umfasst bundesweit ca. 1.200 Positionen in etwa 800 Städten. In dieser Liste ist das baukulturell wertvolle städtebauliche Erbe Deutschlands verzeichnet. Dieses Inventar ist ein Indiz für das, was wir alle wissen: Das Bild dieses Landes, von Deutschland, wird zu einem erheblichen Teil durch seine Städte und hier wiederum durch deren historische Kerne und Stadtquartiere geprägt.

#### **4. Fortschreibung der Erfahrungen in der behutsamen Stadterneuerung**

Dass die Städte Deutschlands heute attraktiv und lebenswert sind, ist auch ein Ergebnis der jahrzehntelangen Städtebauförderung. Der paradigmatische Wandel in der Stadtentwicklung hat mit dem Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft schon vor einigen Jahrzehnten begonnen. Seit den 1970er Jahren setzte sich die Erkenntnis durch, dass einer Stadtentwicklung, die sich als Stadtwachstum nach außen und als Flächensanierung nach innen verstand, die Ressourcen ausgehen würden und die Akzeptanz verweigert würde. Die Meilensteine des Umdenkens hießen: Bericht des Club of Rome ‚Limits to Growth‘ aus dem Jahr 1972, die Ölkrise 1972/73, der legendäre Aufruf des Deutschen Städtetages 1971 ‚Rettet unsere Städte jetzt‘ und das Europäische Denkmalschutzjahr 1975. Des Weiteren sollte man die IBA der 1980er Jahre in Westberlin in diese Reihe programmatischer Stadtentwicklungsaussagen stellen. Nicht zuletzt erhielt die gesellschaftliche Wende in der DDR einen wesentlichen Impuls aus dem nicht mehr hinnehmbaren rasanten Verfall der Städte.

Seit dieser Zeit trat eine als behutsam verstandene Stadterneuerung in der Bestandskulisse der Städte in den Mittelpunkt der Stadtentwicklungsplanung, freilich ohne das Stadtwachstum nach außen wesentlich verringern zu können. Noch heute liegt dieses bundesweit bei über 70 Hektar für Siedlungs- und Verkehrsflächen pro Tag. Mit dem Blick zurück in das 19. und 20. Jahrhundert, noch viel mehr mit Verweis auf die explodierenden Städte Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sollte aber dennoch un-

6 Newsweek, New York, Juli 2006, S. 51.



**Abb. 2:** Bad Langensalza; Denkmalschutz und qualitätvoller öffentlicher Raum in der Innenstadt.

missverständlich klar sein: In diesem Teil der Welt ist die Phase des immerwährenden Wachstums von Bevölkerung und Städten vorbei. Es gibt kein ewiges Wachstum, zitiert der Systemtheoretiker Dirk Baecker seinen Lehrer Niklas Luhmann, weil die Erde rund ist. Vielmehr geraten die bislang ignorierten Phänomene von Suburbanisierung (die meist nur für die Debatten der Fachleute gut waren) mit ihren ökonomischen, sozialen oder Umweltfolgen ganz nach vorn auf die politische Agenda. „Stadt“ ist ein Thema geworden, in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Stadt von innen heraus zu denken, zu konzipieren und weiterzuentwickeln, ist eine Aufgabe, bei der sich Politik mit zahlreichen Fachleuten und einer breiten Öffentlichkeit eins fühlen kann. In der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt wurde das Städtische als Potenzial für die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Wirtschaftsraums und als Handlungsraum für die europäischen Fachpolitiken verankert. Auf der nationalen Ebene wird das durch eine problembezogene Weiterentwicklung der Städtebauförderung und die Projekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik konkretisiert. Schließlich wurde mit der Baukulturpolitik des Bundes ein breiter gesellschaftlicher Qualitätsdiskurs für das gute Planen und Bauen angestoßen, der konti-

nuerlich an Breite und Tiefe zunimmt und immer mehr Akteure erreicht. Das Zusammenlegen von Baukultur und Städtebaulichem Denkmalschutz in einem Referat des BMVBS ist ein deutlicher Hinweis auf das Baukulturverständnis des Bundes, das auf dem Respekt vor dem Historischen gründet. Damit soll erreicht werden, dass der Umgang mit dem historischen Baubestand unter umfassenden Qualitätskriterien erfolgt. Die Baukulturpolitik des Bundes ist urbanistisch eingebunden und nicht etwa nur eine Architekten- oder gar Berufsstandspolitik im engeren Sinne (obwohl es ohne diese auch nicht geht, wie die Bemühungen um die Novellierung der HOAI in diesem Frühjahr zeigten). Sie ist vielmehr stets auch ein Festhalten, Verankern, Verorten im Historischen als Bedingung für das Kommende.

Die Aufgabe zum Erhalt des baukulturell wertvollen historischen Erbes unserer Städte genießt in der Bundesrepublik Deutschland eine hohe Priorität. Sie bildet sich in den Programmen der Städtebauförderung ab, hier vor allem im Bund-Länder-Programm Städtebaulicher Denkmalschutz. Es soll ab 2009 auch auf die alten Bundesländer ausgedehnt werden, waren doch seine Wirkungen für den Erhalt der historischen Stadtkerne und Stadtquartiere von baukulturellem Rang unübersehbar positiv.

### **5. Das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz**

Das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz wurde explizit für den Bestandserhalt des baukulturellen Erbes, ja für seine Rettung in den neuen Bundesländern nach dem gesellschaftlichen Umbruch geschaffen. Es wurde frühzeitig im Zuge der deutschen Wiedervereinigung konzipiert und 1991 in den neuen Ländern begonnen. Insgesamt wurden seitdem 178 Städte mit kulturhistorisch wertvollen Stadtkernen durch den Einsatz von 1,67 Mrd. € Bundesfinanzhilfen gefördert. Der Ausgangspunkt war ein für das gesamte Territorium der DDR unübersehbarer Sanierungsstau im Altbaubestand der Städte. Er war dort besonders augenfällig, wo die historischen Stadtkerne von baukulturellem Rang darniederlagen. Man sollte sich nur an den deprimierenden Zustand von Halberstadt, an Altenburg oder Görlitz aus den frühen 1990er Jahren erinnern, um sich das Ausmaß und die Dringlichkeit der seinerzeitigen Probleme zu vergegenwärtigen! Schaut man sich heute noch einmal den Film „Ist Leipzig noch zu retten?“ an, eine Fernsehproduktion aus den Oktobertagen des Jahres 1989, werden selbst die Augenzeugen von damals fassungslos vor den Bildern von Verwahrlosung und Verfall stehen. Andersherum betrachtet wird aber gerade an solchen Beispielen auch die immense Leistung von Sanierung und Modernisierung, ja von einer umfassenden Belebung der historischen Stadtquartiere und innerstädtischen Räume sichtbar.

Die Rettung baukulturell wertvoller Denkmalensembles in den Innenstadtkernen der ostdeutschen Städte gehört unbestritten zu den Erfolgsgeschichten der Stadterneuerung in den neuen Ländern und für die Bundesrepublik insgesamt. Das ist eine großartige gesellschaftliche Leistung, die für Deutschland insgesamt zählt. Denken wir an

Halle, Schwerin oder die Spandauer Vorstadt in Berlin, an Stralsund, Wismar und Bautzen, an Stendal, Eisleben und Großhain. In die positive Bilanz zählen nicht nur zahllose gesicherte und sanierte Baudenkmale und Altbauten, sondern auch wiederhergestellte öffentliche Räume und Infrastrukturen, ja ganze Stadtquartiere in ihrem Gesamtzusammenhang. Schon heute kann man für viele historische Stadtkerne der neuen Bundesländer behaupten, dass sie in ihren Grundstrukturen stabilisiert worden sind.

Die Aufgaben sind jedoch noch nicht vollständig gelöst. Der Sanierungsgrad in den Programmgebieten ist unterschiedlich und reicht von 50 bis 70 Prozent. Nach wie vor besteht ein hoher Bedarf, das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz in den neuen Ländern fortzuführen. Hier muss man vor allem in Betracht ziehen, dass die Umsetzungsvoraussetzungen schwieriger werden. Gebäude, die noch nicht saniert wurden, sind nicht benutzbar und stehen leer. Gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels gibt es in den Stadtkernen hartnäckige Leerstände. Wegen geringer Nachfrage bleiben Investitionen aus. Manchmal fehlt es den privaten Eigentümern an Mut oder Phantasie, häufiger mangelt es an finanziellen Mitteln und sicheren Verwertungsaussichten, mitunter fehlt es in großen Erbgemeinschaften oder bei fehlgeschlagenen Investitionsabsichten auch schlicht an einem handlungsfähigen Eigentümer. Die Banken verhalten sich zurückhaltend bis restriktiv und auch die Kommunen verfügen nur über beschränkte öffentliche Ressourcen, diesem Zustand abzuhelpfen.

Egal, wohin man schaut, man sieht immer wieder zauberhafte historische Stadtkulissen und viel zu wenige Menschen, die sich in ihnen bewegen. Es ist für die meisten Städte in Ostdeutschland nicht absehbar, dass sich dieser Zustand bald und grundlegend ändert. Weg damit, hört man dann aus unterschiedlichen Richtungen. „Abreißen“, rufen vor allem diejenigen, die sich und anderen den demographischen Wandel und seine Folgen in voller Tragweite vor Augen führen wollen. Kein Geld mehr in unnötige Stadtstrukturen, klingt es ab und an aus dem Westen Deutschlands herüber. Ja, die Städte Ostdeutschlands mit ihren in der Vergangenheit für größere Einwohnerzahlen gebauten Hüllen sind sichtbar zu groß geworden, bezieht man es auf die heutige und zukünftige gesellschaftliche Nachfrage und „Verteilmasse“.

Dagegen kann man nur ein Argument setzen: die baukulturelle Verantwortung und die politische Verpflichtung, die wertvollsten, originellsten, ältesten Teile einer jeweiligen Stadt zu erhalten. Das bedeutet kein „Einfrieren“ der städtebaulichen Situation auf einen unveränderlichen Status Quo. Dabei geht man von der Prämisse aus, dass die historischen Stadtkerne und -quartiere für das Selbstverständnis, die Identität der Stadt und der Region eine nicht zu unterschätzende Funktion haben, ja das Erscheinungsbild ihres Bundeslandes und von Deutschland insgesamt prägen. Eine Position des Abwartens und der Sicherung von wertvollen identitätsstiftenden Beständen einzunehmen, ist nicht ehrenrührig, und sei es nur, um keine Fehler durch vorschnelle

Abrisse zu machen. Vielerorts zeigen sich Erfolge: Obwohl die Einwohnerentwicklung insgesamt negativ verläuft, verzeichnen viele historische Stadtkerne in den neuen Bundesländern einen Zuzug. Es geht langsam, aber sicher aufwärts. Und tatsächlich gibt es keinen einzigen vernünftigen Grund, nicht in einem sanierten Gebäude oder einem Neubau auf einem innerstädtischen Baugrundstück inmitten des historischen Stadtkerns zu wohnen. Alle so leichthin kolportieren Nachteile von Altbauten und innerstädtischen Adressen – **kein Parkplatz, kein Balkon, kein Platz für das Kinderspiel, kein Grün** – **lassen sich meist ganz schnell entkräften. Und dazu kommt noch eine Reihe von großen Vorteilen:** Der Marktplatz, die Eisdielen, Läden, Kulturangebote und vieles andere mehr befinden sich um die Ecke. Allerdings, so wird man einräumen müssen, ist hier ein Prozess angesprochen, der einen langen Atem braucht.

Der Aufgabe zum Erhalt des städtebaulich wertvollen Erbes stellt sich die Bundesrepublik mit einer hohen politischen Priorität. Es gibt keine Alternative dazu. Es kann heute keinesfalls darum gehen, die komplizierte und langwierige Aufgabe wie die Sanierung und Belegung der historischen Bestände in den Stadtkernen der neuen Bundesländer aufzugeben und quasi auf halbem Weg stehen zu bleiben. Im Gegenteil. Das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz wird fortgesetzt und weiterhin als starker Schrittmacher nicht nur für den Erhalt, die Sicherung und Weiterentwicklung von einzelnen Denkmalen betrachtet, sondern von ganzen historischen Stadtbildern, Ensembles und Stadtbereichen. Das ist das Verständnis des Bund-Länder-Programms Städtebaulicher Denkmalschutz. Folgerichtig ist die erforderliche Grundlage und Voraussetzung für die Aufnahme in das Programm der Ausweis einer Gebietskulisse als Erhaltungsgebiet. Gefördert werden die Sicherung, Erhaltung und Modernisierung von Gebäuden, Ensembles und sonstigen baulichen Anlagen, ferner die Erhaltung und Umgestaltung von Straßen und Plätzen von geschichtlicher, künstlerischer und städtebaulicher Bedeutung. Im Jahr 2008 stehen dafür aus Mitteln des Bundeshaushalts 90 Mio. Euro zur Verfügung.

Zur fachlichen Unterstützung der Städte und zur Verstetigung der Begleitforschung wurde die Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz eingerichtet.<sup>7</sup> Einmal im Jahr treffen sich die Programmstädte zu ihrem Kongress und tauschen sich über ihre Erfahrungen aus. Eine Expertengruppe berät die Städte und den Bund. Sie besucht regelmäßig Programmstädte und setzt sich vor Ort mit den aktuellen und konkreten Fragen auseinander. Sie behandelt aber auch übergeordnete Fragestellungen, die alle oder doch viele Programmstädte bewegen. So ging und geht es regelmäßig um das Verhältnis des Städtebaulichen Denkmalschutzes zum Programm Stadtumbau Ost. Oder es werden seit Neuestem die Fragen der energetischen Erneuerung von Altbauten und Denkmalen, ja von ganzen historischen Stadtquartieren angesprochen.

7 Diese betreibt das Internetportal [www.staedtebaulicher-denkmalschutz.de](http://www.staedtebaulicher-denkmalschutz.de).

## 6. Erweiterung des Programms auf die alten Bundesländer

Seit einigen Jahren sind die baukulturell wertvollen historischen Stadtkerne und Stadtteile sowie Denkmalensembles der alten Länder stärker in den Blickpunkt gerückt. Auch diese haben teilweise einen erheblichen Sanierungs- und Erneuerungsbedarf, wenngleich man ihn nicht mit dem Ausgangspunkt in den ostdeutschen Städten aus dem Jahr 1990 vergleichen kann. Auch hier gibt es Regionen im Strukturwandel, Kommunen mit knappen Haushalten sowie sichtbare Leerstände bei Wohnungen und im gewerblichen Bereich. Wenn dies mit einem Sanierungstau in den baukulturell relevanten Stadtkernen und Stadtquartieren einhergeht, wird es zu einem Thema des Städtebaulichen Denkmalschutzes.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung arbeitet zur Zeit an der Vorbereitung und Einführung des Programms in den alten Bundesländern, die für 2009 vorgesehen ist. Um den Handlungsbedarf in den Ländern und Städten abzuschätzen, wird derzeit eine Forschungsarbeit durchgeführt. Ihre Ergebnisse werden im Herbst 2008 vorliegen. Standen bisher in den neuen Ländern die historischen Stadtkerne im Mittelpunkt der Förderung, so erweitert sich der Blick in den alten Bundesländern auch auf andere Gebietskategorien. Dies ist eine Reaktion auf die unterschiedlichen Städtesysteme sowie auf historische Besonderheiten der Stadtentwicklung sowie typologische Eigenarten. Wie bisher werden neben den historischen Stadtkernen auch die städtisch geprägten Ortskerne von ehemals selbständigen Gemeinden zuförderst in Betracht gezogen. Des Weiteren geht es aber auch um Stadterweiterungs- und Gründerzeitgebiete, die als geschlossene Ensembles erhalten sind, sowie um Siedlungen der 1920er und 1930er Jahre mit hoher baukultureller Bedeutung, darunter auch Werkssiedlungen mit einer ehemaligen Industrieanlage in einem städtebaulichen Ensemble. Erst nach dem Abschluss der Forschung wird man genauere Kenntnisse über das Spektrum und das Ausmaß der Aufgaben haben. Es zeichnen sich einige wiederkehrende ‚Fälle‘ als mögliche Handlungsfelder für das bundesweite Programm Städtebaulicher Denkmalschutz ab, von denen einige im Folgenden angedeutet werden sollen, ohne den noch ausstehenden Bund-Länder-Vereinbarungen zu diesem Förderprogramm vorzugreifen.

Da wären z.B. die „alten Sanierungsgebiete“, deren öffentlich geförderte und privat durchgeführten Sanierungsmaßnahmen schon Jahre zurückliegen. Bei vielen Gebäuden ist längst ein neuer Sanierungs- und Modernisierungsbedarf herangereift. Oftmals würde eine erneute Auseinandersetzung mit dem historischen Bestand die Chance eröffnen, den heutigen – weiterentwickelten – „state of art“ von Sanierung und Denkmalpflege anzuwenden und manch zweifelhafte Maßnahme jener Jahre zu heilen. Das Ziel bestünde darin, die Gebäude und Gebiete auf den heutigen Stand zu bringen und sie den Ansprüchen ihrer Nutzer entsprechend zu gestalten. In vielen historischen Stadtkernen, vorzugsweise in prosperierenden Städten und Regionen ist das

durch kontinuierliche Investitionen von Seiten Privater und die Steuerung des öffentlichen Mitteleinsatzes längst gelungen. Hier sind die historischen Quartiere lebendige Wohn- und Geschäftsviertel, attraktive Anziehungspunkte und Aufenthaltsorte für die Bewohner der Stadt und des Umlands sowie touristische Ziele. Oft hält aber der Standard von Wohnungen und Gewerberäumen aus vergangenen Tagen den heutigen Forderungen anspruchsvoller Mieter und Eigentümer nicht mehr stand. Das gilt im Übrigen auch für die öffentlichen Räume und die Einrichtungen der sozialen Infrastruktur. Gut, wenn die öffentliche Förderung von Bund und Ländern als Impuls funktioniert, diese Stadtkerne wieder in den Rang zu versetzen, der ihnen zusteht: gesellschaftlicher Treffpunkt und funktionales Zentrum, der attraktivste und schönste Ort der Stadt zu sein. Das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz könnte dazu beitragen, diese Gebiete wieder zum Mittelpunkt ihrer Stadt zu machen.

Umso schwieriger stellen sich die Aufgaben dar, wenn sie mit einem Problembündel einhergehen, das wir mit „Strukturwandel“ umschreiben. Gemeint ist eine komplexe Problemsituation mit zahlreichen Einzelaspekten: Bedeutungs- und Funktionsverluste in Stadt und Region, im Stadtzentrum und einzelnen Stadtteilen sowie Stagnation der Einwohnerzahlen oder gar Bevölkerungsrückgang heißen hier die Parameter. Es gibt leere Wohnungen, Läden und Geschäftshäuser, brach gefallene oder untergenutzte Fabrikareale und Bahngelände. Solche Phänomene sind aus vielen ostdeutschen Städten nur allzu gut bekannt und beschränken sich, wie wir seit längerem wissen, nicht auf das Territorium der ehemaligen DDR. Der Stadtumbau Ost wurde folgerichtig durch das Programm Stadtumbau West ergänzt. Hier könnte die Aufgabe des Städtebaulichen Denkmalschutzes darin bestehen, einen umfassenden Beitrag zur Revitalisierung der baukulturell wertvollen Ensembles und Stadtteile zu leisten. Hier könnte die Förderung besonders viel bewirken und über die Grenzen des Fördergebiets ausstrahlen. Die Revitalisierung des historischen Stadtkerns könnte diesen in die Lage versetzen, als „Kraftzentrum“ der Stadtentwicklung und Identitätsanker für die Bevölkerung zu wirken und weitere positive Entwicklungen in Stadt und Region anzustoßen.

Vorstellbar wäre der Einsatz des Städtebaulichen Denkmalschutzes auch in den kriegszerstörten und wieder aufgebauten Städten. Hier ist der überwiegende Teil der Bausubstanz jünger als 60 Jahre. Ist der Wiederaufbau mit Respekt für den historischen Stadtgrundriss und auf der Grundlage seiner Parzellengliederung geschehen, so fügen sich die Nachkriegsbauten mit den erhaltenen Denkmalen und Altbauten zu einem Stadtbild zusammen, das wir als historisch ansehen. In anderen Städten hat sich die Nachkriegsepoche mit großer Wirtschaftskraft und einiger städtebaulicher Ignoranz in den Stadtgrundriss eingeschrieben. Die städtebaulichen Strukturen und baulichen Beiträge jener Zeit werden heute häufig kritisch wahrgenommen, vor allem was die unwirtschaftlichen Räume rund um überdimensionierte Verkehrsanlagen angeht, die jeden menschlichen Maßstab vermissen lassen. Der Städtebauliche Denkmalschutz könnte so weit gehen, diese ganz besondere Aufgabe der Rückgewinnung städtebaulicher Räu-

me im Maßstab der historischen Stadt zu übernehmen. In Ulm beispielsweise hat eine Verkehrsverbindung aus den 1950er Jahren die historische Altstadt durchschnitten. Durch eine neue Verkehrsführung wurden Baugrundstücke gewonnen. Die Neubauten stellen einen stadträumlichen Verbund her, sie respektieren den Maßstab ihrer Umgebung und formulieren eine neue Raumsequenz, ohne ihrerseits auf eine konsequent zeitgenössische Architektursprache zu verzichten. Würde man den Städtebaulichen Denkmalschutz so weit fassen, könnte er solcherart Stadtreparatur einschließen. Eine historische Wiedergutmachung sozusagen! Sie wäre im Übrigen nur dann zu akzeptieren, auch das soll offen angesprochen sein, wenn die Bauwerke der 1950er, 1960er und 1970er Jahre von baukulturellem Rang keiner neuen, nun eben einer anders gerichteten Ignoranz zum Opfer gebracht werden. Das Kind sollte hier keinesfalls mit dem Bade ausgeschüttet werden. Die städtebauliche und denkmalpflegerische Aufgabe der Rückgewinnung von Räumlichkeit und Geschichtlichkeit in den Strukturen der Nachkriegszeit kommt einer Gratwanderung gleich, sie müsste zwingend mit einer baukulturellen Bewertung der baulichen und räumlichen Produkte jener Zeit einhergehen. Und sicher muss auch nicht jeder Raum, der offen und fließend angelegt war, heute grün gestaltet ist und von den Menschen angenommen wird, wieder auf das ursprüngliche historische Maß zurückgestutzt werden und zwingend geschlossene Raumkanten erhalten. Stadt, das war und ist immer auch Vielfalt und Veränderung.

#### 7. Fazit:

#### **Der Städtebauliche Denkmalschutz – eine Aufgabe von hoher politischer Bedeutung und eine Ressource für die Stadtentwicklung**

Historische Stadtquartiere und Bereiche prägen das Antlitz dieses Landes. Denkmale und Stadtensembles von bauhistorischem Wert zu sichern, zu erhalten und zu revitalisieren, liegt in der baukulturellen Verantwortung dieses Landes und in einem übergeordneten politischen Interesse. Diese generelle Auffassung wird in Politik und Administration, unter Wissenschaftlern, in der Wirtschaft und Kultur, von Vertretern des Bundes, der Länder und Kommunen geteilt. Man kann davon ausgehen, dass es eine breite gesellschaftliche Übereinkunft zu den Zielen des städtebaulichen Denkmalschutzes in der Gesellschaft gibt. Gemeint ist hiermit kein Konzept, historische Stadtkerne zu Museen zu machen, vielmehr zielen sie auf Aktivitäten des Bestandserhalts, der Sanierung und Revitalisierung, die mitten in der Lebenswirklichkeit der Städte und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner steht. Das Bund-Länder-Programm Städtebaulicher Denkmalschutz wird in den neuen Bundesländern fortgesetzt, es wird ab 2009 in den alten Bundesländern eingeführt. Die politisch vollzogene Vereinigung Deutschlands wird somit auch im Bereich der Förderpolitik umgesetzt.

Die Aufgaben in den baukulturell relevanten historischen Stadtkernen, Stadtvierteln und Denkmalensembles ähneln sich in ihren Grundzügen. Zu beobachten ist dies



**Abb. 3: Halberstadt;** Gebäude im historischen Kern erwachen aus dem Dornröschenschlaf und tragen entscheidend zur Identität des Ortes bei.

vor allem in strukturschwachen Regionen mit Stadtkernen, die von Funktionsverlusten, Einwohnerrückgang, sozialer Entmischung und wirtschaftlichem Strukturwandel geprägt sind bzw. beeinflusst werden. Dennoch unterscheiden sich die jeweiligen Programmstädte in ihren spezifischen Ausprägungen voneinander, gleichgültig ob sie sich im Osten oder Westen Deutschlands befinden. Es geht nicht um ein Ausspielen von Ost- gegen Westförderung oder vice versa, sondern vielmehr um eine objektive Problemanalyse und die Ausarbeitung eines problembezogenen Förderinstrumentariums. Der Prozess soll transparent, interaktiv und offen geführt sowie wissenschaftlich begleitet werden. Evaluation ist Bedingung.

Das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz besitzt zahlreiche Schnittstellen zu anderen Förderprogrammen, kann aber nicht beliebig eingesetzt werden. Es ist nicht für jede Sanierungsaufgabe im Bestand geeignet, sondern zielt auf Stadtdenkmale und Ensembles von baukulturellem Rang und reagiert auf deren besondere Ansprüche, die sich vor allem in einem Mehraufwand bei der Sanierung darstellen. Das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz ist im besten Sinne „exklusiv“. Anders als bei einer umfassenden städtebaulichen Transformation, etwa von Brachengrundstücken und Entwicklungsflächen geht es bei diesem Programm in erster Linie um Erhaltungsaufgaben.

Letztlich gilt: Jede Förderung ist nur so gut, wie es gelingt, sie gesellschaftlich breit zu verankern und mit Hilfe der privaten Eigentümer, der Bürgerschaft und von zivilgesellschaftlichen Akteuren zu vervielfältigen. Der städtebauliche Denkmalschutz muss eine Angelegenheit von vielen werden.

Detlef Kurth

## Stadtentwicklung Krakau

### *Perspektiven der Innenstadtentwicklung zur Weichsel*

*„East is East, and West is West, and never the twain shall meet“<sup>1</sup>*

#### 1. Kulturelles Zentrum in der Mitte Europas

Das Nachbarland Polen liegt für die meisten Deutschen noch weit im Osten, und viele fürchten noch immer die Reise dorthin. Wenn Krakau überhaupt bekannt ist, dann erscheint das kulturelle Zentrum Polens als eine weit entfernte, historisch konservierte Stadt. Nur wenige nutzen die Chance, das neue EU-Mitglied zu besuchen, die kulturellen Schätze zu besichtigen und einen fachlichen Austausch zu vertiefen.

Krakau liegt aber nicht im Osten, sondern mehr in der Mitte Europas als zahlreiche deutsche Großstädte. Krakau ist eine der wichtigsten europäischen Städte der Wissenschaften, der Kultur und des Handels und im besten Sinne eine „Europäische Stadt“ mit kulturellem Erbe, Vielfalt, Dichte, Kompaktheit, Toleranz und Schönheit. In der Altstadt sind alle bedeutenden europäischen Baukulturen erhalten; polnische, jüdische, österreichische, deutsche, russische, italienische und andere Stilrichtungen bilden ein außergewöhnliches Weltkulturerbe.

Seit 1989 ist Krakau eine wachsende, vitale Stadt, ein kulturelles und geistiges Zentrum Polens und Europas. Das Wachstum vor allem in Tourismus, Dienstleistungen und Wissenschaft führt auch zu gravierenden Umgestaltungen der Innenstadt und deren Zentrenfunktion. Hierbei stellt sich die Frage, mit welchen Planungsansätzen die Stadtregierung auf die wachsende Investitionstätigkeit und den Stadttumbau reagiert.

#### 2. Historische Entwicklung Krakaus

Mit Krakau wird meist die Altstadt assoziiert; die Stadt besteht aber im Grunde aus vier vereinigten Städten: Alt-Krakau, Kazimierz, Podgorze und Nowa Huta. Krakau wurde im Mittelalter abseits der Weichsel gegründet, die städtebauliche Struktur mit

1 R. Kipling, The Ballad of East and West, in: E.C. Stedman, (Hrsg.), A Victorian Anthology, 1837-1895, Cambridge 1895.



Abb 1:  
Luftbild der Altstadt,  
aus: J. Purchla (s. A 2).

rechteckigen Blöcken, breiten Straßen und dem vier Hektar großen Marktplatz (einem der größten Europas) prägt bis heute die Innenstadt. Die Bürgerhäuser vor allem aus dem Barock und der Renaissance sind überwiegend erhalten, ihre reichen Fassaden schmücken das Stadtbild. Die Befestigungsmauer wurde 1830 in eine Promenade, die Planty, umgestaltet, die als grüne Oase die Innenstadt umrundet. Die bedeutende Wawel-Burg steht am Übergang der Innenstadt zur Weichsel und war Krönungsstätte der polnischen Könige. Krakau war bis zum 16. Jahrhundert die Hauptstadt Polens und fungierte in Zeiten der Besetzung im 19. Jahrhundert als heimliche Hauptstadt.

Krakau entwickelte sich zu einem Zentrum des Handels, der Wissenschaft, der Kunst und der Religion. Die südlich der Altstadt gegründete, überwiegend jüdische Stadt „Kazimierz“ wurde 1791 eingemeindet und bildet den Bezug zur Weichsel. Während der Besetzung durch Österreich wurde durch die neuen Machthaber am Südrand der Weichsel „Josefstadt“ (heute Podgorze) als Gegenmodell gegründet. Erst mit der Unabhängigkeit Polens wurde Podgorze eingemeindet, die südlichen Stadtteile gelten aber bis heute als nicht richtig dazu gehörig. Auch dies mag ein Grund dafür sein, dass die Stadt sich nie offensiv zum Fluss entwickelt hat. Im Zweiten Weltkrieg wurden die Bewohner des jüdischen Viertels von den deutschen Besatzern ermordet. Der Zerstörungswille richtete sich auch gegen zahlreiche polnische Bürger, insbesondere die Intelligenz, und gegen die Kulturgüter. Die beabsichtigte Sprengung der Altstadt gegen Kriegsende konnte aber anders als in Danzig oder Warschau glücklicherweise verhindert werden.<sup>2</sup>

2 Vgl. J. Purchla, Krakau. Mitten in Europa. Internationales Kulturzentrum, Krakau 2003; D. Kurth/A. Staudinger/T. Thur, Eindrücke aus Krakau, in: PlanerIn 1/1994, S. 21-24.

Die Politik des sozialistischen Systems nach 1945 zielte zunächst auf einen Bedeutungsverlust Krakaus. Um das als konservativ-katholisch geltende Zentrum zu proletarisieren, entschied die Zentrale Planungskommission in Warschau, mit „Nowa Huta“ am Stadtrand das größte Stahlwerk Polens zu errichten (größer als die Stadtfläche Krakaus 1939), das fortan die Luft verdreckte und die Altbausubstanz zerfraß. Daneben entstand eine neue sozialistische Stadt gleichen Namens, in der moderne Bauweise mit klassizistischen Elementen kombiniert wurde. Von einem zentralen Platz gehen strahlenförmige Straßenachsen aus, deren bedeutendste Achse auf das Stahlwerk gerichtet ist. Nowa Huta wuchs mit neuen Plattenbau-Siedlungen auf bis zu 250.000 Einwohner und wurde in den 1960er Jahren nach Krakau eingemeindet.

Dadurch wuchs die Stadt Krakau von 250.000 auf 750.000 Einwohner und wurde neben dem kulturellen auch zu einem industriellen Zentrum. So integrierte Krakau über Jahrhunderte verschiedene Stadt-Neugründungen und verkraftete politische Veränderungen, ohne den ursprünglichen, fast mystischen Charakter zu verlieren.<sup>3</sup>



Abb. 2: Plan von Krakow 1847, aus J. Purchla (s. A 2).

### 3. Stadtentwicklung Krakaus nach 1989

Seit 1989 ist Krakau nicht mehr nur eine historisch bedeutende Stadt, sondern auch wieder ein kulturelles und ökonomisches Zentrum. Die Metropolregion erlebt ein enormes Wirtschaftswachstum, Einwohnerzuwächse und einen wachsenden Immobiliensektor; sie ist zwar weiterhin industriell geprägt, doch die Bedeutung des Dienstleistungssektors, der Kultur und des Tourismus wächst. Die Arbeitslosenquote ist mit 6 Prozent eine der niedrigsten in Polen. Heute ist Krakau das unbestrittene kulturelle Zentrum Polens mit zahlreichen kulturellen Angeboten und einem

3 Vgl. E. Brix, Nachbemerkung, in: *ders.* (Hrsg.), *Europa erlesen – Krakau, Klagenfurt/Celovec 2002*, S. 231 ff.

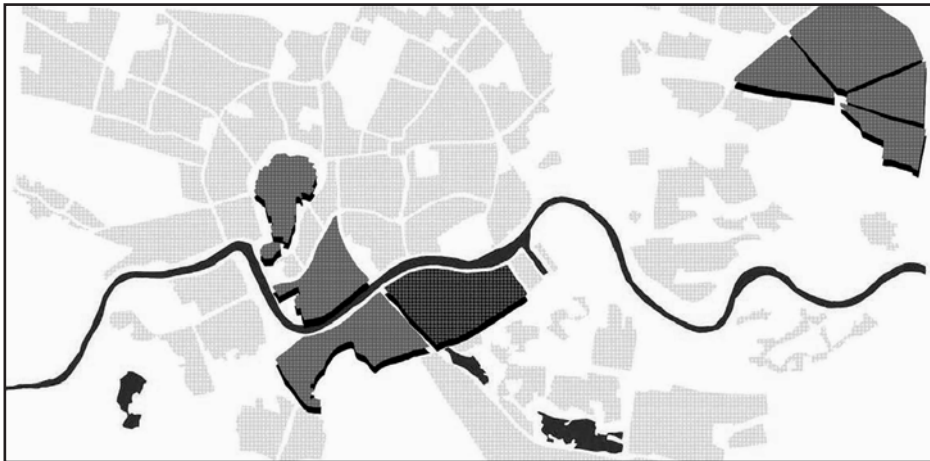


Abb 3: Strukturskizze Krakows (HFT Stuttgart, Studienprojekt Krakau, 2007).

wachsenden Tourismussektor (7 Mio. Besucher im Jahr 2005). Die Preisentwicklung im Einzelhandel und bei den Immobilien entspricht schon fast dem Niveau westdeutscher Großstädte, und diese Entwicklungsdynamik setzt sich fort. Aufgrund zum Teil noch ungeklärter Eigentumsverhältnisse ist der Bodenmarkt sehr angespannt, insbesondere innerstädtische Wohn- und Gewerberäume im mittleren Preissegment sind kaum noch zu erwerben. Krakau ist außerdem eine Stadt der Wissenschaften. Hier, wo einst eine der ersten Universitäten Europas gegründet wurde, gibt es heute 22 Universitäten mit über 180.000 Studenten. Um den Technologiesektor zu stärken, wurde 1998 außerdem der Krakow Technology Park gegründet.<sup>4</sup>

#### 4. Stadtentwicklungspolitik

Mit dem neuen Planungsgesetz von 1994 wurden in Polen die unverbindliche Stadtentwicklungsplanung sowie rechtsverbindliche „Lokalpläne“ eingeführt, ähnlich den Bebauungsplänen in Deutschland. Aufgrund von Überleitungsbestimmungen war aber die Stadtentwicklung Polens bis Anfang 2000 aber noch durch die „Generalpläne“ aus den 1980er Jahren geprägt, die nur allgemeine Aussagen zur Flächennutzung und Infrastruktur enthielten. Auf Basis der neu gewonnenen kommunalen Planungshoheit wurden somit in den 1990er Jahren zahlreiche Projekte ohne detaillierte Planungsvorgaben realisiert, Investitionen sollten nicht durch Regulierungen behindert werden. Seit 2003 besteht die Pflicht, Lokalpläne aufzustellen oder aber auf Grundlage

<sup>4</sup> Vgl. *Municipal Office of Krakow*, Krakow in Numbers. City Strategy and Development Department, Krakow 2005; *Municipal Office of Krakow*, Krakow Real Estate Market. City Strategy and Development Department, Krakow 2005.



**Abb 4: Strukturplan** (Ausschnitt) zum Stadtentwicklungskonzept Krakau (Municipal Office of Krakow 2005).

so genannter „Verwaltungsentscheidungen“ Einzelprojekte im Bestand zu genehmigen, wobei meist letzteres investitionsfreundliches Instrument angewendet wird. Die Stadtentwicklungspolitik besitzt auch deshalb eine schwache Position, da die Planungsinstrumente nicht von staatlichen Programmen der Städtebauförderung begleitet werden. Den Städten ist es meist nicht möglich, eigene Förderprogramme aufzustellen.<sup>5</sup>

In der Stadt Krakau waren 2004 erst ca. 5 Prozent des Stadtgebietes rechtsverbindlich überplant. Außerhalb der Altstadt kann gut beobachtet werden, dass zahlreiche Investitionsvorhaben wie Hotels, Bürohäuser oder Einkaufszentren den städtebaulichen Maßstab sprengen und sich gestalterisch eher an internationaler Investoren-Architektur als am Stadtbild orientieren. Die Stadtplanung scheint in Krakau eher eine schwache Position gegenüber Privatinvestitionen zu haben; es wird stärker der angelsächsische Ansatz der investoren-orientierten Planung verfolgt. Dennoch wurde 2005 ein ambitionierter strategischer Entwicklungsplan aufgestellt, in dem folgende drei

5 Vgl. P. Lorens, Stadtentwicklung in Polen. Aktuelle Trends und Herausforderungen, in: U. Altröck u. a. (Hrsg.), Zwischen Anpassung und Neuerfindung. Raumplanung und Stadtentwicklung in den Staaten der EU-Osterweiterung, Berlin 2005, S. 37 ff; Z. Niewiadomski/G. Turowski, Deutsch-Polnisches Handbuch der Planungsbegriffe, Hannover 2001.

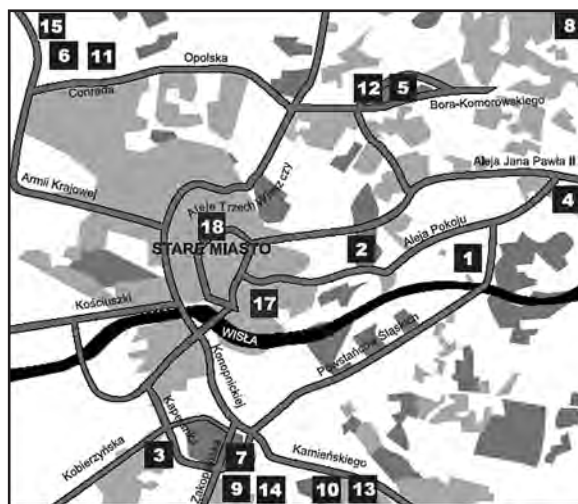


Abb. 5:  
Großflächige Einzelhandelsstandorte in Krakau (Municipal Office of Krakow 2006).

Leitziele formuliert werden: 1.) Familienfreundliche, lebenswerte Stadt, 2.) Wettbewerbsfähige, moderne Wirtschaft, 3.) Europäische Metropole in Wissenschaft, Kultur und Sport.

Diese Leitziele werden in Unterzielen und Maßnahmevorschlägen konkretisiert. Wichtige Vorhaben sind dabei die Erhaltung und Weiterentwicklung des Weltkulturerbes und der Ausbau und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur. Krakau hatte durch die erzwungene Industrialisierung eine kulturelle Abwertung erfahren, der nun durch die Stärkung von Tourismus, Kultureinrichtungen, Handel und Wissenschaft entgegengewirkt werden soll. Die Altstadt soll erhalten und behutsam weiterentwickelt werden, ohne aber großmaßstäbliche Bauvorhaben oder großformatige Werbeanlagen zuzulassen. Somit richtet sich der Investitionsdruck auf den ersten Innenstadtring sowie auf das Ufer beidseitig der Weichsel. Zur Zentrenentwicklung und Entwicklung des Einzelhandels wurden bisher keine eigenständigen sektoralen Entwicklungspläne aufgestellt.<sup>6</sup>

### 5. Entwicklung des Einzelhandels

Anfang der 1990er Jahre entstanden am Rand der polnischen Großstädte zahlreiche großflächige Einzelhandelszentren mit preiswerten Sortimenten. Erst seit Anfang 2000 werden auch verstärkt innerstädtische Einkaufszentren mit Angeboten im Mittelpreissegment errichtet. In den meisten Städten gibt es keine Steuerung durch Stadtentwick-

<sup>6</sup> *Municipal Office of Krakow, Krakow Development Strategy. City Strategy and Development Department, Krakow 2005.*



**Abb. 6:**  
**Galeria Krakowska,**  
 Zugang vom Haupt-  
 bahnhof (Foto: D. Kurth).

lungspläne und Einzelhandelskonzepte, stattdessen werden immer noch Einzelentscheidungen gefällt.<sup>7</sup>

Auch in Krakau wurde das Angebot im großflächigen Einzelhandel seit 1990 massiv erweitert. 2007 gab es 24 großflächige Einzelhandelsbetriebe mit insgesamt über 400.000 qm Fläche, davon liegen die meisten am Stadtrand. Vor einigen Jahren eröffneten zwei große innerstädtische Einkaufszentren: 2005 die „Galeria Kazimierz“ am Rande des Stadtteils Kazimierz mit 36.000 qm, 160 Geschäften, 1.800 Stellplätzen, diversen Restaurants und Multiplexkino; und 2006 die „Galeria Krakowska“ am Hauptbahnhof mit 120.000 qm (davon 60.000 qm Ladenfläche), 270 Geschäften, 1.400 Stellplätzen, diversen Restaurants und Multiplexkino.<sup>8</sup>

## 6. Konkurrenz zwischen Altstadt und Einkaufszentren

Die Altstadt innerhalb der Planty mit ihren Baudenkmalern ist vor allem für die Touristen der beliebteste Ort Krakaus. Die Straßen wurden weitgehend vom Autoverkehr befreit; sie sind gesäumt von spezialisiertem, hochwertigem Einzelhandel sowie zahlreichen Restaurants und Hotels. Aufgrund des Ensembleschutzes und der kleinteiligen Parzellenstruktur können sich kaum großflächige Märkte ansiedeln. Die „Galeria Handlowa“ am Marktplatz ist ein beispielhaftes Projekt, bei dem 2004 zwei historische Gebäude zu einem kleinen Einkaufszentrum mit Modeläden und Restaurants umgebaut wurden, wobei die historische Substanz behutsam in die Umgestaltung integriert wurde.

<sup>7</sup> Vgl. P. Lorens (s. A 5), S. 43.

<sup>8</sup> Vgl. Municipal Office of Krakow, Krakow Real Estate Market, Krakow 2005.

Die neuen innerstädtischen Einkaufszentren stellen nicht nur eine Ergänzung, sondern auch eine Bedrohung für die Altstadt als Einkaufsstandort dar. Insbesondere die Galeria Krakowska bietet auf zwei parallelen Einkaufspassagen über drei Geschosse ein extrem großes Angebot von 60.000 qm Verkaufsfläche, das selbst für westliche Millionenstädte ungewöhnlich ist (so bestehen die Potsdamer Platz Arkaden im Zentrum Berlins aus 40.000 qm Verkaufsfläche mit 130 Geschäften). Städtebaulich dominiert die Galeria Krakowska den Bahnhofplatz und lässt den Bahnhof hinter dem massiven Baukörper verschwinden. Zugänge zu den Gleisen sind fast nur noch durch das Einkaufszentrum und das anschließende Parkhaus möglich. Der deutsche Investor ECE, der z.B. im Hauptbahnhof Leipzig ein durchaus stadtverträgliches Einkaufszentrum entwickelt hat, zeigt an diesem bedeutenden Ort ein massives, dominantes Auftreten, das auf die Funktionen der Altstadt kaum Rücksicht nimmt. Offensichtlich ist es der Stadtentwicklungspolitik bislang nicht gelungen, die Ausbreitung der Einkaufszentren insgesamt zu steuern und eine stadtverträgliche Arbeitsteilung zwischen Innenstadt, Stadtteilzentren und Stadtrand herzustellen.

### 7. Kazimierz als neues touristisches Zentrum

Der am südlichen Rand der Innenstadt gelegene Stadtteil Kazimierz war bis 1989 stark vernachlässigt und durch Leerstand geprägt. In den 1990er Jahren begannen Voruntersuchungen für ein Sanierungsgebiet und Stadterneuerungsmaßnahmen, die mit Mitteln der EU unterstützt wurden. Es gelang, die einzigartige städtebauliche Struktur aus überwiegend jüdisch geprägten Stadthäusern zu erhalten und für Wohnen, Handel und Gastwirtschaft zu nutzen. In den letzten Jahren siedelten sich vor allem Gastronomiebetriebe an, die das historische Flair des Viertels wiederbeleben wollen, auch wenn von den ursprünglichen Bewohnern niemand mehr vorhanden ist. Außerdem existiert ein kleinteiliger Einzelhandel, der zunehmend aus spezialisierten Angeboten wie Antiquitäten, Feinkost und Designermode besteht. Kazimierz ist neben der Altstadt zum bedeutendsten touristischen Zentrum Krakaus geworden, was zu zahlreichen Nutzungskonflikten mit den Bewohnern führt. Nachdem Anfang der 1990er Jahre das Problem darin bestand, das Gebiet für Investoren attraktiv zu machen, werden nun Maßnahmen gesucht, das baukulturelle Erbe vor zu starker Immobilienspekulation zu schützen. Dazu zählt z.B. die Umnutzung von Wohnbauten zu Hotels und Gastronomie einzuschränken sowie Neubauten nur im kleinteiligen Maßstab der Umgebung zuzulassen. Am östlichen Rand von Kazimierz entstand die „Galeria Kazimierz“ auf einem ehemaligen Industriegebiet, mit architektonischer Anlehnung an die frühere Bebauung, etwas weniger groß dimensioniert als das Einkaufszentrum am Hauptbahnhof und nicht in unmittelbar räumlicher Nähe zum Stadtteilzentrum.<sup>9</sup>

9 Vgl. M. Murzyn, Kazimierz. The Central European Experience of Urban Regeneration, International



Abb. 7:  
Luftbild von Kazimierz,  
aus: J. Purchla (s. A 2).

## 8. Perspektiven der Stadtentwicklung zum Fluss

Angesichts der Entwicklungsdynamik Krakaus besteht die große Chance, die Innenstadtfunktionen zur Weichsel auszudehnen, die ehemals getrennten Städte Altstadt, Kazimierz und Podgorze zu verknüpfen und deren Zentrenfunktionen aufeinander abzustimmen und das Ufer städtebaulich neu zu gestalten. Bis heute ist das Flussufer städtebaulich wenig ausgeprägt. Einige Bauten wenden sich davon ab, und es gibt alte Industrieanlagen, die den Fluss nur als Transportweg benötigten. Es sind aber auch einige Neubauten entstanden, die den städtebaulichen Rahmen sprengen, z.B. ein Geschäftshotel am Eingang nach Podgorze. Die Stadt Krakau hat sich zum Ziel gesetzt, einen Masterplan für die Neugestaltung des Flussufers aufzustellen.

Im Frühjahr 2007 wurde ein internationaler Workshop durch das Internationale Kulturzentrum in Krakau mit dem Titel „The River within the City“ veranstaltet, an dem Hochschulen aus Krakau, Gleiwitz, Aachen, Oldenburg, Stuttgart und Innsbruck teilnahmen. Die Projektgruppen erstellten Strukturkonzepte zur Verknüpfung der Stadtteile beidseitig der Weichsel sowie städtebauliche Entwürfe für ausgewählte Schlüsselprojekte. So wurde am Südrand von Kazimierz auf einem ehemaligen Kraftwerksstandort eine Mischstruktur aus Wohnen, Arbeiten und Einkaufen vorgeschlagen. An den Brückenköpfen wurden neue Standorte für Hotels, Büros und Einzelhandel entwickelt, welche die Stadtteilzentren entlasten könnten. Insbesondere im ehemaligen Industriegebiet Zablocie am Rand von Podgorze gibt es enorme Entwicklungspotenziale für neue zentrumsnahe Einrichtungen, die über Straße und Bahn her-

Culture Centre Krakow, Krakow 2006.



Abb. 8: Hotelneubau an der Uferseite von Podgorze (Foto: D. Kurth).

vorrangig erschlossen sind. Inmitten des Stadtteils befindet sich auch Schindlers Fabrik, die jetzt als Museum und Kulturzentrum umgenutzt werden soll und somit ein neues Zentrum für diesen bislang benachteiligten Stadtteil darstellen könnte. Die Projektgruppen haben vorgeschlagen, durch ein verbindliches Rahmenkonzept die Nutzungsstruktur und die Gestaltung in diesem wichtigen Verflechtungsraum zu steuern, um eine unkoordinierte Entwicklung durch Einzelinvestitionen zu vermeiden.<sup>10</sup>

### 9. Schlussbetrachtung

„Am Beginn des 21. Jahrhunderts gibt es nicht mehr viele große europäische Städte, die dem Besucher das Gefühl vermitteln, dass es einer Anstrengung bedarf, um sie zu entdecken. [...] Nach Krakau kommt man nicht zufällig, um umzusteigen oder um ein Konzert [...] zu erleben. Diese Stadt folgt einer Zeitrechnung, die sich nicht zur Gänze mit den ‚Globalisierungsfahrplänen‘ oder den großen historischen Entwicklungen zur Deckung bringen lässt.“<sup>11</sup>

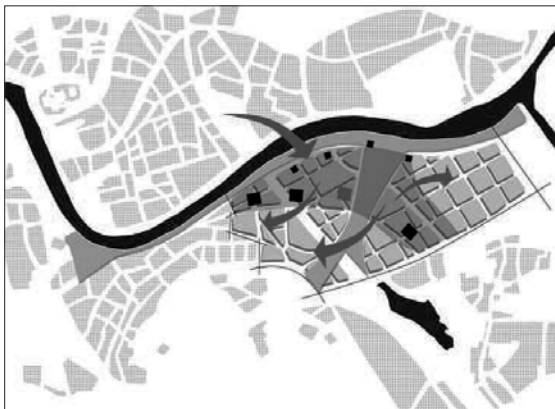
Die Stadt Krakau konnte trotz aller politischen und ökonomischen Umwälzungen im 20. Jahrhundert ihre eigene städtebauliche Identität und ihren mystischen Charakter bewahren. Die Altstadt ist als Weltkulturerbe geschützt, sie ist kulturelles Zentrum der Stadt und Anziehungspunkt für zahlreiche Touristen. Dennoch ist die Zentrumsfunktion der Altstadt sowie weiterer Teile der Innenstadt durch unabgestimmte Einzel-

10 Vgl. Hochschule für Technik Stuttgart, Revitalisation Waterfront Stuttgart-Krakau, Bericht Integriertes Studienprojekt Masterstudiengang Stadtplanung, Stuttgart 2007.

11 E. Brix (s. A 3), S. 231.



**Abb. 9:**  
Strukturkonzept für die Innenstadt  
von Krakau (HFT Stuttgart,  
Studienprojekt Krakau, 2007).



**Abb. 10:**  
Entwicklungsszenario für die  
Stadtentwicklung an der Weichsel  
(HFT Stuttgart, Studienprojekt  
Krakau, 2007).

entscheidungen für Großinvestitionen wie Einkaufszentren zunehmend bedrängt, und es droht eine funktionale Aushöhlung. Nach einer Zeit der liberalen und investorenfreundlichen Stadtentwicklungspolitik erscheint es notwendig, durch Stadtentwicklungsplanung, Einzelhandelskonzepte, Sanierungsgebiete und lokale Bebauungspläne den weiterhin enormen Investitionsdruck stärker zu steuern und städtebaulich zu gestalten. Dabei besteht insbesondere die Chance, angesichts der Entwicklungsdynamik die Innenstadt stärker mit der Weichsel zu verknüpfen und entlang des Flusses neue zentrale Funktionen anzusiedeln. Die Ergebnisse des internationalen Workshops haben gezeigt, dass auf Grundlage eines Rahmenkonzeptes eine funktionale Arbeitsteilung zwischen den Stadtteilzentren und eine städtebauliche Aufwertung des Uferbereichs möglich sind, wenn die Stadtplanung ihrer Gestaltungsaufgabe nachkommt und sich auf die Werte der „Europäischen Stadt“ besinnt.

## **Innenstadtentwicklung in baden-württembergischen Mittelstädten**

### **1. Vorbemerkungen**

Sich wandelnde wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen haben dazu geführt, dass die Innenstädte von Mittelstädten großen Veränderungen unterworfen sind und in der Zukunft vor großen Herausforderungen stehen. Seitens des Bundes und der Länder wurde bereits eine Vielzahl an Aktionen und Initiativen ins Leben gerufen mit dem Ziel, die Situation in den Innenstädten zu verbessern. Dies deutet auf die Aktualität des Themas und auf den erheblichen Handlungsbedarf hin.

Das Forschungsprojekt „Fokus Innenstadt“ der Wüstenrot Stiftung, das in konzeptioneller Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg durchgeführt wurde, untersucht die derzeitige Situation der Innenstädte von Mittelstädten in Baden-Württemberg. Das Projekt richtet den Blick auf die Steuerungsmöglichkeiten der Innenstadtentwicklung und geht der Frage nach, wie gut die Städte dafür gerüstet sind, den sich wandelnden Rahmenbedingungen zu begegnen.

Dafür wurden 13 Mittelstädte nach zuvor definierten Kriterien ausgewählt, die eine möglichst große Bandbreite an Innenstadttypen widerspiegeln. Diese inhaltlich begründete Auswahl ist nicht repräsentativ, sondern dient der beispielhaften Darstellung unterschiedlicher Probleme und Handlungsoptionen. Die Untersuchungsstädte waren: Biberach an der Riß, Böblingen, Ettlingen, Heidenheim, Lahr, Lörrach, Mosbach, Naggold, Ravensburg, Rottenburg, Schwäbisch Hall, Singen, Tuttlingen.

### **2. Leitfunktionen der Innenstädte**

Die Situation des Einzelhandels als einer der wichtigsten Leitnutzungen in der Innenstadt befindet sich in vielen Städten im Umbruch. Die Konkurrenz in Form von benachbarten Mittel- und Oberzentren, von Einkaufszentren in nicht-integrierten Lagen sowie von E-Commerce-Angeboten wächst, was sich in deutlichen Umsatzrückgängen in der Innenstadt ausdrückt.

Die Folge davon sind so genannte „Trading-down-Tendenzen“, die in einigen Städten, insbesondere in den 1b-Lagen beobachtet wurden. In vielen Städten wurden bereits Konzentrationsprozesse auf die 1a-Lagen im Bereich des Einzelhandels beobachtet,



**Abb. 1:**  
**Biberach;**  
 Trading-down-Tendenzen,  
 Billig-Textiler.

die dazu führen, dass weniger attraktive Lagen künftig durch alternative Nutzungen wie Dienstleistungen, Gastronomie oder Wohnen aufgefüllt werden. Leerstände wurden nur in Ausnahmefällen beobachtet. Weiterhin nimmt die reine Versorgungsfunktion der Innenstädte ab; es werden vielmehr verstärkt Angebote nachgefragt, die das Einkaufen als besonderes Erlebnis in den Mittelpunkt stellen. In diesem Zusammenhang gewinnen die Aufenthaltsqualität und das Flair einer Innenstadt auch für den Einzelhandel an Bedeutung.

Neben dem Einzelhandel bildet die Innenstadt einen Schwerpunkt für Dienstleistungen, Verwaltungen, Bildungseinrichtungen und soziale oder kirchliche Angebote. Alle diese Einrichtungen weisen für die Innenstadt eine wichtige Funktion auf, da durch sie ein erhebliches Maß an Besucherfrequenz generiert wird, was wiederum positive Auswirkungen auf den Einzelhandel und das kulturelle Leben in der Innenstadt hat.

Traditionell weist die Innenstadt neben den Versorgungsangeboten auch einen hohen Anteil an Wohnen auf. In den untersuchten Städten stellt sich die Wohnsituation in der Innenstadt sehr unterschiedlich dar. In einigen Städten ist die Innenstadt als Wohnstandort positiv besetzt und es besteht eine entsprechende Nachfrage. In anderen Städten überwiegen die Aspekte, die das Wohnen in der Innenstadt beeinträchtigen, wie eine hohe Verkehrsbelastung, fehlende private Freiräume, mangelhafte Parkmöglichkeiten, schwierige historische Bausubstanz und Ruhestörungen durch Feste und Events. In allen Städten wurden in der Vergangenheit hochwertige Projekte zur Förderung des innerstädtischen Wohnens realisiert, die häufig auf Konversionsflächen liegen und mit Städtebaufördermitteln unterstützt wurden. Insgesamt ist in den meisten Städten die Tendenz des „Zurück in die Stadt“ zu spüren, die sich insbesondere in der Nachfrage nach sehr hochwertigem innerstädtischem Wohnraum ausdrückt. Die sich wandelnden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen könnten diesen Trend weiter fortsetzen, sofern er seitens der Kommunen eine gezielte Unterstützung erfährt.



**Abb.2:**  
Heidenheim; Filialist in einer  
1-a-Lage der Innenstadt.

Die Innenstadt als Ort des Arbeitens hat in den vergangenen Jahrzehnten an Bedeutung verloren, indem große Gewerbebetriebe ausgelagert wurden und kleinere Betriebe schließen mussten. Auf den freigewordenen Flächen wurden häufig Wohnprojekte oder Geschäftshäuser realisiert. Heute stellen die dienstleistungsbezogenen Arbeitsplätze den größten Anteil an Arbeitsplätzen in der Innenstadt dar. Sie bilden einen wichtigen Baustein für die Nutzungsmischung in der Innenstadt und erzeugen zusätzliche Frequenz.

Neben den Funktionen Wohnen, Arbeiten und der Versorgung kommt der Innenstadt eine zunehmende Bedeutung als Ort der Kommunikation und der Kultur zu. Die so genannte Bespielung der Innenstadt durch Veranstaltungen hat in fast allen Städten stark zugenommen, in einzelnen Fällen wird von einer Übersättigung an Events gesprochen. Teilweise kommt es dabei zu Konflikten mit anderen Innenstadtnutzungen, insbesondere dem Wohnen. Die Kommunikation in der Innenstadt ist darüber hinaus eng mit den gastronomischen Angeboten verknüpft. Diesbezüglich wurde beobachtet, dass die Außengastronomie in fast allen Städten in den vergangenen Jahren rasant zugenommen hat, was die starke Freizeitorientierung der Innenstädte bekräftigt.

## 2. Rahmenbedingungen funktionstüchtiger Innenstädte

Die Situation der untersuchten Innenstädte wird maßgeblich durch den Verkehr geprägt. Erst der Bau von Umgehungsstraßen um die Innenstadt ermöglichte die Einrichtung von Fußgängerzonen oder stark verkehrsberuhigten Bereichen mit einer hohen Aufenthaltsqualität. Einige der untersuchten Innenstädte werden jedoch nach wie vor durch eine relativ hohe Verkehrsbelastung beeinträchtigt. Die Erreichbarkeit mit dem PKW und die Parksituation stellen sich in fast allen Städten unproblematisch dar, nichtsdestotrotz wird das Thema Parken häufig sehr kontrovers diskutiert.



**Abb.3:**  
**Nagold;**  
 hochwertige Gestaltung  
 des öffentlichen Raumes  
 in der Innenstadt.

Hinsichtlich des öffentlichen Raums haben die Städte sehr unterschiedliche Voraussetzungen, da die Gestaltqualität stark durch die gewachsene Baustruktur geprägt wird. In allen Städten fanden häufig im Zusammenhang mit Verkehrsberuhigungen und dem Einsatz von Städtebauförderungsmitteln große Verbesserungen im öffentlichen Raum statt. Die Gestaltqualität und Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen unterscheidet sich jedoch zum Teil erheblich. Nur in Einzelfällen wurden Tendenzen der Verwahrlosung des öffentlichen Raums beobachtet.

Auch das Stadtbild und die Baukultur unterscheiden sich in den Städten deutlich. Die stark historisch geprägten Städte agieren im Spannungsfeld zwischen Bewahren und Erneuern, wohingegen die jüngeren Städte teilweise mit unangepassten Baukörpern der 1960er und 1970er Jahre umgehen müssen. Durch die Stadtsanierung konnten in allen Städten erhebliche Erfolge und Verbesserungen des Stadtbildes erzielt werden. Eine besondere Rolle für die Gestaltqualität spielen daneben so genannte „Leuchtturmprojekte“, die aufgrund ihrer Bedeutung und Qualität auf die gesamte Innenstadt positive Impulse ausstrahlen.

Insbesondere das Stadtbild und die Qualität des öffentlichen Raums haben großen Einfluss auf die touristische Attraktivität einer Stadt. Einige der untersuchten Städte weisen in diesem Bereich große Potenziale auf, häufig sind einzelne Sehenswürdigkeiten wie Kirchen, Schlösser oder historische Ensembles sowie besondere Events dabei die Hauptmagnete. Im Querschnitt betrachtet spielt der Tourismus für die Innenstädte der untersuchten Mittelstädte jedoch keine entscheidende Rolle, da in der Regel zu wenige Attraktionen vorhanden sind, um Besucher eine längere Zeit zu binden.

Hinsichtlich der sozialen Aspekte traten in den untersuchten Innenstädten nur wenige Probleme zu Tage. Zwar konzentrieren sich in einigen Innenstädten ärmere Bevölkerungsgruppen, diese treten jedoch kaum in Erscheinung. Nur in Einzelfällen wurde von Problemen mit Randgruppen wie Drogensüchtigen in der Innenstadt berichtet.



**Abb. 4:**  
**Biberach;**  
innerstädtische Illuminierung - Beleuchtung des Marktplatzes.

Die ökonomischen Aspekte spielen in den Innenstädten eine große Rolle, da insbesondere der Grundstücks- und Immobilienmarkt die Innenstadtentwicklung in erheblichem Maß beeinflusst. In einigen Städten waren Preissteigerungen des Grundstücks- und Mietmarktes zu verzeichnen, in anderen Städten stagnierten oder sanken die Preise. In der Regel sind dort Preissteigerungen zu verzeichnen, wo aufgrund einer großen Wirtschaftskraft hohe finanzielle Ressourcen für die Verbesserung der Gestaltqualität und der Infrastruktur aufgewendet wurden.

Neben der Untersuchung der derzeitigen Situation der Innenstädte wurde in dem Forschungsprojekt der Blick auf die Strukturen, Prozesse und Instrumente der Planung und Steuerung der Innenstadtentwicklung gerichtet. Dafür wurden die Rolle der Akteure der Innenstadtentwicklung, die verwendeten Instrumente und Strategien und der besondere Einfluss der Städtebauförderung genauer untersucht.

### 3. Akteure und Kooperationen der Innenstadtentwicklung

Den Kommunen kommt als Träger der Planungshoheit im Hinblick auf die Innenstadtentwicklung eine entscheidende Rolle zu. Das Selbstverständnis der Kommunen hat sich in den vergangenen Jahren bereits stark gewandelt: von einer rein verwaltdenden Funktion hin zu einer gestaltenden und moderierenden Rolle. Die Kommunen stehen durch die starke Projektorientierung der Innenstadtentwicklung verstärkt mit privaten Projektentwicklern oder Bauträgern in Verhandlungen, denen gegenüber es nicht immer gelingt, „auf Augenhöhe“ zu agieren. In vielen Städten wird diese Aufgabe durch drastische Stellenkürzungen und Einsparungen zusätzlich erschwert.

Die Handels- und Gewerbevereine als privatwirtschaftliche Interessensgemeinschaften können für die Innenstadtentwicklung wichtige Impulse liefern. Aufgrund der häufig engen finanziellen und personellen Kapazitäten ist ihr Einfluss jedoch begrenzt,

und es besteht die Notwendigkeit, diese Impulse in eine ganzheitliche Innenstadt-Marketing-Strategie einzubinden.

Die privaten Investoren haben in allen Städten, insbesondere vor dem Hintergrund knapper werdender kommunaler Haushalte, an Bedeutung gewonnen. Ohne private Investitionen ist Innenstadtentwicklung heute nicht vorstellbar. Die wirtschaftlichen Interessen müssen jedoch in Einklang mit den allgemeinen Zielen der Stadtentwicklung gebracht werden.

Auch die Öffentlichkeit stellt einen wichtigen Akteur innerhalb der Innenstadtentwicklung dar. Insbesondere innerhalb der lokalen Agenda-Prozesse und teilweise auch im Rahmen von Stadtmarketing-Ansätzen wurden in vielen Städten Bürgergruppen aktiv, die ihren Blick auch immer wieder auf die Funktionsfähigkeit der Innenstadt richteten. Häufig entpuppte sich das Thema Innenstadt jedoch als zu wenig greifbar, so dass in der Mehrzahl der Städte kein kontinuierliches bürgerschaftliches Engagement für die Innenstadt besteht. Zur Vermittlung von Planungszielen und -strategien spielt darüber hinaus die lokale Presse eine wichtige Rolle.

In allen Städten haben öffentlich-private Partnerschaften zur Umsetzung von Projekten in der Innenstadt stattgefunden; sie sind heute für die Stadtentwicklung unerlässlich. Um langfristige Strukturqualitäten und einen Gemeinwohlnutzen gegenüber eher kurzfristigen Verwertungsabsichten zu sichern, bedarf es intensiver Aushandlungsprozesse insbesondere zwischen den privaten Investoren und den Kommunen. Voraussetzung dafür ist ein vertrauensvoller Umgang und eine gute Kommunikationskultur.

Die seitens der Landespolitik und Regionalplanung häufig geforderte interkommunale Kooperation wurde in den Untersuchungsstädten nur sehr rudimentär beobachtet. Neben den etablierten Kooperationen im Bereich der technischen Infrastruktur, wurde eine Zusammenarbeit verschiedener Kommunen am ehesten im Bereich des Tourismus vorgefunden. Bei den für die Innenstadt entscheidenden Themenfeldern Einzelhandel, Wohnen sowie Kultur und Freizeit gilt in der Regel die Devise „Jeder ist sich selbst der Nächste“. Zurückzuführen ist dies auf einen wachsenden Konkurrenzkampf um sich verknappende Ressourcen (Bevölkerung, Wirtschaftskraft) und die bisher fehlende Notwendigkeit zur Kooperation.

#### 4. Instrumente und Strategien der Innenstadtentwicklung

Die klassischen planungsrechtlichen Instrumente, wie der Bebauungsplan oder Gestaltungssatzungen, waren in der Vergangenheit maßgeblich für die Sicherung innerstädtischer Entwicklungsziele verantwortlich. Die Bedeutung dieser Instrumente hat jedoch in den meisten Städten abgenommen, da durch die starke Vorhabenorientierung der Innenstadtentwicklung die dabei notwendigen Aushandlungsprozesse in den Vordergrund gerückt sind, die innerhalb der rechtlich vorgegebenen Verfahren nur unzureichend abgebildet werden können.

Neben den rechtlichen Instrumenten spielen für die Innenstadtentwicklung die informellen Planungsinstrumente eine wichtige Rolle. In nahezu allen Städten wurden Konzepte zur Innenstadtentwicklung erarbeitet, denen teilweise auch übergeordnete Leitbildprozesse vorangegangen waren. Nur wenige Städte arbeiten ohne eine Rahmenkonzeption. Dabei muss jeweils im individuellen Fall das richtige Maß zwischen starren Gesamtkonzepten zur räumlichen Entwicklung und flexiblen, leitbildartigen Aussagen gefunden werden.

Die kommunale Liegenschaftspolitik hat ebenfalls einen wichtigen Einfluss auf die Innenstadtentwicklung. Es bedarf dabei einer vorausschauenden und vermittelnden Vorgehensweise, um stadtplanerische Ziele langfristig umzusetzen.

Auch dem Stadtmarketing und der Wirtschaftsförderung kommt eine wichtige Rolle für die Innenstadtentwicklung zu. Fast alle untersuchten Städte wenden dieses Instrument an, wobei sich die Organisationsformen zum Teil erheblich voneinander unterscheiden. Die Bandbreite reicht von einem gänzlich kommunal organisierten Stadtmarketing bis hin zu einer rein privaten Organisation durch Handels- und Gewerbevereine oder Werbegemeinschaften; am häufigsten sind Kooperationsformen dazwischen.

Die Städtebauförderung hat in allen untersuchten Städten in den vergangenen Jahrzehnten große Verbesserungen in der Gebäudesubstanz und dem öffentlichen Raum bewirkt und war damit maßgeblich daran beteiligt, dass die Städte heute überwiegend ein positives Gesamterscheinungsbild aufweisen. Der Aufgabenschwerpunkt verschob sich dabei von der klassischen Behebung städtebaulicher Missstände hin zu einer neuordnenden Entwicklung beispielsweise auf Konversionsflächen. Auch die Verbindung mit sozialen und ökonomischen Maßnahmen gewann an Bedeutung. Diese Entwicklung wird weiter fortschreiten, worauf die Städtebauförderung durch neue Fördermöglichkeiten oder die Verbindung von unterschiedlichen, auch ressortübergreifenden, Förderprogrammen reagieren sollte.

### **5. Wettbewerb, Kooperation und Leistungsfähigkeit**

Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Mittelstädte werden in Zukunft schwieriger. Eine Ursache dafür ist, dass selbst in prosperierenden Regionen, zu denen Baden-Württemberg insgesamt zählt, in der Gesamtsumme kein weiteres, absolutes Bevölkerungswachstum mehr zu erwarten ist. In der Folge wird die Konkurrenz um Bevölkerung, Arbeitsplätze und Infrastruktur spürbar anwachsen und der Wettbewerb zwischen den Städten in Baden-Württemberg härter werden. Der Erfolg der Städte in diesem Wettbewerb ist der Schlüssel für ihre jeweiligen Zukunftschancen.

Zugleich muss eine Intensivierung dieses Wettbewerbes auch aus Sicht des Landes als Herausforderung positiv angenommen werden, denn ein solcher Wettbewerb ist die Voraussetzung dafür, die höchste Leistungsfähigkeit auf der Ebene eines Bundeslandes zu erzielen. Nur durch intensiven Wettbewerb lässt sich das größtmögliche Gesamt-

wachstum mobilisieren oder – wo kein Wachstum mehr möglich ist – zumindest der kleinstmögliche Rückgang erreichen.

Gerade die Mittelstädte in Baden-Württemberg müssen diesen neuen Wettbewerb annehmen, in dem die individuelle historische und aktuelle Stadtentwicklung im Kontext der jeweiligen siedlungsräumlichen Bedeutung eine entscheidende Rolle spielt. Im Wettbewerb und in der Kooperation sehen sich die Mittelstädte entweder in der Beziehung zur benachbarten Großstadt, zu einer konkurrierenden Mittelstadt oder zu einem eher ländlich geprägten Umland. Vor allem die für einen zukünftig noch intensiveren Wettbewerb schwach aufgestellten Mittelstädte sind auf neue Formen der überregionalen und interkommunalen Kooperation angewiesen. Sie benötigen eine Begleitung und Unterstützung ihrer auf Kooperationen und Wettbewerb ausgerichteten Konzepte durch das Land. Letzteres vor allem auch deshalb, weil der über die Landesgrenzen hinausgehende interregionale Wettbewerb zunehmen wird. Eine logische Konsequenz der sich verändernden Rahmenbedingungen ist deshalb, dass es eine Hauptaufgabe der integrierten Städtebauförderung sein muss, die individuellen und profilierten Konzepte der Städte für Kooperation und Wettbewerb zu unterstützen und zu stärken. Nachdrückliche, aktive Unterstützung benötigen die Mittelstädte auch deshalb, weil die Mehrzahl von ihnen vor dem Problem steht, in verhältnismäßig kurzer Zeit umfassende und integrierte Konzepte mit vielfältigen, profilorientierten Bausteinen auf mehreren Ebenen zugleich zu verfolgen und diese in der Umsetzung voran zu treiben.

Im Vorteil sind dabei diejenigen Mittelstädte, die schon umfassende und integrierte Konzepte haben. Eine noch bessere Ausgangssituation haben die Städte, die solche Konzepte bereits im Konsens mit ihren Partnern intensiv verfolgen. Die größte Hilfe benötigen Städte, die erst noch ein eigenes Profil und die zu seiner Realisierung notwendigen Konzepte entwickeln müssen. Gerade dieser unterschiedlich ausgeprägte Unterstützungsbedarf verdeutlicht, dass die Förderung des Landes in Zukunft in hohem Maße flexibel, individuell und begleitend angelegt werden muss.

## 6. Strategien und Handlungsfelder

Die Innenstädte von Mittelstädten weisen eine Vielzahl von weiteren Potenzialen und Chancen auf, die jedoch aktiv gestärkt werden müssen. Nirgendwo gibt es Selbstläufer, man muss etwas für die Qualität und Attraktivität der Innenstadt tun. Wenn die Wahrnehmungen und Erkenntnisse aus den untersuchten Städten zusammengefasst und verallgemeinert werden sollen, stehen dabei folgende Handlungsfelder und Strategien im Vordergrund.

### ▷ *Mischung und Vielfalt:*

Nutzungsmischung und Nutzungsvielfalt sind für die Innenstädte lebensnotwendig, da sie eine nachhaltige Lebendigkeit und Attraktivität der Innenstadt sichern. Dies

trifft gleichermaßen zu für die engere Einkaufsinnenstadt wie für die „weitere“ Innenstadt, in der ein größerer Anteil an Wohnbevölkerung vorhanden ist. Die traditionellen Innenstadtnutzungen wie Einzelhandel, Dienstleistungen, Arbeiten und Wohnen werden dabei zunehmend durch Angebote für Freizeit und Unterhaltung ergänzt. Dazu kommen Anlässe und öffentliche Räume für zufällige stadtgemeinschaftliche Kommunikation. Konsequente Nutzungsmischung sorgt für eine hohe Besucherfrequenz zu allen Tageszeiten und für die Präsenz von Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft und verschiedener Generationen in der Innenstadt. Sie stellt damit eine wichtige Voraussetzung für soziale Integration und ein urbanes Erscheinungsbild der Innenstädte dar.

▷ *Vernetzung und Erreichbarkeit:*

Erreichbarkeit ist die grundlegendste Voraussetzung für eine funktionstüchtige Innenstadt. Hier sind die meisten Mittelstädte inzwischen mit orientierungsleichten Zufahrtsstraßen, Ringstraßen und Parkhäusern sowie einem ÖPNV-Angebot gut gerüstet. Die funktionale Wegeverknüpfung im Innenstadtbereich muss nunmehr vervollständigt und feinjustiert werden. Tendenziell werden die Forderungen der Einzelhändler nach möglichst direkter Anfahrbareit ihrer Geschäfte und nach ebenerdigen PKW-Stellplätzen aufweichen. Das Maß der Verkehrsberuhigung korreliert mit dem Grad der Aufenthaltsqualität für Fußgänger. Die Tolerierung des verbleibenden Verkehrs steht der Auffassung gegenüber, dass nur eine konsequente Verkehrsfreiheit attraktive Nutzungs- und Erlebnisqualität bietet. Zukünftig wird die fußgängerfreundliche, orientierungsleichte und abwechslungsreiche Vernetzung von funktionalen und stadträumlichen Schwerpunkten und Knoten der Innenstadt im Vordergrund stehen.

▷ *Konzentration:*

Expandierende Mittelstädte werden langfristig der Vergangenheit angehören. Um die Innenstadtqualität bei einer Entwicklung ohne Wachstum qualitativ zumindest zu erhalten, sind Strategien der räumlichen und funktionalen Konzentration erforderlich. Beispielhaft hierfür steht der innerstädtische Einzelhandel. In der sogenannten Einkaufsinnenstadt oder dem „Kaufhaus Innenstadt“, also den 1a- und 1b-Lagen, müssen sich auch die kulturellen und stadtgemeinschaftlichen Erlebnisangebote konzentrieren. Weiterhin müssen in diesem Bereich Baukultur und Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums Zeichen setzen. Die 2a- bis 2c-Lagen werden sich umstrukturieren müssen. Hier bieten sich Chancen für Versorgungs- und Dienstleistungsnischen sowie für Wohnen und Arbeiten.

▷ *Gestaltqualität:*

Neben den wichtigen innerstädtischen Funktionen bedarf es einer hohen baulich-räumlichen Gestaltqualität. Die Innenstadt ist eine Bühne für stadtgemeinschaftliche

und individuelle Akteure und sozusagen das „Wohnzimmer“ der Stadt. Entsprechend muss sich die Innenstadt auch darstellen. In den vergangenen Jahrzehnten stand die Sanierung der historischen Gebäude und ihrer Fassaden im Vordergrund. Heute machen zunehmend diejenigen Innenstädte auf sich aufmerksam, die zeitgemäße, teilweise auch spektakuläre Architektur in die historischen Innenstädte integrieren. Die Städte sind zudem aufgefordert, die Gestaltqualität von Fassaden und öffentlichen Räumen aus den Anfangsjahren der Stadterneuerung kritisch zu überprüfen und zeitgemäßen Nutzungen sowie aktuellen gestalterischen Orientierungen anzupassen.

▷ *Stadtgemeinschaftliche Kommunikation:*

In den Mittelstädten wird eine neue Form der Aneignung öffentlicher Räume durch verschiedene gesellschaftliche Gruppen wahrnehmbar. Durch die Überschaubarkeit der Mittelstädte bieten sie gute Voraussetzungen für die persönliche Kommunikation und den sozialen Austausch. Sowohl die ungeplante, lockere Kommunikation zum Beispiel auf einem Wochenmarkt, als auch das gezielte „Sich-Treffen“ meist in Verbindung mit der Nutzung von gastronomischen Angeboten, gewinnt an Bedeutung. Das rasante Anwachsen der Außergastronomie unterstreicht den Trend der stärkeren Freizeitorientierung der Innenstädte. In dieser neuen „Öffentlichkeit“ kann man durchaus eine Renaissance der „bürgerlichen“ Stadt erkennen.

▷ *Bespielung:*

Die Bespielung der Innenstadt durch kulturelle Veranstaltungen wie Konzerte und Theater, Sportveranstaltungen, öffentliche Märkte oder „Public Viewing“ von Sportereignissen hat stark an Bedeutung gewonnen. Der Begriff „Eventisierung der Innenstadt“ zeigt aber bereits, dass die Gefahr einer Übersättigung, insbesondere durch profillose „Allerweltsveranstaltungen“ besteht. Dennoch liegt in diesem Trend ein großes Potenzial für die Mittelstädte, da er einen Zugewinn an Funktionen in der Innenstadt darstellt. Er muss jedoch durch gezielte Maßnahmen gestärkt werden, die vor allem darauf zielen sollten, die Alleinstellungsmerkmale der Events heraus zu arbeiten.

▷ *Profilierung:*

Im Zeitalter der zunehmenden Konkurrenz von Städten und Regionen müssen auch die Mittelstädte ihre Individualität und „Alleinstellung“ weiterentwickeln und vermarkten. Dabei haben es diejenigen leichter, die durch eine außergewöhnliche, landschaftliche Situation oder eine bedeutende Vergangenheit ein positives Erbe nutzen können. Jüngere Städte haben es tendenziell schwerer, es bieten sich jedoch in jeder Stadt Möglichkeiten. Auch Industriekultur, moderne Kunst oder die innerstädtischen Grünräume können für die Profilierung herangezogen werden. Dabei ist es wichtig, ein bestimmtes Profil auch konsequent umzusetzen und beispielsweise Veranstaltungen oder Gestaltungselemente daran auszurichten.

▷ *Ganzheitliches Stadtmarketing:*

Ursprünglich stellt die Steuerung der Innenstadt eine originär kommunale Aufgabe dar. Im Laufe der Jahre hat sich die dominierende Rolle der kommunalen Akteure hin zu einer Kooperation zwischen Stadtverwaltung und der organisierten privaten Wirtschaft, insbesondere des Einzelhandels und Gewerbes entwickelt. Das Stadtmarketing ist mittlerweile eine verbreitete öffentlich-private Strategie zur Qualitätssteigerung der Innenstadt. Bislang hat man sich hierbei oft auf die Abstimmung der Einzelhändler und die Förderung umsatzsteigernder Aktionen und Events konzentriert. In der Zukunft muss Stadtmarketing die planerischen, strategischen und werbenden Aspekte der Innenstadtentwicklung zu einem ganzheitlichen Ansatz verbinden. Die Ziele, Projekte und Erfolge der Innenstadtentwicklung müssen professionell beworben werden. Die kommunale Verwaltung hat hierbei in der Rolle des Stadtmanagements die entscheidende Verantwortung.

▷ *Öffentlich-Private Partnerschaften:*

Kommunale Investitionen in stadtgemeinschaftliche Projekte oder in Infrastruktur in der Innenstadt sind seit jeher eng mit Projekten privater Investoren verknüpft. Die Notwendigkeit und Bedeutung privater Projekte nimmt mit dem Rückgang öffentlicher Investitionen weiter zu. Eine kommunal gesteuerte Entwicklung der Innenstadt muss Rahmenbedingungen für private Investitionen schaffen. In dieser Situation wird der Aushandlungsprozess zwischen kommunalen und privaten Entwicklungsinteressen zunehmend eine zentrale, strategische Aufgabe für die Kommunen. Dafür bedarf es der Etablierung von Kooperationen und strategischen Allianzen zwischen den Akteuren sowie einer entsprechenden sachlichen und kommunikativen Kompetenz insbesondere auch auf Seiten der Stadtverwaltung. Einer solchen freiwilligen Zusammenarbeit der Innenstadtakteure müssen derzeit die größten Erfolgsaussichten beigemessen werden.

▷ *Dialogbereitschaft und Moderation:*

Die Vielfalt der Innenstadtakteure, neben den privaten Investoren und der Stadtverwaltung insbesondere auch die Bürgerinnen und Bürger, verlangt nach einer effektiven Gestaltung von Dialogen und Aushandlungsprozessen. Dabei müssen auch auf Seiten der Kommune Dialogqualitäten entwickelt werden, um erfolgreich zwischen verschiedenen Interessen zu vermitteln. Weiterhin sollten für schwierige Prozesse Personen außerhalb der Verwaltung mit einer ausgewiesenen Moderations- und Mediationskompetenz hinzugezogen werden. Für alle Kommunikationsprozesse ist grundsätzlich eine hohe Vertrauens- und Streitkultur sowie ein hohes Maß an Verlässlichkeit erforderlich.

## Von Akteuren und Instrumenten bei der Neugestaltung innerstädtischer Plätze

### 1. Einleitung

In den letzten Jahren hat der öffentliche Raum sowohl im raumwissenschaftlichen Diskurs in Deutschland als auch im kommunalpolitischen Alltag der Städte und Gemeinden eine wachsende Aufmerksamkeit erfahren. Vor allem in den westdeutschen Städten und Gemeinden geht es dabei auch um die konkrete (Neu-)Gestaltung von Plätzen und Fußgängerzonen im Bereich der Innenstädte und Stadtteilzentren, die bereits in den 1970er Jahren umgebaut wurden und in ihrem Erscheinungsbild inzwischen nicht mehr zeitgemäß sind. Diese baulich-physischen Veränderungen von prominenten öffentlichen Räumen sollen zu einer Steigerung der Attraktivität der Städte beitragen und damit nicht nur einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität der Bewohner leisten, sondern die Kommunen auch in einem sich verschärfenden Städtewettbewerb stärken. Gleichzeitig soll die Neugestaltung der öffentlichen Räume die Innenstädte gegenüber den neuen Einkaufszentren auf der Grünen Wiese wieder wettbewerbsfähig machen. Solche baulichen Aufwertungen sind zu meist mit dem Anspruch verbunden, eine möglichst hohe gestalterische Qualität in den Innenstädten zu erzielen. Dabei ist die Aufgabe, eine einheitliche und abgestimmte Gestaltung innerstädtischer Räume zu erzielen, eine besondere Herausforderung.

An dieser Stelle setzen wir mit unserem Beitrag an und beschäftigen uns im Folgenden mit den Strategien und Instrumenten, die den Prozessverlauf der Umgestaltung innerstädtischer Plätze als Gemeinschaftsleistung einer Vielzahl von beteiligten Akteuren kennzeichnen.

In einem Vergleich der vier deutschen Städte Bonn, Braunschweig, Köln und München möchten wir nach den Motiven und Hintergründen für den Einsatz verschiedener Instrumente und Strategien der Umgestaltung und deren Auswirkung auf das physisch-materielle Erscheinungsbild von innerstädtischen Plätzen fragen. Auf diese Weise arbeiten wir Erklärungen für unsere These heraus, dass es in deutschen Städten unterschiedliche Planungskulturen im Umgang mit der Gestaltung des öffentlichen Raums gibt, die aktuell zu einer baulich-räumlichen Differenzierung deutscher Innenstädte beitragen.

## 2. Platzgestaltung im Kontext der Diskussion über öffentliche Räume

Innerstädtische Plätze sind Teil des öffentlichen Raums, der in den vergangenen Jahren im wissenschaftlichen Diskurs ausgesprochen präsent ist.<sup>1</sup> Im Verhältnis öffentlicher und privater Räume gibt es durchaus kontroverse Auffassungen, ob der öffentliche Raum durch städtebauliche Entwicklungen wie beispielsweise den Bau von innerstädtischen Einkaufszentren an Bedeutung verloren hat oder ob – ganz im Gegenteil – jüngere gesellschaftliche Entwicklungen zu einer neuen Belebung der öffentlichen Räume geführt haben. So steht die These vom Verfall der öffentlichen Räume der These der Renaissance öffentlicher Räume gegenüber.<sup>2</sup>

Meist wird in der wissenschaftlichen Debatte eine zunehmende Polarität öffentlicher und privater Räume thematisiert, die in vier verschiedenen Dimensionen betrachtet werden kann:<sup>3</sup>

- ▷ In einer funktionalen Dimension haben sich die politischen Funktionen öffentlicher Räume durch neue Orte des Politik-Machens ebenso grundlegend gewandelt wie ihre Marktfunktionen durch die „Einhausung“ des Einkaufs in Passagen und Kaufhäuser, Shopping Malls und Urban Entertainment Center – jeweils mit Wirkungen auf die Nutzung, aber auch die bauliche Gestaltung klassischer innerstädtischer Plätze und Straßenräume.
- ▷ Zudem werden an der Schnittstelle von öffentlichen und privaten Räumen heute vielfältige neue juristische Zwischenzonen identifiziert und als so genannte hybride Räume auch im Forschungskontext thematisiert.<sup>4</sup> Veränderungen in Eigentums- bzw. Verfügungsrechten beeinflussen die Möglichkeiten der Platzgestaltung und sind deshalb auch für unsere Fragestellung von Interesse.
- ▷ In sozialer Hinsicht sind vielfältige neue Phänomene im Umgang mit öffentlichen Räumen zu beobachten. Neue Formen der Selbstdarstellung im Freizeitbereich spielen dabei ebenso eine bedeutende Rolle wie gestiegene Ansprüche an die Sicherheit. Dadurch gewinnen die Bespielbarkeit öffentlicher Räume, aber auch die zunehmende Videoüberwachung an Stellenwert bei der baulichen Ausgestaltung.
- ▷ Schließlich wird die symbolische Bedeutung öffentlicher Räume als vierte Dimension im Verhältnis öffentlicher und privater Räume genannt. Mit Hilfe von städtebaulichen und architektonischen Merkmalen werden beispielsweise Offenheit und Geschlossenheit öffentlicher Räume symbolisiert, so dass auch hier Bezüge zur baulichen Gestaltung öffentlicher Räume entstehen.

1 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Öffentlicher Raum und Stadtgestalt, Informationen zur Raumentwicklung Heft 1 / 2, 2003, S. 1-110.

2 Vgl. K. Selle, Was ist los mit den öffentlichen Räumen? Analysen, Positionen, Konzepte, Aachen 2002.

3 H. Häußermann / D. Läßle / W. Siebel, Stadtpolitik, Frankfurt 2008, S. 301 ff.

4 Vgl. U. Berding / K. Do Hyung / J. Pegels u.a., „Ist denn das hybrid?“ Einführung in STARS, Stadträume in Spannungsfeldern, Ausgabe 04, Aachen 2008.

Für die Qualität des öffentlichen Raumes der europäischen Stadt geben jedoch nicht allein diese vier Dimensionen den Ausschlag. Entscheidend für den Öffentlichkeitscharakter städtischer Räume ist die Art und Weise, wie sie mit Hilfe demokratisch legitimierter Strategien und Instrumente produziert und verwaltet werden.<sup>5</sup>

Neben der wissenschaftlichen Debatte haben öffentliche Räume auch in der aktuellen Politik Hochkonjunktur. Auf der Landesebene ist die Bedeutung der innerstädtischen Plätze für die städtebauliche Entwicklung heute vielfach präsent. Exemplarisch sei hier die nordrhein-westfälische Initiative „Stadt macht Platz – NRW macht Plätze“ erwähnt.<sup>6</sup> Es ist von einer „Stadt- und Platzkultur“ die Rede, durch die zeitgemäße Nutzungsformen beispielhaft realisiert und neue Wege der Planung erprobt werden sollen.

Auf der lokalen Ebene hat das Thema der Platzgestaltung in den letzten Jahren in einigen deutschen Städten zu neuen kommunalen Handlungskonzepten geführt. So steht beispielsweise in Hannover seit dem Jahr 1999 ein Programm zur Reaktivierung von Plätzen unter dem Motto „Hannover schafft Platz“;<sup>7</sup> so hat die Stadt Düsseldorf im Jahr 2003 die Initiative „Platz da“ geschaffen, oder so stehen die Bemühungen, in Stuttgart den öffentlichen Raum als wichtiges Element der Stadtentwicklung und als kommunalpolitische Herausforderung herauszustellen, unter dem Titel „Plätze, Parks und Panoramen“.

Im Folgenden weisen wir zunächst auf die konkreten Gestaltelemente hin, die heute bei der Neugestaltung der Plätze eine Rolle spielen, um anschließend die unterschiedlichen Verfahren ihrer Entstehung darzustellen.

### 3. Elemente der Gestaltung innerstädtischer Plätze

#### 3.1 „Entrümpelung“ als Anlass für Neugestaltungen

Die Schlagzeile „Stadt entrümpelt Fußgängerzone“ in der Süddeutschen Zeitung vom 10. Dezember 2007 weist beispielhaft darauf hin, dass die Gestalt der öffentlichen Räume in den Innenstädten vielfach überkommen ist. Die Phase der Platzgestaltung, in denen Plätze relativ stark zugebaut wurden, ist vorbei. Heute werden die Einbauten der 1970er und 1980er Jahre wieder entfernt, die die Bespielbarkeit von vielen Plätzen behindert haben. Die vielfältigen und veränderten Ansprüche an die Nutzung der öffentlichen Räume in den Innenstädten, die von den zahlreichen temporär organisierten Veranstaltungen bis hin zur sommerlichen Außengastronomie

5 H. Häußermann / D. Läßle / W. Siebel (s. A 3), S. 305.

6 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, Stadt macht Platz – NRW macht Plätze. Landeswettbewerb 2002 – eine Dokumentation, Düsseldorf 2002, S. 8 f.

7 Vgl. Landeshauptstadt Hannover, Die Stadt, der Raum, das Leben. Die Belebung von Stadtplätzen in Hannover, Hannover 2002.

reichen, passen nicht mehr zu den früheren Gestaltvorstellungen der öffentlichen Räume.

Eine Abnutzung der Bodenbeläge, veraltete Sitzmöbel, Leuchten und Möblierungselemente wie Vitrinen oder Pflanztröge im Straßenraum entsprechen zudem nicht länger der aktuellen Konzeption einer attraktiven Fußgängerzone und Innenstadt. Gegenwärtig werden deshalb vielerorts Anstrengungen unternommen, eine zeitgemäße Gestaltung der Fußgängerzonen zu erreichen.

### **3.2. Weites Spektrum an Elementen zur Neugestaltung - von Bodenbelägen bis zur Möblierung**

Unsere vier Fallbeispiele - der Bahnhofsvorplatz in Köln, der Rindermarkt in München, der Bottlerplatz in Bonn und der Kohlmarkt in Braunschweig - weisen die Gemeinsamkeit auf, dass sie als innerstädtische Plätze in den letzten Jahren neu gestaltet wurden.

Der Bahnhofsvorplatz in Köln sollte als Eingangstor zur Stadt ein neues und modernes Erscheinungsbild erhalten. Er zeichnet sich heute durch eine weitläufige Platzfläche und eine in drei Absätzen zum Dom hinaufführende Treppe mit großformatigen Granitplatten aus. Die Handläufe der Treppe sowie sieben Leuchtstelen auf dem Platz dienen der Beleuchtung, ansonsten ist der Platz weitestgehend von Möblierung freigehalten. Sitzgelegenheiten sind, bis auf die Freifläche der Treppe, nur im Außenbereich der Cafés erlaubt. Einige Fahrradständer, so genannte Fahrradnadeln, am Eingang zum Bahnhof sowie wenige Mülleimer sind weitere Möblierungselemente.

Wie der Bahnhofsvorplatz sollte auch der Rindermarkt in München ein neues Image erhalten. Dafür wurden vor allem Pflanz- und Garteneinbauten ersatzlos entfernt und als wichtigstes Gestaltelement eine große Platzfläche aus Granit-Kleinstein in Passeepflasterung neu geschaffen. Zusätzlich wurden Sitzmauern um einen bereits vorhandenen Brunnen errichtet, die zusammen mit dem Angebot im außergastronomischen Bereich eine Möglichkeit zum Aufenthalt bieten. Für die Beleuchtung wurden klare Vorgaben seitens der Stadt berücksichtigt, wo welche Leuchten zugelassen sind.

Das Ziel der Neugestaltung des Bottlerplatzes in Bonn war ebenfalls die Beseitigung einer Barrierewirkung, die durch Höhenunterschiede und Grünbeete hervorgerufen wurde und die zu einer Einschränkung in der Bespielbarkeit des Platzes führte. Die Spiel- und Aufenthaltsfunktion sollte durch Bänke und Spielgeräte unterstrichen werden, die in einem einheitlichen Edlestahl-Design aus Bänken, Baumeinfassungen, Papierkörben, Fahrradständern und Spielgeräten eingefügt wurden. Die Platzfläche ist mit Komposit-Betonsteinen gepflastert, und eine Baumreihe in der Mitte des Platzes mit einer künstlichen Wasserrinne ist ein besonderes Gestaltelement des Bottlerplatzes.

Auch der Kohlmarkt in Braunschweig sollte als zentraler Platz für Veranstaltungen wieder nutzbar gemacht werden, was in der Vergangenheit durch verschiedene Einbauten, Mastleuchten und eine unebene Platzoberfläche behindert wurde. Bruchige

Steinplatten im Randbereich des Platzes wurden durch die für Braunschweig typischen „Laufbänder“ aus Sandsteinplatten ausgetauscht. Einige Bodenstrahler und besondere Leuchtkörper an den Gesimsen der angrenzenden Bauten wurden installiert, die die Fassaden mit einem besonderen Farblicht ausleuchten. Außerdem wurde ein moderner Kiosk mit einer integrierten Toilettenanlage gebaut. Die Licht-Klanginszenierung bildet ein wöchentlich stattfindendes Event ab, durch das Aufmerksamkeit auf die Braunschweiger Innenstadt gelenkt werden soll.

#### 4. Aushandlungsprozesse zur Neugestaltung innerstädtischer Plätze

Bei der Auswahl und Festlegung all dieser Gestaltelemente im öffentlichen Raum sind öffentliche und auch private Akteure involviert, die sich über die Neugestaltung verständigen. Uns interessieren zum einen die unterschiedlichen Meinungen und Interessen, die im Laufe der Umgestaltung mit Hilfe von Strategien und Instrumenten verhandelt werden, und zum anderen über den Einzelfall hinausgehend die Frage, ob und wie in den vier betrachteten Fallstudienstädten einzelne Platzgestaltungen in eine übergreifende gesamtstädtische Gestaltungslinie eingebunden werden. Dabei handelt es sich um ein übergreifendes stadtpolitisches Thema, das durch seine Vielschichtigkeit ein Spektrum an Interessen der beteiligten und betroffenen Stadtgesellschaft berührt und somit immer Gegenstand einer Aushandlung mit dem Ziel des Interessenausgleiches ist.

##### 4.1 Die Stadt als alleiniger Gestalter

Der kommunalen Steuerungsmöglichkeit von Neugestaltungsprojekten des öffentlichen Raumes kommt eine zentrale Rolle für die gesamtstädtische Entwicklung zu. Die Verfügungsgewalt der Kommune über den öffentlichen Raum gibt ihr – im Gegensatz zum Bereich des privaten Hochbaus – noch deutliche Gestaltungsspielräume. Als „Herrin des Verfahrens“ hat die Kommune die Möglichkeit, die Initiative für bauliche Veränderungen zu ergreifen. Besteht ein solcher Bedarf, muss sie zunächst die Finanzierung regeln und das Modell der Entscheidungsfindung festlegen. Liegt der gestaltungsbedürftige Platz in städtischem Eigentum und sind ausreichend finanzielle Mittel zur Durchführung der Maßnahmen vorhanden, kann die Kommune verwaltungsintern einen städtebaulichen Entwurf erarbeiten und umsetzen, ist also „Plangeber“ und investiver „Planadressat“ in einem Organ.<sup>8</sup>

Die Umgestaltung des Rindermarktes in München kann als Beispiel für einen solchen Planungsablauf dienen. Die Initiative kam aus der städtischen Verwaltung, in der die Zuständigkeit für den öffentlichen Raum klar geregelt ist und im Baureferat liegt.

8 S. Reiß-Schmidt, Stadtentwicklungsmanagement als Qualitätssicherung, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Jg. 45, H. 1/2006, S. 81.

Die Wirtschaftskraft der Stadt erlaubte es, die Umgestaltung des Rindermarktes vollständig aus eigenen Haushaltsmitteln zu finanzieren. Der Stadtrat beschloss den Einsatz der dafür benötigten finanziellen Mittel als Teil eines umfassenderen Maßnahmenkonzepts zur Aufwertung der Münchner Innenstadt. Für die Neugestaltung des Rindermarktes wurde ein externer Architekt hinzugezogen. Sein Gestaltungsentwurf erfolgte in enger Abstimmung mit dem Baureferat und wurde im Bezirksausschuss ohne Änderungswünsche genehmigt. Kompromisse wurden auf der Arbeitsebene zwischen den städtischen Mitarbeitern im Tiefbau und Gartenbau sowie dem Architekten geschlossen. Obwohl der Platz in denkmalwerter Umgebung der Münchner Innenstadt an exponierter Stelle liegt, gab es keine Widerstände gegen die Elemente der Neugestaltung. Als Einzelprojekt wurde die Neugestaltung des Rindermarktes in eine längerfristige Strategie eingebunden. Neben einer umfangreichen Studie zum Zustand der öffentlichen Räume mit der Ableitung von Handlungsprioritäten für die Neugestaltung einzelner Plätze sowie einer Dokumentation über bereits umgestaltete Plätze<sup>9</sup> existiert in München ein Gestaltungshandbuch für Möblierungselemente im öffentlichen Raum mit dem Ziel, ein Spektrum von Elementen festzulegen, aus dem projektbezogen für den jeweiligen Stadtraum ausgewählt werden kann. Dabei soll die Einzigartigkeit eines jeden Platzes in seinem städtischen Kontext respektiert, gleichzeitig aber der Eindruck einer zusammenhängenden Struktur entstehen.

#### 4.2 Die Stadt in Kooperation mit öffentlichen Finanzgebern

Bei zahlreichen Umgestaltungen von innerstädtischen Plätzen kommen häufig weitere, außerkommunale Akteure ins Spiel. Seit der Fußgängerzongestaltung in den 1970er und 1980er Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für kommunales Handeln verändert. Insbesondere die Finanzknappheit der Kommunen schränkt ihre Steuerungsmöglichkeiten ein. Hier eröffnet die Städtebauförderung ein zentrales Finanzierungsinstrument für die Durchführung von Maßnahmen im öffentlichen Raum. Als Mischfinanzierung aus kommunalen, Landes- und Bundesmitteln werden in dieser Kooperation eine Reihe von Platzgestaltungen durchgeführt.

Der Bottlerplatz in Bonn kann als Beispiel für diese Art der öffentlich-öffentlichen Kooperation gelten. Die Kommune entwickelte auf Vorgabe des Landes Nordrhein-Westfalen ein „Integriertes Handlungskonzept Innenstadt“,<sup>10</sup> in das unterschiedliche städtebauliche und soziale Maßnahmen unter Beteiligung der Öffentlichkeit eingebracht wurden. Mit der konkreten Platzgestaltung wurde ein externes Büro beauftragt, das vier verschiedene Entwurfsvarianten vorlegte, die in einer Bürgerversammlung diskutiert wurden. Die Präferenz der Bürger für eine der Varianten wurde aber aus Kostengründen nicht vollständig realisiert. Es wurde vielmehr eine weiterentwickelte Variante

9 Vgl. H. Haffner, *Orte, Plätze, Räume. Vom Umgang mit der Stadt*, München 2005.

10 Vgl. *Stadt Bonn*, Integriertes Handlungskonzept, Beschlussvorlage 0111778, 2001.



Abb. 1: Bonn - Neugestaltung des Bottlerplatzes.

umgesetzt, die sich stärker an bereits durchgeführten Neugestaltungen in anderen Bereichen der Innenstadt anlehnt. Die Bonner Planungsverwaltung verfolgt damit das langfristige Ziel eines einheitlichen Gestaltungskanons in der Bonner Innenstadt, wobei dieses Ziel jedoch nicht schriftlich dokumentiert ist, sondern einen eher informellen Charakter hat, der verwaltungsintern Beachtung findet. Eine Werbe- und Gestaltungsatzung wurde nur für zwei Straßen erlassen, ein Mitte der 1990er Jahre entwickeltes Konzept für die gesamte Innenstadt wurde nicht beschlossen. Aktuell werden Gestaltungslinien für die Innenstadt in Form einer „Gestaltungsoffensive Innenstadt“ entworfen, die aber nicht in Form einer Satzung das Erscheinungsbild regulieren, sondern vielmehr als Handbuch eine Orientierung für Vorhaben der Umgestaltung geben soll.

#### 4.3 Die Stadt in Zusammenarbeit mit privaten Grundstückseigentümern

Neben dieser Form der öffentlich-öffentlichen Interessenaushandlung werden weitere Akteurkonstellationen gesucht und gebildet. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Neugestaltung des Kölner Bahnhofsvorplatzes. Im Vorfeld des Weltjugendtages wollte die Stadt Köln dieses „Eingangstor“ zur Innenstadt erneuern. Zwei Aspekte lagen dabei aber außerhalb ihrer kommunalen Verfügungsgewalt.

Zum einen war der Platz im Eigentum der Deutschen Bahn AG, die sich jedoch nicht an der Umgestaltung beteiligen wollte. Die Lösung war ein Umwidmungsvertrag zwischen der Stadt und der DB AG, so dass der Platz heute in städtischem Besitz liegt und damit die Anforderungen an eine Finanzierung durch die Städtebauförderung erfüllt.

Zum anderen musste der Architekt der ursprünglichen Platz- und Treppenanlage, Fritz Schaller, zunächst sein Urheberrecht abtreten, damit eine Neugestaltung erfolgen konnte. Erst danach wurde ein offenes Gutachterverfahren durchgeführt, aus dem der Entwurf von Schaller/Theodor Architekten als Sieger hervorging.<sup>11</sup>

11 Vgl. *Stadt Köln*, Neubau der Domtreppe und Umgestaltung des Domvorplatzes, Dokumentation 2006.



**Abb. 2:** Köln - Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes.

Dieses Beispiel für einen exponierten Platz mit großer Aufmerksamkeit und Engagement zur Neugestaltung seitens der Stadtpolitik weist eine Reihe von kooperativen Verhandlungen und die Verbindung verschiedener Instrumente und Strategien zwischen öffentlichen und privaten Akteuren auf. Der Planungs- und Realisierungsprozess fand im Rahmen des „Integrierten Handlungskonzeptes“ für das Bahnhofsumfeld statt. Er wurde, wie auch der Bottlerplatz in Bonn, mit Hilfe von Landesmitteln finanziert. Gleichzeitig wurde er von der Medienberichterstattung und den Kölner Architekturforen kritisch begleitet und beeinflusst.

Hinsichtlich der Gestaltung gibt es in Köln kein übergeordnetes Konzept bzw. keine gestalterische Leitlinie, an die sich der Umbau des Bahnhofsvorplatzes anlehnt. Vielmehr wurden Oberflächenmaterial, Möblierungselemente und Beleuchtungskonzept aus dem Entwurf des Wettbewerbs heraus entwickelt und nach Kostengesichtspunkten abgestimmt. Aktuell ist allerdings ein Planerhandbuch für Gestaltungsstandards in der Stadt Köln in Arbeit, für das im Vorfeld eine Hierarchisierung der öffentlichen Räume vorgenommen wird. Beide Projekte werden von einer beim Baudezernenten angesiedelten Stadtraummanagerin vorangetrieben, für die eigens eine Personalstelle eingerichtet wurde. Dabei werden Handlungsprioritäten zunächst für die Kölner Innenstadt gesehen.

#### 4.4. Die Stadt und private Investoren

Einen anderen Verlauf öffentlich-privater Aushandlungen nahm die Neugestaltung des Kohlmarktes in Braunschweig, der schon Ende der 1990er Jahre im Rahmen des Sanierungsgebiets Innenstadt zunächst mit Städtebauförderungsmitteln neu gestaltet werden sollte. Nach Auslauf dieses Förderprogramms war der Platz jedoch noch nicht vollständig umgestaltet. Aufgrund der knappen Haushaltslage wurden die noch ausstehenden Baumaßnahmen zeitlich hinausgezögert. Mit Beginn der Verhandlungen für den Bau des Shopping-Centers Schloss-Arkaden durch den Projektentwickler ECE



Abb. 3: Braunschweig - Neugestaltung des Kohlmarktes (Foto: Stadt Braunschweig).

kam eine kontroverse stadtpolitische Diskussion über die Stadtgestalt und Funktionalität der Innenstadt in Gang. Sie führte dazu, dass ein Leitbild für Braunschweig formuliert wurde.<sup>12</sup> Auf dieses Leitbild wurde nicht nur für die Gestaltung der Schloss-Arkaden zurückgegriffen, sondern es wurden darin auch Integrationsmaßnahmen für die Aufwertung und Anbindung der Innenstadt an das Shopping-Center formuliert. In einem städtebaulichen Vertrag sicherte ECE einen zusätzlichen finanziellen Betrag für die Aufwertung des öffentlichen Raumes in der Innenstadt zu, durch den der Kohlmarkt in einem Zug umgebaut werden konnte.

Ziel der Stadt Braunschweig war es, als Reaktion auf das am Rande der Innenstadt gelegene neue Shopping-Center ein qualitatives Gegengewicht in Form der Aufwertung der bestehenden Innenstadt zu schaffen. Dazu wurde der Kohlmarkt als zentraler Kulturplatz umgestaltet sowie weitere Aufwertungsmaßnahmen durchgeführt. Vor allem der Rückbau des ehemals mehrspurigen und trennenden Bohlweges gehört zu diesen Maßnahmen.

Die weiträumige und einem einheitlichen Konzept folgende Umgestaltung der öffentlichen Räume zeigt, dass der Projektentwickler ECE in die Pflicht genommen wurde, sich auch über sein eigenes Projekt hinaus an der Aufwertung der Braunschweiger Innenstadt zu beteiligen. Erst mit diesen privaten Mitteln konnten einige Projekte angestoßen werden, durch die auch die Bürgerinnen und Bürger auf Fragen der Gestaltung aufmerksam gemacht wurden. Eine stadtpolitische Diskussion wurde in Gang gebracht, an deren Ende heute zumindest in den Augen vieler Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger eine attraktivere Innenstadt steht.<sup>13</sup>

12 Vgl. W. Ackers, Das gebaute Braunschweig. Fünf Städte – eine Stadt. Städtebauliches Leitbild Innenstadt, 2004.

13 Vgl. Braunschweiger Zeitung 06.11.2007: „Braunschweig hat das Image einer grauen Maus abgelegt“.

## 5. Konfliktfelder und Konsensfindung bei der Neugestaltung innerstädtischer Plätze

Unsere vier Beispiele aus Köln und München sowie Braunschweig und Bonn zeigen, dass jeweils unterschiedliche Akteurskonstellationen die konkrete Neugestaltung der innerstädtischen Plätze beeinflusst haben. In den Innenstädten fehlt im Gegensatz zu den neuen Einkaufszentren „ein allmächtiges Subjekt“,<sup>14</sup> das Produktion und Verwaltung zu verantworten hätte. Darüber hinaus ist die konkrete Gestaltung innerstädtischer Plätze das Ergebnis einiger Spannungsfelder unterschiedlicher Intensität, die wir ebenfalls bei den vier untersuchten Plätzen mit ihren jeweiligen Entstehungsgeschichten beobachten konnten.

### 5.1. Konflikte bei einzelnen Gestaltelementen

Nutzungskonflikte ergeben sich bei der Neugestaltung der vier Plätze sowohl bei der Art und Weise der Oberflächengestaltung als auch der Möblierung. Beim Braunschweiger Kohlmarkt war im Gespräch, den gesamten Bodenbelag einschließlich der kleinteiligen Pflasterung im zentralen Bereich des Platzes zu verändern. Hier gab es Forderungen der Behinderten- und Seniorenverbände zur Barrierefreiheit, die aber aus Kostengründen nur im Randbereich des Platzes berücksichtigt wurden.

Ein weiterer Nutzungskonflikt, der häufig am Rande und eher subtil im Prozess über die konkrete Ausgestaltung verhandelt wird, ist die Auswahl der Sitzmöbel im öffentlichen Raum. Einerseits gilt es als eine Grundfunktion des öffentlichen Raumes, eine Aufenthaltsqualität für die Bürger anzubieten. Andererseits wird dies besonders in den Innenstädten häufig von Menschen genutzt, die in der Öffentlichkeit Alkohol trinken und somit das vermeintlich saubere Stadtbild beeinträchtigen. Offen gestaltete Plätze mit guten Einsichtsmöglichkeiten und Sitzmöbeln ohne Rückenlehnen werden als Gegenstrategien genannt, die zwar Aufenthaltsmöglichkeiten bieten, aber ein längeres Verweilen insbesondere für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen, die oft über ein größeres freies Zeitbudget verfügen, unattraktiv erscheinen lassen.

### 5.2. Konflikte innerhalb der Verwaltung

Weitere Konflikte entstehen bei der Verständigung zwischen Fachleuten innerhalb der städtischen Verwaltung. Teilweise sind auch externe Gutachter oder Architekten, die für die Planung oder Umsetzung der jeweiligen Maßnahme beauftragt sind, an diesen Verständigungsprozessen beteiligt. Vor allem zwischen den beiden Fachabteilungen, die für die konzeptionelle Entwicklung bzw. die technische Umsetzung der Gestaltung innerstädtischer Plätze verantwortlich sind, werden in der konkreten Realisierung häufig Konflikte um Gestaltelemente wie Materialien und Muster der Ober-

14 H. Häußermann / D. Läßle / W. Siebel (s. A 3), S. 307.



Abb. 4: München - Neugestaltung des Rindermarktes.

flächen oder technische Einbauten für Lichtkonzeptionen ausgetragen. Belastungen des Lieferverkehrs in der Innenstadt, Anforderungen der technischen Infrastruktur im Kanalbereich sowie das Wurzelwerk der Begrünung sind eher technische Aspekte, die einer hochwertigen Gestaltung der Plätze entgegenstehen können, aber beachtet werden müssen, um die Funktionsfähigkeit der Plätze langfristig und umfassend zu gewährleisten.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, solche verwaltungsinternen Konflikte zu lösen. Dabei können zum einen persönliche Netzwerke zwischen einzelnen Verwaltungsmitarbeitern dazu beitragen, jenseits der klassischen Verwaltungsabläufe Konflikte direkt auszutragen. Die Einrichtung spezieller Arbeitsgruppen zur Gestaltung innerstädtischer Räume kann zudem dem besseren gegenseitigen Verständnis der beteiligten Akteure dienen. Zum anderen kann es für die planende Verwaltung hilfreich sein, sich in ausgewählten Projekten eine externe Unterstützung einzukaufen. Dies kann der Qualifizierung des Vorhabens dienen wie beispielsweise die Einbindung eines Lichtplaners bei der Einrichtung der besonderen Beleuchtung am Braunschweiger Kohlmarkt.

### 5.3. Konflikte im Zusammenhang übergeordneter Leitlinien

Verschiedene Nutzungsansprüche gegenüber innerstädtischen Plätzen verändern mit den dazu gehörigen Elementen der Möblierung das Erscheinungsbild des Platzes, das in sich und mit dem Rest der Innenstadt möglichst abgestimmt werden soll. Das betrifft sowohl jeden einzelnen Platz in seinem städtebaulichen Kontext und seiner Funktion im Stadtgefüge als auch die gesamte Innenstadt als Identifikations- und Erlebnisraum. Unterschiedliche Anforderungen entstehen aus Sicht der Einzelhändler, die ihre Waren vor ihren Geschäften zur Schau stellen wollen, aus Sicht der Gastronomen, die auf Freischankflächen eine Möglichkeit zum Aufenthalt im öffentlichen Raum geben wollen, und aus Sicht der Passanten, die den Platz beispielsweise zum Aus-

ruhen nutzen wollen. Hier gibt es unterschiedliche Rahmen setzende Instrumente für unsere vier Beispiele. In Braunschweig und in Bonn ist die Umgestaltung der beiden Plätze eingebunden in die Erneuerung der gesamten innerstädtischen Fußgängerzone. In Köln fehlt es bisher an solchen Konzepten. Sind für die Umgestaltungsmaßnahmen, wie in München, bereits Handbücher oder Leitlinien vorhanden oder, wie in Bonn, Gestaltungssatzungen beschlossen, fällt der Interessenausgleich zwischen den beteiligten Akteuren hinsichtlich der Gestaltfragen leichter, da eine Verhandlungsgrundlage vorhanden ist. Fehlen solche übergeordneten Konzepte, wie das Beispiel des Bahnhofsvorplatzes in Köln zeigt, muss von Gestaltelement zu Gestaltelement neu verhandelt werden.

## 6. Einige Schlussfolgerungen

Die vier Beispiele zur Neugestaltung von innerstädtischen Plätzen in Köln und München sowie Bonn und Braunschweig zeigen, dass es in der Stadtpolitik verschiedene Wege und Möglichkeiten zur Qualifizierung der einzelnen Projekte gibt. Die Akteurskonstellation wird vor allem durch den Anlass der Neugestaltung, die städtebauliche Lage und den städtebaulichen Kontext, die Funktion und die Eigentumsituation des Platzes sowie die Finanzierungsmodalitäten gebildet. In direkter Wechselwirkung damit steht die strategische Wahl der Instrumente zur Durchführung der Maßnahme und Realisierung der jeweils eingebrachten Interessen. Es ist ein „Management von Interdependenzen“, in dem die unterschiedlichen Strategieansätze und Interessen der Akteure zusammengeführt und Synergien und Kompromisse geschaffen werden.<sup>15</sup>

Es werden verschiedene Entscheidungswege für den Verlauf der Aushandlung eingeschlagen. Eine erste Möglichkeit eröffnet sich durch einen eigenen „Kümmerer“ für den öffentlichen Raum in der städtischen Verwaltung, der bei anderen städtischen Mitarbeitern, aber auch in der kommunalen Politik bzw. einer Fachöffentlichkeit Anerkennung und Zustimmung findet. Solche Personen gibt es in unseren Beispielstädten in unterschiedlichen Organisationsformen. So können dies ein eigener „Stadtarchitekt“ oder eine „Stadtraummanagerin“ sein, die sich quer zu den einzelnen Ämtern der städtischen Verwaltung um eine abgestimmte Gestaltung bemühen. Dies können aber auch Persönlichkeiten in einem Baudezernat sein, die mit Überzeugung Gestaltungsfragen vertreten und auch außerhalb der eigenen Organisationseinheiten akzeptiert sind. Von Vorteil ist weiterhin, wenn die Gestaltung zur „Chefsache“ des Baudezernenten wird. Allerdings entsteht dadurch die Gefahr, dass so „Kräfte“ in der Stadt gebündelt und entsprechende Aktivitäten zur Gestaltung öffentlicher Räume außerhalb der zentralen Innenstadt vernachlässigt bzw. in anderen Zuständigkeiten - politisch bei städtischen

15 R. Sander, Stadtentwicklung und Städtebau im Bestand: Städte unter Veränderungsdruck – eine Einführung, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Jg. 45, H 1/2006, S. 19.

Bezirksräten und verwaltungsmäßig beim Fachbereich Stadtgrün - angesiedelt werden. Damit entsteht eine „Hierarchisierung“ der öffentlichen Räume hinsichtlich ihrer gestalterischen Aufwendungen, die sich durchaus in der Qualität der baulichen Gestaltung bemerkbar macht.

Einen zweiten Weg der Qualifizierung von Gestaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum bieten eigene Pläne und Programme. Ziele der Gestaltung können als Leitbilder eher allgemein und programmatisch formuliert oder als Spektrum von anschaulichen Gestaltelementen in Handbüchern, Fibeln und Satzungen ausdrücklich angeboten und vorgeschrieben werden. Mit dieser kodifizierten und verbindlichen Form der Gestaltregulierung wird seitens der öffentlichen Hand nicht das Ziel einer uniformen Innenstadt verfolgt, sondern es soll eine Vielfalt mit Struktur geschaffen werden, die für die Bürgerinnen und Bürger sowie Besucher der Stadt ein unverwechselbares Profil mit sich wiederholenden Elementen der Stadtmöblierung oder Oberflächengestaltung bietet. Durch die Anreizmittel der Städtebauförderung und die damit verbundene verbindliche Formulierung integrierter Konzepte als Voraussetzung der Mittelvergabe werden eine besondere Sensibilität und eine Diskussionsgrundlage für diese Fragen der stadträumlichen Qualität erzeugt. Die betroffenen Akteure müssen sich dazu in einem oft kontroversen, aber konsensorientierten Dialog über ihre jeweiligen Ziele in der Innenstadt auseinandersetzen.

Kommunale Akteure müssen heute zur Umsetzung ihrer Ziele häufig öffentlich-öffentliche und öffentlich-private Partnerschaften eingehen, da sie aus eigenen finanziellen Mitteln ihre Gestaltungsvorstellungen zum öffentlichen Raum nicht mehr umsetzen können. Unsere Beispiele haben gezeigt, dass es dazu in den Städten und Gemeinden vielfältige Wege gibt, ein jeweils einheitliches Erscheinungsbild der innerstädtischen Plätze zu erreichen.

## Autoren

**HANNES BARK**, Dipl.-Ing., Architekt und Stadtplaner, Regierungsbaumeister, Baudirektor a.D.; Studium 1965-1971 in Hannover und Stuttgart; 1979-2006 Sachgebietsleiter Bauleitplanung und Raumordnung beim Regierungspräsidium Freiburg; Abordnung als Referatsleiter Baurecht zum Innenministerium Sachsen 1995-1996.

**KATHARINA BRZENCZEK**, Dipl.-Geogr.; Studium der Geographie in Bochum und Bonn und Redaktionsassistentin bei fairkehr GmbH; danach wiss. Mitarbeiterin beim ILS NRW, Dortmund; seit Mai 2006 wiss. Mitarbeiterin am Geographischen Institut der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

**STEFANIE BURG**, Dipl.-Ing., Stadtplanerin SRL; 1993-2000 Studium der Raum- und Umweltplanung in Kaiserslautern; 2000-2004 Büro Körber Barton Fahle; ab 2005 Büro Fahle Stadtplaner, Freiburg. Tätigkeitsschwerpunkte: Bauleitplanung und Planungsrecht, Entwicklungsplanung mit Moderation, Forschungsvorhaben.

**MARTA DOEHLER-BEHZADI**, Dr.-Ing.; 1975-1980 Stadtplanungsstudium an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, 1986 Promotion; 1984-1990 Tätigkeit im Büro des Chefarchitekten der Stadt Leipzig; 1992-2007 mit Iris Reuther Büro für urbane Projekte Leipzig; seit 2007 Leiterin des Referats Baukultur und Städtebaulicher Denkmalschutz im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

**BERND FAHLE**, Dr.-Ing.; studierte Architektur, Stadtplanung und Umweltpsychologie in Darmstadt und Stuttgart sowie der City University of New York, danach wiss. Assistent am Städtebaulichen Institut der Univ. Stuttgart und Promotion; seit 1989 Freier Stadtplaner in Freiburg i.Br.

**DETLEF KURTH**, Prof. Dr.-Ing., Stadtplaner SRL, DASL; Studium der Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin, 1992-1997 Mitarbeiter bei der Planergemeinschaft Kohlrenner; 1997-2003

wiss. Mitarbeiter an der Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund, seit 2003 Professor an der Hochschule für Technik Stuttgart; Studiendekan für den Masterstudiengang Stadtplanung.

**KARIN SANDECK**, Dipl.-Ing. Architektin; 1977-1982 Studium an der TU München; unterschiedliche Tätigkeiten in der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern; 2002-2006 Leiterin des Referats „Städtebauförderung“; seit Dezember 2006 Leiterin des Referats „Technische Angelegenheiten des Wohnungsbaus, Experimenteller Wohnungsbau“.

**CHRISTINA SIMON-PHILIPP**, Prof. Dr.-Ing., Architektin und Stadtplanerin SRL DASL; 1986-1992 Studium der Architektur und Stadtplanung an der Universität Stuttgart und der ETH-Zürich; 1993-1997 als Architektin und Stadtplanerin tätig; 1996-2004 wiss. Assistentin am Städtebau Institut der Universität Stuttgart; 2001 Promotion; 2004-2007 Referentin im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Bereich Städtebauförderung und Stadterneuerung; seit 2007 Professorin an der Hochschule für Technik, Stuttgart.

**CLAUS-C. WIEGANDT**, Prof. Dr.; Geographie-, Volkswirtschaftslehre- und Verwaltungsrechtsstudium in Münster; wiss. Mitarbeiter am Institut für Geographie in Münster und 1990-2001 im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung; 2002-2004 Professor für Angewandte Geographie in München; seit 2004 Leiter des Arbeitsbereichs Stadt- und Regionalforschung am Geographischen Institut der Universität Bonn.

**CLEMENS ZIMMERMANN**, Prof. Dr.-phil.; Studium der Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaft in Tübingen, Freiburg und Heidelberg, 1981 Promotion, 1980-2000 wiss. Angestellter, Hochschulassistent und Hochschuldozent an der Universität Heidelberg, 1990 Habilitation, seit 2000 Professor an der Universität des Saarlandes für Kultur- und Mediengeschichte.

# Forum

Tagungsbericht

## Stadtmarketing und Tourismus - neue Herausforderungen für die alte Stadt

*Internationale Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt  
29. Mai – 1. Juni 2008 in Klausen/Südtirol*

Die Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. hat sich auf ihrer Internationalen Städtetagung 2008 in Klausen/Südtirol im Beisein von über 100 Stadt- und Tourismusverantwortlichen mit dem Thema „Stadtmarketing und Tourismus“ befasst. Maßgebend für die Wahl des Themas war die aktuell rasante Entwicklung des Städtetourismus selbst in vielen Klein- und Mittelstädten.

### 1. Historische Perspektive

Die einleitenden historisch orientierten Referate zeigten, dass Stadt- und Tourismusmarketing keine Erfindungen des 21. Jahrhunderts sind. Mit zunehmender individueller Mobilisierung und wachsender Freizeit des im 19. Jahrhundert erstarkten Bürgertums entstand der Wunsch nach Teilhabe an Kultur und Erholung. Dies führte dazu, dass Städte und Landschaften durch so genannte „Verschönerungsvereine“, den Vorläufern der Tourismusvereine, neu erlebbar gemacht wurden. Überraschend an den historischen Beispielen war die Erkenntnis, dass etliche Strategien und Grundsatzprobleme sich bis heute fortsetzen: Wenn der Tourismus den Einwohnern nicht mehr als „Zubrot“ diente, sondern als „Zugpferd“ eingesetzt wurde, empfand eine Mehrheit der Bürger die damit einsetzenden Entwicklungen in nicht wenigen Fällen auch als nachteilig. Persönlichkeiten aus Kunst und Kultur wurden bereits im 19. Jahrhundert für eine bessere Vermarktung gesucht und eingesetzt.



Städte als gewachsene Erlebniswelten: Prof. Dr. Hansruedi Müller, Leiter des Forschungsinstituts für Freizeit und Tourismus (FIT) an der Universität Bern bei seinem Vortrag in Klausen/Südtirol.

Städte und einzelne Denkmäler erhielten werbe-trächtige Beinamen. Klausen zum Beispiel wurde zur „Waltherstadt“, später zur „Dürerstadt“. Nicht unerwähnt blieb, dass es dabei auch zu Namensgebungen kam, mit denen die Bürger sich nicht identifizieren wollten.

Aus historischer Sicht konnte für heutige Vorhaben bilanziert werden: Man kann zwar von kurzfristigen Erfolgen ausgehen, wenn Attribute künstlich erzeugt werden, um Städte, Regionen oder Denkmale kulturell und touristisch attraktiver erscheinen zu lassen. Doch müssen diese „inszenierten“ Erfolge sehr gut bedacht sein, um nicht von eventuellen Spätfolgen überdeckt zu werden. Erliegt man gar der Versuchung, die

Attraktivität einer Stadt hauptsächlich durch künstliche Erlebniswelten steigern zu wollen, sind die Grenzen eines nachhaltigen Stadtmarketings schnell erreicht. Ausgangspunkt für Tourismus und das damit verbundene Marketing sollte daher die historische, kulturelle oder landschaftliche Substanz jeder einzelnen Stadt selbst sein.

## 2. Aktuelle Leitbilder

Untersuchungen, die sich mit den Erwartungen heutiger Stadttouristen befassen, führen zu drei maßgeblichen Motiven: Die Besucher suchen Erlebnisse, Hintergründe, vor allem aber Regionalität und Authentizität. Stadtbilder erzählen Geschichte, und jeder dritte Gast besucht Museen und Ausstellungen. Kulturerlebnisse rangieren vor Einkaufserlebnissen.

Die Referate, die sich den aktuellen Entwicklungen im Stadt- und Tourismusmarketing – zu meist in kleineren und mittleren Städten – widmeten, lassen grundsätzliche Rückschlüsse zu, die es verdienen, in Form von Empfehlungen ausgesprochen zu werden:

- > Zukunftsweisendes Stadtmarketing orientiert sich in erster Linie an der jeweiligen Stadtpersönlichkeit, um die Authentizität einer Stadt zu erhalten und zu vermitteln.
- > Auch im Nahbereich großer und aus touristischer Sicht erfolgreicher Metropolen können sich kleinere Städte durch umsichtige Marketingkonzepte behaupten.
- > Erfolgreichem Stadtmarketing geht eine vielschichtige Analyse voraus, die der Stadtgeschichte, dem städtebaulichen und objektbezogenen Denkmalschutz sowie dem Bürgerwollen einen ähnlich gewichteten und hohen Stellenwert einräumt.
- > Die touristische Attraktivität einer Stadt wird weniger durch die Schaffung kurzfristiger künstlicher Erlebniswelten oder Shows gesteigert, sondern es muss vielmehr darum gehen, emotional ansprechende Erlebnisse zu erzeugen, die den Erkenntnis- und Erfahrungshorizont der Besucher anreichern.

Wie preisgekrönte Beispiele aus Lienz, Memmingen und Überlingen zeigten, liegt maßgeschneiderten Stadtmarketingkonzepten immer auch Bürgerwollen zugrunde. Dies ist zwar in der Planung mit hohem Aufwand verbunden, zeigt jedoch nachhaltigste Erfolgsaussichten. Zur Verbesserung der Stadtbildqualität können Bürger beispielsweise einbezogen werden durch finanzielle Anreize wie Beteiligungen in Form von Bürgerfonds-Modellen oder Erbbaurecht sowie durch bürgerschaftliche Nutzungskonzepte bei der Neu- oder Umgestaltung von Gebäuden. Der Verbesserung der Aufenthaltsqualität in den Innenstädten dienen vorausgehende neutrale Befragungen und Formen des planerischen Einbezugs bei Themen wie Geschäftsöffnungszeiten, Verkehr, Parkplatzangeboten sowie der Gestaltung der öffentlichen Räume.

Die vorgestellten Marketingkonzepte jüngsten Datums provozierten aber auch die Befürchtung, ob ein mittels bürgerschaftlichen Engagements verändertes Stadtbild auch zukünftig identitätsstiftend zu sein vermag, wenn sich Publikum und Zeitgeist geändert haben. Kontrovers diskutiert wurde auch, ob eine politische Unterstützung von Städte- und Tourismusmarketing – in welcher institutionalisierter Form auch immer – hilfreich und ob eine Verankerung in der städtischen Verwaltung wie beim Denkmalschutz vorteilhaft und angebracht seien. Darüber hinaus haben Stadt- und Tourismusmarketing auch unterschiedlich zu gewichtende Ziele. Stadtmarketing sollte zuerst die Absicht verfolgen, die Bürger der Stadt zu erreichen. Die touristische Attraktivität der Region zu erhöhen ist nachrangig, denn das Primat haben nicht die Gäste, sondern die Einwohner.

Auch wurde dafür plädiert, Quartiere des 20. Jahrhunderts verstärkt in das Blickfeld gemeinsamer denkmalpflegerischer und touristischer Bestrebungen zu rücken. Denn auch diese Phasen der Baukultur sind erhaltenswert. Um sie nicht zu verlieren, sollten auch diese zugänglich und erlebbar gemacht werden.

*Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt, Esslingen*

Tagungsbericht / Tagungresolution

## Baudenkmal und zeitgenössische Architektur in der historischen Stadt *Alte Fragen – neue Antworten?*

*Herbsttagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt  
18. – 19. September in Esslingen am Neckar*

Mit dem „Neuen Bauen in alten Städten“ befasste sich die Herbsttagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V., die in diesem Jahr im Rahmen der „Esslinger Denkmalwochen 2008“ anlässlich der Eröffnung des „Tags des offenen Denkmals in Esslingen am Neckar“ stattfand.

Das Thema hat eine lange Tradition und nach wie vor eine hohe Aktualität und Brisanz: Öffentliche Kontroversen zwischen Architekten und Denkmalschützern, Kommunalpolitikern und engagierten Bürgern über Neues Bauen im historischen Kontext haben ebenso wie Umbau und Umnutzung denkmalgeschützter Bauten die Kommunalpolitik seit den Anfängen der Altstadtanierung begleitet. Heute gibt es neue Anforderungen, die die Arbeitsgemeinschaft veranlasst haben, dieses Themenfeld wieder aufzugreifen. Dabei geht es nicht nur um spektakuläre Projekte wie das Kolumba, das Diözesan-Museum in Köln, oder das kürzlich eröffnete meereskundliche Museum Ozeanum in der Stralsunder Altstadt.

Die architektonischen Konzepte für Neues Bauen im historischen Kontext pendeln zwischen Anpassung und Kontrast, zwischen Überformung und Distanz. Rückblickend entpuppen sich neue Ansätze oft als Wiederaufnahme bereits früherer Reaktionen auf den Bestand. Es gibt keinen Königsweg für qualitätvolle Lösungen. Notwendig ist aber immer eine intensive und kenntnisreiche Auseinandersetzung mit der Geschichte des Orts und des Objekts.

In den Altstädten der schrumpfenden Gemeinden, vor allem in den ostdeutschen Bundesländern, stehen Baudenkmäler in großer

Zahl leer. Ohne Nutzung sind sie höchst gefährdet, dem Abbruch geweiht. Stadtplanung und Denkmalpflege müssen hier andere Wege gehen, neue Prioritäten setzen. Zum Teil sind sie mit schmerzhaften Kompromissen verbunden, gleichzeitig bietet aber gerade die schwache und krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung unerwartete Chancen für den Erhalt und die unkonventionelle Wiederbelebung alter Quartiere.

Der Architekturbestand der Nachkriegsmoderne ist inzwischen in hohem Maße erneuerungsbedürftig, manches davon denkmalgeschützwürdig. Denkmalpflege hat hier noch einen schweren Stand. Zum einen fehlt der öffentliche Rückhalt; dieser Bestand genießt keine besondere baukulturelle Wertschätzung bei Bürgern und in der Kommunalpolitik. Zum anderen lassen sich insbesondere die dringend erforderlichen energietechnischen Gebäudesanierungen nur äußerst schwer mit den denkmalpflegerischen Geboten des Erhalts in Einklang bringen.

Schließlich zeichnen sich ein verändertes Geschichtsverständnis und neue ästhetische Strategien der zeitgenössischen Architektur im Umgang mit dem historischen Bestand ab. Nicht selten wird dabei über die Anforderungen des Denkmalschutzes hinweg gegangen; dies gilt insbesondere bei zeichnerhafter Architektur in zentralen Lagen, die als Vehikel des Stadtmarketing verstanden wird.

Besonders hervorragende neue Bauten im historischen Bestand gelingen dort, wo Bauherr, Architekt, Denkmalpfleger und Stadtplaner von Beginn an vertrauensvoll und in wechselseitigem Respekt zusammenarbeiten. Daher

müssen die Schnittstellen zwischen den beteiligten Institutionen und Akteuren so ausgelegt sein, dass sie Kooperation und Dialog begünstigen.

In Städten, in denen Bürger für Fragen der Baukultur besonders sensibilisiert sind, bestehen bessere Chancen, neue und unkonventionelle architektonische Lösungen durchzusetzen, aber auch denkmalpflegerischen Belangen Gehör zu verschaffen. Daher ist eine Öffentlichkeitsarbeit, die sich zum Ziel setzt, das Verständnis und Interesse für Architektur, Städtebau und Baugeschichte zu wecken und zu steigern, von großer Bedeutung. Ausstellungen, öffentliche Veranstaltungsreihen sowie Gestaltungspreise, die nicht nur die Arbeit von Architekten, son-

dern auch von Bauherren und den beteiligten Institutionen sowie Kommunen würdigen, können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

In vielen Ausbildungsprogrammen für Architektur und Stadtplanung werden die Fächer Bau- und Architekturgeschichte und Denkmalpflege an den Rand gedrängt, obwohl das Bauen im Bestand in Zukunft eine immer größere Bedeutung in der architektonischen Praxis erlangen wird. Der Baugeschichte, Denkmalpflege sowie der Bauforschung- und Bauerhaltung muss in der Ausbildung von Architekten und Stadtplanern stärkeres Gewicht gegeben werden.

*Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt, Esslingen*

#### Tagungsbericht

### Climate Change and Urban Design

3. Internationaler Kongress des Council for European Urbanism (C.E.U.)  
14. – 16. September 2008 in Oslo

In den letzten Jahren ist der „Klimawandel“ in das öffentliche Bewusstsein vorgedrungen und hat in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft an Aufmerksamkeit gewonnen. Die mit dem Klimawandel und der zunehmenden Knappheit der Energieressourcen verbundenen Herausforderungen an den Städtebau wurden allerdings bisher wenig untersucht und diskutiert. Die Ansätze für eine Minderung des Klimawandels, wie auch für eine Vorsorge angesichts möglicher Folgen durch städtebauliche und stadt- und regionalplanerische Mittel stehen noch ganz am Anfang. An dieser Stelle setzte der dritte internationale Kongress des *Council for European Urbanism* (C.E.U.) mit dem Thema „*Climate Change and Urban Design*“ vom 14. bis 16. September in Oslo an. Er diente als offenes Forum für Ex-

perten aus Wissenschaft und Praxis, die sich mit Klimawandel und dessen Herausforderungen an den Städtebau auseinandersetzen.<sup>1</sup>

Inspiriert durch die US-amerikanische interdisziplinäre Bewegung gegen die Zersiedelung in den USA, den *Congress for the New Urbanism* (CNU), gründete sich im Oktober 2003 der *Council for European Urbanism* in Stockholm. Er stellt ein offenes Netzwerk mit einer Charta dar, die Ziele und Möglichkeiten einer Städtebaureform in Europa, die sich auf die Qualitäten der europäischen Städte und Dörfer

1 vgl. Links: Kongress Climate Change and Urban Design: [www.cityclimate.no](http://www.cityclimate.no); Council for European Urbanism (C.E.U.): [www.ceunet.org](http://www.ceunet.org); Congress for the New Urbanism (CNU): [www.cnu.org](http://www.cnu.org).

besinnt, umreißt. Die Besonderheit des C.E.U. liegt darin, dass er offen ist für jede Profession, stilistische Auffassung und gesellschaftliche Position sowie bewusst Barrieren zwischen den verschiedenen „Lagern“ zu überwinden sucht.

Diese Ausrichtung prägte dann auch auf konstruktive Weise den Verlauf der Konferenz in Oslo. Die Veranstaltung war in vier thematische Abschnitte gegliedert: Stand der Wissenschaft, Spielräume der Politik, Spielräume der Bildung und Beispiele der Umsetzung, die jeweils aus mehreren parallel stattfindenden Sitzungen bestanden.

Anschließend wurden die Ergebnisse im Plenum zusammengetragen, denen dann wiederum Vorträge zu übergreifenden Themen folgten. Jeder Tag endete mit einer Kommentierung der Vorträge auf dem Podium. Auf diese Weise kamen 80 Sprecher zu einer großen Bandbreite an Themen zu Wort. Im Zentrum stand die Frage nach der geeigneten Siedlungs- und Stadtform, um dem bereits eingesetzten Wandel zu entsprechen.

In den Diskussionen war man sich einig, dass ein verstärkter Dialog und Austausch von Methoden zwischen verschiedenen Disziplinen nötig sein wird, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen. Gefragt sei internationales Denken und die Suche nach geeigneten städtebaulichen Formen, nicht nur die Entwicklung von Programmen und Strategien. Wichtig sei es auch, die Anforderungen an Entscheidungsträger weiter zu geben, die meist nicht vom Fach sind.

Klimawandel wurde auf der Konferenz auch als Frage der Gerechtigkeit betrachtet. Er wird viele Konflikte verursachen, etwa Kämpfe um niedrige Energiepreise oder Zersiedelung. Gefordert wurde an dieser Stelle die strategische Mobilisierung bestimmter sozialer Gruppen – der neuen Mittelschichten. Es ist wichtig, dass



Uwe Brandes of the Urban Land Institute (center) discusses new research with Diana Urge-Vorsatz of the Intergovernmental Panel on Climate Change (center right) during a plenary session panel discussion. Also part of the discussion were Terje Nypan of the Norwegian Ministry of the Environment (far right), Ray Gindroz of the Congress for the New Urbanism (second from left), and Michael Mehaffy, CEU Academic Chair (far left).

nicht nur kleine Inseln des nachhaltigen Handelns entstünden, sondern Lösungen auf regionaler Ebene greifen. Geklärt werden muss, wie man diesen regionalen Ansatz mittels sozialer Strategien entwickeln kann. Auch die Frage nach der Evaluation von nachhaltigem Urban Design wurde aufgeworfen und verschiedene Ansätze vorgestellt.

Die rund 200 Teilnehmer der Konferenz, von denen ca. ein Drittel aus Europa, ein Drittel aus den USA und Kanada sowie ein Drittel aus der übrigen Welt darunter Australien, Neuseeland, Chile, Südafrika, Kuba, Mexiko, Thailand anreisten, kamen ebenfalls aus den unterschiedlichsten fachlichen Richtungen aus Wissenschaft, Praxis und Politik.

Ein Ergebnis der Konferenz war der Anstoß der „Oslo-Denver-Initiative“ des CEU in Europa und des CNU in den USA für praktische Maßnahmen in Städtebau und Regionalentwicklung gegen den Klimawandel, deren Gründung mit dem nächsten Kongress im Juni 2009 in Denver abgeschlossen sein wird und bei deren Gestaltung zur Mitwirkung eingeladen wird.

*Katharina Janke, Berlin*

## Besprechungen

BERNHARD KREUTZ, *Städtebünde und Städtetz am Mittelrhein im 13. und 14. Jahrhundert* (Trierer Historische Forschungen, Bd. 54), Trier: Kliomedia 2006, 5 Karten, 544 S.

Die vorliegende Arbeit wurde 2003 als Dissertation von der Universität Trier angenommen und für die Drucklegung geringfügig überarbeitet. Sie ist im Umkreis des Trierer Sonderforschungsbereiches 235 „Zwischen Maas und Rhein“ entstanden. In der Einleitung stellt der Verfasser Quellenlage und Forschungsstand für seine Arbeit vor. Er versucht in seiner Arbeit die traditionell getrennt betrachteten Ebenen der Reichs-, der Landes- und der Stadtgeschichte anhand von Beispielen aus der Wormser Verfassungsgeschichte und der auswärtigen Beziehungen der Stadt zusammenzuführen. Er geht dabei umfassend auf die Voraussetzungen ein. Im ersten Kapitel seiner Arbeit behandelt er dazu den Begriff „Mittelrhein“, untersucht die Städtelandschaft, die Territorien und Herrschaftsräume dieses Gebietes und geht der Verfassungsgeschichte der Stadt Worms bis 1184 nach.

Das zweite Kapitel zeigt Worms im mittelrheinischen Städtetz. Ausgehend von den Anfängen im 13. Jahrhundert zwischen der Zeit Heinrichs (VII.) bis zu Rudolf von Habsburg wird die Entwicklung von Worms im innerstädtischen Bereich aufgezeigt. Diese Entwicklung wird über den Zeitraum von 1292-1302 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts fortgesetzt, um seinen Abschluss im rheinisch-schwäbischen Städtebund von 1381 bis 1389 zu finden. Am Beispiel von Worms und den näher in die Darstellung einbezogenen Städten Speyer und Mainz und ihrer inneren Entwicklung sowie ihrem äußeren Beziehungsgefüge zu Königtum, Fürsten und

untereinander sind im 13./14. Jahrhundert fast alle wichtigen politischen und verfassungsgeschichtlichen Probleme des späten Mittelalters gebündelt. Die Führungsgremien der drei Städte mussten auf fast dieselben Herausforderungen in dieser Zeit reagieren. Dazu gehörten neben den innerstädtischen Auseinandersetzungen zwischen bischöflichen Stadtherren und Gemeinden die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Städte, aber auch die Machtverteilung zwischen Königtum und Landesherren und weitere Fragen in den Außenbeziehungen der Städte. Seit dem frühen 13. Jahrhundert wirkten die Führungsgremien der Städte dabei zusammen. Sie koordinierten ihre Interessen dabei erstmals sichtbar 1226. Die Entwicklung setzte sich bis zum Scheitern des rheinisch-schwäbischen Städtebundes 1389 infolge der Schlacht von Döfingen 1388 gegen die Fürsten fort. Auch die Verbindungen zwischen den Städten Worms, Mainz und Speyer zu den Städten Straßburg, Frankfurt und Oppenheim werden in die Darstellung miteinbezogen.

Im dritten Kapitel werden die Instrumente und Konstanten der gemeinsamen städtischen Politik im Bereich der rechtlichen Sicherung der zwischenstädtischen Verträge, der bi- und multilateralen Vertragsregelungen zu Rechts- und Wirtschaftsfragen sowie dem Botenwesen untersucht. In einem Schlusskapitel wird die Position von Worms im mittelrheinischen Städtetz dargestellt und im Vergleich dieses Städtetzes gesehen.

Die überaus anregende Untersuchung endet mit einem umfangreichen Quellen- und Literaturverzeichnis und guten Kartenmaterial. Sie wird durch ein ausführliches Register erschlossen. Die Untersuchung greift die Bündnispolitik der Städte im 13./14. Jahrhundert unter dem

Blickwinkel der rheinischen Städte, vor allem von Worms her auf und gibt eine neue, zusammenfassende Sicht der Geschehnisse, die die weitere politische Gestaltung des Alten Reiches entscheidend beeinflusst hat. Der Verfasser hat eine wichtige Untersuchung für die gemeinsame Politik der Städte vorgelegt, die deren politisches Zusammenwirken über Jahrzehnte zusammenfasst.

*Immo Eberl, Ellwangen/Tübingen*

TORSTEN LORENZ, *Von Birnbaum nach Międzychód. Bürgergesellschaft und Nationalitätenkampf in Großpolen bis zum Zweiten Weltkrieg (Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, Bd. 10), Berlin: BWV Berliner Wissenschafts-Verlag 2005, 11 Tab. und 30 Abb., 441 S., 55,- €.*

Gegenstand dieser an der Universität in Frankfurt an der Oder vorgelegten Dissertation ist die Geschichte der dicht hinter der deutschen Ostgrenze von 1937 an der Warte gelegenen großpolnischen Kleinstadt Birnbaum/Międzychód (72 km nw von Posen) und des gleichnamigen Kreises in der Zeit zwischen 1815 und 1945, wobei das Schwergewicht auf der Geschichte der Stadt liegt (und daneben der zweiten Stadt des Kreises, der etwas weiter östlich gelegenen Kleinstadt Zirke/Sieraków). Gestützt auf die umfassende Auswertung der archivalischen Überlieferung (in den Archiven von Posen und Berlin) und der einschlägigen Zeitungen entwirft der Vf. ein facettenreiches Bild der Neuformierung der Gesellschaft entlang ethnischer Trennungslinien im Verlauf des 19. und des 20. Jahrhunderts. Anders als Zirke war Birnbaum seit den Zeiten der Adelsrepublik von der Zusammensetzung seiner Bevölkerung her stark deutsch (und jüdisch) geprägt. Das änderte sich erst im Zusammenhang mit der Umkehr der Wanderungsrichtung seit der Mitte

des 19. Jahrhunderts. Seitdem ging der deutsche (und jüdische) Bevölkerungsanteil mehr und mehr zurück, verstärkt seit dem Anfall an den neu gegründeten polnischen Staat Anfang 1920. Im Frühjahr 1939 waren nur noch 12% der Einwohner Deutsche. Dem Vf. gelingt es, die zeitlich verschobenen Phasen des Nationsbildungsprozesses auf deutscher und auf polnischer Seite von der lokalen Ebene her, wenn auch nicht aus der Sicht der Betroffenen - dazu reichen offensichtlich die Quellen nicht aus -, überzeugend darzulegen. Zu Recht betont er die höchst negative Rolle des Staates bei der Schürung des nationalen Antagonismus, in Preußen-Deutschland vor allem seit der Reichsgründung, in Polen seit der Wiedererstedung des polnischen Staates. Signifikant hierfür ist nicht zuletzt, wie die Behörden seit 1903 versuchten, eine „Germanisierung“ des Schützenwesens zu erzwingen. Die Organisierung der Gesellschaft entlang nationaler Scheidelinien war freilich nie ganz vollkommen. Es gab, allen Interventionen von staatlicher Seite zum Trotz, so etwas wie einen Rest an nachbarschaftlichem Zusammenleben und Stadtbürgerlichkeit, der das Gemeinwesen davor bewahrte, in zwei Teile auseinanderzubrechen. Erst die nationalsozialistische Willkürherrschaft nahm diesem freilich seit 1933 mehr und mehr schrumpfenden Rest jedwede Entfaltungsmöglichkeit.

Ein Schlaglicht auf die schwankende ethnische Identität nicht weniger Bewohner der Untersuchungsregion werfen die Fälle, die der Vf. aus den Optionsakten der 1920er Jahre mitteilt. Hier und an anderer Stelle hätte es sich angeboten, auf das Konzept der situativen Ethnizität zurückzugreifen.

Mit dem Buch von Lorenz liegt nicht nur eine vorzügliche Studie über eine kleinstädtische Gesellschaft in einer Umbruchsphase der gesellschaftlichen Entwicklung vor, sondern auch über die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wobei dem bisher in den Grundzügen Bekannten dank der lokalen Perspektiven manches hinzugefügt wird, was man künftig

nicht wird missen wollen. Etwas schade ist, dass die Zeit zwischen 1939 und 1945 allzu knapp abgehandelt wird. Hier wüsste man gerne etwas mehr, zum Beispiel über das Verhalten der verbliebenen deutschen Bevölkerung.

*Peter Kriedte, Göttingen*

UTA SCHMITT, *Der Stadtgarten in Karlsruhe. Ein historischer Streifzug, Karlsruhe: INFO Verlag 2007, 69 sw und 47 Farbabb., 132 S., 12,80 €.*

Parks, Landschaftsgärten und zoologische Gärten sind in vielen Großstädten wichtige Treffpunkte, Orte der Naherholung und Ausflugsziele, sprich Zentren der Freizeitgestaltung für die Bürger. Die Entstehung und Entwicklung dieser für das kommunale Leben so wichtigen Anlagen ist bislang jedoch nur wenig erforscht worden. Diese Lücke ist jetzt zumindest für Karlsruhe mit der aus einer Diplomarbeit im Fachbereich Landschafts- und Freiraumplanung der Universität Hannover entstandenen Studie von Uta Schmitt über den Stadtgarten der badischen Residenzstadt geschlossen worden. In ihrer Arbeit geht die Autorin vor allem den Fragen nach, unter welchen politischen und sozialen Umständen, durch wessen Initiativen der Stadtgarten seine Existenz verdankt und wie er sich im Laufe der Jahrzehnte entwickelte. Dabei liegt der Schwerpunkt der Untersuchung auf dem 19. Jahrhundert. Stand am Beginn des öffentlichen Gartenwesens die Öffnung der fürstlichen Gärten für die Untertanen des Monarchen, wie sie in Karlsruhe bereits in den 1750er Jahren mit dem Zugang zum Schlosspark erfolgte, so etablierten sich im 19. Jahrhundert zunehmend Gartenanlagen, die auf kommunale Initiativen zurück gingen und dann als städtische Anlage betrieben wurden. In Karlsruhe konnte die Stadtgemeinde nach zögerlichem Beginn in den 1820er Jahren ab den 1860er Jahren den Stadtgarten als ihr Projekt entwickeln. Ausge-

formt wurde die Anlage gemäß der damals modernen Richtung der Gartenbaukunst als Ensemble von „inszenierten Landschaftsbildern“: Von verschiedenen Plätzen im Park hatten die Besucher dabei Ausblicke auf speziell arrangierte Landschaftsformationen, was zum kontemplativen Naturgenuss mit Bildungsanspruch und zum Verweilen einladen sollte. Dieses von Peter Joseph Lenné und seinem Schüler Gustav Meyer etablierte Konzept bei der Gestaltung großer Gartenanlagen verdankte auch in Karlsruhe seine Realisierung nicht zuletzt dem Umstand, dass es mit dem Repräsentationsbedürfnis der höheren Gesellschaftsschichten in der Stadt korrespondierte, die das Projekt im 19. Jahrhundert vor allem trugen. Die Etablierung des Stadtgartens als Erholungsbereich des Bürgertums fand seinen sichtbaren Ausdruck nicht zuletzt in dem nicht gerade geringen Eintrittsgeld, das die Arbeiter und andere unterbürgerliche Schichten von einem häufigeren Besuch des Stadtgartens faktisch ausschloss. Die Lenné-Meyersche Art der Gartengestaltung wurde jedoch auch in der badischen Residenzstadt nie in Reinkultur angewandt. Möglichkeiten zur aktiven Freizeitgestaltung in Form von Sport und Spiel hatten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bei der Ausgestaltung des Stadtgartens durchaus eine, wenn auch nur untergeordnete Bedeutung. So eröffnete man den Bürgern z.B. im Winter die Gelegenheit zum Schlittschuhlaufen auf den zugefrorenen Seen des Gartens.

Nach 1900 sah sich das Lenné-Meyersche Konzept der Ausgestaltung öffentlicher Gartenanlagen in Deutschland zunehmender Kritik ausgesetzt. In Karlsruhe vollzog sich ein konzeptioneller Wandel im Bereich der Gartengestaltung jedoch erst nach dem Ersten Weltkrieg als mit Friedrich Scherer ein neuer Mann an die Spitze der Gartendirektion gelangte. Er integrierte von wohlhabenden Bürgern gestiftete, abgegrenzte und architektonisch gegliederte Sondergärten in die Anlage und stellte den Erholungswert des Stadtgartens ins Zentrum der weiteren Stadtgartenplanung. Allerdings hatte er nicht viel Gestaltungsspielraum, da die begrenzte

ten finanziellen Mittel der 1920er Jahre im wesentlichen nur einen Erhalt des Status quo und keine intensive Neugestaltung zuließen. Zudem hatte der Stadtgarten in dieser Zeit mit einem Akzeptanzproblem zu kämpfen, gingen die Besucherzahlen doch merklich zurück. Die Gründe dafür lagen in einer größeren Mobilität verschiedener Bevölkerungskreise, die es nun in den nahegelegenen Schwarzwald zog und in einer verstärkten Hinwendung zum Besuch von Sportveranstaltungen bei der Freizeitgestaltung.

Ende der 1930er Jahre geriet der Stadtgarten ins Visier der nationalsozialistischen Stadtplaner, die das Gelände in das projektierte neue „Gauforum“ integrieren und den Stadtgarten aus diesem Grund verlegen wollten. Vereitelte der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges letztlich diese Pläne, so brachten dessen erhebliche Zerstörungen andererseits aber nicht das Ende des Stadtgartens. Vielmehr wurde sein Wert als Naherholungsraum nach Kriegsende bestätigt und der Wiederaufbau beschlossen. Seine heutige Gestalt verdankt das traditionell aus einer Kombination von Stadtgarten und Zoo bestehende Areal dann der Bundesgartenschau von 1967, wofür der Stadtgarten erstmals nach einer einheitlichen Konzeption gestaltet und als „transparente Parklandschaft“ ausgebaut wurde.

Die Autorin beschreibt in ihrer Arbeit präzise und genau diesen eben skizzierten Entwicklungsweg, wobei jedoch eine gewisse gartentechnische Detailverliebtheit zu konstatieren ist, die beim Lesen zuweilen etwas ermüdet (vgl. z.B. S. 40 ff.). Andererseits wäre bei der Einordnung der Entwicklung des Stadtgartens in gesamthistorische Zusammenhänge eine etwas intensivere Darstellung wünschenswert gewesen. Die vorangestellten „Politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen“ (S. 12 ff.) stehen doch etwas unverbunden zum Rest der Arbeit. Gelungen sind jedoch die Passagen, in denen Schmitt den Karlsruher Befund in die gartengeschichtlichen Zusammenhänge einordnet. An den historischen Abriss schließt sich noch eine Beschreibung des jetzigen Zustandes des Stadtgartens an, die zwar wenig wissenschaftlichen Ertrag bringt, die jedoch in einer stadtgeschichtlichen Publikation, die ja die Bürger auch mit ihrer städtischen Umwelt vertraut machen sollte, durchaus ihren Sinn hat. Zu loben ist darüber hinaus die gute und den Inhalt erhellende Bebilderung des Bandes, der in der Schriftenreihe „Häuser- und Baugeschichte“ des Karlsruher Stadtarchivs erschienen ist.

*Martin Furtwängler, Karlsruhe*